Bernd-A. Rusinek

# Der Fall Greifeld, Karlsruhe

## Wissenschaftsmanagement und NS-Vergangenheit

KIT Scientific Publishing

Bernd-A. Rusinek

# Der Fall Greifeld, Karlsruhe

## Wissenschaftsmanagement und NS-Vergangenheit

BAND 5

Veröffentlichungen aus dem Archiv des
Karlsruher Instituts für Technologie

Herausgegeben von Klaus Nippert

Eine Übersicht aller bisher in dieser Schriftenreihe erschienenen Bände
finden Sie am Ende des Buchs.

# Der Fall Greifeld, Karlsruhe

## Wissenschaftsmanagement und NS-Vergangenheit

von
Bernd-A. Rusinek

KIT Scientific Publishing

**Impressum**

Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
KIT Scientific Publishing
Straße am Forum 2
D-76131 Karlsruhe

KIT Scientific Publishing is a registered trademark
of Karlsruhe Institute of Technology.
Reprint using the book cover is not allowed.

www.ksp.kit.edu

*This document – excluding the cover, pictures and graphs – is licensed under a Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International License (CC BY-SA 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en*

*The cover page is licensed under a Creative Commons Attribution-No Derivatives 4.0 International License (CC BY-ND 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.en*

Print on Demand 2019 – Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

ISSN 2196-6001
ISBN 978-3-7315-0844-1
DOI 10.5445/KSP/1000085638

# Inhalt

**1 Einleitend** . . . . . 13

1.1 Greifeld-Kontroverse konkret . . . . . 16

1.2 Exkurs: Kontroversen abstrakt. Ihre Anatomie . . . . . 17

1.3 Methodenreflexionen . . . . . 21

1.4 Quellen- und Literatursituation . . . . . 25

1.5 Erster chronologischer Überblick: 1938/1941/1945/1950/1956/1965/1970 . . . . . 27

## Teil I Causa Greifeld

**2 Intro** . . . . . 33

2.1 Aufstieg aus dem Kleinbürgertum . . . . . 34

2.2 Engagiert . . . . . 36

2.3 Der antisemitische „Verein deutscher Studenten“ . . . . . 37

2.3.1 Antisemitismus im Zentrum . . . . . 39

2.3.2 Genese eines antisemitischen Vereins . . . . . 41

2.3.3 Greifelds antisemitische Sozialisation im Verein deutscher Studenten . . . . . 43

2.3.4 Verein deutscher Studenten und NS-Studentenbund . . . . . 44

2.3.5 Greifeld und der Kampfbund für Deutsche Kultur. „Emotionale Mitgliedschaft“? . . . . . 45

2.4 SA . . . . . 46

2.5 Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund . . . . . 48

2.6 NSDAP . . . . . 48

2.7 Deutsches Rotes Kreuz . . . . . 49

2.8 Engagiert: Fazit . . . . . 51

2.8.1 Engagiert: Vertiefung . . . . . 52

2.9 Verwaltungsjurist mit Unterbrechungen . . . . . 54

**3 Greifeld im Krieg** ..... 57

3.1 Intro: Die deutsche Okkupation ..... 57
3.2 „Westfeldzug“. »Les Fritz arrivent!» ..... 58
3.3 Pétain/Vichy ..... 59
3.4 Der „Führer“ in Paris ..... 60
3.5 Hitler kommt! ..... 62
3.6 Aufnahmen mit Hitler. Ist Greifeld darauf zu sehen? ..... 64
3.7 Fazit ..... 72
3.8 Deutsche Okkupanten: Aufsichtsverwaltung und Kollaboration ..... 73
3.9 Struktur der deutschen Verwaltung ..... 76
3.10 Rudolf Greifelds Position innerhalb der Verwaltungsstruktur ..... 77
3.11 Ausplünderung ..... 79
3.12 Besatzungskosten ..... 80
3.13 »Les juifs sont votre malheur!«/„Die Juden sind Euer Unglück!“ ..... 81
3.14 Das Vichy-Regime tritt in Vorlage ..... 84
3.15 SS übernimmt die Entrechtung der Juden ..... 85
3.16 Die Mörder kommen ..... 87
3.17 Die Erfassung der Juden ..... 87
3.18 Greifelds Tätigkeit in Paris ..... 89
3.19 Gespräche mit Édouard Bonnefoy. Greifelds Ansichten ..... 94
3.20 Der antisemitische „Nachtlokalvermerk“ ..... 97
3.21 Gab es eine Verbindung zwischen Greifeld und dem Deportationslager Drancy? ..... 101
3.22 Chronologische Einordnung der Tätigkeit sowie der Äußerungen Greifelds über die antijüdischen Maßnahmen in Frankreich ..... 103
3.23 Wie lange war Rudolf Greifeld in Paris? Verschwieg er seine Pariser Zeit? ..... 109
3.24 Greifeld im „Deutschen Ausland-Institut“ Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941 ..... 112
3.25 „Offizier an der Ostfront“ ..... 119

**4 A Closer Look: Zur Zusammenarbeit mit Greifeld genötigt. Édouard Bonnefoy (1899–1945) und sein Tod** . . . . . 123

**5 Greifelds persönliche Situation in der „Stunde Null“** . . . . . 127

5.1 Sparkasse . . . . . 127

**6 A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. August Herbold (1905–1976)** . . . . . 129

**7 Greifelds Entnazifizierung. „Mitläufer“? „Entlastet“? Mann des „Widerstands gegen die NSDAP“?** . . . . . 133

7.1 Entnazifizierung: Greifeld geht in Revision . . . . . 135

**8 A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Hans Fickert (geb. 1909)** . . . . . 141

**9 A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)** . . . . . 145

**10 Greifeld wechselt von der ungeliebten Sparkasse ins Wirtschaftsministerium** . . . . . 151

**11 A Closer Look: Greifelds Gönner Hermann Veit (1897–1973)** . . . . . 153

**12 A Closer Look: Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977), der Ausplünderer Frankreichs** . . . . . 159

**13 Greifelds Karlsruher Geschäftsführerzeit (1956–1974)** . . . . . 167

13.1 Geschäftsführer und Boss . . . . . 167

13.2 Human Interest . . . . . 172

13.3 Deutsch-Indische Gesellschaft . . . . . 173

13.4 Viel Ehr’ – Ehrensenator . . . . . 176

**14 Institut Max von Laue/Paul Langevin** . . . . . 179

**15 Die Ohrfeige** . . . . . 181

**16 Greifelds Hassfeind Dr. Léon Gruenbaum (1934–2004). Dessen Biografie** ... 187

16.1 Ein traumatisierter Mensch? ... 192
16.2 Léon Gruenbaums Manuskript „Genese der Plutoniumgesellschaft“ 195
16.3 Waldemar Ernst. Gruenbaum und der Köderbrief ... 200
16.4 »une circulaire«/Ein Rundschreiben ... 202
16.5 »aryanisation de personel étranger«/„Arisierung“ des ausländischen Personals im Karlsruher Forschungszentrum? ... 204

**17 A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. Waldemar Ernst (geb. 1909)** ... 209

17.1 Chronologie. Rudolf Greifeld und Waldemar Ernst in der Pariser Zeit ... 214

**18 Stasi-Dossier „Greifeld“ mit Unter-Dossier „Greifeld/Waldemar Ernst“ sowie Stasi-Vorgang „OTRAG“** ... 219

**19 Greifelds Rücktritt** ... 227

**20 Greifeld – Zusammenfassende Betrachtung** ... 231

20.1 »Mythologies« – Rudolf Greifelds Biografie als antifaschistisches Narrativ ... 238

## Teil II Karlsruher Kollegen

**21 Die Herren Kollegen** ... 245

**22 Otto Haxel (1909–1998)** ... 247

22.1 Haxels Biografie ... 247
22.2 Wissenschaftlich-Technischer Geschäftsführer ... 251
22.3 Haxel als Förderer Greifelds ... 253

**23 Gerhard Ritter (1902–1977)** ... 255

23.1 Ritter und Carl Krauch. Nationalsozialistisches Zwillingspaar ... 255
23.2 Ammoniak und Salpeter ... 257
23.3 Kriegswichtige Chemie ... 258
23.4 Carl Bosch fördert Carl Krauch ... 259
23.5 Carl Krauch fördert Gerhard Ritter ... 260

23.6 „Vermittlungsstelle W“. Ritter, oberster Giftgas-Manager im „Dritten Reich“ ... 262
23.7 Chemische „K-Stoffe“ und Giftgas. Ritter und das Giftgas Sarin ... 264
23.8 Karl Winnacker (1903–1989), Strong Man, Förderer alter Freunde. Seine Bedeutung für das Kernforschungszentrum Karlsruhe ... 267
23.9 Winnacker setzt Ritter in Karlsruhe ein ... 271
23.10 Winnacker setzt Ritter in Ispra ein ... 273

**24 Walther Schnurr (1904–1982)** ... 275

24.1 Chemiker ... 275
24.2 Schnurr als Betriebsleiter im Sprengstoffwerk Christianstadt/Krzystkowice ... 278
24.3 KZ-Außenlager in Christianstadt. Die „Ungarinnen“ aus Auschwitz ... 279
24.4 Schnurr geht nach Argentinien ... 283
24.5 Winnacker setzt Schnurr in Karlsruhe ein ... 287

**25 Dr. jur. Josef Brandl (geb. 1901)** ... 289

25.1 Anwalt, Nationalsozialist, Austrofaschist ... 289
25.2 SS-Brigadeführer Dr. jur. Otto Wächter, Himmlers Protegé und Brandls Förderer ... 293
25.3 „Generalgouvernement“ ... 297
25.4 “Bloodlands”/„Bluterde“ ... 302
25.5 „Gnade uns Gott, wenn das vergossene Blut über uns kommt.“ Brandl in Lemberg ... 306
25.6 Josef Brandl zieht es vor, eine Zeitlang „Karl Müller“ zu heißen ... 310

**26 Exkurs: Amnesie, Amnestie, Strategie** ... 315

**27 Schlussbetrachtungen** ... 323

**28 Dank** ... 333

**29 Anhang** ... 335

29.1 Gespräche ... 335
29.2 Archive und Institutionen ... 335
29.3 Abbildungen ... 336
29.4 Abkürzungen ... 337

29.5 Gedruckte bzw. online gestellte Quellensammlungen und zeitgenössische Publikationen . . . . . 339
29.6 Gedruckte bzw. online gestellte Literatur . . . . . 342

# 1 Einleitend

Diese Untersuchung ist die erweiterte und aktualisierte Fassung eines geschichtswissenschaftlichen Fachgutachtens, das im September 2015 der Ethikkommission des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) vorgelegt wurde.

Ausgangspunkt war die Kontroverse um Dr. jur. Rudolf Greifeld (06.11.1911–21.04.1984), den ersten Haupt-Administrator des einstigen Karlsruher Kernforschungszentrums[1]. Rudolf Greifeld soll in der NS-Zeit, insbesondere während des Krieges, die antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes bis hin zum Holocaust unterstützt und nach dem Krieg, bis in die 1970er Jahre hinein, im Karlsruher Forschungszentrum rassistische Personalpolitik betrieben haben. Um die öffentlich gegen ihn erhobenen Anschuldigungen auf den Punkt zu bringen: Greifeld war Nationalsozialist und Antisemit und ist es immer geblieben. Wie konnte solch ein Mann in der Bundesrepublik hochgeschätzt und geehrt werden? Warum wird ihm die Ehrensenatorwürde der Technischen Universität Karlsruhe nicht nachträglich entzogen?

Der Mann war Kaufmännisch-Juristischer Geschäftsführer des einstigen Karlsruher Kernforschungszentrums vom 01.10.1956 bis zum 30.06.1974 und von 1966 bis 1975 Lenkungsausschuss-Mitglied des internationalen Kernforschungszentrums Institut Max von Laue/Paul Langevin (ILL) mit Hauptsitz in Grenoble. Dieses Zentrum besitzt neben der dort international betriebenen Forschung auch eine symbolische Bedeutung für die britisch-französisch-deutsche wissenschaftliche Zusammenarbeit, denn die Namenspatrone des ILL, v. Laue und Langevin, waren entschiedene Gegner des Nationalsozialismus.

Rudolf Greifeld war einer der wichtigsten deutschen Funktionäre des in den 1950er Jahren ausgerufenen „Atomzeitalters". Seine Tätigkeit begann in der Phase der so genannten „Atomeuphorie", als deren Höhepunkt der Münchner SPD-Parteitag von 1956 angesehen werden kann, und sie endete, als die Kämpfe gegen das Atomkraftwerk Wyhl offen ausbrachen.[2]

---

1 Dieser Name der Lesbarkeit halber. Das Karlsruher Zentrum firmierte zunächst als „Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH", dann als „Gesellschaft für Kernforschung mbH (GFK)". Die Festveranstaltung zum Zehnjährigen trug den Titel „10 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe".

2 Siehe das Kapitel „Euphorie" in: Rusinek, Bernd-A., Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980, Ffm., New York 1996, S. 89–120; ders., Wyhl, in: Schulze, Hagen, François, Etienne (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, München 2001 (Erinnerungsorte Bd. 2), S. 652–666.

Am 24.06.1969 erhielt Greifeld die Würde eines Ehrensenators der Universität Karlsruhe und 1974 das Große Bundesverdienstkreuz. Er war Ehrenmitglied der Internationalen Vereinigung für Kernenergierecht. 1973 wurde ihm das Generalsekretariat der Heidelberger Akademie der Wissenschaften angetragen.

Nach Kenntnisnahme dieses Gutachtens in seiner 2015 vorgelegten Form hat der Senat des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) die Verleihung der Ehrensenatorenwürde an Greifeld bedauert und erklärt, dass seine Ehrung nach heutigem Kenntnisstand nicht mehr erfolgen würde. Die Ehrung ist nach Auffassung des KIT mit dem Tod Greifelds 1984 erloschen und kann nicht zurückgenommen werden. Das vorliegende Gutachten enthält sich einer direkten Stellungnahme zu der Frage, wie auf die Ergebnisse dieser Untersuchung zu reagieren sei.

Es sind sieben Hauptvorwürfe, die dem 1984 Verstorbenen von einer kritischen Initiative posthum zur Last gelegt wurden und in der „online-NRhZ“[3] nachgelesen werden können:

1) Greifeld sei 1940 und 1941 Kriegsverwaltungsrat im okkupierten Paris und dort einer der wichtigsten deutschen Akteure, sogar Kommandant von Paris, ja sogar oberster SS-Führer in Paris gewesen.
2) Greifeld habe den Paris-Besuch Hitlers im Juni 1940 organisiert.
3) Greifeld sei auf zwei der bei diesem Besuch aufgenommenen Fotografien im engen Umkreis von Hitler, Bormann, Keitel, Speer etc. zu sehen.
4) Greifeld habe in Paris im Vorfeld der Deportationen an der antisemitischen Politik und Rechtsprechung der von den Deutschen besetzten Zone sowie der Vichy-Regierung teilgehabt, und zwar nicht nur indirekt, indem er Anordnungen des Militärbefehlshabers Frankreich (MBF) an die Verwaltung der Stadt („Groß-Paris“) weiterreichte, sondern auch direkt, indem er schärfere Maßnahmen gegen die Juden forderte.
5) Nach dem Krieg habe Greifeld seine Zeit in Paris verschwiegen.
6) Greifeld sei nach dem Krieg noch immer ein verkappter Nationalsozialist gewesen, voller antisemitischer Emotionen, der sich damit gebrüstet habe, jenen „Führer“-Besuch organisiert zu haben; er habe Äußerungen getan wie die, „dass die Juden die Fehler von damals zu wiederholen begännen“. Kurzum: Greifeld sei ein NS-Revanchist gewesen.
7) Aber nicht nur Prahlereien und antisemitische Äußerungen aus der Sparte „Den Holocaust verzeihen wir den Juden nie“[4] seien von Greifeld zu hören gewesen.

---

3 Das Tableau der gegen Greifeld erhobenen Beschuldigungen kann im Netz sub „http://www.nrhz.de“ nachgelesen werden. Da die entsprechenden Artikel in dieser Internet-Zeitung übersichtlich angeordnet sind, soll auf Einzelverweise weitgehend verzichtet werden.

4 Aperçu von Henryk M. Broder.

Seinen Antisemitismus habe er auch praktisch umgesetzt. *Erstens* habe er ab 1956 als Karlsruher Geschäftsführer nur blonde „Arier“ eingestellt, das Karlsruher Zentrum hätte also „arisch“ sein sollen; *zweitens* und aufgrund dieser Einstellung sei der Arbeitsvertrag des französischen Physikers Dr. Léon Gruenbaum (1934–2004) nicht verlängert worden, weil dieser jüdischer Abkunft war.

8) Greifelds „arische“ Orientierung, so wird schließlich gesagt, habe ihn auch Mitglied der Deutsch-Indischen Gesellschaft (DIG) werden lassen, denn die Inder seien „Arier“, und die DIG gehe auf die NS-Zeit zurück.

Was den Punkt 7) betrifft, so hätte es sich, träfen die Behauptungen zu, um einen einzigartigen, unfassbaren Vorgang gehandelt. Die bundesdeutschen Großforschungseinrichtungen des nuklearen Sektors, ab 1956 gegründet, waren von vornherein auf internationale Zusammenarbeit und Austausch von Wissenschaftlern orientiert und sind es bis heute. Aber dass ein Verhalten, wie es sub 7) beschrieben ist, ohne jede Parallele wäre, ist noch kein Argument.

Aufgrund der von Léon Gruenbaum erhobenen Vorwürfe sowie eines von Dr. Serge Klarsfeld aufgefundenen antisemitischen Vermerks vom 03.01.1941, dem so genannten „Nachtlokalvermerk“, musste Greifeld sein Amt im ILL-Lenkungsausschuss am 05.12.1975 niederlegen.

In der kritischen Online-Publikation „Neue Rheinische Zeitung“ (NRhz)[5] werden die Ergebnisse einer Recherche Léon Gruenbaums im französischen Außenministerium wie folgt wiedergegeben:

> „Greifeld war Hitlers oberster SS-Führer in der Wehrmachtsverwaltung von Groß-Paris, unter anderem für Drancy (das Durchgangslager für die Deportationen nach Auschwitz) zuständig.“[6]

Nach Bekanntwerden dieser Gemengelage von Vorwürfen haben das Präsidium des KIT, der KIT-Senat und die Ethikkommission des KIT den Verfasser damit beauftragt, den Sachverhalt gutachterlich zu prüfen.

Gegenüber dem Gutachten vom September 2015 ist die hiermit vorgelegte Fassung um die folgenden Kapitel bzw. Unterkapitel erweitert worden:

- 3.21, „Gab es eine Verbindung zwischen Greifeld und dem Deportationslager Drancy?“
- 3.24, „Greifeld im ‚Deutschen Ausland-Institut‘ Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941“

5 Vgl. http://www.nrhz.de.

6 Zit. nach: NRhZ-Inland, „Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten – Teil 1 Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!, von Dietrich Schulze“. http://www.nrhz.de (Zugriff Mai 2015).

- 18, „Stasi-Dossier ‚Greifeld' mit Unter-Dossier ‚Greifeld/ Waldemar Ernst' sowie Stasi-Vorgang ‚OTRAG'"
- 20.1, „»Mythologies« – Rudolf Greifelds Biografie als antifaschistisches Narrativ"

Erweitert bzw. modifiziert wurden die folgenden Kapitel bzw. Unterkapitel:

- 17, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. Waldemar Ernst (geb. 1909)"
- 17.1, „Chronologie. Rudolf Greifeld und Waldemar Ernst in der Pariser Zeit"
- 27, „Schlussbetrachtungen"

## 1.1 Greifeld-Kontroverse konkret

Die posthume Aberkennung der Ehrensenatorwürde aus den oben genannten Gründen ist die Forderung einer Karlsruher Initiative. An deren Spitze steht der Ingenieur Dr. Dietrich Schulze, geboren 1940. Er war seit 1966 im Karlsruher Forschungszentrum im Institut für Kernphysik auf dem Gebiet der Hochenergiephysik tätig und von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender.

Schulze ist ein politisch stark engagierter Mensch. Er ist Beiratsmitglied der „NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit" sowie der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten", er ist Kreisvorsitzender der VVN/BdA Karlsruhe[7] und bezeichnete sich in einem Gespräch mit dem Verfasser als „1968er".[8] Seine kritischen, oftmals kaustischen Artikel über Greifeld, über die Greifeld-Kontroverse, über den Umgang der KIT-Spitze sowie über den Verfasser dieses Gutachtens selbst publiziert Dietrich Schulze in der Online-Zeitung „Neue Rheinische Zeitung", so benannt nach der 1848 und 1849 von Karl Marx und Friedrich Engels in Köln herausgegebenen Tageszeitung.[9]

Eine entscheidende politische Prägung Schulzes geht auf seinen väterlichen Freund Karl Wagner zurück, kommunistischer Widerstandskämpfer, Häftling im Konzentrationslager Dachau, das er knapp überlebte. Dietrich Schulze nennt Karl Wagner sein großes Vorbild.[10] Mit der Greifeld-Problematik hat Schulze sich bereits 1972 befasst,

7 Siehe: http://lka.tumblr.com/post/45388953611/stellungnahme-von-dr-ing-dietrich-schulze (Zugriff 05.2015). „VVN/BdA" = „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten".

8 Gespräch des Verfassers mit Dr. Dietrich Schulze, 19.08.2014.

9 Siehe: http://www.nrhz.de.

10 Mitteilung von Dr. Dietrich Schulze an den Verfasser, 21.07.2015.

mit der Affäre im engeren Sinn ab 2010.[11] In dem Online-Magazin „Neue Rheinische Zeitung“ publiziert er regelmäßig über die Angelegenheit Greifeld. Parallel zu der von ihm geforderten posthumen Aberkennung der Ehrensenatorwürde Greifelds setzte sich Schulze dafür ein, dass Léon Gruenbaum, ein Physiker jüdischer Herkunft, dem in der Ära Greifeld der Arbeitsvertrag am Kernforschungszentrum nicht verlängert worden war, posthum als Whistleblower geehrt werde, was 2015 denn auch geschah.[12]

Zu diesem Zweck wurde im Oktober 2013 ein Léon-Gruenbaum-Symposium veranstaltet, zu dem der Karlsruher Oberbürgermeister Frank Mentrup (SPD) ein Grußwort beisteuerte. Die in dem Tagungsband[13] dokumentierten Beiträge sind, was die Person Léon Gruenbaum und vor allem dessen Thesen über die „Plutoniumgesellschaft“ betrifft, kritischer, als man vielleicht erwarten würde.[14] Aber dazu ausführlich unten.

## 1.2 Exkurs: Kontroversen abstrakt. Ihre Anatomie

Ein Großteil der in der bundesdeutschen Gesellschaft ausgetragenen politischen Kontroversen bezieht sich auf großtechnische Projekte und den Umweltschutz, auf den Kampf für den Frieden, auf die Abwehr von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, auf den Kampf gegen einen drohenden Überwachungsstaat sowie auf die NS-Vergangenheit. Sie ist auf all diesen Kontroversgebieten zumindest indirekt präsent.[15]

Öffentliche Kontroversen, die sich auf die NS-Zeit beziehen, weisen strukturelle Ähnlichkeiten auf. Zeigen wir das am Beispiel der Kölner Edelweißpiraten und des Falles

---

11 Mitteilung von Dr. Dietrich Schulze an den Verfasser, 29.07.2015.

12 Siehe: Deiseroth, Dieter, Graßl, Hartmut (Hg.), Whistleblower-Enthüllungen. US-Airbase Ramstein und globaler Drohnenkrieg. Herbizid Roundup/Glyphosat als Gefahrenquelle. NS-Belastete im Kernforschungszentrum Karlsruhe. Whistleblower-Preis 2015: Ex-Drohnenpilot Brandon Bryant, Mikrobiologie: Prof. Dr. Gilles-Eric Séralini, Physiker: Dr. Léon Gruenbaum, Bln. 2016.

13 Denecken, Harald, Schulze, Dietrich (Hg.), Léon Gruenbaum. Der verfolgte Nazi-Jäger. Dokumentation über das Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934–2004)“ am 19. Oktober 2013 in Karlsruhe zu Ehren Léons erstellt anlässlich seines 10. Todestags am 22. Juli 2014, Karlsruhe 2014.

14 Siehe darin die Beiträge bzw. Grußworte von Mme Rolande Tordjman-Grunbaum (ebd., S. 13 f.), Serge Klarsfeld (ebd., S. 46 ff.) sowie Joachim Radkau (ebd., S. 31 ff.).

15 Zur Antikernkraftbewegung und der Verknüpfung mit der NS-Vergangenheit bzw. dem NS-Vorwurf siehe: Rusinek, Bernd-A., Atom und Angst, in: Koch, Lars (Hg.), Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stgt. 2013, S. 331–341.

Schneider/Schwerte an der RWTH Aachen.[16] Die folgende Skizzierung darf nicht als Wertung missverstanden werden. Es geht um Strukturmerkmale.[17] Elf dieser Merkmale seien angeführt:

1) *Ein Ankläger-Ensemble als eine Akteursgruppe, die ihre Anklagen unausgesetzt wiederholt.* So in Köln eine Initiative, deren Anliegen darin bestand, öffentlich anzuerkennen, dass der von der Gestapo ermordete Edelweißpirat Bartholomäus Schink kein Verbrecher, sondern ein Widerstandskämpfer gewesen sei, verbunden mit der Forderung an die Stadt Köln, eine Straße nach dem jungen NS-Opfer zu benennen. Schink müsse auch mit einer Namenstafel im „Wald der Gerechten" in Yad Vashem geehrt werden. Beispiel RWTH Aachen: Die dortige Kontroverse bezog sich auf den einstigen SS-Hauptsturmführer Hans Schneider, der 1945 den Namen „Hans Schwerte" annahm und an der RWTH Germanistikprofessor, ja sogar Rektor wurde. Hatte er sich zum Demokraten gewandelt oder nicht? Nachdem die Doppel-Identität 1995 aufgedeckt worden war, forderte eine studentische Initiative an der RWTH Aachen, dass Schneider/Schwerte die RWTH-Ehrensenatorwürde sowie die venia legendi aberkannt werden müssten.[18] Eine studentische Initiative an der Universität Erlangen-Nürnberg forderte, Schneider/Schwerte auch den Doktortitel abzuerkennen.[19]
2) *Die lautstarke Permanenz des Ankläger-Ensembles, das Schlagen auf immer denselben Nagel.* Dies ist notwendig! Ohne unaufhörliches Trommeln würden „Medien" und Öffentlichkeit den je skandalisierten Fall nach drei Tagen vergessen haben und Ministerien oder Regierungspräsidien der gewohnten Routine nachgehen. Akteur ist bzw. war häufig der Typus des aggressiven Zeitzeugen.
3) *Die erhobenen Beschuldigungen sind selten vollkommen substanzlos; die Forderungen selten vollkommen unberechtigt.*

---

16 Der Verfasser ist hier selbst Zeitzeuge. Er hat die Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte „Verfolgung und Widerstand 1933–1945" eingerichtet. Er wurde in den beiden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Fällen, „Kölner Edelweißpiraten" und „Fall Schneider/Schwerte", vom NRW-Innen- bzw. vom NRW-Wissenschaftsministerium als wissenschaftlicher Gutachter herangezogen. Siehe: Rusinek, Bernd-A., Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität, Widerstand. Köln 1944/45, Essen 1989; ders., Zwischenbilanz der Historischen Kommission zur Untersuchung des Falles Schneider/Schwerte und seiner zeitgeschichtlichen Umstände, Düsseldorf 1996 (www.rusinek.eu/der-fall-schneider-schwerte); Loth, Wilfried, Rusinek, Bernd-A., (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Ffm., New York 1998.

17 Sie ließen sich auch an weiteren Kontroversen zeigen: Ehrung der im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Sinti und Roma, Anerkennung von männlichen und weiblichen Homosexuellen als NS-Opfer …

18 Diese Forderungen wurden durchgesetzt.

19 Diese Forderung wurde nicht durchgesetzt.

4) *Die Attitüde des Demaskierens und die Annahme von Machenschaften.*[20] Die Auffassung, der jeweilige Fall – Verweigerung des Widerstandsprädikates, sogar Kriminalisierung des Widerstands, jahrzehntelange Doppel-Identität, auch etwa das Hinauszögern der Einrichtung einer Gedenkstätte – sei nicht bloß ein isoliert zu betrachtender „Fall", sondern spiegele Verhältnisse der Gesamtgesellschaft oder wichtige ihrer Segmente wider: systematische Diskriminierung des Widerstands „von unten", das bundesdeutsche Universitätswesen als „brauner Sumpf", Marginalisieren, Verdrängen, Vergessen lokaler NS-Verstrickungen.[21]
5) *Symbolbildungen.* Personen und Institutionen werden zu *Symbolen für etwas*, im Sinne von Roland Barthes zu „Mythen"[22]. Der Edelweißpirat Schink wird zum Symbol für den nicht anerkannten Jugendwiderstand. Das zögerliche, teils auch ablehnende Verhalten des Kölner Oberbürgermeisters, des Kölner Regierungspräsidenten, des nordrhein-westfälischen Innenministers wird zum Symbol für die Unfähigkeit, die NS-Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten. Schneider/Schwerte symbolisiert die NS-belastete Professorenschaft an den bundesdeutschen Hochschulen. Das zögerliche, teils auch ablehnende Verhalten der RWTH symbolisiert das Verhältnis der Hochschulen und Universitäten zur eigenen NS-Vergangenheit.
6) *Übertreibungen und ein Switch-over zur mythischen Erzählung.*[23] Der Edelweißpirat Bartholomäus Schink hätte verfolgte Juden und russische Zwangsarbeiter gerettet; seine Bedeutung komme der eines Grafen Stauffenberg gleich, übersteige sie vielleicht sogar; überhaupt seien die Edelweißpiraten eine Organisation des Jugendwiderstands gewesen: Jugendwiderstand „von unten", von der etablierten Geschichtswissenschaft bewusst verkannt; Schneider/Schwerte sei an den Medizinverbrechen des NS-Regimes zumindest indirekt beteiligt gewesen; seine Doppel-Identität und damit seine SS-Vergangenheit war der Aachener Philosophischen Fakultät längst bekannt, aber eine verschwörerische Professorenschaft habe verhindert, dass Informationen an die Öffentlichkeit

20 „Machenschaften" ist ein unklarer Begriff. Wenn wir darunter abgekartete Durchsetzungs- oder Verhinderungsspielzüge auf dem hier umrissenen gesellschaftlich-politischen Feld verstehen wollen, so ist deren Existenz oftmals nicht von der Hand zu weisen. Es ist aber zu bedenken, dass die Behauptung von Machenschaften zur Kommunikationsstrategie des Ankläger-Ensembles zählen kann.

21 Für Hinweise zur Geschichte des Kölner NS-Dokumentationszentrums EL-DE-Haus habe ich Frau Dr. Karola Fings zu danken, die eine Darstellung der Geschichte dieser Mahn- und Gedenkstätte vorbereitet. Cum grano salis: Die Entstehung der Mahn- und Gedenkstätten in den 1980er Jahren wurzelte zumeist in einer polemischen Situation.

22 Siehe unten: 20.1, „»Mythologies« – Rudolf Greifelds Biografie als antifaschistisches Narrativ", S. 238 ff.

23 Paradigmatisch: Goeb, Alexander, Er war sechzehn, als man ihn hängte. Das kurze Leben des Widerstandskämpfers Bartholomäus Schink, zuerst Reinbek 1981.
Die Geschichte der Kölner Edelweißpiraten um Bartholomäus Schink war auch Gegenstand des Kinofilms „Edelweißpiraten" von 2005. Siehe dazu: Bönisch, Georg, Widerstand aus der Gosse, in: Der Spiegel, 45/2005, S. 84 f.

drangen; Schneider/Schwerte und ein Institutsdirektor der damaligen Kernforschungsanlage Jülich hätten an „Führers Geburtstag“ (20.04.) in den Instituten stets die Sektkorken knallen lassen. Durch derartige Erzählungen kann das Ankläger-Ensemble in Misskredit geraten. Im Extremfall katapultiert es sich aus dem rationalen Diskurs hinaus.

7) *Das Ankläger-Ensemble besitzt eine offene Flanke für das Eindringen von Verschwörungstheorien.* Schneider/Schwerte und der Wissenschaftlich-Technische Geschäftsführer der damaligen Kernforschungsanlage Jülich, ebenfalls ehemaliger SS-Hauptsturmführer, haben ganz bewusst Haus an Haus gewohnt … In beiden Fällen – Schink und Schneider/Schwerte – sei es die NRW-Landesregierung gewesen, einst von Alt-Nazis geprägt, die eine Ehrung als Widerstandskämpfer hier, eine Aberkennung der Ehrensenatorwürde dort verhindert habe. Als Maxime für Analysen sollte bis zum Beweis des Gegenteils gelten: “A conspiracy is everything that ordinary life is not.” (John de Lillo)[24]
8) *Das Ankläger-Ensemble sieht sich selbst angeklagt*: „Nestbeschmutzer“, „Stockkommunisten“ etc.
9) *Partielle Differenzierungsresilienz*: Dass Bartholomäus Schink SS-Freiwilliger gewesen war und Hans Schneider/Schwerte linke Positionen vertrat, ein Modernisierer seines Faches war, ein „Lieblingsprof.“ einer von „1968“ geprägten Studierenden- und Mittelbau-Kohorte – dies ficht in den hier kurz angeführten Fällen das Ankläger-Ensemble nicht wirklich an. Und wenn dazu Stellung genommen wird, dann gnadenlos entdifferenzierend, etwa in der Form, dass Schink in die SS eingetreten sei, weil er dadurch, institutionell geschützt, umso effektiver Widerstand habe leisten können, oder dass Schneider/Schwertes linke Positionen nur die Raffinesse seiner Camouflage bewiesen. Schneider/Schwerte sei – Stichwort „Einmal Nazi/Immer Nazi“ – stets der SS-Hauptsturmführer geblieben, der er bis Kriegsende 1945 gewesen war. Für die öffentliche Performanz

24 Wenngleich es Netzwerke „Ehemaliger“ gegeben hat, die deutlich Züge von Verschwörungen aufwiesen, so etwa der „Losacker-Kreis“ (siehe dazu unten: 26, „Exkurs: Amnesie, Amnestie, Strategie“, S. 315 ff., sowie passim die Rolle des Winnacker-Netzwerks). Die bekannteste Verschwörung ehemaliger Nationalsozialisten war die so genannte „Naumann-Affäre“ im Jahr 1953. Der in Hitlers Testament als Nachfolger von Goebbels zum Propagandaminister bestimmte Werner Naumann, Staatssekretär im Goebbels-Ministerium, hatte mit einer Gruppe Gleichbelasteter und Gleichgesinnter versucht, die FDP zu unterwandern, woraufhin die britische Besatzungsmacht einschritt (siehe: Virchow, Fabian, „Pflicht nach rechts“. Der Versuch einer „nationalen Sammlung“ in der FDP, in: Rusinek, Bernd-A., Kühn, Andreas <Hg.>, Das Nordrhein-Westfalen-Lesebuch, Köln 2014, S. 299–303).

gilt, dass die Entdifferenzierer gegenüber den Differenzierern fast immer die höhere Podiumswirksamkeit erzielen.[25]

10) *Es wird ein Gutachten in Auftrag gegeben*: vom NRW-Innenministerium im Fall der Edelweißpiraten, vom NRW-Wissenschaftsministerium im Fall Schneider/Schwerte.
11) *Fällt das Gutachten entgegen der Erwartung des Ankläger-Ensembles aus, so wird auf die Arbeit wie auf ein Thermometer eingeschlagen, wenn das Wetter schlecht ist.* Die Scientific Community mag das Gutachten als wissenschaftliche Leistung lege artis anerkennen oder nicht. *Der Gutachter kann als Teil des Ensembles der Angeklagten angesehen werden*: „Auftragsarbeit", „Gefälligkeitsgutachten", „Geschichtsentsorger der Atomlobby" etc.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass von den Ankläger-Ensembles trotz mancher Übertreibungs- und Überbietungskommunikation wichtige Beiträge zu einer Diskurskultur des kritischen Infragestellens und einem anderen, häufig sensibleren Geschichtsverständnis ausgegangen sind.

Fragt sich nur, und damit lenken wir von den abstrakten Betrachtungen auf das Greifeld-Thema zurück, ob sich die Kontroverse nicht an anderen Karlsruher Geschäftsführern hätte entfachen lassen als an dem „Symbol" Rudolf Greifeld.

Dies müssen die Leser entscheiden, wenn sie im zweiten Teil dieses Gutachtens den Karriereweg z. B. von Greifelds Geschäftsführer-Kollegen Josef Brandl verfolgen. Im Gegensatz zu Greifeld kann Brandl als ein an NS-Verbrechen beteiligter Aktivist im Glutofen der faschistischen Barbarei bezeichnet werden.

## 1.3 Methodenreflexionen

Das Greifeld-Gutachten ist über weite Strecken Biografie. Wer als Historiker biografisch arbeitet und sich den Luxus leistet, sein Tun auch einmal theoretisch zu reflektieren, muss sich mit Pierre Bourdieu (1930–2002) befassen. Dessen Überlegungen

[25] Zu denken ist auch an die „Wehrmachtsausstellung". Ein namhafter Historiker und ausgewiesener Experte für die deutschen Kriegsverbrechen im „Osten" hatte darauf hingewiesen, dass auf einigen Fotografien russische und nicht deutsche Kriegsverbrechen zu sehen seien. In der einschlägigen Öffentlichkeit wurde der Fall nach dem subjektiven Eindruck des Verfassers tiefer gehängt. Wären in der Ausstellung eines Heimatvertriebenenverbandes versehentlich nicht Deutsche als Opfer der Roten Armee, sondern Deutsche als Opfer von Wehrmacht und SS gezeigt worden, der Skandal wäre vermutlich ein anderer gewesen.

zur Biografie als Präsentationsform historischer Forschungsergebnisse sind überpointiert, aber von erheblichem heuristischen Wert.

Einer der Ausgangspunkte Bourdieus ist die von links herrührende Skepsis dem so genannten „autonomen Subjekt" gegenüber. Der knappe Text des Philosophen und Soziologen, „Die biographische Illusion"[26], der als prominente Reflexion über Biografien als Gattung historischer Darstellung Karriere gemacht hat, bezeichnet und geißelt Biografie als Konstruktion.

Konstruieren der Individualbiografie bedeutet für Bourdieu Montage, Zusammenzwingen im Wege der Deduktion und im Dienst von Idealisierung, Ideologisierung, Denkmalssturz oder Lorbeerkranz. Biografie, so provoziert Bourdieu, sei Machination, und das Konzept eines immer mit derselben veränderungsresistenten »outillage mental« (Lucien Febvre), also dem mentalen Handwerkskasten, voranpreschenden Lebensganges sei eine jener vertrauten Alltagsvorstellungen, die man in das wissenschaftliche Universum hineingeschmuggelt habe. Zu jenen Alltagsvorstellungen zählen unreflektierte Auffassungen von Stromlinienförmigkeit und geradlinigem Verlauf bei Curricula und Karrieren. Die Gleichzeitigkeit der chronologischen und der logischen Ordnung ist nach Auffassung von Pierre Bourdieu ein Ideologem.[27] Ganz im Sinne Bourdieus warnt etwa der Historiker Christian Schölzel in seiner Rathenau-Biografie davor, dass der Biograf aufgrund seiner „programmologischen" Verirrung leicht in die „biographische Konstruktionsfalle" tappen könne.[28]

Diese Überlegungen bedeuten für unseren Zusammenhang, dass es womöglich eine gewaltsame Konstruktion wäre, mit der Biografie eines Rudolf Greifeld (1911–1984), der in fünf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungen gelebt hat[29], nach dem Muster „Einmal Nazi/Immer Nazi" programmologisch fertig werden zu können. Nicht, dass es dieses Muster nicht geben könnte! Eine solche Hypothese muss sich aber dem Widerspruchsrecht der Quellen und den darauf aufbauenden Reflexionen fügen. Die Hydra der Empirie bedroht das bequeme Glück des Programmologen.

Wahrscheinlich hätte Bourdieu den Satz unterschrieben, dass der Text über eine Person umso mehr non-fiction wird, je weniger von dieser Person *allein* die Rede ist.

Wie wäre die „biographische Illusion" zu überwinden, wie der Lebensweg eines Menschen angemessen zu verstehen? Nach Bourdieus Vorschlag kann die Laufbahn eines Individuums nur verstanden werden, wenn man zuvor die aufeinander

26 Bourdieu, Pierre, Die biographische Illusion, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, 1 (1990), S. 75–81 (zuerst Paris 1986).
27 Ebd., S. 75 f.
28 Schölzel, Christian, Walther Rathenau. Eine Biographie, Paderborn, Mnchn., Wien 2005, S. 378.
29 Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Regime, „Potsdam-Deutschland" 1945–1949, Bundesrepublik.

folgenden Zustände des Feldes rekonstruiert hat, auf dem sie sich abspielte.[30] Das Argument des Absurden nutzend, schreibt er, der Versuch, ein Leben als eine einzigartige und für sich selbst ausreichende Abfolge nacheinander eintretender Zustände zu begreifen, ohne andere Bindung als die an ein Subjekt, dessen Konstanz doch allenfalls in der des Eigennamens bestehe, sei beinahe so absurd wie der Versuch, eine Metrostrecke zu erklären, ohne das Streckennetz in Rechnung zu stellen, also die Matrix der objektiven Beziehungen zwischen den verschiedenen Stationen zu untersuchen, ferner die Kommunikationen der Fahrgäste.[31] Indem er mit seinem „Feld"-Paradigma operiert, nennt Bourdieu seine „Metro"-Vorstellung den Umweg der Biografik über die Konstruktion des Raumes.[32]

Die sich aus dem Bild der „Metro" ergebende Anregung Bourdieus wird hier aufgenommen: Räume durchmessen, auf die ein- oder aussteigenden Mitreisenden achten. Und welchen Sinn soll es machen, gleichsam mit dem Finger auf einen Leutnant zu zeigen und dabei den daneben sitzenden Generalleutnant zu übersehen?

Daher bezieht dieses Gutachten – um abermals vom Abstrakten auf das Konkrete umzustellen – auch Greifelds Karlsruher Geschäftsführerkollegen mit ein, und es enthält zudem eine Reihe von "A-Closer-Look"-Skizzen über Akteure, die mit Greifeld in der „Metro" saßen, das Personal der „Räume" und des „Feldes". Diese Skizzen können zugleich die für einige Zeiträume dünne direkte Überlieferungssituation ein wenig kompensieren. Was sich aus direkten Quellen nicht ergibt, eben, weil es sie nicht oder nicht mehr gibt, lässt sich aus den „Closer Looks" indirekt erschließen.[33]

Ein solches Vorgehen bringt uns auch dem näher, was als „Geist des Hauses", Geist einer Generation oder Geist einer Kohorte von Funktionsträgern bezeichnet werden könnte. Ein fluidales Medium, über das es kaum direkte Quellen gibt, von dessen Existenz und Relevanz aber jeder weiß.

Mehr noch: Die „Closer Looks" auf Waldemar Ernst, August Herbold, Walther Labs, Elmar Michel weisen zugleich auf das große „Aber" in unserer Darstellung hin. Gab es nicht Tausende „Greifelds" in der Geschichte der Bundesrepublik bis in die 1970er Jahre? War Rudolf Greifeld vielleicht nicht einmal ein besonders krasser Fall?

30 Das „Feld" als Gebiet zum Beispiel der Interaktionen und Konstellationen bei Machtkämpfen, sozusagen als Positionierungsrahmen, ist eine zentrale Kategorie Bourdieus, entfaltet etwa in seinem „homo academicus", Ffm. 1988.

31 Bourdieu, Biographische Illusion, a. a. O., S. 80.

32 Ebd., S. 81.

33 Einige dieser Skizzen betreten Neuland, so etwa jene über Hans Fickert, Walther Labs und Elmar Michel. Vielleicht bieten sie Studierenden Anlass, sich in Qualifikationsarbeiten näher mit diesen Akteuren zu befassen.

Wäre es also Kontingenz, diese Person herauszugreifen und sie in das Zentrum der Karlsruher Kontoverse zu rücken?

In den „Closer Looks“ werden teils krasse Fälle präsentiert: Tätigkeit in Paris als Deportationsfunktionär[34] und dies als Karriere-Ausgangspunkt für eine leitende Stellung in Alfred Rosenbergs „Ostministerium“[35], oberster Ausplünderer des besetzten Frankreich[36], im besetzten Frankreich steile Karriere unter anderem im Sicherheitsdienst der SS[37]. Aber selbst für diese Herren gilt der hypothetische Vorbehalt, der anhand der Biografie-Theorie von Pierre Bourdieu formuliert wird: Man denke nicht, dass die Einstellungen von Menschen unwandelbar einem einmal vorhandenen Programm folgen.

Die „Closer Looks“ können bei der Lektüre übergangen, sie können aber auch für sich gelesen werden.

Zum Vorgehen insgesamt ist noch anzumerken, dass gelegentlich etwas weiter ausgeholt wird als in historischen Darstellungen üblich sein mag. Dies betrifft neben Nationalsozialismus, Vierjahresplan und Krieg etwa die Geschichte der „völkischen“ Studentenbewegung, das deutsche Okkupationsregime in Frankreich mit dem Schwerpunkt Paris oder das „Generalgouvernement“. Wir wenden uns nicht allein an ein Fachpublikum.

Ferner wurde versucht, die Kapitel in sich lesbar zu gestalten. Redundanzen wurden in Kauf genommen, aus didaktischen Gründen auch gezielt eingesetzt. Dazu zählen etwa die häufigen spezifizierten Doktortitel, insbesondere „Dr. jur.“. Damit soll die Aufmerksamkeit auf die geradezu überbordende Zahl von Juristen gelenkt werden, mit denen wir es zu tun haben werden. Die Herren hatten gelernt, dass sich alles verwalten lässt. Von diesem Punkt aus führt kein weiter Weg zu der Auffassung, dass ihnen egal war, was sie verwalteten.

34 Siehe unten: 17, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. Waldemar Ernst (geb. 1909)“, S. 209 ff.

35 Siehe unten: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifzierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)“, S. 145 ff.

36 Siehe unten: 12, „A Closer Look: Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977), der Ausplünderer Frankreichs“, S. 159 ff.

37 Siehe unten: 6, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. August Herbold (1905–1976)“, S. 129 ff.

## 1.4 Quellen- und Literatursituation

Quellen im Archiv sind der Rest dessen, was die Geschichtsbeamten nicht kassiert[38] und die hier interessierenden Akteure nicht entheftet oder vernichtet haben. Nachdem die Suche nach Personalakten von Greifelds Geschäftsführerkollegen Josef Brandl und Walther Schnurr im Bundesarchiv Koblenz ergebnislos verlaufen war, erklärte der zuständige Fachreferent, wenn es hier keine Personalunterlagen gebe, dann gebe es sie überhaupt nicht mehr. Wir müssen dabei bedenken, dass in staatlichen Archiven rund 90 Prozent der angebotenen Unterlagen kassiert werden. In den Fällen Brandl und Schnurr kam es in Italien, in Argentinien, in Lemberg und in Troisdorf, dem Sitz der Dynamit-Nobel AG, zu Aktenvernichtungen.

Wie ist die Überlieferungssituation im Fall Rudolf Greifelds?

Für die Jahre bis 1935 sind die Immatrikulationskarteien aus den Archiven der Universitäten München und Leipzig von allergrößter Bedeutung sowie, darauf aufbauend, die Überlieferung im Archiv der „Vereine deutscher Studenten". Aufgrund der Immatrikulationskarten wird ein unerwartetes Greifeld-Bild möglich. Wären sie nicht herangezogen worden, hätten wir sie nicht gefunden, hingen Greifelds antisemitischer „Nachtlokalvermerk"[39] und der Radikal-Antisemitismus in seinen Gesprächen mit dem Vertreter der Pariser Präfektur[40] biografisch sozusagen in der Luft.

Das Bundesarchiv Berlin, Bestand des ehemaligen Berlin Document Center, enthält eine Karteikarte über Greifeld, aus der seine NSDAP-Zugehörigkeit hervorgeht; hinzukommen seine Entnazifizierungsakte und die Personalakten des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums. Weitere Unterlagen über Greifeld enthalten Akten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi).

Es kennzeichnet Greifelds vergleichsweise niedrige Stellung in seinen fünfzehn Monaten in Paris, dass den einschlägigen und international renommierten Fachhistorikern im Deutschen Historischen Institut Paris, die sich seit Jahrzehnten mit der deutschen Okkupation Frankreichs (1940–1944) befassen, ein Rudolf Greifeld nicht untergekommen ist, abgesehen vom Telefonverzeichnis seiner Behörde.

Aus Unterlagen der „Deutschen Dienststelle"[41] in Berlin lässt sich der Kriegseinsatz Greifelds nach der Pariser Zeit verfolgen.

---

38 „Kassieren" bedeutet im Archivjargon die Vernichtung von Unterlagen.

39 Siehe unten: 3.20, „Der antisemitische ‚Nachtlokalvermerk'", S. 97 ff.

40 Siehe unten: 3.19, „Gespräche mit Édouard Bonnefoy. Greifelds Ansichten", S. 94 ff.

41 „Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht" (im Folgenden WAST).

Zur Charakterisierung der Archivarbeit soll die Mühsal des Kleinteiligen nicht unerwähnt bleiben. Es galt, selbst die Körpergrößen von Greifeld und dem SS-General Wolff zu ermitteln, es galt zu klären, wer wann Bettwäsche, Kopfkissen und Matratzen für das Lager Drancy angefordert hat und für wen … Der Charakter eines Gutachtens im Rahmen einer Kontroverse erfordert, dass jedem Hinweis nachzugehen ist.

Kommen wir zur Literatur- und Quellensituation. Von primärer Bedeutung ist die französische Monografie von Elodie Prost.[42] Sie hat die Tagebücher von Greifelds Pariser Kontaktmann bei der französischen Zivilverwaltung, Édouard Bonnefoy[43], ausgewertet. Wir können daraus nicht nur Greifelds Amtstätigkeit verfolgen, wir können ihm bei seinen Gesprächen mit Bonnefoy gleichsam zuhören. Die Arbeit von Elodie Prost sowie Unterlagen des Archivs der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ermöglichen es, den schrecklichen Tod Bonnefoys ein paar Tage vor Kriegsende zu rekonstruieren.[44]

Die im KIT-Archiv sowie im Generallandesarchiv Karlsruhe verwahrten Akten sind weniger aussagekräftig als erhofft. Über die Gruenbaum-Angelegenheit äußert sich Greifeld in seinem erhalten gebliebenen Schriftverkehr nur ein einziges Mal. Die Auseinandersetzung mit dem Physiker Dr. Léon Gruenbaum war für Greifeld entscheidend wichtig gewesen. Gruenbaum hat die Kampagne gegen Greifeld ins Rollen gebracht. Gruenbaum war jüdischer Herkunft und behauptete, Greifeld habe seinen Arbeitsvertrag aus antisemitischen Gründen nicht verlängert. Personalunterlagen über Gruenbaum, Zeugnisse über seine Tätigkeit, mögliche Verhandlungen über seine Vertragsverlängerung: Über das alles findet sich *nichts*! Wenn die Akten nicht von den früheren Archivaren vernichtet worden sind, wie es etwa bei der Personalakte von Josef Brandl der Fall war, dann können wir annehmen, dass Greifeld Briefe, Notizen und weitere Unterlagen nicht an das Archiv weitergeleitet hat. Im Bundesministerium für Forschung und Technologie[45] wurde 1975 allerdings ein Vorgang

42 Prost, Elodie, Édouard Bonnefoy. Un haut fonctionnaire sous l'Occupation (juin 1940–mai 1945). Le devoir de désobéissance, Lyon 1999 (Institut d'Etudes Politiques Université Lumière Lyon II)–(unpag.) (http://doc.sciencespo-lyon.fr/Ressources/Documents/Etudiants/Memoires/Cyberdocs/MFE1999/proste/these.html).

43 Bonnefoy nannte Greifeld sarkastisch „interlocuteur allemand" und „homologue allemand".

44 Siehe unten: 4, „A Closer Look: Zur Zusammenarbeit mit Greifeld genötigt. Édouard Bonnefoy (1899–1945) und sein Tod", S. 123 ff.

45 Vorgängerhaus des heutigen BMBF. Das Ministerium hat neunmal die Bezeichnung gewechselt: „Bundesministerium für Atomfragen" (1955–1957) → „Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft" (1957–1961) → „Bundesministerium für Atomkernenergie" (1961–1962) → „Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung" (1962–1969) → „Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft" (1969–1972) → „Bundesministerium für Forschung und Technologie und für das Fernmeldewesen" (1972–1974) → „Bundesministerium für Forschung und Technologie" (1974–1994) → „Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie" (1994–1998) → „Bundesministerium für Bildung und Forschung" (ab 1998).

angelegt, dem sich die Chronik von Greifelds Demission und deren Vorgeschichte entnehmen lässt.

Was die Karlsruher Geschäftsführerkollegen Greifelds betrifft, so ist die Quellen- und Literaturlage für Otto Haxel und Gerhard Ritter eher positiv, für Walther Schnurr weist sie Lücken auf und für Josef Brandl erhebliche Lücken.

Dies und der Gutachtencharakter haben den Verfasser zu einer anderen Form des Literaturverzeichnisses bewogen. Kritische Leser werden sich möglicherweise dafür interessieren, welche Publikationen der Autor herangezogen hat und welche *nicht*, und auf welcher Basis er die Auffassung vertritt, dass der Rudolf Greifeld der Jahre 1940–1941 in der Forschungsliteratur kaum erscheint, oder dass sich über Josef Brandls Tätigkeit im so genannten „Generalgouvernement" 1939–1944 kaum etwas finden lässt. Daher wurde die gesamte durchgearbeitete Literatur in die Liste aufgenommen.

Die vorgelegte Studie ist zweigeteilt. Im Mittelpunkt des ersten Teils steht Rudolf Greifeld, im zweiten Teil werden seine Karlsruher Geschäftsführerkollegen behandelt. Hier wurde ein sparsamerer Umgang mit den Fußnoten für vertretbar gehalten, so dass zu Beginn der Porträts von Haxel, Ritter, Schnurr und Brandl jeweils ein Literaturverzeichnis gegeben und auf Nachweise für jedes einzelne Faktum oftmals verzichtet wird.

## 1.5 Erster chronologischer Überblick: 1938/1941/1945/1950/1956/1965/1970

Wir werden uns nicht allein mit Rudolf Greifeld beschäftigen, wenn dessen Biografie auch den Hauptteil der Darstellung ausmacht. Das Interesse gilt auch seinen Geschäftsführerkollegen, weil der Vergleich mit den Kollegen für erhellend erachtet wird.

Die Personen, mit denen wir uns beschäftigen, nach der Chronologie ihrer Tätigkeit für das Kernforschungszentrum Karlsruhe:

1) Dr. jur. Rudolf Greifeld, geb. 06.11.1911, Kaufmännisch-Juristischer Geschäftsführer von 1956 bis 1974,
2) Prof. Dr. rer. nat. Otto Haxel, geb. 02.04.1909, von 1956 bis 1962 Wissenschaftlicher Geschäftsführer (ehrenamtlich vom Aufsichtsrat delegiert); von 1970 bis 1974 Mitglied der Geschäftsführung,

3) Dr. rer. nat. Gerhard Ritter, geb. 27.11.1902, Technischer Geschäftsführer von 1956 bis 1960,
4) Dr. rer. nat. Walther Schnurr, geb. 03.11.1904, Technischer Geschäftsführer von 1960 bis 1970,
5) Dr. jur. Josef Brandl, geb. 30.04.1901, Kaufmännischer Geschäftsführer („Sondergeschäftsführer") des Projekts „Mehrzweckforschungsreaktor" von 1961 bis 1968.

Der Zufall dieser Reihung nach Amtszeiten will es, dass – nehmen wir Otto Haxel aus – für die NS-Zeit eine aufsteigende Verstrickungs- bzw. Tat-Intensität der Akteure zu beschreiben sein wird.

Die fünf Herren gehörten ungefähr einer Alterskohorte an, geboren zwischen 1901 und 1911. Otto Haxel war in erster Linie Universitätsphysiker mit einem Lehrstuhl in Heidelberg. Greifeld, Ritter, Schnurr und Brandl gelang es nach dem Krieg, sich in den Schaltstellen des Wissenschaftsmanagements zu etablieren.

Zunächst soll in aller Knappheit und in unkommentierter Chronologie ein Überblick gegeben werden, der die unterschiedlichen Verstrickungsgrade in der NS-Zeit ahnen lässt und auf die Nachkriegsaktivitäten hinweist. Wo waren sie, was taten sie in den einzelnen ausgewählten Jahren?

*1938* ist Greifeld als Stadtassessor Verwaltungsangestellter in Pirna (Sachsen). Haxel ist seit einem Jahr habilitiert und Oberassistent von Hans Geiger an der TU Berlin. Ritter hat bereits einen steilen Aufstieg in der Chemie-Industrie (I. G. Farbenindustrie[46]) hinter sich; dasselbe gilt für Schnurr (ebenfalls I. G. Farben). Brandl ist zu dieser Zeit bei der Militärverwaltung in Wien tätig.

*1941* sehen wir Greifeld als Kriegsverwaltungsrat im okkupierten Paris, Haxel bei der Marine, Ritter als Leiter der „Vermittlungsstelle W" und damit als Schnittstellenmanager zwischen Chemie-Industrie und Wehrmacht – Schwerpunkt: Giftgas. Schnurr ist Mitglied im Planungsstab für das zu errichtende große Sprengstoffwerk in Christianstadt in der Lausitz. Brandl ist an führender Stelle im „Generalgouvernement" tätig, nämlich den annektierten Teilen Polens und der heutigen Ukraine.

Mitte *1945* befinden sich die Herren Greifeld, Ritter und Schnurr in Kriegsgefangenschaft bzw. in Internierungshaft. Brandl sollte nach Polen ausgeliefert werden, konnte vom Transport fliehen, er ist untergetaucht und heißt ab *1946* „Karl Müller". Otto Haxel vertritt Hans Geiger an der TU Berlin und geht *1946* an das von Heisenberg geleitete Göttinger Max-Planck-Institut für Physik. Hier stellt er das Schalenmodell der Atomkerne auf.

46 Im Folgenden „I. G. Farben".

*1950* ist Greifeld im baden-württembergischen Wirtschaftsministerium tätig, wo er es bis zum Regierungsdirektor bringt. Ritter arbeitet wieder als Chemiker, darf aber in der Chemie-Industrie noch keine Managementfunktionen übernehmen. Schnurr befindet sich im peronistischen Argentinien. Brandl ist noch immer „Karl Müller" und wohl in der Schrotthandelsbranche tätig. Otto Haxel erhält *1951* einen Lehrstuhl für Physik an der Universität Heidelberg.

*1956* beginnt Greifelds Tätigkeit im Kernforschungszentrum Karlsruhe. Otto Haxel wird Mitglied der Deutschen Atomkommission und ist eine treibende Kraft bei der Gründung und dem Aufbau des Kernforschungszentrums Karlsruhe; *1957* gehört er zu den Mitunterzeichnern der „Göttinger Erklärung", in der achtzehn hochrangige deutsche Atomforscher es ablehnen, sich an militärischen Atomprojekten zu beteiligen. Ritter ist in der I. G. Farben-Nachfolgefirma Anorgana tätig. Brandl ist nicht mehr „Karl Müller". Er und Schnurr sind Beamte im Bundesministerium für Atomfragen.

*1965* sind Greifeld, Schnurr und Brandl Geschäftsführer im Kernforschungszentrum Karlsruhe, wogegen Ritter das Zentrum *1960* verlassen hat, um als Generaldirektor die administrative Leitung des Euratom-Kernforschungszentrums Ispra in Italien zu übernehmen. Otto Haxel ist vorerst von Karlsruhe an die Universität Heidelberg zurückgekehrt.

*1970* ist Greifeld noch immer Kaufmännisch-Juristischer Geschäftsführer in Karlsruhe. Haxel wird in demselben Jahr Wissenschaftlich-Technischer Geschäftsführer. Ritter, Schnurr und Brandl befinden sich im Ruhestand.

# Teil I Causa Greifeld

# 2 Intro

Dr. jur. Rudolf Greifeld (06.11.1911–21.04.1984) war vom 01.10.1956 bis 30.06.1974 Kaufmännisch-Juristischer Geschäftsführer des Karlsruher Kernforschungszentrums und in dieser Funktion der wichtigste Akteur des Aufbaus einer Einrichtung, die als Referenz-Objekt der bundesdeutschen atomaren Großforschung galt und sich der besonderen Förderung durch die Adenauer-Regierung erfreuen konnte. Zu den glühenden Befürwortern des Karlsruher Zentrums zählte auch Franz Josef Strauß als Bundesatomminister von Oktober 1955 bis Oktober 1956. Die Kernforschungsanlage Jülich dagegen war als nordrhein-westfälische Antwort auf die süddeutschen Anstrengungen gedacht und zunächst Stiefkind der bundesdeutschen Kernenergie-Politik.

Greifeld galt als „Boss" der Karlsruher Geschäftsführung, da er in Verwaltungsangelegenheiten das Sagen hatte.[1] In seine Amtszeit fielen Einrichtung und Aufbau des Reaktorzentrums selbst, der Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR), die Kiellegung des Flaggschiffprojekts „Schneller Brüter", die Zusammenarbeit auf dem Brütergebiet mit Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden, die Entscheidung für den Brüter-Bauplatz in Kalkar und der Beginn der Arbeiten dort.[2]

Als baden-württembergischer Ministerialbeamter und Energiespezialist hatte Greifeld sich bereits ab Herbst 1952 für die Förderung der Kernenergie eingesetzt und alsbald den Plan verfolgt, ein Kernforschungszentrum nahe Karlsruhe aufzubauen. Er gehörte zu einer lokalen partei-übergreifenden Durchsetzungsquadriga mit dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Hermann Veit (1897–1973) an der Spitze, in früher Nachkriegszeit Oberbürgermeister von Karlsruhe, dem SPD-Oberbürgermeister Günther Klotz (1911–1972) sowie Joseph Groß (1909–1993), Karlsruher Landrat von 1946 bis 1971. Veit und Klotz waren Sozialdemokraten, Groß war Christdemokrat, Greifeld gehörte nach dem Krieg keiner Partei an, neigte aber zur SPD, auch aufgrund persönlicher Kontakte.[3]

---

1 Oetzel, Günther, Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung einer Institution der Großforschung am Modell des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) 1956–1963, Ffm., Bln., Bern etc. 1996 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Bd. 711), S. 69.

2 Marth, W., Der Schnelle Brüter SNR 300 im Auf und Ab seiner Geschichte, Karlsruhe, 1992 (KfK 4666).

3 Gespräch des Verfassers mit Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld, 28.01.2015. Unter den persönlichen Kontakten Greifelds ist insbesondere das freundschaftliche Verhältnis zu dem sozialdemokratischen Politiker Hermann Veit zu nennen, seinem wichtigsten Förderer seitens der Politik. Siehe unten: 11, „A Closer Look: Greifelds Gönner Hermann Veit (1897–1973)", S. 153 ff.

Man wusste den Herren Dank. Greifeld wurde 1969 Ehrensenator der Universität Karlsruhe und erhielt 1974 das Große Bundesverdienstkreuz; Joseph Groß, von Haus aus Diplomkaufmann, erhielt 1971 das Große Bundesverdienstkreuz; Günther Klotz, gelernter Bauingenieur, Ehrenbürger der Partnerstadt Nancy, 1970 Großes Bundesverdienstkreuz; Hermann Veit, Jurist: Ehrensenator der Universität Stuttgart, Ehrendoktor der Universität Karlsruhe, Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe, Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

## 2.1 Aufstieg aus dem Kleinbürgertum

Rudolf Greifeld wurde am 06.11.1911 als Sohn eines Regierungsamtmannes in Oschatz (Sachsen) geboren, einer Kleinstadt östlich von Leipzig.[4] Noch bevor er eingeschult wurde, zog die Familie in das 150 km entfernte Löbau um, ein 12.000-Einwohner-Städtchen mit Behördenschwerpunkt, wo Greifelds Vater als Zollinspektor Arbeit fand. Sein Sohn Rudolf, so der elterliche Wunsch, sollte es zu etwas bringen, es „besser haben". Die Ausbildungskosten haben sich die Eltern vom Munde abgespart, in die Ausbildung der Tochter wurde dagegen – zeitgeist-entsprechend – kaum investiert.[5]

In Löbau besuchte Rudolf Greifeld die Volksschule und hernach die Deutsche Oberschule.[6] Dem Abitur 1931 folgte ein mehrmonatiges kaufmännisches Praktikum bei der Firma Abraham Dürninger & Co in Herrnhut – Textilverarbeitung, Zigarren en gros und en détail. Anschließend begann Greifeld ein zunächst allein juristisches Studium; ab dem dritten Semester kam die Volkswirtschaft hinzu. Im Vordergrund standen aber stets die Rechtswissenschaften. Greifeld besuchte die Universitäten München, Kiel und Leipzig.

---

4 Zu den folgenden biografischen Angaben: Rudolf Greifeld, Beruflicher Werdegang, 18.06.1969, Archiv des Karlsruher Instituts für Technologie (im Folgenden: KIT-Archiv), 21001–874; Spruchkammer Akte Greifeld, Bundesarchiv, Zentrale Stelle Ludwigsburg, Unterlagen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen (im Folgenden: BA-ZStL), EL 902–20 Spruchkammer 37 Stuttgart, Verfahrensakten (Greifeld); Personalakten Rudolf Greifeld, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (im Folgenden: HStS), EA 6–151 Bü 1.

5 Gespräch des Verfassers mit Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld, 28.01.2015.

6 Die Deutsche Oberschule, eingeführt 1925, war eine Verwandte des Realgymnasiums: Weniger alte, mehr moderne Sprachen; Voranstellung der deutschen Kultur getreu dem Wort von Kaiser Wilhelm II., es gelte, „nationale junge Deutsche zu erziehen und nicht junge Griechen und Römer" (1890); Verschiebung des Bildungsschwerpunkts auf Mathematik und Naturwissenschaften getreu der Losung von Emil Du Bois-Reymond: „Kegelschnitte! Kein griechisches Spektrum mehr!" (1877).

Am 28.10.1931 wurde Greifeld von der Universität München für das Studium der Rechte immatrikuliert. Er studierte dort zunächst nur im Wintersemester 1931/32; am 17.03.1932 folgte die Exmatrikulation.[7] Das Sommersemester 1932 dürfte er an der Universität Kiel verbracht haben.[8] Am 03.11.1932 schrieb er sich für das Wintersemester 1932/33 wieder in München ein.[9] Diesmal waren in der Immatrikulationskartei als Fächer „Rechte" und „Staatsw." eingetragen – Staatswissenschaften, worunter als „Nationalökonomie" auch die Volkswirtschaftslehre fiel. Nach dem Münchner Wintersemester 1932/33 wurde Greifeld dort am 18.04.1933 exmatrikuliert.

Das klingt nicht sehr systematisch, sondern erinnert an das studentische Witzwort, man höre im Wintersemester in München die Vorlesung von Prof. Schneeschuh und im Sommersemester in Kiel die Vorlesung von Prof. Förde.

Aber ab dem Sommersemester 1933 setzte Greifeld sein Studium zielgerichteter fort, nun an der Universität Leipzig. Das Examen rückte näher. Tag der Einschreibung in Leipzig: 08.05.1933. Er studierte dort bis zum Wintersemester 1934/35.[10] Am Ende dieses Semesters legte er das Erste Staatsexamen in Jura ab. Am 27.04.1935 wurde Greifeld aus den Büchern der Universitätskasse gestrichen.[11]

Greifeld hatte sieben Semester studiert. Nun war der Sohn des kleinen Beamten[12] Jurist mit volkswirtschaftlicher Zusatzqualifikation. Sein Referendariat verbrachte er von Mitte 1935 bis Herbst 1938 im Oberlandesgerichtsbezirk Dresden und war während dieser Zeit neun Monate bei der Wirtschaftskammer Sachsen sowie bei der Industrie- und Handelskammer Dresden tätig.[13]

Während des Referendariats schrieb Greifeld seine Doktorarbeit über ein wirtschaftsrechtliches Thema: „Die Unterbeteiligung an der Offenen Handelsgesellschaft und der Kommanditgesellschaft".[14] Die Universität Leipzig promovierte ihn am 19.05.1938

7 Karteikarte Rudolf Greifeld (mit Passfoto), Anmeldenummer 135, Universitätsarchiv München, Stud. Kart. I.

8 Genaueres lässt sich nicht eruieren, da die in Frage kommenden Matrikeln der Universität Kiel durch Kriegseinwirkung verloren gegangen sind. (Mtlg. des Landesarchivs Schleswig-Holstein, 20.01.2015).

9 Karteikarte Rudolf Greifeld (mit Passfoto), Anmeldenummer 1561, Universitätsarchiv München, Stud. Kart. I.

10 Quaestur-Karten Greifeld, Universitätsarchiv Leipzig, 0021 871 u. 872. „Quaestur" ist die Altbezeichnung für Universitätskasse. Auf den Quaestur-Karten sind die von Greifeld gezahlten Semestergebühren eingetragen.

11 „Gestr. 27.4.1935", Universitätsarchiv Leipzig, 0021 872.

12 Regierungsamtmann war eine Position des Gehobenen Dienstes und entsprach einer heutigen A 11-Stelle (Polizeihauptkommissar oder etwa Eingangsgehaltsstufe eines Lehrers der unteren vier Schulklassen).

13 Vermerk, Februar 1948, Personalakten Rudolf Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1 (Bd. 1).

14 Publiziert 1938, Umfang 77 Druckseiten. Die Arbeit enthält keine ideologisch korrekten Ein- oder Ausleitungsreverenzen.

mit dem Prädikat „rite“.[15] Eine eher schwache Leistung, denn „rite“[16] können wir mit „vier“ oder sogar „vier minus“ übersetzen.[17] Aber die schwache Leistung war gleichwohl Durchschnitt. Auf der Doppelseite des Promotionsbuches der Leipziger Juristenfakultät, wo auch Greifelds Thema und die Benotung verzeichnet sind, finden sich neun weitere Einträge. Zwischen dem 19.05. und dem 03.06.1938 wurden also zehn Juristen promoviert. Die Benotungen: sechsmal „rite“, einmal „befriedigend“, dreimal „cum laude“.[18]

Mit einem „rite“ war an eine Wissenschaftskarriere des späteren Wissenschaftsmanagers Greifeld nicht zu denken, aber er dachte auch nicht daran. Auf Vaters Fußstapfen strebte er stets danach, Beamter in der staatlichen Verwaltung zu werden. Nur während seiner Stellenlosigkeit vom 20.12.1945 bis 31.03.1946 erwog er notgedrungen eine Niederlassung als Anwalt.

In den ersehnten Staatsdienst trat Rudolf Greifeld am 01.03.1939 ein, und zwar als Assessor.

## 2.2 Engagiert

Nachdem der Ausbildungsgang Rudolf Greifelds skizziert worden ist, wollen wir uns seiner politischen Einstellung, seinem politischen und seinem möglicherweise sozialen Engagement ab 1931 zuwenden. Was tat er außerhalb des Studiums, soweit es für unsere Fragestellung von Bedeutung ist? In Greifelds früheste und frühe Biografie fielen der Erste Weltkrieg und die Kohlrübenwinter, die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte in Sachsen, die Kampfdemonstrationen in Dresden und Leipzig, bei denen die Reichswehr 59 Menschen erschoss, die Inflation, die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Sachsen, der Aufstieg der Nationalsozialisten und die damit einhergehenden teils bürgerkriegsartigen Zustände, die „Machtergreifung“, die Konsolidierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, die Blendungsphase seiner Erfolge, schließlich der Zweite Weltkrieg, bei dessen Ausbruch Greifeld 27 Jahre alt war, bei dessen Ende 33.

15 Promotionsbuch der Juristen-Fakultät, Universitätsarchiv Leipzig, JurFak_01_02_Bd04_0202.

16 Lat., „auf rechte Weise“.

17 Noten für Doktorarbeiten, die jedoch von Universität zu Universität unterschiedlich sein können: summa cum laude bzw. opus eximium bzw. super omne canone (höchste Auszeichnungen, oftmals mit einem akademischen Preis verbunden); magna cum laude (sehr gut); cum laude (gut), satis bene (befriedigend); rite (ausreichend trotz Mängeln); non rite/non sufficit (ungenügend).

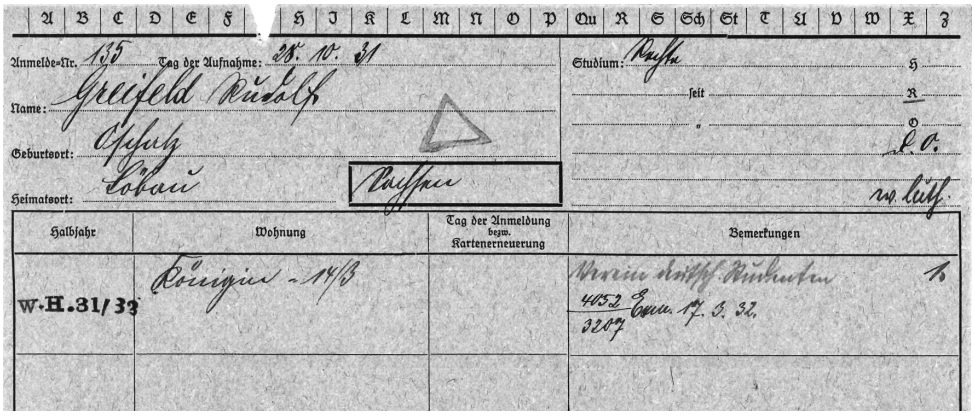
18 Universitätsarchiv Leipzig, Jur. JurFak_01_02_Bd04_0202.

Wir werden sehen, dass Greifeld während seiner Studienzeit eine rechtsradikale und antisemitische politische Sozialisation durchlief, antisemitische Lehrjahre sozusagen.

Rudolf Greifeld war Mitglied eines sozialen Hilfswerkes, einer protonazistischen und dreier nationalsozialistischer Organisationen. Vielleicht waren es auch deren vier. Es kommt darauf an, wie wir die korporative und damit indirekte Mitgliedschaft in Alfred Rosenbergs „Kampfbund für deutsche Kultur“ bewerten wollen.

## 2.3 Der antisemitische „Verein deutscher Studenten“

Auf Greifelds Karteikarten der Universität München für das Wintersemester 1931/32 (immatrikuliert 28.10.1931/exmatrikuliert 17.03.1932) und das Wintersemester 1932/33 (immatrikuliert 03.11.1932/ exmatrikuliert 18.04.1933) findet sich unter „Bemerkungen“ jeweils ein kleiner, leicht zu übersehender Bleistift-Eintrag: „Verein deutscher Studenten“ (VdSt).[19] Diese Einträge sind unser Ausgangspunkt, um dem jungen Studenten, späteren Referendar und Assessor Rudolf Greifeld ein politisches Profil zu geben, und zwar für die Jahre von 1931 bis 1937: Eintritt in den „Verein deutscher Studenten“, Eintritt in die SA, Eintritt in die NSDAP.


A B C D E F H J K L M N O P Qu R S Sch St T U V W X Z

Anmelde-Nr. 135 Tag der Aufnahme: 28. 10. 31

Name: Greifeld Rudolf

Geburtsort: Ofhuß

Heimatsort: Lobau

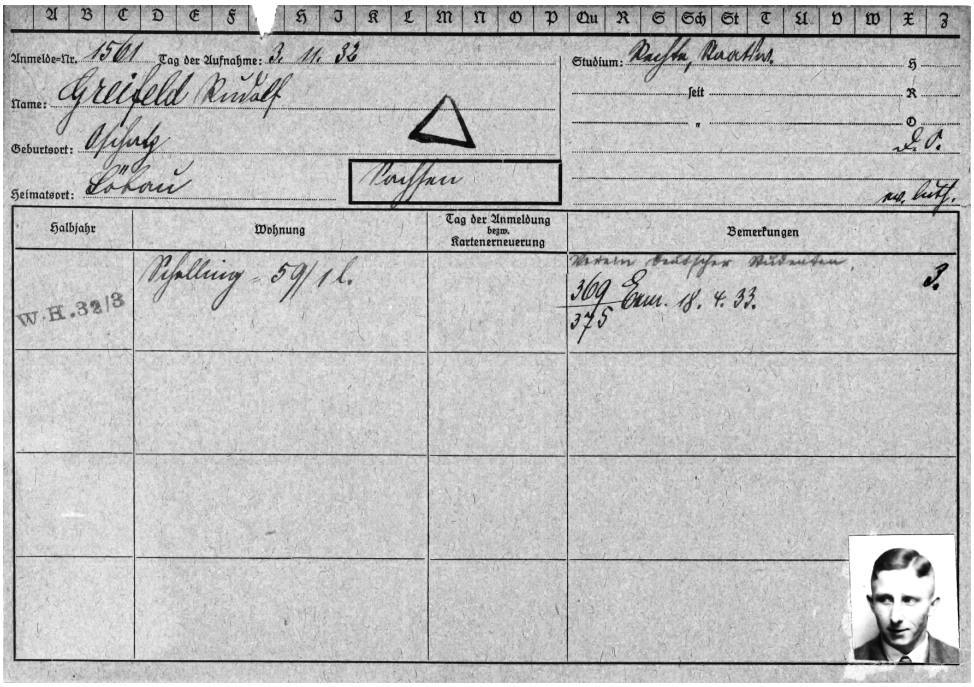
Studium: Recht

seit

| Halbjahr | Wohnung | Tag der Anmeldung bezw. Kartenerneuerung | Bemerkungen |
|---|---|---|---|
| W.H.31/33 | Königin-14/3 | | Verein deutsch. Studenten 4052 E. 3207 Austr. 17. 3. 32. |
| | | | |

**Abb. 1:** Matrikelkarte der Universität München zu Rudolf Greifeld für das Wintersemester 1931/32.

19 Karteikarte Rudolf Greifeld, Anmeldenummer 1561, Universitätsarchiv München (UAM), Stud-Kart I.



A B C D E F H J K L M N O P Qu R S Sch St T U V W X Z

Anmelde-Nr. 1561 Tag der Aufnahme: 2. 11. 33

Name: Greifeld Rudolf

Geburtsort: Oschatz

Heimatsort: Lokau

Kaufmann

Studium: Rechte, Rechte

H

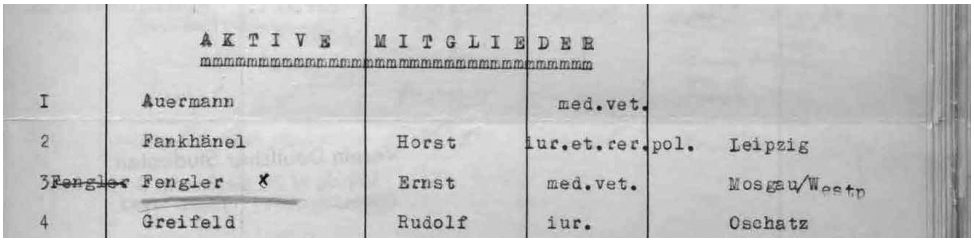
seit R

" O

| Halbjahr | Wohnung | Tag der Anmeldung bezw. Kartenerneuerung | Bemerkungen |
|---|---|---|---|
| W.H. 32/3 | Pfalzing 59/1 l. | | Verein deutscher Studenten, 369 Exm. 18. 4. 33. 375 |

**Abb. 2:** Matrikelkarte der Universität München zu Rudolf Greifeld für das Wintersemester 1932/33.

Im Verzeichnis „Studentische Körperschaften S. S. 1932 – S. S. 34“ der Universität Leipzig, Universitätsarchiv, ist Rudolf Greifeld als Aktiver des Vereins deutscher Studenten aufgeführt.



| | AKTIVE MITGLIEDER | | | |
|---|---|---|---|---|
| I | Auermann | | med.vet. | |
| 2 | Fankhänel | Horst | iur.et.rer.pol. | Leipzig |
| 3 ~~Fengler~~ | Fengler | Ernst | med.vet. | Mosgau/Westp |
| 4 | Greifeld | Rudolf | iur. | Oschatz |

**Abb. 3:** Verzeichnis der Universität Leipzig über studentische Aktivisten.

### 2.3.1 Antisemitismus im Zentrum

Greifeld ist zu Beginn seines Studiums in den Münchner Verein deutscher Studenten (VdSt)[20] eingetreten und war Aktiver bis zum Ende des Wintersemesters 1933/34. Was will uns das sagen? Klingt „Verein deutscher Studenten" nicht wie ein konventioneller nationalistisch angehauchter, vielleicht auch reaktionärer Interessenverband, wie es deren so viele gegeben hat? Das ist nicht der Fall. Der Historiker Konrad Jarausch, der sich intensiv mit der Studenten-Geschichte befasst hat, zählt die Vereine deutscher Studenten zu den „besonders stark mit völkisch-rassistischem Gedankengut durchdrungene(n) Verbindungen".[21]

Die VdSt waren eine schroff antisemitische und stramm nationalistische Bewegung junger Leute.[22] Diese Bewegung war eine Axt an der Weimarer Republik und wollte es sein. In den Reihen der VdSt wurde sogar diskutiert, ob man in dem verhassten Weimarer „System" überhaupt Beamter werden solle. Dem wurde allerdings widersprochen. So weit ging man nicht, auf eine „Stelle" zu verzichten. Die Weimarer Republik war den VdSt eine Juden- bzw. verjudete Republik. Die VdSt waren der antisemitische Paukboden der künftigen Funktions- bzw. Reflexionselite des „Dritten Reichs". Im Jahr 1930 gab es in Deutschland rund 100.000 Studenten.[23] Zu dieser Zeit hatten die VdSt 2.171 aktive Mitglieder plus 5.400 „Alte Herren".[24]

Grob, aber für die hier interessierenden Zusammenhänge ausreichend, können wir festhalten, dass die Studentenbewegungen von Beginn des 19. Jahrhunderts bis Ende der Weimarer Republik auf drei Traditionen zurückgeführt werden können:

1) Die zunächst landsmannschaftlich organisierten Korps oder Korporationen,
2) die burschenschaftliche Tradition der markigen so genannten „teutschen Bewegung", die von 1806 (Schlacht bei Jena und Auerstedt)

---

20 Die „Verein*e* deutscher Studenten", so hieße es exakt, denn sie waren an den Hochschulen und Universitäten als jeweils einzelne Untervereine organisiert und im „Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten" zusammengeschlossen.

21 Jarausch, Konrad, Universität und Nationalsozialismus. Aspekte einer erschreckenden Beziehung, in: Fritz, Regine, Rossoliński-Liebe, Grzegorz, Starek, Jan (Hg.), Alma Mater Antisemitica. Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939, Wien 2016 (Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien, Bd. 3), S. 21–36, S. 29.

22 Robert Musils „Mann ohne Eigenschaften" enthält recht genaue Schilderungen dieses geistigen Milieus, und zwar in den Kapiteln 102 und 113. Es geht hierbei um einen „Christ-Germanischen Kreis" junger Leute unter Führung von Hans Sepp, dem Studenten mit unreinem Teint und umso reinerer Seele (siehe: Musil, Robert, Der Mann ohne Eigenschaften, Bd. 1, Ost-Berlin 1975, S. 609 ff., S. 701 ff.).

23 Im gesamten Deutschen Reich studierten 1930 genauso viele junge Menschen wie im Wintersemester 2013/14 allein in München.

24 Für diese Mitteilung habe ich Herrn Dr. Marc Zirlewagen zu danken.

bis 1815 gegen die napoleonische Fremdherrschaft kämpfte,
wenn nicht mit der Waffe, so doch in Wort und Schrift,
3) die konfessionellen Verbände.

Die Vereine deutscher Studenten an den einzelnen Universitäten waren keine elitären Korps oder Schlagenden Verbindungen. Wohl hat es über einige Jahrzehnte hinweg Satisfaktionsprinzip, „gestatte mir Hochachtungsschluck!“[25], Fechtboden, Pauken und Mensur gegeben, aber diese studentischen Rituale waren für die Vereine nicht identitätsprägend.[26] Am nächsten läge es, die VdSt in die Tradition der „teutschen“ Studenten zu rücken, die ihrerseits den Fundamentlegern eines radikalen deutschen Nationalismus zuzurechnen sind.

Wie alle deutschen Studentenbewegungen von 1806 bis „1968“[27], von den „Teutschen“ bis zum SDS und den „K-Gruppen“, wähnten sich auch die Vereine deutscher Studenten als gesellschaftliche Avantgarde und beanspruchten, dem Volk, „dem großen Lümmel“ (Heine), zu zeigen oder zu sagen, wohin die Deichsel steht. Rechts oder links, jugendbewegt, völkisch, sozialistisch oder kommunistisch: Als Elite glaubte man sich immer. Joseph Roth, auf den wir unten noch zurückkommen werden[28], schrieb, man müsste eigentlich aufhören, Antisemit zu sein, „wenn die jüdische Geschäftskonkurrenz nicht gar zu gefährlich wäre“.[29] Dies ließe sich mühelos auf das Feld von Intelligenz und Intellektualität übertragen.[30] Antisemitismus spielte für den VdSt eine entscheidende Rolle. Wohl ist davon auszugehen, dass die meisten deutschen Studenten von 1871 bis 1933 antisemitisch eingestellt waren[31], für die VdSt aber war der Judenhass *direkter* Gründungsanlass gewesen. Man kann dies in heutiger Sprache als VdSt-Alleinstellungsmerkmal bezeichnen. Es geht zurück auf die frühen Jahre des Deutschen Kaiserreichs.

---

25 Finke, Lutz E., Gestatte mir Hochachtungsschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite, Hamburg 1963.

26 Siehe: Laurischk, Karl, Aus korporativer Zeit!, in: AH-Bund des VdSt Heidelberg, Festschrift 100 Jahre Verein deutscher Studenten, Heidelberg 1983, S. 69–72.

27 Diese Jahreszahl in Anführung, weil „1968“ gar nicht das Kernjahr der „Studentenbewegung“ gewesen ist, sondern 1967.

28 Siehe unten: 25.4, „‘Bloodlands’/‚Bluterde‘“, S. 302 ff.

29 Roth, Joseph, Juden auf Wanderschaft (1927), in: Ders., Werke, hg. v. Hermann Kesten, Bd. 3, S. 291–357, Amsterdam 1976, S. 305.

30 Diese Überlegungen sind entfaltet in: Aly, Götz, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass – 1800 bis 1933, Ffm. 2011.

31 Inwieweit das auch für die „1968er“ zutrifft, ist hier nicht zu diskutieren (siehe dazu: Kraushaar, Wolfgang, Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel? Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek 2013).

### 2.3.2 Genese eines antisemitischen Vereins[32]

Seit dem Börsenkrach von 1873 („Gründerkrach") wurde der Judenhass im Kaiserreich zunehmend rabiater.[33] Die Vereine deutscher Studenten sollten auf diesem Feld zu den wichtigsten politischen Gruppierungen gehören und durch die „Alten Herren" – 5.400 im Jahr 1930 – auch zu den wichtigsten Schaltstellen der antisemitischen Rechten in Deutschland.

Nachdem der Historiker Heinrich von Treitschke 1879 auf 1880 den „Antisemitismusstreit" losgetreten hatte („Die Juden sind unser Unglück!"), einen der großen Historikerstreite innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft, standen ihm rechte, vaterländische Studenten zur Seite und bekämpften genau jene liberalen Historiker wie etwa Theodor Mommsen, die ihrerseits Treitschkes Positionen bekämpften.

1880 regte Bernhard Förster, Ehemann von Nietzsches Schwester Elisabeth, nirgendwo anders als bei den Bayreuther Festspielen die „Antisemiten-Massenpetition" an. Reichskanzler Fürst Bismarck sollte zur Rücknahme wesentlicher Rechte der Juden bewegt werden. So forderte man ihre Entfernung aus dem Staatsdienst, Limitierung der Zahl jüdischer Juristen, Zugangsbeschränkungen für die Höheren Schulen und Hochschulen, Einwanderungsstopp für die so genannten „Ostjuden".

Zur organisatorischen Vorbereitung des Plebiszits hatten sich an einzelnen Hochschulen studentische Gruppen zusammengefunden, und eben aus diesen Gruppen gingen die „Vereine deutscher Studenten" hervor. Die erste Sitzung eines „Vereins deutscher Studenten" fand 1880 in Berlin statt.

---

32 Zum Folgenden: Berding, Helmut, Moderner Antisemitismus in Deutschland, Ffm. 1988 (Neue Historische Bibliothek), S. 115 f. Siehe auch: Volkov, Shulamit, Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1945, in: VfZ 2 (1985), S. 244–287; zum Rassen- bzw. Sozialdarwinismus des VDS siehe: Zmarzlik, Hans-Günter, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: VfZ 3 (1963), S. 246–273.
*Der* Spezialist für die VdSt-Geschichte ist Marc Zirlewagen. Siehe: Zirlewagen, Marc, Der Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten in der Weimarer Republik (Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte e. V. – GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Beiheft Nr. 8), Köln 1999; ders. (Hg.), 1881–2006: 125 Jahre Vereine deutscher Studenten. Bd. 1: Ein historischer Rückblick, Bad Frankenhausen 2006; ders., „Unser Platz ist bei der großen völkischen Bewegung." Der Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten und der völkische Gedanke, Norderstedt 2014.

33 Wenngleich Gustav Freytags „Soll und Haben", das antisemitische Volksbuch schlechthin, bereits 1855 erschienen war.

Die VdSt wurden an den einzelnen Universitäten gegründet und schlossen sich bei Gelegenheit des Kyffhäuserfestes 1881 zum „Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten" zusammen.[34]

Der Antisemitismus stand auf der VdSt-Agenda an erster Stelle, gefolgt von der Forderung nach nationaler Ausrichtung und Verjüngung der Universität sowie einem mit dem Antisemitismus verklammerten Nationalismus bzw. Chauvinismus. Man lehnte Entsittlichung, Frauenemanzipation, Sozialdemokratie, Vaterlandslosigkeit, die „frechen Juden" etc., etc. ab. Kurzum: Es handelte sich um eine anti-modernistische Gruppierung mit volkspädagogischem und völkischem Impetus. Liberale Historiker wie Johann Gustav Droysen[35] und Theodor Mommsen erwehrten sich dieser Bewegung, wie sie sich schon gegen Treitschkes antisemitische Veröffentlichung in den „Preußischen Jahrbüchern" gewehrt hatten, aber in Preußen und in Sachsen wurden die Vereine von der Kultusbürokratie unterstützt.

1896 beschloss der „Kyffhäuser-Verband der Vereine deutschen Studenten" einen „Arierparagrafen". Dass er in dessen Reihen nötig war, ist mit Gründen zu bezweifeln. Eher handelte es sich um eine Symbol-Geste und ein Signal an andere studentische Vereinigungen sowie an die jüdischen Studenten selbst.

Neben Antisemitismusstreit und Antisemitenpetition waren die Vereine deutscher Studenten von den Sozialvorstellungen des antisemitischen evangelischen Hofpredigers Adolf Stoecker (1835–1909) geprägt, der von kritischen Geistern späterer Zeit, so von dem deutsch-israelischen Historiker Walter Grab, als „Adolf der Erste" apostrophiert wurde[36], wenn dies auch übertrieben ist. In späterer Zeit scheinen die dem Nationalsozialismus nahe stehenden „Deutschen Christen" einigen Einfluss auf die VdSt besessen zu haben.

Angesichts dieser und weiterer protestantischer Bühnenkulissen kann festgehalten werden, dass es an den Universitäten umso weniger VdSt-Gruppen gab, je katholischer die Region und die Studierenden waren. 1912 gab es mit Ausnahme von Würzburg an allen deutschen Universitäten Vereine deutscher Studenten. 1914 hatten sie 5.500 Mitglieder. Bei einer Zahl von damals ca. 30.000 Studenten im Deutschen

---

34 Schwerin, Friedrich Ernst v., Die Entstehung der Vereine deutscher Studenten in der antisemitischen Bewegung, in: Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten (Hg.), Beiträge zur Geschichte des Kyffhäuser-Verbandes Deutscher Studenten, S. 9–24, S. 9 f. Siehe auch: „Strukturen studentischen Antisemitismus an Berliner Universitäten um 1880" (https://www.tu-berlin.de/fileadmin/f1/Studium_und_Lehre/BA_Kultur_und_Technik/Posterpraesentation_2010/15_c_Strukturen_studentischen_Antisemitismus_an_Berliner_Universitaeten_um_1880.pdf – Zugriff 09.2015). Der „Kyffhäuser-Verband" ist nicht mit dem nachmaligen „Kyffhäuserbund" der Weltkrieg-I-Teilnehmer zu verwechseln!

35 Wenn man diesen „liberal" nennen will.

36 Diese Bezeichnung Stoeckers wählte Grab während einer Diskussion in der Evangelischen Akademie Berlin.

Reich entsprach dies rund 18 Prozent. Damit waren die VdSt zu dieser Zeit keine Sekte, sondern eine studentische Massen-Organisation, wohingegen der prozentuale Anteil an der Gesamtstudentenschaft in der Weimarer Zeit zurückging.

Die größten Erfolge erzielten die VdSt im Norden und im Osten Deutschlands. Wie fast alle Studenten stammten auch VdSt'ler aus dem Klein- und Mittelbürgertum. Sie waren weit überwiegend Protestanten. Anfänglich dominierten Studenten der Evangelischen Theologie, doch der Anteil der Jura-Studenten nahm beständig zu, bis sie die Überhand gewonnen hatten.[37] Greifeld war Jura-Student.

### 2.3.3 Greifelds antisemitische Sozialisation im Verein deutscher Studenten

Die Ausführlichkeit der VdSt-Charakterisierung ist zu rechtfertigen, weil Greifeld in diesem Verband seine politische Sozialisation erhielt. Vom VdSt verlief sein Weg in die SA; Spuren der VdSt-Ideologie lassen sich noch in Greifelds antisemitischen Äußerungen der Pariser Zeit 1940/41 finden.

Wenn stud. jur. Rudolf Greifeld, Absolvent einer „Deutschen Oberschule", dem antisemitischen VdSt in *München* beitrat, war er wohl Angehöriger einer studentischen Organisation mit nicht geringer Mitgliederzahl, aber kein Mainstreamer. Welch geistigen Zuschnitts der Münchner VdSt gewesen ist, zeigt das Vortrags- und Diskussionsprogramm für das Sommersemester 1932. Es wurden die Themen Nationalsozialismus, Rassefragen, Ostraumpolitik, Freimaurerei, Wehrsport bearbeitet. Greifelds VdSt-Mitgliedschaft lässt keinen anderen Schluss zu, als dass er überzeugter Antisemit gewesen war.

Einmal im VdSt, hat sich der junge Greifeld keineswegs nur um Bierkrüge und Salamander gekümmert und die inhaltlich-politische Arbeit beiseitegelassen.[38] In seinem Münchner Wintersemester 1932/33 war er nämlich nicht einfaches Mitglied, sondern VdSt-*Funktionär*. Er war in der zweiten Hälfte des Wintersemesters 1932/33 Münchner VdSt-Schriftwart und damit VdSt-Vorstandsrepräsentant. Nicht wenige VdSt-Mitglieder nahmen im Mai 1933 an den Bücherverbrennungen teil. Der nationalsozialistischen Judenpolitik bis hin zu den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 dürften sie, also wohl auch Rudolf Greifeld, zugestimmt haben, ob dies allerdings auch für den Radau-Antisemitismus der SA galt, gipfelnd in den Pogromen vom November 1938 („Reichskristallnacht"), wird nicht zu klären sein.

---

37 Berding, Moderner Antisemitismus, a. a. O., S. 117 f.

38 Die in den folgenden drei Abschnitten wiedergegebenen Einzelheiten sind für die politisch-weltanschauliche Biografie des jungen Rudolf Greifeld entscheidend. Ich habe Herrn Dr. Marc Zirlewagen für die Hinweise sowie für die Recherche in den Kyffhäuser-Meldelisten zu danken.

Fragt sich vor den dargestellten Hintergründen, welche Verbindungen zwischen den VdSt und dem NS-Studentenbund (NSDStB) bestanden. Der rasante Aufstieg des NSDStB begann 1928. In diesem Jahr hatte der 21 Jahre alte Baldur von Schirach die Führung des NSDStB übernommen. Sein Erfolg war dergestalt, dass der Bund für einige Jahre die am schnellsten wachsende NS-Organisation gewesen ist. Baldur von Schirach musste einem erstaunten Hitler die Ursachen hierfür erklären.

### 2.3.4 Verein deutscher Studenten und NS-Studentenbund

Ab 1929/30 wuchs die Zahl der VdSt-Bundesbrüder, die sich dem Nationalsozialismus zuwandten.[39] Doppelmitgliedschaftsprobleme gab es nicht. Das NS-Engagement von VdSt-Mitgliedern war vor 1933 regional unterschiedlich. So gab es im VdSt Marburg bis zum Wintersemester 1928/29 keinen einzigen Nationalsozialisten. Anders bei dem Heidelberger VdSt, 1883 von einem Studenten der Evangelischen Theologie gegründet. Diese Gruppe wurde ab dem Wintersemester 1929/30 von Gustav Adolf Scheel (1907–1979) geführt[40], der zugleich NSDStB-Mitglied war und es 1936 zum „Reichsstudentenführer" bringen sollte. Scheel hatte ursprünglich Pfarrer werden wollen wie sein Vater und einige Semester Theologie studiert, aber dann auf Medizin umgesattelt. In der SS und deren Sicherheitsdienst, dem SD, sollte er eine steile Karriere durchlaufen: 1940 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im okkupierten Elsass, 1941 Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg.

Zwar hat man behauptet, die Vereine deutscher Studenten seien schon wegen ihres sehr früh eingenommenen konsequenten Rassestandpunktes *direkte* Vorläufer der SS gewesen, aber es gibt in dem umfangreichen VdSt-Schrifttum keine Hetzkampagnen mit genozidaler Stoßrichtung.[41] Die allmähliche Nazifizierung der Bundesbrüder in den VdSt wurde von vielen „Alten Herren" zurückhaltend oder sogar ablehnend verfolgt, da bei ihnen die rechtskonservative deutschnationale Richtung überwog.

Gingen aus den VdSt-Reihen bereits ab Ende der 1920er Jahre wichtige NSDStB-Funktionäre hervor, so wurde nach der „Machtergreifung" im Januar 1933 die Hinneigung

---

39 Zirlewagen, Der Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten in der Weimarer Republik, a. a. O., S. 137; ders., „Einschaltung – nicht Gleichschaltung." Johannes Wotschke im Kampf um die Eigenständigkeit des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine deutscher Studenten 1933–1938, in: ders. (Hg.), 1881–2006: 125 Jahre Vereine deutscher Studenten. a. a. O., Bd. 1, S. 57–98, S. 57.

40 Fünfzig Jahre Verein deutscher Studenten 1883–1933, Heidelberg 1933, S. 13.

41 Siehe die Diskussion bei Zirlewagen, Der Kyffhäuser-Verband, a. a. O., S. 149 ff. Im Übrigen ist das Argument der „Vorläuferschaft" ebenso beliebt wie oftmals unscharf, und seine Verwendung steht häufig im weltanschaulichen Belieben derjenigen, die damit hantieren: Teile der deutschen Jugendbewegung als „Vorläufer" des Nationalsozialismus; Verbindung zwischen der Vorstellungswelt vieler „1968er" und der Baader-Meinhof-Gruppe …

zur Pflicht, und die VdSt hatten sich den Richtlinien des NSDStB zu fügen.[42] Nach einigem Hin und Her einigte man sich 1935 auf den VdSt-Wahlspruch „Mit Gott für Führer und Volk."[43]

Rudolf Greifeld war Mitglied und zeitweilig Funktionär im VdSt. Hervorzuheben ist dreierlei:

1) Greifeld bewegte sich seit 1931 im ideologischen Dunstkreis des Nationalsozialismus.
2) Greifeld gehörte aber nicht zu jenen deutsch-völkisch eingestellten Studenten, die ein, zwei Semester an Grenzland- oder „Stoßtrupp"-Universitäten wie Königsberg oder Breslau studierten, um ihren politischen Willen zu bekunden; er gehörte auch nicht zu jenen, die an einer österreichischen Universität studierten, um ihre großdeutsche Haltung zum Ausdruck zu bringen.
3) Festzuhalten ist auch, und das wird noch ausführlich Thema sein, dass Greifeld im NS-Regime nicht von Ferne eine solche Rolle spielen, nicht von Ferne über solch enge Kontakte zu den Spitzen des NS-Regimes verfügen sollte wie seine späteren Karlsruher Geschäftsführerkollegen Brandl, Ritter und Schnurr.

### 2.3.5 Greifeld und der Kampfbund für Deutsche Kultur. „Emotionale Mitgliedschaft"?

Der Münchner VdSt war Ende des Sommersemesters 1932 korporativ dem „Kampfbund für deutsche Kultur" (KfdK) beigetreten. Dies wird als Rechtsruck von Rechtsextremen zu bezeichnen sein. Auf indirekte Weise gehörte Greifeld ab dem Wintersemester 1932/33 damit dem KfdK an.

Dieser KfdK wurde von Alfred Rosenberg geführt, und dieser war als Rosenberg-Verein ein Sammelbecken der bedeutendsten völkischen und nationalsozialistischen Ideologen, radikal antisemitisch, anti-freimaurerisch und aggressiv gegen all das gerichtet, was sich als kulturelle Moderne präsentierte, oder was man dafür hielt. Sich selbst hielt man im KfdK für etwas Besseres. Der KfdK war die sozusagen parfümierte Version der NS-Ideologie, das Gegenteil der in den Augen vieler Bürgerlicher verpöbelten SA.

Aber: Wenn man einer VdSt-Gruppe angehörte, die in den Rosenberg'schen „Kampfbund" übertrat, ist dies ein Indiz, jedoch kein hartes Faktum in dem Sinne, dass Greifeld durch den genannten korporativen Übertritt formell als ein Mitglied des

42 Zirlewagen, „Einschaltung – nicht Gleichschaltung.", a. a. O., S. 64.
43 Ebd., S. 68.

Kampfbundes für deutsche Kultur anzusehen wäre – es kann von einer „emotionalen Mitgliedschaft“ gesprochen werden.[44]

## 2.4 SA

Zur Zeit der „Machtübernahme“ betrug die Zahl der SA-Männer rund 700.000, ein Jahr später waren es knapp vier Millionen Mann. Nach seiner Angabe auf dem Entnazifizierungsfragebogen war Rudolf Greifeld von 1934 bis 1936 als Reservist in der SA. Ämter habe er nicht innegehabt.[45] Das Staatsarchiv Dresden kam bei einer Recherche im Auftrag des Staatssicherheitsdienstes der DDR zu einem anderen Datum. Danach war Greifeld bereits am 15.05.1933 in die SA eingetreten und wurde Rottenführer im SA Sturm 1/103 in Bautzen.[46] Diese Zeitangabe soll hier übernommen werden, da das Staatsarchiv Dresden mit exakten Details aufwarten konnte. Demnach war Greifeld also nicht in der „SA-Reserve“, sondern aktiver Rottenführer.[47]

Es wird für wahrscheinlich gehalten, dass Rudolf Greifeld SA-Mann wurde, weil die Vereine deutscher Studenten ihren Mitgliedern dies anempfahlen. So lesen wir in der VdSt-Satzung vom 07.02.1934:

---

44 Die zu Rate gezogene Rechtsabteilung des Forschungszentrums Jülich teilt in diesem Zusammenhang mit: „Eine korporative Mitgliedschaft liegt dann vor, wenn juristische Personen kraft Satzung Mitglied in einem Verein sind und dort über einen von ihnen entsandten Vertreter ihre Mitgliedschaftsrechte wahrnehmen. In den meisten Fällen wird diese korporative Mitgliedschaft an ein in der Satzung vorgesehenes Vorstandsamt geknüpft. (…) Streng juristisch/dogmatisch bewertet bedeutet das: Juristisch war der ‚Verein deutscher Studenten‘ korporatives Mitglied im Kampfbund. Da nur juristische Personen (zum Beispiel ein Verein) eine korporative Mitgliedschaft erwerben können, kann Herr Greifeld als natürliche Person nicht über die Konstruktion der korporativen Mitgliedschaft zum Vereinsmitglied im ‚Kampfbund‘ werden. Juristisch kann Herr Greifeld somit nicht als Mitglied im ‚Kampfbund‘ bezeichnet werden.“ Aber unabhängig von dieser juristischen Konstruktionsfrage wird von der Rechtsabteilung angemerkt, eine korporative Mitgliedschaft setze natürlich voraus, dass sich das korporative Mitglied mit den Zielen der jeweiligen Organisation identifiziere (Ich danke Herrn Heinz-Jürgen Pullen für diese Mitteilungen. Von ihm stammt auch die Formulierung „emotionale Mitgliedschaft“.).

45 Spruchkammer-Akte Greifeld, StAL, EL 902–20 Spruchkammer 37 Stuttgart.

46 Staatsarchiv Dresden an Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern, 12.02.1976, Übersendung der Kopie einer Karteikarte, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (im Folgenden BStU), MfS – HA IX/11 PA 934 (Rudolf Greifeld, geb. 06.11.1911). Die Karteikarte stammt nicht aus der NS-Zeit, sondern wurde offenbar vom Dresdner Archiv angefertigt.

47 Ein SA-Rottenführer entsprach dem Rang eines Obergefreiten der Wehrmacht und war ein Mannschaftsdienstgrad. Rangfolge: SA-Anwärter → SA-Mann → SA-Sturmmann → SA-Obersturmmann → SA-Rottenführer. Eine „Rotte“ bestand aus vier bis acht Mann.

> „Die Deutsche Studentenschaft (…) steht dafür ein, dass die Studenten ihre Pflicht in Hochschule, Staat und Volk erfüllen. Vor allem hat sie die Studenten durch die Verpflichtung zum S.A.-Dienst und Arbeitsdienst und durch politische Schulung zu ehrbewussten und wehrhaften deutschen Männern und zum verantwortungsbereiten selbstlosen Dienst in Volk und Staat zu erziehen."[48]

Sicherlich hing diese Aufforderung bereits in der Luft, bevor sie in der Satzung festgelegt worden war.

In einer Formulierung mit exkulpierendem Zungenschlag hieß es 1983 über die VdSt: „Alle Bundesbrüder *mussten* sich binnen kurzem zum Dienst in den Wehrverbänden der SA oder anderer Formationen melden."[49] Gegenüber dem Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus half dies aber nichts: Ende 1937 wurden die VdSt aufgelöst.[50]

Greifeld trat als direkter VdSt- und indirekter KfdK-Angehöriger in die SA ein – und verließ sie nach eigener Angabe 1936 wieder.[51] Warum? Er war Ende April 1935 in Leipzig exmatrikuliert worden, wurde dann Referendar in Dresden und schrieb an seiner Dissertation. VdSt und KfdK waren aufgelöst bzw. in die Nationalsozialistische Kulturgemeinde überführt worden. In der SA *brauchte* Greifeld nicht mehr zu sein. Eventuell kam er damit auch um straffe SA-Übungen und Gemeinschaftsabende herum. Er folgte aber nicht dem Beispiel vieler und trat in die SS über. Die SS-Mitgliedschaft Greifelds können wir ausschließen.[52] Er wäre auch kaum aufgenommen worden: unsoldatische schmächtige Erscheinung, 1,74 m groß, ständig unter Herz- und Kreislaufproblemen leidend.[53] Als Rechtsreferendar in die „Partei" einzutreten, war sinnvoller.

---

48 Ich danke Herrn Dr. Marc Zirlewagen für die Mitteilung dieser Satzungspassage.

49 100 Jahre Verein deutscher Studenten, a. a. O., S. 35 (Hervorhebung von mir/B.-A. R.).

50 Ebd., S. 39.

51 Im Vorbeigehen sei bemerkt, dass man, die „Partei" einmal ausgenommen, aus NS-Formationen durchaus austreten konnte, ohne seiner Karriere zu schaden.

52 Im Bundesarchiv Berlin (Bestand des ehemaligen Berlin Document Center, im Folgenden BDC), das verlässliche Daten über die Mitgliedschaften in der NSDAP und weiteren NS-Formationen enthält, finden sich keine Hinweise auf eine SS-Zugehörigkeit von Greifeld.

53 Rudolf Greifeld wurde im November 1939 „wegen Untauglichkeit" aus der Wehrmacht entlassen. (Gespräch des Verfassers mit Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld, 28.01.2015).

## 2.5 Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund

Für alle Juristen aus Greifelds Generation gilt, dass die Berufs- und Karriereaussichten zu Beginn der 1930er Jahre mehr als dürftig gewesen sind. Dies umso mehr, als die Nationalsozialisten eine Juristen- und Juristerei-Aversion kultivierten und lauthals verkündeten, die ihnen während der „Kampfzeit" bis Januar 1933 nicht wenige Anhänger eingetragen hatte und aus der Hitler nie einen Hehl machte.

Parteigenosse zu sein, „Pg", erleichterte Karrieren generell; Mitglied im NS-Rechtswahrerbund (NSRB) zu sein, erleichterte Juristenkarrieren speziell.[54] Juristen waren nicht verpflichtet, dem NSRB beizutreten, aber eine Mitgliedschaft galt als Ausweis politischer Correctness, machte es im Staatsdienst einfacher, die Karriereleiter hinaufzusteigen oder überhaupt erst in den Staatsdienst zu gelangen und brachte dem niedergelassenen Anwalt Kundschaft ein. Rudolf Greifeld gehörte dem NSRB von 1937 bis 1939 an. Im NSRB war er so lange, wie es ihm von Nutzen sein konnte, nämlich bis zum Assessoriat.

## 2.6 NSDAP

Etwa anderthalb Jahre vor Ende seines Referendariats, am 01.05.1937, trat Greifeld der NSDAP, Ortsgruppe Bautzen, bei. Für einen Gerichtsreferendar, der an seiner Promotion saß, dürften Karrieregründe ausschlaggebend gewesen sein. Dass er aber der NSDAP innerlich fernstand, ist kaum anzunehmen, obgleich er dies in seinem Entnazifizierungsverfahren hervorhob. Greifeld erhielt die Mitgliedsnummer 4.532.843.[55] Im Gegensatz zum VdSt hatte er in der NSDAP kein Amt inne – so seine eigene Angabe.

Greifeld war kein „Märzgefallener", jemand, der nach der „Machtergreifung" noch rasch der NSDAP beitrat, bevor das Aufnahmetor für einige Jahre herunterrasseln sollte. Ab dem 01.05.1933 hatte die NSDAP eine Aufnahmesperre verhängt. Sie währte bis zum 01.05.1937. Ihre Aufhebung wurde am 19.04.1937 verkündet, einen Tag vor „Führers Geburtstag".

---

54 Der NS-Rechtswahrerbund (NSRB) war 1936 als Nachfolge-Organisation des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen gegründet worden. Hans Frank, den wir unten in den düsteren Passagen über Josef Brandl noch als Generalgouverneur der besetzten polnischen und russischen Gebiete kennenlernen werden, war bis 1942 als „Reichsrechtsführer" oberster NSRB-Mann gewesen.

55 NSDAP-Gaukartei, Karteikarte Greifeld, BDC.

## 2.7 Deutsches Rotes Kreuz

Von 1939 bis 1945 war Greifeld Mitglied des Deutschen Roten Kreuzes.[56] Er dürfte förderndes DRK-Mitglied gewesen sein, nicht aber Teilnehmer an Diensten und Einsätzen, die ab 1941 teilweise in Verbrechensnähe führten: „aktive Mitwirkung an einer Sanitätskolonne (Einsatz Ostfront, Umsiedlung, Euthanasie <…> Zwangsarbeiter-Betreuung)“.[57]

Das Rote Kreuz war vom Gründungsimpuls her eine gegen die Kriegsauswirkungen gerichtete internationale humanitäre Hilfsorganisation.

Das *Deutsche* Rote Kreuz zählte am 30.01.1933, dem Tag der „Machtergreifung“, 1,43 Millionen Mitglieder in rund 8.000 Vereinen.[58] Es durchlief ab 1933 den üblichen Nazifizierungsprozess: Gleichschaltung, Ausschluss jüdischer Mitglieder, Implementierung des „Führer-Prinzips“. Am 01.11.1933 war Paul Hocheisen, SA-Gruppenführer und Chef des SA-Sanitätswesens, zum DRK-Vizepräsidenten ernannt worden. Obwohl Vize, war er der eigentlich starke Mann im DRK, bis er nach „Röhm-Putsch“ und Schwächung der SA auf Himmlers Betreiben durch SS-Obergruppenführer Dr. med. Ernst-Robert Grawitz ersetzt wurde, den „Reichsarzt SS“. Hieraus ergibt sich, dass ein SA-Angehöriger, und war er es nur ehedem gewesen, bei der DRK-Führung nicht wohlgelitten war. Je höher die DRK-Rangstufen, desto größer der Anteil überzeugter Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten sowie SS-Angehöriger.[59]

Der DRK- und SS-Führer Grawitz sprach offen aus, dass Juden, wie krank und hilfsbedürftig auch immer, von jeglicher DRK-Hilfe auszuschließen seien. Mit Grawitz an der Spitze war das DRK samt der personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen in der Hand der SS.[60] Grawitz selbst war in die tausendfachen Morde der so genannten „Euthanasie“ („Aktion T-4“) verwickelt und führend beteiligt an verbrecherischen Menschen-Experimenten.

---

56 Es ist auffällig, dass eine ganze Reihe von Nationalsozialisten, deren Biografien für dieses Gutachten untersucht wurden, dem DRK angehörten. Gründe dafür sind auch Expertinnen nicht bekannt (Gespräche bzw. Mailwechsel des Verfassers mit Frau Dr. Anja Bilski und Frau Dr. Stephanie Merkenich).

57 Für die Mitteilung dieser und weiterer Einzelheiten sowie von Hinweisen auf die Bewertung habe ich Frau Dr. Stephanie Merkenich zu danken, Mitverfasserin der grundlegenden Arbeit über das DRK im „Dritten Reich“ (Morgenbrod, Birgitt, Merkenich, Stephanie, Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933–1945, Paderborn, Mnchn. etc. 2008). Frau Merkenich weist auch darauf hin, dass in ihren umfangreichen Dokumenten-Scannings der Name „Greifeld“ nicht auftaucht. Dies ist kein Beweis, aber ein wichtiges Indiz.

58 Lichtenstein, Heiner, Angepasst und treu ergeben. Das Rote Kreuz im „Dritten Reich“, Köln 1988, S. 19.

59 Seithe, Horst, Hagemann, Frauke, Das Deutsche Rote Kreuz im Dritten Reich (1933–1939). Mit einem Abriss seiner Geschichte in der Weimarer Republik, Ffm. 1993, S. 224.

60 Morgenbrod, Merkenich, Das Deutsche Rote Kreuz, a. a. O., S. 449.

Kraftwagen mit dem Rotkreuz-Zeichen haben das Giftgas Zyklon B in die Vernichtungslager transportiert[61], so zu den Gaskammern nach Auschwitz-Birkenau, wobei der jeweilige SS-Arzt und die Angehörigen der Vergasungskommandos gleich mitfuhren.[62]

Aber es ist hervorzuheben, dass die Verstrickungen des DRK *als Organisation* nicht mit letzter Sicherheit nachzuweisen sind.[63] Zudem hatte DRK-Präsident Grawitz die Trennung seiner Tätigkeit als SS-Führer und die Führung des DRK „zumindest ab Kriegsbeginn mit großer Konsequenz durchgehalten".[64] Hätte man das DRK nämlich auch organisatorisch in die Machtapparatur des „Dritten Reiches" eingebunden, wäre der völkerrechtliche Schutz der deutschen Zivilbevölkerung dahin gewesen. So hielt Hitler denn bewusst am internationalen Charakter des Roten Kreuzes fest.[65]

Nach den Überfällen auf Polen (01.09.1939), Dänemark und Norwegen (09.04.1940), die Niederlande, Belgien und Luxemburg (10.05.1940), Frankreich (Großoffensive 05.06.1940, Einmarsch in Paris 14.06.1940) blieb das DRK noch auf dem Dunant'schen Traditionspfad: Verwundeten-Versorgung, Suchdienst, Angehörigen-Benachrichtigung.[66] Erst der Überfall auf die Sowjetunion (22.06.1941) schuf eine neue Lage. Die russischen Soldaten waren von den Fürsorgemaßnahmen des Deutschen Roten Kreuzes ausgeschlossen.[67]

Bei der Frage nach Mitgliedschaften wie im Roten Kreuz oder dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), selbst der Freiwilligen Feuerwehr, besteht das grundsätzliche Problem, dass Teile dieser prima vista harmlosen Organisationen „im Osten" auch im Vernichtungskampf gegen Slawen, Russen und Juden eingesetzt worden sind.

---

61 Lichtenstein, Angepasst und treu ergeben, a. a. O., S. 24.

62 Begründung aus dem ersten Urteil des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, 19. u. 20.08.1965, abgedruckt in: Götz, Albrecht, Bilanz der Verfolgung von NS-Straftaten, Köln 1986 (Bundesanzeiger), S. 133–140, S. 139.

63 Morgenbrod, Merkenich, Das Deutsche Rote Kreuz, a. a. O., S. 452.

64 Ebd., S. 45 f.

65 Seithe, Hagemann, Das Deutsche Rote Kreuz im Dritten Reich, a. a. O., S. 227.

66 Lichtenstein, Angepasst und treu ergeben, a. a. O., S. 24.

67 Ebd.

Für die okkupierten Gebiete waren DRK-Beauftragte ernannt worden. Die DRK-Vertretung in Frankreich galt als die am besten organisierte.[68]

Von DRK-Aktivitäten Greifelds finden sich in den Akten keine Spuren, nur von seiner Mitgliedschaft ist die Rede.

## 2.8 Engagiert: Fazit

Es ist statistisch wahrscheinlich, dass Greifeld aus einem deutsch-nationalen Elternhaus stammte. Seine politische Sozialisation wird fassbar durch den Eintritt in eine antisemitische, antifreimaurerische und antiweimaranische Studentenvereinigung gleich zu Beginn seines Studiums, den Verein deutscher Studenten. Dort hatte er auch für kurze Zeit einen Funktionärsposten inne. Durch den korporativen VdSt-Eintritt in den Kampfbund für deutsche Kultur war Greifeld indirekt, aber wohl doch emotionell dessen Mitglied. Dieser Kampfbund kann als nationalsozialistische Engagements-Offerte an Kulturschaffende und „Gebildete" angesehen werden. Der Kampfbund wurde 1934 aufgehoben. 1933 trat Greifeld, immer noch Student, der SA bei, und zwar auch, weil der VdSt seinen Mitgliedern diesen Eintritt nachdrücklich empfohlen hatte. 1936, inzwischen Referendar, verließ Greifeld die SA und trat im Jahr darauf der NSDAP bei. Zugleich wurde er Mitglied des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes, den er 1939 wieder verließ. 1939 folgte der Eintritt in das Deutsche Rote Kreuz.

Rudolf Greifeld war in politischer Hinsicht antisemitisch und deutschvölkisch sozialisiert und besaß bereits vor der „Machtergreifung" eine ideologische Hinneigung zum Nationalsozialismus.

---

68 Sie befand sich in einer repräsentativen Villa in Neuilly, einem westlichen Vorort von Paris, und wurde von DRK-Generalhauptführer Dr. Eduard Busse geleitet. Die Villa war ein Anziehungspunkt nicht nur für die DRK-Führerschaft, sondern auch für die Politprominenz des „Dritten Reichs". Busse beschrieb im November 1941 in der „Pariser Zeitung" die Aufgaben des DRK in Frankreich wie folgt:
1) Einrichtung von Soldatenheimen, Betreuung durchreisender Truppenverbände an Bahnhöfen, Betrieb der Soldaten- und Fahrerunterkünfte bei der Kommandantur von Groß-Paris.
2) Hilfeleistungen bei der Rückführung von Flüchtlingen aus dem unbesetzten Teilen Frankreichs.
3) Nachforschungen nach Kriegsgefangenen und vermissten Zivilisten, Aufsicht über die Verteilung ausländischer Hilfsgüter.
4) Enge Zusammenarbeit des Deutschen Roten Kreuzes mit dem französischen »Secours National«
(zit. nach: Morgenbrod, Merkenich, Das Deutsche Rote Kreuz, a. a. O., S. 311).

Wer will ausschließen, dass Greifeld aus sozialen Gründen DRK-Mitglied geworden ist? Wer behaupten, dass *einmal Antisemit = immer Antisemit* gilt? Wir dürfen nicht der von Bourdieu angeprangerten „biographischen Illusion" aufsitzen.[69]

Deutlich ist, dass Greifeld sehr wahrscheinich keine NS-Karriere im engeren Sinn angestrebt hat wie etwa seine späteren Entnazifizierungsfürsprecher Hans Fickert und Walther Labs.[70] Letzte Klarheit erhielten wir in diesem Punkt, wenn wir wüssten, wie und warum Greifeld Mitarbeiter des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart wurde – wenn auch nur für drei Monate.[71]

### 2.8.1 Engagiert: Vertiefung

Richard Willstätter (1872–1942), jüdischer Abkunft, Chemie-Nobelpreisträger, hatte bereits in seiner Kindheit in Karlsruhe von Gassenjungen antisemitische Hetzparolen hören und ihre Steinwürfe fürchten müssen. Über seine Professorenjahre berichtet er, dass der Berliner AStA in den 1920er Jahren die Losung ausgegeben hatte: „Kein deutscher Jüngling darf künftig zu Füßen eines jüdischen Lehrers sitzen."

Willstädter gab seine Professur 1923 wegen antisemitischer Tendenzen in Berufungskommissionen und antisemitischer Hetze gegen ihn selbst auf. In München, Sommersemester 1933, so schrieb er, sei vom dortigen AStA zu hören gewesen: „Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er."[72]

Es ist eine triviale und bereits hervorgehobene Tatsache, dass die meisten Studentenvereinigungen vor 1933 antisemitisch und in der Weimarer Zeit zugleich anti-republikanisch ausgerichtet gewesen sind.[73] Über den Antisemitismus der Weimarer Zeit wurde kurz nach Kriegsende geschrieben:

> „Niemand wird behaupten, dass die Deutschen als Gesamtheit die Juden für ‚lebensunwürdig' erklärt hätten, wie es Hitler und seine Apostel taten. Aber unverkennbar hatte die Feindschaft gegen die Juden schon vor 1933 einen Grad angenommen, der für sie höchst gefährlich war."[74]

---

69 Siehe oben: 1.3, „Methodenreflexionen", S. 21 ff.

70 Siehe unten: 8, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Hans Fickert (geb. 1909)", S. 141 ff.

71 Siehe unten: 3.24, „Greifeld im ‚Deutschen Ausland-Institut' Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941", S. 112 ff.

72 Willstätter, Richard, Aus meinem Leben. Von Arbeit, Muße und Freunden, Basel 1949, S. 340, 397.

73 Ein Florilegium einschlägiger VdSt-Bekundungen bei Marc Zirlewagen, „Unser Platz ist bei der großen völkischen Bewegung", a. a. O.

74 Ebbinghaus, Carl-Hermann, Professoren und Studenten, in: Der Ruf, Heft 2, 1.9.1946, zit. nach: Schwab-Felisch, Hans (Hg.), Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitschrift, München 1962, S. 188–195, S. 193.

„Höchst gefährlich“ in diesem Sinne waren die VdSt. Vernichtungsantisemiten dürften die Mitglieder allerdings nicht gewesen sein, jedenfalls nicht von vornherein.

Wollten wir die VdSt-Kernpunkte der Haltung zur „Judenfrage“ pointieren und damit auch die politische Vorstellungswelt des um die zwanzig Jahre alten Rudolf Greifeld, so ergäbe sich folgendes Profil:

1) Der gesamte Komplex des „völkischen“ Denkens war präsent.
2) Greifeld zählte zu den Anhängern der Numerus clausus-Forderungen für Universitäten, und zwar für Hochschullehrer und Studenten, sowie für bestimmte Berufsfelder (etwa Rechtsanwälte, Medien- und Kulturbereich).
3) Er hasste die häufig für „verjudet“ gehaltene Freimaurerei, deren internationale Orientierung den „Völkischen“ ein Gräuel war.[75]
4) Forderungen wie „Juden, ab nach Palästina!“/„Kaftanjuden zurück in den Osten!“ dürften auch die seinen gewesen sein. Den Hass auf die so genannten „Ostjuden“ wird er geteilt haben.

Pointe dieser Pointierung: Die vier genannten Kern-Narrative lassen sich auch in den Gesprächen finden, die Greifeld in Paris mit Édouard Bonnefoy führte.[76] Im Blick auf die „Biographische Illusion“[77] ist jedoch zu unterstreichen, dass daraus ein Kontinuieren dieser Kern-Narrative bis in die 1970er Jahre nicht zwingend abzuleiten ist.

Unter die vier genannten Vorstellungskomplexe lässt sich auch die NS-Judenpolitik bis zur „Reichskristallnacht“ im November 1938 fassen. Wesentliche Forderungen der 1880 angeregten „Antisemiten-Petition“ sowie der Programmatik von VdSt und Kampfbund für deutsche Kultur wurden in dieser Phase verwirklicht. Die Ressentiments hatten darauf gewartet, in Maßnahmen, Verordnungen und Gesetze umgegossen zu werden. Die VdSt und der KfdK waren an der Verstärkung solcher Ressentiments beteiligt.

Der Verfasser hat alles andere im Sinn, als Greifelds antisemitisches Engagement seit 1931 und die darauf folgenden Mitgliedschaften in NS-Organisationen zu verharmlosen. Aber es erscheint nicht unproblematisch, Greifelds Engagement gleichsam von Auschwitz und Treblinka her zu betrachten. Dass die nationalsozialistische Judenpolitik, die am 01.04.1933 mit dem „Judenboykott“[78] und eine Woche darauf, 07.04.1933,

75 Wir erinnern uns daran, dass die Freimauerei eines der Themen der rechtsradikalen Münchner VdSt-Vorträge gewesen ist.

76 Siehe unten: 3.19, „Gespräche mit Édouard Bonnefoy. Greifelds Ansichten“, S. 94 ff.

77 Siehe oben: 1.3, „Methodenreflexionen“, S. 21 ff.

78 Wegen angeblicher „Greuelhetze“ ausländischer Medien über den Umgang der Nationalsozialisten mit den Juden sowie der Berichterstattung über den NS generell wurde der berüchtigte „Deutsche-kauft-nicht-bei-Juden!“-Boykott organisiert.

mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums[79] einsetzte, zum Völkermord an den Juden „als Rasse in Europa“[80] trieb, hatten vor 1939 nur wenige scharfsichtige Beobachter erkannt, so etwa Gershom Scholem[81].

Als Greifeld dem VdSt beitrat, war er nach damaligem Recht noch nicht volljährig. Ob den Neunzehn-, Zwanzigjährigen mehr persönliche als politische Gründe zum VdSt geführt hatten – Freundschaften, landsmannschaftliche Kontakte, von nahestehenden Kommilitonen „gekeilt“, Erwartung von Protektion durch „Alte Herren“, banaler Opportunismus – wir wissen es nicht. Wir wissen aber, dass es keinen Sinn machte, in den VdSt zu gehen, wenn man nicht Antisemit war; dies wäre einem SDS-Mitglied gleichgekommen, das den Springer-Verlag in Ehren hielt. Aber wir wissen auch, dass noch der politischste Engagé nicht zu 100 Prozent aus Politik besteht.

Die VdSt waren der Ausgangspunkt für Greifelds politisches Engagement. Von hier aus führte sein Weg in die SA und von dort aus weiter in die „Partei“. 1939 hatte er SA und NSRB hinter sich gelassen und war nur mehr NSDAP-Mitglied. SA-Mann war Greifeld vermutlich aus studentischer Solidarität mit „Führer und Volk“ geworden – getreu dem VdSt-Wahlspruch. Im NSRB war Greifeld so lange, wie es ihm von Nutzen sein mochte.

Eine DRK-Mitgliedschaft Greifelds ist kein Indiz für eine Verstrickung. Bis zum Beweis des Gegenteils haben wir von einer fördernden und damit harmlosen Mitgliedschaft auszugehen und könnten die DRK-Mitgliedschaft unterkomplex als soziales Engagement betrachten.

## 2.9 Verwaltungsjurist mit Unterbrechungen

Von 1933 bis März 1936 war Greifeld noch in Löbau in Sachsen gemeldet, vermutlich wohnte er bei seinen Eltern. Im Mai 1937 war er in Bautzen gemeldet, 1938 in Dresden, 1939 in Pirna, im Anschluss daran offenbar wieder in Dresden und von Oktober 1941 bis Dezember 1945 in Stuttgart.

---

79 Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenturns erlaubte es unter einer bald revidierten Ausnahme, „Nichtarier“ aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen oder sie vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen. Siehe: Münch, Ingo v. (Hg.), Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems, Paderborn, Mnchn. etc., [2]1994.

80 Hitler im Reichstag, 30.01.1939.

81 Es ist in der historischen Forschung bis heute umstritten, ob es vor der Wannseekonferenz am 20.01.1942 die feste Absicht zur Judenvernichtung gegeben hat. Hier scheiden sich die „Strukturalisten“ oder „Funktionalisten“ um Hans Mommsen und die „Intentionalisten“ um Ernst Nolte und Daniel Goldhagen.

Nach dem Examen in Leipzig war Rudolf Greifeld von Mitte 1935 bis Frühjahr 1939 Rechtsreferendar im Oberlandesgerichtsbezirk Dresden und während dieser Zeit auch neun Monate bei der Wirtschaftskammer Sachsen sowie bei der Industrie- und Handelskammer Dresden tätig.[82] In seiner Zeit als Referendar verfasste er – oben wurde darüber berichtet – seine Doktorarbeit. Die Promotion erfolgte am 19.05.1938. Entweder in dieser ersten Dresdner Zeit oder der zweiten, Anfang 1940 bis zur Einberufung, hat der Referendar Greifeld als „Urkundsbeamter" einen Beschluss des Erbgesundheitsgerichts Bautzen in einem Sterilisierungsverfahren beglaubigt.[83]

Am 01.03.1939 wurde Greifeld Assessor, Beamter auf Probe im höheren Dienst bei der Stadtverwaltung zunächst in Annaberg (Erzgebirge), sodann in Pirna, einem Städtchen in Ostsachsen, an Dresden grenzend, eine Autostunde von Oschatz entfernt.[84] Es wird hier davon ausgegangen, dass Greifeld von Ende 1938 bis Ende Februar 1939 in Annaberg tätig war und vom 01.03.1939 an in Pirna. Ihm oblagen die Bearbeitung allgemeiner Rechtssachen und Presseangelegenheiten, die Verwaltung des Gewerbeamts einschließlich der Preisprüfungsstelle und der Stelle für Vierjahresplan-Angelegenheiten; später übernahm er noch Steueramt und Stiftungssachen.[85]

Greifeld berichtete im Jahr 1948, es sei 1939 in Pirna zu Konflikten gekommen, wodurch eine in Aussicht gestellte Beförderung verhindert wurde.[86] Hierbei wird es sich um die endgültige Verbeamtung gehandelt haben. Verhindert hätte dies der

82 Vermerk, Februar 1948, Personalakten Rudolf Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1 (Bd. 1).

83 Das OLG Dresden war das oberste sächsische Gericht. Ihm unterstand unter anderem das Landgericht Bautzen mit achtzehn Amtsgerichtsbezirken. Das Historische Stadtarchiv Bautzen schrieb am 27.01.1976 an die Staatliche Archivverwaltung im Ministerium des Innern der DDR, dass in den Unterlagen ein Referendar Namens Greifeld (Vorname wurde nicht genannt) als Urkundsbeamter vorkomme, der einen Beschluss des Erbgesundheitsgerichts Bautzen in einem Sterilisierungsverfahren beurkundete. Ob dieser Greifeld mit dem Referendar bei der IHK Dresden identisch sei, könne nicht festgestellt werden.
Der Verfasser geht davon aus, dass es sich bei dem Referendar im Rudolf Greifeld gehandelt hat.
Erbgesundheitsgerichte wurden auf Grundlage des „Gesetzes zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses" am 01.01.1934 eingeführt. In der Regel wurde über Zwangssterilisierungen geistig und körperlich behinderter Menschen entschieden.

84 Die Angaben sind uneinheitlich. Der Stuttgarter Personalakte (HStS, EA 6–151 Bü 1) ist einmal zu entnehmen, dass Greifeld von 1938 bis 1941 Stadtassessor in Annaberg und Pirna gewesen ist; an anderer Stelle: von 1939 bis 1941. Greifeld selbst berichtete vor der Spruchkammer, er sei Mitte 1939 nicht zum Städtischen Rechtsrat in Pirna ernannt worden, obwohl ihm diese Beförderung nach einem halben Jahr Tätigkeit zugesagt worden war – daraus ergäbe sich als Pirnaer Amtsantrittsdatum der Januar 1939. An anderer Stelle wird der 01.03.1939 als Datum genannt. Dieses Datum findet sich in einem Zeugnis des Oberbürgermeisters von Pirna vom 09.01.1941. Das Zeugnis ist abschriftlich in Greifelds Personalakte enthalten. Der 01.03.1939 scheint am wahrscheinlichsten. Möglicherweise war Greifeld von Ende 1938 bis Februar 1939 in Annaberg.

85 Zeugnis des Oberbürgermeisters von Pirna, 09.01.1941 (Abschr.), Personalakte Greifeld (HStS, EA 6–151 Bü 1, Bd. 1).

86 Spruchkammer-Akte Greifeld, StAL, EL 902–20 Spruchkammer 37 Stuttgart, Verfahrensakten (Greifeld). Dort das Folgende.

Pirnaer NSDAP-Kreisleiter Elßner, der ihn für politisch unzuverlässig gehalten habe. Es hätte Greifeld sogar die Entlassung gedroht. Dieser sei er entgangen, weil er von Mai bis Juli 1939 zur Wehrmacht eingezogen worden sei.[87] Kaum in Pirna zurück, um seine Stelle wieder anzutreten, wurde Greifeld erneut eingezogen. Der Krieg hatte begonnen. „Wegen Untauglichkeit" sei er aber – so Greifelds Nachkriegsbericht – wieder entlassen worden. Zu Anfang 1940 fand er aufgrund der „Fürsprache verschiedener Herren" eine neue Stellung in Dresden.[88] Wer diese Herren waren, ist aus den Unterlagen nicht zu ermitteln. Mit einiger Wahrscheinlichkeit gehörte Dr. jur. Hans Fickert dazu.[89]

Aber auch in Dresden blieb Greifeld nicht lange: „Da ich als Soldat untauglich war, kam ich zur Militärverwaltung nach Frankreich."

Die Stationen noch einmal zur Übersicht:

- Mitte 1935 Rechtsreferendar im Oberlandesgerichtsbezirk Dresden (während dieser neun Monate auch bei der Wirtschaftskammer Sachsen sowie bei der IHK Dresden tätig),
- Ende 1938 Assessor in Annaberg,
- März 1939 Assessor in Pirna,
- Mai 1939 Wehrmacht,
- August 1939 Assessor in Pirna,
- September 1939 Wehrmacht,
- Dezember 1939 Assessor in Dresden,
- Juni 1940 Kriegsverwaltungsrat in Paris.

Mit Greifelds Pariser Zeit werden wir uns im Folgenden befassen. Sie steht im Mittelpunkt der Kontroverse um ihn.

87 Es existieren unterschiedliche Angaben. So ist an der einen Stelle von „Mai bis Juli 1939" die Rede, an anderer Stelle, dass Greifeld seinen Dienst in Pirna „Ende August 1939" wieder angetreten habe. Dieser Widerspruch wird hier nicht für entscheidend gehalten.

88 Greifelds Darstellung steht im Zusammenhang mit seiner Entlastungsstrategie im Entnazifizierungsverfahren. Darauf wird unten näher eingegangen. Siehe etwa: 23, „Gerhard Ritter (1902–1977)", S. 255 ff., sowie dort die einzelnen Abschnitte.

89 Siehe unten: 8, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Hans Fickert (geb. 1909)", S. 141 ff.

# 3 Greifeld im Krieg

Die Pariser Zeit Greifelds 1940/41 ist der Kerngegenstand der Karlsruher Kontroverse, und zwar nicht nur, weil er von Juni 1940 bis September 1941 Teil des deutschen Okkupationsregimes gewesen war, sondern auch, weil die Kontroverspunkte, die sich mit den späteren Aktivitäten Greifelds befassen, aus dieser Zeit abgeleitet sind: Greifelds antisemitische Diskriminierung des jüdisch-stämmigen Physikers Dr. Léon Gruenbaum, seine positiven Äußerungen über Hitler, seine negativen Äußerungen über Juden, die dem Topos des „frechen Judenjungen"[1] folgen. Dasselbe gilt für die Auffassung, Greifeld sei nach 1945 ein nationalsozialistischer Revanchist gewesen.

## 3.1 Intro: Die deutsche Okkupation[2]

In einem Schreiben des württemberg-badischen Wirtschaftsministeriums an das Staatsministerium vom 05.04.1948 heißt es über Rudolf Greifeld: „1940 wurde er zum Kriegsverwaltungsrat in Paris bestellt."[3] Greifeld war in dieser Eigenschaft Angehöriger der Wehrmacht.[4]

Nach eigener Angabe war Greifeld am 14.06.1940 nach Köln einberufen worden. „Vermutlich am 17.6.1940 begann meine Tätigkeit als Kriegsverwaltungsrat in Paris."[5]

Ob Greifeld sich 1940 freiwillig gemeldet hat, um in Paris dem deutschen Okkupationsregime als Jurist und Beamter zu dienen, ist offen. Paris war begehrt, es bot

---

1 Dieser Topos wie überhaupt die Bezeichnung „Judenjunge" gehörte zu den Giftpfeilen der antisemitischen Bewegung ab 1871. „Junge Juden" statt „Judenjungen" war denn auch eine Losung jüdischer Kreise, die den Mut aufbrachten, sich zur Wehr zu setzen.

2 Ich habe Dr. Stefan Martens, Deutsches Historisches Institut Paris, für die kritische Durchsicht der Frankreich-Abschnitte zu danken.

3 Personalakte Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1, Bd. 1.

4 Dies lässt sich aus dem Personal-Vorgang Elmar Michel entnehmen. Im Gestellungsbefehl heißt es: „Oberbefehlshaber des Heeres/Heeresverwaltungsamt Ag V I/An den Ministerialdirigenten Herrn Dr. Michel/Ich ernenne Sie zum Beamten auf Kriegsdauer im Kriegsheere. Während der Dauer Ihres Dienstverhältnisses sind Sie Angehöriger der Wehrmacht (…)".

5 Zeugenvernehmung Greifelds, 21.07.1975, im Zusammenhang mit dem Lischka-Prozess, BA-ZST, 162–30861.

Chancen für aufstrebende Kräfte. Dagegen erklärte ein mit Greifeld gut bekannter Kriegsverwaltungs-, später Oberkriegsverwaltungsrat, der zunächst ebenfalls in Paris eingesetzt war, eine Bewerbung „wäre für einen Staatsbeamten wie für einen Soldaten auch ungewöhnlich gewesen".[6]

Wenn es Greifeld Wunsch und Wille war, in seiner sächsischen Heimat oder anderswo eine Position im Staatsdienst zu bekommen und endlich Vollbeamter zu werden, mag er Paris als Sprungbrett angesehen haben. Eine militärische Karriere anzustreben, kann bei Greifeld kaum angenommen werden. Ein „Krieger" war er nicht.

Auf Greifelds Pariser Zeit beziehen sich drei gegen ihn gerichtete Hauptvorwürfe in der Karlsruher Kontroverse[7]:

1) Er sei „Kommandant" von Paris gewesen,
2) er habe den „Führer"-Besuch organisiert und sei auch auf Fotografien inmitten der höchsten NS-Prominenz zu sehen, Hitler eingeschlossen,
3) er habe aktiv an der antijüdischen Politik des Besatzungsregimes teilgenommen, und zwar im Vorfeld des Völkermordes und im Wissen darum, so etwa an der Erfassung der Juden in Paris.

## 3.2 „Westfeldzug". »Les Fritz arrivent!»

Zunächst die großpolitischen Zusammenhänge. Kurz nach Beginn des „Polenfeldzuges", am 03.09.1939, hatten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Basis war die britisch-französische Garantie-Erklärung über die Sicherheit Polens vom 31.03.1939. Zu militärischen Maßnahmen kam es aber zunächst nicht. Die französische Öffentlichkeit schien dazu nicht bereit zu sein – »Mourir pour Danzig?« Es begann der »Drôle de guerre«, der merkwürdige Krieg, auch als „Sitzkrieg" bezeichnet – man befand sich im Kriegszustand, aber es passierte nichts.

Der »Drôle de guerre« endete am 10.05.1940, als Hitler den Angriffsbefehl zum „Westfeldzug" erteilte. »Les Fritz arrivent!« 36 Tage später, am 14.06.1940, zogen Wehrmachtsverbände in Paris ein.

6 Siehe unten: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifzierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

7 Siehe: http://www.nrhz.de.

Der Zahl der Soldaten nach war die französische Armee im Jahr 1940 die stärkste in Europa. Die Niederlage gegen die Deutschen war eine Schmach für jeden national fühlenden Franzosen. Am 22.05.1940 wurde an einem symbolischen Ort der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet, nämlich in Compiègne und in jenem Eisenbahnwaggon, wo die Deutschen am 11.11.1918 die eigene Kapitulation hatten unterzeichnen müssen. Was 1918 von vielen Deutschen als nationale Schande erlebt worden war, schien nun wettgemacht. Vermutlich hat es im Deutschen Reich nach dem siegreichen „Frankreich-" bzw. „Westfeldzug" die größte Zustimmung zum Nationalsozialismus gegeben, und dies galt selbstverständlich auch für das Besatzungspersonal in Paris.

Im Ergebnis des Waffenstillstandsvertrages vom 22.05.1940 wurde Frankreich geteilt: Die Nordhälfte bis zur Atlantikküste und zur spanischen Grenze wurde einer deutschen Militärverwaltung unterstellt, dem Militärbefehlshaber Frankreich (MBF). In dieser besetzten Zone, etwa zwei Dritteln des Landes, lagen die wichtigen französischen Industriegebiete.[8] Die Deutschen hatten, wir werden es sehen, zwei Hauptinteressen: gnadenlose wirtschaftliche Ausplünderung des Landes und Vorgehen gegen die Juden bis hin zur Deportation.

Die Südhälfte Frankreichs fiel dem so genannten „Vichy-Regime" zu.

## 3.3 Pétain/Vichy

Kurz vor dem Waffenstillstand war Marschall Philippe Pétain (1856–1951) Premierminister geworden, der in Frankreich bewunderte Heerführer des Ersten Weltkrieges, Held von Verdun. Den französischen Süden hatte die Wehrmacht 1940 nicht besetzt. Dort, im Badekurort Vichy, versammelte sich die Nationalversammlung unter Pétain neu. Aus der République Française wurde der État Français. Dieser Staat, das Régime de Vichy, umfasste in etwa ein Drittel des französischen Territoriums. Pétain regierte von 1940 bis 1944.

*Formal* umfasste das Herrschaftsgebiet der Vichy-Regierung ganz Frankreich einschließlich der Kolonien. Erließ die Vichy-Regierung ein Gesetz oder eine Verordnung, so galt sie im Prinzip auch für die besetzte Zone. Der MBF konnte für den

8 Die beiden nordfranzösischen Departements Nord und Pas-de-Calais wurden abgetrennt und dem Militärbefehlshaber in Brüssel unterstellt.

besetzten Teil eigene Verordnungen erlassen. Diese Verordnungen konnten im unbesetzten Teil, Vichy, übernommen werden oder nicht. Es war Verhandlungssache.[9]

## 3.4 Der „Führer" in Paris

Greifeld soll nach dem Krieg damit geprahlt haben, den Hitlerbesuch in Paris im Jahr 1940 organisiert zu haben. Greifelds wichtige Rolle bei dem „Führerbesuch" wird in der Karlsruher Kontroverse besonders hervorgehoben. Im Folgenden wird untersucht, ob davon die Rede sein kann.

Greifeld war 28 Jahre alt, als er nach Paris kam, und erhielt den Rang eines Kriegsverwaltungsrates, was in der Beamtenhierarchie einem Studienrat entsprach. Er stand nicht sehr hoch, wie wir sehen werden. Er war Mittler und hatte keine Entscheidungsbefugnisse. Nicht dass es am jugendlichen Alter gelegen hätte. Für außergewöhnlich jung darf Greifeld nicht gehalten werden, denn der Nationalsozialismus war über weite Strecken ein Regime der jungen Leute, und „Macht Platz, Ihr Alten!" war eine zugkräftige NS-Parole der „Kampfzeit" gewesen.[10]

Zwischen dem 17. und dem 20.06.1940 war Rudolf Greifeld von Köln nach Paris gekommen. Paris war zu diesem Zeitpunkt eine „verlassene Stadt".[11] Zwischen Mitte Mai und Mitte Juni 1940 sollen an die zwei Millionen Einwohner die Stadt verlassen haben, weil sie Kampfhandlungen befürchteten. Wie viele Juden geflohen sind, lässt sich nicht feststellen. Viele deutsche Emigranten waren bereits bei Kriegsbeginn in südfranzösische Internierungslager gebracht worden.

Dass Greifeld in Paris „seine Stelle antrat", wird man deshalb nicht sagen können, weil es seine „Stelle" noch nicht gab, jedenfalls nicht offiziell.

---

9 Jungius, Martin, Seibel, Wolfgang, Der Bürger als Schreibtischtäter. Der Fall Kurt Blanke, in: VfZ 2 (2008), S. 265–300, S. 269.

10 Theodor Dannecker etwa, enger Mitarbeiter Eichmanns, war mit 23 Jahren bereits „Judenreferent" beim SD in Berlin gewesen und trat sein gleichnamiges Pariser Amt im Alter von 27 Jahren an; Herbert Hagen war 26, als er in Paris die „rechte Hand" des Schergen Herbert Knochen wurde, und letzterer hatte sein Pariser Amt, Befehlshaber der Sicherheitspolizei, im Alter von 30 Jahren angetreten (siehe unten: 3.16, „Die Mörder kommen", S. 87).

11 Heller, Gerhard, In einem besetzten Land. NS-Kulturpolitik in Frankreich. Erinnerungen 1940–1944, Köln 1982, Einleitung, S. 11. Im Kriegsjournal von Alfred Fabre-Luce lesen wir: »Le 10 et le 11 (juin 1940/B.-A. R.) Paris se vide. Le 12, les dernières autos qui partent sont entourées d'hommes mal vêtus, menaçent, qui reclament une place.« (Fabre-Luce, Alfred, Journal de la France 1939–1944, Paris 1969, S. 226).

Welche konkreten Vorstellungen über den administrativen Aufbau der Besatzungsverwaltung am 17.06.1940 bestanden, braucht hier nicht diskutiert zu werden. Es ist nicht der Fall, dass Greifeld am Aufbau der behördlichen Strukturen in Paris mitwirkte wie sein Freund oder doch enger Kollege Dr. jur. Walther Labs, der nach seiner Pariser Zeit am Aufbau von Rosenbergs „Ostministerium" führend beteiligt war.[12]

Am 14.06.1940 hatte die Siegesparade der Wehrmacht stattgefunden. Hitler war nicht anwesend. Am Abend dieses Tages flog er nach München, um Mussolini zu treffen. Aber er kam am 23.06.1940, jedenfalls sehr wahrscheinlich an diesem Tag, nach Paris und besichtigte die Stadt. Es war sein einziger Aufenthalt dort. Zu diesem Zeitpunkt war Greifeld noch keine Woche in Paris. Der Geheim-Besuch dauerte ungefähr drei Stunden. Übernachtet hat Hitler in Paris also nicht. Dies festzuhalten hat Konsequenzen für die Frage, was „organisieren" im Zusammenhang mit dem „Führer"-Besuch in Paris bedeuten konnte.

Des „Führers Paladine" zogen mit ihren Besuchen nach, um die Stadt zu sehen und politische Gespräche zu führen: Im September 1940 kamen der Reichsmarschall und Beauftragte für den Vierjahresplan, Hermann Göring, Reichsinnenminister Dr. jur. Wilhelm Frick, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk, Reichsorganisationsleiter Ley, Reichsleiter Rosenberg.[13]

Es ist vollkommen richtig, wenn Cédric Gruat schreibt, dass der Hitlerbesuch von Mythen und Anekdoten umgeben sei.[14] Der Autor behauptet, nicht einmal das Datum des Besuches stehe genau fest.[15] Es spricht aber einiges für Sonntag, den 23.06.1940.

Hitlers Besuch galt seinen architektonischen, historischen und künstlerischen Interessen. Er führte weder politische noch militärische Gespräche.

---

12 Siehe unten: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

13 Deutsches Historisches Institut Paris, La France dans la Deuxième Guerre mondiale. Edition des rapports du Militärbefehlshaber Frankreich et des Synthèses des rapports des préfets, 1940–1944 (DHI Paris, Online-Publikation. Siehe: http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/ – Zugriff 03.2015). Im Folgenden „MBF-Berichte" genannt.

14 Gruat, Cédric, Hitler in Paris. Juni 1940, Bln. 2011, S. 47, 49. Corinna von List hat Gruats Buch in Francia-Recensio außerordentlich kritisch rezensiert. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass es sich um eine Arbeit handelt, die wissenschaftlichen Anforderungen nicht standhält. Siehe: List, Corinna von, C. Gruat, Hitler in Paris, in: Francia-Recensio 3 (2012), 19./20. Jahrhundert–Histoire contemporaine, http://www.perspectivia.net/publikationen/francia/francia-recensio/2012-3/ZG/gruat_list (Zugriff 09.2015).

15 Ebd., S. 40 ff. Gruat nennt den 18., den 22. oder den 28.06.1940. Die genaueste Schilderung des Aufenthalts von Hitler, so der französische Autor, finde sich bei Arno Breker (ebd., S. 47). Siehe: Breker, Arno, Im Strahlungsfeld der Ereignisse, Preußisch Oldendorf 1972, S. 153.

## 3.5 Hitler kommt!

Der Pariser Chef des Stabes, Oberst Hans Speidel, hatte am Abend des 22.06.1940 oder etwas früher den Befehl erhalten, einen Paris-Besuch Hitlers für den kommenden Sonntag vorzubereiten, Hitler würde morgens gegen 05:00 auf dem Flughafen Le Bourget eintreffen.

Hans Speidel über die Vorbereitungen:

> „Der Besuch müsse streng geheim gehalten werden, ich dürfe nicht einmal meinen Befehlshaber, General von Bockelberg[16], unterrichten. Ich solle Hitler aufgrund meiner Kenntnisse von Paris führen. Der Besuch gelte ‚den geschichtlichen und künstlerischen Interessen Hitlers'. Ich besprach den Zeitablauf mit Hauptmann Engel, auch die für mich nicht gerade einfache Weisung, der Inkognito-Besuch dürfe nicht auffallend gesichert werden, es dürfe aber auch nichts passieren."[17]

Am 23.06.1940, morgens gegen 05:30, landete Hitlers Maschine in Le Bourget, wohl eine Ju 52, gesteuert vom „Leibpiloten" Hans Baur. In der Maschine waren General Keitel, Albert Speer, Pressechef Otto Dietrich, Reichsleiter Martin Bormann, General Jodl. Weitere Begleiter Hitlers: »(…) deux policiers en uniforme SS, Junge, le Gruppenführer Wolf, le major Engel, adjudant de Führer, le Generalinspektor Gieseler, le géneral Bodenschatz auxquelles se joint Hans Baur.«[18] Eine Ju 52 fasste ca. fünfzehn Passagiere. Hinzu kamen unter anderem noch Karl Brandt als Hitlers medizinischer Betreuer und der Bildhauer Arno Breker.

Die Gruppe soll aus dreißig Personen bestanden haben[19], aber das scheint zu hoch gegriffen, da man mit vier Mercedessen fuhr[20]. Unter den Teilnehmern waren, dies noch einmal aufgelistet:

1) Baur,
2) Bodenschatz,
3) Bormann,
4) Brandt,
5) Breker,
6) Brückner,

---

16 Militärbefehlshaber von Paris 01.06.1940–01.08.1940.

17 Speidel, Hans, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Bln. 1977, S. 98.

18 Bourget, Pierre, Histoires secrètes de l'occupation, Paris 1970 (tome 1), S. 89. »le Gruppenführer Wolf« = Gemeint ist der SS-Gruppenführer Karl Wolff.

19 Gruat, Hitler in Paris, a. a. O., S. 51.

20 Bourget, Histoires secrètes, a. a. O., S. 89.

7) Dietrich,
8) Engel,
9) Gieseler,
10) Hitler,
11) Heinrich Hoffmann (Fotograf),
12) Jodl,
13) Keitel,
14) Schaub,
15) Schmidt,
16) Speer,
17) Speidel,
18) SS-Gruppenführer Karl Wolff, dessen Namen wir uns merken wollen.

Zwar wurden die Männer am Flughafen von Speidel und einem kleinen Wehrmachtskommando erwartet, aber in der Stadt gab es tatsächlich keine Absperrungen, keine sichtbaren Begleitkommandos. Sonntag früh – la Paris sommeille.

„Der erste Zeitungsjunge, der mich erkannt hatte, bekam sofort die Mundstarre", erinnerte Hitler sich später.[21] Ein Wachmann und ein paar Marktfrauen erstarrten ebenfalls. Die Szene erinnert an Ernst Lubitschs Film „Sein oder Nichtsein" (1942), worin Hitler Ende September 1939 plötzlich vor einem Warschauer Bäckerladen auftaucht.

Einige frühe Pariser Kirchgänger erkannten Hitler, beachteten ihn aber nicht.[22] Arno Breker (1900–1991) führte die Gruppe durch Paris, da er dort ab 1927 gelebt und gearbeitet hatte. Breker erzählte seinem Freund Ernst Jünger Jahrzehnte später über die Tour. Hitler habe insbesondere die Oper sehen wollen. Im Frühlicht sei es den Boulevard St. Michel hinuntergegangen. Die Straßen seien menschenleer gewesen. Der erste Einwohner, dem die Kolonne begegnete, war ein Zeitungsverkäufer. Er sprang vor den Wagen und bot »Le Matin« an. Als er Hitler erkannte, fiel ihm der Zeitungsstapel aus den Händen. Er lief davon und flüchtete sich in ein Haus. Vor den Hallen rief eine Gemüseverkäuferin: »Voilà le bel Adolphe!« Wir erfahren ferner, dass Oberst Speidel später ein Foto der Gruppe als Andenken über seinen Schreibtisch hängte.[23]

Nun zum »parcours parisien de Hitler«[24]: Um 05:45 war man in der sonntäglich menschenleeren Stadt auf dem Montmartre vor Sacré-Cœur angekommen, die Fahrt ging

21 Jochmann, Werner (Hg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980, S. 116.
22 Speer, Albert, Erinnerungen, Ffm., Bln., Wien 1969, S. 186.
23 Siehe: Jünger, Ernst, Siebzig verweht III, Stgt. 1993, S. 106 (Tagebuch-Eintrag Wilflingen, 03.12.1981).
24 So die Kapitelüberschrift der sehr exakten Beschreibung dieser Rundfahrt von Jean-Paul Cointet, Paris 40–44, Paris 2001, S. 40 ff. Dort das Folgende.

weiter zur Opéra, wo Hitler sich am längsten aufhielt. Der französische Concierge, der das Gebäude aufgeschlossen hatte, lehnte ein Trinkgeld von fünfzig Reichsmark, etwa einem Wochenlohn entsprechend, zweimal dankend ab – und ging in die »mythologies« des „Führer"-Besuchs ein, wie Roland Barthes gesagt haben würde.

Über die Madeleine fuhr die Mercedes-Kolonne zur Place de la Concorde, von dort zum Arc de Triomphe. Die übrigen Stationen waren Tour Eiffel, Dôme des Invalides, Place du Trocadéro, Panthéon, Notre Dame, Hôtel de Ville, Les Halles, Louvre, École Militaire. Auf dem Place Denys-Cochin sah Hitler die Statue des Generals Charles Mangin, der im Ersten Weltkrieg die Deutschen und Österreicher mehrfach in die Flucht geschlagen hatte. Für Hitler ein unerträgliches Monument. Ein Woche später wurde es geschleift.

Um 08:30 war die Rundreise beendet. In schneller Fahrt ging es zurück nach Le Bourget.

Hitler hat sich nicht mit deutschen Vertretern zu Besprechungen getroffen. Diese waren ja, folgen wir Speidel, bis zum Kommandanten hinauf über den Besuch gar nicht informiert gewesen.

Dass eine Randfigur wie Greifeld die Rundfahrt „organisiert" hätte, können wir ausschließen. Aber es wird in der Karlsruher Kontroverse immer wieder behauptet, dass er im engsten Umkreis des „Führers" an der Tour teilgenommen habe, und zwar unter Hinweis auf die angefertigten Fotografien.

## 3.6 Aufnahmen mit Hitler. Ist Greifeld darauf zu sehen?

Hitlers „Leibfotograf" Heinrich Hoffmann hat von dem »parcours parisien« mehrere Bilderserien aufgenommen. Einige besonders eindrucksvolle wurden veröffentlicht.[25]

Ein berühmt gewordenes Foto zeigt die Gruppe vor dem Eiffelturm[26].

25 „Illustrierter Beobachter", „Der Führer in Paris", Ausgabe v. 04.07.1940. Der Besuch wurde teilweise gefilmt. Einige Standfotos von Filmaufnahmen enthält das Buch von Gruat, Hitler in Paris, a. a. O.

26 Bildagentur Preußischer Kulturbesitz, 3001 3176 (im Folgenden: bpk).

**Abb. 4:** Hitler und seine Entourage vor dem Eiffelturm.

Der Mann in der ersten Reihe links soll Greifeld sein. Er trägt SS-Uniform. Greifeld war nicht in der SS, um damit zu beginnen. Zwischen dem „Mann links" und Hitler der Architekt Hermann Giesler, der München als „Hauptstadt der Bewegung" umgestalten sollte, sowie Albert Speer. Rechts von Hitler der Bildhauer Arno Breker, der prominenteste Bildhauer des „Dritten Reiches", der – wie bereits dargelegt – 1927 für einige Jahre nach Paris gezogen und dort im Übrigen wohl gelitten und als Künstler sehr angesehen gewesen war. Er besaß die beste Ortskenntnis und führte den „Führer". Im Juni/Juli 1942 wurde in Paris eine große Arno-Breker-Ausstellung gezeigt.[27]

Das Foto vor dem Eiffelturm war 1969 in den Abbildungsteil der Erinnerungen Albert Speers aufgenommen worden.[28] Erstauflage 200.000, 12. Auflage 1975. So wurde es bundesweit bekannt. Im Rahmen des Kölner Lischka-Prozesses[29] wurde Greifeld am

27 Audiat, Pierre, Paris pendant la guerre, Paris 1946, S. 180 ff.

28 Speer, Erinnerungen, a. a. O., nach S. 192.

29 Kurt Lischka, SS-Obersturmbannführer, Dr. jur., einst Chef der Kölner Gestapo, ab November 1940 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Paris, verantwortlich für die Deportation von mindestens 70.000 Juden aus Frankreich nach Auschwitz.

21.07.1975 in seinem Karlsruher Büro als Zeuge vernommen und ihm dabei das Foto aus den Speer-Erinnerungen vorgelegt. Er sagte:

> „Die (…) mit roter Schrift als Greifeld bezeichnete Person bin ich nicht. Ich weiß auch nicht, wer diese Person ist. Was Anlass zu der Annahme ist, dass ich die dort abgebildete Person sein soll, ist mir nicht bekannt. Eine Klärung ist insoweit auch nie erfolgt.“[30]

Greifeld berichtete noch, dass er „von Bundestagsabgeordneten aller drei Parteien“[31] auf das Foto angesprochen worden sei.

Nehmen wir eine Ausschnittvergrößerung des Fotos von dem „Mann links“ vor[32] und vergleichen sie mit einem Foto Rudolf Greifelds aus dem Krieg[33], so ist die Ähnlichkeit schon weniger frappierend.

**Abb. 5 und 6:** „Der Mann ganz links“ (links), Rudolf Greifeld im Krieg (rechts).

30 Zeugenvernehmung Greifeld, 21.07.1975, BA-ZST, B 162–30861.
31 CDU/CSU, FDP, SPD.
32 bpk, 3001 3176.
33 Foto: Privat. Ich danke Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld für die Genehmigung, das Foto hier wiederzugeben.

Die rechtsstehende Aufnahme Greifelds dürfte zwischen Oktober 1943 und Kriegsende entstanden sein. 1943 hatte er einen Leutnantslehrgang in Deggendorf absolviert und erhielt diesen Dienstgrad im Oktober.[34] Greifelds Uniform weist die Kragenspiegel und Schulterklappen eines Leutnants der Wehrmacht auf.

Greifeld ist eine eher schmächtige, sozusagen unmilitärische Erscheinung. Er hat hängende, schmale Schultern und wäre nach Kretschmers Konstitutionstypenlehre als „Leptosom" zu bezeichnen, der Mann in SS-Uniform links als „Athletiker". Deutlich unterscheiden sich die Ohrenformen. Greifelds Nase ist spitzer. Seine Augen stehen enger.

Der SS-Mann scheint größer, und er ist es auch: 1,83 m[35], für die damalige Zeit erheblich; Greifeld war 1,74 m groß[36].

Vergleichen wir die Mützen: Unter dem Reichsadler des „Mannes links" ist der SS-Totenkopf zu erkennen. Greifeld trägt eine Wehrmachtsmütze.

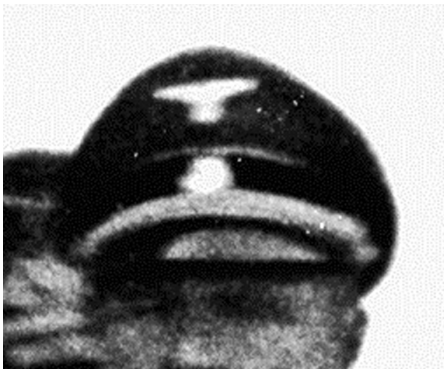


**Abb. 7 und 8:** SS-Mütze mit Totenkopf (links), Greifeld mit Wehrmachtsmütze (rechts).

Kurzum: Es handelt sich bei dem Mann links nicht um Greifeld, sondern um den SS-Obergruppenführer Karl Wolff (1900–1984), Adjutant Himmlers und sozusagen Himmlers Mann in Paris, der seinen Chef zweifellos über die Gespräche an jenem Besuchstage unterrichtete.

Wolff war ab 1943 Chef des „Persönlichen Stabes des Reichsführers SS", also Himmlers, Verbindungsoffizier der SS zu Hitler, zudem persönlicher Freund von

34 Mtlg. v. Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld.
35 SS-Aufnahme und Verpflichtungsschein Karl Wolff, geb. 13.05.1900, BDC.
36 Mtlg. v. Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld.

Reinhard Heydrich und bei Kriegsende „Höchster SS- und Polizeiführer“ in Italien. 1964 wurde Wolff wegen Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt, von denen er fünf Jahre absaß.

Aber es gibt noch ein weiteres Bild von dem Paris-Besuch, das in der Karlsruher Kontroverse von Bedeutung ist:

**Abb. 9:** Hitler und seine Entourage auf dem Montmartre.[37]

Bei dem zweiten Mann von rechts, vor dem Mercedes stehend, soll es sich abermals um Rudolf Greifeld handeln. In der Tat ist die Ähnlichkeit, vielleicht sogar frappierende Ähnlichkeit, prima vista gegeben. Greifelds Kinder waren erschrocken, als sie diese Aufnahme erstmals sahen.[38] Rudolf Greifeld hatte zwar kein fliehendes, aber doch gering entwickeltes und kaum „energisches“ Kinn – ähnlich dem Mann vor dem Mercedes.

37 bpk, 50046088. Wiedergegeben auch in: NRhZ-Inland, „Der jüdische Wissenschaftler Léon Gruenbaum: Verfolgt – verdient – vergessen. Ein verfolgter Nazi-Jäger“, von Harald Denecken und Dietrich Schulze, a. a. O.

38 Gespräch des Verfassers mit Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld, 28.01.2015.

Aber das Kinn ist auf dem Gruppenfoto verschattet. Nehmen wir einen Ausschnitt und konturieren ihn stärker, dann zeigt sich eine andere Kinnpartie:

**Abb. 10 und 11:** Verschattete Kinnpartie (links), entschattete Kinnpartie (rechts).

Heinrich Hoffmann hat eine Fotosequenz in geringem Sekundenabstand aufgenommen (siehe Abb. 12 und 13). Auf dem in Abb. 11 ausschnittsweise gezeigten zweiten Bild[39] ist das Kinn des Mannes vor dem Mercedes unverschattet.

Auf dem nachfolgend als Abb. 13 gezeigten dritten Foto[40] wendet der Mann vor dem Mercedes das Gesicht nach links, und diese Vordersicht zeigt, dass es sich nicht um Rudolf Greifeld handelt. Es ist wieder der SS-General Karl Wolff.

39 bpk, 5004 6090.
40 bpk, 5004 6089.

**Abb. 12 (oben) und 13 (unten):** Der Mann rechts am Mercedes: Nicht Greifeld, sondern SS-General Wolff.

Ein letzter Vergleich, an den nachfolgenden Fotos von links nach rechts: Zwei vergrößerte Ausschnitte mit Wolff, ein Foto Rudolf Greifelds als Leutnant, also ab 1943 aufgenommen, schließlich zwei Aufnahmen aus der frühen Karlsruher Geschäftsführerzeit.[41] Man beachte Greifelds markante Nasenpartie!

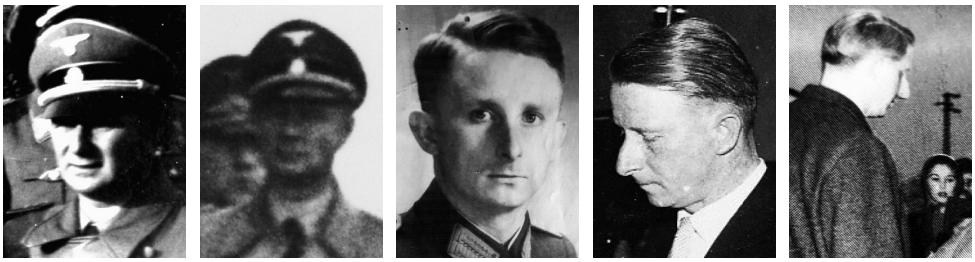


**Abb. 14 bis 18 (von links nach rechts):** Die Gesichter von Wolff und Greifeld im Vergleich.

Es dürfte keine Frage sein, dass es sich um zwei verschiedene Personen handelt. Greifeld hat ein wesentlich schlankeres Gesicht. Die Profile der beiden Männer sind vollkommen unterschiedlich. Wolff war mehr als zehn Jahre älter als Greifeld, und man kann den Fotos einen Altersunterschied auch entnehmen.

Um vollends sicherzugehen, hat der Verfasser sich an Dr. Julien Reitzenstein gewandt. Er ist forensischer Historiker und einer der ersten Experten für die Geschichte von Himmlers Persönlichem Stab, dessen Chef Wolff gewesen war.[42] Ferner ist Reitzenstein als historischer Fachberater für Filmproduktionen über das „Dritte Reich" tätig, weshalb er sich in Uniformfragen hervorragend auskennt. Er gestattete dem Verfasser, aus seiner Mail vom 07.04.2015 zu zitieren:

> „Die Fotos zu Wolff hatte ich bislang nicht als Serie wahrgenommen. Doch eines ist für mich nun glasklar (…): Es ist ohne Zweifel Wolff.
>
> *Begründung 1:* Die gegenständliche Person trägt eine SS-Mütze mit Totenkopf – wie Bormann daneben – statt mit Wehrmachtskokarde wie ein Kriegsverwaltungsrat oder die Umstehenden.
>
> *Begründung 2:* Ein Kriegsverwaltungsrat (Leutnant) hatte Schulterstücke mit parallelen Kordeln, der Oberleutnant ebenso plus ein „Pickel", der Hauptmann zwei Pickel (ebenso der Hauptsturmführer, links neben Wolff

41 Die zweite und dritte Aufnahme von rechts aus dem Besitz der Familie Greifeld. Bild ganz rechts in: Kernforschungszentrum Karlsruhe, Bildchronik, Karlsruhe 1987, S. 21.

42 Siehe: Reitzenstein, Julien, Himmlers Forscher. Wehrwissenschaft und Medizinverbrechen im „Ahnenerbe" der SS, Paderborn 2014.

> im Bild). (…) Stabsoffiziere vom Major bzw. Korvettenkapitän bzw. analog vom Sturmbannführer aufwärts hatten geflochtene Schulterstücke wie Generale. Diese sind bei Bormann, Wolff und dem SS-Gruppenführer hinter Wolff gut erkennbar.
>
> *Begründung 3:* Das Koppelschloss ist bei allen drei in der ersten Reihe sichtbaren SS-Offizieren identisch. Zwar gab es laufend in der Wehrmachtsbekleidung Abweichungen – aber das Wehrmachtskoppelschloss (…) war in der Regel rechteckig und das der SS in der Regel rund."

## 3.7 Fazit

Bereits in der Einleitung wurde aus der online-NRhZ eine Passage zitiert, die das Ergebnis einer Recherche Léon Gruenbaums wiedergibt:

> „Greifeld war Hitlers oberster SS-Führer in der Wehrmachtverwaltung von Groß-Paris, unter anderem für Drancy (das Durchgangslager für die Deportationen nach Auschwitz) zuständig."[43]

Drancy wurde Durchgangslager am 20. August 1941, ca. fünf Wochen, bevor Greifeld die Stadt verließ. Die Auffassung, Greifeld wäre „oberster SS-Führer in der Wehrmachtsverwaltung" gewesen, hätte mit zwei Telefonaten richtiggestellt werden können: Deutsches Historisches Institut Paris und Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg. Dasselbe gilt für die Auffassung, Greifeld sei „Wehrmacht-Chef im besetzten Paris" gewesen.[44]

Es ist möglich, aber äußerst unwahrscheinlich, dass eine Verwechslung Rudolf Greifelds mit Ulrich Greifelt vorgelegen hat.[45] Letzterer war SS-Oberführer, hatte aber mit der Okkupation und dem Krieg in Frankreich *gar nichts* zu tun. Ulrich Greifelt wurde 1948 in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt. Er starb 1949 in Landsberg.

Rudolf Greifeld hat den Hitlerbesuch in Paris am 23.06.1940 nicht organisiert. Er war auch nicht an der Organisation beteiligt, weil es für ihn als einem ‚kleinen' Kriegsverwaltungsrat in dieser Top Secret-Angelegenheit nichts zu organisieren gab. Der

---

43 Zit. nach: NRhZ-Inland, „Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten – Teil 1 Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!" Von Dietrich Schulze (http://www.nrhz.de).

44 Schulze, Dietrich, Vita Léon Gruenbaum für Forum Ludwig Marum, in: Denecken, Schulze (Hg.), Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 6 f., S. 6.

45 Siehe die Akte über Greifeld im Zusammenhang mit dem Kölner Lischka-Prozess: BA-ZST, B 162–30861.

Paris-Besuch Hitlers am 23.06.1940 wurde nicht von Greifeld, sondern von Hans Speidel organisiert; die architektonisch-künstlerische Führung übernahm Arno Breker.

Vor diesem Hintergrund ist es von vornherein für höchst unwahrscheinlich gehalten worden, dass Greifeld gemeinsam mit Hitler, Keitel, Bormann, Speer und anderen von Heinrich Hoffmann fotografiert wurde. Dass etwas höchst unwahrscheinlich sei, ist aber noch kein Beweis. Aufgrund genauer Analysen und der fachmännischen Unterstützung durch einen ausgewiesenen Historiker und Uniformspezialisten können wir es nun ausschließen.

Dies berührt die Tatsache der eindeutig antisemitischen politischen Sozialisation Greifelds, von der wir gehört haben, ebenso wenig wie seine antisemitischen und antifreimaurerischen Parolen und seinen antisemitischen Vermerk, worüber wir noch hören werden.

Am 07.07.1940 fand in Paris eine »Revue à l'Honneur du Führer« statt. Hitler war nicht zugegen. An der Vorbereitung *dieses* »grand tralala militaire«, wie es ein französischer Tagebuch-Autor nannte[46], war Rudolf Greifeld in einer für einen Kriegsverwaltungsrat typischen exekutiven Tätigkeit beteiligt, und zwar in eher subalterner Funktion – Requisition von Hotelzimmern etwa.

## 3.8 Deutsche Okkupanten: Aufsichtsverwaltung und Kollaboration

Nachdem uns die beiden Fragen beschäftigt haben, ob Greifeld den „Führerbesuch" in Paris im Juni 1940 mit organisiert habe und ob er auf den Fotografien mit Hitler zu sehen sei, wollen wir uns wieder der Lage in Frankreich selbst zuwenden. Schwerpunkt ist die Stadt Paris in den fünfzehneinhalb Monaten, die Greifeld dort als Kriegsverwaltungsrat tätig war. Freilich muss dabei auch das Geschehen über Paris hinaus in den Blick genommen werden.

An der Spitze des deutschen Okkupationsregimes, also der besetzten Zone, stand der „Militärbefehlshaber Frankreich" (MBF).[47] Er übte im Auftrag des Oberbefehlshabers

46 Guéhenno, Jean, Journal des années noires 1940–1944, Paris 2002, S. 23.

47 Hierüber maßgeblich: Brunner, Bernhard, Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2004 (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Ulrich Herbert und Lutz Raphael, Bd. 06).

des Heeres die vollziehende Gewalt aus. Der MBF gebot über eine zweigeteilte Organisation: Kommandostab für rein militärische Aufgaben, Verwaltungsstab für die „Zivilverwaltung". Dieser Verwaltungsstab war wieder aufgeteilt in die Abteilung Wirtschaft und die Abteilung Verwaltung, letztere zuständig für die Aufsicht über die französischen Behörden und die französische Polizei.

Die Deutschen bedienten sich im besetzten Frankreich des Prinzips der „Aufsichtsverwaltung", wogegen sie etwa in Polen bzw. im „Generalgouvernement" eine eigene Verwaltung aufbauten.[48] Aufsichtsverwaltung bedeutete, dass die deutschen Stellen das Funktionieren der französischen Administration beobachteten und sich von der Loyalität überzeugten, schließlich Anforderungen, Anordnungen und Aufträge an die französischen Verwaltungsspitzen weiterreichten, die letztere selbstständig, aber im Allgemeinen ohne größeren Spielraum, zu bearbeiten hatten.[49] Die Deutschen sparten durch das Prinzip Aufsichtsverwaltung Männer, Material und Kosten.

Voraussetzung für diese Form eines Okkupationsregimes war die Zusammenarbeitsbereitschaft der französischen Dienststellen, insbesondere der Präfekturen und Unterpräfekturen, sowie der Polizei.

Als kollaborationsaffine Machtausübungsform trägt die Aufsichtsverwaltung den Spaltpilz in das beherrschte Land. Sie ist die raffinierteste Form der Besatzungsherrschaft. Kollaboration brennt sich in die Wahrnehmung der Zeitgenossen und in das nationale Gedächtnis ein, wenn sie nicht später „verdrängt" wird. Wer zu kollaborieren gezwungen ist, dies also nicht freiwillig tut, hat die undankbarste Rolle zu spielen: von Fall zu Fall modales Abfedern mancher Forderung als Form einer Résistance oder doch Resilienz, die man von außen aber nicht sieht; von außen sieht man nur das Verhältnis zu den Okkupanten. Ein Ausharren in der undankbaren Position, um etwa die Nachfolge durch Verräter, okkupantenhörige Opportunisten und Konjunkturritter zu verhindern, mag von außen als Fraternisierung erlebt worden sein.

Die französische Polizei war zur Kollaboration mit dem Feind wohl noch am ehesten bereit. Dazu hatten goodwill-Maßnahmen der Deutschen geführt: Bereits im Juli 1940 erhielt die französische Polizei wieder das Recht, Waffen zu tragen; zudem

48 Siehe unten: 25.3, „‚Generalgouvernement'", S. 297 ff.

49 Vordenker war Werner Best. Siehe: Ders., Die deutsche Militärverwaltung in Frankreich, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum. Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung (RVL) 1, 1941, S. 29–76.

wurde verfügt, dass französische Polizisten und Gendarmen baldmöglichst aus der Kriegsgefangenschaft zu entlassen waren.[50] Kollaborationsbereitschaft auch in Teilen

50 Kasten, Bernd, Gute Franzosen. Die französische Polizei und die deutsche Besatzungsmacht im besetzten Frankreich 1940–1944, Sigmaringen 1993 (Kieler Historische Studien Bd. 37), S. 55.
Zur teils notgedrungenen, teils freiwilligen Kollaboration im Folgenden Kernsätze aus den MBF-Berichten, a. a. O. (Zugriff 03.2015):
*Lagebericht für August 1940:* „Die Zusammenarbeit mit den französischen Behörden hat nur in ganz vereinzelten Fällen zu Beanstandungen Anlass gegeben. Im Allgemeinen trägt die Tätigkeit der französischen Behörden wesentlich dazu bei, wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. (…) Die Haltung der leitenden französischen Beamten ist korrekt."
*Lagebericht für September 1940:* „Im allgemeinen kann gesagt werden, dass auch jetzt noch die Haltung der französischen Behörden und Beamten durchaus korrekt ist. Es muss auch anerkannt werden, dass die französischen Verwaltungsbeamten – von Ausnahmen abgesehen – nicht nur den Willen, sondern auch durchaus die Fähigkeit haben, eine den deutschen Anforderungen entsprechende Verwaltung zu führen. Namentlich unter den Präfekten gibt es eine Anzahl von fachlich gut vorgebildeten, klar urteilenden und disponierenden Beamten."
*Lagebericht für Oktober 1940:* „Zusammenarbeit mit den franz. Behörden: Die Zusammenarbeit war weiterhin im Großen und Ganzen reibungslos. (…) Die Zusammenarbeit mit den franz. Behörden ermöglichte im abgelaufenen Monat den deutschen Referenten auch weiterhin, sich ein Bild über die Verhältnisse in Frankreich zu verschaffen. (…) Die Erledigung dienstlicher Ersuchen beansprucht nach wie vor erhebliche Zeit. (…) Hierauf muss bei der Festsetzung von Berichtsterminen und den Ersuchen zahlreicher statistischer Ermittlungen Rücksicht genommen werden."
*Lagebericht für November 1940:* „Das Verhalten der franz. Verwaltung war weiterhin zufriedenstellend."
*Lagebericht für Dezember 1940/Januar 1941:* „Das Verhalten der franz. Verwaltung war weiterhin zufriedenstellend."
*Lagebericht für März 1941:* „Die Zusammenarbeit mit den französischen Verwaltungsbehörden ist nach wie vor gut."
*Lagebericht für April/Mai 1941:* „Zusammenarbeit mit den franz. Dienststellen: Die Zusammenarbeit ist auch weiterhin im allgemeinen gut. Nur in Vesoul musste die Abberufung des französischen Präfekten veranlasst werden, weil er es an einer korrekten Zusammenarbeit mit der deutschen Militärverwaltung fehlen ließ."
*Lagebericht für August/September 1941:* „Die Zusammenarbeit mit den franz. Behörden ist nach wie vor allgemein zufriedenstellend."
Selbstverständlich war die Kollaboration im Nachkriegsfrankreich lange Zeit tabuisiert, und Deutsche, die als Sachwalter der Okkupation schwer belastet waren, konnten mitunter davon profitieren (siehe unten: 12, „A Closer Look: Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977), der Ausplünderer Frankreichs", S. 159 ff.).
Stefan Martens hat den Prozess der allmählichen Annäherung an Kollaboration und Mittäterschaft in seinem Aufsatz über die französische Zeitgeschichtsforschung untersucht. Ein Höhepunkt der Kollaboration war die Rolle der französischen Polizei bei der »grande rafle« (großen Razzia) in Paris, als sie am 16. u. 17.07.1942 tausende Juden festnahm und im Vélodrome d'Hiver, einer Radsporthalle, zusammenpferchte, von wo aus sie nach Drancy und von dort aus nach Auschwitz deportiert wurden.
Am Jahrestag der großen Razzia, 16.07.1995, hielt Staatspräsident Jacques Chirac eine Rede, die als Zäsur anzusehen ist. Er führte aus: „Vor dreiundfünfzig Jahren, am 16. Juli 1942, erfüllten 450 französische Polizisten unter dem Befehl ihrer Vorgesetzten die Forderungen der Nazis. An jenem Tag wurden in der Hauptstadt und im Pariser Umland fast 10.000 jüdische Männer, Frauen und

der Bevölkerung: In Paris soll es 8.000 bis 10.000 Gestapo-Spitzel gegeben haben, »indicateurs de la Gestapo à Paris«.[51] Sie informierten die deutschen Besatzer etwa über Widerstandsaktivitäten und über Verstecke von Juden.[52]

## 3.9 Struktur der deutschen Verwaltung

Die deutsche Militäradministration logierte im Hotel Majestic, der Militärgouverneur im Hotel Crillon, die Zivilverwaltung im Palais Bourbon, der General der Luftwaffe im Palais du Luxembourg, die Luftwaffe hatte das Grand Hotel am Place de l'Opera requiriert.[53]

Paris war ab dem 22.06.1940 eine andere Hauptstadt, nicht mehr die französische, sondern die *deutsche* Hauptstadt Frankreichs. Unter den neuen Machthabern verlor die Stadt sogar ihren Namen und hieß „Groß-Paris", und dieses Groß-Paris wurde zur Garnisonsstadt sowie zum Zerstreuungsort für Fronturlauber.[54]

Der französische Literaturnobelpreisträger Patrick Modiano stellte seinem Roman »Place de l'Étoile« eine kleine Geschichte voran:

---

Kinder am frühen Morgen in ihren Wohnungen verhaftet und in den Polizeikommissariaten gesammelt. (…) Frankreich, Heimat der Aufklärung und der Menschenrechte, das Land der Zuflucht und des Asyls, dieses Frankreich beging an diesem Tag das Irreparable. Es brach sein Wort und lieferte seine Schützlinge ihren Henkern aus." (Zit. nach: Martens, Stefan, Frankreich zwischen „Histoire contemporaine" und „Histoire du temps présent", in: VfZ 4 <2007>, S. 583–616, S. 610).

51 Audiat, Paris pendant la guerre, a. a. O., S. 95.

52 Die Kollaboration und das Spitzelwesen führten zu einem Identitätstrauma der französischen Nachkriegszeit. Dies erklärt auch, warum deutsche NS-Vergehen in Frankreich nicht immer bis zur letzten Konsequenz verfolgt wurden – um es zurückhaltend zu formulieren. Bei den Ermittlungen kam allzu leicht die tätige Mithilfe von Franzosen ans Licht (siehe unten: 12, „A Closer Look – Dr. jur. Elmar Michel <1897–1977>, der Ausplünderer Frankreichs", S. 159 ff.). Das änderte sich mit den Aktivitäten von Beate und Serge Klarsfeld, die ja auch gegen Greifeld vorgehen sollten (siehe unten: 15, „Die Ohrfeige", S. 181 ff.). Diese verknappte und zugespitzte These darf in einer Expertise erlaubt sein, der es um die Vernetzung und Verstrickung eines Rudolf Greifeld geht, nicht aber um eine Monografie der deutschen Okkupationsgeschichte, insbesondere der Judenverfolgung, und deren späterer Aufarbeitung in unserem westlichen Nachbarland. Eine solche Geschichte wäre mit vier Variablen konfrontiert, die in sich selbst wieder variabel waren: Wandlungen des NS-Herrschaftsapparates, jeweiliges Kriegsstadium, Interaktion von MBF und Vichy-Regierung, die fluidale Konstellation MBF/SS-Apparat/Deutsche Botschaft. Die Gefahr bestünde darin, eine Systematik zu konstruieren, die das Regime mit einer Ausnahme nicht besaß. Diese Ausnahme waren die Judenverfolgung und die Shoah nach der „Wannsee-Konferenz", also ab Frühjahr 1942.

53 Prost, Bonnefoy, a. a. O., zu Fußnote 27.

54 Ebd., zu Fußnote 27, zu Fußnote 25 (Übersetzungen aus dem Französischen stammen von mir/B.-A. R.).

„Im Juni 1942 tritt ein deutscher Offizier auf einen jungen Mann zu und fragt: »Pardon, monsieur, ou se trouve la place de l'Étoile?« Der junge Mann zeigt auf die linke Seite seiner Brust."[55]

Die deutsche Zivilverwaltung in Paris wurde von einem Verwaltungschef geleitet, dem die Abteilung Wirtschaft sowie die Abteilung Verwaltung unterstanden. Pariser „Kriegsverwaltungschef", Leiter der gesamten „Zivilverwaltung" von Beginn der Okkupation bis 01.08.1942, war der „Alte Kämpfer"[56] Dr. jur. Jonathan Schmid (1888–1945), Württemberger, in der NS-Zeit württembergischer Innen-, Justiz- und Wirtschaftsminister sowie auch noch Stellvertretender Ministerpräsident. Schwer zuckerkrank, in der Verwaltungsführung und wohl auch im Ränkeschmieden eine eher schwache Figur, wurde Schmids Stellung von dem SS-Führer Dr. jur. Werner Best zunehmend ausgehöhlt, so dass Best neben seinem Amt als Abteilungsleiter Verwaltung faktisch auch oberster Chef der Gesamtverwaltung gewesen ist.[57] 1942 kehrte Schmid in seine Stuttgarter Ministerien zurück. Krankheitsbedingt war er nur mehr vermindert arbeitsfähig. Er starb 1945 in einem französischen Internierungslager infolge Insulinmangels.

## 3.10 Rudolf Greifelds Position innerhalb der Verwaltungsstruktur

Die Abteilung Verwaltung bei dem MBF war in den Jahren von 1940 bis 1942 wie folgt untergliedert[58]:

- Gruppe 1: Allgemeine und innere Verwaltung
- Gruppe 2: Polizei
- Gruppe 3: Kommunalwesen
- Gruppe 4: Schule und Kultur
- Gruppe 5: Finanzwesen

55 Modiano, Patrick, Place de l'Étoile, Mnchn. 2010, S. 9 (zuerst: Paris 1968).

56 Definition „Alter Kämpfer": Vor der „Machtergreifung" in die Partei eingetreten, Mitgliedsnummer unter 300.000.

57 Borgstedt, Angela, Im Zweifelsfall auch mit harter Hand. Jonathan Schmid, Württembergischer Innen-, Justiz- und Wirtschaftsminister, in: Kißener, Michael, Scholtysek, Joachim (Hg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1999, S. 597–621.

58 Dieses Schema nach: Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 609, sowie nach einer Übersicht „Zusammensetzung des Verwaltungsstabes beim Stadtkommandanten Paris", Stand August 1941 (BStU, MfS – HA IX/11 PA 934, Rudolf Greifeld).

- Gruppe 6: Medizinalwesen
- Gruppe 7: Veterinärwesen
- Gruppe 8: Justiz
- Gruppe 9: Propaganda
- Gruppe 10: Verkehr
- Gruppe 11: Straßenbau
- Gruppe 12: Post
- Gruppe 13: Archivwesen
- Gruppe 14: Kunstschutz
- Gruppe 15: Deutsches Vermögen

Zu den Aufgaben Greifelds wird in einer Mitarbeiterliste, Stand August 1941, festgehalten:

> „Allgemeines/KVR Greifeld – Requisitionen, Lebensmittelmarken für Reichsdeutsche, Kommunale Verwaltung der Stadt Paris: Requisitionswesen"

Rudolf Greifeld war als Kriegsverwaltungsrat in Paris zuständig für die Verbindung zwischen der deutschen Militärregierung und der französischen Administration von Paris mit Schwerpunkt Requisitionen. Er war kein Entscheidungsträger. Er war keineswegs, wie in der Einleitung zu diesem Gutachten zitiert, „Kommandant von Groß-Paris".

Diese Auffassung geht auf einen lapsus linguae in der 1977 von Serge Klarsfeld herausgegebenen Sammlung „Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich. Deutsche Dokumente 1941–1944" zurück, worin auf Seite 234 nicht „*beim* Kommandanten von Paris" steht, so dass Laien glauben mochten, Greifeld sei selbst Kommandant gewesen:

> „Greifeld, Rudolf Dr.: Geboren November 1911, Oschatz; Kriegsverwaltungsassessor (Verwaltungstag <sic!> – Kommandant von Groß-Paris); schlägt im Januar 1941 diskriminierende Maßnahmen gegen die Juden vor (…)"

Aber auf Seite 242 schreibt Klarsfeld korrekt:

> „Greifeld, Rudolf, Kriegsverwaltungsassessor beim ‚Kommandant von Groß-Paris'".[59]

[59] Klarsfeld, Serge (Hg.): Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich. Deutsche Dokumente 1941–1944, Paris 1977.

## 3.11 Ausplünderung

Wir müssen Greifelds Rolle in Paris in Beziehung zu anderen Bereichen der deutschen Herrschaft in der besetzten Zone betrachten.

Der wichtigste Zweig der deutschen Militärverwaltung war die Abteilung Wirtschaft. Deren Zuständigkeit erstreckte sich auf die gesamte besetzte Zone. Nicht auf „Groß-Paris“ wie im Fall Greifeld.

War SS-Führer Best für die Verwaltung zuständig gewesen, so war es Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977)[60] für die Wirtschaft. Als Leiter der Wirtschaftsabteilung war er für die Überwachung und Lenkung der französischen Wirtschaft zum Nutzen der deutschen Kriegswirtschaft zuständig und profitierte dabei auch von „Entjudungen“ bzw. „Arisierungen“. Der Abteilung oblag auch, mit der Verlängerung des Krieges umso drängender, die Rekrutierung französischer Arbeiter für das Reich. In Michels Abteilung wurde erwogen, ob stillgelegte französische Fabriken nach Südost-Europa transferiert oder ganze Belegschaften nach Deutschland verbracht werden könnten.[61] Nachdem Best Frankreich verlassen hatte, erhielt Michel am 01.08.1942 auch dessen Position, war nun also zugleich Leiter der Abteilung Wirtschaft und der Abteilung Verwaltung. Michel trug wie Schmid und nachfolgend Best den Titel eines Kriegsverwaltungschefs. Man geht nicht zu weit mit der Behauptung, dass Michel der mächtigste Funktionär der deutschen Okkupanten gewesen ist. Nach dem Krieg mit Greifeld gut bekannt, wird er in den 1950er Jahren zu den Befürwortern und Förderern des Kernforschungszentrums Karlsruhe gehören.[62]

Elmar Michel leitete die Wirtschaftsabteilung von 1940 bis 1944, also während der gesamten Okkupationszeit. Seine Aufgabe bestimmte Hermann Göring als Leiter der Vierjahresplanbehörde wie folgt:

> „Die Wirtschaftsabteilung des Militärbefehlshabers hat (…) die besondere Aufgabe, nach meinen Weisungen die französische Wirtschaft auf die deutschen kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten abzustimmen, die entsprechenden Verhandlungen mit den Franzosen zu führen und die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Durchsetzung der deutschen Forderungen einzusetzen.“[63]

60 Siehe unten: 12, „A Closer Look: Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977), der Ausplünderer Frankreichs“, S. 159 ff.

61 Siehe z. B.: Staatsarchiv Nürnberg, Akten des Internationalen Militärtribunals KV Anklage Rep. 503 NI 677 (im Folgenden StAN-IMT).

62 Siehe unten: 12, „A Closer Look: Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977), der Ausplünderer Frankreichs“, S. 159 ff.

63 Schreiben der Vierjahresplanbehörde, 29.03.1941, StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NG 2819.

## 3.12 Besatzungskosten

Der Artikel 18 des Waffenstillstandsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich vom 22.06.1940 war die Basis für die Zahlung des Unterhalts der Okkupationstruppen durch das besiegte Land. Ferner hatte Frankreich ab dem 25.06.1940 pro Tag 20 Millionen Reichsmark zu zahlen. Ende 1942 betrug der monatliche (!) Aufwand an „Besatzungskosten" rund 700 Millionen Reichsmark.[64]

Am 11.11.1942 marschierte die Wehrmacht auch in die bis dahin unbesetzte Zone Frankreichs ein, um damit auf die alliierte Landung in Nordafrika zu reagieren.[65] Mit der territorialen Ausdehnung der Besatzung stiegen die Besatzungskosten auf monatlich 950 Millionen Reichsmark.[66] „Der Krieg ernährt den Krieg." (Schiller) Das erste Interesse des deutschen Militärbefehlshabers lag in der Ausbeutung des besiegten Frankreich. Das Land wurde einer der wichtigsten Wirtschaftslieferanten der Deutschen im Zweiten Weltkrieg.[67]

Die ökonomische Expropriation und die Maßnahmen gegen den jüdischen Bevölkerungsteil griffen dabei ineinander wie Dachschindeln: Expropriation im Medium sinistrer „Treuhand"-Machenschaften und „Arisierungen". Nach einem tödlichen Attentat auf einen Wehrmachtsangehörigen mussten die Juden aufgrund MBF-Verordnung vom 17.12.1941 eine „Geldbuße" in Höhe von einer Milliarde Francs bezahlen. Diese enorme Summe wurde von der Ende November 1941 errichteten Zwangsvereinigung der Juden in Frankreich eingetrieben und an die Reichskreditkasse des MBF in Frankreich überwiesen.[68] Blicken wir auf das Schicksal der Juden, so verschob sich mit dem SS-Einfluss das Interesse von der ökonomischen Ausplünderung hin zur rassen-ideologisch fundierten Vernichtung, wenngleich – dies sei nochmals betont! – das Ökonomische nicht verschwand.

---

64 StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NI 7813. Hitler habe gefragt, so geht aus der Akte hervor, ob Frankreich überhaupt in der Lage sei, derart hohe Kosten zu tragen.

65 Aber dies soll hier nicht interessieren, sondern vornehmlich die Zeit von der Installation des MBF in Paris bis Ende September 1941, als Greifelds Zeit in Paris.

66 StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NG 4526.

67 Nach Kriegsende waren die Franzosen als Besatzer bestrebt, ihrerseits die deutsche Wirtschaft auszubeuten. Sie nahmen auch Rache: Vergewaltigungen, Repressalien aller Art, Raub auf offener Straße, Verhaftungen von Männern von der Straße weg, um sie zum Arbeitseinsatz nach Frankreich zu transportieren. Der Historiker Manfred Koch hat dafür Verständnis aufgebracht: Die Haltung der Truppen gegenüber den Deutschen sei auch eine Reaktion auf die deutsche Besatzungspolitik in Frankreich gewesen (siehe: Koch, Manfred, Karlsruhe – Landeshauptstadt oder Aschenbrödel?, in: Moersch, Karl, Weber, Reinhold <Hg.>, Die Zeit nach dem Krieg. Städte im Wiederaufbau, Stuttgart 2008, S. 180–203).

68 StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 PS 2198.

## 3.13 »Les juifs sont votre malheur!«/ „Die Juden sind Euer Unglück!“[69]

Nicht nur in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg bzw. vor 1933 hat es in allen europäischen Staaten Antisemitismus und antisemitische Vereinigungen gegeben, sondern seit dem 19. Jahrhundert, so auch in Frankreich oder in Polen nach der Piłsudski-Ära. Träger waren hier wie überall Teile des gebildeten Bürgertums, auch Teile der literarischen Intelligenz, Studenten, die christlichen Kirchen, die Beamtenschaft, das Militär sowie die unteren Gesellschaftsschichten, deren Judenhass man als „dumm gewordene Utopie“ (Ernst Bloch) oder als „Sozialismus der dummen Kerle“ (August Bebel) bezeichnet hat.

Blicken wir unter dem Stichwort „Antisemitismus anderswo“ einmal auf die Universität Warschau, Mai 1939. Ein namhafter Physiker aus Deutschland hielt in einem Bericht über eine Kongressreise fest, dass die „Judenfrage“ in den polnischen Hochschulen noch immer eine große Rolle spiele, wenn zur Zeit auch Ruhe herrsche. Vor einiger Zeit hätten „die großen Kämpfe gegen die jüdischen Studenten“ stattgefunden. Danach hätten sich die Studenten und die Universität Warschau auf folgende Regelung geeinigt: Die Bänke in den Hörsälen wurden getrennt und in drei parallele Reihen geteilt, auf der einen Seite die Studenten der antisemitischen Vereinigung, in der Mitte Studenten, die in der jüdischen Frage neutral bleiben wollten, auf der anderen Seite die jüdischen Studenten selbst. Weiter heißt es in dem Reisebericht:

> „Jüdische Professoren und Assistenten scheint es nicht zu geben. An einem Institut ist noch ein jüdischer Assistent geblieben, weil er ein besonders guter Fachmann auf einem Spezialgebiet sei. Er wird aber, wie mir der Institutsleiter sagte, nun entlassen werden, da kein jüdischer Assistent mehr da sein darf.“[70]

Für Österreich wird man konstatieren müssen, dass die Gewalt gegen jüdische Studenten etwa in Wien weitaus brutaler gewesen ist als in Deutschland vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“. Wiener rechtsextreme nationalchauvinistische Studenten demolierten die jüdische Mensa, prügelten Kommilitonen jüdischen oder vermeintlich jüdischen Aussehens aus den Hörsälen und empfingen sie auf der Treppe

69 „Die Juden sind Eurer Unglück.“ Deutsches Propagandaschild zwischen Fontainebleau und Nemours, Oktober 1940, abgebildet bei: Klarsfeld, Serge, Le calendrier de la persécution des Juifs en France 1940–1944 (1er juillet 1940–31 août), Paris 2001 (La Shoah en France 2), S. 21.

70 Walther Gerlach, Bericht über seine Kongress-Reise nach Warschau, 06.–12.05.1939, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MK-PA 54508. Siehe auch: Trębacz, Zofia, ‚Ghetto Benches‘ at Polish Universities. Ideology and Practice, in: Fritz, Rossoliński-Liebe, Starek (Hg.), Alma Mater Antisemitica, a. a. O., S. 113–135.

mit Knüppeln, teils als Spazierstöcke getarnt, zu einer Art Spießrutenlauf. Die Folge waren oftmals schwere Verletzungen bis hin zu Schädelbasisbrüchen.[71]

Die antisemitisch geprägte politische Sozialisation eines Jugendlichen oder jungen Studenten wie Rudolf Greifeld ist wahrhaftig kein rein deutsches Phänomen gewesen: Gewalttätiger Antisemitismus der Studenten in Krakau, Lemberg, Prag, Warschau, Wien, Wilna; in Frankreich der Topos vom „jüdischen Kommunismus", der durch den Hass der Rechten gegen den sozialistischen Premierminister Léon Blum (1936/37; 1937/38) und die massive Einwanderung von Juden aus Deutschland und aus Osteuropa noch verstärkt wurde.[72]

Völkischer Antisemitismus und Rassismus zählten zur mentalen Grundausstattung der meisten deutschen Studierenden. Unter den antisemitischen Jugendgruppen *Frankreichs* nun stach die »Jeune front« hervor. In den geheimen MBF-Lageberichten heißt es über den August 1940, dass in Paris judenfeindliche Ausschreitungen stattgefunden hätten, und zwar von der »Garde française« und der »Jeune front«, und über den September 1940 ist zu lesen, die »Gardes françaises« und die »Jeune front« hätten in Paris während der Nacht wiederum Schaufenster jüdischer Geschäfte zerstört. Über den Monat April 1941 wird berichtet, dass die judenfeindliche Stimmung in der Bevölkerung des unbesetzten Gebietes anscheinend zunehme und es im Anschluss an die Vorführung des Filmes „Jud Süß" zu judenfeindlichen Äußerungen in der Bevölkerung gekommen sei. Aber es wird über April/Mai 1941 auch berichtet, dass die sich ständig verschärfenden Maßnahmen gegen die Juden in der Bevölkerung „an sich unpopulär" seien.

Auf der anderen Seite wurden in Frankreich denkbar bösartige, pogromlüsterne Äußerungen über Juden getan. Dazu verstieg sich etwa der französische Arzt und Avantgarde-Schriftsteller Louis-Ferdinand Céline (1894–1961). In Ernst Jüngers „Erstem Pariser Tagebuch", Eintrag unter dem 07.12.1941, ist über Céline zu lesen:

> „Er sprach sein Befremden, sein Erstaunen darüber aus, dass wir Soldaten die Juden nicht erschießen, aufhängen, ausrotten – sein Erstaunen darüber, dass jemand, dem die Bajonette zur Verfügung stehen, nicht unbeschränkten Gebrauch von ihnen macht. ‚Wenn die Bolschewiken in Paris wären, sie würden Ihnen das vormachen, Ihnen zeigen, wie man Quartier für Quartier

71 Siehe: Bauer, Kurt, Schlagring Nr. 1. Antisemitische Gewalt an der Universität Wien von den 1870er bis in die 1930er Jahre, in: Rossoliński-Liebe, Starek, Alma Mater Antisemitica, a. a. O., S. 137–160.

72 Mayer, Michael, „Die französische Regierung packt die Judenfrage ohne Umschweife an". Vichy-Frankreich, deutsche Besatzungsmacht und der Beginn der „Judenpolitik" im Sommer/Herbst 1940, in: VfZ 3 (2010), S. 329–362, S. 338 f.

und Haus für Haus die Einwohnerschaft durchkämmt. Wenn ich die Bajonette hätte, ich würde wissen, was ich zu tun hätte.'"[73]

Céline hatte bereits 1938 das Machwerk „Die Judenverschwörung in Frankreich" verfasst. Er verwendete darin Ausdrücke wie „Jud", „Saujud", „semitische Scheiße", „stinkendes, Europa besudelndes Aas".[74] Gerhard Heller nennt als weiteren radikalen »collabo« und ideologischen Quisling Alfred Fabre-Luce (1899–1983). Dieser habe mit bewunderndem Blick von einer neuen Rasse in Europa gesprochen, nämlich der deutschen; er verband „Europa", „neue Rasse", „neue Größe" zu einem einheitlichen Semem und meinte damit das „Dritte Reich" und Hitler; er publizierte eine „Anthologie des Neuen Europa" mit Texten von Bergson, Maurras, Peguy und … Hitler.[75]

Man kann von einer antisemitischen Internationale sprechen. Werfen wir noch einen Blick auf die Niederlande. Hier stoßen wir auf ein besonders abstoßendes Exemplar, nämlich auf Pieter Emile Keuchenius (1886–1950).[76] Geboren in Batavia, Niederländisch-Indien, Studium der Biologie in Utrecht, Arbeit als Phytopathologe (Pflanzenheilkundler) auf Sumatra, nach der Rückkehr intensive Befassung mit Rassenlehre, Rassenpsychologie und Nationalsozialismus. Wie auch ein Heinrich Himmler hatte Keuchenius der Pflanzen- und Hühnerzüchterszene angehört. Frucht der Studien von Keuchenius war das 1940 erschienene Werk „Bloed en mythe als levenswet"[77], inhaltlich über weite Strecken Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" ähnelnd. Durch einen Aufsatz über „fremden Blutseinschlag in Holland", erschienen Anfang 1940 in der Zeitschrift „Rasse", erweckte Keuchenius die Aufmerksamkeit von Heinrich Himmler, kam nach Berlin, trat in die SS ein und besichtigte das Judenghetto Łódź („Litzmannstadt"). Die Niederlande wurden im Mai 1940 von den Deutschen besetzt. 1941 bearbeitete Keuchenius in Den Haag das „rassenkundlich-statistische Material", das die Juden hatten einreichen müssen.

Kehren wir zur Betrachtung der französischen Verhältnisse zurück. 1942 war das Schreckensjahr für die Juden in Frankreich.[78] Bereits im Dezember 1941 waren nach einer Attentatsserie 743 französische Juden festgenommen und später deportiert

---

73 Jünger, Ernst, Erstes Pariser Tagebuch, in: ders., Sämtliche Werke. Erste Abteilung. Tagebücher Band 2, Tagebücher II. Strahlungen I, Stgt. 1979, S. 223–406, S. 281.
Célines Roman »Voyage au bout de la nuit«, 1932 erschienen, wurde 1962 in die »Bibliothèque de la Plèiade« aufgenommen und somit zum Klassiker der französischen Literatur erhoben.

74 Zit. nach: Heller, Gerhard, In einem besetzten Land. NS-Kulturpolitik in Frankreich. Erinnerungen 1940–1944, Köln 1982, S. 184.

75 Zit. nach: Ebd., S. 182.

76 Zum Folgenden siehe das Kapitel: I.9.2., Beispiele „deutschfreundlicher Aktivisten", in: Rusinek, Zwischenbilanz der Historischen Kommission zur Untersuchung des Falles Schneider/Schwerte und seiner zeitgeschichtlichen Umstände, a. a. O., S. 54 ff.

77 „Blut und Mythos als Lebensgesetz".

78 Klarsfeld, Vichy Auschwitz, a. a. O., S. 11.

worden. Dies geschah am 27.03.1942 im Zuge der ersten Deportation von insgesamt 1.112 Juden. Am 20.01.1942 hatte die „Wannsee-Konferenz" in Berlin stattgefunden, auf der die Deportation und Liquidierung der Juden Europas festgelegt wurde, die so genannte „Endlösung der Judenfrage".

Die Deportationen der französischen Juden begannen am 27.03.1942. Am 16.07.1942 wurden die in Paris verbliebenen 13.000 Juden verhaftet und in den „Osten" verbracht. Die Deportationen endeten mit dem Transport am 17.08.1944, eine Woche vor der Befreiung. Insgesamt 73.853 Juden wurden in ca. 76 Transportzügen deportiert, vor allem nach Auschwitz, 43.441 dort sofort liquidiert, 2.560 kehrten zurück. Außerdem verstarben in den in Frankreich eingerichteten Lagern bereits vor der Deportation etwa 3.000 Menschen.[79]

Wir haben uns zu fragen, welche Stadien die deutsche bzw. Vichy-französische Judenpolitik[80] von Juni 1940 bis September 1941 durchlief, also während der Anwesenheit Rudolf Greifelds als Kriegsverwaltungsrat. Ihm wird in der Karlsruher Kontroverse vorgeworfen, an der Judenverfolgung maßgeblichen aktiven Anteil genommen zu haben.

## 3.14 Das Vichy-Regime tritt in Vorlage

In der Forschung besteht Einigkeit darüber, dass „Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung" im Sommer 1940 sicherlich noch nicht auf der Tagesordnung der deutschen Besatzungspolitik" standen, soweit es den MBF betrifft[81], ja, dass überhaupt

79 Brunner, Frankreichkomplex, a. a. O., S. 31.

80 Es ist eine auch unter ausgesprochenen Fachleuten nicht bis ins Letzte beantwortete Frage, in welchem Verhältnis die Judenpolitik in der besetzten, dem MBF unterstellten Zone und in der unbesetzten Zone des Vichy-Regimes stand, wie „Paris", also MBF, der SS-Apparat und die deutsche Botschaft mit „Vichy" interagierten. Serge Klarsfeld vertritt die Auffassung, dass die Vichy-Regierung eine von den Deutschen unabhängige eigene eliminatorische Judenpolitik betrieb (Vichy – Auschwitz, a. a. O.); Martin Jungius und Wolfgang Seibel stellen ebenfalls fest, dass die Vichy-Regierung im Sommer 1940 von sich aus die Initiative in der Judenpolitik ergriff, sie kommen aber zu dem Schluss, es habe ein Nebeneinander von deutschen und französischen Rechtssetzungsakten gegen Juden gegeben, die sich zuweilen wechselseitig hochschaukelten (Jungius, Seibel, Bürger als Schreibtischtäter, a. a. O., S. 271). Galten antijüdische Anordnungen und Gesetze der besetzten Zone auch für die unbesetzte und die der unbesetzten auch für die besetzte? Es war dies scheinbar Verhandlungssache (ebd., S. 269).

81 Lambauer, Barbara, Opportunistischer Antisemitismus. Der deutsche Botschafter Otto Abetz und die Judenverfolgung in Frankreich (1940–1942), in: VfZ 2 (2005), S. 241–273, S. 245 f.

„die ‚Judenfrage' für die Militärs eine Angelegenheit von nachgeordneter Bedeutung war", die man gerne der SS überlassen habe.[82]

Bereits im Sommer 1940 ergingen auf eigene Initiative der Vichy-Regierung, also nicht von den Deutschen dazu angestachelt, drastische antijüdische Erlasse.[83]

Chronologie für 1940:

- 22.07.1940: Arisierungsgesetz. Überprüfung der Einbürgerungen seit dem 10.08.1927 (betraf ca. 6.000 Juden).
- Juli bis September 1940: Franzosen mit nichtfranzösischem Vater wurden aus dem Öffentlichen Dienst und nachfolgend aus allen freien Berufen ausgeschlossen.
- 23.07.1940: Franzosen, die sich ohne öffentlichen Auftrag im Ausland aufhielten, verloren die Staatsbürgerschaft, und ihr Vermögen wurde eingezogen.
- Am 03.10.1940 schließlich erging das „Judenstatut" der Vichy-Regierung.[84] Juden wurde der Zugang zu Staats- und Verwaltungsämtern untersagt. Juden durften keine freien Berufe ausüben. Zudem erfolgte ihre Verdrängung aus dem Kultur-, Presse- und Medienbereich.

## 3.15 SS übernimmt die Entrechtung der Juden

Die Macht der Okkupanten sollte allein in der Hand des MBF bleiben, also in der Hand der Wehrmacht und nicht der SS. Einer der Gründe war, dass es in Polen unter Führung der SS zu den schwersten Exzess-Taten an der jüdischen und slawischen Bevölkerung gekommen war, die das Ansehen auch der Wehrmacht beschädigt hatten. Aber es vergingen nur wenige Monate, bis die SS in Frankreich zwar nicht die Macht ergriff, aber die Verfolgungs- und Unterdrückungsapparaturen und insbesondere die

82 Brunner, Frankreich-Komplex, a. a. O., S. 52.

83 Jungius, Seiber, Bürger als Schreibtischtäter, a. a. O., S. 269.

84 Über die Frage, ob dieses „Judenstatut" eine autonome Entscheidung des Vichy-Regimes gewesen war, nicht zuletzt Resultat des politischen Antisemitismus der französischen Zwischenkriegszeit, oder auf Interaktionen zwischen Vichy-Regime und der deutschen Besatzungsmacht zurückzuführen sei, wurde 2016 eine Historikerkontroverse ausgetragen. Siehe: Mayer, Michael, Wie autonom regierte Vichy? Zur aktuellen Debatte um die Einführung einer antisemitischen Rassengesetzgebung in Frankreich 1940, in: VfZ 1 (2016), S. 151–163.

Judenverfolgung in die Hand bekam.[85] Dies war Ergebnis einer komplizierten Interaktion zwischen Heydrich in Berlin, der Pariser deutschen Botschaft und dem MBF.[86]

Gleich nach der Okkupation hatte in Frankreich wie auch in mehreren anderen von den Deutschen okkupierten Staaten der Wettlauf zwischen der Wehrmacht und dem Gestapo/SS-Komplex eingesetzt. Am 15.06.1940, einen Tag nach dem Einmarsch in Paris, waren auch die ersten Gestapo-Leute und SD-Angehörigen dort angekommen. Es waren aber zunächst nur zehn, und diesen war untersagt worden, die SS- bzw. SD-Uniform zu tragen. Bald sollten es 200 Mann sein. Der SD, dies zur Erläuterung, war der Sicherheitsdienst der SS. Er wurde vor der „Machtergreifung" zur Überprüfung von SS-Mitgliedern eingerichtet und stand unter der Leitung von Reinhard Heydrich. Der SD mutierte zum Inlandsgeheimdienst, wurde seit der Bildung des „Reichssicherheitshauptamtes" (RSHA) zu einer staatlichen Polizei-Organisation und war im Krieg eine der Hauptkräfte bei der Judenvernichtung – sei es bei der Organisation der Deportationen, sei es bei Bildung, Unterstützung oder Zusammenstellung der „Einsatzgruppen", die im Osten systematisch Massaker unter Juden und Slawen anrichteten. Der Aufstieg des SD war Teil des Bestrebens von Himmler und Heydrich, den gesamten Polizei-Apparat unter die Leitung der SS zu bekommen. NS-Gegnern sowie Juden oder Slawen gefror das Blut, wenn sie die Kürzel „RSHA", „SS" oder „SD" hörten. Die Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei begingen vor allem in den eroberten Ostgebieten Massenverbrechen, die an Grausamkeit nicht zu überbieten waren.

Hatte die Heeresführung die SS, den SD, das RSHA zunächst aus der Behandlung der Juden in Frankreich heraushalten wollen, so führten regime-interne Auseinandersetzungen um die Oberherrschaft im Bereich der Sicherheitsbelange bereits sechs Wochen nach dem Einmarsch in Frankreich zur Durchsetzung der SS.

Am 03.08.1940 gab das Oberkommando des Heeres (OKH) bekannt, dass Sicherheitspolizei und SD – kurz: die SS – von nun an mit der „Führung des weltanschaulichen Kampfes" beauftragt seien. „Weltanschaulicher Kampf" bedeutete nicht oder nicht allein ideologische Schulung und Propaganda, Hetzausstellungen wie etwa gegen die Freimaurer (Oktober 1940) oder gegen die Juden (»Le Juif et la France«, September 1941), Hetzfilme wie „Jud Süß" (April/Mai 1941)[87], sondern Zerschlagung der Freimaurer-Organisationen, Vernichtung des Widerstands, „Ausschaltung" bzw. Auslöschung der Juden.

---

85 Jungius, Seiber, Bürger als Schreibtischtäter, a. a. O., S. 34.

86 Darüber: Mayer, „Die französische Regierung packt die Judenfrage ohne Umschweife an", a. a. O.; Lambauer, Opportunistischer Antisemitismus, a. a. O.

87 MBF-Berichte, a. a. O., April/Mai 1941.

## 3.16 Die Mörder kommen

Vierzehn Tage nach der OKH-Bekanntgabe vom 03.08.1940 verlegte das RSHA den Sitz des SS-Brigadeführers und Mediziners Dr. Max Thomas von Brüssel nach Paris. Dort wurde er „Vertreter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Frankreich und Belgien". Ihm untergeordnet war der SS-Führer Dr. Helmut Knochen, geboren 1910, Anglist. Knochen wurde im Juni 1940 Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Paris und zwei Jahre später, am 20.05.1942, Befehlshaber der Sicherheitspolizei (BdS). Einer von Knochens wichtigsten Mitarbeitern war Dr. Herbert Hagen, geboren 1913, Studium der „Zeitungswissenschaft", Wegbereiter des Holocaust, in Berlin Eichmanns Vorgesetzter. Knochens Stellvertreter war Dr. jur. Kurt Lischka. Er war 1940 Gestapo-Chef von Köln und danach in Frankreich mitverantwortlich für die Deportationen von über 70.000 Juden. Der Prozess fand ab Oktober 1979 in Köln statt. Es wurde gefordert, insbesondere von Léon Gruenbaum, Rudolf Greifeld im Kölner Prozess mit Kurt Lischka und Herbert Hagen auf dieselbe Anklagebank zu setzen.

Es ist festzuhalten, dass die SS ab Spätsommer 1940 die Judenpolitik an sich gerissen hatte. Es gilt aber, jeden Eindruck zu vermeiden, dass MBF und Zivilverwaltung zu entlasten seien, wenn die Judenpolitik in Frankreich betrachtet wird. Es waren Best und die ihm unterstellten Männer gewesen, also die Zivilverwaltung, „welche die verschiedenen Anregungen zur Entrechtung und Verfolgung von Juden aufgriffen und die bereits zu einem Zeitpunkt deren Umsetzung anstrebten, an dem selbst Heydrich und das RSHA noch keine eigene Initiative gezeigt hatten".[88] Auf Drängen der Dienststelle der Sicherheitspolizei und des SD in Paris hat sich die Militärverwaltung von Anfang an an der Judenverfolgung beteiligt.[89]

## 3.17 Die Erfassung der Juden

SS, SD und RSHA waren die bisherigen unter der Leitung des Militärbefehlshabers Frankreich (MBF) durchgeführten antijüdischen Maßnahmen sowie die einschlägigen Gesetze und Verordnungen der Vichy-Regierung nicht weit und nicht schnell genug gegangen: Zwar waren unter anderem Arisierungen und Kennzeichnungszwänge für Geschäfte durchgesetzt worden, und man hatte auch damit begonnen, die

88 Brunner, Frankreichkomplex, a. a. O., S. 42.

89 Meyer, Ahlrich, Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000, S. 15.

Juden systematisch zu erfassen. Aber bei der Vorbereitung der Deportationen hakte es nach Auffassung der Schergen.

Im September 1940 wurde Theodor Dannecker, geboren 1913, ursprünglich Textilkaufmann, auf Heydrichs Anordnung „Judenberater" bzw. „Judenreferent" in der SD-Dienststelle Knochens in Paris. Dannecker war in Berlin enger Mitarbeiter von Adolf Eichmann gewesen, und von diesem erhielt er nun direkte Weisungen.[90] Der Mann war für seine Aufgaben, nämlich die Deportation der Juden vorzubereiten, höchst geeignet, wie es intern hieß, denn er hatte „schon jahrelange Erfahrung in Judenangelegenheiten von Österreich und der Tschechoslowakei her".[91] Der enge Mitarbeiter Eichmanns begann sofort, also im September 1940, mit dem systematischen Aufbau der „Judenkartei". Diese bildete die Voraussetzung für die ab März 1942 erfolgenden Deportationen in die Arbeits- und Vernichtungslager. Die Liste für die oben genannte erste Deportation von 1.112 Juden am 27.03.1942 hatte Dannecker persönlich zusammengestellt, und er begleitete den Transport auch persönlich.[92]

Dannecker hatte sich in Paris sofort in die Arbeit gestürzt. Bei einer Besprechung in der deutschen Botschaft in Paris am 28.02.1941 trug er vor, was er inzwischen erreicht hatte und welche nächsten Schritte er plante.[93] Im Besprechungsvermerk heißt es in bewunderndem Ton, eine „vorbildliche Judenkartei" sehe ihrer Vollendung entgegen. Die gesamten Juden von Paris seien darin in vierfacher Weise verzeichnet: Name, Wohnort, Beruf, Staatsangehörigkeit. Der SD habe festgestellt, dass in Paris derzeit – Ende Februar 1941 – etwa 65.000 jüdische Haushaltsvorstände vorhanden seien, dass also einschließlich der Frauen und Kinder mit 200.000 Juden in Paris gerechnet werden müsse.

Es galt, diese Menschen schnellstens zu deportieren, und Dannecker sowie dem SD vor Ort ging die ganze Entwicklung nicht schnell genug. Er brachte daher seinen Wunsch zum Ausdruck, gewiss mit „Berlin" abgesprochen, dass dem SD mit sofortiger Wirkung Vollmacht zur Inhaftierung *aller* Juden erteilt werde, und schlug darüber hinaus vor, für einen „schlagartigen Einsatz für einige Tage entsprechende Truppen zur Verfügung zu stellen". Dannecker wies darauf hin, dass sich im unbesetzten Gebiet, also im Vichy-Frankreich, bereits 40.000 Juden in Konzentrationslagern befänden und immer neue festgesetzt würden.

---

90 Lambauer, Opportunistischer Antisemitismus, a. a. O., S. 50.

91 Vermerk über eine Besprechung in der Deutschen Botschaft in Paris, 28.02.1941, StAN-IMT, KV Anklage, Rep. 502 – NG 4895.

92 Schulte, Jan-Erik, Vom Arbeits- zum Vernichtungslager. Die Entstehungsgeschichte von Auschwitz-Birkenau, in: VfZ 50 (2002), S. 41–69, 62 f.

93 Zum Folgenden: Vermerk über eine Besprechung in der Deutschen Botschaft in Paris, 28.02.1941, StAN-IMT, KV Anklage, Rep. 502 – NG 4895.

Basis dafür waren „Judengesetze“ der Vichy-Regierung vom 04.10.1940. Die erste antijüdische Verordnung von deutscher Seite war am 27.09.1940 ergangen. Es begann eine Spirale des Schreckens.

In der Zeit, in der Greifeld sich in Paris aufhielt, wurde definiert, wer als Jude zu gelten hatte, wurden die Juden erfasst, wurden sie zur Kennzeichnung ihrer Geschäfte gezwungen, wurden ihre Vermögen und Geschäfte[94] „arisiert“, wurde ihnen der Zugang zu bestimmten Tätigkeitsbereichen verboten. In der besetzten und der unbesetzten Zone waren Zehntausende in Haft.

## 3.18 Greifelds Tätigkeit in Paris

In einer Erklärung von Dr. jur. Walther Labs findet sich eine präzise Bestimmung von Greifelds Tätigkeit. Labs kann als Zeuge aufgrund seiner NS-Karriere als unsicherer Kantonist angesehen werden[95], aber was er über Greifelds Tätigkeit schrieb, widerspricht nicht dem, was von französischer Seite festgehalten wurde. Greifeld, so Labs, sei „Kriegsverwaltungsrat im Verwaltungsstabe des Chefs des Militärverwaltungsbezirks Paris“ gewesen („später: Stadtkommandant von Groß-Paris“), und seine Tätigkeit war die eines „Verbindungsmann(es) zwischen dieser Dienststelle und der Stadtverwaltung von Paris“. Als Kriegsverwaltungsrat sei Greifeld „Sachbearbeiter für die allgemeine Aufsicht über die Verwaltungsführung der Stadt Paris (gewesen/B.-A. R.), während er spezielle Angelegenheiten an die zuständigen Referenten des Verwaltungsstabes herantrug“.[96]

Es wurde bereits ausführlich dargestellt, dass die Deutschen für ihre Herrschaft in der besetzten Zone das Prinzip der Aufsichtsverwaltung gewählt hatten. Aber in praxi wurde nicht allein „beauf*sichtigt*“, sondern unaufhörlich „beauf*tragt*“. Ihrerseits stellte die französische Seite Tausende von Anträgen an die Zivilverwaltung des MBF. Die Besatzer gaben Anordnungen und Befehle, die von der französischen Verwaltung befolgt werden mussten.

---

94 Geschäfte galten als „jüdisch“, wenn deren Eigentümer Juden waren oder deren Kapital sich zu einem Drittel in jüdischem Besitz befand.

95 Siehe unten: 7.1, „Entnazifizierung: Greifeld geht in Revision“, S. 135 ff., sowie: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)“, S. 145 ff.

96 Erklärung Dr. jur. Walther Labs, 25.05.1948, Spruchkammer-Akte Greifeld StAL, EL 902–20. Labs war im Juli 1940 zur Militärverwaltung Paris als Kriegsverwaltungsrat versetzt worden und blieb dort bis Mitte Juni 1941, Landesarchiv NRW/Duisburg (im Folgenden: LA Duisburg) NWO 23951: Akte Dr. Walther Labs.

Greifelds Ansprechpartner und Weisungsempfänger nun war Édouard Bonnefoy (1899–1945), ein außerordentlich hoher Beamter. Zum Zeitpunkt des Einmarschs der Deutschen in Paris war er Kabinettchef der Préfecture de la Seine gewesen.[97] Aufträge wurden von Rudolf Greifeld über Bonnefoy an die Präfektur von „Groß-Paris" weitervermittelt, ebenso die Anträge der Präfektur an die Verwaltungszweige des MBF. Greifeld war Übermittler. Er gab keine Weisungen aus eigener Vollmacht. Wie es scheint, versuchte er einige Male zu vermitteln und deutsche Forderungen abzumildern, hatte damit aber keinen längerfristigen Erfolg.

Über Bonnefoys Tätigkeit in Paris 1940 und 1941 und seine notgedrungene Zusammenarbeit mit Rudolf Greifeld, über Bonnefoys späteren Widerstand und seinen Tod als Konzentrationslagerhäftling wurde 1999 von Elodie Prost eine Qualifikationsarbeit am Institut für Politik der Université Lumière Lyon II verfasst: »Édouard Bonnefoy. Un haut fonctionnnaire sous l'occupation (juin 1940–mai 1945). Le devoir de désobéissance.«[98]

Diese Kriegs- und Widerstandsbiografie basiert auf Materialien eines privaten Archivs, insbesondere auf Tagebüchern Édouard Bonnefoys, die der Autorin von Madame Solange Bonnefoy zugänglich gemacht wurden.

Prost bezeichnet Bonnefoy mit einer Formulierung von Jean-Pierre Azéma als „virtuelle Geisel".[99] Bonnefoy bezeichnete Greifeld an einer Stelle als seinen „deutschen Gesprächspartner", an anderer Stelle als seinen „deutschen Amtskollegen" bzw. als sein „deutsches Gegenstück".[100] Wenngleich Bonnefoys Formulierung wohl sarkastisch gemeint war, so treffen beide Bezeichnungen doch zu.

Greifeld und Bonnefoy standen in permanentem Kontakt miteinander.[101] Werfen wir im Folgenden Blicke auf die Pariser Verwaltungsalltage von Bonnefoy und Greifeld. Vorauszuschicken ist, dass die Spielräume gering waren. Ob in einzelnen Bereichen auf Zeit gespielt wurde, etwa in der Requisitionsfrage, kann der Arbeit von Elodie

97 Ein Präfekt ist der Vertreter des französischen Staates in einem Département. Er wird vom Präsidenten ernannt. Der Präfekt verfügt über ein Kabinett, dem ein Kabinettchef vorsteht. Der Präfekt wird von einem secrétaire général unterstützt. Ein Département ist in Arrondissements unterteilt. Diesen Arrondissements steht der Unterpräfekt (Sous-préfet) vor. Derzeit gibt es in Frankreich rund 100 Départements. Man kann diese Struktur mit einer deutschen Mittelbehörde und ihren nachgeordneten Stellen vergleichen, cum grano salis freilich. Der Préfet wäre dann der Oberpräsident, der Sous-préfet der Regierungspräsident.

98 A. a. O.

99 »otage virtuel« (Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 23).

100 »interlocuteur allemand« (Prost, Bonnefoy, a. a. O., ebd., nach Fußnote 30); »homologue allemand« (ebd., nach Fußnote 103).

101 »(…) le Dr. Greifeld, porte-parole du MBF, était en permanence auprès du directeur de cabinet pour lui soumettre les demandes allemandes.« (Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 51).

Prost nicht entnommen werden.[102] Dass Greifeld bei der Durchsetzung der *antijüdischen* Maßnahmen verzögert oder modifiziert hätte, ist angesichts der eindeutigen, in Bonnefoys Tagebüchern wiedergegebenen antisemitischen Schmähungen und NS-ideologischen Äußerungen auszuschließen.

Am 18.07.1940 übermittelte Greifeld die Anordnung, dass für eine bevorstehende Parade mehrere Hotels freigemacht werden müssten. Bonnefoy wurde zugleich aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Hotelbesitzer von der Stadt Paris Ausfallgelder erhielten.[103] Am 04.09.1940 reichte Greifeld die Forderung weiter, den Eiffelturm-Aufzug wieder in Gang zu bringen, da auf Plattform 3, in 276 Meter Höhe, ein militärischer Beobachtungsposten eingerichtet werden sollte.

Hotels, Wohnungen, Hallen, Schulen, auch Lastwagen sollten requiriert werden, ebenfalls Lebensmittel und Kohlen, Fragen des Straßenverkehrs waren zu regeln, Einzelheiten über Sperrstunden, Verringerungen des Stromverbrauchs für die Nachtbeleuchtung von Paris …

Zwei Routinen können ausgemacht werden: Requisitionen und Passpapiere. Bonnefoy versuchte alles, um die Requisition von Schulen zu verhindern.[104] Im Juli 1940 wurde die Beschlagnahmung einer Mädchenschule am Quay de Valmy angeordnet. Es gab dort keine weitere Schule, in welche die Kinder hätten umziehen können. Bonnefoy teilte Greifeld seinen Wunsch mit, dass Schulen nur mehr beschlagnahmt werden sollten, nachdem er – Greifeld – mit der verantwortlichen deutschen Behörde gesprochen, also mäßigend eingegriffen hätte. Greifeld konnte Bonnefoy am 16.07.1940 mitteilen, dass die Beschlagnahmen alsbald gestoppt würden. Aber das war nur ein armseliger Sieg, wie Bonnefoy schrieb.[105] Die Deutschen setzten die Schulbeschlagnahmen fort. Gegen die Aufhebung von Requisitionen gab es für Bonnefoy kein Mittel – und, wie man vielleicht hinzufügen könnte, auch für Greifeld nicht.

Im Winter 1940/41 wurden die Kohlelieferungen an die Stadt Paris drastisch reduziert, so dass Schulen geschlossen werden mussten. Darauf angesprochen, erklärte Greifeld, auch in Berlin seien Schulen teils geschlossen worden.[106]

---

102 Für Bonnefoys spätere Tätigkeiten in Laval, Nantes, Lyon sind derartige indirekte Sabotagen belegt (siehe unten: 4, „A Closer Look: Zur Zusammenarbeit mit Greifeld genötigt. Édouard Bonnefoy <1899–1945> und sein Tod“, S. 123 ff.).

103 Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 28.

104 Zum Folgenden: Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 30.

105 »une piétre victoire«.

106 Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 91.

Doch nicht alles scheiterte, was Bonnefoy über Greifeld als Mittler modifizieren wollte. Am 21.06.1941 erreichte Bonnefoy, dass weniger Kleintransporter requiriert wurden als von den Deutschen zunächst gefordert.[107]

Am 17.09.1940 teilte Bonnefoy Greifeld seine Besorgnisse über eine Situation mit, die er für wahrhaft entmutigend hielt[108], nämlich Überlastung der Pariser Präfektur und häufige Erfolglosigkeit ihrer Anträge: 140 Passierscheine seien gestern an die Präfektur zurückgesandt worden, die nicht gestempelt gewesen seien; mehr als 3.600 Anträge seien zugesandt und durchgearbeitet worden … Immer wieder ist von der großen Zahl eingehender Aufforderungen und von erfolglosen Anträgen an die MBF-Verwaltung die Rede, so etwa davon, dass nahe Verwandte nicht zu Beerdigungen in die je andere Zone fahren durften, weil Anträge auf Passierscheine zu langsam bearbeitet oder auch abgelehnt worden seien. „Die Arbeit der Präfektur", so Bonnefoy, „hätte ein anderes Ergebnis verdient".[109] Anderthalb Wochen später, am 26.09.1940, war noch immer keine Verbesserung eingetreten. Bonnefoy beschrieb Greifeld wiederum die Lage. Greifeld stimmte zu, dass die geschilderte Situation der Bedeutung der Stadt Paris nicht gerecht werde und versprach, sich darum zu kümmern, die Lage zu verbessern. Eine grundsätzliche Änderung trat indes nicht ein. Wir wissen nichts über den Nachdruck, mit dem Greifeld sich jeweils einsetzte.

Eine andere Form der Requisition beunruhigte Bonnefoy im September 1940.[110] Er hatte Gerüchte gehört, wonach die Deutschen planten, französische Arbeiter einzuziehen und zum Einsatz nach Deutschland zu transportieren. Am 16. September 1940 erkundigte er sich bei Greifeld. Dieser sagte, er wisse nichts Genaues darüber, in Betracht zu ziehen seien eventuell neue Bestimmungen über den Austausch von Arbeitern, wie es gegenüber Italien bereits der Fall sei. Beide sprachen miteinander über etwaige Vorhaben der Deutschen; Bonnefoy fragte Greifeld, was dieser über solche Pläne wisse. Greifeld brachte also nicht nur Aufträge und holte beantwortete Anfragen, Aufstellungen und Statistiken ab. Er und Bonnefoy sprachen, ja, diskutierten miteinander.

Das wird auch in der Angelegenheit Paul Langevin deutlich. Am 01.11.1940 machte Bonnefoy Greifeld auf den Fall des weltberühmten Physikers und Zyklotron-Pioniers aufmerksam.[111] Wir erinnern daran, dass das ILL Grenoble nach Max von Laue

107 Ebd., nach Fußnote 38.
108 Zum Folgenden: Ebd., nach Fußnote 98.
109 »Le travail de la préfecture mérite une autre suite.«
110 Zum Folgenden: Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 43.
111 Zum Folgenden: Ebd., nach Fußnote 110.

und Paul Langevin benannt ist und Greifeld von 1966 bis 1975 Lenkungsausschuss-Mitglied werden sollte.

Langevin nun, so Bonnefoy zu Greifeld, sei von zwei Offizieren aus dem Hause geholt und weggeführt worden, Grund unbekannt. Langevin sei Direktor der Hochschule für angewandte Physik und Chemie, so Bonnefoy, und seine Präsenz natürlich enorm wichtig für den Betrieb der Hochschule. Bonnefoy bat Greifeld, ihn in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden zu halten. Am 12.11.1940 teilte Greifeld mit, dass Langevin noch immer in Haft sei. Er selbst – Greifeld – glaube nicht, dass Langevin an die Spitze der Hochschule zurückkehren werde. In der Tat wurde Langevin seines Amtes enthoben.[112] Nach 38 Gefängnistagen, ab dem 09.12.1940, musste Langevin in Troyes, Nordostfrankreich, in einem überwachten Haus wohnen, das einem Juden gehört hatte und von der Gestapo konfisziert worden war. Am 02.05.1944 machte Langevin sich in die Schweiz auf. Er gelangte mit falschen Papieren dorthin, die ihm sein Schüler Frédéric Joliot-Curie beschafft hatte. In die Repressalien gegen Langevin war Greifeld nicht verwickelt.

Kommen wir auf Greifelds Routine-Tätigkeit des Übermittelns von Anordnungen zurück. Am 03. Januar 1941 beklagte er sich bei Bonnefoy über die verschneiten Pariser Straßen. Warum seien nicht weitere Arbeitslose zum Schneeräumen und Sandstreuen eingesetzt worden? Da ihm die Sache nicht schnell genug ging, drohte Greifeld mit Gewalt:

> „Nichts hat sich bisher getan. Wenn nicht schnell eine Änderung eintritt, sehe ich mich gezwungen, den Präfekten persönlich haftbar zu machen.“[113]

Diese Drohung war gegen den Präfekten ausgesprochen, nicht gegen Bonnefoy persönlich. Bonnefoy war nicht Präfekt, sondern directeur de cabinet. Greifeld gab die Drohung weiter, wenn auch in persönlichem Ton (»… je me verrai obligé …«). Er selbst konnte kraft seiner Stellung und Tätigkeit den Präfekten nicht persönlich haftbar machen.

Von Wehrmachtsoffizieren dagegen wurde Bonnefoy direkt mit Zwangsmitteln gedroht. Im September 1940 erschienen zwei Offiziere und forderten die Installation einer Heizung in der Citroën-Garage, Avenue Victor Hugo. Beheizte Garagen, so entgegnete Bonnefoy, seien in Paris unüblich. Darauf die Offiziere: „Das interessiert uns nicht (…), wir haben die Mittel, Sie zu dem zu zwingen, was wir wollen.“[114]

---

112 Zum Folgenden: Langevin, André, Paul Langevin, mon père, Paris 1971, S. 178, S. 205.

113 »Peu de choses ont été faites. Si un changement rapide ne se produit pas, je me verrai obligé de rendre le préfet personnellement responsible.« (Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 66).

114 »… nous avons les moyens pour vous forcer …« (Ebd., zu Fußnote 36).

Wie es scheint, hat Greifeld mit Bonnefoy nicht oder nicht allein in scharfem, sozusagen schnarrendem Befehlston gesprochen.

Welchen Anteil hatten die antijüdischen Maßnahmen des MBF und der Vichy-Regierung an Greifelds Pariser Tätigkeit? Er war in die Erfassung der Juden verwaltungsmäßig eingebunden. Am 09.01.1941 legte Bonnefoy auftragsgemäß eine Übersicht jüdischer Beamter vor, die zum Stichtag 20.12.1940 ihre Positionen verloren hatten. Am 05.06.1941 überreichte Bonnefoy drei Listen: Die erste enthielt eine Übersicht von leerstehenden unmöblierten Wohnungen des 8. und 16. Arrondissements, die Juden gehört hatten; die zweite: leerstehende möblierte Wohnungen; die dritte: weitere Wohnungen, leer oder möbliert[115], ebenfalls in den genannten Arrondissements.[116] Damit nicht genug. Tags darauf reichte Greifeld die Ordre weiter, eine statistische Übersicht derjenigen jüdischen Beamten vorzulegen, denen aus verschiedenen Gründen gestattet worden war, ihren Dienst fortzusetzen.

## 3.19 Gespräche mit Édouard Bonnefoy. Greifelds Ansichten

Bonnefoy war nicht nur durch die Maßnahmen der Besatzer und des Vichy-Regimes genau über die antisemitische Stoßrichtung ihrer Politik informiert, sondern auch durch die Gespräche mit Greifeld.[117] Am 30.09.1940, vor Eröffnung der großen Hetz-Ausstellung über die Freimaurer im Petit Palais, erging sich Greifeld über die neue Ordnung in Europa und über ihre Gegner:

> „Bei der Einführung der neuen europäischen Ordnung gibt es drei gegnerische Gruppen, die weggefegt werden, wenn vielleicht nicht schon morgen, so doch mit Sicherheit. Dies sind die Juden, die Freimaurer und die

115 Entweder, so ist zu vermuten, sollten die Wohnungen von deutschem Personal bezogen oder die Möbel verkauft werden. Erst im Dezember 1941 genehmigte Hitler die folgende Vorlage Rosenbergs: „Ich bitte den Führer, zu genehmigen, dass die gesamten jüdischen Wohneinrichtungen der geflohenen oder noch abreisenden Juden in Paris wie überhaupt in den westlichen besetzten Gebieten nach Möglichkeit zur Unterstützung der Einrichtung für die Verwaltung im Osten beschlagnahmt werden.“ (StAN-IMT, KV Anklage Rep. 502 – NG 5018).

116 Zum Folgenden: Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 32.

117 Zum Folgenden: Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 63.

> Plutokraten, also diejenigen, die bereit sind, einen Krieg zu entfesseln, um damit Geld zu verdienen."[118]

Man muss dazu wissen, dass Bonnefoy zu verhindern versucht hatte, dass die Freimaurer-Ausstellung im Petit Palais gezeigt wurde.[119] Bonnefoy stand im Verdacht, selbst Freimaurer zu sein. Wäre Greifeld darüber im Bilde gewesen, so könnte seine Äußerung über Juden, Freimaurer und Plutokraten entweder ideologischer Überzeugungsversuch oder Warnung gewesen sein.

Nach dem Zeugnis von Édouard Bonnefoy verschärfte sich Greifelds Antisemitismus zunehmend.[120] So äußerte er am 05.05.1941:

> „Ich wundere mich darüber, dass die französische Regierung (i. e. die Vichy-Regierung/B.-A. R.) nicht energischere Maßnahmen gegen die Juden ergreift. Die jüdische Frechheit hört nicht auf, und es ist zu wünschen, dass einmal aufgeräumt wird mit dieser jüdischen Bewegung, die für den Krieg verantwortlich ist und damit fortfährt, unschuldige Bevölkerungen in den Krieg zu stoßen."[121]

Zweierlei kann Greifelds antisemitischen Ausfällen entnommen werden: Erstens spiegeln sich darin ideologische Einstellungen, wie er sie als Mitglied des Vereins deutscher Studenten 1931 vertreten hatte. Dies wird vor allem am Topos vom „frechen Juden" deutlich. Zweitens waren die Versatzstücke der NS-Ideologie, mit denen Greifeld laut Aufzeichnungen von Bonnefoy operierte, vollkommen auf dem Stand der NS-Propaganda des Jahres 1941: Die Juden hätten die Welt wiederum – wie 1914 – in den Krieg gestürzt, sie und die „Plutokraten", worunter wir die von Freimaurern beeinflussten Briten verstehen können, verdienten daran, und die Freimaurerei, in der NS-Ideologie „weiße Juden", wäre eine Vermischung aus beidem: international, demokratisch-liberal, reich und hinterlistig.

---

118 »Dans l'instauration d'un ordre nouveau en Europe, il y a trois groupes d'opposants qui seront balayés, peut-être pas demain mais sûrement. Ce sont les juifs, les francs-maçons et les ploutocrates, ceux qui sont prêts à pousser à la guerre pour gagner de l'argent.« (Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 64). »Balayer« bedeutet „fegen", „wegfegen", auch „beseitigen". „Vernichtung" bzw. „Judenvernichtung" hieße »extermination« bzw. »extermination des juifs«, „Endlösung" »la solution finale«.

119 »Le préfet Édouard BONNEFOY (1899–1945) – Désobéir, un Devoir«, unpag., http://fr.wikipedia.org/Histoire_de_la_Police&action=edit&redlink=1 (Zugriff 04.2015).

120 »Les propos de Greifeld restèrent par la suite largement antisémites et se durcirent même« (Prost, Bonnefoy, a. a. O., nach Fußnote 64).

121 »Je m'étonne que le gouvernement français ne prenne pas à l'egard des juifs des mesures plus énergiques. L'insolence juive ne cesse pas et il est souhaitable que bonordre soit mis à ce mouvement juif, responsable de la guerre et qui continue à pousser à la guerre d'innocentes populations.« (Prost, Bonnefoy, a. a. O., zu Fußnote 65).

In geistesgeschichtlicher Betrachtung, um diesen Gedanken hier einzufügen, enthielt die NS-Ideologie kaum Neues. Greifelds Judenhass ging zurück auf die antisemitische Studentenbewegung des Kaiserreiches, und seine anti-freimaurerische Einstellung wurzelt ebenfalls im 19. Jahrhundert. Ein Kaiser Wilhelm II. war davon überzeugt, dass der Grand Orient zu Paris nicht nur „die Vernichtung aller Dynastien (…), sondern auch des Papsttums und der Kirche beschlossen habe".[122] Der Glaube an die jüdisch-freimaurerische Weltverschwörung bildete den Inhalt nationalsozialistischer Schulungs- und Propagandareden vom HJ-Schulungslager bis hinauf zu Goebbels. Es genügt, eine beliebige NS-ideologische Zeitschrift des Jahrgangs 1940 / 41 aufzuschlagen, um zu zeigen, wie sehr Greifeld auf der Höhe der Zeit gewesen war. Wir lesen: „Die kapitalistische freimaurerische Weltanschauung" wolle „dem Judentum zur internationalen Weltstellung verhelfen"; die britischen Konservativen der Zeit Benjamin Disraelis seien eine „Clique", in welcher „der jüdische und freimaurerische Einfluss von nicht geringer Bedeutung" gewesen sei; man wolle den „völkischen Befreiungskampf gegen Judentum, Freimaurerei und Jesuiten" führen; ein Buch wird angekündigt, worin „Geständnisse aus der Giftküche der Weltfreimaurerei" enthalten seien etc., etc.[123]

Doch zurück zu den Begegnungen von Bonnefoy und Greifeld. Bonnefoy hat sie mit der Genauigkeit eines Beamten, aber nicht ohne Sarkasmus in seinem Tagebuch festgehalten. Von Sympathie keine Spur, von Hass ebenfalls nicht.[124] Man hat miteinander diskutiert. Vielleicht versuchte Greifeld, Bonnefoy zur nationalsozialistischen Weltanschauung herüberzuziehen.

Greifeld reichte Anordnungen weiter, darunter auch solche, die im Kontext der Judenpolitik in Frankreich standen. Er war hier der schlimme Postillon. Initiativ aber wurde er am 03.01.1941, und zwar mit seinem „Nachtlokalvermerk".

---

122 Thaer, Albrecht von, Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919. Unter Mitarbeit von Helmuth K. G. Rönnefarth hg. v. Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958 (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Philologisch-Historische Klasse, 3. Folge, Nr. 40), S. 255. Der »Grand Orient de France« ist der Dachverband von mehr als eintausend französischen Freimaurerlogen.

123 Zit. nach: Die Aktion. Kampfblatt für das neue Europa, Jahrgang 1940/41, S. 6, 174, 176, 331, 478.

124 Diese Beobachtung bezieht sich auf die in der Arbeit von Elodie Prost wiedergegebenen Passagen (Prost, Édouard Bonnefoy, a. a. O.).

## 3.20 Der antisemitische „Nachtlokalvermerk“

Seit dem 17.07.1940, also knappe vier Wochen nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand vom 22.06., mussten die Cafés auf der Avenue des Champs-Élysées Schilder in deutscher und französischer Sprache anbringen: „In diesem Lokal sind Juden unerwünscht.“ Im September 1940 mussten an Geschäften jüdischer Inhaber Schilder angebracht werden: »Jüdisches Geschäft/Entreprise juive«.

Die Deportationen von Juden aus Frankreich begannen am 27.03.1942. Gleichsam in der zeitlichen Mitte liegt ein Antijudenvermerk mit der Unterschrift Greifelds vom 03.01.1941.[125] Der Vermerk wurde von dem Ehepaar Klarsfeld im Zusammenhang mit der Gruenbaum-Kontroverse am 24.10.1975 öffentlich präsentiert.[126]

Greifeld regte darin an, Juden den Eintritt in Nachtlokale zu verbieten, die von Wehrmachtsangehörigen frequentiert würden.

Der Vermerk[127] in Gänze:

---

125 Der Vermerk trägt das mit der Schreibmaschine gedruckte Datum „Paris, 2. Januar 1941“, handschriftlich abgezeichnet wurde er von Greifeld am 03.01.1941. Als Datum des Vermerks wird hier und im Folgenden der 03.01.1941 angegeben.

126 Siehe unten: 15, „Die Ohrfeige“, S. 181 ff.

127 Abgedruckt in: Klarsfeld (Hg.), Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich, a. a. O., S. 13.
In seiner Grußbotschaft an das Karlsruher Gruenbaum-Symposium vom 19.10.2013 teilte Serge Klarsfeld zur Authentizität dieses für die Bewertung von Greifelds Pariser Aktivitäten entscheidenden Dokuments mit, die Kopie befinde sich – wie seine weiteren Dokumentsammlungen ebenfalls – im Centre de Documentation Juive Contemporaine, „die Originale werden in den Archives Nationales aufbewahrt“. Siehe: Klarsfeld, Serge, Grußbotschaft, in: Denecken, Schulze (Hg.), Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 46–48, S. 48. Siehe auch: Klarsfeld, Beate et Serge, Mémoires, Paris 2015, S. 404, wo berichtet wird, dass eine Abordnung des BMFT sich in Paris von der Echtheit des Dokuments überzeugt habe. Auf die grafologische Expertise wurde auch von Beate Klarsfeld hingewiesen. (»Dossier sur les activités pendant la guerre de M. Rudolf Greifeld/Note d’introduction par M. et Mme Klarsfeld« <undat., 24.10.1975>, Bundesarchiv Koblenz, B 196–10361 <im Folgenden: BAK>).
In dem Zeitungsbericht »La chasse aux anciens nazis. Une nouvelle bombe Klarsfeld à Strasbourg«/„Jagd auf ehemalige Nazis. Eine neue Klarsfeld-Bombe in Straßburg“ lesen wir: „Am Montag, dem 20. Oktober (1975/B.-A. R.), bescheinigt Madame Bermann-Laufer, Grafologin beim Appellationsgericht Paris, dass – vorbehaltlich der Echtheit der ihr vorgelegten Fotokopien – die Unterschrift auf dieser Notiz von Dr. Rudolf Greifeld stammt.“ (»Les dernières nouvelles d’Alsace«, 25.10.1975). Der Grafologin war also nur die Xerokopie vorgelegt worden.
Am 24.10.1975, bei der Pressekonferenz, auf der Greifelds Nachtlokalvermerk präsentierte wurde, berichtete Beate Klarsfeld ebenfalls von der grafologischen Probe. »Dossier sur les activités pendant la guerre de M. Rudolf Greifeld/Note d’introduction par M. et Mme Klarsfeld« (undat., 24.10.1975), BAK, B 196–10361.
Aufgrund der Zusicherung von Serge Klarsfeld, dass sich das Original des Nachtlokalvermerks im Nationalarchiv befinde, sieht der Verfasser keinen Grund, die Echtheit anzuzweifeln.

„In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So waren z. B. in der Silvesternacht in dem Cabaret »Le bœuf sur le toit« im Gebäude des Hotels »George V« – von den Wehrmachtsangehörigen abgesehen – sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist in dem Cabaret »Trois Valses« – nach Angabe des OKVJ Fein[128] – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmachtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret »Carrere« verkehren sehr viele Juden. Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.
2. An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.
Paris, 2. Januar 1941.

gez. R. Greifeld 3. 1. 41."

Der Vermerk enthält unten die Kenntnisnahme-Paraphen Kiessel und Labs. Mit letzterem werden wir uns noch zu beschäftigen haben.[129]

Objektiv forderte Greifeld eine weitere Verschärfung der Maßnahmen gegen die Juden. Später äußerte er: „Mit jüdischen Angelegenheiten waren weder ich noch meine Dienststelle befasst."[130] Aber wir haben bereits gehört, und die Forschungsmeinung ist einhellig, dass die zivile Verwaltung des MBF an den Maßnahmen gegen die Juden bis hin zu den Deportationen keineswegs unbeteiligt war. Allerdings war Greifeld nicht mehr Kriegsverwaltungsrat in Paris, als die Deportationen begannen, aber Serge Klarsfeld, der den Vermerk aufgefunden hat, beurteilt ihn als geistige Vorbereitung:

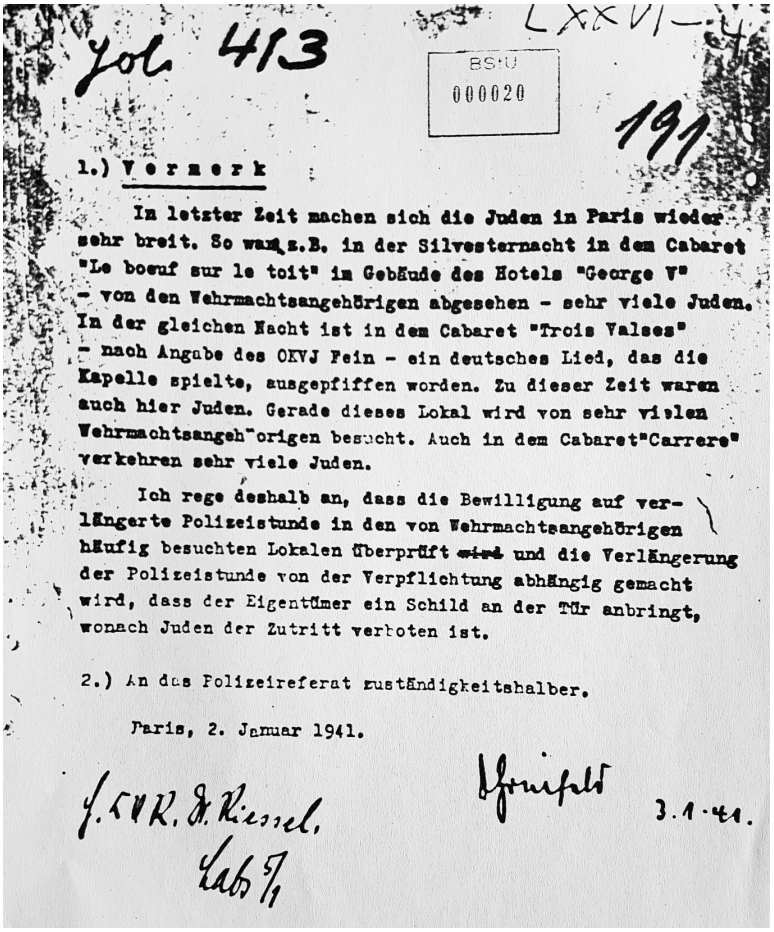
„Der Text war sichtbar antisemitisch: Greifeld verlangte, dass man den Juden verbot, in Kabaretts zu gehen. Das war nicht so schwerwiegend wie der Erlass vom 8. Juli 1942, der den Juden die Anwesenheit an allen öffentlichen Orten

128 Ein „OKVJ Fein" konnte nicht ermittelt werden. Die Kurzbezeichnung „OKVJ" wird in den einschlägigen Standardwerken nicht aufgeführt. Siehe: Boberach, Heinz, Thommes, Rolf, Weiß, Hermann (Bearb.), Ämter, Abkürzungen, Aktionen des NS-Staates. Handbuch für die Benutzung von Quellen der nationalsozialistischen Zeit. Amtsbezeichnungen, Ränge und Verwaltungsgliederungen, Abkürzungen und nichtmilitärische Tarnbezeichnungen, Mnchn. 1997 (IfZ); Schramm, Percy Ernst (Hg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940–1945, Herrsching 1982. Das von Schramm herausgegebene OKW-Kriegstagebuch enthält ausführliche Abkürzungsverzeichnisse. Dem Deutschen Historischen Institut Paris ist „OKVJ" als Amts- oder Dienstrang-Kürzel unbekannt; man geht von einem Schreibfehler aus. Im Institut für Zeitgeschichte in München, der ersten Adresse für derartige Fragen, ist die Abkürzung ebenfalls unbekannt.

129 Siehe unten: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

130 Siehe unten: 19, „Greifelds Rücktritt", S. 227 ff.

untersagte. Dieses Schreiben Greifelds war allerdings viel früher abgefasst – 1941, ging also dem Erlass vom 8. Juli 1942 voraus – und war geistige Vorbereitung zu diesem.“[131]



Fol. 413

BSTU
000020

191

1.) Vermerk

In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So war z.B. in der Silvesternacht in dem Cabaret "Le boeuf sur le toit" im Gebäude des Hotels "George V" – von den Wehrmachtsangehörigen abgesehen – sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist in dem Cabaret "Trois Valses" – nach Angabe des OKVJ Fein – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmachtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret "Carrere" verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft ~~wird~~ und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, 2. Januar 1941.

3.1.41.

**Abb. 19:** Der Nachtlokalvermerk. Fotokopie des Originals. Die hier wiedergegebene Kopie stammt aus dem Stasi-Vorgang über Greifeld, da sie am besten reproduzierbar ist. „BStU“ im Stempel steht für: „Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“.

131 Klarsfeld, Grußbotschaft, a. a. O., S. 47 f. Die Kopie des Nachtlokalvermerks ist vielfach abgedruckt, so etwa in: Deiseroth, Dieter, Graßl, Hartmut (Hg.), Whistleblower-Enthüllungen. US-Airbase Ramstein und globaler Drohnenkrieg. Herbizid Roundup/Glyphosat als Gefahrenquelle. NS-Belastete im Kernforschungszentrum Karlsruhe. Whistleblower-Preis 2015: Ex-Drohnenpilot Brandon Bryant, Mikrobiologie: Prof. Dr. Gilles-Eric Séralini, Physiker: Dr. Léon Gruenbaum, Bln. 2016, S. 183.

Zu den Aufgaben der deutschen Verwaltungsbeamten in okkupierten Staaten sowie im Reich selbst zählte die Meldung besonderer Vorkommnisse. Wir erinnern uns daran, wie Dr. jur. Walther Labs die Aufgaben Greifelds darstellte: Er sei Sachbearbeiter für die Aufsicht über die Verwaltungsführung in Paris gewesen, „während er spezielle Angelegenheiten an die zuständigen Referenten des Verwaltungsstabes herantrug".[132] Eben dies tat Greifeld mit seinem Vermerk. Er schrieb ihn Anfang Januar 1941, ein halbes Jahr, nachdem „Juden unerwünscht"-Schilder an den Champs Élysées-Cafés angebracht, ein Vierteljahr, nachdem jüdische Geschäfte entsprechend beschildert werden mussten. Aber offenbar war das nicht überall geschehen.

Unter dem Vermerk ist handschriftlich hinzugefügt: „f. KVR Dr. Kiessel, Labs 5/1". Labs leitete den Vermerk an seinen Vorgesetzten Kiessel weiter.

In einer Auflistung „Zusammensetzung des Verwaltungsstabes bei dem Stadtkommandanten Paris, Stand August 1941" werden unter „Polizeireferat" genannt: „K. V. R. Kiessel" und „K. V. R. Labs".

Dr. jur. Walther Labs, überaus engagierter Nationalsozialist, war von Juni 1940 bis Juli 1941 Kriegs- bzw. Oberkriegsverwaltungsrat in Paris und hatte sich im Vorfeld der Judenvernichtung, wenige Wochen vor der „Wannsee-Konferenz" am 20.01.1942, mit der Juristifizierung von Begriffen wie „Halbjude" im Hinblick auf den Genozid befasst. Da sich Labs und Greifeld aus Paris kannten und nach 1945 in ihren Entnazifizierungsverfahren einander wechselseitig „Persilscheine" ausgestellt haben, werden wir uns unten noch mit Labs befassen.[133]

Im Polizeireferat rangierte Kiessel vor Labs. Er hatte über die Konsequenzen zu entscheiden, die aus Greifelds Nachtlokalvermerk zu ziehen waren. In einem außerordentlich schwer zu entziffernden Dokument, dem schwarzen Blatt, lesen wir fragmentarisch:

> „(…) Inhaber des Lokals … erkennbarer Form ist … am Eingang des Lokals
> … anzubringen. Ich bitte um Meldung des Vollzuges
> Der Chef des Militärverwaltungsbezirks Paris
> gez. Kiessel"[134]

Eine Datierung des Dokuments ist nicht erkennbar, es wird hier aber angenommen, dass es sich um die Reaktion des Polizeireferates auf Greifelds Nachtlokalvermerk handelte. Das Fragment ist schwerlich anders zu deuten, als dass die Lokalbesitzer bzw. Chefs von »Le bœuf sur le toit«, »Trois Valses« und dem Cabaret »Carrere«

---

132 Siehe oben: 3.18, „Greifelds Tätigkeit in Paris", S. 89 ff.

133 Siehe unten: 7.1, „Entnazifizierung: Greifeld geht in Revision", S. 135 ff., sowie: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

134 Stasi-Dossier Greifeld, BStU, MfS – HA IX/11, PA 934.

Verbotsschilder für Juden anzubringen hatten, nachdem Greifeld seinen Nachtlokalvermerk vorgelegt hatte.

## 3.21 Gab es eine Verbindung zwischen Greifeld und dem Deportationslager Drancy?

In der Karlsruher Kontroverse wird die Auffassung vertreten, dass Drancy als „Durchgangsstation zur Hölle von Auschwitz“ in Greifelds Zuständigkeitsbereich gehört habe.[135] Und mehr noch:

> „Greifeld war Hitlers oberster SS-Führer in der Wehrmachtsverwaltung von Groß-Paris, unter anderem für Drancy (das Durchgangslager für die Deportationen nach Auschwitz) zuständig.“[136]

Die Charakterisierung „Durchgangsstation zur Hölle von Auschwitz“ ist ohne jeden Zweifel richtig. Aber Drancy lag nicht in Greifelds Zuständigkeitsbereich, und die Deportationen von Drancy nach Auschwitz begannen am 27.03.1942. Greifeld war zu diesem Zeitpunkt bereits ein halbes Jahr von Paris nach Deutschland zurückgekehrt. Acht Tage vor dem 27.03.1942 hatte er seine Wehrmachtserkennungsmarke erhalten, um an der Ostfront eingesetzt zu werden.

Nur an einer Stelle ist in der Arbeit von Elodie Prost von Drancy die Rede. Über die verschiedenen Aufgaben von Édouard Bonnefoy wird berichtet, dass er auch die Aufforderung erhielt, Betten, Bettwäsche und Kopfkissen für den Bedarf des Gefangenenlagers Drancy zur Verfügung zu stellen. Dazu wird erläutert:

> „Am 26. Oktober 1940 übermittelte der Kommandant des Gefangenenlagers Drancy über einen Verbindungsmann des Abgeordnetenhauses die Aufforderung, Bettwäsche, Kissen und Matratzen für den Bedarf des Gefangenenlagers zu liefern.“[137]

---

135 Schulze, Dietrich, Vita Léon Gruenbaum, in: Denecken, Schulze (Hg.), Léon Gruenbaum. Der verfolgte Nazi-Jäger, a. a. O., S. 6 f.

136 NRhZ-Inland, Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten – Teil 1 Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur, von Dietrich Schulze (http://www.nrhz.de).

137 »Le 26 octobre 1940, le Commandant du camp de Drancy faisait parvenir à Bonnefoy, par l’intermédiaire des services de la Chambres des députés, une demande de lits, oreillers et paillasses pour le besoins du camp.« (Prost, Bonnefoy, a. a. O., Fußnote 66).

Im Oktober 1940, als der Lagerkommandant seine Forderung nach Bettwäsche etc. übermitteln ließ, war Drancy von den Deutschen gerade als Kriegsgefangenenlager eingerichtet worden.

Das spätere Lager Drancy, knapp 20 Kilometer von Paris entfernt gelegen, war ursprünglich die Wohnsiedlung Cité de la Muette gewesen, Projekt des Sozialen Wohnungsbaus, errichtet 1931 bis 1934 im Stil der architektonischen Avantgarde. Hier wurden die ersten Wolkenkratzer der Pariser Region errichtet, fünf an der Zahl. Durch das Viertel zog sich eine stattliche Promenade, 60 Meter breit, 350 Meter lang. Wegen seiner Form wurde das Viertel als das „große U" bezeichnet.[138]

Im Oktober 1939 wurden in der Cité de la Muette französische Kommunisten interniert. Von Ende Sommer bis Herbst 1940 – »de la fin de l'été à l'automne 1940«[139] – wurde das goße U zum deutschen Kriegsgefangenenlager. In dieser Zeit erging die Bettwäsche-Anforderung.

Seit der Inhaftierung von Kommunisten sprach man vom »camp des gratte-ciels«, „Lager der Wolkenkratzer". Aus dem »camp des gratte-ciels« wurde am 20.08.1941 das »camp des juifs«, „Judenlager". Schlagartig waren mehr als viertausend jüdische Männer zwischen achtzehn und fünfzig Jahren verhaftet und nach Drancy gebracht worden. Nachdem auf der „Wannsee-Konferenz" am 20.01.1942 die Vernichtung der Juden beschlossen worden war, ging am 27.03.1942 der erste Transport jüdischer Gefangener von Drancy nach Auschwitz ab.

Als Rudolf Greifeld seine letzten Wochen in Paris verbrachte, war die Cité de la Muette/Drancy bereits »camp des juifs«. Nach allem, was wir wissen, wäre Greifeld der Letzte gewesen, der gegen die Inhaftierung von Juden etwas einzuwenden gehabt hätte. Das belegen seine politische Sozialisation, sein Nachtlokalvermerk, seine antisemitischen Hetzparolen in den Gesprächen mit Édouard Bonnefoy und seine freundschaftliche Beziehung zu Waldemar Ernst von November 1940 bis Februar oder März 1941 in Paris.[140]

Dass Drancy Durchgangslager zur Hölle von Auschwitz werden sollte, war im Spätsommer und wohl noch im Frühherbst des Jahres 1941 für einen Rudolf Greifeld kaum abzusehen.

---

138 Dazu und zum Folgenden siehe: Poznanski, Renée, Peschanski, Denis, Pouvreau, Benoît, Drancy. Un camp en France, Paris 2015; Rajsfus, Maurice, Drancy. Un camp de concentration très ordinaire. 1941–1944, Paris 2012 (zuerst Paris 1996).

139 Rajsfus, Drancy, a. a. O., S. 33.

140 Siehe dazu unten: 17, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. Waldemar Ernst (geb. 1909)", S. 209 ff.; 17.1, „Chronologie. Rudolf Greifeld und Waldemar Ernst in der Pariser Zeit", S. 214 ff.

## 3.22 Chronologische Einordnung der Tätigkeit sowie der Äußerungen Greifelds über die antijüdischen Maßnahmen in Frankreich

In Rudolf Greifelds Pariser Tätigkeit nahm das Weiterreichen spezifisch antijüdischer Anordnungen bei weitem nicht den größten Raum ein. Aber es dürfte schwer zu widerlegen sein, dass er derartige Anordnungen sozusagen mit Engagement weiterleitete. Dass er nach Gesprächen mit Édouard Bonnefoy bei seinen Vorgesetzten sondierte, ob diese oder jene Requisitionsmaßnahme nicht abgemildert werden könne, wird in der Arbeit von Elodie Prost bezeugt. Dass er dies im Fall der Juden nicht getan hätte, nehmen wir mit Sicherheit an. Seine »balayer«- bzw. „weggefegt"-Gespräche mit Bonnefoy beweisen es, und der „Nachtlokalvermerk" beweist es auch.

Die folgende Chronologie erfasst die antijüdische Politik des MBF und der Vichy-Regierung sowie – kursiv – einige für die Pariser Tätigkeit Greifelds wichtige Eckdaten und Daten seiner Tätigkeit und seiner ideologischen Ausfälle.[141] Diese Chronologie wird gegeben, weil in der Karlsruher Kontroverse die Position vertreten wird, Greifeld hätte in Paris in vollem Bewusstsein der verbrecherischen genozidalen Absichten, also der von der SS energisch betriebenen so genannten „Endlösung der Judenfrage", aktiv an der Judenpolitik des Regimes teilgehabt. Die „Endlösung" wurde am 20.01.1942 beschlossen.

- 14.06.1940: Die Wehrmacht zieht in Paris ein.
- 15.06.1940: Erste Gestapo- und SD-Männer in Paris.
- *20.06.1940: Greifeld tritt seine Stelle in Paris an.*[142]
- 22.06.1940: Waffenstillstandsvertrag.
- 23.06.1940: Besuch des „Führers" in Paris.
- 16.07.1940: Die Deutschen beschließen die Ausweisung der elsässischen und lothringischen Juden in die unbesetzte Zone Frankreichs.
- 17.07.1940: Ein Gesetz der Vichy-Regierung ermöglicht die Entfernung missliebiger Beamter aus dem Staatsdienst, wovon viele Juden betroffen sind.
- 17.07.1940: Cafés an den Champs Elysées müssen Schilder mit der Aufschrift anbringen: „In diesem Lokal sind Juden unerwünscht."[143]

141 Basis: Jungius, Seibel, Der Bürger als Schreibtischtäter, a. a. O.; Klarsfeld, Le calendrier de la persécution, a. a. O.; ders., (Hg.): Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich, a. a. O.; Meyer, Die deutsche Besatzung in Frankreich, a. a. O.; MBF-Berichte, a. a. O.; Prost, Elodie, Édouard Bonnefoy, a. a. O.

142 Nach einer der späteren Angaben Greifelds war er bereits am 17.06.1940 in Paris.

143 Soukhomline, Les Hitleriéns à Paris, à Paris, Paris 1967, S. 70.

- 22.07.1940: Die Vichy-Regierung beschließt eine Überprüfung der Juden, die seit 1927 eingebürgert worden waren. Daraufhin verlieren 7.000 Juden ihre französische Staatsbürgerschaft.
- 03.08.1940: Die SS übernimmt die Führung des „weltanschaulichen Kampfes".
- 16.08.1940: Ausweisung der Juden aus Lothringen.
- September u. Oktober 1940: In Paris werden Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeworfen.
- 20.09.1940: Heydrich besteht auf der obersten Verantwortung der Sicherheitspolizei und des SD für die Judenpolitik.
- 27.09.1940: 1. Antijudenverordnung in der besetzten Zone. Definition, wer als „Jude" zu gelten habe. Juden, die die besetzte Zone verlassen haben, wird die Rückkehr verboten. Alle Juden müssen sich in der Unterpräfektur ihres Arrondissements registrieren lassen. Kennzeichnungspflicht für jüdische Geschäfte und Restaurants mit der Aufschrift: »Entreprise juive«.
- *30.09.1940: Greifeld im Gespräch mit Bonnefoy: Juden, Freimaurer und Plutokraten gehörten „weggefegt".*
- Oktober 1940: Im Petit Palais Hetzausstellung gegen die Freimaurerei.
- Oktober 1940: Judenerfassung in der besetzten Zone in vollem Gange.
- Oktober 1940: In der besetzten Zone Beginn der „Ausschaltung der Juden" aus der französischen Wirtschaft.
- 03.10.1940: Antijuden-Statut der Vichy-Regierung. Juden wird der Zugang zu Staats- und Verwaltungsämtern untersagt. Juden dürfen keine freien Berufe ausüben. Verdrängung aus dem Kultur-, Presse- und Medienbereich.
- 04.10.1940: Die Vichy-Regierung liefert Juden ohne französische Staatsbürgerschaft der polizeilichen Willkür aus. Die Präfekten erhalten das Recht, diese Juden in speziellen Lagern zu internieren.
- 18.10.1940: 2. Antijudenverordnung in der besetzten Zone. Der Begriff „jüdisches Unternehmen" wird definiert; vorgesehen wird die Einsetzung von Kommissaren.[144]
- 19.10.1940: Nachdem die Juden im Département de la Seine erfasst worden sind, wird die Polizeipräfektur mit der Anlegung einer Kartei beauftragt.
- 28.10.1940: Internierungslager für in Haft genommene Juden in Paris.
- November 1940: Die Juden des besetzten Gebietes sind registriert, ihre Identitätskarten gekennzeichnet und jüdische Geschäfte durch gelbe Schilder kenntlich gemacht.
- *03.01.1941: Greifelds antijüdischer Nachtlokalvermerk.*

[144] Statt jüdische Betriebe zu beschlagnahmen oder zu schließen, setzte der MBF kommissarische Verwalter ein. Diese Verwalter betrieben die so genannten „Arisierungen".

- *09.01.1941: Édouard Bonnefoy legt Greifeld eine Übersicht jüdischer Beamter vor, die zum Stichtag 20.12.1940 ihre Positionen verloren hatten.*
- *10.01.1941: Greifeld reicht die Order weiter, eine statistische Übersicht derjenigen jüdischen Beamten vorzulegen, denen aus verschiedenen Gründen gestattet wurde, ihren Dienst fortzusetzen.*
- Januar – Mai 1941: Einrichtung von Konzentrationslagern für ausländische bzw. staatenlose Juden.
- Februar 1941: Der MBF beklagt, dass die französische Regierung bei der Durchführung der antijüdischen Maßnahmen im besetzten Gebiet nicht viel Eifer gezeigt habe. Daher bestehe die Notwendigkeit, das „Judenproblem" von deutscher Seite zu lösen. Verhandlungen mit der französischen Regierung über ein zentrales „Judenamt" in Paris: Erfassung, Überwachung etc. unter deutscher Aufsicht. Der Sicherheitsbeauftragte[145] will baldige Internierung aller ausländischen Juden (ca. 100.000–120.000). Durch Gesetz der Vichy-Regierung vom 04.10.1940 ist die rechtliche Grundlage dafür geschaffen. Die Internierung soll daher auch von der Vichy-Regierung durchgeführt werden. Die Aufgabe der Militärverwaltung sowie weiterer deutscher Dienststellen soll sich darauf beschränken, die Durchführung sicherzustellen. Aufforderung an die Vichy-Regierung, die in der besetzten Zone getroffenen Maßnahmen auch in der unbesetzten Zone durchzuführen.[146]
- 28.02.1941: Dannecker präsentiert in der Deutschen Botschaft seine „vorbildliche Judenkartei".
- 29.03.1941: Die Vichy-Regierung gründet das „Generalkommissariat für Judenfragen" mit Sitz in Paris. Leiter: Xavier Vallat. Maximale Mitarbeiterzahl: 2.500. Aufgaben unter anderem: Anwendungsüberwachung der antijüdischen Gesetze und Verordnungen, Ausarbeitung weiterer antijüdischer Gesetze und Verordnungen.
- April u. Mai 1941: In Paris 900 „Entjudungen" von Betrieben.
- April u. Mai 1941: Aufführungen des antisemitischen Hetzfilms „Jud Süß".
- 26.04.1941: Antijüdische Verordnung des MBF. Starke wirtschaftliche Einschränkungen und Beschränkungen der Berufszugänge. Verbot für alle Unternehmen, Juden als leitende Angestellte oder als Angestellte im Verkehr mit Kundschaft zu beschäftigen. Verbot für Juden, in den hauptsächlich von ihnen betriebenen Gewerben unternehmerisch tätig zu sein.[147]
- *05.05.1941: Greifeld wundert sich in einem Gespräch mit Édouard Bonnefoy darüber, dass die französische Regierung (Vichy) nicht energischere Maßnahmen gegen die Juden ergreife. Die „jüdische Frechheit" höre nicht auf. Es müsse „aufgeräumt"*

145 Dr. phil. Helmut Knochen.
146 MBF-Bericht für Februar 1941, a. a. O.
147 „Damit ist den Juden eine weitere wirtschaftliche Tätigkeit praktisch unmöglich gemacht." (MBF-Bericht für April u. Mai 1941, a. a. O.).

*werden. Die „jüdische Bewegung" sei für diesen Krieg verantwortlich und stürze immer weitere unschuldige Völker in den Krieg.*

- 14.05.1941: Erste Massenrazzia. Französische Polizei verhaftet in Paris mehr als 3.700 Juden (Vorladungen auf Basis einer „Judenkartei").
- 02.06.1941: Antijüdische Verordnung der Vichy-Regierung. Erfassung der Juden in der unbesetzten Zone. Starke wirtschaftliche Einschränkungen und Beschränkungen der Berufszugänge.
- *05.06.1941: Bonnefoy überreicht Greifeld drei Listen: leerstehende möblierte Wohnungen des 8. und 16. Pariser Arrondissements, die Juden gehört haben; leerstehende unmöblierte Wohnungen des 8. und 16. Pariser Arrondissements, die Juden gehört haben; weitere leerstehende Wohnungen in den genannten Arrondissements.*
- *21.06.1941: Letztes in der Arbeit von Elodie Prost erwähntes Gespräch Greifelds mit Édouard Bonnefoy.*
- 21.06.1941: Starke Beschränkung der Zahl jüdischer Studenten.
- Juli 1941: Anordnung der Vichy-Regierung über die „Arisierung" des Rechtsanwaltsberufes. In Paris werden 500 von insgesamt 2.750 Anwaltspraxen arisiert.
- 01.07.1941: Dannecker legt umfangreiche Listen der in „Groß-Paris" lebenden Juden vor.
- 31.07.1941: Göring beauftragt Heydrich mit den Vorbereitungen für eine „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet".
- 11.08.1941: Beschränkung der Zahl jüdischer Mediziner.
- August – Dezember 1941: Bildung einer jüdischen Zwangsvereinigung.
- 20.08.1941: In Paris Verhaftung von 4.078 männlichen Juden zwischen achtzehn und fünfzig Jahren. Verbringung in das nahe gelegene Lager Drancy. „Die Mitarbeit der franz. Polizei (rund 2.500 Beamte) war gut."[148] Mit dem 20.08.1941 wird Drancy zum Konzentrationslager für Juden unterschiedlicher Staatsangehörigkeit.
- 05.09.1941: Eröffnung der Ausstellung »Le Juif et la France« im Palais Berlitz.
- *30.09.1941: Greifeld verlässt Paris.*[149]
- 14.11.1941: Édouard Bonnefoy verlässt Paris und wird Präfekt des Départements Mayenne.

148 MBF-Bericht f. August u. September 1941, a. a. O.

149 Dies wäre der späteste Termin, es mögen auch einige Tage früher gewesen sein. Ab dem 01.10.1941 war Greifeld für drei Monate im Deutschen Ausland-Institut Stuttgart tätig (siehe unten: 3.24, „Greifeld im ‚Deutschen Ausland-Institut' Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941", S. 112 ff.). Der 30.09.1941 war ein Dienstag, tags darauf, Mittwoch, 01.10.1941, trat Greifeld offiziell seinen Dienst in Stuttgart an.

- Dezember 1941: Im Hotel »Majestic«, Sitz des deutschen Militärbefehlshabers, kursieren erste Berichte über das Massaker von Babi Jar.[150] Dort waren am 29. und 30.09.1941 von den „Einsatzgruppen" 34.000 Juden ermordet worden.
- 12.12.1941: Bei der von Waldemar Ernst geleiteten Razzia werden 743 jüdische Honoratioren festgenommen und später deportiert.[151]
- 20.01.1942: „Wannsee-Konferenz".
- 27.03.1942: Erste Deportation von Juden von Drancy nach Auschwitz (1.008 Menschen).
- 01.06.1942: In der besetzten Zone wird der Judenzwangsstern eingeführt.
- 08.07.1942: Juden wird die Anwesenheit an allen öffentlichen Orten untersagt.

Man erkennt an der Chronologie, dies sei wiederholt, dass Greifeld ideologisch im Gleichschritt mit der judenfeindlichen Politik der deutschen Okkupanten marschierte. Zwischen der ersten „Antijudenverordnung" des MBF (27.09.1940) und der Anti-Freimaurer-Ausstellung (Anfang Oktober 1940) erklärt er Bonnefoy, Juden, Freimaurer, Plutokraten gehörten „weggefegt" (30.09.1940). Nachdem am 26.04.1941 eine überaus einschneidende „Antijudenverordnung" des MBF für die besetzte Zone ergangen war, für die unbesetzte Zone aber noch nicht (erst am 02.06.1941), wundert sich Greifeld darüber, dass die Vichy-Regierung nicht energischer gegen die Juden vorgehe (05.05.1941). Dieselbe Auffassung findet sich auch in den MBF-Berichten. Er war über die einzelnen Schritte der Judenpolitik und die internen Diskussionen darüber gut informiert, und seine antisemitische Haltung – folgen wir Bonnefoy – verschärfte sich parallel zur Verschärfung dieser Judenpolitik.

Dagegen kann man Greifeld nicht für die systematische Erfassung der Pariser Juden verantwortlich machen. Die verlangten Übersichten jüdischer Beamter (09.01. u. 10.01.1941) konnten nur auf Basis der vollkommenen Erfassungen zwischen dem 19.10.1940 und der Anlegung der Kartei durch den Eichmann-Vertrauten Theodor Dannecker im November 1940 erfolgen.

In Paris war Greifeld in der Zeit von Juni 1940 bis September 1941 Zeuge, dass die Schlingen immer enger gezogen wurden. Nehmen wir die antijüdischen Verordnungen in der besetzten Zone am 27.09.1940 und am 18.10.1940, das am 28.10.1940 eingerichtete Lager nahe Paris, das „Generalkommissariat für Judenfragen", eröffnet am 29.03.1941, die „Entjudungen" von Betrieben April und Mai 1941, die Beschäftigungsverbote vom 26.04.1941, die erste Massenrazzia am 14.05.1941, die „Arisierung" von 500 Anwaltspraxen in Paris im Juli 1941, die Massenverhaftung am 20.08.1941 …

150 Siehe: Borgstedt, Im Zweifelsfall auch mit harter Hand, a. a. O., S. 617.
151 Klarsfeld, Beate et Serge, Mémoires, a. a. O., S. 403 f.

Ob Greifeld sich Gedanken darüber gemacht hat, was mit den Juden geschehen würde, kann niemand beantworten. „Wegfegen"/»balayer« – wohin?

Vielleicht hatte er ja zu den Abermillionen Deutschen gehört, die Hitlers Reichstagsrede am 30.01.1939 angeblich nicht zur Kenntnis genommen oder nicht richtig verstanden hatten, was der „Führer" wohl damit meinte, wenn er am sechsten Jahrestag der „Machtergreifung" den Holocaust für den Fall eines Krieges ankündigte:

> „Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

Greifeld war der Auffassung, die Juden hätten den Krieg angezettelt – wir haben es gehört. Außer jedem Zweifel gab es für Greifeld eine „Judenfrage". Wie sich der Dreißigjährige die Lösung der „Judenfrage" vorstellte, wissen wir nicht.

Im Rahmen von Greifelds Entnazifizierungsverfahren erklärte Dr. jur. Walther Labs, der ja den Nachtlokalvermerk abgezeichnet hatte, unter dem Datum des 25.05.1948, er habe seit den gemeinsamen Pariser Tagen ab 1940 mit Greifeld ununterbrochen in enger Verbindung gestanden, die Jahre von 1945 bis 1947 ausgenommen.[152] Labs war unter den Bekannten Greifelds diejenige Person, die am ehesten in die Pläne zur „Endlösung" eingeweiht war, und zwar wohl bereits im Dezember 1941.[153]

Als Leutnant an der Ostfront war Greifeld mit Sicherheit über die Verbrechen der SS, des SD, der Einsatzgruppen und der Wehrmacht informiert.

Was Greifeld später über seine Pariser Zeit erzählte, wissen wir nicht. Es ist anzunehmen, dass er, der mit 28 Jahren seinen Dienst in Paris angetreten hatte, diese Phase als schöne Zeit erlebt hat, vielleicht als seine nächst dem Studium schönste: In Paris zu sein, war für das deutsche Besatzungspersonal das große Los – zumindest vor dem Erstarken der Résistance. Greifeld war Repräsentant eines Reiches, das zu siegen nicht aufhörte, er konnte viele seiner ideologischen Visionen aus VdSt-Zeiten realisiert sehen, er durfte sich einem zwölf Jahre älteren französischen Spitzenbeamten

152 Siehe dazu unten: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

153 Zellhuber, Andreas, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …" Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion, Mnchn. 2006, S. 226.

gegenüber exponieren, administrativ wie ideologisch. Er lernte dort seine erste Frau kennen, die als „Blitzmädel“[154] arbeitete.

## 3.23 Wie lange war Rudolf Greifeld in Paris? Verschwieg er seine Pariser Zeit?

In einem Lebenslauf aus dem Jahr 1948 hielt Greifeld fest: „Während des Krieges war ich unter anderem von Juni 1940 bis September 1941 als Kriegsverwaltungsrat Referent im Kommunalstab für die Stadt Paris.“[155] In einer Zeugenvernehmung im Zusammenhang mit dem Kölner Lischka-Prozess führte Greifeld 1975 aus, dass er am 14.06.1940 nach Köln einberufen worden sei: „Vermutlich am 17.6.1940 begann meine Tätigkeit als Kriegsverwaltungsrat in Paris.“[156] Diese Tätigkeit habe er „bis zum 30.09.1941“ ausgeübt. Formell blieb Greifeld bis Ende Januar 1942 Kriegsverwaltungsrat, aber er hatte „vorher ca. 3 Monate Arbeitsurlaub“ erhalten.[157]

Diese Zeit verbrachte er in Stuttgart.[158] Aus „amtlicher Kenntnis“ bestätigte Dr. jur. Eduard Könekamp, dass Greifeld von Anfang Oktober bis Ende Dezember 1941 in der Hauptverwaltung der Stadt Stuttgart probeweise beschäftigt war. Es habe die Absicht bestanden, Greifeld nach Entlassung aus der Wehrmacht in die Stadtverwaltung zu übernehmen. Allerdings sei Greifeld zum 01.01.1942 wieder einberufen worden.[159] In einem undatierten Vermerk wird Greifeld mit der Angabe zitiert: „Ich erhielt von der Stadtverwaltung Dresden und von der Wehrmacht einen ¼jährigen Urlaub v. 01.10.1941–31.12.1941.“ Zum 01.10.1941 übersiedelte Greifeld nach Stuttgart.[160] Dass er in dieser Zeit bis Jahresende 1941 im „Deutschen Ausland-Institut“ tätig war, verschwieg er.

---

154 Gespräch des Verfassers mit Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld, 28.01.2015. Als „Blitzmädel“ wurden zu dieser Zeit Wehrmachtshelferinnen im Post- und Telefondienst bezeichnet. Bei der Flak, zumeist Bedienung der Scheinwerfer, wurden die Wehrmachtshelferinnen erst nach dem ersten „Tausendbomber-Angriff“ (30./31.05.1942 auf Köln) eingesetzt.

155 Personalakten Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1.

156 Zeugenvernehmung Greifelds, 21.07.1975, im Zusammenhang mit dem Lischka-Prozess, BA-ZST, B 162–30861.

157 Ebd. Dadurch kommt die Differenz in einigen Angaben Greifelds zustande, er sei bis Ende Januar/Anfang Februar 1942 Kriegsverwaltungsrat gewesen. Es ist fest davon auszugehen, dass er Ende September 1941 die Stadt verließ.

158 Siehe unten: 3.24, „Greifeld im ‚Deutschen Ausland-Institut‘ Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941“, S. 112 ff. Zu Könekamp ebd.

159 StAL, EL 902–20 Spruchkammer 37, Stuttgart, Verfahrensakten, Spruchkammer-Akte Greifeld.

160 Ebd.

Rudolf Greifeld war also bis zum 30.09.1941 Kriegsverwaltungsrat in Paris und dort mithin fünfzehneinhalb Monate tätig. Diese mehrfach belegte Datierung ist sehr wichtig, wenn es etwa um die Frage der Gewichtung seiner Mitschuld an der Judenverfolgung in Frankreich geht.

Zum 01.10.1941 war er nach Stuttgart gezogen, er lebte dort ein Vierteljahr als Beamter auf Probe, kam danach nur zu gelegentlichen Urlauben von der Front in die Stadt, und zwischen dem 09.05.1945 und 19.12.1945 kam er gar nicht, weil er sich in amerikanischer Kriegsgefangenschaft befand. Diese Daten bedeuten, dass Greifeld, Beamter auf Probe und danach als Leutnant an der Front, schwerlich an einem einflussreichen südwestdeutschen Netzwerk hätte mitstricken können. Networking konnte erst nach dem 16.04.1948 beginnen, als Greifeld vom Stuttgarter Wirtschaftsministerium als Angestellter unter Vertrag genommen worden war.[161]

Im Rahmen der Karlsruher Kontroverse vertreten die Greifeld-Gegner die Auffassung, er habe seine Pariser Tätigkeit bewusst verschwiegen, sich damit – erstens – in das Stuttgarter Wirtschaftsministerium eingeschlichen und sich – zweitens – die Ehrensenatorwürde der Universität Karlsruhe, verliehen am 24.06.1969, betrügerisch erschlichen. Aber in noch vorhandenen bzw. zugänglichen Personalunterlagen ist von der Pariser Tätigkeit immer die Rede.

Rudolf Greifeld hat seine Tätigkeit in Paris mehrfach zur Kenntnis gebracht: Intern in seinem Entnazifizierungsverfahren, als Zeuge vor Gericht, in den Unterlagen für seine Personalakte und schließlich öffentlich, wenn auch nicht gerade vom Balkon herab.

Greifelds interne Erwähnungen der Pariser Zeit:

1) Lebenslauf/Personalakte, 08.04.1947: „Während des Krieges war ich unter anderem von Juni 1940 bis September 1941 als Kriegsverwaltungsrat Referent im Kommunalstab für die Stadt Paris.“[162]
2) Spruchkammer-Akte, 26.06.1948: „Da ich als Soldat untauglich war, kam ich zur Militärverwaltung nach Frankreich.“[163]
3) Personalakte, 05.04.1948: „1940 wurde er zum Kriegsverwaltungsrat in Paris bestellt.“[164]

161 Personalakten Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1.
162 Lebenslauf, eigenhändig, 08.04.1947, Personalakten Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1.
163 Spruchkammer-Akte Greifeld, StAL, EL 902–20 Spruchkammer 37 Stuttgart.
164 Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden an Staatsministerium Stgt., 05.04.1948, Personalakten Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1.

4) Personalakte, 21.12.1951: „Während des Krieges war er von 1940 an Kriegsverwaltungsrat in Paris."[165]
5) Zeugenvernehmung, 21.07.1975: „Vermutlich am 17.6.1940 als Kriegsverwaltungsrat in Paris. Ich kam zum sog. Kommunalstab. Meine Aufgabe war es, die allgemeine Verwaltung der Stadt Paris am Laufen zu halten. (…) Gleichzeitig war ich auch Verbindungsmann des französischen Oberbürgermeisters von Paris zur deutschen Verwaltung."[166]
6) Stellungnahme zu den Vorwürfen gegen ihn wegen seiner Pariser Zeit, 24.10.1975: „Ich habe nie verhehlt, dass ich von Juni 1940 bis Ende September 1941 der Militärregierung in Frankreich, und zwar dem ‚Kommunalstab für die Stadt Paris' angehört habe. Als ‚Kriegsverwaltungsrat' war ich Verbindungsmann zwischen der Militärregierung und dem Präfekten der Stadt Paris."[167]

Greifelds Erwähnungen der Pariser Zeit nach außen:

1) Eigenhändiger Lebenslauf, 18.06.1969: „1940–1942 Kriegsverwaltungsrat im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers Paris (Kommunalstab Paris)"[168]
2) Greifeld an August Herbold, 27.05.1970: „Zu Ihrem 65. Geburtstag gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Meine Gedanken gehen zurück an die Zeit unseres Wirkens in Deutaux/Paris in den Jahren 1940/41 (…)."[169]
3) Greifeld an Dr. Volkhard Jung, 05.06.1972: „(…) Zur Klarstellung möchte ich sagen, dass ich Herrn Dr. Ernst seit vielen Jahren kenne, insbesondere aus gemeinsamer Zeit in Paris (…)."[170] Der Brief, dem diese Zeile entnommen ist, wird uns noch sehr ausführlich beschäftigen. Es handelt sich um ein Schlüsseldokument, dessen Ablichtungen sich in den Unterlagen des Ehepaars Klarsfeld und der Kölner Staatsanwaltschaft sowie in Greifelds Stasi-Dossier finden.

Im Wissen um das mentale Klima in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre könnte man fragen, warum Greifeld seine Pariser Zeit eigentlich verschwiegen haben

165 Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden an Staatsministerium, 21.12.1951 ü. Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1: Personalakten Greifeld.

166 Vernehmung Greifelds, 21.07.1975, BA-ZST, 162–30861.

167 „Stellungnahme zu den Behauptungen von Mme Klarsfeld", 24.10.1975, BAK, B 196–10361.

168 Eigenhändiger Lebenslauf, 18.06.1969, KIT-Archiv, 21001–874.
„1942" als Ende der Pariser Tätigkeit nannte Greifeld, weil er formal bis einschließlich Januar 1942 Kriegsverwaltungsrat gewesen war.

169 Greifeld an August Herbold, 27.05.1970, Generallandesarchiv Karlsruhe, 69 KFK Nr. 458 (Korrespondenz Greifeld). Dieser Satz und die Person Herbolds werden uns unten noch beschäftigen. Siehe unten: 6, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. August Herbold (1906–1976)", S. 129 ff. (Generallandesarchiv Karlsruhe im Folgenden: GLAK).

170 http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/reader.pdf (dort, S. 11, die Repro des Briefes). Zugriff 04.2015.

sollte. Es hat himmelhoch über ihm rangierende deutsche Okkupationsfunktionäre gegeben, so den obersten wirtschaftlichen Ausplünderer Frankreichs, deren französische Zeit später in Jubiläumsartikeln der bundesdeutschen Tagespresse herausgestellt wurde.[171]

Greifelds offizielle Erwähnung seiner Tätigkeit in Frankreich vom 18.06.1969 ist besonders zu beachten, da sie in dem Lebenslauf enthalten ist, den er als Vorlage für die Laudatio anlässlich der Verleihung seiner Ehrensenatorwürde verfasst hatte. Wäre mit einem strafrechtlichen Verfahren zu rechnen gewesen, hätte er, als Jurist im Bilde, seine Tätigkeit nicht genannt. Die zweite Erwähnung nach außen vom 27.05.1970 erweist gewisse nostalgische Gefühle, auch wenn der Satz aus einer Routine-Glückwunschkarte stammt. Die Angabe nach außen, 3), 05.06.1972, offenbart einen arglosen Umgang mit seiner Frankreich-Vergangenheit. Offenbar hat er es auch nicht als Risiko aufgefasst, seine Tätigkeit als Kriegsverwaltungsrat bekannt werden zu lassen.

Natürlich hat Greifeld in anderen Selbstdarstellungen seine Pariser Zeit sowie auch seinen Kriegseinsatz unerwähnt gelassen. Für "Who is Who in Science in Europe" schrieb er über die Jahre von 1938 bis 1946 in klassischer deutscher Verdrängungsmanier:

"1938 second legal state examination in Dresden. From 1938 municipal official in Dresden and Stuttgart. 1946–1948 bank official in Stuttgart."[172]

## 3.24 Greifeld im „Deutschen Ausland-Institut" Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941

Greifeld hatte erklärt, dass er für das letzte Vierteljahr 1941 „ca. 3 Monate Arbeitsurlaub" erhalten habe. Er verbrachte diese Zeit in Stuttgart. Dort sei Greifeld, wie es Dr. jur. Eduard Könekamp nach dem Krieg bestätigte, von Anfang Oktober bis Ende Dezember probeweise in der „Hauptverwaltung"[173] von Stuttgart tätig gewesen, und man hätte ihn übernommen, wäre er nicht zum 01.01.1942 einberufen worden.[174]

---

171 Siehe unten: 12, „A Closer Look: Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977), der Ausplünderer Frankreichs", S. 159 ff.

172 GLAK, 69 KFK Nr. 446 (Korrespondenz Greifeld).

173 Der Ausdruck „Hauptverwaltung" wurde für die Stadt Stuttgart nicht verwendet. Es hieß „Stadtverwaltung" (Mitteilung des Stuttgarter Stadtarchivleiters Dr. Roland Müller an Verfasser, 14.06.2017).

174 StAL, EL 902–20 Spruchkammer 37, Stuttgart, Verfahrensakten, Spruchkammer-Akte Greifeld.

In Greifelds Stasi-Dossier[175] wird auf zwei Karteikarten als Dienststelle angegeben:

> „Greifeld, Dr., Dienststelle DAI“

Ferner finden wir dort eine Aktennotiz, datiert 14.11.1975:

> „Dr. Greifeld ist in der Zeit vom 1.10.41–31.12.41 beim DAI beschäftigt gewesen. Eine Gehaltsfestsetzung scheint beim Dienstantritt nicht getroffen worden zu sein, denn Dr. Greifeld erhielt fortlaufend nur Gehaltsvorschüsse bewilligt.“

„DAI“ steht für das „Deutsche Ausland-Institut“ in Stuttgart. Worum handelte es sich?[176] Das DAI wurde 1917 zunächst als „Museum und Institut zur Kunde des Auslandsdeutschtums und Förderung deutscher Interessen“ gegründet. Von Beginn an war es mit Mitarbeitern und Finanzen großzügig ausgestattet.[177] Das DAI rangierte in der Politik stets oben. 1923 wurde es dem Reichsinnenministerium unterstellt.

Das DAI-Tätigkeitsspektrum reichte von Karteiarbeiten über Publikationen, von Sammlungen bis zur Organisation von Expeditionen in die Siedlungsgebiete der Auslandsdeutschen. Das DAI hatte sich mit allen Fragen im Ausland lebender Deutscher zu befassen und Verbindungen anzubahnen.

Zu den ursprünglichen Aufgaben des Instituts zählten Informationsveranstaltungen für Unternehmen, die Auslandskontakte knüpfen oder verbessern wollten, die

---

175 BStU, MfS – HA IX/11 PA 934 (Rudolf Greifeld, geb. 06.11.1911). Dort das Folgende.

176 Siehe zum Folgenden: Deutsches Ausland-Institut Stuttgart, in: OME-Lexikon, https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/deutsches-Ausland-Institut-dai-stuttgart (Zugriff 06.2017); Fahlbusch, Michael, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; Gesche, Katja, Kultur als Instrument der Außenpolitik totalitärer Staaten. Das Deutsche Ausland-Institut 1933–1945, Köln, Weimar, Wien 2006; Kühnert, Tom, Dr. Martin Seckendorf: Instrumente der Segregation. Volksforschung am Deutschen Ausland-Institut Stuttgart (DAI) 1917–1945, Tagungsbericht, http://server1.info/berliner-gesellschaft.orgx/0_7.html (Zugriff 05.2017); Ritter, Ernst, Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976 (Frankfurter Historische Abhandlungen 14); Seckendorf, Martin, Deutsches Ausland-Institut Stuttgart 1917 bis 1945. Eine Übersicht, http://server1.info/berliner-gesellschaft.orgx/1_6.html (Zugriff 04.2017); Seckendorf, Martin, Kulturelle Deutschtumspflege im Übergang von Weimar zu Hitler am Beispiel des Deutschen Ausland-Instituts (DAI). Eine Fallstudie, in: Jacobeit, Wolfgang, Lixfeld, Hannjost, Bockhorn, Olaf, Dow, James R. (Hg.), Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1994, S. 115–135.

177 1918: 15 hauptamtliche Mitarbeiter, 1929: 58, 1932: 50 (trotz Weltwirtschaftskrise!), 1933: 54, 1939: 157, 1943: 179 (Zahlen nach: Seckendorf, Kulturelle Deutschtumspflege, a. a. O.; ders., Deutsches Ausland-Institut Stuttgart 1917 bis 1945, a. a. O.).
Ein Kurzübersicht der DAI-Geschichte bei Gesche, Kultur als Instrument der Außenpolitik, a. a. O., S. 82–86.

Förderung von Auslandsdeutschen, sodann Dokumentationen und politisches sowie ökonomisches Networking. Ein wichtiges Betätigungsfeld war die möglichst lückenlose Erfassung der im Ausland lebenden Deutschen. Zu diesem Zweck wurden auch V-Leute eingesetzt, auf die und auf deren Auskundschaftungsergebnisse in der NS-Zeit zurückgegriffen werden konnte. Das Institut besaß eine Museumsabteilung, eine Bücherei, eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle, eine Veröffentlichungs- und eine Vortragsabteilung.[178] Die Arbeit des DAI war von Anfang an deutschvölkisch grundiert. Propagandistisch betrieb man Deutschtumspolitik nach innen wie nach außen.[179]

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es rund 30 Millionen Deutsche, die im Ausland lebten.[180] Ziel des DAI war es, die Verbindungen dieser „Volksdeutschen" mit Deutschland nicht abreißen zu lassen und ihre Assimilation in die so genannten „Wirtsvölker" zu verhindern. Dies lief „letztlich auf die Schürung von Feindschaft zwischen den Auslandsdeutschen und ihrer andersnationalen Umwelt, auf die Erziehung sowohl der Deutschen im Ausland als auch jener im Reichsgebiet zu nationalem Größenwahn hinaus".[181] In der NS-Zeit wurde das DAI zum Instrument der „Faschisierung der Auslandsdeutschen".[182]

Das Institut durchlief nach der „Machtergreifung" einen Gleichschaltungs- und Nazifizierungsprozess, der sich aber nicht so reibungslos durchführen ließ wie anderswo, da das DAI personell mit den Führungsschichten des von den Nationalsozialisten gehassten Weimarer „Systems" verbunden gewesen war. Bis 1933 war der Ökonom und Journalist Fritz Wertheimer DAI-Generalsekretär. Als Jude wurde er am 08.03.1933 aus dem Amt gejagt und von SA-Horden schwer misshandelt.

Die Gleichschaltung des DAI war im September 1933 abgeschlossen. Der Stuttgarter NS-Oberbürgermeister Strölin, in der NSDAP seit 1923, aber nach der nicht unproblematischen Einschätzung Ernst Ritters ein „vergleichsweise undogmatischer Nationalsozialist"[183], wurde 1933 DAI-Vorsitzender (später „Präsident"). Dr. jur. Eduard Könekamp, Strölins Adlatus, ab 1935 „Beigeordneter für das Wohnungswesen und Auslandsdeutschtum", wurde Verbindungsmann zwischen der Gemeinde Stuttgart und dem DAI. Könekamp, der nach dem Krieg Greifelds

178 Seckendorf, Deutsches Ausland-Institut, a. a. O., S. 141.
179 Ein Überblick der verschiedenen Tätigkeitsfelder, Abteilungen und Außenstellen des DAI bei Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut, a. a. O., S. 62 ff.
180 Seckendorf, Deutsches Ausland-Institut, a. a. O., S. 141.
181 Seckendorf, Kulturelle Deutschtumspflege, a. a. O., S. 120.
182 Ebd., S. 132.
183 Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut, a. a. O., S. 57.

Stuttgarter Beschäftigung bestätigte, ist kein Irgendwer gewesen.[184] Der fanatische Rassist und Nationalsozialist war Stellvertretender Stuttgarter Bürgermeister[185] und Abteilungs- bzw. Referatsleiter im DAI[186]. Auf seine Umtriebigkeit und seinen Ehrgeiz war es zurückzuführen, dass Stuttgart 1936 den Ehrentitel „Stadt der Auslandsdeutschen" erhielt.[187] Nun war die DAI-Verwaltung formal nicht Teil der Stadtverwaltung Stuttgart, aber den Funktionen Strölins und Könekamps ist eine symbiotische Verbandelung zu entnehmen. Wie wir unten gleich sehen werden, hat Könekamp bereits Ende 1939 die „Vernichtung" der Juden offen gefordert.

Der eigentliche Leiter des Instituts war ab 1933 der Hermannstädter „Volkstumskämpfer" Dr. phil. Richard Czaki. Unter dessen Leitung zogen 1933 der Rassismus und biologischer Antisemitismus in das DAI ein. Czaki verwandte stets Termini wie „nichtarisch" oder „fremdrassisch".[188]

Zunächst „völkisch", so halten wir fest, war die Arbeit des DAI in der NS-Zeit blank rassistisch. Das DAI wurde Teil des nationalsozialistischen Verfolger- und Täter-Ensembles, insbesondere nach Kriegsbeginn. Vielleicht könnte zur Charakterisierung der DAI-Arbeiten mit Ernst von Salomon von der „hemmungslosen Verfallenheit an die Götzen Kartei und Protokoll" gesprochen werden.[189] In den DAI-Karteien wurden nun auch Emigranten und „Entdeutschte" erfasst. Im Krieg wurden die Potentiale des DAI für die Politik, die Kriegsführung und die Umsiedlungsdokumentation genutzt. So wurden der SS Unterlagen über die „rassische", konfessionelle und berufliche Zusammensetzung der Auslandsdeutschen übergeben. Auf dieser Basis konnte die SS die einzelnen Umsiedlungsaktionen planen. Die Umsiedlungen waren abhängig von den Ergebnissen eines „rassischen" Screening.

---

184 Siehe: Alberti, Michael, Die Verfolgung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006 (Schriften des Deutschen Historischen Instituts Warschau), S. 146; Brinkhus, Jörn, Luft- und Zivilschutz in Deutschland im 20. Jahrhundert, Potsdam 2007 (MGFA-Schriften), S. 23; Hausmann, Frank-Rutger, Ernst-Wilhelm Bohle, Gauleiter im Dienst von Partei und Staat, Bln. 2009, S. 86.

185 Siehe den ausführlichen Bericht des Stuttgarter Stadtarchivleiters Roland Müller, „Unpolitische Politik in der Gemeinde? 70 Jahre Gemeinde(bei)rat", http://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/577553 (Zugriff 06.2017).

186 Echterkamp, Jörg, Germany and the Second World War. Edited for Militärgeschichtliches Forschungsamt (Research Institute for Military History), Potsdam, Germany, Volume IX/I, German Wartime Society 1939–1945: Politicization, Desintegration, and the Struggle for Survival, New York 2008, S. 292.

187 Siehe dazu: Müller, Roland, Stuttgart, die „Stadt der Auslandsdeutschen". Anspruch und Wirklichkeit eines „NS-Ehrentitels", in: Mayrhofer, Fritz, Opll, Ferdinand (Hg.), Stadt und Nationalsozialismus, Linz 2008, S. 289–309.

188 Seckendorf, Kulturelle Deutschtumspflege, a. a. O., S. 130.

189 Salomon, Ernst von, Der Fragebogen, Hamburg 1951, S. 701.

Den ausführlichen Regesten, die der amerikanische National Archives and Records Service über die DAI-Akten angelegt hat[190], können wir entnehmen, dass die „Einwandererzentrale“ (EWZ) bei dem „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ eng mit der Stuttgarter DAI-Zentrale zusammenarbeitete. Die EWZ, eingerichtet fünf Wochen nach Kriegsbeginn, war zuständig für die Einbürgerung „volksdeutscher“ Umsiedler. Hauptstelle war Łódź („Litzmannstadt“). Eine der Nebenstellen befand sich in Paris, wo die in Nordfrankreich, also in der besetzten Zone lebenden Deutschstämmigen erfasst wurden.

Auch die Pariser EWZ-Nebenstelle arbeitete eng mit der Stuttgarter DAI-Zentrale zusammen. Jedenfalls enthalten die DAI-Akten aus der Kriegszeit sehr viele einschlägige Unterlagen wie Rapporte, Besprechungsberichte und Protokolle. Für den Zeitraum 1940–1941 wird über kulturelle und ideologische Arbeit des DAI unter den deutschen Umsiedlern berichtet.

1939 wurde das DAI vom „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ beauftragt, in Polen eine Umsiedlungsdokumentation zu erstellen.[191] In diesem Zusammenhang hatte der genannte Dr. jur. Eduard Könekamp Ende 1939 Polen besucht und dort unter anderem jüdische Ghettos besichtigt. Seinen Stuttgarter Kollegen schrieb er:

> „Viele Deutsche sehen wohl zum ersten Mal in ihrem Leben Juden in solchen Massen.“ Die Ghettos „gehören zum schmutzigsten, was man sich vorstellen kann. Hier vegetieren die Juden teilweise bis vier Stock tief in die Erde. Er herrschen grauenhafte hygienische und sittliche Zustände. (…) Die Vernichtung dieses Untermenschentums läge im Interesse der ganzen Welt. Diese Vernichtung ist aber eines der schwierigsten Probleme. Mit Erschießung kommt man nicht durch. Auch kann man auf Frauen und Kinder nicht schießen lassen. Da und dort rechnet man auch mit Verlusten bei den Evakuierungstransporten, und auf dem Transport von 1.000 Juden, der von Lublin aus in Marsch gesetzt wurde, sind 450 umgekommen. (…) Sämtliche mit der Judenfrage befassten Stellen sind sich über die Unzulänglichkeit all

190 Zum Folgenden: Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, VA. N. 16. Records of the Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart, Part I: Records on Resettlement, The National Archives. National Archives and Records Service. General Services Administration, Washington 1960.

191 Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik, a. a. O., S. 450.

> dieser Maßnahmen im Klaren. Doch ist eine Lösung dieses komplizierten Problems noch nicht gefunden."[192]

Die Lösung dieses „komplizierten Problems" sollte von der SS in Angriff genommen werden. Sie fand ihren Ausdruck im „Generalplan Ost".[193] Das DAI war hierbei Zulieferer. Im Zeitraum von 1940 bis 1941 hat das DAI kulturell und ideologisch unter den deutschen Umsiedlern gearbeitet, ferner Material für die sippenkundliche Erfassung der „Volksdeutschen" zusammengestellt. Das DAI kooperierte mit dem im Juli 1941 eingerichteten „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete", dessen Verwaltungsstruktur Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Walther Labs mit aufbaute.[194] Auch das Deutsche Rote Kreuz arbeitete unter den deutschen Umsiedlern. Erwähnt wird ein Bericht des SS-Obersturmführers und DRK-Hauptführers Honisch: „Großeinsatz Osten. Generalbericht der Sonderbereitschaft Honisch".[195]

Vermutlich hat Greifeld Könekamps schrecklichen Ghetto-Brief nicht gekannt, weil er zwei Jahre vor dessen Eintritt in den DAI-Dienst geschrieben wurde. Es ist aber undenkbar, dass ihm andere Berichte über DAI-Aktivitäten unbekannt blieben. Viele DAI-Aktivitäten waren Geist vom Geiste der „Vereine deutscher Studenten", wo Greifeld politisiert worden war. Aber Könekamps Ghetto-Brief, worin mehr als zwei Jahre vor der „Wannsee-Konferenz" die physische Vernichtung der Juden gefordert wurde, ging weit über die Hetze der Studenten im VdSt hinaus.

In seinem Bericht über die „Umsiedlung der Polen aus dem neuen Reichsgebiet" vom Dezember 1939 schrieb Könekamp, die Polen würden nach Zahl und Schichtung in dem Maße evakuiert, wie etwa Wolhynien- und Baltendeutsche insbesondere in den Warthegau einströmten. Übersiedelten zum Beispiel zwanzig deutsche Bäckermeister aus dem Baltikum in den Warthegau, würden zwanzig polnische Bäckereien

---

192 Zit. nach: Aly, Götz, Heim, Susanne, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue Europäische Ordnung, Ffm. 2013, S. 204. Die beiden Verfasser weisen darauf hin, dass die französische Besatzungsmacht Könekamp 1945 zum Stellvertretenden Oberbürgermeister von Stuttgart ernannt habe (ebd., Fußnote 35). Siehe auch: Müller, Roland, Unpolitische Politik in der Gemeinde, a. a. O. (Könekamp sei nach vorübergehender Entlassung 1945 von den Amerikanern „mit dem Aufbau einer Gemeindevertretung beauftragt" worden).

193 Als „Generalplan Ost" werden eine Reihe von Plänen und Denkschriften bezeichnet, 1940 bis 1942 entstanden, die auf die Germanisierung und Kolonialisierung der eroberten slawischen und russischen Gebiete abzielten. Diese Vorhaben waren verbunden mit Versklavung und Vernichtung der dort ansässigen „Untermenschen". Siehe: Der Generalplan Ost. Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Eine Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit Beiträgen von Isabel Heinemann, Willi Oberkrome, Sabine Schleiermacher, Patrick Wagner, Bonn 2006.

194 Siehe unten: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

195 Siehe: Guides to German Records, a. a. O. Zum Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete siehe unten: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

„evakuiert".[196] Das DAI war an allen Umsiedlungsfragen beteiligt.[197] Die völkische Umsiedlungspolitik war Teil eines verbrecherischen Eroberungskrieges.

Richard Czaki war, wie bereits erwähnt, ab 1933 Leiter des Instituts. Am 01.07.1941 wurde der promovierte Geologe Hermann Rüdiger (1889–1946) Czakis Nachfolger. Rüdiger, zuletzt SA-Brigadeführer[198], wird in der Forschung als „glühender Nationalsozialist und fanatischer Antisemit" bewertet.[199] Er war einer der Chefideologen des DAI, war Schriftleiter der DAI-Zeitschrift „Der Auslandsdeutsche" und der DAI-Pressekorrespondenz.

Diesem NS-Fanatiker nun wurde Rudolf Greifeld am 01.10.1941 zugeordnet. In den „Innerdienstlichen Mitteilungen" des DAI vom 21.11.1941 heißt es:

> „Der Präsident (i. e. Strölin/B.-A. R.) hat ab 1.10.1941 dem Leiter (i. e. Rüdiger/B.-A. R.) zur Bearbeitung bestimmter organisatorischer Aufgaben Dr. jur. Rudolf Greifeld beigegeben."[200]

In den „Innerdienstlichen Mitteilungen" vom 04.02.1942 lesen wir:

> „Ausgeschieden sind: am 31.12.1941 Herr Dr. Rudolf Greifeld (L) (…)"[201]

Rudolf Greifeld war also drei Monate lang und zur Probe in einem Institut tätig, das im Krieg die Volkstumspolitik des NS-Staates tatkräftig unterstützte. Diese Volkstumspolitik war von der Ausrottungspolitik nicht zu trennen, insbesondere vom „Generalplan Ost" nicht. Wie wir den Gesprächen mit Édouard Bonnefoy entnehmen konnten, war Greifeld Antisemit durch und durch und vertrat in seiner Pariser Zeit ohne Rest die Linie der NS-ideologischen Verlautbarungen.

Wir wissen, dass Könekamp nach dem Krieg für Greifeld gutsagte; wir wissen, dass Könekamp eine maßgebliche Rolle im DAI gespielt hat; wir wissen, dass Greifeld drei Monate „zur Probe" im DAI gearbeitet hat – drei Monate, nicht drei Jahre! Welche Tätigkeit er dort genau ausübte, wissen wir nicht. Was bedeutete die Stellenbeschreibung „bestimmte organisatorische Aufgaben" in der innerdienstlichen DAI-Mitteilung vom November 1941?

Eine verantwortliche Tätigkeit wird er mit Sicherheit nicht ausgeübt haben. Wir wissen nicht, über welche Verbindung Greifeld zum DAI gekommen war. Das Stadtarchiv

---

196 Aly, Heim, Vordenker, a. a. O., S. 132 f.
197 Ebd., S. 218.
198 Ein SA-Brigadeführer entsprach einem Generalmajor der Wehrmacht.
199 Seckendorf, Deutsches Ausland-Institut, a. a. O., unpag., zu Fußnote 74.
200 BA Bln., R57–134.
201 Ebd. „(L)" steht für „Leitung", also für Greifelds Tätigkeit in Hermann Rüdigers Büro.

Stuttgart enthält keine Personal- oder Provenienz-Unterlagen über das DAI.[202] Der derzeit wohl beste Kenner der DAI-Geschichte schrieb dem Verfasser, er habe seine Unterlagen noch einmal durchgesehen, auf den Namen Greifeld sei er aber nicht gestoßen. Hätte Greifeld eine wichtige Rolle gespielt oder zu den Arbeitsgegenständen des DAI publiziert, es wäre ihm aufgefallen. Greifeld könne rein zeitlich gesehen keine prägenden Spuren im DAI hinterlassen haben.[203]

Spätestens seit dem Überfall auf die Sowjetunion, 31.07.1941, leistete das DAI Zuarbeiten zu einem Völkermord, den Könekamp ja bereits Ende 1939 in seinem schrecklichen Bericht gefordert hatte. Wäre Greifeld nicht drei Monate, sondern etwa drei Jahre im DAI tätig gewesen, er wäre womöglich wie sein späterer Karlsruher Geschäftsführerkollege Josef Brandl am Völkermordgeschehen beteiligt gewesen.

Wer wollte ernsthaft bezweifeln, dass Könekamp und der fanatische Antisemit und Nationalsozialist Hermann Rüdiger von Greifelds ideologischer Zuverlässigkeit überzeugt gewesen waren, als sie ihn zur Probe einstellten? Man hätte Greifeld übernommen, so Könekamp, wäre er nicht zur Wehrmacht eingezogen worden. Aber man hat offenbar nicht versucht, Greifeld „UK“ („unabkömmlich“) zu stellen.

Ganz ungeniert entstand aus dem DAI im Jahr 1949 das „Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)“.[204] Dessen Vorsitzender war von 1968 bis 1978 Adalbert Seifriz, ein enger Freund von Greifeld.[205]

## 3.25 „Offizier an der Ostfront“

Dass er „Offizier an der Ostfront“ gewesen sei, hat Greifeld mehrfach zum Ausdruck gebracht. Welche einzelnen Stationen können wir ermitteln, und worüber liegen keine Informationen vor?[206]

202 Mitteilung des Archivleiters Dr. Roland Müller an den Verfasser, 14.06.2017. Ich habe Herrn Dr. Müller dafür zu danken, dass er die Rest-Archivalien der Stuttgarter Zentralregistratur sowie die umfangreiche Überlieferung des Personalamts durchgesehen hat. Ein Hinweis auf Greifeld findet sich darin nicht.

203 Für diese Hinweise habe ich Herrn Dr. Martin Seckendorf von der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung zu danken.

204 Siehe: Kühnert, Instrumente der Segregation, a. a. O., S. 4.

205 Siehe unten: 13.3, „Deutsch-Indische Gesellschaft“, S. 173 ff.

206 Die folgenden Angaben nach: WASt, Schreiben an Verfasser, 23.06.2015.
Ich danke der WAST für die Informationen.

In den umfangreichen Verzeichnissen über Wehrmachtszugehörigkeiten setzen Meldungen über Greifeld zum 19.03.1942 ein. An diesem Tag erhielt er seine Erkennungsmarke. Über die Zeit vor 1942, insbesondere über die Pariser Dienstzeit, liegt nichts vor, obgleich Greifeld als Kriegsverwaltungsrat formell der Wehrmacht angehörte. Als Feldwebel – später Leutnant – war Greifeld bei den Kraftfahrtruppen (Nachschub) der 255. Infanterie-Division. Über seinen Kriegseinsatz hielt er selbst fest, er sei ab Oktober 1943 als Leutnant bei der Kw. Trsp. Abt. 571 bzw. 576 gewesen.[207] Ab „Anfang 1944", so weiter, habe er als Leutnant an der Ostfront die 2. Kw. Trsp. Abt. 992 geführt, die damals in dem stark partisanengefährdeten Dorf Lutschna bei Polozk im Mittelabschnitt der Ostfront gelegen habe.[208]

Die Kraftwagen-Transport-Abteilung 571 wurde am 12.01.1943 im Wehrkreis VIII, Hauptquartier Breslau, mit vier Kompanien als Heerestruppe aufgestellt und im Südabschnitt der Ostfront eingesetzt.[209] Nachdem die Abteilung auf sechs Kompanien verstärkt worden war, wurden die 4. bis 6. Kompanie am 17. Juli 1943 durch die Kompanien 969, 971 und 978 ersetzt. 1944/45 wurde die Abteilung auf dem Balkan eingesetzt. Die Kraftwagen-Transport-Abteilung z. b. V. („zur besonderen Verwendung") 576 wurde am 11.01.1942 im Wehrkreis III, Hauptquartier Berlin-Grunewald, mit vier Kompanien als Heerestruppe aufgestellt, ebenfalls im Osten eingesetzt und am 01.04.1942 wieder aufgelöst. Die Kraftwagen-Transport-Abteilung z. B. V. 992, der Greifeld ab Anfang 1944 angehört hatte, war am 31. März 1941 im Wehrkreis II, Hauptquartier Stettin, mit vier Kompanien und fünf Kolonnen aufgestellt worden. Am 13. Oktober 1944 wurden die Kompanien aufgelöst. Ab Oktober 1944 wurde Leutnant Greifeld also an einer anderen Front eingesetzt.

Im Personalbogen für seine Bewerbung um eine Stelle im Stuttgarter Wirtschaftsministerium gab Greifeld an:

> „14.9.–1.11.1939 Uffz. I. R. 257/20.6.1940–Febr. 1942 Kriegsverwaltungsrat Militärverwaltung Frankreich/März 42–8.5.1945 Leutnant in Russland,

207 Meldebogen, 27.04.1946, StAL, EL 902–20, Spruchkammer-Akte Greifeld. „Die Kraftwagen-Transport-Regimenter waren für große Transportaufgaben bestimmt, wurden aber in der Regel abteilungsweise verwendet und 1943/44 in Kraftwagen-Transport-Abteilungen umbenannt. Eine Sondergruppe bildeten die Wirtschafts-Transporteinheiten, die 1943/44 im Rahmen des Wirtschafts-Straßentransportdienstes Ost eingesetzt und als Wirtschafts-Straßen-Transport-Bezirke bezeichnet wurden. Die Feldwasserstraßenabteilungen wurden als Transporteinheiten ebenfalls den Nachschubtruppen zugeordnet. Ein Großteil des Straßentransportes wurde von den Einheiten des zivilen (NSKK-)Transportkorps Speer bewältigt." (http://www.lexikon-der-Wehrmacht.de – Zugriff 03.2015). Dort auch die folgenden Einzelheiten.

208 Ebd., Erklärung Greifelds, 06.09.1946. Kw. Trsp. Abt. = Kraftwagen Transportabteilung.

209 Lexikon-der-Wehrmacht, a. a. O.

Holland und Südosten/9.5.1945–19.12.1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft."[210]

Bis zum 20.12.1945 befand sich Greifeld in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Tag und Ort der Gefangennahme sind nicht zu ermitteln. Sehr wahrscheinlich ist es am 08.05.1945 gewesen. Die erste Eintragung dazu findet sich unter dem 08.05.1945. Greifeld nannte in seinem Personalbogen für die Bewerbung beim Stuttgarter Wirtschaftsministerium ebenfalls den 08.05.1945.[211]

Greifelds Kriegsgefangenschaft währte nicht lange. Am 20.12.1945 kam er nach Stuttgart zurück. Drei Monate war er arbeitslos. Am 01.04.1946 wurde er Justiziar der Württembergischen Girozentrale und des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes Stuttgart, also in der amerikanischen (nicht in der französischen!) Zone des späteren Bundeslandes Baden-Württemberg.[212]

210 Personalakten Greifeld, Personalbogen, 24.06.1949, HStS, EA 6–151 Bü, 1. Die Angabe „- Februar 1942 Kriegsverwaltungsrat Militärverwaltung Frankreich" ergibt sich daraus, dass Greifeld bis zu diesem Zeitpunkt formell Kriegsverwaltungsrat gewesen ist, obgleich er Paris Ende September 1941 verlassen hatte.

211 Ebd.

212 Ebd. Unterlagen über Greifeld sind bei der Württembergischen Girozentrale und dem Württembergischen Sparkassen- und Giroverband Stuttgart bzw. deren Nachfolge-Einrichtungen nicht vorhanden.

# 4 A Closer Look: Zur Zusammenarbeit mit Greifeld genötigt. Édouard Bonnefoy (1899–1945) und sein Tod

Édouard Bonnefoy, Ansprechpartner Greifelds auf der französischen Seite, war Jurist und hoher französischer Beamter, Unterpräfekt auf der Arrondissements- und Präfekt auf der Departments-Ebene.[1]

Ab Juni 1940 war er genötigt zu entehrender Tätigkeit: Von einem 28- bzw. 29-jährigen deutschen Juristen mit mäßigem Abschluss erhielt er die Anweisungen des MBF, und er musste sich auch dessen nationalsozialistische Tiraden anhören – ideologische Kraftausdrücke eines schmächtigen Mannes. Diese Tätigkeit Bonnefoys währte bis November 1941.[2] Greifeld fungierte laut Bonnefoy als »interlocuteur allemand« – Bonnefoy als »otage virtuel«, virtuelle Geisel.

Bonnefoy wurde als Sohn eines Schneiders 1899 in Saint-Christophe-en-Brionnais geboren. Seine Karriere in der Verwaltung begann er bereits mit achtzehn Jahren, parallel dazu studierte er Rechtswissenschaft. 1925 sehen wir ihn bereits als Kabinettschef der Präfektur Saône-et-Loire. Gerade 30 Jahre alt, 1929, wurde er Generalsekretär der Präfektur de l'Ain und im Februar 1933 zum Unterpräfekten von Thonon ernannt. Nach einigen weiteren Karriereschritten wurde er 1938 zum Präfekten von Haute-Saône befördert, behielt aber – »singularité de l'époque« – sein Amt als

---

1 Die biografischen Angaben zu Édouard Bonnefoy basieren auf: »Le préfet Édouard BONNEFOY (1899–1945) – Désobéir, un Devoir«, unpag., http://fr.wikipedia.org/wiki/Histoire_de_la_police (Zugriff 04.2015); Fondation pour la Mémoire de la Déportation, Livre Mémorial. Transport parti de Compiègne le 15 juillet 1944, http://www.bddm.org/liv/details.php?id=I.247 (Zugriff 06.2015); Hertz-Eichenrode, Katharina (Hg.), Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Katalog zur Wanderausstellung. Band 2: Karten, Bremen 2000; KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Außenlagerliste, http://kz-gedenkstätte-neuengamme.de/geschichte/kz-aussenlager/aussenlagerliste (Zugriff 04.2015); KZ-Gedenkstätte Neuengamme, META-Totenbuch-Version 2006; KZ-Gedenkstätte Neuengamme, VOL-Gedenkbücher; Prost, Édouard Bonnefoy, a. a. O. (Kap. »Matricule 36277«, unpag., nach Fußnote 263, Kap. »La tragédie de Lübeck«, nach Fußnote 276). Ich habe Frau Alyn Beßmann, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, für Beratung und wichtige Hinweise zu danken.

2 Wer von Ende September bis Mitte November 1941 Greifelds Funkion übernommen hat, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Kabinettsdirektor der Préfecture de la Seine bei, deren Mittelpunkt Paris war. In dieser Eigenschaft war Bonnefoy von Juni 1940 bis zum 14.11.1941 Ansprechpartner der Zivilverwaltung des MBF und hatte mit Greifeld zusammenzuarbeiten.

Im November 1941 – nach seiner „Greifeld-Phase" – wurde Bonnefoy zum Präfekten des Départements Mayenne ernannt, Dienstsitz in Laval. Er musste den Eid auf Marschall Pétain leisten, den Chef des deutsch-hörigen Vichy-Régimes. Da geraunt wurde, Bonnefoy sei Freimaurer, musste er schriftlich versichern, keiner Loge anzugehören oder angehört zu haben.[3] Am 06.07.1943 folgte das Amt eines Präfekten des Départments Loire Inférieure, Dienstsitz Nantes. Am 24.01.1944 schließlich wurde Édouard Bonnefoy Präfekt und gleichzeitig Regionalpräfekt von Rhône mit Dienstsitz in Lyon. Lyon war sein letzter Dienstsitz.

Bereits ab der Zeit in Mayenne, also nach seiner Pariser Tätigkeit, wurde Bonnefoy verdächtigt, ein doppeltes Spiel zu treiben. In einem Denunziationsschreiben hieß es, er sei wegen seiner Scheinheiligkeit besonders gefährlich. In seiner Arbeit würde er gegen Anweisungen verstoßen und Requisitionen verzögern. Besonders hervorzuheben ist, dass Bonnefoy den Großrabbiner von Frankreich, Isaïe Schwartz, mit einem falschen Ausweis versorgte. Schwartz konnte sein geistliches Amt im Untergrund weiter ausüben und überlebte den Krieg.

Bonnefoy, dessen Widerstand vielfach bezeugt ist, wird sogar Jean Moulin an die Seite gestellt, einem der Großen der Résistance, der die zersplitterten Widerstandsgruppen zusammenführte.

Carl Oberg, Höherer SS- und Polizeiführer in Paris[4], setzte Bonnefoy auf eine Liste mit den Namen von vierzehn französischen Spitzenbeamten. Am 14.05.1944 wurde Bonnefoy festgenommen. Zunächst war er in Montluc interniert, dann nach Compiègne-Royallieu überstellt und von dort aus am 15.07.1944 in das Konzentrationslager Neuengamme nahe Hamburg deportiert, wo er am 18.07.1944 ankam.

Neuengamme war ein Zwangsarbeitslager. Unter den Häftlingen, von 1938 bis Mai 1945 wohl insgesamt 100.000, waren nur ein Zehntel Deutsche, die Übrigen kamen aus ganz Europa. Geschätzt 50.000 Häftlinge von Neuengamme und seinen Nebenlagern fanden den Tod. Die Menschen wurden bei dem Bau eines Kanals eingesetzt, in der Ziegelbrennerei, vor allem aber in der Waffenproduktion. Bonnefoy war im Außenlager Bremen-Osterort inhaftiert. Dort befanden sich rund

3 Vielleicht stand er bereits zur Zeit seiner Kooperation mit Greifeld unter dem Verdacht der Freimaurerei, und Greifelds Hinweise auf die verderbliche Rolle der Freimaurer waren zur einen Hälfte ideologische Standpauke, zur anderen Warnung.

4 „Der Schlächter von Paris".

1.000 Häftlinge, von denen ein großer Teil beim Bau des U-Boot-Bunkers „Hornisse“ eingesetzt wurde.

Aufgrund seines Ranges genoss Édouard Bonnefoy im Konzentrationslager eine privilegierte Position, wobei dieses Wort in aller Relativität zu gebrauchen ist. Seine Aufgabe bestand darin, mit einem Kameraden Nachtwache zu halten und auf die Disziplin im Kommando zu achten. Bonnefoy war also, wie es im Sprachgebrauch der Konzentrationslager hieß, „Funktionshäftling“.

Die SS bereitete ihm einen elenden Tod. Als die Konzentrationslager angesichts der herannahenden Niederlage aufgelöst wurden, hat man die oftmals entkräfteten Häftlinge auf „Todesmärschen“ ins Verderben geführt.

In Neuengamme begann die SS am 10.04.1945 mit der Auflösung des Lagers. Bonnefoy wurde auf die „Cap Arcona“ verbracht, die ebenso wie die „Thielbeck“ in der Lübecker Bucht vor Anker lag. Auf der „Cap Arcona“ befanden sich gegen 4.600 Häftlinge. Da die Schiffe nicht mit einem Roten Kreuz, sondern mit einem Hakenkreuz gekennzeichnet und zudem mit Bordwaffen ausgestattet waren, flog die Royal Air Force am 03.05.1945 einen schweren Angriff und schoss die „Thielbeck“, ebenfalls mit Häftlingen überfüllt, sowie die „Cap Arcona“ in Brand. Man hat die Schiffe vermutlich für Truppentransporter gehalten. Während die „Thielbeck“ sank, legte sich die „Cap Arcona“ auf die Seite. Wohl 6.400 der ca. 7.000 Häftlinge auf den beiden Schiffen kamen zu Tode. Vieles spricht dafür, dass von vornherein die Absicht bestanden hatte, die ca. 7.000 Häftlinge zu ermorden oder auf hinterhältige Weise töten zu lassen, statt sie mit den Schiffen irgendwohin zu transportieren.

Auf ans Ufer schwimmende Häftlinge wurde geschossen. Gelang es einem Häftling, das Ufer zu erreichen, wurde er dort umgebracht.

Édouard Bonnefoy wurde bei einem Fluchtversuch durch eine Kesselexplosion getötet.[5] Das war nur fünf Tage vor der deutschen Kapitulation.

Posthum verlieh man Édouard Bonnefoy die Medaille der Résistance.

5 Ausführlich beschrieben von Elodie Prost, Bonnefoy, a. a. O., in ihrem Kapitel »La tragédie de Lübeck«.

# 5 Greifelds persönliche Situation in der „Stunde Null“[1]

Wir wollen nicht “too personal“ vorgehen. Familienverhältnisse von Rudolf Greifeld gehen uns nichts an. Aber da es für die Untersuchung unverzichtbar ist, dass wir uns der Person und nicht nur der Funktion Greifelds nähern, kann auf ein paar Striche nicht verzichtet werden.

Als Rudolf Greifeld am 20.12.1945 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft nach Stuttgart zurückkehrte, stand er vor dem Nichts. Stuttgart war hochgradig kriegszerstört. Die Wohnung in der Mörikestraße gab es nicht mehr. Die kleine Familie kam im Gebäude einer Gartenbauschule in Stuttgart-Hohenheim unter, und zwar für mindestens zweieinhalb Jahre. Das Objekt gehörte einer Verwandten Greifelds, der Frau Ökonomierat Sander.

Greifelds Vater war im November 1945 ohne ersichtlichen Grund von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet worden. Er starb unter ungeklärten Umständen im ehemaligen KZ Buchenwald.[2] Es diente nach Kriegsende der SMAD[3] als Lager für politische Häftlinge. Greifelds Mutter lebte ohne Pension in Sachsen und musste von ihrem Sohn finanziell unterstützt werden. Bank- und Sparkonten Greifelds und seiner Frau waren in der russischen Zone liquidiert, der größte Teil des Sachvermögens von der Roten Armee geplündert oder verbrannt worden.[4]

## 5.1 Sparkasse

Greifeld fand zunächst keine Anstellung und plante, sich als Rechtsanwalt niederzulassen. Um eine Zulassung zu bekommen, hätte er im Entnazifizierungsverfahren

---

1 Zur Problematik der so genannten „Stunde Null“ siehe die einschlägigen Beiträge in: Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen. Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Göttingen 2004 (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 4).

2 Gespräch des Verfassers mit Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld, 28.01.2015.

3 Sowjetische Militäradministration in Deutschland.

4 Spruchkammer-Akte Greifeld, StAL, EL 902–20 Spruchkammer 37 Stuttgart, Verfahrensakten (Greifeld).

als „Entlastet“ eingestuft werden müssen. Dazu sollte es aber nicht kommen.[5] Ab dem 01.04.1946 war er juristischer Sachbearbeiter bei der Württembergischen Girozentrale/Württembergischer Sparkassen- und Giroverband tätig. Die Girozentrale gab Anfang November 1946 die Schrift „Die Gesetze Nr. 52 und Nr. 53 der amerikanischen Militärregierung mit Erläuterungen“ heraus.[6] Bearbeiter und Verfasser war Rudolf Greifeld.

Dass Greifeld die Stelle bei der Bank durch Protektion – Stichwort „braune Netzwerke“ – bekommen hat, ist unwahrscheinlich. Er dürfte sich auf normalem Wege beworben haben. Sein alter Bekannter aus der Zeit in Frankreich, August Herbold, kam als Protektor nicht in Betracht, da er erst 1949 wieder in Landesdiensten aktiv war und sein Amt als Präsident des Badischen Sparkassen- und Giroverbands erst 1955 antreten sollte.[7]

Rudolf Greifeld fühlte sich in der Bank nicht wohl, so dass er am 15.04.1948 auf eigenen Wunsch ausschied.[8] Zum 16.04.1948 wurde er Angestellter im damals noch württembergischen Wirtschaftsministerium. Soweit aus den Akten erkennbar ist, scheint Greifeld sich auch hier ganz normal beworben zu haben. Allerdings standen in den Bundes- und Landesministerien viele ehemalige Kriegsverwaltungsräte im Dienst.[9]

Im April 1946, kurz nach der Anstellung in der Bank, begann Greifelds Entnazifizierungsverfahren.

---

5 Siehe unten: 7, „Greifelds Entnazifizierung. ‚Mitläufer‘? ‚Entlastet‘? Mann des ‚Widerstands gegen die NSDAP‘?“, S. 133 ff., sowie unten: 7.1, „Entnazifizierung: Greifeld geht in Revision“, S. 135 ff.

6 Greifeld, Rudolf (Bearb.), Die Gesetze Nr. 52 und Nr. 53 der Amerikanischen Militärregierung mit Erläuterungen, Stgt. 1947. Gesetz 52 = Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen. Gesetz 53 = Devisenbewirtschaftung.

7 Siehe unten: 6, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. August Herbold (1905–1976)“, S. 129 ff.

8 Wirtschaftsministerium Baden Württemberg, Personalakte Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1.

9 Brunner, Frankreichkomplex, a. a. O., S. 111 f.

# 6 A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. August Herbold (1905–1976)

Heute würde man August Herbold als „Banker" bezeichnen. In einem Artikel zu dessen Tod heißt es in den Badischen Neuesten Nachrichten, ein quirlig-knorriger Bankier sei von uns gegangen, und wenn jetzt das Fusionskarussell noch nicht still stehe und womöglich auch noch Herbolds Bank erfasse, dann werde dieser furchtlose Streiter fehlen.[1] Mit diesem „Bankier ohne Furcht und Tadel"[2] war Rudolf Greifeld offenbar aus französischen Zeiten gut bekannt. Zum 65. Geburtstag grüßte Greifeld ihn sehr herzlich und schwelgte in Erinnerungen an alte Zeiten:

> „Zu Ihrem 65. Geburtstag gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Meine Gedanken gehen zurück an die Zeit unseres Wirkens in Bordeaux/Paris in den Jahren 1940/41".[3]

Man wird sagen dürfen, dass Herbold einer der höchsten nationalsozialistischen Verwaltungsjuristen war, die das Ländle hervorgebracht hat.[4]

Bereits mit siebzehn Jahren war er Mitglied der badischen „Freischar Damm"[5], danach der Wiking-Jugend/Brigade Erhardt – antidemokratisch, deutsch-völkisch, rassen-antisemitisch. Herbold studierte Jura und Nationalökonomie und promovierte 1933 in Heidelberg.[6] Der „alte Kämpfer"[7] war ab Dezember 1933 Regierungsassessor in Konstanz, ab Oktober 1934 Regierungsrat (Januar 1938 Oberregierungsrat)

---

1 Badische Neueste Nachrichten, 05.10.1976.

2 Münchner Merkur, 06.10.1976.

3 Greifeld an August Herbold, 27.05.1970, GLAK, 69 KFK Nr. 458.

4 Rahmendaten in: Ruck, Michael, Auf dem „Sonderweg"? Personelle Rekonstruktion und Modernisierung der Verwaltungen in Schleswig-Holstein bis zum „Ende der Nachkriegszeit", http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_19/Demokratische_Geschichte_Band_19_Essay_7.pdf (Zugriff 03.2015); ders., Kontinuität und Wandel – Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik, in: Loth, Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik, a a. O., S. 117–142, S. 135 ff. Michael Ruck sieht in Herbold eine geradezu paradigmatische Gestalt, um Elitenkontinuitäten zwischen „Drittem Reich" und Bundesrepublik zu studieren.

5 Ableger der Organisation Escherich, rechtsextrem, antisemitisch. Siehe: Ruck, Michael, Korpsgeist und Staatsbewusstsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928–1972, München 1996, S. 128 ff.

6 Das politische Asyl im Auslieferungsrecht, Kehl a. Rh. 1933.

7 Ruck, Kontinuität und Wandel, a. a. O., S. 135.

und Personalsachbearbeiter für den höheren Dienst im Innenministerium, 1937 Stellenleiter für „Allgemeine Länderverwaltung" bei der NSDAP-Gauleitung in Karlsruhe. Ab 1935 war Herbold als SS-Angehöriger Verbindungsmann des badischen Innenministers beim Oberabschnitt Südwest des Sicherheitsdienstes der SS (SD), ab Juni 1940 Leiter der Allgemeinen Abteilung (Haushalt und Personal) beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass, Sitz in Straßburg, dort tätig bis Dezember 1940. Anschließend zur Wehrmacht eingezogen, wurde er nach schwerer Kriegsverletzung als Verwaltungschef in Bordeaux eingesetzt. Er hat mehrere Kriegsorden erhalten.

Es ist unklar, wo Greifeld und Herbold einander getroffen haben konnten: Greifeld war nach allen vorhandenen historischen Quellen nicht in Bordeaux, Herbold war von Juni bis Dezember 1940 in Straßburg, im Anschluss daran bei der Wehrmacht und ab Mai 1942 „Verwaltungsgruppenleiter der Feldkommandantur Bordeaux"[8]. Vermutlich hatte man einander zwischen Juni und Dezember 1940 kennengelernt und später, nach 1949, über diese Zeit geredet und sie vielleicht sogar nostalgisiert.

Aufgrund eines Konflikts mit der „Partei" wurde Herbold ab 1943 Regierungsdirektor an der Preußischen Bau- und Finanzdirektion Berlin, trat aber seinen Dienst dort nicht an. Es kam ihm – wie so vielen anderen – in der Nachkriegszeit zugute, dass er innersystemische Konflikte in NS-Gegnerschaft umzudeuten verstand. Im Übrigen half es ihm mit Sicherheit, dass seine früheren Personalakten größtenteils in Berlin vernichtet worden waren.[9] Dies mag auch dazu beigetragen haben, dass er in seinem Spruchkammerverfahren im März 1949 in die Gruppe 5, „Entlastet", eingestuft wurde.[10]

Zwischen Mai 1945 und dem 01.08.1949, als Herbold bei dem Landesfinanzamt Baden eingestellt wurde, klafft eine Lücke. Aus der Personalakte Herbolds ist nur zu erfahren, dass er zum Zeitpunkt März 1949 im Büro einer am Ausbau des Schluchsee-Pumpspeicherkraftwerks beteiligten Baufirma tätig war.[11]

Aber die Tätigkeit im Pumpspeicherkraftwerk sollte nicht der Schlusspunkt seiner Karriere sein. Sie nahm vielmehr ab 1949 volle Fahrt auf.

Ab dem 01.08.1949 war Herbold Angestellter bei dem Landesfinanzamt Baden. Kaum, dass er diese Stelle angetreten hatte, wurde er zum Präsidenten des Landesbezirks Baden abgeordnet, Abteilung Wirtschaft und Verkehr. Ab dem 04.11.1951 firmierte Herbold als Regierungsvizepräsident von Nordbaden. Zudem ernannte

8 Personalakte August Herbold, HStS, EA 2–150 Bü 676.
9 Personalakte August Herbold, HStS, EA 6–150 Bü 72.
10 Personalakte August Herbold, HStS, EA 2–150 Bü 676.
11 Ebd. Anzunehmen ist, dass er von den Amerikanern als höherer Funktionsträger in "Automatic Arrest" genommen worden war und sich danach bei der Baufirma durchschlug.

Wirtschaftsminister Veit ihn zum Vertreter des Wirtschaftsministeriums im Aufsichtsrat der Neckar AG, dem Stuttgarter Energieversorgungsunternehmen. Durch seine Erfahrungen beim Ausbau des Schluchsee-Kraftwerks hatte sich Herbold für diese Tätigkeit qualifiziert, und hier ergab sich auch die Schnittstelle zur Tätigkeit Greifelds im Landeswirtschaftsministerium. Greifeld betreute dort die Aufgabengebiete Energie, Bergbau, Landesgeologie, Forschungsförderung und später auch Kernenergie.

Herbold wechselte im April 1955 ins Bankfach. Bis zu seinem Tod 1976 war er zunächst Erster Geschäftsführender Direktor, dann Generaldirektor der Badischen Kommunalen Landesbank (Bakola) Mannheim. Von Juli 1965 bis Juni 1970 war er zudem Präsident des Badischen Sparkassen- und Giroverbands.

Herbold war Mitglied zahlreicher Gremien und damit ein Mann von bedeutender Machtfülle:

- Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Kapitalanlage-Gesellschaft,
- Aufsichtsrat der Gesellschaft für Datenverarbeitung der Badischen Sparkassenorganisation,
- Aufsichtsratsmitglied der Neckar AG,
- Aufsichtsratsmitglied der Sparkassenwohnbau Baden-Pfalz,
- Beiratsvorsitzender der Fa. Ernst Schmitthelm Federn- und Metallwarenfabrik Heidelberg,
- Leiter der Landesbezirksdirektion für Wirtschaft und Verkehr in Nordbaden,
- Präsident des Badischen Sparkassen- und Giroverbands,
- Verwaltungsratsmitglied der Badischen Landesbausparkasse,
- Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Girozentrale,
- Verwaltungsratsmitglied der Öffentlichen Versicherungsanstalt der Badischen Sparkassen,
- Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes,
- Präsident des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes.

1976 wurde Herbold vom Innenministerium Baden-Württemberg für das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse vorgeschlagen.[12] Als seine Verdienste hob man hervor: Förderung der mittelständischen Industrie Nordbadens, Neuansiedlung von Vertriebenen- und Flüchtlingsunternehmen, Förderung der Wissenschaften[13], Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes durch die Stiftung von Krankenwagen, gemeinsam mit dem DRK die Organisation von „Tagen der guten Tat“ unter der Schirmherrschaft des Karlsruher Oberbürgermeisters.

12 Zum Folgenden: HStS, Ordenssachen, EA 1–120 Bü 91.
13 Dieser Punkt wird nicht weiter ausgeführt.

Allerdings kam der Antrag auf Ordensverleihung nicht recht voran, weil, wie im Januar 1976 vermerkt wurde, „Herr Dr. Herbold in den Jahren 1955–1957 in ein Ermittlungsverfahren verwickelt war, das auch später noch mehrfach aufgegriffen worden ist“.

Die Ordensangelegenheit verlief im Sande, da Herbold am 03.10.1976 verstarb.

In der Todesanzeige der „Angehörigen und Freunde“ heißt es:

> „Generaldirektor der Badischen Kommunalen Landesbank/Präsident a. D. des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes/Ministerialrat a. D./Träger höchster Kriegsauszeichnungen.“[14]

[14] Badische Neueste Nachrichten, 07.10.1976.

# 7 Greifelds Entnazifizierung. „Mitläufer“? „Entlastet“? Mann des „Widerstands gegen die NSDAP“?

Die Grundlage der Entnazifizierung schuf die Potsdamer Konferenz, die vom 17.07. bis 02.08.1945 unter Beteiligung Großbritanniens, der UdSSR und der USA stattfand. Die einschlägigen Entscheidungen, festgelegt im Potsdamer Abkommen, lassen sich, populär geredet, mit den vier „D“ zusammenfassen: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung.

Basis der De- bzw. Entnazifizierungspraxis war ein umfangreicher Katalog von 131 genau zu beantwortenden Fragen. Wer den Bogen ausfüllte, machte selbstverständlich keine Angaben, nach denen nicht gefragt wurde. So enthält etwa Rudolfs Greifelds Entnazifizierungs- bzw. Spruchkammer-Akte keinen Hinweis auf seine Mitgliedschaft in dem radikal-antisemitischen Verein deutscher Studenten.[1] Auf die Frage 25: „Welchen deutschen Universitäts-Studentenburschenschaften haben Sie je angehört?“, brauchte Greifeld nicht zu antworten, denn der Verein deutscher Studenten war keine Burschenschaft. Aber *falsche* oder *unvollständige* Antworten waren nicht ratsam. Man wusste nicht, was die Gegenseite wusste, und als Vorsatz zum Fragenkatalog war zu lesen:

> „Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir gemachten Angaben. Falsche oder irreführende oder unvollständige Angaben werden gemäß Art. 65 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus mit Gefängnis oder mit Geldstrafen bestraft.“

Ergaben sich aus dem Fragebogen Belastungen oder Hinweise darauf, dann hatten sich die betreffenden Personen vor einer Spruchkammer zu verantworten. In diesem Verfahren konnten die Vorgeladenen Bescheinigungen von Entlastungszeugen vorbringen, die oft so genannten „Persilscheine“.[2] In der Kritik an diesen Verfahren waren sich so gut wie alle deutschen Historiker über lange Jahre einig. Inzwischen

1 Dies und die folgenden Einzelheiten: Spruchkammer-Akte Greifeld, StAL, EL 902–20 Spruchkammer 37 Stuttgart.

2 Natürlich ist nicht alles erlogen, was in derartigen Schreiben zu lesen steht.

zeichnet sich eine differenziertere Betrachtungsweise ab, und die Positionen der 1970er und 1980er Jahre werden einer harschen Kritik unterzogen.[3]

Ergebnis der Spruchkammerverfahren war die Einstufung in eine der folgenden fünf Kategorien:

1) Hauptschuldige,
2) Belastete,
3) Minderbelastete,
4) Mitläufer,
5) Entlastete.

Unter „Mitläufer" sollten Menschen verstanden werden, die nach außen hin, ohne innere Überzeugung, Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten gewesen waren, Opportunisten, auch geringfügig Verstrickte; als „Entlastete" galten Personen, die außerhalb der NS-Bewegung gestanden oder Widerstand geleistet hatten. Wir werden sehen, dass Rudolf Greifeld sich in einem Spruchkammer-Revisionsverfahren als Mann des partiellen Widerstands zu präsentieren suchte.

Rudolf Greifeld reichte seinen Fragebogen unter dem Datum 27.04.1946 ein. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits „Juristischer Sachbearbeiter bei der Württembergischen Girozentrale und dem Württembergischen Spar- und Giroverband" – seine ungeliebte Tätigkeit. Das Entnazifizierungsverfahren wurde auf Greifelds Bitte hin vordringlich behandelt, um nicht noch weitere Monate verstreichen zu lassen. Er wollte möglichst bald als Anwalt tätig sein und rechnete sich gute Chancen aus, da durch die Einberufung vieler Rechtsanwälte zu den Spruchkammern ein Ersatz erforderlich war.

Greifeld gab die folgenden NS-Mitgliedschaften und weiteren Zugehörigkeiten an:

- NSDAP 1937 bis 1945 (kein Amt),
- SA-Reserve 1934 bis 1936 („Kein Amt, SA-Mann")[4],
- NS-Rechtswahrerbund 1937 bis 1939,
- Deutsches Rotes Kreuz 1939 bis 1945,
- Juni 1940 bis September 1941 Kriegsverwaltungsrat/Referent im Kommunalstab der Stadt Paris,
- Wehrmacht: Leutnant ab Oktober 1943. Kw. Trsp. Abt. 571 bzw. 576, Kw. Trsp. Abt.[5]

---

3 Siehe: Bilski, Anja, Entnazifizierung des Düsseldorfer Höheren Schulwesens nach 1945. Demokratisierung und personelle Säuberung im Umfeld von Wiederaufbau und Reorganisation des Schulwesens einer Großstadt in der britischen Zone, Essen 2016 (Düsseldorfer Schriften zu Neueren Landesgeschichte, Bd. 87).

4 Wir gehen, wie erläutert, vom Eintrittsdatum 15.05.1933 aus. Siehe oben: 2.4, „SA", S. 46 f.

5 Auflösung siehe oben, S. 118, Fußnote 208.

Greifeld stufte sich selbst als „Mitläufer“ ein, und dieser Einschätzung schloss sich die Spruchkammer an. Daraufhin wurde er zur Zahlung von 180 Reichsmark „Sühnebetrag“ verurteilt.[6] Unter Hinweis auf seine prekäre Finanzsituation wurde der Betrag gestundet.

## 7.1 Entnazifizierung: Greifeld geht in Revision

Aber Greifelds Entnazifizierungsverfahren war noch nicht beendet. Im Juni 1948 stellte er einen Antrag auf Revision mit dem Ziel, als „Entlasteter“ eingestuft zu werden. Das bedeutete, wie wir oben gehört haben, sich als jemand zu präsentieren, der außerhalb der NS-Bewegung gestanden, den Nationalsozialismus abgelehnt und sogar partiellen Widerstand geleistet hatte. Das würde für Rudolf Greifeld schwierig werden. Aber er hatte Beispiele vor Augen, dass selbst hochgradig Belastete das begehrte „Entlastet“-Prädikat erhielten, auch aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis – denken wir etwa an Dr. jur. August Herbold.

Greifeld brachte vor, dass er Mitte 1939 aus politischen Gründen nicht zum Städtischen Rechtsrat in Pirna ernannt worden war, und zwar, weil er Ende 1938 keine Spende für das Winterhilfswerk (WHW) gegeben und den beiden Uniformierten mit der Sammelbüchse auch noch erklärt habe, das WHW-Abzeichen sei geschmacklos. Er habe sogar wegen „Missachtung des Winterhilfswerkes“ vor ein Parteigericht gestellt werden sollen.[7] Als weiteres Indiz seiner NS-Gegnerschaft führte Greifeld an, er habe am 01.05.1939, dem „Tag der Nationalen Arbeit“, auf einer offiziellen Veranstaltung nicht die vorgeschriebene Uniform getragen und im Übrigen in keiner NS-Organisation aktiv mitgearbeitet. Auch deshalb – so weiter – wäre seine Ernennung zum Städtischen Rechtsrat der Stadt Pirna vom dortigen NSDAP-Kreisleiter Elßner verhindert worden. Es mochte ihm – so Greifeld – auch negativ angerechnet worden sein, dass man von 1936 an seinen Vater dreimal aus politischen Gründen versetzt habe. Kreisleiter Elßner hätte vom Pirnaer Oberbürgermeister Dr. Brunner sogar die Entlassung Greifelds und die Anstellung eines politisch geeigneteren Juristen verlangt. Was Greifelds ungebührliches Verhalten bei der Maifeier 1939 in Pirna betraf, so legte er eine Erklärung von Dr. jur. Hans Fickert vor, die Greifelds Unbotmäßigkeiten gegenüber „Partei“ und „Bewegung“ belegen sollte.[8]

---

6 An anderer Stelle ist von 300 Reichsmark die Rede.

7 Wäre dies ernsthaft geplant und eingefädelt worden, dann hätte es sich wahrscheinlich in Greifelds Partei-Akte niedergeschlagen. Darin findet sich aber nur ein Karteikärtchen.

8 Zu Fickert siehe unten: 8, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Hans Fickert (geb. 1909)“, S. 141 ff.

Und dann ging Greifeld zu seiner Tätigkeit in Paris über: Er hätte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert, dass sich die NSDAP unter Anrechnung auf die Besatzungskosten in Paris niederließ. Hierauf sei es zu einem Konflikt mit dem Kölner Gauleiter Grohé gekommen, der die Niederlassung der NSDAP und ihrer Organisationen, so auch der „Deutschen Arbeitsfront" (DAF), betrieb. Greifelds Pariser Chef zu dieser Zeit, Militärverwaltungschef Dr. Turner, hätte ihm eine Rüge erteilt und seine Rückversetzung in die Heimat angekündigt. Greifeld nannte den Konflikt mit Gauleiter Grohé den „Beweis meines Widerstandes gegen die NSDAP".

Als Beleg für seine *Pariser* Unbotmäßigkeiten legte Greifeld eine Erklärung von Dr. jur. Walther Labs vor, datiert auf den 25.05.1948.[9] Der Jurist Walther Labs ist uns bereits als jener Mitarbeiter des Polizeireferates bekannt, der den Nachtlokalvermerk abgezeichnet hatte. Ab Juli 1941 war er am Aufbau von Rosenbergs Ostministerium maßgeblich beteiligt.

Labs nun gab an, dass er Greifeld 1940 in Paris kennengelernt und seitdem – die Jahre 1945 bis 1947 abgerechnet – in ununterbrochener Verbindung mit ihm gestanden habe. Greifeld sei Kriegsverwaltungsrat im Verwaltungsstab des Chefs des Militärverwaltungsbezirks Paris gewesen, „Verbindungsmann zwischen dieser Dienststelle und der Stadtverwaltung von Paris". Ein Grundsatz von Greifeld hätte gelautet, „der französischen Verwaltung größtmögliche Freiheit in der Erledigung der Verwaltungsgeschäfte zu lassen", ein zweiter Grundsatz, dass die französische Bevölkerung und Verwaltung von der Anwesenheit einer Besatzungstruppe möglichst wenig spüren sollte. Auch sei Greifeld bestrebt gewesen, so Labs, „in der Praxis die Maßnahmen der Besatzungsbehörde milder zu gestalten", als nach den Vorschriften der Haager Landkriegsordnung möglich war. So habe Greifeld sich dafür eingesetzt, Requisitionen deutscher Dienststellen auf ein Mindestmaß hinabzudrücken und im Frühjahr 1941 die angeordnete Beschlagnahme eines großen Wohnblocks in der Nähe der Avenue George V rückgängig gemacht, um damit „Hunderten von französischen Familien ihre Wohnung zu erhalten". Nach Labs' Ansicht verdiente es, besonders vermerkt zu werden, dass Greifeld die Vertreter der Präfektur nicht einfach in die Dienststelle des deutschen Verwaltungsstabes beorderte, sondern sich täglich zu Besprechungen mit dem Kabinettchef des Präfekten – also Édouard Bonnefoy – in das Pariser Rathaus begab. Angeblich hätten ihm die französischen Beamten dieses Verhalten hoch angerechnet. Dies, so Labs, sei ihm vom Kabinettchef der Präfektur gelegentlich erzählt worden.[10]

---

9 Zu Labs siehe unten: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

10 Es kann hier nur Bonnefoy gemeint sein. Nachprüfbar ist diese Angabe freilich nicht. Sie ist zudem Teil einer Exkulpationsanstrengung. In der Arbeit von Elodie Prost über Édouard Bonnefoy kommt Labs nicht vor, und es gibt dort auch keinen Hinweis darauf, dass Bonnefoy nicht *einbestellt*, sondern *aufgesucht* wurde. Ferner ist darin auch nicht von der Angelegenheit Avenue George V die Rede.

Daher war es nach Labs' Darstellung auch kein Wunder, dass Greifeld „größtes Vertrauen bei der Pariser Stadtverwaltung" genossen habe.

Für den Fall, dass diese Beispiele von Resistenz in Greifelds Pariser Dienstzeit der Spruchkammer Stuttgart noch nicht genügen sollten, um ihm das ersehnte Entlastungsprädikat zu erteilen, ja, ihn sogar als Mann des Widerstands ansehen zu können, ließ Greifeld mit Berichten über die Rettung junger Russen an der Ostfront seine stärkste Mine springen.

Walther Labs bestätigte schriftlich, dass Greifeld im Krieg vierzehn junge Russen vor der Ermordung gerettet habe. Greifeld berichtete, er habe „Anfang 1944" als Leutnant die 2. Kw. Trsp. Abt. 992 geführt, die in dem stark partisanengefährdeten Dorf Lutschna bei Polozk im Mittelabschnitt der Ostfront lag. Im Januar 1944 seien alle Komsomolzen des Ortes, vierzehn Mann zwischen siebzehn und 23 Jahren, vom Sicherheitsdienst der SS (SD) verhaftet und in das Gefängnis von Polozk gebracht worden. Angeblich habe es einen Befehl Himmlers gegeben, wonach alle Komsomolzen summarisch zu Zwangslagerhaft und in gewissen Fällen auch zum Tode zu verurteilen seien, da sich die Partisanen wesentlich aus den Reihen der Komsomolzen rekrutiert haben sollen.

Er nun – Greifeld – habe nach etwa vier Vorsprachen beim SD in Polozk die vierzehn Männer freibekommen können, indem er sie noch kurz vor Abfahrt aus einem überfüllten Waggon des Transportzuges herausholte. Er habe die Männer „vor dem sicheren Tode" bewahrt. Sie seien dann als Hilfswillige in seine Kompanie aufgenommen worden. Es sei nicht seine Aufgabe als Kompanieführer gewesen, sich um sicherheitspolizeiliche Maßnahmen zu kümmern, und hätte der SD Greifelds Verhalten als ein Verhalten *gegen* den SD ausgelegt, seine Stellung als Offizier würde auf dem Spiel gestanden haben – „und unter Umständen", so fügte Greifeld hinzu, „mein Leben".

Zur Bestätigung der Komsomolzen-Rettung aus den Klauen des SD diente die Erklärung von Walther Labs, aus der bereits zitiert wurde.[11]

Ärger mit dem Winterhilfswerk und dem Kreisleiter Elßner in Pirna, Ärger mit Gauleiter Grohé in Paris, Verhinderung von Requisitionen nahe der Avenue George V, an der Ostfront Rettung der vierzehn jungen Russen aus den Klauen des Sicherheitsdienstes der SS … Fragt sich natürlich, warum Greifeld von seinem widerständischen Verhalten nicht gleich in seinem ersten Teil des Spruchkammerverfahrens berichtet hatte.

[11] Als weitere Zeugen mobilisierte Greifeld: Hans Stehle, früherer Oberschirrmeister der Kompanie, seinen damaligen Fahrer Willi Seppich sowie den damaligen Schumacher der Kompanie Kurt Geier.

Die Spruchkammer verweigerte sich sämtlichen Argumenten Greifelds:

- Wenn zwischen ihm und der NSDAP-Kreisleitung Pirna oder sonstigen Parteidienststellen Spannungen bestanden hatten, vielleicht auch aus politischen Gründen, so reichten diese Tatsachen nicht hin, um das Verfahren wieder aufzunehmen und Greifeld zu entlasten. Aus den Konflikten mit der NSDAP seien ihm keine wesentlichen Nachteile erwachsen. Schließlich sei er mit Verzögerung doch befördert worden. Die Verzögerung einer Beförderung sowie die Einberufung zum Wehrdienst als Kriegsverwaltungsrat in Paris könnten nicht als Nachteil angesehen werden, der auf ein anti-nazistisches Verhalten Greifelds zurückzuführen sei.
- Wenn Greifeld sich in Paris dagegen eingesetzt habe, dass sich die NSDAP auf Besatzungskosten Räumlichkeiten verschaffte, so sei dies zweifellos im Interesse der Wehrmacht und der französischen Bevölkerung gewesen. Aber es sei ja gerade die Aufgabe der Militärregierung gewesen, diese beiden Interessen zu vertreten.[12]
- Die jungen Russen aus Lutschna seien als Hilfswillige in Greifelds Kompanie überführt worden. Für Greifelds Annahme, sie sollten in den sicheren Tod geführt werden, lägen keinerlei Beweise vor. Die Überführung der jungen Männer sei auch nicht gegen die Anordnungen des SD erfolgt, sondern nach verschiedenen Vorsprachen Greifelds, also mit dem Einverständnis des SD. So habe Greifeld es ja dargestellt. Von einem Widerstand und von damit verknüpften Nachteilen könne nicht die Rede sein, „zumal die Leute in den Dienst seiner Kompanie eingestellt wurden".

Und so lautete denn der Bescheid:

> „Aufgrund vorstehender Sachlage kam die Kammer zu dem Entschluss, dass dem Antrag des Betr. (Greifeld/B.-A. R.) auf Wiederaufnahme des Verfahrens und Einstufung als Entlasteter nicht stattgegeben werden kann. Es wird dem Betr. anheimgestellt, mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage eine Herabsetzung des Streitwertes auf dem Gnadenwege zu beantragen."

Wir haben gehört, dass Greifeld von Hans Fickert und Walther Labs Entlastungsschreiben erhalten hatte, Bestätigungen seines „Widerstands". Beide Männer waren überzeugte Nationalsozialisten gewesen und standen rangmäßig über Greifeld, beide waren im Nationalsozialismus, was man ein „hohes Tier" nennt. Man ist überrascht, welche Entlastungszeugen Greifeld in Anspruch nahm.

---

12 Ein gewitztes Argument, wenn es denn als solches gedacht war: Die Spruchkammer nahm die Selbstdarstellung der Zivilverwaltung auf, um sie gegen Greifeld zu wenden.

Vergleichen wir die Einstufung Greifelds als „Mitläufer“ mit den Entnazifizierungseinstufungen anderer ihm bekannter Nationalsozialisten:

- Hans Fickert war im Generalgouvernement persönlicher Referent des Krakauer Distriktsgouverneurs = „entlastet“.
- Walther Labs hatte im Vorfeld der „Wannsee-Konferenz“ Kategorien wie „Halbjude“ juristisch definiert und Rosenbergs „Ostministerium“ mit aufgebaut, ferner Arbeiten wie „Die Verwaltung der besetzten Ostgebiete“ verfasst = „entlastet“.
- Elmar Michel war der oberste wirtschaftliche Ausplünderer Frankreichs = „entlastet“.

Aus Greifelds Perspektive hatte er vor der „falschen“ Spruchkammer gestanden, die drei genannten Herren Fickert, Labs und Michel vor der „richtigen“. Aus der Perspektive des Historikers verhält es sich genau umgekehrt. Oder soll man die Aussage wagen, dass sich für Greifelds Revisionsversuch ein gewisses Verständnis einstellt, wenn solch „hohe Tiere“ wie Fickert, Labs und Michel als „Entlastete“ davongekommen waren?

# 8 A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Hans Fickert (geb. 1909)

Greifeld legte im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens eine Erklärung von Dr. jur. Hans Fickert vor, die ihm Unbotmäßigkeiten gegenüber „Partei" und „Bewegung" bescheinigte: das Verhalten bei der Maifeier 1939, die ostentative Ablehnung einer WHW-Spende und der Spott über das WHW-Abzeichen, der Ärger mit einem NSDAP-Kreisleiter. Fickerts Pro-Greifeld-Erklärung betraf die Monate Mai bis August/September 1939. Wir wollen erkunden, um wen es sich bei Dr. jur. Hans Fickert handelte.[1] Dabei geht es nicht nur um die Frage, wen Greifeld sich als Fürsprecher in seinem Entnazifizierungsverfahren ausgewählt hat. Wie an anderen Lebensstationen Greifelds sollen mit Fickert auch Personen aus seinem Umfeld porträtiert werden.

Um das Ergebnis vorauszunehmen: Wir haben es bei Hans Fickert mit einem in der Wolle gefärbten Nationalsozialisten zu tun.

Hans Fickert, geboren 04.04.1912 in Plauen, und Rudolf Greifeld waren Landsleute, zeitweilig Kommilitonen sowie Kon-Doktoranden an der Leipziger Juristischen Fakultät.

Fickert studierte nacheinander in Graz, Innsbruck, München und Leipzig. In München war Fickert im Sommersemester 1932, Greifeld im Wintersemester 1932/33. Es lässt sich nicht feststellen, ob sie einander in München begegnet sind.

Fickert verbrachte das Sommersemester 1931 an der Universität Graz und das Wintersemester 1931/32 an der Universität Innsbruck. Wir haben mit Fickert einen national-völkisch orientierten Studenten vor uns, der unter anderem an zwei österreichischen Universitäten studierte, um eine großdeutsche Option zu bekunden, die ja

1 Die folgenden Einzelheiten entstammen, wenn nicht anders angegeben, der Entnazifizierungsakte Dr. Hans Fickert, Niedersächsisches Landesarchiv, Außenstelle Pattensen, Nds. 171 Hildesheim Nr. 36972.

mit dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 ihre Verwirklichung fand.[2] Die Wahl des Studienortes wäre nur ein Indiz, aber es gibt einen Beweis: Als Innsbrucker Student nämlich trat Fickert im November 1931 der „Österreichischen Heimwehr“ bei, einem paramilitärischen Verband, dessen Mitglieder nicht unbedingt nationalsozialistisch eingestellt gewesen sein mussten, die aber großdeutsch, antidemokratisch und in unterschiedlichen Abstufungen antisemitisch orientiert waren. Man kann auch von „Heimwehrfaschisten“ sprechen.

Dort blieb Fickert bis Februar 1932. In diesem Monat kehrte er von Innsbruck nach Leipzig zurück, setzte dort sein Studium fort und trat – neunzehnjährig – umgehend der NSDAP bei. Fickert war indes kein „Alter Kämpfer“. Zwar vor der „Machtergreifung“ in die Partei eingetreten, besaß er doch keine Mitgliedsnummer unter 300.000. Von 1933 bis 1939 gehörte er dem „Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps“ (NSKK) an, von 1935 bis zur Auflösung dem „Reichsbund Deutscher Beamten“ und von 1935, ebenfalls bis zur Auflösung, dem „NS-Rechtswahrerbund“ (NSRB).

Zumindest im Oktober 1938 hatte Fickert im Militärdienst gestanden, da er mit der „Sudetenlandmedaille“[3] ausgezeichnet wurde. Diese erhielten Soldaten, die – Stichwort: Zerschlagung der Tschechoslowakei – in das Sudetenland einmarschiert waren und sich dabei als besonders befähigt erwiesen hatten.

Nach seinem Einsatz im Sudetenland ging Fickert zurück nach Leipzig. An der dortigen Juristischen Fakultät promovierte er am 19.12.1938 mit dem Prädikat „magna cum laude“. Greifeld hatte ein gutes halbes Jahr zuvor an derselben Fakultät promoviert. Man kannte einander mit Sicherheit. Von Juli bis September 1939 war Fickert Rechtsreferendar in Pirna. Hier sind die beiden sächsischen Jungjuristen einander wiederbegegnet. Greifeld war ja von März bis Mai 1939 und dann wieder von August bis September 1939 Assessor in Pirna gewesen.

Greifeld berichtete später, er habe 1940 auf Fürsprache verschiedener Herren eine neue Stelle in Dresden bekommen. Zu diesen Fürsprechern wird Fickert möglicherweise gehört haben, denn er war August/September 1938 Regierungsreferendar bei dem Regierungspräsidenten von Dresden-Bautzen und hatte aufgrund dieser höherrangigen Stellung wesentlich bessere Verbindungen „nach oben“ als ein Greifeld.

Bei Kriegsbeginn wurden Greifeld und Fickert zur Wehrmacht eingezogen, 27-jährig der eine, 26-jährig der andere. In Paris sah man einander womöglich wieder, denn in Fickerts Entnazifizierungsfragebogen ist zu lesen: „In Frankreich Mai 1940 – August

2 Es wurde oben bereits darauf hingewiesen, dass deutsch-völkisch eingestellte Studenten oft ein oder zwei Semester an Grenzland- oder „Stoßtrupp“-Universitäten wie Königsberg, Breslau, Wien, Graz, Innsbruck verbrachten, um ein politisches Zeichen zu setzen.

3 „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“.

1940/Februar 1941 – Juni 1941: Feldzug und Besatzung". Ob Greifeld und Fickert in Frankreich miteinander in Kontakt gestanden hatten und Fickert etwa vorübergehend in der deutschen Okkupationsverwaltung tätig gewesen war, ist nicht zu eruieren.[4]

Wie Fickerts Heimwehr-Engagement, seinem frühen NSDAP-Eintritt und seinem Verbleiben im Rechtswahrerbund zu entnehmen ist, war er der wesentlich schneidigere Nationalsozialist als Greifeld. Er war auch der schneidigere Soldat: Leutnant 1940, Oberleutnant 1942, Hauptmann 1943. Die Liste der Kriegsauszeichnungen Fickerts ist lang:

- Sudetenlandmedaille,
- EK II,
- EK I,
- Sturmabzeichen,
- Ostmedaille,
- Deutsches Kreuz in Gold,
- Verwundetenabzeichen.

Das Verwundetenabzeichen hatte Fickert wegen seiner schweren Kriegsverletzung erhalten (Unterschenkel-Amputation des rechten Beines). Danach nicht mehr kriegsverwendungsfähig, ging er in den Staatsdienst zurück. Wiederum gelangte er weit nach oben: Von Juli 1944 bis Januar 1945 war er persönlicher Referent des Distriktsgouverneurs von Krakau, Unterstaatssekretär Dr. jur. Curt von Burgsdorff. Krakau gehörte von September 1939 bis Januar 1945 dem „Generalgouvernement" an. Wir werden uns unten damit beschäftigen, da der spätere Karlsruher Geschäftsführer Dr. jur. Josef Brandl dort führend tätig war.[5] Soviel soll an dieser Stelle genügen: Als „Generalgouvernement" wurden Teile des von Deutschland besetzten Polen sowie – ab 1941 – Teile der besetzten Sowjetunion bezeichnet. Die Deutschen übten ein Schreckensregiment der Plünderungen, des Raubes und des Völkermordes aus. Das Generalgouvernement bestand 1944 aus den Distrikten Galizien, Lublin, Radom, Warschau und eben Krakau, der Hauptstadt des Generalgouvernements, wo der Generalgouverneur Hans Frank seinen Amtssitz hatte. Wir können uns einen Generalgouvernementsdistrikt als Regierungsbezirk und von Burgsdorff als Regierungspräsidenten vorstellen. Fickert war dessen engster Mitarbeiter. Er war in organisatorischer Hinsicht in Verbrechensnähe tätig.

Nach der Befreiung Krakaus im Januar 1945 wurde Fickert – abermals unter von Burgsdorff – Regierungsassessor im Reichsinnenministerium, Außenstelle Pirna. Curt von Burgsdorff wurde im Mai 1946 an Polen ausgeliefert, wo man ihm den

4 Jedenfalls wäre der Recherche-Aufwand für dieses *Greifeld*-Gutachten nicht zu vertreten.
5 Siehe unten: 25, „Dr. jur. Josef Brandl (geb. 1901)", S. 289 ff.

Prozess machte. Viel hat man ihm offenbar nicht vorwerfen können, denn er erhielt nur die Mindeststrafe von drei Jahren.[6]

Ab August 1945, nach einigen Monaten Internierungshaft, war Fickert Hilfs- bzw. angelernter Arbeiter in einer Holzwarenfabrik in Bodenwerder. Eine Tätigkeit als Privatlehrer für Stenografie war ihm aufgrund seines frühen Partei-Eintritts verboten worden.

Die Spruchkammer war milder gestimmt. In Fickerts Entnazifizierungsverfahren hieß es, er sei 1932, neunzehnjährig, aus jugendlichem „Idealismus" in die Partei eingetreten. Von seiner Mitgliedschaft in der protofaschistischen „Heimwehr" wurde kein Aufheben gemacht.

Und so wurde Fickert denn am 12.10.1948 vom Entnazifizierungs-Hauptausschuss in die Kategorie V eingeordnet („entlastet"). Um dieses Prädikat hatte sich Rudolf Greifeld vergeblich bemüht, obwohl er nach allem, was aus Quellen und Literatur zu ermitteln ist, weit weniger belastet war als sein Fürsprecher Hans Fickert. Dessen weiterer Werdegang soll hier nicht interessieren.

6 Zu näheren Informationen über v. Burgsdorffs Verfahren in Polen siehe: Musial, Bogdan, NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, in: VfZ 47 (1999), S. 26–56. Dort auch wichtige Einzelheiten über die polnischen Verfahren.

# 9 A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)

In seinem Entnazifizierungsverfahren legte Rudolf Greifeld auch eine Erklärung von Dr. jur. Walther Labs vor. Darin war von Greifelds Widerstandshandlungen gegen die NSDAP in Paris sowie von seinem ausgesprochen positiven Verhältnis zur französischen Administration die Rede, also zu Édouard Bonnefoy, ferner von der Rettung vierzehn bzw. fünfzehn junger Russen in Lutschna bei Polozk vor der Ermordung durch den SD. Labs' Pro-Greifeld-Erklärung betraf die Hergangszeiten Juni 1940 bis September 1941 sowie Januar 1944.

Wir erinnern uns daran, dass Labs Greifelds Nachtlokalvermerk paraphiert hatte, und wollen nun erkunden, um wen es sich bei Dr. jur. Walther Labs als einer weiteren nationalsozialistischen Umfeldperson Greifelds gehandelt hat.[1]

Geboren am 13.07.1910, hatte Walther Labs ab 1929 in Göttingen, Münster und Erlangen Jura studiert. Wohl von 1929 bis 1932 war er Mitglied der „Deutschen Studentenschaft" gewesen, in der ab 1931 die Nationalsozialisten die Richtung bestimmten. Womöglich unter diesem Einfluss trat der Zwanzigjährige Anfang 1931 der NSDAP bei, trat aber Ende 1932 wieder aus, um 1933, nach der „Machtergreifung", erneut „Pg" zu werden. Ebenfalls 1933 wurde Labs SA-Mann und blieb es bis 1940, seit 1938 als Truppführer[2]; ferner war er von 1933 bis Kriegsende im NS-Rechtswahrerbund; seit 1935 war er Mitglied des „NS-Altherrenbunds", dessen Aufgabe im Networking für Mitglieder des NS-Studentenbundes bestand. Schließlich gehörte Walther Labs ab 1935 der NS-Volkswohlfahrt (NSV) an. Er war also ein eifrig engagierter Nationalsozialist, Mitglied in fünf NS-Organisationen.

---

1 Die folgenden Einzelheiten beruhen, so nicht anders angegeben, auf: LA Duisburg, NW 1039 Nr. 2580 (Entnazifizierungsvorgang Dr. Walther Labs); LA Duisburg, NWO 14351 (Ordensangelegenheit Dr. Walther Labs/Verleihung Bundesverdienstkreuz Erster Klasse); LA Duisburg, NWO 23951 (Ordensangelegenheit Dr. Walther Labs/Verleihung Bundesverdienstkreuz Erster Klasse).

2 Ein SA-Trupp setzte sich aus drei oder vier „Scharen" zusammen, eine „Schar" aus ein bis zwei „Rotten", eine „Rotte" bestand aus vier bis acht Mann. Wir erinnern uns daran, dass Greifeld zeitweilig „Rottenführer" war.

Nach der Promotion im Jahr 1934 erklomm Labs in rascher Folge die Karrieresprossen eines Gerichtsreferendars beim Landgericht Essen, eines Regierungsreferendars im Regierungsbezirk Münster und – nach dem Regierungsassessor-Examen 1938 – eines Regierungsrates in Hannover. Der vorläufige Höhepunkt seiner Karriere war die Tätigkeit bei der Militärverwaltung von Paris von Juli 1940 bis Juni 1941. Labs war zunächst Kriegs-, sodann Oberkriegsverwaltungsrat, zuletzt Persönlicher Referent des Chefs des Verwaltungsstabes Paris. Fast ein Jahr standen Rudolf Greifeld und der über ihm rangierende Walther Labs miteinander in Kontakt. Aus dieser Zeit berichtete Labs in Greifelds Entnazifizierungsverfahren über jenen Straßenzug nahe der Avenue George V, dessen Requirierung Greifeld angeblich verhinderte.

Labs' nächster Karriereschritt erfolgte im Juli 1941, als er zum eben gegründeten „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete" kommandiert wurde, und zwar zunächst zum Vorbereitungsstab. Es handelte sich um das von dem NS-Chef-Ideologen Alfred Rosenberg geleitete Ministerium für die von Wehrmacht und SS beherrschten Gebiete im Baltikum und in der Sowjetunion. Es wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion gegründet. Völkermord und Ausplünderung verstanden sich für dieses Blutministerium von selbst. Es bestand bis September 1944. Ebenso wie der Generalgouverneur Hans Frank wurde Alfred Rosenberg vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal zum Tode verurteilt und gehenkt, beide am 16.10.1946.

Im Berliner „Ostministerium" – wir verwenden diese Bezeichnung der Kürze halber – konnte Labs sein Verwaltungstalent zur vollkommenen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten entfalten. Welche Aufgaben hatte er übernommen?[3] Er war führend am Aufbau der Verwaltungsstruktur des Ministeriums beteiligt und zudem Gruppenleiter der „Abt. II 1 – Innere Verwaltung".[4] Zu den Arbeitsschwerpunkten von Abt. II – 1 zählten Ordensangelegenheiten, die Formalisierung der Rechtsetzungsverfahren, Lösung von Verwaltungsfragen bei Sicherheits- und Abwehrmaßnahmen, verwaltungsrechtliche Absicherung der „ALRZ-Maßnahmen"[5]. Aufgrund seiner Stellung im Ministerium gehörte Labs zu dem kleinen auserwählten Kreis von Mitarbeitern, die, oft am Kamin in Alfred Rosenbergs Dienstwohnung, in abendlicher Runde dienstliche und weltanschauliche Fragen besprachen.

Natürlich – so ist man geneigt zu sagen – war Labs auch in die Vernichtungsmaßnahmen involviert, und zwar im Vorfeld der Berliner „Wannsee-Konferenz" über die „Endlösung der Judenfrage" (20.01.1942). Mitte Dezember 1941, vielleicht auch Anfang Januar 1942, führte er eine dienstliche Besprechung mit einem Beamten des

3 Das Folgende nach: Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …", a. a. O.
4 Ebd., S. 107.
5 ALRZ = Auflockerungs-, Lähmungs-, Räumungs- und Zerstörungsmaßnahmen.

Reichsinnenministeriums und schrieb darüber einen Vermerk: Heydrich[6], so heißt es darin, habe mit Genehmigung des Führers von Reichsmarschall Göring den Auftrag erhalten, eine „einheitliche Lösung der Judenfrage in Europa durchzuführen". Als Jurist sollte Labs daran mitwirken, die Ausdehnung des „Judenbegriffs" auf „Mischlinge" im verwaltungsjuristischen Sinn vorzunehmen.[7] Labs, so Andreas Zellhuber, sei zwar als Leiter der Abteilung Innere Verwaltung vornehmlich mit verwaltungsjuristischen Aspekten der Bestimmungen „Jude" und „Halbjude" befasst gewesen, woraus aber nicht der Schluss gezogen werden dürfe, er hätte von den weiteren Vorgängen um die Judenvernichtung keine Kenntnis gehabt.[8] Labs war zugegen, als ein Massaker an 11.000 ungarischen Juden beschlossen wurde.

Für einen Mann wie Labs war es unerheblich, ob er seine juristischen und Verwaltungskenntnisse in die Juden- und Slawenvernichtungspolitik oder etwa in die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs einbrachte. Damit sind wir bei der Nachkriegsbiografie angelangt und können nach einigen Übergangsstationen der ersten Nachkriegsjahre eine steile Karriere betrachten.

Am 31.01.1945 wurde Labs zum Volkssturm eingezogen. In Kriegsgefangenschaft oder Internierungshaft war er wohl nur ca. ein Vierteljahr. Vom 17.09.1945 bis zum 24.04.1946 war er Hilfsarbeiter bei einer Straßenbaufirma; am 06.05.1946 begann er eine Schreinerlehre; am 11.03.1948 bekam er seine Urkunde als Schreinergeselle.

Labs' Entnazifizierungsverfahren wurde vor dem Entnazifizierungshauptausschuss Gladbeck, heute Kreis Recklinghausen, verhandelt. Der Hauptausschuss gelangte am 03.12.1947 zu dem Beschluss, ihn in die Kategorie V („entlastet") einzustufen. Wir erinnern uns: Als „Entlastete" galten Personen, die außerhalb der NS-Bewegung gestanden oder sogar Widerstand geleistet hatten; wir erinnern uns daran, dass man Rudolf Greifeld diese Einstufung verweigert hatte, und wir erkennen daran, wie sehr die Einstufungen von der Zusammensetzung der Entnazifizierungsausschüsse abhängig waren.

Wie im Verfahren gegen Dr. jur. Hans Fickert wurde von der Spruchkammer auch zugunsten von Walther Labs festgehalten, dass er aus jugendlichem „Idealismus" so früh, nämlich 1931, in die „Partei" eingetreten war, beeinflusst im Übrigen von der starken NS-Propaganda an der Universität Göttingen. Seine Ernennung zum SA-Truppführer sei nur papiermäßig erfolgt, Labs habe ja nie einen Trupp geführt. Und sodann hieß es:

6 Labs schrieb „Heyderich".
7 Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …", a. a. O., S. 226.
8 Ebd., S. 233.

> „Seine (Labs'/B.-A. R.) Tätigkeit in den von Deutschland besetzten Gebieten erstreckte sich auf verwaltungstechnischem Gebiete ohne jeglichen politischen Einfluss."

So urteilen Verwaltungsleute über Verwaltungsleute und Juristen über Juristen.

Labs hatte Greifeld in dessen Entnazifizierungsverfahren unter anderem bescheinigt, in Paris in einem guten Verhältnis zu den französischen Administratoren gestanden und auch die Requirierung eines ganzen Straßenblocks verhindert zu haben. In Labs' Entnazifizierungsverfahren bestätigte Greifeld ihm ein Dreivierteljahr später genau dasselbe! Labs habe sich stets bemüht, ausgleichend zwischen den Anordnungen der deutschen Besatzungsmacht und den Wünschen der Franzosen zu wirken, Greifeld bestätigte ferner, was Labs ihm ebenfalls bereits bestätigt hatte: Labs habe in Paris die Requirierung eines ganzen Straßenzuges nahe der Avenue George V verhindert …

Wir können hier wechselseitige Persilschein-Ausstellungen in Reinform betrachten.

Kategorie V, „entlastet", ermöglichte Labs die zweite Karriere. Der Oberregierungsrat und nunmehrige Schreinergeselle Dr. jur. Walther Labs wurde zunächst „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter"[9] am Forschungsinstitut für Sozial- und Verwaltungswissenschaften, Universität zu Köln. Am 01.01.1950 wurde er Rechtsreferent sowie Referent für Koordinierungs- und Konzessionsfragen beim Verband Öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV), 1952 Stellvertretender Verbandsdirektor, 1957 Direktor.

Gute Fachleute werden immer gebraucht, und Labs war ein guter Fachmann, kompetent, pflichtbewusst, engagiert, unermüdlich, erfahren und gewitzt bei der verwaltungsrechtlichen Strukturierung von Behörden und Verbänden. Dies hatte er sowohl in Paris wie auch in Rosenbergs „Ostministerium" bewiesen.

1942 hatte Labs den Beitrag „Die Verwaltung des Reichskommissariats Ostland" publiziert, 1943 folgte „Die Verwaltung der besetzten Ostgebiete". 1950 war er im Tagungsband „Ausbildung und Berufsauffassung im öffentlichen Dienst" mit einem Beitrag vertreten, 1971 legte er seine Monografie „Personennahverkehr in Stadt und Region" vor.

1975 konnte Labs auf 25 Jahre Tätigkeit beim VÖV zurückblicken. In Verkehrsdingen, so könnte man sagen, führte an Dr. jur. Labs kein Weg vorbei. Eine Auswahl, Stand 1975:

---

9 Das entsprach nicht der heutigen Studentischen Hilfskraft („HiWi"). Ein Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter war, was man als einen angestellten Wissenschaftlichen Mitarbeiter bezeichnet, einen „Mittelbauer" im unteren Segment, zuallermeist mit befristetem Anstellungsvertrag.

- Beiratsmitglied beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau,
- Geschäftsführungsmitglied des Aktionsausschusses Verkehr der Europäischen Gemeinschaften,
- Mitglied des Hauptvorstands der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft,
- Verbandsdirektor VÖV,
- Vorstandsmitglied im Deutschen Verkehrssicherheitsrat.

Ferner verfasste er zahlreiche Fachpublikationen und Beiträge in Handbüchern.

1975 war Labs 25 Jahre Verkehrsmanager, und sein 65. Geburtstag stand bevor. Was lag näher, als ihn mit dem Bundesverdienstkreuz zu ehren?

Genau das beantragte der nordrhein-westfälische Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Verkehr am 24.06.1975: Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (Verdienstkreuz Erster Klasse) an Dr. jur. Walther Labs.

Auf die übliche Routine-Anfrage nach NS-Belastungen hin sandte das Berlin Document Center eine Liste aus dem Ostministerium, Stand 25.11.1942. Darin wird Walther Labs als Oberregierungsrat und Abteilungsleiter aufgeführt. Dass er in Rosenbergs Ostministerium an leitender Stelle tätig gewesen war, wusste die Landesregierung von NRW also. Aber auf skandalöse Weise fragte sie nicht nach Details. Das Landesinnenministerium teilte am 16.07.1975 mit, es lägen keine Erkenntnisse vor, die gegen die Verleihung des Verdienstordens sprächen.

Und so erhielt Walther Labs das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse am 15.12.1975.

Im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens Greifeld hatte Walther Labs unter dem 25.05.1948 erklärt, er habe diesen im Jahr 1940 kennengelernt, und man stehe seitdem, außer der Zeit von 1945 bis 1947, ununterbrochen in enger Verbindung.[10]

[10] Es ist allerdings zu bedenken, dass Versicherungen, man kenne einander sehr gut, in Entnazifizierungsverfahren den Wert entlastender Bekundungen erhöhen sollten, also Teil der Strategie sein konnten.

# 10 Greifeld wechselt von der ungeliebten Sparkasse ins Wirtschaftsministerium

Den ungeliebten Sparkassenposten verließ der zu diesem Zeitpunkt 36-jährige Greifeld im April 1948 und trat eine Stelle im Wirtschaftsministerium an. Er wurde am 16.04.1948 Nachfolger eines unfähigen Beamten, war aber selbst zunächst nichtbeamteter Angestellter. Später verbeamtet, war sein letzter Dienstrang der eines Leitenden Regierungsdirektors.

Im Stuttgarter Wirtschaftsministerium fielen in Greifelds Zuständigkeit unter anderem Energie- und Bergwirtschaft sowie Forschungsförderung, also für ihn vollkommen neue Arbeitsfelder. Eine Aufgabenbeschreibung von 1952 lautete: „Verwaltungsberichterstatter für die Referate Energie, Gas, Wasser, Bergbau, Hüttenwesen und Landesgeologie".[1] Hinzu kam 1955 „die wichtig gewordene Sonderabteilung Kernenergie" mit Greifeld als Leiter.

Nach Wirtschaftsminister Veits 1952 geäußerter Ansicht war die Energieversorgung der „Motor des modernen wirtschaftlichen Lebens".[2] Bereits 1952 hatte Greifeld die friedliche Kernenergienutzung verfochten und seinen Minister womöglich als Erster auf deren phantastische Möglichkeiten aufmerksam gemacht.[3]

Auf dem Kernenergie-Sektor, so schrieb Veit vier Jahre später, Juli 1956, sei Greifeld ein sehr bewährter Beamter; er habe im Zusammenhang mit der Errichtung eines Atommeilers in Karlsruhe wachsende Aufgaben zu übernehmen und führe zahlreiche Verhandlungen mit Bund, Land und Industrie.[4] Hierfür nutzte Greifeld auch Kontakte aus alten französischen Zeiten, so zu Elmar Michel[5] und zu August Herbold, zeitweise Greifelds Kamerad in Frankreich, nun ebenfalls Energiespezialist und zugleich Mitglied entscheidender Gremien.

---

1 Personalakte Greifeld, HStS, EA 6–151 Bü 1, Bd. 1.

2 „Minister Veit über die Aufgaben des Wirtschaftsministeriums", Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 27.08.1952.

3 Siehe: Gleitsmann, Im Widerstreit der Meinungen, a. a. O., S. 95, Fußnote 878.

4 Vermerk, gez. Veit, 07.07.1955, ebd. In dem Vermerk begründet Veit die Beförderung Greifelds zum Regierungsdirektor.

5 Siehe unten: 12, „A Closer Look: Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977), der Ausplünderer Frankreichs", S. 159 ff.

Greifeld besaß das volle Vertrauen seines Ministers Veit. Zwischen beiden stimmte die „Chemie“. Greifeld hatte sich gemeinsam mit anderen Akteuren für Karlsruhe als Standort des bundesdeutschen Atomforschungszentrums erfolgreich eingesetzt, er hatte die „Sonderabteilung Kernenergie“ im Wirtschaftsministerium geleitet. Was lag näher, als ihn zum Verwaltungschef des Kernforschungszentrums zu bestellen?

Das Karlsruher Zentrum wurde als Kernreaktor Bau- und Betriebs-GmbH am 19.07.1956 mit der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages offiziell gegründet. Am 01.08.1956 wurde Greifeld von seinem Dienst im Wirtschaftsministerium beurlaubt, am 01.10.1956 trat er seinen Dienst an. Formal schied er mit dem 08.12.1961 aus dem Dienst des Wirtschaftsministeriums aus.

Dem ersten Aufsichtsrat, insgesamt zwölf Mitglieder, gehörten fünf Vertreter der öffentlichen Hand und fünf der Industrie an. Die restlichen beiden Sitze erhielten der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg und Otto Haxel „als ehrenamtlicher Interimsvertreter der Wissenschaft“.[6] Das erste Aufsichtsratspräsidium des Karlsruher Zentrums bestand aus den Herren Atomminister Strauß, Karl Winnacker, Vorstand der Farbwerke Hoechst AG, und Hermann Veit.

6 Oetzel, Forschungspolitik, a. a. O., S. 69 f.

# 11 A Closer Look: Greifelds Gönner Hermann Veit (1897–1973)

Der sozialdemokratische Jurist Hermann Veit (1897–1973) war nacheinander und unter anderem Karlsruher Oberbürgermeister, Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, und damit Greifelds Chef von 1948 bis 1956, er war Stellvertretender Ministerpräsident, Bundestagsabgeordneter und Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums. Veit war ein viel geehrter Mann: Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe und Ehrendoktor der dortigen TH, Ehrensenator der Universität Stuttgart, Professor ehrenhalber, Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Für einen Standort Karlsruhe des künftigen bundesdeutschen Kernforschungszentrums hatte sich Veit mit starkem persönlichen Engagement eingesetzt und etwa Bundeskanzler Adenauer auf informellem Weg die Vorzüge eines solchen Standortes nahebringen lassen.[1]

Veit gehörte dem ersten Karlsruher Aufsichtsratspräsidium an.

Die Bedeutung des Mannes ist damit aber nur grob skizziert. Hermann Veit war einer mächtigsten Politiker Baden-Württembergs. Er war einer der wichtigsten Akteure, mit denen Greifeld in der Nachkriegszeit beständigen Umgang pflog. Im Folgenden wird ein Porträt versucht.[2]

Im „Spiegel“ hieß es im Jahr 1969: „(…) der Jurist Dr. Rudolf Greifeld, 57, Protegé des baden-württembergischen SPD-Politikers Hermann Veit (…)“. In der Tat hatte Greifeld dem Mann seine Karriere im Wirtschaftsministerium von 1948 bis 1956 und im Anschluss daran seine Leitungstätigkeit im Karlsruher Forschungszentrum zu verdanken. Beide verband eine lebenslange Freundschaft, die 1973 endete, dem Todesjahr von Veit. Man sah einander oft, nicht selten täglich. Veit war ein in der Regel gut informierter Mann, und es ist davon auszugehen, dass er auch über Rudolf Greifeld gut informiert war.

---

1 Gleitsmann, Im Widerstreit der Meinungen, a. a. O., S. 19, 45.

2 Zum Folgenden siehe, wenn nicht anders angegeben: HStS, Findbuch N, Veit, Einführung, https://www2.landesarchiv-bw. (Zugriff 03.2015).

Hermann Veit, geboren 1897, stammte aus einem Musiker-Elternhaus. Nach dem Abitur im Jahr 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger, siebzehn Jahre alt, wurde Leutnant, erhielt EK II und EK I. Ab dem Wintersemester 1916/17 studierte er Jura in Heidelberg mit vorübergehendem Aufenthalt in Leipzig. Erste juristische Staatsprüfung 1921 mit dem Prädikat „gut"; Zweite juristische Staatsprüfung 1923 ebenfalls mit „gut". Im Anschluss an den obligatorischen Assessoren-Parcours sowie einem Jahr in der Hochschulabteilung des Kultusministeriums ließ Veit sich in Karlsruhe als Rechtsanwalt nieder und erhielt eine Zulassung beim dortigen Landgericht.

1928 trat Hermann Veit der SPD bei und war als Versammlungsredner aktiv, was wegen der zahlreichen rechtsradikalen Studierenden in der Hochschulstadt Karlsruhe kein Vergnügen gewesen sein dürfte. Das gleiche gilt für die SPD-Reichstagskandidatur 1932 und für Veits juristische Abwicklungstätigkeit für seine am 22.06.1933 verbotene Partei.

Als Anwalt war Veit „Verteidiger zahlreicher Regimegegner" vor den Sondergerichten, so oppositioneller Christen oder Angehöriger der „Eisernen Front".[3] Bei Kriegsende wurde er trotz seiner mutigen Haltung im „Dritten Reich", auch trotz seiner jüdischen Ehefrau, von den Franzosen interniert, kam aber am 10.05.1945 wieder frei.

Die steile Karriere des mutigen Mannes begann. Er wurde im August 1945 von der nun amerikanischen Militärregierung zum Oberbürgermeister von Karlsruhe *ernannt* und im Juni 1946 vom Karlsruher Stadtrat einstimmig zum Oberbürgermeister *gewählt.* Bald gehörte Veit dem Bundesvorstand der SPD an und war von 1948 bis 1969 Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses. Nachdem die Regierung von Württemberg-Baden Ende 1946 gebildet worden war[4], erhielt Hermann Veit das Amt des Wirtschaftsministers und legte daraufhin sein Karlsruher Oberbürgermeisteramt nieder, nach seiner Wahl in den ersten Bundestag im Jahr 1949 verzichtete er auf sein Landtagsmandat, blieb aber bis 1960 baden-württembergischer Wirtschaftsminister. 1951 wurde Hermann Veit zusätzlich Stellvertretender Ministerpräsident von Württemberg-Baden.

Veit war einer der Architekten Baden-Württembergs. Überwindung des wirtschaftlichen Notstands, Förderung der mittelständischen Wirtschaft und wirtschaftliche Erneuerung waren seine Hauptanliegen als Wirtschaftsminister.

---

3 Koch, Manfred, Landeshauptstadt oder Aschenbrödel?, a. a. O., S. 190. Die „Eiserne Front" war der Zusammenschluss des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" (SPD), der Gewerkschaften und des „Arbeiter-Turn- und Sportbundes" zum Kampf für die Republik.

4 Baden-Württemberg entstand 1952 als Fusion von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

Als jemand, der am eigenen Leibe erlebt hatte, was Energieknappheit bedeutete, was im Übrigen für seine Generation überhaupt gilt, wurde er zu einem glühenden Befürworter der friedlichen Kernenergienutzung und gehörte später dem Präsidium des Deutschen Atomforums an. Wir haben bereits gehört, dass es womöglich Greifeld war, der Minister Veit auf das Potential der friedlichen Kernenergienutzung hingewiesen hatte, auf die aus damaliger Zukunftsperspektive phantastischen Möglichkeiten der Atomreaktoren. In einer Auflistung der Verdienste Veits – wohl als Material für die Trauerrede des Ministerpräsidenten Filbinger – wurde hervorgehoben, es sei hauptsächlich ihm zu verdanken, „dass Karlsruhe Standort des ersten deutschen Forschungszentrums (sic!) wurde, obwohl sich auch andere Bundesländer nachdrücklich darum beworben hatten".[5]

Die „Esslinger Zeitung" schrieb am 27.08.1959, Veit sei im Grunde seines Herzens überzeugter Sozialist, zugleich wurde sein außerordentliches Engagement für das Karlsruher Atomforschungszentrum hervorgehoben. Dass ein linker Sozialdemokrat die Kernenergienutzung befürwortete, war in den 1950er Jahren alles andere als eine Seltenheit. Es genügt ein Blick auf Leo Brandt, den Gründer des Forschungszentrums Jülich.[6] Die angestrebte Atomwirtschaft war tendenziell eine eher sozialdemokratische als christdemokratische Angelegenheit.[7]

Welche Rolle der Sozialdemokrat Hermann Veit vor der „Machtergreifung" sowie im Nationalsozialismus spielte, wurde bereits ausgeführt. Wie deutete er den Nationalsozialismus aus der Nachkriegsperspektive? Dies geht aus einer Rede hervor, die er am 31.10.1947 gegen die Demontage-Maßnahmen der Alliierten hielt. Derartige Reden boten immer wieder Gelegenheit, mit den Siegern abzurechnen, und zwar bis hin zu Vorwürfen, die Alliierten seien auch nicht besser als die Nationalsozialisten.

Anders Veit. Mit dem neuen Demontageplan, so führte er aus, werde uns „die Rechnung präsentiert (…) für die Verbrechen, die die nationalsozialistischen Führer an den Völkern Europas begangen haben". An der Wiedergutmachung der Schäden mitzuwirken, sei die selbstverständliche menschliche und rechtliche Pflicht des deutschen Volkes, und das deutsche Volk habe auch den ehrlichen Willen dazu. Aber die Entschädigung aus den Produktivkräften eines Volkes habe immer dort ihre unübersteigbare Grenze, wo die Existenz des Volkes in Frage gestellt sei.[8]

---

5 Personalakte Veit – Staatsministerium, HStS, EA 1–151 Bü 50.

6 Siehe: Mittermaier, Bernhard, Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Leo Brandt (1908–1971), Ingenieur – Wissenschaftsförderer – Visionär. Wissenschaftliche Konferenz zum 100. Geburtstag des nordrhein-westfälischen Forschungspolitikers und Gründers des Forschungszentrums Jülich, Jülich 2009 (Schriften des Forschungszentrums Jülich/General, Vol. 6).

7 Siehe den Abschnitt „Das Projekt Kernenergie als linke Utopie", in: Rusinek, Das Forschungszentrum, a. a. O., S. 97–101.

8 Personalakte Veit – Staatsministerium, HStS, EA 1–151 Bü 50.

Dies wurde zu einer Zeit gesprochen, als sich in Teilen der Bevölkerung die Meinung durchzusetzen begann, so einzigartig schlimm sei Hitler auch wieder nicht gewesen. 1947 hatten etwa Otto Hahn und der Mediziner Hermann Rein behauptet, die Maßnahmen der Befreier vom „Dritten Reich" trügen selbst Züge des „Dritten Reiches".[9] Zwei Jahre später formulierte der Düsseldorfer Regierungspräsident, Elemente der Besatzungspolitik zeigten, „dass derselbe Teufel, der uns so lange geritten hat, nun die Gegenseite reitet".[10] Nichts stand den zitierten Herren ferner als die Reflexionen eines Hermann Veit über deutsche Schuld und notwendige Wiedergutmachung.

1963 wandte Veit sich „vehement gegen die oft unverständlich milden Urteile deutscher Gerichte in Prozessen gegen nationalsozialistische Gewaltverbrecher", Urteile, die nach seinen Worten zu „größter Besorgnis um den vielgepriesenen Rechtsstaat in der Bundesrepublik" Anlass gäben.[11] In einem Artikel zu Veits 75. Geburtstag hob die Badische Zeitung am 12.04.1972 hervor, dass er sich im Landtag von Baden-Württemberg in den Auseinandersetzungen mit der NPD profiliert habe.

Veit war ein ausgesprochener NS-Gegner; er war Verteidiger von Regimegegnern; war mit einer Jüdin verheiratet und über die antijüdischen Schand- und Gräueltaten der Nationalsozialisten informiert; er kritisierte die milden Urteile deutscher Gerichte gegen NS-Täter; er bekämpfte die NPD. Zudem wird Veit als ein Mensch geschildert, „intelligent, juristisch und politisch sehr versiert, aber empfindlich bis zur persönlichen Gereiztheit, auch im kleinen Kreis nicht ohne gezielte Schärfe argumentierend".[12]

Wir können Rudolf Greifeld und Hermann Veit nicht mehr interviewen. Nehmen wir aber alle genannten Aspekte von Veits politischer Biografie, seine Kritik an rechten und rechtsradikalen Strömungen, sein aufbrausendes, spitzes und oftmals gereiztes Wesen zusammen, so ist es schwer vorstellbar, dass Veit rassistische und antisemitische Äußerungen Greifelds, dessen Prahlereien über seine Aufgabe bei dem Pariser „Führerbesuch", dessen Salbadereien, dass der „Führer" im Grunde ein fähiger Mann gewesen sei etc., geduldet und die enge Zusammenarbeit mit Greifeld unbekümmert fortgeführt hätte. Vermutlich hätte Greifeld einem Wirtschaftsminister Veit gegenüber solche Auffassungen auch nicht geäußert – wenn er sie denn tatsächlich hegte.

---

9 „Einladung nach USA", Beilage der Göttinger Universitätszeitung, 2 (1947).

10 Denkschrift Regierungspräsident Baurichter „Warum Ablehnung der Demontage?", 10.6.1949, zit. nach: Strick, Christina, Jenseits der Routine? Die Bezirksregierung Düsseldorf von 1945 bis 1955, Diss. Düsseldorf 2007 (docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-7208), S. 39 (Zugriff 05.2015).

11 HStS, Findbuch N, Veit, a. a. O.

12 Reiff, Hermann, Erlebtes Baden-Württemberg. Erinnerungen eines Ministerialbeamten, Stgt. 1985, S. 47.

Wir müssen aber noch eine weitere Differenzierung zur Diskussion stellen: Es machte Veit offenbar nichts aus, mit August Herbold einen ehedem in der Wolle gefärbten Nationalsozialisten zu fördern, Freikorpsmann, „Alter Kämpfer", SS, SD, im besetzten Frankreich führend tätig.[13]

Monika Plessner berichtet, dass sogar ein Max Horkheimer „nach berühmtem Vorbild" einen politisch schwer belasteten Verwaltungsbeamten als Bürovorsteher einstellte.[14]

Vielleicht war Veit die NS-Vergangenheit seiner Mitarbeiter weniger wichtig, als es von heute aus geboten erscheint. Doch *gegenwärtiger* Nazismus hätte den linken Sozialdemokraten und NS-Gegner Veit auf den Plan gerufen.

Michael Greifeld auf die Frage, ob sein Vater in einer Partei gewesen sei:

> „Einer Partei hat mein Vater nach 1945 nicht angehört. Auch, wenn er vielleicht konservativ geprägt war, so tendierte er doch in Richtung Sozialdemokratie. Er war da sehr personenbezogen (s. z. B. Dr. Hermann Veit)."[15]

13 Siehe oben: 6, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. August Herbold (1905–1976)", S. 129 ff.

14 Plessner, Monika, Die Argonauten auf Long Island. Begegnungen mit Hannah Arendt, Theodor W. Adorno, Gershom Sholem und anderen, Bln. 1995, S. 62. Mit dem berühmten Vorbild war wohl Hans Globke gemeint, Mitverfasser und Kommentator der rassistischen „Nürnberger Gesetze", in der Bundesrepublik Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts.

15 Mitteilung an den Verfasser, 29.01.2015.

# 12 A Closer Look: Dr. jur. Elmar Michel (1897–1977), der Ausplünderer Frankreichs

Dr. jur. Elmar Michel war von 1940 bis 1944 Leiter der Wirtschaftsabteilung bei dem Militärbefehlshaber Frankreich und von 1943 bis 1944 oberster Militärverwaltungsbeamter für das besetzte Gebiet. Er wurde oben bereits als mächtigster Funktionär der deutschen Okkupanten bezeichnet. In Quellen und Literatur über die Okkupation ist von Elmar Michel sehr häufig die Rede, von Greifeld mit Ausnahme des Nachtlokalvermerks nicht.

Elmar Michel und Rudolf Greifeld waren einander nach 1948 gut bekannt. Ob der Kontakt in der Pariser Zeit mehr als oberflächlich gewesen war, ist nicht zu eruieren. In der Bundesrepublik setzte Elmar Michel sich bereits zu Beginn der 1950er Jahre für die Kernenergienutzung ein. Sein „A Closer Look"-Porträt ist, was die Nachkriegszeit und insbesondere die Entnazifizierung anbelangt, passagenweise auch als Groteske lesbar.

Michel entstammte einer schwäbischen Beamtendynastie. Er studierte in Tübingen und Berlin. Natürlich studierte er Jura, und wie bei Greifeld kam die Volkswirtschaft hinzu. Natürlich promovierte er zum Dr. jur.[1] Er wurde für hochbegabt gehalten und machte seinen Weg zunächst in der württembergischen Innenverwaltung. Aufgrund seiner Fähigkeiten wurde er 1925 vom damaligen Innenminister Bolz nach Berlin an das Reichwirtschaftsministerium vermittelt. Hier stieg er zum Ministerialdirektor auf – eine Ebene unterhalb des Staatssekretärs.

In deutschen Wirtschaftskreisen sowie in der Wirtschaftspolitik war Elmar Michel bekannt geworden als Autor bzw. Ko-Autor der in mehreren Auflagen erschienenen und jeweils aktualisierten Schrift „Das Rabattgesetz vom 25. November 1933. Nebst Durchführungsverordnungen vom 21. Februar 1934, 19. Februar 1935 und 29. Juli 1938 und Nebengesetzen mit eingehenden Erläuterungen". Die Schrift erschien auch nach dem Krieg.

---

1 Michel, Elmar, Die behördliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit und Verbindlichkeit von Gesetzen und Verordnungen im Lichte des neuen Reichsstaatsrechts, Diss. jur., Tübingen 1921.

Was wäre „trockener", was erschiene harmloser und politikferner als dieses Thema? Der Historiker Götz Aly belehrt uns eines Besseren, indem er die ideologischen Fundamente freilegt. Das Gesetz habe sich ausdrücklich gegen „das Gefeilsche", den „artfremden Händlergeist der liberalistischen Systemzeit" und gegen die „jüdische Krämerseele" gerichtet. Die Gesetzesziele lauteten „Läuterungen des Wettbewerbs" und „Kampf gegen Entartungen".[2] Das Rabattgesetz vom November 1933 sollte ebenso wie das Gesetz zum Schutz des deutschen Einzelhandels (Mai 1933) den „Übelstand des Zugabeunwesens" unterbinden. Es handelte sich um ein Schutzgesetz für den „arischen" wirtschaftlichen Mittelstand. Zur Neu-Auflage des Werks im Jahr 1957 schrieb Michel: „In den Grundzügen brauchte nichts geändert zu werden."[3]

Dr. jur. Elmar Michel, Rabatt-Spezialist, war von 1933 bis 1945 Mitglied des NS-Luftschutzbundes, von 1934 bis 1945 im NS-Rechtswahrerbund (NSRB), von 1934 bis 1945 im NS-Beamtenbund (NSB), von 1936 bis 1945 in der NS-Volksfürsorge (NSV), von 1938 bis 1945 im Deutschen Roten Kreuz und von 1940 bis 1945 in der NSDAP.[4] Michel ist durch „Gestellungsbefehl" nach Frankreich gekommen.[5] Er blieb formal bis 1945 Beamter des Reichswirtschaftsministeriums.

Eine Zeitung hob aus Anlass des 70. Geburtstages von Elmar Michel hervor, er sei „im Zweiten Weltkrieg zum Leiter der Militärverwaltung in Frankreich und später als Chef der Militärverwaltung berufen" worden.[6] Im Vorbeigehen: Wenn Michels Tätigkeit in Paris in einer Würdigung zu seinem 70. Geburtstag im Jahr 1967 als Teil einer bewundernswerten Karriere herausgestellt wurde, warum hätte Greifeld mit seiner Kriegsverwaltungsratstätigkeit, weit unterhalb von Michel rangierend, hinter dem Berge halten sollen? Dies ist eine der immer wieder zu stellenden Fragen.

Den oben ausführlich zitierten MBF-Berichten über Vorgänge in der besetzten Zone Frankreichs sind vor allem Einzelheiten über das Politische entnommen worden, so über die sich verschärfenden Maßnahmen gegen Juden und Freimaurer, über Hetzausstellungen und -filme. Aber wie auch in Gestapo-Berichten nehmen Passagen

2 Aly, Götz, Handfeste Brauchbarkeit. Das Rabattgesetz oder die Freiheit des Feilschens, in: Ders., Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, Ffm. 2003, S. 61–63; siehe auch Alys Artikel „Das Rabattgesetz. Ein Nachruf", in: Berliner Zeitung. 25.07.2001.

3 Zit. nach: Aly, Rasse und Klasse, a. a. O., S. 62.

4 StAL, EL 903–3 – Bü 3721 (Karteikarte. Interniertenlager 75, Kornwestheim, Ludendorffkaserne) u. StAL, EL 902–20 Spruchkammer 37 – Stuttgart, Verfahrensakten – Bü. 80227 (Spruchkammerakte Elmar Michel).

5 Die Anordnung liegt der Akte in Abschrift bei: „Oberbefehlshaber des Heeres/Heeresverwaltungsamt Ag V I/An den Ministerialdirigenten Herrn Dr. Michel/„Ich ernenne Sie zum Beamten auf Kriegsdauer im Kriegsheere. Während der Dauer Ihres Dienstverhältnisses sind Sie Angehöriger der Wehrmacht (…)".

6 Zeitungsausschnittsammlung betr. Elmar Michel, HStS, Akte J 191.

über Wirtschaftsdinge einen wesentlich breiteren Raum ein.[7] Michel war Leiter der Wirtschaftsabteilung des MBF. Diese Funktion hatte er während der gesamten Okkupationszeit inne, also von 1940 bis 1944. Ab dem 01.08.1942 leitete er als „Kriegsverwaltungschef" auch die Abteilung Verwaltung. Ab dem 08.04.1943 firmierte er als „Chef des Verwaltungsstabes" und war damit oberster Militärverwaltungsbeamter beim MBF.[8]

Elmar Michels Aufgabe als Leiter der Abteilung Wirtschaft hatte Hermann Göring dahingehend bestimmt, dass dieser „die französische Wirtschaft auf die deutschen kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten" umstellen sollte.[9] Dieser Euphemismus bedeutete Überwachung und Lenkung der Wirtschaft, Auspowerung des französischen Potentials. In Michels Zuständigkeitsbereich fielen auch „Entjudung" und „Arisierung".[10] Michel als „Obersten Chef der Abteilung Ausplünderung" zu bezeichnen, wäre nicht übertrieben. Wie sehr er ins Große disponierte, illustriert eine Besprechung mit dem Leiter der Zentralfinanzabteilung der I. G. Farben am 09.06.1942. Man sprach unter anderem „über die Möglichkeiten der Transferierung stillgelegter (französischer/B.-A. R.) Fabriken nach Südost-Europa".[11]

Elmar Michel blieb bis zum Rückzug aus Frankreich im August 1944 in seiner Pariser Funktion. Am 11.05.1945 wurde er als Angehöriger des Südstabes des Reichswirtschaftsministeriums in Bad Wiessee verhaftet und in das Gefängnis München-Stadelheim verbracht. Nach Bad Wiessee waren gegen Kriegsende Teile des Reichswirtschaftsministeriums ausgelagert worden. Die Amerikaner nahmen Michel in "Automatic Arrest". 1947 hatte er mit seiner Entlassung gerechnet, wurde aber als Zeuge in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen für ein weiteres Jahr festgehalten.[12] Er sagte im I. G. Farben-, im Krupp- sowie im Wilhelmstraßen-Prozess[13] aus. Somit war Elmar Michel fast vier Jahre in Haft. Er kam daher – dies beiläufig – als Networker zugunsten von Greifeld nicht in Betracht.

Hans Speidel, im Juni 1940 der Organisator des „Führer"-Besuches in Paris, stellte Elmar Michel und seiner Tätigkeit in Frankreich ein schmeichelhaftes Zeugnis aus. Die Wirtschaftsabteilung beim MBF, so lesen wir, sei „ebenfalls von einem

7 Siehe etwa: Faust, Anselm, Rusinek, Bernd-A., Dietz, Burkhard (Bearb.), Lageberichte rheinischer Gestapostellen, Bd. 1: 1934, Düsseldorf 2012 (und Folgebände).

8 Umbreit, Militärbefehlshaber, a. a. O., S. 18.

9 Schreiben der Vierjahresplanbehörde, 29.03.1941 (StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NG 2819).

10 Brunner, Frankreichkomplex, a. a. O., S. 41.

11 Memo Max Ilgner über Besprechung mit Michel. StAN-IMT, NI 677.

12 „Dr. Elmar Michel, Ministerialdirektor, geb. 16.06.1897, Stuttgart, Rotebühlstraße 164. Lager 75. Zugang am 14.01.1947 v. Regensburg. Verlegt am 06.08.1947 nach Nürnberg, Justizpalast." (StAL, EL 903/3 – Bü 3721: Karteikarte. Bestand EL 903/3 Interniertenlager. Verfahrensakten Lager 75. Kornwestheim, Ludendorffkaserne).

13 Anklage gegen Angehörige des Auswärtigen Amtes sowie weiterer Behörden.

ausgezeichneten Württemberger“[14] geleitet worden, Dr. Elmar Michel. Von ihm sollte die französische Wirtschaft „so gelenkt werden, dass sie auch deutschen Notwendigkeiten angeglichen werden konnte“. Michel habe sich mit einer beaufsichtigenden Tätigkeit begnügt, „welche die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Interesse der Zukunft ausbauen sollte“.[15] Der ausgezeichnete Württemberger Michel als Vorläufer der deutsch-französischen Aussöhnung, als Pionier von EWG und EU?

Aber Speidels Kompliment war ein Nichts im Vergleich mit dem Lobgesang im Spruchkammerverfahren gegen Michel.[16] Denn darin lesen wir, dass nach der „unbedingt glaubwürdigen Darstellung“ Elmar Michels, bekräftigt durch eine Reihe von Zeugnissen und Zeugenvernehmungen, dessen „Haltung (…) gegenüber der NSDAP immer eine ablehnende“ gewesen sei. Er habe sich gegen alle Eingriffe der NSDAP verwahrt. Auch gegen die „Arisierungen“ von Geschäften und Kaufhäusern habe er sich eingesetzt bzw. sei für eine entsprechende Entschädigung der Eigner eingetreten. Warum diese positive Haltung? Weil er Schwabe war! Der Schwabe hat ein Herz für Frankreich:

> „Für die Berufung des Betroffenen (Michels/B.-A. R.) auf den Posten eines Kriegsverwaltungschefs von Frankreich hatte sich besonders der General Wagner eingesetzt, der wusste, dass dieser Mann schon immer ein Anhänger der deutsch-französischen Verständigung war, welche Politik ja gerade den Schwaben besonders liegt. (…) Aufgrund der angezeigten Haltung des Betroffenen (Michels/B.-A. R.) in der Ausführung seines Amtes kann es nun nicht mehr wundernehmen, dass auch er nun eines Tages in den Kreis des Generals von Stülpnagel aufgenommen wurde und damit zum Mitwisser der Widerstandsgruppe, die unter dem Namen ‚Männer des 20. Juli‘ in die Geschichte eingegangen ist.“[17]

Bei einer solchen Sicht konnte die Beurteilung des Schwaben Elmar Michel nur positiv ausfallen:

Entnazifizierungsfragebogen: „In welche Gruppe gliedern Sie sich ein?“

Handschriftlich Michel: „Gruppe V (Entlasteter)“.

Spruchkammer-Entscheid, 23.11.1948: „Der Betroffene ist Entlasteter.“

---

14 Speidel, Aus unserer Zeit, a. a. O., S. 101 f. „Ebenfalls“ bezieht sich auf Dr. jur. Jonathan Schmid („ein integrer Mann von hohen Qualitäten“), „Alter Kämpfer“ seit 1923.

15 Speidel, Aus unserer Zeit, a. a. O., S. 101 f.

16 Zum Folgenden: StAL EL 902–20 Spruchkammer 37 – Stuttgart, Verfahrensakten – Bü. 80227.

17 Ebd. Diese Darstellung wurde nicht überprüft.

Als „Entlasteter“ stand Elmar Michel im Gegensatz zu einem Rudolf Greifeld („Mitläufer“) mit völlig reiner Weste da. Vor diesem Hintergrund ist es, wir weisen abermals auf diesen Aspekt hin, nicht unverständlich, wenn Greifeld gegen seine eigene Einstufung Widerspruch einlegte.

In einem weiteren Zeitungsartikel zum 70. Geburtstag Michels ist zu lesen:

> „Im Zweiten Weltkrieg zum Leiter der Wirtschaftsabteilung der Militärverwaltung in Frankreich und später als Chef der Militärverwaltung berufen, brachte ihm diese Tätigkeit nach 1945 die seltene Würdigung durch einen vollständigen Freispruch durch ein französisches Gericht.“[18]

Halten wir zunächst kurz inne, um abermals darauf hinzuweisen, dass es 1967 vollkommen normal und in keiner Weise kompromittierend gewesen ist, wenn im Gratulationsartikel einer Zeitung eine Spitzenfunktion des Geehrten beim MBF in Frankreich hervorgehoben wurde.

Wenn es in dem Blatt aber hieß, Michel habe die „seltene Würdigung durch einen vollständigen Freispruch durch ein französisches Gericht“ erhalten, so war dies eine in der Verkürzung des Sachverhalts bestehende Lüge. Dass Michel freigesprochen wurde, ist richtig, aber der Freispruch erfolgte unfreiwillig.

1948 war Michel freigekommen und durchlief sein Entnazifizierungsverfahren.[19] Noch in demselben Jahr wurde er, ausgewiesen als Rabatt-Spezialist und Mittelstandsbeschützer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels.

Diese gewiss lukrative Tätigkeit wurde 1949 vorübergehend unterbrochen, als ihn der amerikanische Geheimdienst CIC festnahm und an Frankreich auslieferte. Dort sollte ihm wegen Plünderung der französischen Wirtschaft der Prozess gemacht werden. In Bonn wurde ein solches Verfahren gefürchtet. Es hätte „das Ansehen der zahlreich in der Bonner Administration beschäftigten ehemaligen Militärverwaltungsbeamten beschädigt“.[20] Ein außerordentlich aufschlussreicher Satz.

In Paris wurde die Anklage gegen Elmar Michel vorbereitet, er durfte aber während dieser Zeit nach Deutschland ausreisen und weiter als Verbandsgeschäftsführer tätig sein. Das Verfahren schlief nicht ein, wie gehofft; es wurde im März 1954 aufgenommen.

---

18 „Unternehmer von hohem Rang. Generaldirektor Dr. Elmar Michel 70 Jahre alt.“, HStS, Akte J 191 Bü Zeitungsausschnittsammlung betr. Elmar Michel (ohne Angabe der Zeitung; ohne Datum <16.06.1967>).

19 Das Folgende nach Brunner, Frankreichkomplex, a. a. O., S. 111 ff. (Kap. Die „Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten“: Der Fall Michel).

20 Ebd., S. 112.

Nun setzte tätige Unterstützung ein, unter anderem von Adenauers Staatssekretär Hans Globke und von Adenauer selbst. Michel gab zu bedenken, dass im Falle eines Verfahrens „die damalige deutsch-französische »Collaboration« in ihrer ganzen Breite aufgerollt" würde.[21] Dies war nicht zu Unrecht gesprochen, und solche Bedenken wurden auch auf der französischen Seite geteilt. Wichtige Vertreter des Vichy-Regimes, die inzwischen in Frankreich wieder Karriere gemacht hatten, hätten bloßgestellt werden können. In einer Besprechung in Paris äußerten Vertreter des Wirtschafts-, Justiz-, Außen- und Innenministeriums, kein Interesse an einem Prozess gegen Michel zu haben. Damit war die Angelegenheit im Prinzip erledigt, denn der Prozess gegen Michel wurde zu einer Farce. Er brauchte nicht vor Gericht zu erscheinen, und das Verfahren endete mit Freispruch.

In demselben Jahr 1954 wurde Michel, wie ihm zuvor bereits in Aussicht gestellt worden war, von Ludwig Erhard als Leiter einer Hauptabteilung[22] im Range eines Ministerialdirektors in das Bundeswirtschaftsministerium berufen.[23] Lange blieb Michel dort nicht. Am 01.02.1956 wurde er als Nachfolger von Generaldirektor Dr. Alex Haffner Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor von Salamander. Das Unternehmen war 1956 keine Schuhfabrik mit ein paar Filialen nach Art einer Bäckerladenkette. Die Kornwestheimer Salamander AG war das größte europäische Schuh- und Schuhhandelsunternehmen.

Nach 1933 hatte Salamander als „nicht-arische" Firma gegolten.[24] Jüdische Gründerpersönlichkeiten und Financiers hatten das Unternehmen einst aufgebaut. Zu Beginn der NS-Zeit wurde ein Viertel der 2.000 Alleinverkaufsfilialen von jüdischen Geschäftsführern geleitet. Diese Filialen wurden Zug um Zug „arisiert". Der Generaldirektor während der NS-Zeit, Alex Haffner, war ein ausgewiesener NS-Gegner. Beiläufig: Haffner hatte es sich nicht nehmen lassen, die Reime für die ersten fünf „Lurchi"-Hefte selbst zu dichten. Wenn Elmar Michel als einstiger „Arisierer" Nachfolger eines NS-Gegners wurde, dessen Unternehmen unter den Arisierungsmaßnahmen schwer zu leiden gehabt hatte, dann kann das nur heißen, dass die NS-Zeit, gerade einmal neun Jahre zurückliegend, nicht verteufelt wurde, nicht idealisiert, nicht „aufgearbeitet" – sie war für viele einfach nicht mehr da.

Elmar Michel blieb bis 1968 leitender Salamander-Manager, anschließend wurde er in der Nachfolge von Hermann Josef Abs Salamander-Aufsichtsratsvorsitzender.

---

21 Ebd., S. 112 f.

22 Eine Mittelstandsabteilung: Förderung von Handwerk, Handel, Gewerbe und Technik.

23 Das Folgende, wenn nicht anders angegeben, in: HStS, Akte J 191 Bü, Zeitungsausschnittsammlung betr. Elmar Michel.

24 Bräutigam, Petra, Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs, Mnchn. 1997, S. 256 ff.

Abs war im „Dritten Reich“ Spezialist für „Arisierungen“ gewesen und ab 1938 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Auch saß er im Aufsichtsrat der I. G. Farben. Im Entnazifizierungsverfahren wurde auch er der Kategorie V („Entlastet) zugeordnet. Seine Karriere setzte er ab den 1950er Jahren erfolgreich fort.

Michel nun war in allen Gremien zu Hause. Geben wir eine Auswahl, Stand 1967:

- Ehrenmitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer,
- Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Ludwigsburg,
- Vorsitzender des Ausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages für verteidigungswirtschaftliche Fragen,
- Vorsitzender der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk und Fernsehen (in dieser Funktion trat er in den 1960er Jahren als Berater der Bundesregierung auf),
- Vorsitzender der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs,
- Vorstandsvorsitzender des Markenverbands.

Dr. jur. Elmar Michel erhielt zu seinem 65. Geburtstag das Große Verdienstkreuz mit Stern. Aber: Muss dies eigens erwähnt werden?

# 13 Greifelds Karlsruher Geschäftsführerzeit (1956–1974)

## 13.1 Geschäftsführer und Boss

In einem Vermerk vom 27.02.1957 heißt es: „Die Tätigkeit des Reg.Dir. Dr. Greifeld bei der Kernreaktor Bau- und Betriebs GmbH liegt im vordringlichen Landesinteresse.“[1]

Im Folgenden sollen Greifelds Führungsstil, seine Eigenschaften und Eigenheiten mit wenigen Strichen skizziert werden.

Es geht zwar nicht in erster Linie darum, Greifelds Qualität als Geschäftsführer zu bewerten, aber wir werden nicht umhinkommen, die oftmals harsche Kritik an seiner Führungsqualität mit zu betrachten.

Nach den Berichten einstiger Kollegen war Greifeld als Kaufmännisch-Juristischer Geschäftsführer im Karlsruher Zentrum eine dominierende Persönlichkeit, vielleicht sogar *die* dominierende Persönlichkeit. Er habe zur „alten Garde“ gehört, zupackend, tüchtig, korrekt, ein Aufbau-Typ und Top-down-Entscheider, der nicht permanent diskutieren und in Kommissionen sitzen wollte. Wer gut gewesen sei, den habe Greifeld gefördert. „Greifeld konnte sich aber auch mit Leuten anlegen.“[2]

Zum Thema „sich mit jemandem anlegen“ wäre an den Fall Ludolf Ritz zu denken, der in Karlsruhe im Gegensatz zur von Wolf Häfele ab 1968 bevorzugten Natriumlinie den dampfgekühlten Brüter entwickeln wollte. Nach einer „Brüter-Anhörung“ im Januar 1969 fiel die Entscheidung, nur mehr auf Natrium zu setzen. Ritz wurde aus dem Forschungszentrum hinausgeekelt. Er wurde genötigt, im In- und Ausland Vorträge über Dampfbrüter abzusagen, war in Karlsruhe vielfältigen Schikanen ausgesetzt, die von Wolf Häfele ihren Ausgang nahmen, aber kaum ohne Kenntnis Greifelds

---

1 HStS, EA 6–151 Bü 1: Personalakten Greifeld, Bd. 1.

2 Gespräch des Verfassers mit Herrn Dr. Peter Engelmann (24.10.2014). Er war bis 1975 im Kernforschungszentrum Karlsruhe tätig und dort für die Errichtung des SNEAK-Reaktors zuständig (Schnelle Nullenergie-Anordnung Karlsruhe; Baubeginn 1964, Betrieb von 1966 bis 1985). Er arbeitete intensiv mit Greifeld zusammen. Ab 1975 war Herr Engelmann zehn Jahre Vorstandsmitglied in Jülich, anschließend kehrte er nach Karlsruhe zurück und übernahm die Leitung des dortigen Internationalen Büros.

vorstellbar sind. Ritz hatte ab 1960 mehrfach versucht, im Forschungszentrum Jülich die Direktorenstelle am Institut für Reaktorbauelemente zu bekommen.[3]

Einstige Kollegen charakterisieren Greifeld als jemanden, der Hand anlegen konnte, als kraftvollen Typ und autoritären Mann, an dem immer etwas leicht Schneidiges gewesen sei, auch in der Gestik. Bei Neuberufungen, über die er freilich nicht entschied, habe Greifeld alle Hürden ausgeräumt, etwa Wohnungen besorgt. Greifeld habe gewusst, wie man administriere.[4] Durch seine lange Amtszeit, achtzehn Jahre, habe Greifeld die Kontinuität des Karlsruher Zentrums repräsentiert.[5]

Greifelds Schriftverkehr ergibt nichts Spektakuläres[6]: In der Aufbauzeit Zufahrtsstraßen- und Abwasserfragen, dann Einstiegsgehälter, Austausch mit dem Ausland, Instituts- und Institutsleiterfragen; hier muss ein LKW-Schuppen fertiggestellt, dort eine Heizung in die Pförtnerbude eingebaut werden … Einladungen zu verschiedensten Veranstaltungen, denen Greifeld als Zentrumsrepräsentant nachzukommen hatte: „Mit handwerklichem Gruß! Kreishandwerkerschaft Rastatt“ (1960). Greifeld bittet Atomminister Balke, einen erfahrenen Anorganiker als Leiter der Karlsruher Abwasserbeseitigung einstellen zu dürfen und schildert dabei detailliert dessen Berufsweg[7]; Greifeld empfiehlt der Karlsruher Magnifizenz Nesselmann zwei Wissenschaftler, die einen Gewinn für die TH Karlsruhe sowie für das Atomforschungszentrum darstellen würden, worauf Nesselmann etwas kühl antwortet, man werde in einer der nächsten Sitzungen „entscheiden, ob und wie sich Wünsche der Kernreaktor GmbH mit denen der Hochschule decken“[8] – hier wird die Konkurrenz zwischen der TH und dem Kernforschungszentrum sichtbar. Greifeld erkundigt sich im Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein, Oberregierungsrat Peters, nach einem Herrn Zöbelein,

---

3 Zu Ludolf Ritz siehe: Radkau, Joachim, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek 1983, S. 27 ff.; Rusinek, Das Forschungszentrum, a. a. O., S. 468 f., 702; „Atomforschung/Atomreaktoren. Heimliches Schlachtfest“, in: Der Spiegel, 48/1968, S. 195 ff.; BAK, B 138–3303; Archiv des Forschungszentrums Jülich, Tageskopien/Hausmitteilungen 1.1959 ff. Im Bezug auf den „Spiegel“-Artikel „Heimliches Schlachtfest“, a. a. O., sprach Greifeld von einer „Pressekampagne“ und kommentierte auch die Bundestagsanfrage des Abgeordneten Moersch (FDP) (Greifeld an Schnurr, 03.12.1968, GLAK, 69 KFK, 449).

4 Gespräch des Verfassers mit Herrn Prof. Dr. Hellmut Wagner (01.12.2014). Herr Wagner war der Nachfolger von Greifeld, wurde von diesem aber eingearbeitet. Herr Wagner war ab 1969 im BMBF bzw. BMFT Beteiligungsreferent für Jülich und Karlsruhe gewesen und kannte Greifeld bereits aus dieser Zeit.

5 Es ist anzumerken, dass die Herren Engelmann und Wagner über Greifeld exakt dasselbe berichteten, ohne Unterschiede in den Nuancen.

6 Natürlich mit der Einschränkung, dass die Überlieferung große Lücken zu enthalten scheint. Die Namen Ritz und Gruenbaum erscheinen jeweils nur ein einziges Mal.

7 Greifeld an Balke, 11.07.1958, GLAK, 69 KFK Nr. 161 (AR-Präsidium).

8 Greifeld an Nesselmann, 28.01.1958, KIT-Archiv, Akte 21001–27 (Korrespondenz Greifeld).

der sich als Geschäftsführer einer Consulting-Agentur an das Karlsruher Zentrum gewandt hatte, und erhält von Peters die Antwort:

> „Herr Zöbelein von der Deutschen Consult GmbH, Nürnberg, ist mir seit 1940 persönlich bekannt. Z. unterstand mir in Frankreich in meiner Eigenschaft als Energiereferent beim Militärbefehlshaber Nordwest-Frankreich.“[9]

Klein ist die Welt.

Greifeld war in der bundesdeutschen Großforschungsszene nicht unbeliebt. Er organisierte einen ersten informellen Zusammenschluss, das so genannte „Reaktorkränzchen“, um gegenüber dem Bund mit einer Stimme sprechen zu können.[10] Er wollte die Wissenschaftlichen Räte stärken[11], wobei es sich nicht um ein Gremium, sondern um einzelne Wissenschaftler handelte. Sein hauptsächliches Augenmerk lag aber auf dem Establishment, nicht auf dem Mittelbau. Greifeld setzte sich ferner dafür ein, dass die Wissenschaftler in den Großforschungseinrichtungen besser bezahlt werden sollten – man müsse „aus der Zwangsjacke des BAT“ herauskommen, also dem Bundesangestelltentarif (heute TVÖD).

Auf europäischer Ebene war Greifeld nicht nur im Lenkungsausschuss des Instituts Max von Laue/Paul Langevin (ILL) vertreten, er gehörte auch dem Lenkungsausschuss des Schnellbrüter-Assoziationsvertrages mit Euratom an – Euratom wurde zu dieser Zeit, vielbeklagt, von Frankreich dominiert. Das bedeutet: Greifeld hatte ständig Kontakt mit französischen Wissenschaftlern und Wissenschaftsadministratoren.

1956 leitete Greifeld eine Delegationsreise nach Paris. Man besichtigte gemeinsam mit einer Journalistenschar den Reaktor von Saclay, um in der Presse geäußerte Atom-Ängste zu beschwichtigen. Teilnehmer waren unter anderem Minister Veit und der Karlsruher Oberbürgermeister Klotz.

Bei den unteren Karlsruher Chargen scheint Greifeld wohlgelitten gewesen zu sein, weil er als jovial galt. Er war ein guter Posaunist und blies bei einem der Karlsruher Reaktoren, wohl dem Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR), den Betrieb an. So etwas machte beliebt. Ferner wusste er zumindest zeitweise den Betriebsrat auf seiner Seite. Hatte das Karlsruher Zentrum in der bundesdeutschen Großforschungsszene seit etwa Mitte der 1960er Jahre den Ruf der Illiberalität, was Kurt Rudzinski in der FAZ immer wieder gern hervorhob, so betonte der Betriebsrat die „sehr gute“

9 Greifeld an Peters, 29. 03.1957, GLAK, 69–825 (Korrespondenz Greifeld).

10 Das Reaktorkränzchen war Vor-Vorläufer der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF).

11 „Vorschlag für die Verankerung des Wissenschaftlichen Rates in einem Forschungsförderungsgesetz“ (1968).

Geschäftsführung sowie das kommunikationsoffene Klima und bedachte Greifeld, als er einmal erkrankt war, mit einem Blumenbouquet.

Trotz des Lobes für die „sehr gute" Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung, der Personalabteilung und allen Instituts- und Abteilungsleitern spielte der Betriebsrat aber auf Probleme an, wenn er erklärte, insbesondere in der letzten Zeit sei das Verhältnis besser, sei die Kommunikation offener geworden.[12]

Wir entnehmen diesem Lob des Betriebsrates Hinweise auf Spannungen. Solche Spannungen waren auch Gegenstand eines Schreibens von Wolfgang Cartellieri, dem beamteten Staatssekretär im damaligen Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, an Rudolf Greifeld.[13] Cartellieri wies auf einen „Spiegel"-Artikel hin, den er vor Drucklegung bekommen hatte. Darin würde sich „das derzeitig schlechte Betriebsklima in Karlsruhe widerspiegeln". Mit Blick auf die Vertretung des wissenschaftlichen Mittelbaus in den Karlsruher Gremien schrieb Cartellieri:

> „Wäre man meinen Vorschlägen, die ich im Sommersemester 1968 machte, gefolgt, und hätte damals bereits jüngere verdiente Mitarbeiter in das Beratungsgremium ‚Wissenschaftlicher Rat' aufgenommen und ihre Arbeit damit voll anerkannt, hätte man sich viel Ärger ersparen können."

Es sei vorauszusehen gewesen, so Cartellieri, dass die Bewegung an den Hochschulen nicht vor den Toren der Forschungszentren halt machen würde. Gemeint waren die „1968er" und der in Karlsruhe besonders starke Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten (VWF).

Cartellieri hatte in seinem Schreiben an Greifeld den Spiegel-Artikel „Forschung/Karlsruhe, Murren und Mauscheln" gemeint.[14] Darin war die Rede von Querelen, Intrigen und verkrusteten Strukturen, die das Karlsruher Zentrum in die Mittelmäßigkeit getrieben hätten: zu wenige Publikationen, dürftige Karlsruher Präsenz auf Fachtagungen, kaum Berufungen von Karlsruher Wissenschaftlern an renommierte Technische Hochschulen oder Universitäten; im Aufsichtsrat seien zu wenige Wissenschaftler vertreten; im Zentrum selbst würden die Wissenschaftler „domestiziert". Einer der „Spiegel"-Hauptvorwürfe richtete sich gegen die Verwaltungsstrukturen, also gegen Rudolf Greifelds Beritt („hoffnungslos bürokratisches Bild"). Zwischen Greifeld und dem Wissenschaftlich-Technischen Betriebsführer Walther Schnurr[15] herrsche keine Harmonie, so dass intern von „Streitfeld und Knurr" geredet werde. Dann kam der „Spiegel" auf die Affäre Ludolf Ritz zu sprechen:

---

12 Betriebsratsversammlung, 18.03.1968, GLAK, 69 KFK 449.
13 Cartellieri an Greifeld, 06.06.1969, GLAK, 69 KFK 453.
14 In: Spiegel 23/1969, 02.06.1969, S. 158 ff.
15 Zu Schnurr siehe unten: 24, „Walther Schnurr (1904–1982)", S. 275 ff.

> „Ein ehemaliger Ritz-Mitarbeiter behauptet sogar, er sei von seinem neuen Institutschef bedrängt worden, ein Ritz belastendes Dossier zu liefern; nach seiner Weigerung sei er vom juristischen Geschäftsführer Greifeld darauf hingewiesen worden, ein Kollege habe über ihn (den vom ‚Spiegel' zitierten anonymen Mitarbeiter/B.-A. R.) genaue Notizbücher geführt."

Als Institutsleiter war Wolf Häfele Vorgesetzter von Ritz gewesen. Laut dem „Spiegel"-Artikel galt Häfele in Karlsruhe als „sakrosankt", man bezeichne die Konzepte des Pfarrerssohns als „Reaktortheologie" und spreche von einer protestantischen Mafia.

Schließlich wurde Jules Guéron zitiert, der bereits 1960 als Euratom-Generaldirektor kritisiert hatte, das Karlsruher Zentrum werde ausschließlich von geheimen administrativen Verbindungen bestimmt, es herrschten auf organisatorischem Gebiet regelrechte Schwarzmarktverhältnisse.

Der „Spiegel" hatte in seiner harschen Kritik kaum einen Punkt ausgelassen: Geldverschwendung, Unklarheiten bei Projektentscheidungen, mittelmäßige Wissenschaftler, mangelnde Anerkennung durch die Scientific Community, unzufriedenes Personal, Missmanagement, Ausspionieren von Mitarbeitern, Verwaltungsengstirnigkeit, bürokratisches Allotria …

Wenn Staatssekretär Cartellieri an Greifeld schrieb, der „Spiegel"-Artikel sei nicht so schlimm, wie er befürchtet hatte, würde man gerne wissen, was seine Befürchtungen gewesen waren, denn der Artikel hatte am Kernforschungszentrum Karlsruhe und an Greifeld kein gutes Haar gelassen.

Aber noch schroffer fielen die Angriffe von Kurt Rudzinski (FAZ) im November 1975 aus, woraus sich ergibt, folgen wir der Optik Rudzinskis, dass sich seit dem „Spiegel"-Artikel von Mitte 1969 in Karlsruhe nichts getan hatte.[16] Greifeld, so lesen wir, sei, „wie bekannt", für das Missmanagement im Personal- und Forschungsbereich des Karlsruher Zentrums „wesentlich verantwortlich" und habe entscheidend zur Ineffizienz der Forschungseinrichtung beigetragen. Dieses Missmanagement sei bereits von dem Bundestagsabgeordneten Moersch (FDP) in den Sitzungen vom 31.03. und 16.09.1969 kritisiert worden, ebenfalls vom Bundesrechnungshof im Jahr 1971. Rudzinski ließ sich die Schlusspointe nicht entgehen, dass Greifeld für seine Verdienste um den Aufbau des Kernforschungszentrums Karlsruhe 1974 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden war.

Greifeld war am 30.06.1974 aus seinem Karlsruher Geschäftsführer-Amt ausgeschieden, im Alter von 62 Jahren, also drei Jahre vor der Pensionsgrenze. Zu dieser Zeit wogte bereits der Streit um Greifelds NS-Vergangenheit. Greifelds Amtsnachfolger

16 Rudzinski, Kurt, „Vermeidbare Blamage", FAZ, 26.11.1975. Dort das Folgende.

Hellmut Wagner schließt jedoch kategorisch aus, dass *diese* Auseinandersetzung die Ursache für das vorzeitige Ausscheiden Greifelds gewesen sei. Der tatsächliche Grund sei vielmehr ein Umbau der Leitungsstruktur des Zentrums und eine stärkere Gewichtung der wissenschaftlichen Seite gewesen.[17] Mit dem genannten Umbau der Leitungsstruktur, wohl auch mit dem Ausscheiden von Greifeld, hatten das Karlsruher Zentrum und die Zuwendungsgeber Bund und Land auf die Kritik in der Presse und im Bundestag reagiert.

Greifeld erhielt einen Beratervertrag bis zum 30.06.1976, also bis zu seinem 65. Geburtstag, und sollte in dieser Zeit seinen Nachfolger einarbeiten und sich auf seine Tätigkeit im ILL konzentrieren.

In einem größeren Zusammenhang betrachtet, verweist Greifelds Demission darauf, dass die Zeit der alten Garde schneidiger Aufbau-Typen dahingegangen war. Alfred Boettcher quittierte sein Jülicher Amt als Wissenschaftlich-Technischer Geschäftsführer 1970 im Alter von 57 Jahren. Auch die Deutsche Atomkommission, gebildet 1956, hatte 1971 ein „Begräbnis erster Klasse“ erhalten.[18]

## 13.2 Human Interest

Soweit zu erkennen, ist vor der nuklearen Kontroverse kein anderer deutscher Großforschungsmanager in der Öffentlichkeit so stark angegriffen worden wie Rudolf Greifeld, und zwar wegen seiner angeblichen Unfähigkeit als Karlsruher Geschäftsführer, also ganz unabhängig von den auf die NS-Zeit bezogenen Vorwürfen.

Aber die Person Greifeld bestand nicht zu 100 Prozent aus Geschäftsführer. Also mag es angebracht sein, einige Impressionen über seine persönlichen Interessen zu geben.[19]

Es gab eine bemerkenswerte Reihe von „Ehemaligen“ aus der NS-Zeit, mit denen Greifeld auf gutem Fuße stand und die es zu hohen Positionen im „Dritten Reich“ gebracht hatten, denken wir an Waldemar Ernst, August Herbold, Walther Labs und Elmar Michel. Aber Greifeld stand auch in einem besonders guten Verhältnis zu

17 Gespräch des Verfassers mit Prof. Dr. Hellmut Wagner (04.12.2014).

18 Siehe: Rusinek, Bernd-A, Die Rolle der Experten in der Atompolitik am Beispiel der Deutschen Atomkommission, in: Fisch, Stefan, Rudloff, Wilfried (Hg.), Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Bln. 2004 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 168), S. 189–210.

19 Die folgenden Einzelheiten wurden von Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld mitgeteilt. Sodann sind sie Greifelds Schriftwechsel-Akten entnommen (GLAK, 69 KFK).

Alex Möller, Sozialdemokrat, NS-Verfolgter, Finanzminister in der Großen Koalition (1966–1969), Vorstandsvorsitzender der Karlsruher Lebensversicherungs-AG. Greifelds Kinder nennen Werner Nachmann (1925–1988) als persönlichen Freund ihres Vaters. Werner Nachmann (1925–1988) war Unternehmer, CDU-Politiker, Vorsitzender der Karlsruher Jüdischen Gemeinde und von 1969 bis 1988 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland.[20]

Greifelds kulturelle Interessen galten kaum der Belletristik, er favorisierte Erinnerungen und Biografien, Kunstbücher und Bildbände verschiedener Maler und Museen, wirtschaftspolitische Abhandlungen und erheiternde Trivialliteratur. Er sammelte auch alte Bücher. Als Maler schätzte er Oskar Kokoschka. Greifeld sprach französisch und reiste gerne nach Frankreich.

Dienst und Neigung kreuzten sich in Greifelds Engagement für das Karlsruher Gastdozentenhaus „Heinrich Hertz", eröffnet 1966, konzipiert als internationale Begegnungsstätte für Wissenschaftler. Es wurde nach dem berühmten Physiker benannt, der von 1885 bis 1889 an der TH Karlsruhe gelehrt und hier erstmals die Wellennatur elektromagnetischer Impulse experimentell bewiesen hatte. Man kann das Gastdozentenhaus „Heinrich Hertz" als Greifelds „Kind" bezeichnen.

Ebenfalls kreuzten sich Dienst und Neigung in Greifelds Einsatz für die Internationale Schule in Karlsruhe. Greifeld kann als glühender Verfechter des internationalen Schulgedankens bezeichnet werden. Er setzte sich, um ein Beispiel zu nennen, bei dem Direktor Vivés vehement dafür ein, dass die Tochter eines im Karlsruher Zentrum tätigen jugoslawischen Ingenieurs in diese Schule aufgenommen wurde.[21] Auch förderte Greifeld – um ein weiteres Beispiel zu nennen – einen jungen indischen Ingenieur, mit dem er freundschaftlich verbunden blieb.

Dies leitet über zu Greifelds Engagement in der Deutsch-Indischen Gesellschaft.

## 13.3 Deutsch-Indische Gesellschaft

Aus einem Schreiben Greifelds von 1966 geht hervor, dass er Schriftführer der Deutsch-Indischen Gesellschaft (DIG) Karlsruhe war.[22] So wurde im Rahmen der Karlsruher Kontroverse denn auch der Vorwurf gegen Greifeld erhoben, er sei in der

20 Recherchen nach schriftlichen Belegen für diese Freundschaft blieben erfolglos.

21 Hier sind nur Einzelfälle genannt, die sich in Greifelds Schriftverkehr finden. Nicht jede Förderung ging in den Schriftverkehr ein.

22 GLAK, 69 KFK Nr. 201 (Korrespondenz Greifeld). Nach der Erinnerung seiner Kinder war er sogar Vorsitzender des örtlichen Vereins.

DIG gewesen, weil es sich um eine Organisation aus der NS-Zeit handeln würde, weil es im Krieg eine indische SS-Legion gegeben habe und weil die Inder eben „Arier" seien.

Der Vorwurf scheint überraschend, für Außenstehende auch herbeigeholt, aber er ist nicht vollkommen substanzlos. Sehen wir vom „Arier"-Aspekt ab[23] und werfen einen Blick auf die DIG-Geschichte[24].

Die DIG wurde 1953 in Stuttgart gegründet. Sie geht nicht allein auf die NS-Zeit zurück, aber eine Vorläufergesellschaft wurde in der Tat von den Nationalsozialisten gefördert. Wie vieles in der Karlsruher Kontroverse hat auch diese Angelegenheit einige Windungen mehr. Auf der Suche nach DIG-Vorläufern kann man bis in das Jahr 1900 zurückgehen, als der Ostasiatische Verein in Hamburg gebildet wurde, der Indien mit einbezog. 1901 entstand die Deutsch-Asiatische Gesellschaft, die ebenfalls Indien mit einbezog. Berliner Schriftsteller gründeten am 21.02.1918 den Bund der Freunde Indiens. Die offizielle Gründungsveranstaltung begann mit einem Empfang von Radscha Mahendra Pratap, dessen Ziel es war, dass Deutschland und Russland England dazu bewegen sollten, Indien von der britischen Kolonialherrschaft zu befreien. Eine anti-britische Stoßrichtung besaß die DIG bis 1945.

Nach Kriegsende 1918/19 wurde der Bund der Freunde Indiens aufgelöst. 1934 kam es zur Gründung eines Deutschen Orientvereins. Im September 1942 entstand die Deutsch-Indische Gesellschaft, deren Vorstand auch Vertreter des Außen-, des Wirtschafts- und des Propaganda-Ministeriums angehörten, vertreten war auch der 1944 wegen seiner Beteiligung an der Verschwörung gegen Hitler hingerichtete Legationsrat von Trott zu Solz.

Nach Kriegsende eine mehrjährige Unterbrechung. Die Neugründung erfolgte am 18.01.1951 in Stuttgart unter dem Namen „Deutsch-Indische Studiengesellschaft". Führende Persönlichkeit der Anfangsphase war der Vorsitzende Dr. jur. Adalbert Seifriz (1902–1990), CDU, von 1946 bis 1954 Referent im Wirtschaftsministerium, also enger Kollege Greifelds, später Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

Seifriz wurde seit den späten 1950er Jahren mit Ehren und Orden überhäuft: Dr. med. h. c. Universität Heidelberg, Ehrensenator der TH Stuttgart und der

23 Er ist unspezifisch, weil er auch gegen beliebig viele andere Mitgliedschaften gerichtet werden könnte; er passt als Vorwurf nicht gegen jemanden, der jüdische Beiratskollegen am ILL hatte und der sich für die internationale Wissenschaftlerbegegnung im Karlsruher Forschungszentrum einsetzte.

24 Zum Folgenden: Günther, Lothar, 40 Jahre Deutsch-Indische Gesellschaft e. V. Ein Rückblick, in: 40 Jahre Deutsch-Indische Gesellschaft, Stgt. 1993, S. 8–22; Wieck, Hans-Georg, Die Gründung der Deutsch-Indischen Gesellschaft in Hamburg am 11. September 1942, in: Deutsch-Indische Gesellschaft, (Hg.), Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Deutsch-Indischen Gesellschaft, Stgt. 2003, S. 62–63; ders.: Die Rolle der Deutsch-Indischen Gesellschaft 1953–2003, in: Festschrift zum 50-jährigen Bestehen, a. a. O., S. 22–30.

Universität Hohenheim, Italienischer Orden Grande Ufficiale al Merito, Ehrenring des Deutschen Handwerks, Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband, Großkreuz vom Orden des heiligen Papstes Silvester, 1976 Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg, Professorentitel, Verfassungsmedaille des Landes Baden-Württemberg in Gold.[25]

Greifeld hatte ein sehr gutes Verhältnis zu Seifriz.[26] Bei der Errichtung des Kernforschungszentrums Karlsruhe zogen sie an einem Strang und arbeiteten eng zusammen.[27]

Zweiter DIG-Vorsitzender war Wilhelm Lutz. Adalbert Seifriz und Lutz hatten im Zweiten Weltkrieg in eben jener Indischen Legion Dienst getan, die auf deutscher Seite stand und nur gegen die britischen Streitkräfte eingesetzt werden durfte. Seifriz war Adjutant des Regimentskommandeurs Lutz, dem Chef der 1. Kompanie. Die Legion gehörte zur Wehrmacht, nicht zur SS.

Aus der Stuttgarter Deutsch-Indischen Studiengesellschaft ging 1953 die Deutsch-Indische Gesellschaft hervor, gegründet in Hamburg. Vorstandsmitglied war der indische Botschafter. Ziele der Gesellschaft waren die Pflege der wirtschaftlichen und der persönlichen Beziehungen zu Indien. Im Vorstand waren führende Indologen vertreten. 1993 bestand die Deutsch-Indische Gesellschaft aus 26 Zweiggesellschaften, unter anderem in Stuttgart und Karlsruhe. Die DIG vergibt seit 1987 den Rabindranath-Tagore-Preis, benannt nach dem indischen Literaturnobelpreisträger von 1913, Kultfigur einer in den 1920er Jahren in Deutschland aufkommenden, bis in die Romantik zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurückreichenden Indien- und Sanskrit-Euphorie mit teils esoterischen Zügen.

Seit 1996 vergibt die DIG den Gisela-Bonn-Preis. Gisela Bonn (1909–1996), eigentlich Gisela Döhrn, war Jahre lang Herausgeberin der Vierteljahreshefte „Indo-Asia". Sie gehörte zum Freundeskreis von Rudolf Greifeld. Im „Dritten Reich" hatte sie eine Reihe linientreuer Artikel verfasst, nach dem Krieg Novellen und Lyrik, aber auch eine Nehru-Biografie. Seit 1947 war sie in zweiter Ehe mit Dr. rer. pol. Giselher Wirsing

25 Siehe: https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/129887781/Seifriz+Adalbert (Zugriff September 2016).

26 Siehe: GLAK, 69–449 (Korrespondenz Greifeld 1968).

27 So schrieb Ministerialdirektor Hotz an den Karlsruher Oberbürgermeister Klotz am 03.08.1955, die Entscheidung für Karlsruhe als Sitz des „Atommeilers" sei gefallen. Hotz weiter: „(…) da im Zusammenhang damit in nächster Zeit dringliche Maßnahmen erforderlich sind, habe ich Herrn ORR Dr. Greifeld vom Wirtschaftsministerium beauftragt, in Vertretung des sich in Urlaub befindlichen Herrn Präsident Dr. Seifriz, mit der Stadtverwaltung enge Verbindung aufrechtzuerhalten" (GLAK, 69 KFK Nr. 304 – Wirtschaftsministerium, Hotz an Klotz). Zu Seifriz' Rolle bei der Gründung des Karlsruher Kernforschungszentrums siehe ausführlich: Gleitsmann, Im Widerstreit der Meinungen, a. a. O., Kapitel 4., „Stationen der Entscheidungsfindung", S. 16–58.

verheiratet. Dieser war im „Dritten Reich“ SS-Hauptsturmführer und SD-Spitzel gewesen, Verfasser nationalsozialistischer Aufsätze und Bücher, Schriftleiter, Verfechter einer Zusammenarbeit von politischem Islamismus und Nationalsozialismus. Zeitweilig war Wirsing Mitarbeiter in Alfred Rosenbergs „Institut zur Erforschung der Judenfrage“. Nach dem Krieg sehen wir ihn als Mitbegründer, später als Chefredakteur der evangelisch-konservativen Wochenzeitung „Christ und Welt“, an der viele „Ehemalige“ mitarbeiteten. Auch Gisela Bonn publizierte dort. Aber wenn eine Frau 1947 einen ehedem wichtigen NS-Funktionär heiratet, genügt dies, sie sozusagen zur Treibjagd freizugeben? Zu wie viel Prozent besteht ein Mensch aus „Politik“?

Über die Kontinuität zwischen „Drittem Reich“ und Nachkriegszeit ist in der 2003 erschienenen Festschrift der Deutsch-Indischen Gesellschaft zu lesen:

> „Die im Laufe des Krieges geschmiedeten Verbindungen zwischen Deutschen und Indern haben 1953 an der Wiege der Gründung der Deutsch-Indischen Gesellschaft in Stuttgart gestanden.“

Die DIG hatte sich ab 1953 die Pflege der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik auf das Panier geschrieben, die Betreuung der in der Bundesrepublik lebenden Inder und den Wissenschaftler-Austausch. Greifelds Unterstützung des in Karlsruhe tätigen indischen Ingenieurstudenten Krishna Gautam bewegte sich auf dieser Linie.

Dass eine permanente NS-Begeisterung in Greifelds DIG-Engagement zum Ausdruck kam, wird nur behaupten, wer ihm keinerlei Einstellungsveränderungen nach 1945 zugestehen mag. Die Freundschaft mit Seifriz sowie mit Gisela Bonn, das Interesse am deutsch-indischen Wissenschaftler-Austausch und – gleich- oder vorrangig – an den Wirtschaftsbeziehungen dürften für Greifelds DIG-Mitgliedschaft ausschlaggebend gewesen sein. Gleichwohl haben wir im Umfeld von Greifeld abermals „dunkle Ehrenmänner“ aus der NS-Zeit zu konstatieren.

## 13.4 Viel Ehr’ – Ehrensenator

Greifeld war ein vielgeehrter Mann: Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes (1974), Ehrenmitglied der Internationalen Vereinigung für Kernenergierecht in Brüssel (AIDN u. INLA) und – neben weiteren Orden und Ehrenzeichen – Ehrensenator der Universität Karlsruhe.[28]

[28] Das Folgende nach der Akte „Rektorat. Ehrensenatoren, Ehrenbürger, Allgemeine Korrespondenz, G – H, 1956–1984“, KIT-Archiv, 21001–874.

Hinter Auszeichnungen wie Ehrensenatorwürden, Honorarprofessuren und Dres. h. c. stehen häufig Strategien wie etwa Gewinn oder Belohnung von Sponsoren. Von der Karlsruher Ehrung Greifelds erwartete man einen Gewinn durch seine stärkere Bindung an die Universität Karlsruhe – „und vielleicht auch für unsere im Kernforschungszentrum arbeitenden Wissenschaftler". Eile war geboten: „Wir sollten unbedingt vermeiden, dass uns eine andere Hochschule zuvorkommt." Damit war die Universität Heidelberg gemeint. An diese Universität ist mithin zu denken, wenn es um die Greifeld am 24.06.1969 verliehene Ehrensenatorwürde geht. Karlsruhe war schneller. Dafür trug Heidelberg dem Karlsruher Ehrensenator Greifeld vier Jahre später das Generalsekretariat der dortigen Akademie der Wissenschaften unter hervorragenden Bedingungen an.[29]

Die Karlsruher Ehrung erhielt Greifeld nicht nur, weil er für einen guten kaufmännischen und juristischen Geschäftsführer gehalten wurde, sondern auch, weil er als Klammer des Kernforschungszentrums und der Universität Karlsruhe fungierte, anstatt dass er das Karlsruher Kernforschungszentrum auf Kosten der Universität profiliert hätte. Dass der Kuckuck Großforschung das Nest der Universitäten leerfressen würde, um einen Jülicher Geschäftsführer zu zitieren, hatte man in den entsprechenden Fakultäten der Hochschulen allgemein gefürchtet.

Es wurde im Senat der Universität Karlsruhe erwogen, auch noch Walther Schnurr zum Ehrensenator zu ernennen, das Vorhaben aber beiseite gelegt, da Schnurr noch nicht lange genug im Kernforschungszentrum Karlsruhe sei. Dabei war er bereits 1960 gekommen.

In den vorhandenen Unterlagen über Greifelds Karlsruher Ernennung wird Greifelds Pariser Zeit erwähnt. Der Hinweis darauf stammt aus Greifelds eigener Feder. Am 18.06.1969 legte er nämlich ein curriculum vitae als Material für die Ehrenrede vor, worin es heißt:

> „1940 bis 1942 Kriegsverwaltungsrat im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers Paris (Kommunalstab Paris)"

Wäre 1969 nicht nur das Faktum der Tätigkeit Greifelds in Paris öffentlich bekannt gewesen, sondern auch der Nachtlokalvermerk vom Januar 1941, man hätte ihn wahrscheinlich nicht zum Ehrensenator ernannt.

Denn insgesamt begann Mitte der 1960er Jahre der Wind sich zu drehen. Einige Fakten:

---

29 Siehe: Greifeld an Haxel, 09.11.1973; Haxel an Greifeld, 12.11.1973 (GLAK, 69 KFK Nr. 467 – Korrespondenz Greifeld 1972–1974). Siehe dazu unten: 22.3, „Haxel als Förderer Greifelds", S. 253.

- 1965 wurde der Bochumer Gründungsrektor Hans Wenke zum Rücktritt gezwungen, weil man auf rassistische und völkische Passagen in verschiedenen seiner Schriften aus der NS-Zeit aufmerksam geworden war.[30]
- 1966 gab es heftige Proteste der Bonner Studenten gegen die Ernennung von Bundespräsident Lübke zum Ehrensenator der Universität Bonn.[31]
- 1968 ohrfeigte Beate Klarsfeld Bundeskanzler Kiesinger wegen dessen NS-Vergangenheit in aller Öffentlichkeit – die berühmteste Ohrfeige der bundesdeutschen Geschichte.
- 1969 zeigte sich alle Welt über die NPD-Erfolge in Baden-Württemberg bestürzt.

Karlsruhe war ein international operierendes Forschungszentrum, das auch mit Israel kooperierte. Man würde es sich schon deshalb dreimal überlegt haben, einen Rudolf Greifeld zu ehren, wäre dessen Nachtlokalvermerk bekannt gewesen.

In den ILL-Lenkungsausschuss wäre Greifeld wohl auch kaum aufgenommen worden. Ob er 1974 das Bundesverdienstkreuz erhalten hätte? Ein Hans Globke war 1963 mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden[32]; ein Heinrich Bütefisch hatte 1964 das Bundesverdienstkreuz erhalten, es aber nach sechzehn Tagen zurückgeben müssen, da seine Verurteilung im Nürnberger I. G. Farben-Prozess bekannt geworden war.[33]

Es entbehrt nicht der Ironie, wenn eine Karlsruher Pressemitteilung vom 26.06.1969 nicht nur über Greifelds Ernennung zum Ehrensenator informierte, sondern auch über die Verleihung dieser Auszeichnung an den Franzosen Prof. Jean Baumgartner, »Directeur du Département des Humanitées« am Institut National des Sciences Apliquées (INSA) in Lyon. Mit der Ehrung Greifelds sollten Kernforschungszentrum und Universität Karlsruhe miteinander verzurrt werden, auch die internationalen Kontakte aufgrund seiner ILL-Tätigkeit spielten eine Rolle; mit der Ehrung Baumgartners sollte eine Verbindung der Universität Karlsruhe mit der französischen Elite-Ausbildung geschaffen werden.

---

30 Siehe: Rusinek, Bernd-A., Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef, Lammers, Karl Christian (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000 (Hamburger Schriften für Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 37), S. 114–147, S. 134.

31 Ebd., S. 119 ff.

32 Hans Globke, Mitverfasser der „Nürnberger Rassegesetze“ und deren Kommentator, von 1953 bis 1963 Adenauers Kanzleramtschef. Im Rahmen der Entnazifizierung wurde er von der Spruchkammer als „entlastet“ eingestuft.

33 Heinrich Bütefisch war in der NS-Zeit Vorstandsmitglied der I. G. Farben und Wehrwirtschaftsführer gewesen. Er wurde im Nürnberger I. G.-Farben-Prozess zu sechs Jahren Haft verurteilt. Nach dem Krieg war er Mitglied verschiedener Aufsichtsräte.

# 14 Institut Max von Laue/Paul Langevin

Im Gefolge des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags vom 22.01.1963, dem Élysée-Vertrag, wurde 1967 das Institut Max von Laue/Paul Langevin (ILL) in Grenoble gegründet. Der Vertrag nach französischem Recht wurde zunächst zwischen der Bundesrepublik und Frankreich abgeschlossen. 1973 trat Großbritannien hinzu. In Grenoble wurde ein Hochflussreaktor als Neutronenquelle errichtet, der 1971 erstmals kritisch wurde.

Rudolf Greifeld hatte am Gründungsfestakt teilgenommen. Am 24.01.1967 schrieb er an Balligand, Assistent[1] des ILL-Direktors:

> „Ich möchte Ihnen noch einmal sehr herzlich für die freundliche Aufnahme in Grenoble danken und Sie zu dem guten Verlauf der Veranstaltungen anlässlich der Gründung des Max von Laue – Paul Langevin Institut in Grenoble beglückwünschen."[2]

Vom Gründungsakt, so Greifeld weiter, seien Fotografien aufgenommen worden, und er wäre sehr dankbar, einige Aufnahmen „für unser Archiv und für mich selbst" zu bekommen.

Erster ILL-Direktor war von 1967 bis 1972 Heinz Maier-Leibnitz (1911–2000), Physiker an der TU München, unter dessen Leitung der „Forschungsreaktor München" in Garching errichtet worden war, das so genannte „Atom-Ei". Von 1973 bis 1979 war Maier-Leibnitz DFG-Präsident. Man wird sagen können, dass es sich um eine außerordentlich hochkarätige Besetzung handelte. Das gilt auch für Maier-Leibnitz' Nachfolger Rudolf Mößbauer (1929–2011), ebenfalls TU München, das deutsche Wunderkind der Physik. Er hatte im Alter von 32 Jahren den Nobelpreis erhalten.

Im ILL-Lenkungsausschuss (LA) nahm das Kernforschungszentrum Karlsruhe die Vertretung der Bundesrepublik wahr („Sachwalter des Bundes"[3]). Technisch-wissenschaftlich war Karlsruhe im ILL nicht vertreten. Diese Aufgabe hatten nacheinander die beiden genannten Münchner Wissenschaftler Maier-Leibnitz und Mößbauer in Händen.[4] Von Anfang an war Greifeld LA-Mitglied, später saß er auch dem

---

1 »adjoint«.
2 GLAK, 69 KFK 446.
3 Tasso Springer an Boettcher, 07.10.1965, Archiv des Forschungszentrums Jülich, Nr. 2683.
4 Ebd.

Unterausschuss für Finanzfragen vor. Diese Tätigkeit war zur einen Hälfte eine hohe Ehre, zur anderen bestand sie in Administrierung. Die internationale Besetzung des Lenkungsausschusses symbolisierte den Willen zur europäischen Zusammenarbeit auf dem nuklearen Forschungssektor.

Die Sitzungen des ILL-Lenkungsausschusses fanden rotierend an verschiedenen Orten statt, so etwa die 5. Sitzung am 23.10.1968 in Jülich. Als LA-Mitglieder erschienen Greifeld und Schnurr.[5]

1975 hatte die Bundesrepublik mit Rudolf Greifeld den Stellvertretenden Vorsitzenden des Lenkungsausschusses gestellt. Es war üblich, dass der Stellvertretende Vorsitzende im Jahr darauf zum Vorsitzenden ernannt wurde. Damit war Greifeld für das Jahr 1976 an der Reihe. Zugleich sollte er den Vorsitz des Unterausschusses für Finanzfragen des Programms beibehalten.[6]

Für die Zeit nach 1976 hatte man Greifeld – wir hörten es – die Geschäftsführung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften angeboten.

Alles schien also in schönster Ordnung. Die Ernte konnte eingefahren werden. Es wurde eine andere Ernte, als Rudolf Greifeld erwarten durfte.

5 Vorbereitungsmaterialien für die 5. LA-Sitzung des ILL, Archiv des Forschungszentrums Jülich, Nr. 2683.
6 Vermerk, gez. v. Klitzing, BMFT, 10.11.1975, BAK 196–10361.

# 15 Die Ohrfeige

Es kam der 24.10.1975. An diesem Tag veranstalteten Serge Klarsfeld und dessen Ehefrau Beate, die „Ohrfeigen-Beate", wie sie nach ihrem tätlichen Angriff im Jahr 1968 auf Bundeskanzler Kiesinger genannt wurde, eine Pressekonferenz in den Räumen der Straßburger »Tribune Juive«. Im Mittelpunkt stand der jüdisch-stämmige Physiker Dr. Léon Gruenbaum vom Karlsruher Kernforschungszentrum. Er hatte seit Jahren Erkundigungen über seinen obersten Chef Rudolf Greifeld eingezogen und dabei vier Ziele verfolgt:

1) Greifelds Rolle im besetzten Paris zu untersuchen,
2) zu recherchieren, mit welchen Nazi-Größen sowie NS-Verbrechern er im Krieg kooperierte, vor allem im Hinblick auf Judenverfolgung und Holocaust,
3) festzustellen, ob Greifeld auch nach dem Krieg in Kontakt zu Nazi-Größen sowie NS-Verbrechern stand, vielleicht sogar in freundschaftlichem Kontakt,
4) herauszufinden, ob Greifeld auch nach dem Krieg, vor allem als Karlsruher Wissenschaftsmanager ab 1956, antisemitischen und nationalsozialistischen Ideologemen anhing.

Was den vierten Punkt betrifft, so sah sich Gruenbaum in seinen Vermutungen bestätigt, da er der Auffassung war, sein Karlsruher Arbeitsvertrag sei 1973 nicht verlängert worden, weil er Jude war.

Einen Tag nach der genannten Straßburger Pressekonferenz, am 25.10.1975, berichteten die Dernières Nouvelles d'Alsace über Gruenbaum:

> „Seit 3 Jahren im Kernforschungszentrum Karlsruhe beschäftigt, erfuhr er 1973, dass sein Arbeitsvertrag nicht erneuert wird."[1]

[1] Die Dernières Nouvelles d'Alsace, 25.10.1975, berichteten über die Pressekonferenz und die gegen Greifeld erhobenen Vorwürfe am Ausführlichsten. Siehe: »La chasse aux anciens nazis/Un nouvelle bombe Klarsfeld à Strasbourg«. Die Berichterstattung beruhte auf der in der Pressekonferenz verteilten Erklärung des Ehepaars Klarsfeld: »Dossier sur les activités pendant la guerre de M. Rudolf Greifeld, membre du comité de direction de l'ILL, Codirecteur du Kernforschungszentrum Karlsruhe.« (Exemplar in: BAK, B 196–10361).

Greifeld erklärte bei späterer Gelegenheit, es sei nicht üblich, dass derartige Arbeitsverträge verlängert würden[2], aber Gruenbaum führte diese Entscheidung allein auf Greifelds antisemitische und nach wie vor pro-nazistische Einstellung zurück. Dies sei offenkundig geworden, so Gruenbaum, da Greifeld prinzipiell und erklärtermaßen nur blonde „Arier" im Kernforschungszentrum Karlsruhe einstelle, „öffentlich erklärt" habe, dass er den Besuch Hitlers in Paris 1940 selbst organisiert hatte, dass der „Führer" eigentlich ein sehr netter Kerl gewesen sei und dass die Juden inzwischen die Fehler von damals zu wiederholen begännen.

Sollte Greifeld die Äußerungen über den netten Kerl und „die Fehler von damals" wirklich getan haben, so wären es zynische und geschichtsblinde antisemitische Bemerkungen gewesen, Verhöhnungen der Opfer. Immerhin: Derlei antisemitisches und Hitler-freundliches Geschwätz ist bei den Angehörigen der Greifeld-Generation keine Seltenheit gewesen. Wir werden unten sehen, wie belastbar die Greifeld zugeschriebenen Äußerungen sind.[3]

Gruenbaum präsentierte den oben reproduzierten und interpretierten Nachtlokalvermerk mit dem Vorschlag, Juden den Zutritt zu bestimmten Lokalen zu verbieten.[4] Serge Klarsfeld hatte die Kopie des Dokuments am 17.10.1975 in seinem Archiv gefunden, also eine Woche vor der Konferenz, und sie, wohl Kopie von Kopie, Gruenbaum übergeben.

Gruenbaum erklärte auf der Pressekonferenz weiterhin, dass zu Greifelds Pariser Bekannten, sogar Freunden, ein Dr. jur. Waldemar Ernst gehört habe, Kriegsverwaltungsrat in Paris, inzwischen Vorsitzender der Geschäftsführung der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH. Dieser Waldemar Ernst habe 1941 die erste Deportation von Paris aus organisiert und damit 1.100 Juden dem Tod ausgeliefert.

Diese Feststellung sollte nahelegen, dass Greifeld und Waldemar Ernst zusammengearbeitet hatten, dass Greifeld also an der ersten Deportation beteiligt gewesen war. Gruenbaum beschuldigte Greifeld der engen Zusammenarbeit mit Waldemar Ernst als einem wichtigen Planer und Akteur der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Würde es eine solche enge Kooperation gegeben haben, dann müsste Rudolf Greifeld als Komplize bei der Organisation des Völkermords angesehen werden. Wäre dies der Fall, dann erschiene der „Nachtlokalvermerk", so übel er war, nur als ein Nebenspiel.

---

2 Er meinte damit sicherlich, dass die Verträge nicht automatisch verlängert wurden. Ein Wissenschaftler unterhalb der Berufungsebene wurde in der Regel zunächst befristet eingestellt. Am Ende der Frist wurde über Nichtverlängerung oder Dauer-Anstellung entschieden.

3 Siehe unten: 16.5, „»aryanisation de personel étranger«/Arisierung des ausländischen Personals im Karlsruher Forschungszentrum", S. 204 ff.

4 Siehe oben: 3.20, „Der antisemitische ‚Nachtlokalvermerk'", S. 97 ff.

Die Verbindung Greifeld/Waldemar Ernst war für Gruenbaum essentiell, und er versuchte *alles*, ihr auf die Spur und damit Greifeld auf die Schliche zu kommen. Auch der Staatssicherheitsdienst der DDR recherchierte, wenn auch ohne verwertbares Ergebnis.[5]

Wie Léon Gruenbaum auf die Verbindung zwischen Greifeld und Waldemar Ernst gekommen ist, wissen wir nicht. Wir werden uns unten ausführlich mit Waldemar Ernst sowie mit dessen Kontakten zu Rudolf Greifeld beschäftigen.[6]

Das Presse-Echo auf die Straßburger Pressekonferenz des Ehepaars Klarsfeld und Léon Gruenbaums war erheblich. Was erfuhr die Öffentlichkeit, was erfuhr die „Politik"?

Bereits am *24.10.1975* meldete Agence France-Presse (afp), das Ehepaar Klarsfeld sei von einem französischen Physiker, der ehemals im Karlsruher Zentrum gearbeitet habe, dessen Vertrag aber nicht verlängert worden sei, auf Greifeld und Waldemar Ernst aufmerksam gemacht worden. Der französische Physiker habe bei der Staatsanwaltschaft Köln beantragt, Ernst *und* Greifeld auf die Liste der Angeklagten im Lischka-Prozess zu setzen.[7]

Am *25.10.1975* berichteten die Dernières Nouvelles d'Alsace ausführlich über die Straßburger Veranstaltung.[8] Die Leser erfuhren, dass Greifeld im okkupierten Paris Dienst getan hatte, der Nachtlokalvermerk wurde bekannt gemacht, es wurde geschrieben, dass Gruenbaum glaube, sein Vertrag sei aus antisemitischen Gründen nicht verlängert worden. Gruenbaum habe auf der Straßburger Pressekonferenz ferner über Greifelds angebliche Äußerungen berichtet, dass er den „Führer"-Besuch organisiert habe, dass Hitler ein guter Kerl gewesen sei, dass die Juden die alten Fehler wiederholten, dass im Kernforschungszentrum Karlsruhe jüdische Wissenschaftler nicht aufgenommen würden. Auch über die Angelegenheit Waldemar Ernst wurde berichtet. Zwar könne Greifeld die bloße Beziehung zu Ernst nicht vorgeworfen werden, aber die Klarsfelds würden die Waffen nicht strecken, sondern ihre Suche in den Archiven fortsetzen. Die Klarsfelds und Gruenbaum hofften, so wurde in den

5 Siehe unten: 18, „Stasi-Dossier ‚Greifeld' mit Unter-Dossier ‚Greifeld/Waldemar Ernst' sowie Stasi-Vorgang ‚OTRAG'", S. 219 ff.

6 Siehe unten: 16.3, „Waldemar Ernst. Gruenbaum und der Köderbrief", S. 200 ff.; 17, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. Waldemar Ernst (geb. 1909)", S. 209 ff., 17.1, „Chronologie. Rudolf Greifeld und Waldemar Ernst in der Pariser Zeit", S. 214 ff.

7 Greifeld wäre also angeklagt worden wie der SS-Massenmörder Kurt Lischka, dem gemeinsam mit Herbert Hagen und Ernst Heinrichsohn die Verantwortung für die Deportation von 40.000 Juden aus Frankreich in den sicheren Tod vorgeworfen wurde. Das Ehepaar Klarsfeld schloss sich der Forderung, Greifeld mit auf die Anklagebank zu setzen, nicht an.

8 »La chasse aux anciens nazis«, a. a. O.

Derniéres Nouvelles weiter berichtet, dass Greifeld aus seiner Position am ILL entlassen werde.

Ebenfalls am *25.10.1975* hieß es in Le Monde, Serge und Beate Klarsfeld hätten berichtet, dass ein deutscher Wissenschaftler, der zahlreiche Verbindungen nach Frankreich besitze, Dr. Rudolf Greifeld, ehemaliger Nationalsozialist, sich im letzten Krieg in Paris antisemitischer Tätigkeiten schuldig gemacht haben solle. Greifeld sei Mitglied des ILL-Lenkungsausschusses. Es folgt der Hinweis auf den Nachtlokalvermerk. Der französische Forscher Léon Gruenbaum habe behauptet, 1973 aufgrund der antisemitischen Einstellung des Geschäftsführers Greifeld aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe entlassen worden zu sein. Wegen dieser Anschuldigungen von afp in Bonn befragt, habe Rudolf Greifeld behauptet, vom Juni 1940 bis September 1941 in der Kommandantur in Paris nur mit den Beziehungen zur Präfektur befasst und zu keinem späteren Zeitpunkt in ein gerichtliches Verfahren verwickelt gewesen zu sein. „Er fügte hinzu, dass eine Verwechslung von Namen und Personen vorliege zwischen seinem Freund Waldemar Ernst, dem ehemaligen Vorsitzenden der Geschäftsführung der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH, und einer Person desselben Namens, die der Gestapo in Paris angehörte."

Ebenfalls am *25.10.1975* meldete afp, dass Greifeld die Klarsfeld-Beschuldigungen zurückweise. Greifeld habe erklärt, niemals wegen seiner Aktivitäten in Paris strafrechtlich verfolgt worden zu sein. Es handele sich bei all dem, wurde Greifeld weiter zitiert, um einen Racheakt Léon Gruenbaums, weil dessen Vertrag 1973 am Karlsruher Kernforschungszentrum nicht verlängert worden sei.

Le Figaro meldete in der Wochenend-Ausgabe vom *25./26.10.1975*, dass der Direktor des Kernforschungszentrums Karlsruhe ein alter Nationalsozialist sein solle. Es wurde gefragt, warum die Bundesrepublik Deutschland es so lange Zeit toleriert habe, dass solch ein Mann an der Spitze des Karlsruher Forschungszentrums stehe und wie es möglich sei, dass dieser alte Nationalsozialist Mitglied des Lenkungsausschusses des Institut Max von Laue/Paul Langevin in Grenoble werden konnte.

Die Tageszeitung Die Welt vom *27.10.1975*: „Atomforscher (i. e. Greifeld/B.-A. R.) nennt Vorwürfe einen Racheakt" Gruenbaums, „dessen Vertrag seinerzeit am Karlsruher Kernforschungszentrum nicht verlängert werden konnte".

Am *27.10.1975* meldete der Figaro die Zurückweisung der Vorwürfe durch Greifeld.

Fassen wir diese Meldungen zusammen. Herausgestellt wurden der Nachtlokalvermerk und Gruenbaums Entlassung aus antisemitischen Gründen, letzteres aber in indirekter Rede und nicht als Tatsachenbehauptung. Die Angelegenheit Rudolf Greifeld/Waldemar Ernst und damit die Verwicklung Greifelds in die Deportation

wurden zum Teil skeptisch gesehen. Die Tendenz bestand darin, weitere Recherchen des Ehepaars Klarsfeld abzuwarten.

Wohl am 13.11.1975 hängte Gruenbaum im ILL sowie in Orsay bei Paris Kopien des von Greifeld ge- und unterschriebenen Nachtlokalvermerks aus, um eine Unterschriftenaktion beim ILL-Personal zu initiieren.

Wir werden uns im Folgenden ausführlich mit der Biografie Léon Gruenbaums befassen.

# 16 Greifelds Hassfeind Dr. Léon Gruenbaum (1934–2004). Dessen Biografie

„Dazu kam der berechtigte Hass gegen den Nazismus. Als Beispiel für diese Ängste, die er zu durchleben hatte, möchte ich davon erzählen, wie während der Märsche durch das besetzte Frankreich seine Mutter zu dem kleinen Jungen sagte: ‚Wenn wir angehalten werden sollten, sag nicht Mama zu mir! Geh ganz allein weiter, selbst wenn ich verhaftet werden sollte!' Das hinterlässt Spuren in der Psyche eines Kindes."[1]

„Seine letzten Lebensjahre verbrachte er wieder in Karlsruhe, wo noch Freunde von ihm lebten. 2004 starb er im Alter von 70 Jahren und wurde auf dem Friedhof Bad Mingolsheim bestattet. Erst im Jahr 2011 erfuhr Rolande Tordjman-Grunbaum vom Tod ihres Ex-Mannes, indem ihr Wissenschaftler aus dem Forschungszentrum die Todesanzeige aus den BNN zukommen ließen. Sie hatte den Wunsch, Léons Grab zu besuchen, der sich am 15. April 2011 erfüllte. Verstärkt wurde ihr Wunsch dadurch, dass sie erst dann Kenntnis über die fortdauernde langjährige Diskriminierung erhalten hatte. Nun konnte sie Léons geleistete Arbeit zur Ermittlung von Greifelds Vergangenheit richtig einordnen und ihm die Trennung verzeihen."[2]

Das erste der beiden Eingangszitate berührt Gruenbaums Verfolgungsschicksal als jüdisches Kind im deutschbeherrschten Frankreich, das zweite seine letzten Lebensjahre. Diese Passage erweckt den Eindruck, dass Gruenbaums geschiedene Frau vor 2011 über dessen tatsächliche oder angebliche Diskriminierung im Forschungszentrum Karlsruhe gar nicht im Bilde gewesen war. Seine Frau hatte sich 1973 von ihm getrennt.[3]

---

1 Rolande Tordjman-Grunbaum, Begrüßungsworte, in: Schulze, Dietrich, Vita Léon Gruenbaum, in: Denecken, Schulze (Hg.), Léon Gruenbaum. Der verfolgte Nazi-Jäger, a. a. O., S. 13 f.

2 Aus dem Artikel „Léon Gruenbaum", ka.stadtwiki.net/Leon_Gruenbaum (Zugriff 06.2015).

3 Gruenbaum sagte Robert Jungk im Jahr 1973: „Meine Frau hat mich vor ein paar Wochen verlassen. Sie versteht nicht, dass ich an nichts anderes mehr denken, an nichts anderem mehr arbeiten kann." (Jungk, Robert, Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, Mnchn. 1977, S. 130 f.).

Léon Gruenbaum[4] wurde am 30.03.1934 im elsässischen Forbach geboren. Nach dem erfolgreichen „Westfeldzug" der Deutschen wurde das Elsass mit dem NSDAP-Gau Baden zum Gau Baden-Elsass vereinigt. Zwischen Juli und September 1940 wurden 23.000 Juden sowie „Französlinge" aus dem Elsass und aus Lothringen in die unbesetzte Zone Frankreichs deportiert. Diese Aktion war am 16.07.1940 beschlossen worden.

Gruenbaum überlebte Judenverfolgung und Krieg und studierte nach seiner Gymnasialausbildung Mathematik, Physik und Chemie. An der Universität Straßburg legte er im Oktober 1954 Prüfungen in diesen drei Fächern ab und im Juni 1955 ebenfalls in Straßburg die Prüfung in Allgemeiner Chemie. Hierauf wechselte er an die Sorbonne, wo er im Oktober 1957 ein Prüfungszertifikat für Allgemeine Physik und im Oktober 1958 ein Prädikat für Mathematische Methoden der Physik erwarb. Mit den Abschlüssen in Physik und Chemie beendete Gruenbaum im Oktober 1958 sein Studium.

1958 und 1959 befand er sich zur theoretischen und praktischen Ausbildung am Kernphysikalischen Institut in Paris. In dieser Zeit fiel sein Entschluss, zu promovieren, und zwar an dem vom Nobelpreisträger Werner Heisenberg geleiteten weltberühmten Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in München.

Gruenbaum, damals wohnhaft in Saarbrücken, beantragte am 21.01.1959 in Paris ein Forschungsstipendium für Deutschland und wandte sich an Heisenberg persönlich.[5] Dieser antwortete, er sei zu einem Gespräch gern bereit, wies aber darauf hin, dass sein Institut im Sommersemester 1960 überfüllt sein werde und er womöglich keine weiteren Doktoranden aufnehmen könne.[6] Es kam zu einem Gespräch mit Heisenberg, und dieser muss von Léon Gruenbaum beeindruckt gewesen sein, denn er eröffnete ihm, wenn auch zunächst noch unverbindlich, er könne ab Wintersemester 1960/61 oder ab Sommersemester 1961 in seinem Institut mit der Doktorarbeit beginnen.[7]

Zwar hatte Gruenbaum ein DAAD-Stipendium erhalten, aber nur für das Studienjahr 1959/60 und nur für Berlin, Darmstadt oder Karlsruhe. Ein daraufhin gestellter Antrag auf ein Humboldt-Stipendium war nicht erfolgreich. So plante Gruenbaum, zunächst wieder nach Paris zu gehen, um dort Quantenmechanik sowie »Théorie

4 Die Schreibung des Namens wird beibehalten, obgleich auch die Varianten „Leon Gruenbaum", „Grünbaum" oder „Grunbaum" vorkommen.

5 Gruenbaum an Heisenberg, 26.10.1959 (Archiv der Max-Planck-Gesellschaft Berlin, III Rep 93 Nr. 199). Was den Kontakt Gruenbaum/Heisenberg betrifft, in diesem Vorgang alles Folgende.

6 Heisenberg an Gruenbaum, 30.10.1959.

7 Gruenbaum an Heisenberg, 12.11.1959; Heisenberg an Gruenbaum, 17.11.1959.

quantique des champs« zu studieren und sich dabei mit einer Halbtagsstelle über Wasser zu halten. Er musste jedoch zum Militär.

Heisenberg verhalf Gruenbaum schließlich nicht nur zu einem DAAD-Stipendium für München, er setzte sich auch beim französischen Militär erfolgreich dafür ein, dass Gruenbaum für die Zeit der Anfertigung seiner Doktorarbeit vom Dienst befreit wurde.[8] An demselben Tage schrieb der Münchener Physiker Prof. Wilhelm Brenig einen inhaltlich gleichen Brief an die französische Militärbehörde.

Es spricht für Gruenbaums Hochbegabung, wenn Werner Heisenberg sich so engagiert für ihn einsetzte. Nicht jeder angehende Doktorand konnte sich der allerhöchsten Gnadensonne des weltberühmten, eher granteligen Nobelpreisträgers erfreuen. Aber im engeren Sinne „Heisenberg-Schüler" war Léon Gruenbaum nicht. Seine Doktorarbeit wurde von dem bereits genannten Physiker Wilhelm Brenig betreut.[9]

So konnte Gruenbaum im November 1960 in München mit seiner Doktorarbeit beginnen. Er schloss sie 1963 ab: „Inelastische Streuung von hochenergetischen Elektronen an Kernen mit abgeschlossenen Schalen".[10]

1970 trat Gruenbaum in den Dienst des Forschungszentrums Karlsruhe. Nach 1973, dem Ende seiner Tätigkeit in Karlsruhe, so lesen wir in Dietrich Schulzes Kurzbiografie, habe Gruenbaum keine Physikerstelle mehr bekommen, jedenfalls nicht in der Bundesrepublik.

Dass Gruenbaum als indirekter Heisenberg-Schüler nach 1973 in der Bundesrepublik keine Stelle als Physiker bekam, hält Greifelds Karlsruher Nachfolger für merkwürdig. „Als Heisenberg-Schüler hätte er sich die Stellen aussuchen können."[11] Nach Dietrich Schulzes Einschätzung haben die „Machenschaften" Greifelds dies verhindert, habe Léon Gruenbaum doch Greifelds bestgehütetes Geheimnis aufgedeckt, nämlich, dass er „Wehrmacht-Chef im besetzten Paris" gewesen sei und dass Drancy,

8 Heisenberg an Ministère des Armées, Direction du Personnel Militaire de l'Armée de Terre, Att.: Sous-Directeur Ivonnet, Administrateur Civil de Classe Exceptionelle, Paris, 18.01.1961.

9 In der Danksagungspassage der Doktorarbeit heißt es: „Herrn Professor Dr. W. Heisenberg möchte ich für die Aufnahme und Arbeitsmöglichkeit im Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik herzlich danken. Herrn Prof. Dr. W. Brenig möchte ich für sein ständiges Interesse und für zahlreiche anregende Diskussionen meinen herzlichen Dank aussprechen." (Gruenbaum, Léon, Inelastische Streuung, a. a. O., S. 59).

10 Archiv MPI für Physik und Astrophysik München, MPI-PA-4-64, Februar 1964. Die publizierte Doktorarbeit enthält keine Kurzbiografie des Verfassers.

11 Prof. Dr. Hellmut Wagner, Greifelds Nachfolger, im Gespräch mit dem Verfasser, 04.12.2014. Dieselbe Auffassung vertreten Dr. Peter Engelmann (24.10.2014) sowie Dr. Katarina Greifeld und Michael Greifeld (28.01.2015).

„die Durchgangsstation zur Hölle Auschwitz (…), zu seinem Zuständigkeitsbereich" gehört habe.[12]

Wir haben bereits ausführlich gehört, dass Greifeld nicht „Wehrmacht-Chef" in Paris gewesen ist. Das Sammellager Drancy, so haben wir ebenfalls gehört, fiel nicht in seinen Zuständigkeitsbereich, und dies schon gar nicht, als von dort die ersten Transporte nach Auschwitz abgingen. Das war am 27.03.1942, ein halbes Jahr nach Greifelds Dienstende in Paris. Am 19.03.1942 hatte Greifeld seine Wehrmachtserkennungsmarke erhalten und war nun unterwegs zur Ostfront, oder er befand sich dort bereits.

Wenn Greifelds Antisemitismus noch in den 1970er Jahren so sehr im Zentrum seines Denkens und Handelns stand – warum wurde Gruenbaum überhaupt eingestellt? Aber trifft die Frage den Kern? Was heißt: „Greifeld stellt einen Wissenschaftler ein"/„Greifeld wirft einen Wissenschaftler hinaus"? Der Kaufmännisch-Juristische Geschäftsführer einer Großforschungseinrichtung kann die Arbeit eines Wissenschaftlers in aller Regel nicht beurteilen. Dies ist auch nicht seine Aufgabe. Vielmehr schlägt der Leiter eines Instituts oder einer Organisationseinheit (OE) einen Wissenschaftler oder anderen wichtigen Mitarbeiter zur Einstellung vor, und der Kaufmännisch-Juristische Geschäftsführer unterzeichnet den in der Regel befristeten Arbeitsvertrag. Hält der Instituts- oder OE-Leiter einen Wissenschaftler für ungeeignet, schlägt er die Nichtverlängerung des Vertrages vor. Strictu sensu ist die Nichtverlängerung eines Arbeitsvertrages keine direkte, sondern eine indirekte Entlassung. Im Forschungszentrum Karlsruhe in den 1970er Jahren ging eine Vertragsverlängerung normalerweise nicht über den Tisch der Geschäftsführung, sondern wurde von der Personalabteilung erledigt, und das nicht einmal von deren Leiter.[13] Anders wäre es bei einer Entfristung gewesen. Diese hätte Greifeld abzeichnen müssen. In Karlsruhe galt die „drei-plus-zwei"-Regelung: Man erhielt eine Dreijahresstelle, die um zwei Jahre verlängert werden konnte. Nach fünf Jahren wurde man entweder fest angestellt oder musste gehen. „Die Institutsleiter verfassten befürwortende oder ablehnende Gutachten und sandten sie der Geschäftsführung, die sich dann an diese Gutachten hielt. In aller Regel jedenfalls."[14]

„In aller Regel" – die Ausnahme konnte etwa dadurch bedingt sein, dass ein Mitarbeiter persönlich gegen den Kaufmännisch-Juristischen Geschäftsführer vorging, um

12 Schulze, Dietrich, Vita Léon Gruenbaum, in: Denecken, Schulze (Hg.), Léon Gruenbaum. Der verfolgte Nazi-Jäger, a. a. O., S. 6 f. Zu Drancy siehe oben: 3.21, „Gab es eine Verbindung zwischen Greifeld und dem Deportationslager Drancy?", S. 101 f.

13 Mitteilung von Prof. Dr. Hellmut Wagner, Gespräch mit dem Verfasser, 04.12.2014. Dr. Wagner war ab 1974 Nachfolger Greifelds und wurde von diesem eingearbeitet.

14 Gespräch des Verfassers mit Herrn Dr. Peter Engelmann (24.10.2014).

diesen ins Gefängnis zu bringen. Die Vertragsangelegenheit Gruenbaum lief wohl tatsächlich über Greifelds Tisch – dazu später.[15]

Letzte Entscheidungsinstanz bei Einstellungs-, Berufungs- oder Entlassungsangelegenheiten war der Wissenschaftlich-Technische Vorstand, in Karlsruhe also Otto Haxel. Grundsätzlich waren der Wissenschaftliche Rat oder die Vertretung der „Mittelbauer" dazwischengeschaltet, wohl auch der Betriebsrat, und an diese Gremien konnte sich der Betroffene wenden, wenn er der Auffassung war, er habe aufgrund von Diskriminierung den Arbeitsplatz verloren.

Wir müssen hier einschalten, dass sich in den Forschungszentren der Bundesrepublik seit den späten 1960er Jahren das Diskussionsklima grundsätzlich geändert hatte – Folge des Umbruchs von „1968". Man schrieb das Jahr 1973, als Léon Gruenbaums Vertrag nicht verlängert wurde. Die Zeiten des Top-down-Autoritarismus gingen allmählich vorüber. Dies wird besonders deutlich an dem ordinarien- und administrationskritischen sowie äußerst debatierfreudigen „Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten" (VWF), der keiner Auseinandersetzung mit Vorständen und Institutsdirektoren aus dem Wege ging. Im Jahr 1970 zählte der VWF 2.000 Mitglieder, und die größte Verbandsgruppe war jene in Karlsruhe.[16] Wäre ein Physiker wegen seiner jüdischen Herkunft bzw. jüdischen Identität diskriminiert worden, es hätte im VWF einen Aufschrei gegeben. Der FAZ-Wissenschaftsjournalist Kurt Rudzinski, der das Karlsruher Zentrum kritisierte, wann immer er konnte, hätte sich des Themas genüsslich angenommen, ebenso der „Spiegel". Es wäre eine Lawine losgetreten worden. Beide Blätter hatten ja den Autoritarismus Greifelds und die Achse Greifeld–Häfele an den Pranger gestellt und würden sich nun auf das Schönste bestätigt gesehen haben.

An wen innerhalb der bundesdeutschen Physikerzunft hätte Gruenbaum sich in seiner Not wenden können? Z. B. an Wolfgang Gentner, den engen Freund des Karlsruher Wissenschaftlichen Geschäftsführers Otto Haxel und großen Physiker der Nachkriegszeit. Gentner setzte sich für die deutsch-französische Verständigung ein und wie kein Zweiter für die Zusammenarbeit der bundesdeutschen Scientific Community mit Israel, wo am Weizmann-Institut for Science in Rehovot nahe Tel Aviv sogar ein Wolfgang-Gentner-Lehrstuhl eingerichtet worden ist.[17] Er hätte auch den berühmten und äußerst einflussreichen Münchner Physiker Walther Gerlach

15 Siehe unten: 16.3, „Waldemar Ernst. Gruenbaum und der Köderbrief", S. 200 ff.

16 Protokoll der Sprecherversammlung 16.12.1971, Archiv des Forschungszentrums Jülich.

17 Rusinek, Bernd-A., Zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit des Forschungszentrums Jülich mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Israel, internes Paper, Jülich 2013. Zu Gentners Rolle bei der Herstellung einer Zusammenarbeit deutscher und israelischer Wissenschaftler siehe: Hoffmann, Dieter, Schmidt-Rohr, Ulrich (Hg.), Wolfgang Gentner. Festschrift zum 100. Geburtstag, Bln., Heidelberg 2006, dort die Beiträge von Helmuth Trischler, Bernd-A. Rusinek und insbesondere Dietmar K. Nickel.

einschalten können, den langjährigen DFG-Vizepräsidenten, der seit den 1950er Jahren den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik bekämpfte[18] – oder an Heisenberg selbst.

Gruenbaum hat sich allerdings an Otto Haxel gewandt oder zumindest versucht, bei ihm wegen der Nichtverlängerung seines Vertrages vorstellig zu werden. Haxel war in der fraglichen Zeit Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Karlsruher Zentrums. Gruenbaum wandte sich ebenfalls an Ministerialdirektor Wolf-Jürgen Schmidt-Küster vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Vorgängerministerium des heutigen BMBF, und schilderte seinen Fall. Schmidt-Küster – so Gruenbaum – versprach ihm Hilfe, um den Vertrag zu verlängern. Aber die Direktion des Forschungszentrums Karlsruhe, so Gruenbaum, habe alle Bemühungen abgewehrt.[19]

## 16.1 Ein traumatisierter Mensch?

Léon Gruenbaum litt an einem doppelten Trauma: an der Verfolgung seiner Familie im „Dritten Reich" und an der von ihm angenommenen zweiten, fortgesetzten Judenverfolgung durch Rudolf Greifeld. Im Frühjahr 1975 berichtete er dem Ehepaar Klarsfeld über Greifelds antisemitische Ausfälle sowie über dessen Erklärung, er sei im Krieg als Beamter in Paris gewesen und habe den Hitler-Besuch organisiert.[20] Gruenbaum flehte Serge Klarsfeld förmlich an[21], etwas über Greifeld zu finden und legte eine Unterschriftsprobe vor. Serge Klarsfeld begab sich auf die Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen und fand den Nachtlokalvermerk.

In den »Mémoires« des Ehepaars Klarsfeld wird Gruenbaum als ein Gehetzter geschildert, der um einen historischen Beleg geradezu bettelt, der ausruft, ein Greifeld belastender Beleg würde sein Leben (wohl Gruenbaums/B.-A. R.) verändern. In seiner Grußbotschaft an das Karlsruher Gruenbaum-Symposium[22] im Oktober 2013 führte Serge Klarsfeld aus, Gruenbaum sei mit einem „hoffnungsleere(n) Blick" bei ihm erschienen. Er – Serge Klarsfeld – habe sich in der Pflicht gesehen, die

18 Siehe: Rusinek, Bernd-A., "Mr. DFG". Walther Gerlach (1889–1979) – Physicist, Science Functionary and Public Representative, in: Walker, Mark, Orth, Karin, Herbert, Ulrich, vom Bruch, Rüdiger (Hg.), The German Research Foundation 1920–1970. Funding Posed between Science and Politics, Stgt. 2013, S. 413–429 (Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft Bd. 6).

19 »Mais malgré tous les ›efforts‹ du ministère, la direction de Karlsruhe refusa de renouveler le contrat de travail.« (Gruenbaum, Genese der Plutoniumgesellschaft, a. a. O., S. 281).

20 Zum Folgenden: Beate et Serge Klarsfeld, Mémoires, a. a. O., S. 404.

21 »me supplie«.

22 Klarsfeld, Serge, Grußbotschaft, in: Denecken, Schulze, Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 46 ff., S. 48.

Recherche-Arbeit durchzuhalten und nichts unbeachtet zu lassen, und er begründete dies mit einem bemerkenswerten und abgründigen Satz, den man zweimal lesen sollte:

> „(…) es ging um die Perspektive der Psyche eines Menschen mehr noch als um die Perspektive einer Sache."

Den Nachtlokalvermerk ordnete Serge Klarsfeld – wir haben es oben bereits zitiert[23] – als geistige Vorbereitung des Erlasses vom 08.07.1942 ein (Verbot des Aufenthaltes von Juden an öffentlichen Plätzen). Nachdem er den Vermerk aufgefunden hatte, rief er Léon Gruenbaum an, „der sofort angerannt kam." Gruenbaum „las den Brief und war überwältigt".

Mme Rolande Tordjman-Grunbaum, geschiedene Frau Léon Gruenbaums, führte auf dem Karlsruher Gruenbaum-Symposium im Oktober 2013 aus, Léon Gruenbaum sei als Jude für den „profilierten Altnazi" Greifeld sozusagen das beste Opfer gewesen. Greifelds üble Gesinnung habe sich auch auf das Institut ausgewirkt, in dem Léon Gruenbaum tätig war:

> „Die Spannung, die am Institut herrschte, der Antisemitismus des Herrn Greifeld führten zu einer Verschlimmerung der Empfindsamkeit Léons und zu seiner Instabilität."[24]

Wolf Häfele (1927–2013) war in Karlsruhe Direktor des Instituts für Angewandte Reaktorphysik und „Projektleiter Schneller Brüter". Er war eine autoritäre Persönlichkeit, aber dass in dem von ihm geleiteten Institut „der Antisemitismus des Herrn Greifeld" vorherrschte, wie zitiert, werden wir kaum annehmen können. Wie sollte man sich das praktisch vorstellen? Greifeld impft Häfele den Judenhass ein oder geht in Häfeles Institut und erklärt, Hitler sei ein „guter Kerl" gewesen?

Einem Wolf Häfele, Grenzgänger zwischen Naturwissenschaften und Philosophie, gläubiger Protestant, prominenter Teilnehmer an Evangelischen Kirchentagen, der dort Reden hielt oder Arbeitsgruppen leitete – ihm wird man Antisemitismus schwerlich vorwerfen können. Dies schon deshalb nicht, weil Häfele als ein Pionier der Zusammenarbeit des Forschungszentrums Jülich und der RWTH Aachen mit dem Israel Institute of Technology Haifa (Technion) angesehen werden kann.[25]

---

23 Siehe oben: 3.20, „Der antisemitische ‚Nachtlokalvermerk'", S. 97 ff.

24 Begrüßungsworte von Mme Rolande Tordjman-Grunbaum, in: Denecken, Schulze, Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 13 f., S. 14.

25 Rusinek, Bernd-A., Wolf Häfele. 1927–2013, internes Paper, Jülich 2013. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass 1923 zur Förderung des TECHNION das „Deutsche Komitee für das Technische Institut in Haifa" gebildet wurde – erster Präsident: Albert Einstein. Das Komitee wurde von den Nationalsozialisten selbstverständlich verboten. 1982 erfolgte die Wiedergründung als „Deutsche TECHNION-Gesellschaft".

Aber hier ist Differenzierung geboten. Häfele war für einige Jahre der Karlsruher Vorzeige-Wissenschaftler und seine Beziehung zu Greifeld sehr eng. Sollte Gruenbaum bereits *vor* seinem Vertragsende Material gegen Greifeld gesammelt haben und wäre dies bekannt geworden, dann dürfte man sich darin einig gewesen sein, ihn loszuwerden. Und in der Tat hatte Gruenbaum schon zu einer Zeit Material über Greifeld zu sammeln begonnen, als seine Vertragsangelegenheit noch gar nicht in Rede stand.

1973 traf sich Gruenbaum mit Robert Jungk, dem godfather der bundesdeutschen Anti-Kernkraft-Bewegung, in Paris.[26] Jungk hatte Gruenbaum aufgesucht, weil dieser ihm angedeutet hatte, er besitze Kenntnisse brisanter Vorgänge im Kernforschungszentrum Karlsruhe. Gruenbaum berichtete Jungk über von ihm herausgefundene deutsch-argentinische und deutsch-brasilianische Geheimprojekte, um Atombomben für die Bundesrepublik zu bauen. Jungk sagte, wenn dies stimme, werde man ihn – Gruenbaum – unter Druck setzen und zum Schweigen bringen. Jungk erinnerte dabei an das Schicksal der Amerikanerin Karen Silkwood, die nach seiner Auffassung von der US-amerikanischen Atomlobby umgebracht worden war.[27] Hierauf reagierte Gruenbaum mit einer Art „Na und …?“:

> „Was habe ich denn noch zu verlieren? Meine Stelle in Deutschland habe ich verloren, und aufgrund bestimmter Einflüsse jetzt auch meine Arbeit im französischen Staatsinstitut.[28] Meine Frau hat mich vor ein paar Wochen verlassen. Sie versteht nicht, dass ich an nichts anderes mehr denken, an nichts anderem mehr arbeiten kann.“

Nach einigen Tagen – so Jungk – rief ihn der französische Wissenschaftler Yves Lenoir an: Man müsse etwas für Léon Gruenbaum tun. Er werde verfolgt, seine Post werde überwacht, und es habe da „eine ganz merkwürdige Geschichte mit seinem Auto“ gegeben …[29]

Gruenbaum fürchtete also um sein Leben. Von wem ein Mordanschlag ausgehen sollte, wird in der Schwebe gehalten. Politik? Atomlobby? Greifeld und dessen Gesinnungskreis?

---

26 Jungk, Atomstaat, a. a. O., S. 127 ff. Dort das Folgende.

27 Gewerkschaftsaktivistin, Angestellte in der US-Nuklearindustrie, die belastende Dokumente über Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen zusammenstellte, der Presse übergeben wollte und 1974 auf mysteriöse Weise bei einem Verkehrsunfall starb (Jungk, Atomstaat, a. a. O., S. 104 ff.).

28 Jungk gibt an, dass Gruenbaum im französischen »Bureau des Mines« gearbeitet und über Atommüll-Lagerung geforscht habe (Jungk, Atomstaat, a. a. O., S. 127).

29 Jungk, Atomstaat, a. a. O., S. 130 f. Zu Lenoir: Testard-Vaillant, Philippe, Yves Lenoir, en vert et contre tous, in: La Recherche. L'actualité des sciences, http://www.larecherche.fr/actualite/aussi/yves-lenoir-vert-contre-tous-01-09-2002-86243 (Zugriff 06.2015). Jungk berichtet auch über Manipulationen an Autos von Kernkraft-Gegnern in Norddeutschland, die er als Mordversuche der Atomlobby deutete (Jungk, Atomstaat, a. a. O., S. 101 f.).

## 16.2 Léon Gruenbaums Manuskript „Genese der Plutoniumgesellschaft“

1973 kehrte Gruenbaum nach Frankreich zurück, arbeitete zunächst im französischen Staatsinstitut »Bureau des Mines«, verlor diese Stelle aber, studierte an der Sorbonne Geschichte und stellte 1982 ein Manuskript fertig, 448 Seiten stark, mit dem er als Wissenschaftshistoriker promovieren wollte: „Genese der Plutoniumgesellschaft. Politische Konzeptionen und Geschäfte“.[30]

Abgerechnet wird darin nicht nur mit Atomforschung und Atomwirtschaft, sondern auch mit Rudolf Greifeld. Gruenbaum beschreibt – für eine Doktorarbeit in höchstem Maße unüblich – sehr ausführlich seine eigene Vertragsverlängerungsangelegenheit[31] und bezichtigt Greifeld sowie Teile von dessen Entourage in Karlsruhe des nationalsozialistischen Revanchismus[32]. Zugespitzt könne man Gruenbaums Standpunkt wie folgt zusammenfassen: Die „Wunderwaffen“ des „Führers“ sollten nachträglich im Kernforschungszentrum Karlsruhe selbst oder mit Karlsruher Unterstützung im Ausland hergestellt werden, vorzugsweise in Südamerika, und zwar mit Hilfe von Schwerwasserreaktoren, die Plutonium produzieren. Dieser Griff nach der Bombe wird als Fortsetzung des Nationalsozialismus gewertet und Greifeld als Alt-Nazi hingestellt, der nicht verwinden kann, dass Hitler-Deutschland den Krieg verloren hatte. Als Schnittstellen zwischen der nuklearen Großforschung in der Bundesrepublik und dem krakenhaften imperialistischen Ausgriff nach Südamerika, Ägypten, Südafrika etc. werden die „Internationalen Büros“ der Forschungszentren Jülich und Karlsruhe angegeben.[33]

---

30 Gruenbaum, Genese der Plutoniumgesellschaft, a. a. O. Der Verfasser hat nicht in Erfahrung bringen können, bei welchem Historiker Gruenbaum in Paris zu promovieren beabsichtigte, ob das Promotionsverfahren überhaupt eingeleitet und ein Text vorgelegt wurde. Der Text, den wir hier nutzen, kann nicht das einer Fakultät vorgelegte Manuskript sein, denn es ist voller handschriftlicher Notizen und enthält eingeklebte Zeitungsartikel.

31 Soweit der Verfasser beurteilen kann, und er ist auf diesem Gebiet nicht ganz ohne Erfahrung: Kein „Doktorvater“, kein Zweitgutachter und kein Fakultätsausschuss würden derartige Passagen in einer Doktorarbeit akzeptieren, jedenfalls in der Bundesrepublik nicht.

32 Und zwar in dem Kapitel III, »Interlude al la Tedesca. L’affaire Greifeld«, S. 276 ff.

33 In Namen und Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) Dr.-Ing. Christian Manthey, ehemals Leiter des Internationalen Büros des BMBF im Forschungszentrum Jülich, mit einer umfassenden Analyse und Dokumentation der Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit (WTZ) der Bundesregierung im Zeitraum 1970–2000 beauftragt. Grundlage der Arbeit ist eine Dokumentenrecherche bei den ehemaligen Internationalen Büros des BMBF, angesiedelt an folgenden Großforschungseinrichtungen: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Forschungszentrum Jülich (FZJ), Forschungszentrum Karlsruhe (FZK), Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt (GKSS), Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF), Alfred-Wegener-Institut für

Das Manuskript Gruenbaums besitzt den Charakter einer Abrechnung. Er dachte es sich vermutlich als Fortführung von Robert Jungks „Atomstaat". Auch Jungk hatte die

---

Polar- und Meeresforschung (AWI) und Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD). Siehe: Manthey, Christian, Historie der Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit (WTZ) der Bundesregierung in den Jahren 1970 bis 2000, beauftragt durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) in Namen und Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Jülich/Bonn 2014.
Ausführlich und exakt werden die Internationalen Büros (IB) der genannten Großforschungseinrichtungen dargestellt. Die Schrift hat den Charakter einer quellen-orientierten historischen Aufarbeitung auf Basis reichlich vorhandenen Materials interner Berichte. Aus der genannten Arbeit die folgenden Zitate.
Über Brasilien lesen wir: „Das IB der KFA (Kernforschungsanlage/B.-A. R.) Jülich konzentrierte sich zu Beginn vor allem auf die WTZ mit Brasilien (Die Kooperation mit Argentinien und Chile wurde vom IB in Karlsruhe betreut). Hauptthemen der Zusammenarbeit mit Brasilien waren anfangs die wissenschaftlichen Aspekte der Kernenergie, von Reaktorphysik bis zur Wirtschaftlichkeitsanalyse von Kernkraftwerken und vor allem Fragen der Reaktorsicherheit. Auf brasilianischen Wunsch wurden außerdem Kurse in Geochemie und Geologie, auch im Hinblick auf die Prospektion radioaktiver Erze, einbezogen." (Teil A, S. 6). „In der WTZ mit Brasilien befasste sich das IB der DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt – heute Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR/B.-A. R.) in den Anfängen ebenfalls mit der Erforschung von Ionenatmosphäre und erdnahem Weltraum, unter anderem mit brasilianischen Javelin-Raketen. Daneben gab es zum Beispiel Arbeiten zu Strömungs- und Windkanaltechnik, Werkstoffentwicklung und Fernerkundung." (Teil A, S. 78).
Über Argentinien: „Zu Beginn der WTZ mit Argentinien standen zunächst die wissenschaftlichen Aktivitäten im Umfeld des dortigen Kernkraftwerks Atucha, das zum Jahresende 1973 erstmals kritisch wurde, im Mittelpunkt. Durchgeführt wurde dabei z. B. ein MZFR-Bestrahlungsprogramm in Karlsruhe von in Argentinien hergestellten Brennelementen. Ein weiterer Schwerpunkt der noch jungen WTZ war die Gewitterforschung, eine Zusammenarbeit zwischen der CNEA und dem MPI für Radioastronomie in Bonn." (Teil A, S. 49). „Nachdem am 24.3.1976 eine Militärjunta unter Leitung von General Videla die Macht in Argentinien übernommen hatte, wurden nahezu alle führenden Positionen der CNEA (Comisión Nacional de Energía Atómica/B.-A. R.) mit Angehörigen des Militärs besetzt, was naturgemäß auch Auswirkungen auf die WTZ mit Argentinien hatte. So konnte das während des Aufenthalts des argentinischen Koordinators, Dr. J. C. Di Primio, in Karlsruhe gemeinsam ausgearbeitete Zusammenarbeitsprogramm deshalb bis Ende 1976 nur in Ansätzen verwirklicht werden." (Teil A, S. 52).
Über Ägypten: „Die Zusammenarbeit mit Ägypten konnte zwischenzeitlich weiter ausgebaut werden. Partner auf ägyptischer Seite waren hauptsächlich: die Atomic Energy Authority (AEA), das National Research Center (NRC) sowie das Middle Eastern Regional Radioisotope Center (MERRC). Kooperationsschwerpunkte waren: Wasserentsalzung, Algenzüchtung, 10 kW Solarkraftwerk, hydrogeologische Untersuchungen in Wüstengebieten und Oasen, Verschmutzung des Nilwassers sowie Radioisotopen-Anwendungen in Medizin, Hydrologie und Erdölprospektion." (Teil A, S. 9). „Die Zusammenarbeit mit der Atomic Energy Authority Ägyptens war in 1980 nach wie vor geprägt durch zwei Schwerpunkte: Die Neuinstrumentierung des Forschungsreaktors in Inshas und das Thema ‚Umgebungsüberwachung' für das Reaktorzentrum Inshas. Bei der nichtnuklearen Zusammenarbeit stand der Einsatz solarer Demonstrationsanlagen für das Geburtsdorf des ägyptischen Präsidenten Sadat im Mittelpunkt. Weitere 40 solare Warmwasseranlagen wurden in Mit Abu el Kom installiert, um hinsichtlich ihrer Gebrauchstüchtigkeit und Akzeptanz für die ländliche Bevölkerung Ägyptens getestet zu werden." (Teil A, S. 12).

bundesdeutsche Atompolitik als Fortsetzung des Nationalsozialismus gedeutet. Über die NS-Zeit heißt es bei Jungk in einer (jedenfalls den Verfasser) peinlich berührenden Diktion, das deutsche Volk sei mit dem Slogan „Volk ohne Raum" gewonnen worden, nunmehr aber laute die Parole „Volk ohne Strom"; damals habe es „Deutschland über alles" geheißen, nunmehr aber heiße es „Plutonium über alles".[34] Eine symbolische Verknüpfung der bundesdeutschen Kernenergiepolitik mit dem Nationalsozialismus stellte Jungk her, indem er seinen „*Atom*staat" niemand anderem als Eugen Kogon (1903–1987) widmete, dem einstigen NS-Gegner und Buchenwald-Häftling, der nach dem Krieg als so genannter „Linkskatholik" einer der intellektuellen Väter der Bundesrepublik wurde. Kogon hatte das Buch „Der *SS*-Staat"[35] geschrieben, das 1946 erstmals erschien.

Jungk konzentriert sich in seinem Buch, soweit es die deutsche Szene betrifft, vor allem auf das Forschungszentrum Karlsruhe. Einzelheiten der angeblichen NS-ideologischen Durchseuchung des Karlsruher Kernforschungszentrums hat er zweifellos von Gruenbaum mitgeteilt bekommen. In Jungks Buch über das Karlsruher Zentrum lesen wir, dass dort sogar die Lehrlinge nationalsozialistisch infiltriert würden, hätte doch ein Ingenieur im ausbildungsbegleitenden Unterricht SS-Runen an die Tafel gemalt, von den Lehrlingen stramme Haltung verlangt und ihnen verboten, sich beim Sitzen anzulehnen etc., etc.[36]

Rudolf Greifeld wird von Jungk nicht namentlich erwähnt, es ist nur vom „Geschäftsführer" des Forschungszentrums Karlsruhe die Rede oder auch von „diesem Herrn". Jungk geht auf den Nachtlokalvermerk ein, den er als Faksimile aus dem Institut Max von Laue/Paul Langevin (ILL) erhalten hatte, und er schreibt auch über die Bevorzugung von „Ariern" als Kennzeichen der Karlsruher Personalpolitik: Es habe in

---

Über Südafrika: „Im Auftrag des BMFT wurden 1992 IB-seitig erste Kontakte zu Wissenschaftsinstitutionen in Südafrika aufgenommen. U. a. wurde ein umfangreiches Besuchs- und Gesprächsprogramm für eine zehnköpfige Delegation des südafrikanischen Council for Scientific and Industrial Research (CSIR) zu verschiedenen deutschen Forschungsinstituten und Industriefirmen organisiert. Dieser Besuch bedeutete eine erste Kontaktaufnahme mit der südafrikanischen Wissenschaft nach Aufhebung des Wirtschaftsembargos mit dem Ziel, den Südafrikanern auf der Basis konkreter Projektzusammenarbeiten eine Rückkehr in das internationale Netz wissenschaftlicher Beziehungen zu erleichtern. Persönliche Kontakte im Wissenschaftsbereich, auf denen man jetzt aufbauen konnte, hat es in gewissem Umfang auch schon zu Zeiten der Apartheid gegeben. Jülicher Beispiel hierfür ist eine langjährige Kooperation zwischen dem Institut für Kernphysik, IKP, der KFA und dem „National Accelerator Center", NAC, Faure in der Nähe von Kapstadt." (Teil A, S. 28).

34 Jungk, Atomstaat, a. a. O., S. 150.

35 Kogon, Eugen, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Mnchn. 1946 (zahlreiche Folge-Auflagen).

36 Jungk, Atomstaat, a. a. O., S. 125. Wir müssen bedenken, dass Jungks Buch, zuerst 1977 erschienen, hunderttausendfache Verbreitung fand und die 1975 aufkommende Antikernkraft-Bewegung geistig prägte.

Karlsruhe von „diesem Herrn“ die „Anordnung“ (!) gegeben, bei Ausländern „möglichst Blonde aus Schweden und keine vom Balkan einzustellen“.[37]

“Blow-up” also: Wir können hier beobachten, wie ein Ondit zu einer formellen „Anordnung“ mutiert.

Das Gruenbaum-Manuskript ist eine Ausbuchstabierung des „Atomstaates“, es ist aber weniger essayistisch angelegt, enthält zahlreiche Einzelheiten über die französische Atomszene und ist auf „jenen Herrn“ zugeschnitten, nämlich auf Rudolf Greifeld.

Dieser wird in Gruenbaums Darstellung als Teil eines Schurken-Ensembles auf die Bühne gebracht, das aus Alt-Nazis, reaktionären Politikern im Inland, halbfaschistischen Diktatoren im Ausland, Militär, Kapital und nuklearer Großforschung besteht, die Deutsche Bank fehlt auch nicht. Gäbe es die platonischen „Ideen“ nicht nur im Bereich des Guten, sondern auch im Bereich des Bösen, so wäre Rudolf Greifeld als leitender Akteur innerhalb einer kriegslüsternen und atombombenbegierigen bundesdeutschen nuklearen Großforschung als platonische Idee des “bad and ugly guy“ anzusehen.

Seit über Kernenergienutzung nachgedacht wurde, war man sich der Problematik des dual use bewusst. Namhafte Vertreter der „friedlichen Nutzung“ suggerierten den one directional use *für* den Frieden, und vermutlich glaubten die meisten dieser Vertreter auch ehrlich daran. Große Teile der Anti-Kernkraft-Bewegung behaupteten einen one directional use ausschließlich *gegen* den Frieden. Hier reiht sich Gruenbaum ein. Pointiert gesprochen: *Dual* use gab es für ihn nicht.

Gruenbaums Darstellung beginnt nicht mit Otto Hahns und Lise Meitners Entdeckung der Kernspaltung, nicht mit Hiroshima und Nagasaki, auch nicht mit Präsident Eisenhowers Atoms for Peace-Deklaration vor der UN-Generalversammlung 1953. Es wird weiter ausgeholt.

Mit gelegentlichen Rückgriffen auf die Bismarck-Zeit konzentriert Gruenbaum sich zunächst auf Walther Rathenau (1867–1922), den Industriellen, Politiker und Intellektuellen. Mit dem „Scharfsinn seines jüdischen Verstandes“[38], so lesen wir etwas irritiert, habe Rathenau sein Industrie-Imperium arrondiert, dessen Potential in die deutsche Kriegsführung 1914 bis 1918 eingebracht und einen militär-industriellen Komplex geschmiedet. Gruenbaum dachte dabei an Rathenaus Tätigkeit in der Kriegsrohstoff-Abteilung im Preußischen Kriegsministerium, an dessen Konzept einer Zwangssyndikalisierung der einschlägigen Industriebereiche sowie ihrer

37 Ebd., S. 125.
38 »la finesse de son esprit juif« (Gruenbaum, Genese der Plutoniumgesellschaft, a. a. O., S. 3).

Verzahnung mit Generalität und Politik.[39] Diese Konzeption wurde unter der „Dritten Obersten Heeresleitung“ (OHL) ab 1916 zum Teil realisiert. Übrigens war Lenin davon angetan.

Gruenbaum bahnte die Trasse Bismarck – Siemens – Rathenau/OHL – I. G. Farben – NS-Zeit – deutscher Atom-Revanchismus ab spätestens 1956, als eine Reihe von Kernforschungszentren in der Bundesrepublik gegründet wurde, unter anderem jenes in Karlsruhe. Die Trasse vom Nationalsozialismus in die Bundesrepublik wird an einigen Stellen konkretisiert: Hitler/Bormann – der semifaschistische argentinische Diktator Juan Perón – Walther Schnurr vom Karlsruher Zentrum und eben Rudolf Greifeld[40].

Dieses Modell funktioniert auf der Basis der in den 1970er Jahren vieldiskutierten „Restaurationsthese“, wonach man in der Bundesrepublik die prägenden Strukturen der NS-Zeit, namentlich im industriellen und Bankenbereich, nicht etwa beseitigt, sondern konsequent wieder auf- und dann ausgebaut habe. Scharnier-Akteure zwischen „Drittem Reich“ und Bundesrepublik wurden in Männern vom Schlage eines Rudolf Greifeld mit ihrem bombenlüsternen NS-Revanchismus erblickt.

Aber die Pietätlosigkeit, über Gruenbaums „Die Plutoniumgesellschaft“ ein nachträgliches Promotionsgutachten zu verfassen, wollen wir nicht begehen. Es würde zudem den Umfang dieser Arbeit sprengen. In der Form, die dem Verfasser vorgelegen hat, hätte der Text unter keinen Umständen bei einer Fakultät eingereicht werden können.

---

39 Siehe dazu: Wilderotter, Hans, „Das Weltgericht tagt“. Rohstoffversorgung und Kriegszieldiskussion, in: Ders. (Hg.). Walther Rathenau 1867–1922. Die Extreme berühren sich, Bln. 1993 (Kat. Deutsches Historisches Museum), S. 362–386.

40 Eine besondere Bedeutung kommt in der Arbeit von Léon Gruenbaum einem Treffen im Straßburger Hotel Maison Rouge am 10.08.1944 zu. Hier hätten Industrie- und NS-Vertreter unter der Leitung von Martin Bormann eine Art “nazi post war planning“ durchgesprochen. Der Krieg sei verloren. Was komme nach der Niederlage? (Gruenbaum, Genese der Plutoniumgesellschaft, a. a. O., unter anderem S. 196, S. 222).
Es gab gegen Kriegsende verschiedene Überlegungen von Regimeseite aus, wie man den siegreichen Alliierten entgegentreten sollte. Käme man nicht mit leeren Händen, dann könnten die Friedensregelungen vielleicht abgemildert werden. Vielleicht könnte man, wenn der Krieg denn einmal verloren sei, „den Frieden gewinnen“. Hier hätte die Anreicherungszentrifuge ebenso ins Spiel gebracht werden können wie die Ergebnisse der deutschen Flugforschung, und dasselbe hätte auch für die deutsche Atomforschung schlechthin oder – sozusagen als Joker – für eine deutsche Atombombe gelten können. Walther Gerlach, als Fachspartenleiter Physik im Reichsforschungsrat der mächtigste Physiker im „Dritten Reich“, Leiter des Uran-Projekts, berichtete in einem privaten Brief über ein Gespräch mit Albert Speer. Dieser hatte noch Ende 1944 gefragt, ob ein Atomreaktor kriegsentscheidend sein könne. Gerlachs Antwort: „Ich hatte ihm (…) mit Nein geantwortet: aber wollen Sie den Frieden verlieren? Der wird von der Entwicklung dieser Physik abhängen. Darauf seine mündliche und schriftliche Antwort, ich bekäme die angeforderten Gelder.“ (Gerlach an Malu Rehder, 25.02.1978, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft Berlin, Nachlass Rehder, ZA 70, Nr. 11).

## 16.3 Waldemar Ernst. Gruenbaum und der Köderbrief

Auf der Straßburger Pressekonferenz am 24.10.1975 hatte Léon Gruenbaum geäußert, dass Greifeld in Paris mit dem Judenmörder Waldemar Ernst befreundet war und den Schluss nahe gelegt, dass Greifeld und Waldemar Ernst bei der Deportation von mehr als 1.000 Menschen in den sicheren Tod zusammengearbeitet hatten.

In der Tat zählte Waldemar Ernst zu jenen nicht wenigen belasteten und in der NS-Zeit hoch aufgestiegenen Personen, also zu den *Tätern*, mit denen Greifeld auch noch nach dem Krieg befreundet war. In Léon Gruenbaums Darstellung spielt Waldemar Ernst die bedeutende Rolle des Mannes, der für die Verbindung zwischen Greifeld und dem nationalsozialistischen Vernichtungsapparat stand. Gruenbaum benötigte nun eine Bestätigung von einem der beiden Männer, am besten schriftlich, dass sie in Paris zusammengearbeitet und sich dabei angefreundet hatten, und dass sie nach wie vor in gutem Kontakt mit einander standen. Wie hat Gruenbaum es eingefädelt, eine solche schriftliche Bestätigung zu bekommen?

Gruenbaum schrieb, dass er drei Jahre in Karlsruhe arbeitete, von 1970 bis 1973.[41] Während dieser Zeit[42], so Gruenbaum, begegnete einer seiner Kollegen, dessen Namen er aus Sicherheitsgründen nicht nennen wolle, Waldemar Ernst auf einer privaten Party. Am Ende der Party wurde der ungenannte Gruenbaum-Kollege von Waldemar Ernst gebeten, herzliche Grüße an Greifeld auszurichten.[43] Nun, Mitte 1972, so Léon Gruenbaum weiter, besaßen sie also den Anfang eines Beweises dafür, dass Greifeld tatsächlich einen Teil des Krieges gemeinsam mit Waldemar Ernst in Frankreich verbracht hatte.[44]

Aber Ernsts Bitte, Greifeld Grüße auszurichten, war bedeutungslos. Man musste eine schriftliche Bestätigung aus seiner oder der Hand Greifelds erhalten, wonach beide gemeinsam im okkupierten Paris gewesen waren.[45] Wie anstellen? Sie ließen Waldemar Ernsts Grüße nicht einfach über Greifelds Sekretariat ausrichten, sondern wählten den Weg über die Hauspost. Gruenbaums Kollege Dr. Volkhard Jung teilte also Greifeld die Grüße von Waldemar Ernst schriftlich mit – nennen wir dieses Schreiben den Köderbrief. Und Greifeld antwortete am 05.06.1972 mit einem kurzen

41 Gruenbaum, Genese der Plutoniumgesellschaft, a. a. O., S. 277.

42 »durant son séjour« – Léon Gruenbaum schrieb über sich als Autor in der dritten Person. Ebd., S. 279. Dort auch das Folgende.

43 »de transmettre ses amitiés au Dr. Greifeld«.

44 »Nous détenions ainsi un début de preuve que le Dr. Greifeld avait bel et bien passé une partie de la guerre en Fance«.

45 »cette preuve orale n'avait que peu de valeur; il fallait obtenir la confirmation écrite de Greifeld des déclarations faites par Ernst«.

Schreiben, worin er bestätigte, Ernst während des Krieges in Paris kennengelernt zu haben. Der gesamte Text:

> „Besten Dank für Ihre Nachricht vom 22. Mai 1972, in der Sie mir Grüße von Dr. Ernst ausgerichtet haben. Zur Klarstellung möchte ich sagen, dass ich Herrn Dr. Ernst seit vielen Jahren kenne, insbesondere aus gemeinsamer Zeit in Paris. Doch waren weder er noch ich Kommandant, sondern wir waren beide in der Militärregierung Frankreich tätig."[46]

Von diesem Moment an, Mitte 1972, so Gruenbaum, habe er gewusst, dass seine Pariser Recherchen erfolgreich waren.[47]

Gruenbaum recherchierte Jahr um Jahr weiter.

Nach drei Jahren, am 13.06.1975, fuhr er nach Köln und übergab dem Leiter der „Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern bei der Staatsanwaltschaft Köln"[48] eine Kopie des Schreibens von Greifeld über seinen Kontakt mit Waldemar Ernst sowie 50 Blatt Kopien, die Waldemar Ernsts Aktivitäten in Paris dokumentierten. Diese Kopien stammten aus Unterlagen des CDJC[49] und der „Israel-Polizei"[50] über die Aktivitäten Waldemar Ernsts in Paris. Gruenbaum ließ sich die Übergabe bescheinigen.[51] Die Kopie des Nachtlokalvermerks befand sich nicht in den der Staatsanwaltschaft Köln übergebenen Unterlagen, da dieser erst am 17.10.1975 aufgefunden wurde.

Das Schreiben vom 05.06.1972, wonach Greifeld Waldemar Ernst aus Pariser Zeiten kannte, führte dazu, dass Greifeld im Ermittlungsverfahren gegen Kurt Lischka und Andere als Zeuge über seine Tätigkeit in Paris befragt wurde. Greifeld wurde aber nicht angeklagt, wie es Gruenbaum angestrebt hatte.

Fügen wir noch eine Überlegung an, die vielleicht ein anderes Licht auf die Nicht-Verlängerung von Gruenbaums Arbeitsvertrag wirft. Gruenbaum war, wie er schrieb,

---

46 http://www.forum-ludwig-marum.de/site.assets/files/1012/reader.pdf (dort, S. 11, die Repro des Briefes). Der Satz „(…) doch waren weder er noch ich Kommandant, sondern (…)" klingt, als hätte Greifeld von diesem Vorwurf gehört, und zwar entweder schon seit Längerem, oder Volkhard Jung hatte dies in seinem kurzen Anschreiben ins Spiel gebracht.

47 »A partier de ce moment-là (cela se passait en 1972), l'auteur eut la certitude ques les recherches à Paris seraient couronnées de succès«.

48 Im Folgenden „Zentralstelle".

49 Centre de documentation juive contemporaine, Holocaust Memorial, Bibliothek und Archiv mit Sitz in Paris. Die Dokumentationsstätte entstand bereits 1943 im Untergrund.

50 Nicht ermittelt.

51 Bescheinigung der Zentralstelle, 13.06.1975, LA Duisburg NW 874 Nr. 12601 sowie Stasi-Dossier Greifeld, BStU, MfS – HA IX/11.

von 1970 bis 1973 in Karlsruher Zentrum tätig. Am 22.05.1972 sandte er Greifeld den Köderbrief. Wir wissen nicht, wann Gruenbaums investigative Anstrengungen begonnen hatten. Aber wir wissen, dass Gruenbaum lange, bevor über seine Vertragsverlängerung entschieden werden musste, damit begonnen hatte.

In Greifelds Korrespondenz konnte nur ein kurzes Schreiben aufgefunden werden, dass sich auf Gruenbaum bezieht. Am 31.10.1973 schrieb Greifeld an Haxel:

> „In der Angelegenheit Grünbaum hat es einiges hin und her gegeben. PA und Dr. Hermann kennen die Vorgänge. Ich bitte Sie dringend, Herrn Grünbaum nicht zu empfangen und ihn, falls er Sie am Telefon zu sprechen wünscht, z. B. an Herrn Mießner verweisen zu lassen.“[52]

Greifeld spricht Ende Oktober 1973 von Vorgängen und einigem „hin und her“, das heißt, von einer Entwicklung, die schon vor längerer Zeit begonnen haben muss, wir wissen aber nicht, wann. Vermutlich handelte es sich um Gerüchte über Greifelds NS-Vergangenheit, die zu dieser Zeit im Karlsruher Zentrum die Runde machten. Der Parlamentarische Staatssekretär im BMFT, Volker Hauff, hatte auf einer Veranstaltung im Karlsruher Zentrum am 23.11.1973 öffentlich Stellung genommen und die Behauptungen als falsch bezeichnet – was ihm in der FAZ vorgeworfen wurde.[53]

## 16.4 »une circulaire«/Ein Rundschreiben

Greifeld schrieb, wie zitiert, über das Hin und Her in der Angelegenheit Gruenbaum. Dies war Ende Oktober 1973. Vermutlich hatte er diese Angelegenheit schon für erledigt gehalten.

Aber Léon Gruenbaum setzte seine Recherchen verbissen fort. Zwar fand er sich aufgrund der Antwort Greifelds auf den Köderbrief am 05.06.1972 darin bestätigt, dass Greifeld und Ernst einander von Paris her kannten, aber weiter war er nicht gekommen. Noch im Juni 1975, also nach drei Jahren, so lesen wir im Plutonium-Manuskript, hatte Léon Gruenbaum keinen Beweis für die antisemitischen Aktivitäten Greifelds in der Vergangenheit gefunden und natürlich auch nicht den missing link, der die Kooperation Greifeld/Waldemar Ernst belegen würde.[54]

---

52 GLAK, 69–467.

53 Rudzinski, Kurt, Vermeidbare Blamage, in: FAZ, 26.11.1975. Die genannte Veranstaltung im Karlsruher Zentrum war nicht wegen Greifelds NS-Vergangenheit organisiert worden.

54 »On était en effet en juin 1975, et il n'existait toujours pas de preuve des activités antisémites du Dr. Greifeld dans le passé.« (Gruenbaum, Genese der Plutoniumgesellschaft, a. a. O., S. 283. Dort und S. 283 f. auch das Folgende).

Daher verfasste Léon Gruenbaum einen Fake-Rundbrief an die Presse, an hohe Bonner Beamte und an das Forschungszentrum Karlsruhe. Darin hieß es:

> „Ich habe Herrn Dr. Greifeld (…) dafür zu danken, dass er den Beweis dafür geliefert hat[55], dass Dr. Waldemar Ernst (…)[56] in seiner Eigenschaft als führendes Mitglied der Verwaltung von Paris im Krieg und als Leiter der Polizei-Abteilung an Aktionen gegen die Juden in Frankreich beteiligt war und in Verbindung mit SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka zu den unmittelbar Verantwortlichen für die Verfolgung der Juden in Paris gezählt hat.[57] (…) Dr. Greifeld war zu derselben Zeit in Paris wie Dr. Ernst und übte dort verantwortungsvolle Funktionen bei dem Militärkommandanten in Frankreich aus, und er hat mir offenbart, wo ich die Dokumente über die antisemitischen Aktivitäten des Dr. Waldemar Ernst finden kann. Ich habe diese Dokumente dem Generalstaatsanwalt Dr. Gehrling in Köln übergeben. Es hat sicherlich Unstimmigkeiten zwischen Dr. Greifeld und mir gegeben, doch seine genauen Angaben über Dr. Ernst sind sehr wertvoll für mich und für die deutsche Justiz. (…)“[58]

Die Frage war nun, so Gruenbaum in seinem Manuskript weiter, wie Greifeld die Natter schlucken würde.[59] Schließlich habe Greifeld ja nicht wissen können, ob Gruenbaum zu dieser Zeit im Besitz belastender Dokumente war oder nicht. Gruenbaum wollte Greifeld abermals ködern und unter Druck setzen. Vermutlich erwartete er, dass die angeschriebenen hohen Beamten und die Presse, vielleicht auch das Karlsruher Zentrum selbst, Greifeld ihrerseits unter Druck setzten und dieser gezwungen sein würde, seine enge Verbindung zu Ernst und womöglich zu Lischka zuzugeben.

Aber weder Presse, noch Beamte, noch das Karlsruher Zentrum noch Greifeld reagierten auf das Rundschreiben. Ob es Telefonate oder vertrauliche Rückfragen gegeben hat, wissen wir nicht.

---

55 Bezogen auf Greifelds Brief vom 05.06.1972.

56 Adresse und Telefonnummer werden genannt.

57 Diesen „Beweis“ hatte Greifeld freilich nicht geliefert, sondern nur arglos bestätigt, dass er und Ernst einander in Paris kennengelernt hatten.

58 »Je tiens à remercier le Dr. Greifeld (…) de m’avoir permis de prouver que le Dr. Waldemar Ernst (…) avait participé, ès-qualités de membre dirigeant de’l administration de Paris et chef de la section policière, aux actions contre les juifs en France et avait compté parmi les responsables immédiats des persécutions de juifs à Paris, en liaison avec le S.S.-Obersturmbannführer Kurt Lischka. (…) Dr. Greifeld, qui se trouvait en France en même temps que le Dr. Ernst et y exercait des fonctions de responsabilité auprès du Commandant en chef militaire en France, m’a révélé où je pourrais trouver des documents sur les activités antisémites du Dr. Waldemar Ernst. (…) J’ais transmi ces documents à Mr. le procureur general, le Dr. Gehrling, à Cologne. Il y eut certes des dissensions entre le Dr. Greifeld et moi-même, mais ses précisions sur le Dr. Ernst ont été très précieuses pour moi et pour la Justice allemande«.

59 »comment Greifeld allait avaler cette couleuvre«.

Zweifellos war es ein starkes Stück, unwahre Tatsachenbehauptungen in die Welt zu setzen. Als Gruenbaum sein circulaire schrieb, besaß er ein Nichts an belastendem Material. Erst das Auffinden des Nachtlokalvermerks rettete ihn, und wir erinnern uns daran, wie flehend und mit welch hoffnungsleerem Blick er bei Serge Klarsfeld aufgetreten war.[60]

Aber eine nähere Arbeitsverbindung zwischen Greifeld, Waldemar Ernst und etwa auch Lischka bei der Judenverfolgung mit dem Ziel der Deportation konnte er mit dem Nachtlokalvermerk nicht nachweisen.

Es waren ihm viele Mittel recht. Vermutlich war es Gruenbaum, der auch bei Waldemar Ernst anrief. In seiner Zeugenvernehmung im Verfahrenszusammenhang Waldemar Ernst sagte Greifeld am 21.07.1975 aus, er habe mit ihm letztmals am 26.06.1975 telefoniert. Ernst habe dabei mitgeteilt, dass ein „Dr. Wachsmann" nach Greifelds Privatadresse fahnde. Da der Anrufer mit französischem Akzent sprach, vermutete Greifeld, dass es sich um Dr. Gruenbaum aus Paris gehandelt haben könnte.[61]

## 16.5 »aryanisation de personel étranger«/ „Arisierung" des ausländischen Personals im Karlsruher Forschungszentrum?

Für die Nachkriegszeit sind antisemitische Ausfälle Greifelds nicht belastbar überliefert: Ondits, Gerüchte, irgendwo Gehörtes.

An erster Stelle ist das Arisierungszitat zu nennen, das sich in dem Manuskript von Léon Gruenbaum findet und das – wir haben es gehört – Robert Jungk in seinen „Atomstaat" aufnahm, und zwar in der sensationalistischen Übersteigerung, es hätte eine „Anordnung" Greifelds gegeben, im Forschungszentrum Karlsruhe nur „Arier" einzustellen.

Das Zitat lautet bei Gruenbaum:

> „Er (Greifeld/B.-A. R.) forderte, wenn man schon Ausländer einstellen müsse, solle man blonden Personen den Vorzug geben, ‚Blonde aus Schweden

60 Siehe oben: 16.1, „Ein traumatisierter Mensch?", S. 192 ff.

61 Zeugenvernehmung Greifeld, 21.07.1975, BA-ZST, B 162–30861. Am 19.07.1976 erhielten Greifeld sowie Ernst Kübler im Kernforschungszentrum Karlsruhe anonyme Drohanrufe. BA-ZST, Karteikarte Aktennummer 110 AR 359–76 – Greifeld. Angaben über den Inhalt der Anrufe fehlen, auch Mutmaßungen über den Anrufenden.

> zum Beispiel', anstatt Menschen vom Balkan. Alles in allem habe Greifeld eine Arisierung des ausländischen Personals verlangt."[62]

„Blonde aus Schweden zum Beispiel" ist ein Zitat im Zitat, also eine Formulierung, die nach Darstellung Gruenbaums wirklich gefallen sein soll; das Übrige ist Wiedergabe in indirekter Rede.

Wir können Mutmaßungen über Wahrscheinlichkeiten anstellen. Wenn Greifeld tatsächlich „reinrassiges" Personal gefordert haben sollte, dann hätte dies auf der Linie seiner antisemitischen politischen Sozialisation gelegen.

Die deutschen Großforschungszentren rund um das „Atom", gegründet ab 1956, waren auf internationale Kontakte angewiesen, weil ein als dramatisch erlebter Rückstand gegenüber dem Ausland überwunden werden sollte und dies nur funktionieren konnte, wenn das Ausland Kenntnisse zur Verfügung stellte. Greifeld hätte sich mit seiner Arier-Äußerung, wäre sie gefallen und bekannt geworden, auf nationalem und internationalem Parkett unmöglich gemacht. Unmöglich wäre jede fernere internationale Zusammenarbeit des Karlsruher Zentrums gewesen, sofern sie sich nicht auf faschistische oder halbfaschistische Regimes beschränkt hätte. Greifeld wäre umgehend entlassen worden, und man weiß nicht, ob sich „Karlsruhe" jemals von dem Skandal erholt hätte.

Was Greifeld in angekneiptem Zustand von sich gegeben haben mag, wenn die bouteilles de vin halb geleert in der Nähe standen, wissen wir nicht. Gruenbaum wird derartige Äußerungen schwerlich direkt vernommen haben.

Männer wie Otto Haxel als Wissenschaftlicher Technischer Direktor des Karlsruher Zentrums, der Minister Veit, Alex Möller sowie auch Wolf Häfele hätten die infrage stehenden nationalsozialistischen Kraftaussprüche nicht geduldet, wären sie ihnen bekannt geworden. Äußerungen von Vorstands- und Geschäftsführungsmitgliedern sprechen sich in einem Forschungszentrum herum wie an einem intrigenreichen Rokoko-Höfchen.

Zu den Fakten.[63] Rudolf Greifeld fuhr gern nach Frankreich und hatte dort auch Freunde, zu seinen Freunden in Deutschland zählte nach Auskunft der Kinder Greifelds Werner Nachmann (1925–1988), Vorsitzender der Karlsruher Jüdischen Gemeinde, später Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Greifeld setzte sich vehement für die Internationale Schule in Karlsruhe ein. Wir haben gehört, dass er sich bei deren französischem Leiter um die Aufnahme der Tochter eines

---

62 »Il demanda, si déjà on engageait des étrangers, qu'on donnât priorité à des personnes „blondes, de Sùede par exemple", plutôt qu'à des individus originaires des Balkan! En somme, Il proposait une espèce d'aryanisation du personnel étranger!« (Gruenbaum, Genese der Plutoniumgesellschaft, a. a. O., S. 278).

63 Siehe oben: 13.2, „Human Interest", S. 172 f. Die folgenden Einzelheiten dort.

jugoslawischen Diplomingenieurs bemühte, eines Mannes vom Balkan also. Greifeld hat die Einrichtung des Karlsruher Gastdozentenhauses „Heinrich Hertz", internationale Begegnungsstätte für Wissenschaftler, mit solchem Einsatz unterstützt, dass man es als sein Kind bezeichnet hat.

Greifelds Amtsnachfolger Hellmut Wagner erklärt:

> „Nur Blonde eingestellt? Da hätten Sie 1973 einmal durch's Zentrum gehen sollen! Man fand alle Menschen vor – von blond und weiß bis kaffeebraun. Auch Juden und Palästinenser. Kernforschung nach 1955 war angewiesen auf ausländische Kontakte."[64]

Die Kinder Greifelds, die ihren Vater durchaus nüchtern beurteilen, sagen, sie könnten sich nicht an antisemitische Äußerungen erinnern.[65]

Es gibt keinen seriösen Beleg für Greifelds angeblich geäußerte „Arier"-Option.[66]

Angeblich hat Greifeld zudem erzählt, er habe in Paris den „Führer-Besuch" organisiert.[67] Dass er das nicht getan hat, wurde in dieser Arbeit nachgewiesen. Sollte er es wirklich gesagt haben, dann muss es sich um Angeberei gehandelt haben. Und wenn

---

64 Gespräch des Verfassers mit Prof. Dr. Hellmut Wagner, 04.12.2014.

65 Gespräch des Verfassers mit Dr. Katarina Greifeld und Michael Greifeld, 28.01.2015.

66 Es mag von Interesse sein, wie ein deutscher Hochschullehrer, gewiss kein linker Progressist, 1960 über die ausländischen Studenten an bundesdeutschen Universitäten gesprochen hat. Betrachten wir hierzu eine Rede von Georg Knetsch (1904–1997), Universität Würzburg, Geologe, der jahrelang Afrika und den Orient bereist hatte und von 1939 bis 1945 Wehrgeologe gewesen war (zum Folgenden: Knetsch, Georg, Probleme und Perspektiven des Ausländerstudiums. Würzburger Rektoratsrede gehalten am 12. November 1960, Würzburg 1960, Würzburger akademische Reden, Heft 29). 1960 studierten an den Universitäten in der Bundesrepublik und in West-Berlin 21.000 Ausländer, das waren acht bis zehn Prozent der Gesamtstudentenschaft. Aus verschiedenen Gründen sprach Knetsch sich dafür aus, den Ausländeranteil auf zehn Prozent zu begrenzen („Ich weiß, dass ich hier vielfachen Widerspruch erregen werde." <S. 19>). Es solle eine leistungsabhängige Auswahl getroffen und keine karitative Haltung durch Senkung der Anforderungen eingenommen werden. Die ausländischen Gäste sollten nicht „Kunden" der Universitäten sein, sondern sich als akademische Bürger der Hochschule fühlen (S. 11). Es galt, die ausländischen Studierenden zu integrieren, selbst die Korporationen sollten mehr Ausländer als bisher in ihren gesellschaftlichen und kameradschaftlichen Kreis aufnehmen (S. 22), es sei aber schwer, die den einzelnen Fremden oft überwältigende Gastlichkeit des Orients und Afrikas in Deutschland mit Gleichem zu vergelten (S. 8). „Die bei uns studierende künftige Intelligenz der in Frage stehenden Länder muss wissen, dass wir den Beflissenen Werkzeug geben wollen ohne den Zwang wirtschaftlicher Abhängigkeit, Ideen, aber keine Ideologie, Werte, die wir für Werte halten, aber keine Wertung, Chancen, aber keinen politischen Preis dafür fordern." (S. 15). Wären Knetsch die angeblichen Äußerungen Greifeld zu Ohren gekommen, er würde schlichtweg aus der Haut gefahren sein.

67 »déclaré publiquement (…), qu'il avait organisé la visite de Hitler à Paris«. So Gruenbaum auf der Pressekonferenz am 24.10.1975 laut dem Artikel »La chasse aux anciens nazis/Un nouvelle bombe Klarsfeld à Strasbourg«, Dernières Nouvelles d'Alsace, 25.10.1975.

Greifeld wirklich gesagt haben sollte, Hitler sei ein guter Kerl gewesen[68], hätte dies im Bereich des Möglichen gelegen. Seine angebliche Äußerung, „dass die Juden die Fehler von damals zu wiederholen begännen“[69], von der wir nicht wissen, auf wen sie gemünzt gewesen sein konnte, bewegte sich auf der Linie der antisemitischen Sozialisierung Greifelds im Verein deutscher Studenten.

Aber, und das sei nochmals unterstrichen, wir können nicht nachprüfen, ob Greifeld sich tatsächlich in der zitierten Weise geäußert hat.

2015 bekam Léon Gruenbaum posthum den Whistleblower-Ehrenpreis zugesprochen, und zwar für die Deutung der „Plutonium-Gesellschaft“, die damit verbundenen Hinweise auf die NS-Verstrickungen und die späteren Bomben-Optionen der Reaktorforschungslobby sowie für seine Enthüllungen über Rudolf Greifeld als einem Unbelehrbaren und Angehörigen genannter Lobby.

68 »un type très bien«, laut »La chasse aux anciens nazis«, a. a. O.

69 »que les juifs recommencaient les mêmes erreurs que jadis« (zit. nach: »La chasse aux anciens nazis«, a. a. O.).

# 17 A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. Waldemar Ernst (geb. 1909)

> „Waldemar Ernst ist mit ‚antijüdischen Maßnahmen' (einschließlich der Einrichtung von Konzentrationslagern, der massenhaften Verhaftung von Juden sowie deren Abtransport nach Auschwitz) befasst gewesen."[1]

Für Léon Gruenbaum sowie die Greifeldkritiker in der Karlsruher Kontroverse war der Nachweis einer Arbeitsverbindung von Greifeld und Waldemar Ernst in deren gemeinsamer Pariser Zeit von essenziellem Interesse. Gruenbaum scheute keine Mittel, um einer solchen Verbindung auf die Spur zu kommen: Köderbrief, Circulaire.[2]

Wer war Waldemar Ernst?[3]

In der Dokumentation von Dietrich Schulze über Léon Gruenbaum ist Greifelds Brief an Volkhard Jung vom 05.06.1972 wiedergegeben: „Besten Dank für Ihre Nachricht vom 22. Mai 1972, in der Sie mir Grüße von Dr. Ernst ausgerichtet haben (…)."

Durch Kenntnis des Briefes hatte Léon Gruenbaum die Beweise in Händen, dass Rudolf Greifeld im Krieg in Paris den NS-Täter Waldemar Ernst kennenlernte, und dass Rudolf Greifeld mit diesem Mann noch immer befreundet war. Gruenbaum begann zu recherchieren. Archivquellen über Waldemar Ernst zu finden, war und ist einfacher, als Rudolf Greifeld auf die Spur zu kommen. Denn in Paris war Waldemar Ernst ein weit bedeutenderer Vertreter der deutschen Okkupanten als Rudolf Greifeld. Ernst und Greifeld waren in der Tat in Paris gut miteinander bekannt

---

1 Brunner, Bernhard, Frankreichkomplex, a. a. O., S. 254 f.

2 Siehe oben: 16.3, „Waldemar Ernst. Gruenbaum und der Köderbrief", S. 200 ff.; 16.4, „»une circulaire«/Ein Rundschreiben", S. 202 ff.

3 Im Folgenden wird etwas intensiver auf Waldemar Ernst eingegangen, als in dem im September 2015 vorgelegten Gutachten, da seitens der Presse mehrfach nach Waldemar Ernst gefragt worden ist und ein großes Aufklärungsbedürfnis nicht nur hinsichtlich der Beziehungen Ernst/Greifeld besteht, sondern auch hinsichtlich der Person Waldemar Ernsts selbst. Es handelt sich nicht um eine Nachrecherche des Verfassers. Die Akten über Waldemar Ernst sind bereits 2014 ausgewertet worden.

gewesen. Greifeld gab später an, er sei Waldemar Ernst nach dem Krieg durch die Tätigkeit im Stuttgarter Wirtschaftsministerium wiederbegegnet.[4]

1975 berichteten Beate und Serge Klarsfeld, dass es sich bei Dr. Waldemar Ernst um jenen Mann handele, der als Polizeichef des Departements Paris für die Verhaftung von rund 1.100 Juden am 02.12.1941 verantwortlich war. Diese Menschen seien am 27.03.1942 deportiert worden.[5] In den Dernières nouvelles d'Alsace vom 25.10.1975 schließlich lesen wir, dass Greifelds Freund aus Pariser Tagen, Waldemar Ernst, führend an der Judenverfolgung in Frankreich beteiligt war, und deshalb in dem geplanten Kölner Lischka-Prozess mit auf die Anklagebank gehöre.[6] Die Staatsanwaltschaft Köln ermittelte gegen Waldemar Ernst allerdings im Sammelermittlungsverfahren gegen Dr. Nährich und andere, nicht im Ermittlungsverfahren Lischka. Der Lischka-Prozess begann im Oktober 1979 und endete im Februar 1980, der Nährich-Prozess begann 1983. Dr. jur. Walter Nährich (1909–1993) war Stellvertretender Kommandant der Sicherheitspolizei in Bourdeaux gewesen und dort verantwortlich für Judendeportationen. Der Prozess gegen ihn wurde wegen seiner Herzkrankheit eingestellt.

Waldemar Ernst wurde am 27.04.1909 in Mannheim als Sohn eines Apothekers geboren.[7] Bereits mit vierzehn Jahren war er Mitglied des „Jungnationalen Bundes" (Junabu), einer der vielen rechtsradikalen Jugendorganisationen der Weimarer Zeit: antidemokratisch, deutsch-völkisch, antisemitisch. Er blieb Junabu-Mitglied bis zu Beginn seines Jurastudiums in Heidelberg. Hier trat er der Burschenschaft Frankonia bei, die nach seinen eigenen Worten „antisemitisch und völkisch eingestellt war". Er studierte in Heidelberg, Halle und München Jura, Volkswirtschaft und Neuere Geschichte. Bereits im Semester 1927/28 war er im Heidelberger AStA stellvertretender Vorsitzender der „Großdeutschen Fraktion" und zugleich Mitglied des NS-Studentenbundes.

Bis hierhin sind die Wege Greifelds und Ernsts miteinander vergleichbar, aber Waldemar Ernst war auch in der volksdeutschen Arbeit der Deutschen Studentenschaft aktiv, bereiste Rumänien, Bulgarien, Ungarn, auch Griechenland und die Türkei, wo

4 Zeugenvernehmung Greifeld, 21.07.1975, BA-ZST, B 162–30861. Ernst war nicht im Wirtschaftsministerium tätig gewesen. Vielmehr hatte Greifeld mit ihm in dienstlichen Angelegenheiten in Kontakt gestanden.

5 »Dossier sur les activités pendant la guerre de M. Rudolf Greifeld. Note d'introduction par M. et Mme Klarsfeld«, a. a. O.

6 Siehe: Brunner, Frankreich-Komplex, a. a. O., S. 173 f.

7 Das Folgende nach: Waldemar Ernst, „Lebenslauf (politisch)" sowie ders., R.u.S.-Fragebogen zur Aufnahme in die SS, 01.06.1939, LA Duisburg, RW 0716 Nr. 25.

er deutsche Siedlungen besuchte.[8] Ein Stipendium ermöglichte ihm 1933/34 ein Studium in Glasgow, wo er den „Deutschen Verein" gründete. Waldemar Ernst lernte England, Schottland und Irland kennen. In Montpellier besuchte er einen Sprachkurs. Er sprach gut englisch und zumindest leidlich französisch.

Der NSDAP war Ernst am 15.07.1932 beigetreten, Mitglied der SA wurde er im Mai 1933, von dort wechselte er 1939 zur SS über und war bereits 1941 SS-Sturmbannführer[9] sowie Untersturmführer[10] des Sicherheitsdienstes der SS (SD). Er war Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und des Reichsluftschutzbundes (RLB).

Man wird Waldemar Ernst als Hochbegabten ansehen müssen. Sein Referendariatsexamen schloss er 1931 mit „gut" ab, seine Doktorarbeit 1932 mit „magna cum laude". Promotionsthema: „Das badische Polizeiverordnungs- und Polizeiverfügungsrecht". Ab Herbst 1935 war Waldemar Ernst Assessor. Nach gut zwei Jahren in der Innenverwaltung wurde der „Überflieger" im Juni 1938 – mit 29 Jahren! – Polizeidirektor in Baden-Baden.[11]

Die Karriere des Polizeirechtlers und überzeugten Nationalsozialisten Waldemar Ernst war nicht weniger steil als die von Rudolf Greifelds Freund oder zumindest gutem Bekannten Walther Labs.[12]

1940 wurde Waldemar Ernst als Artillerie-Offizier eingezogen und tat zunächst Dienst im Verwaltungsstab der 5. Armee in Lille. Von dort aus wurde er im November 1940 zum Verwaltungsstab des MBF in Paris versetzt, wo er als Oberkriegsverwaltungsrat die Gruppe „V (pol)", Polizei, leitete und unter anderem für die Aufsicht über die französische Polizei zuständig war.[13] Diese Tätigkeit übte Waldemar Ernst bis März 1941 aus. Nach einem Zwischenspiel als Oberregierungsrat in der Personal-

8 Sinn dieser „volksdeutschen Arbeit" war es, spezifisch deutsche Siedlungs- und Traditionsformen außerhalb des Reiches zu studieren. Dies diente neben dem bei einem Waldemar Ernst anzunehmenden wissenschaftlichen Interesse dreierlei: Übersicht der deutschen bzw. „germanischen" Einsprengsel bekommen, Überlegenheit der germanischen Rasse erweisen (deutsches Bauerntum gegen „jüdische Schacherwirtschaft" und slawische Minderwertigkeit, dagegen Höherwertigkeit deutscher Folklore, deutschen Tanzes, Gesangs etc., etc.), Heim-ins-Reich- und Eroberungspläne schmieden. Dies erinnert an die Aktivitäten des DAI bis Kriegsbeginn (siehe oben: 3.24, „Greifeld im ‚Deutschen Ausland-Institut' Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941", S. 112 ff.).

9 Entsprach dem Majorsrang bei der Wehrmacht.

10 Entsprach dem Leutnantsrang bei der Wehrmacht.

11 Ruck, Korpsgeist und Staatsbewusstsein, a. a. O., S. 162. Der Ausdruck „Überflieger" dort.

12 Siehe oben: 9, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Walther Labs (1910–1988)", S. 145 ff.

13 Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern bei der Staatsanwaltschaft Köln („Zentralstelle NRW") an Justizminister NRW, 05.03.1983, LA Duisburg, NW 874 Nr. 12601.

abteilung des Reichsinnenministeriums in Berlin wurde er im Oktober 1941 erneut zum MBF nach Paris versetzt, wo er bis Mai 1942 blieb[14], nach einer anderen Angabe bis Anfang Juli 1942[15]. Im Anschluss daran war er vorübergehend Landrat, bis er im Januar 1943 abermals zur Wehrmacht eingezogen wurde. 1943/44 war Ernst SS-Sturmbannführer bei dem SD-Führer in Straßburg.

Waldemar Ernsts weiterer Karriereverlauf ist für diesen „Closer Look" nicht erheblich. Es geht um seine Tätigkeit in Frankreich und um die Berührungspunkte mit Rudolf Greifeld.

Die Staatsanwaltschaft Köln warf Ernst 1983 vor, dass er als ehemaliger „Leiter der Gruppe V (pol)" im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers in Frankreich von November 1940 bis Frühjahr 1941 sowie von Oktober 1941 bis Anfang Juli 1942 Beihilfe zum Mord geleistet habe, indem er die Inhaftierung und Deportation von Juden und Kommunisten in die Konzentrationslager im Generalgouvernement unterstützte.

Hierbei handelte es sich um die 1975 von Beate und Serge Klarsfeld berichtete Verhaftung von rund 1.100 Juden am 02.12.1941 und deren Deportation am 27.03.1942.[16] In den Quellen fällt der Ausdruck „Deportationsjuden". Eine weitere Terrormaßnahme, die von Waldemar Ernst ausging oder doch zumindest *mit* ausging, war die „Deportation jüdisch-bolschewistischer Elemente zu Zwangsarbeiten nach dem Osten". Der Kommandant des Internierungslagers Compiègne wurde am 19.12.1941 aufgefordert, Listen von inhaftierten Juden zusammenzustellen, die laut MBF-Bekanntmachung zu deportieren waren – „gez. Dr. Ernst".[17] In einem Schreiben gleichen Datums an den Compiègne-Kommandanten ordnete Waldemar Ernst an, „dass die am 14.12.1941 verhafteten Juden (die jüdische Intelligenz von Paris) auf ihre Eignung zu Zwangsarbeiten im Osten" zu untersuchen seien.[18]

Wir haben bereits davon gehört, dass der MBF die französische Regierung (Regierung Pétain) aufgefordert hatte, in Paris ein „Zentrales Judenamt" einzurichten.[19] Hierüber

14 Staatsanwaltschaft Stuttgart, Verfahren gegen Waldemar Ernst, 10.11.1987 (Kopie in: LA Duisburg, RW 0716 Nr. 25).

15 Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern bei der Staatsanwaltschaft Köln („Zentralstelle NRW") an Justizminister NRW, 05.03.1983, LA Duisburg, NW 874 Nr. 12601; Vernehmung Waldemar Ernst durch die Staatsanwaltschaft Köln, 06.07.1966, LA Duisburg, RW 0716 Nr. 25 (nur erste Seite vorhanden). Juli 1942 ist der wahrscheinlichere Termin.

16 »Dossier sur les activités pendant la guerre de M. Rudolf Greifeld/Note d'introduction«, a. a. O.

17 Staatsanwaltschaft Köln, Handakten betr. Dr. Waldemar Ernst wg. Verdacht der Beihilfe zum Mord, LA Duisburg, Rep 158 Nr. 1630.

18 Leiter der Zentralstelle NRW an leitenden Oberstaatsanwalt, Köln, 03.02.1966, LA Duisburg, RW 0716 Nr. 25.

19 Siehe oben: 3.22, „Chronologische Einordnung der Tätigkeit sowie der Äußerungen Greifelds über die antijüdischen Maßnahmen in Frankreich", S. 103 ff. (Februar 1941).

fand am 03.02.1941 eine Besprechung statt, an der unter anderem Waldemar Ernst, Kurt Lischka und Theodor Dannecker teilnahmen.[20]

Folgende Aufgaben des „Zentralen Judenamts" wurden festgelegt:

1) Behandlung aller polizeilichen Judenangelegenheiten („Judenerfassung, Judenregister, Judenüberwachung"),
2) Wirtschaftlicher Kontrolldienst („Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, Mitwirkung bei der Rückführung jüdischer Betriebe in arische Hände"),
3) Propaganda-Abteilung,
4) Aufbau eines „Antijüdischen Forschungsinstituts".

Ebenso wie 1) und 2), Ausschaltung und Ausraubung, dürften für Waldemar Ernst auch die Punkte 3) und 4) von Interesse gewesen sein, also die ideologisch-weltanschauliche Seite der Judenverfolgung. Denn während seiner Pariser Zeit verfasste oder paraphierte er verbrechensnahe ideologische Denkschriften: „Behandlung der Judenfrage in Frankreich", „Deportation jüdisch-bolschewistischer Elemente zu Zwangsarbeiten nach dem Osten".[21] Ernst war kein reiner Verwaltungsmann, sondern überzeugter Ideologe, der durch seine rassistisch-völkische Arbeit während der Studienzeit geprägt worden war.

Und das Verfahren gegen Waldemar Ernst in der Bundesrepublik im Rahmen des Sammelermittlungsverfahrens gegen Dr. Nährich und andere? Da Ernst weder im Zuständigkeitsbereich der Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft Köln gewohnt noch – wie es hieß – ein sachlicher oder zeitlicher Zusammenhang mit den Taten der übrigen in Köln Angeklagten bestanden habe, wurde das Verfahren abgetrennt und von der Stuttgarter Staatsanwaltschaft übernommen.[22] Diese stellte das Verfahren ein: Waldemar Ernst habe „lediglich befehlsgemäß" gehandelt und komme daher als Täter für die Ermordung französischer Juden nicht in Betracht.[23] Dieser Befund reiht sich ein in die chronique scandaleuse der Verfolgung von NS-Tätern in der Bundesrepublik.

---

20 LA Duisburg, Rep 158 Nr. 1630. Dort das Folgende. Von Theodor Dannecker und Kurt Lischka war oben bereits die Rede (siehe oben: 3.17, „Die Erfassung der Juden", S. 87). Dannecker war „Judenreferent" in Paris und enger Mitarbeiter Adolf Eichmanns gewesen. Am 28.02.1941 hatte er in der Deutschen Botschaft Paris über seine Fortschritte bei der „Judenerfassung" berichtet. Dr. jur. Kurt Lischka war ab November 1940 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Paris und verantwortlich für die Deportation von mindestens 70.000 Juden aus Frankreich nach Auschwitz.

21 LA Duisburg, NW 874 Nr. 12601.

22 Ebd.

23 Schreiben Staatsanwaltschaft Stuttgart, Verfahren gegen Waldemar Ernst, 10.11.1987 (Kopie in: LA Duisburg, RW 0716 Nr. 25).

Sehen wir recht, dann ist Waldemar Ernst eine der ganz wenigen Umfeldpersonen Rudolf Greifelds, die nicht mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt worden sind.

Die Dernières nouvelles d'Alsace schrieben am 25.10.1975 über Greifeld zutreffend: „Seine Beziehungen zu Waldemar Ernst können ihm vor Gericht nicht vorgeworfen werden" – jedenfalls nicht juristisch. Uns geht es hier um die Frage, ob Greifeld als Freund oder, wie Le Monde unter Bezug auf das Ehepaar Klarsfeld schrieb, als sehr enger Freund[24] von Waldemar Ernst über dessen antisemitische Aktivitäten im Bilde war.

Waldemar Ernst und Rudolf Greifeld waren von Ende November 1940 bis Februar oder März 1941 gemeinsam in Paris, also rund drei bis vier Monate.

Anfang 1941 hatte Greifeld seinen Nachtlokalvermerk geschrieben. Als Leiter der Gruppe „V (pol)", Polizei, hatte der Oberkriegsverwaltungsrat Waldemar Ernst zum indirekten Adressatenkreis dieses Vermerks gehört und dürfte ihn gekannt haben.

Als Waldemar Ernst nach Paris zurückkehrte, Oktober 1941, hatte Rudolf Greifeld die Stadt bereits verlassen und war im Stuttgarter Deutschen Ausland-Institut tätig.

## 17.1 Chronologie. Rudolf Greifeld und Waldemar Ernst in der Pariser Zeit

Bemühen wir noch einmal die Chronologie. Kursiv hervorgehoben sind Daten, an denen Waldemar Ernst und Rudolf Greifeld zugleich in Paris gewesen sind.

- Rudolf Greifeld kommt zwischen dem 17. und dem 20.06.1940 als Kriegsverwaltungsrat von Köln nach Paris.
- Waldemar Ernst kommt „*Ende November 1940*" als Oberkriegsverwaltungsrat und Gruppenleiter „V (pol)" nach Paris, wo er unter anderem für die Aufsicht über die französische Polizei zuständig ist.
- *November 1940*: Die Juden des besetzten Gebietes sind registriert, ihre Identitätskarten gekennzeichnet, jüdische Geschäfte durch gelbe Schilder kenntlich gemacht.
- *03.01.1941*: Greifelds antijüdischer Nachtlokalvermerk.
- *09.01.1941*: Greifeld wird von Édouard Bonnefoy eine Übersicht jüdischer Beamter vorgelegt, die zum Stichtag 20.12.1940 ihre Positionen verloren hatten.

24 »ètait très lié«.

- *10.01.1941*: Greifeld reicht die Ordre weiter, eine statistische Übersicht derjenigen jüdischen Beamten vorzulegen, denen aus verschiedenen Gründen gestattet worden war, ihren Dienst fortzusetzen.
- *Januar–Mai 1941*: Einrichtung von Konzentrationslagern für ausländische bzw. staatenlose Juden. Bericht des MBF: „Die französische Regierung hat bisher in der Durchführung der von ihr selbst gegen die Juden getroffenen Maßnahmen im besetzten Gebiet nicht viel Eifer gezeigt. Schon aus diesem Grunde erscheint es notwendig, die Lösung des Judenproblems von deutscher Seite mit Energie vorwärts zu treiben."
- *Februar 1941*: MBF beklagt, dass die französische Regierung bei der Durchführung der antijüdischen Maßnahmen im besetzten Gebiet nicht genügend Eifer gezeigt habe. Daher die Notwendigkeit, das „Judenproblem" von deutscher Seite zu lösen. Verhandlungen mit der französischen Regierung über ein zentrales „Judenamt" in Paris: Erfassung, Überwachung etc. unter deutscher Aufsicht.
- Waldemar Ernst schreibt bzw. paraphiert *ab Februar 1941* Dokumente wie „Behandlung der Judenfrage in Frankreich", „Deportation jüdisch-bolschewistischer Elemente zu Zwangsarbeiten nach dem Osten".
- *03.02.1941*:Waldemar Ernst nimmt an einer Besprechung mit Lischka und Dannecker unter anderem über die Einrichtung des „Zentralen Judenamts" in Paris teil. Aufgaben: Behandlung aller polizeilichen Judenangelegenheiten („Judenerfassung, Judenregister, Judenüberwachung"); wirtschaftlicher Kontrolldienst („Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, Mitwirkung bei der Rückführung jüdischer Betriebe in arische Hände"); Propaganda-Abteilung; „Antijüdisches Forschungsinstitut".
- *28.02.1941*: Dannecker präsentiert in der Deutschen Botschaft seine „vorbildliche Judenkartei".
- Anfang Februar bzw. März 1941: Waldemar Ernst verlässt Paris und wird in Berlin im Reichsministerium des Innern eingesetzt.
- 29.03.1941: Die Vichy-Regierung gründet das „Generalkommissariat für Judenfragen" mit Sitz in Paris. Leiter: Xavier Vallat. Maximale Mitarbeiterzahl: 2.500.
- 05.05.1941: Greifeld wundert sich in einem Gespräch mit Édouard Bonnefoy darüber, dass die französische Regierung (Vichy) nicht energischere Maßnahmen gegen die Juden ergreife. Die „jüdische Frechheit" höre nicht auf. Es müsse „aufgeräumt" werden. Die „jüdische Bewegung" sei für diesen Krieg verantwortlich und stürze immer weitere unschuldige Völker in den Krieg.
- 30.09.1941: Spätestens an diesem Tag verlässt Rudolf Greifeld Paris.
- Oktober 1941: Waldemar Ernst kehrt nach Paris zurück.
- 02.12.1941: Unter Waldemar Ernsts Verantwortung werden rund 1.100 Juden verhaftet.

- 19.12.1941: Waldemar Ernst ordnet in einem Schreiben an den Compiègne-Kommandanten an, „dass die am 14.12.1941 verhafteten Juden (die jüdische Intelligenz von Paris) auf ihre Eignung zu Zwangsarbeiten im Osten zu untersuchen“ seien.
- 27.3.1942: Die am 01.12.1941 verhafteten Juden werden deportiert.
- Mai 1942: Waldemar Ernst scheidet aus der Verwaltung des Pariser MBF aus.
- Januar 1943: Waldemar Ernst wird nach einem kurzen Zwischenstopp als Landrat zur Wehrmacht eingezogen.

Fazit: Rudolf Greifeld und Waldemar Ernst waren von Ende November 1940 bis Februar/März 1941 parallel in Paris, also etwa drei bis vier Monate. In dieser Zeit schrieb Greifeld seinen antijüdischen Vermerk.

Zunächst ist davon auszugehen, dass Waldemar Ernst den Nachtlokalvermerk Greifelds zu Gesicht bekommen hat („an das Polizeireferat zuständigkeitshalber“). Wenn Ernst und Greifeld miteinander befreundet waren oder kameradschaftlichen Umgang pflogen, dürften sie „Judenfragen“ miteinander besprochen haben. Schwer vorstellbar, dass Greifeld gegenüber Bonnefoy seine ideologischen Ansichten äußerte, gegenüber Ernst aber nicht. Wenn Waldemar Ernst mit Personen wie Lischka oder Dannecker über die Notwendigkeit eines „Zentralen Judenamtes“ sprach, das möglichst rasch einzurichten sei (03.02.1941), und Greifeld gegenüber Bonnefoy äußerte, die Maßnahmen gegen die Juden seien nicht energisch genug, es müsse aufgeräumt werden etc. (05.05.1941), dann stimmten beide Männer in „Rassefragen“ überein. Sie besaßen denselben deutsch-völkisch-antisemitischen Hintergrund und waren darüberhinaus als Juristen Fachkollegen.

Es ist nicht zu beweisen, aber doch wahrscheinlich, dass Ernst und Greifeld über Texte wie „Behandlung der Judenfrage in Frankreich“ oder „Deportation jüdisch-bolschewistischer Elemente zu Zwangsarbeiten nach dem Osten“ sowie über das „Zentrale Judenamt“ gesprochen haben. Zu bedenken ist freilich, dass die Gespräche Greifeld/Ernst fast ein Jahr vor der „Wannseekonferenz“ (20.01.1942) stattfanden, so dass der systematische Völkermord „im Osten“ und seine administrative Durchführung noch nicht Gegenstand gewesen sein konnten.

Am 29. und 30. September 1941 fand das schreckliche Verbrechen von Babi Jar in der Ukraine nahe Kiew statt, bei dem an die 34.000 Juden von einer Einsatzgruppe ermordet wurden. In den Tagen darauf kam es zu weiteren Massenmorden. Im Dezember 1941 kursierten im Hotel »Majestic«, Sitz des deutschen Militärbefehlshabers, erste Berichte über die Vorgänge in Babi Jar.[25]

[25] Siehe: Borgstedt, Im Zweifelsfall auch mit harter Hand, a. a. O., S. 617 (die Autorin bezieht sich auf Herbert, Best, a. a. O.).

Wir können davon ausgehen, dass Greifeld bis Ende September über die einzelnen Schritte und die Planungen der Judenverfolgung in der „Besetzten Zone“ im Bilde war. Waldemar Ernst stand für die Umsetzung in die Praxis. Die Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft Köln schrieb dem Justizminister von Nordrhein-Westfalen am 05.03.1983 im Zuge der Vorbereitung des Sammelermittlungsverfahrens gegen Dr. Nährich und andere, dass Waldemar Ernst „von November 1940 bis Frühjahr 1941 und Oktober 1941 bis Anfang Juli 1942 dadurch Beihilfe zum Mord geleistet habe, dass er die Inhaftierung und Deportation von Juden und Kommunisten in Konzentrationslagern im Generalgouvernement unterstützte.“[26]

Waldemar Ernst war Täter, Rudolf Greifeld Halbtäter.

26 LA Duisburg, NW 874 Nr. 12601. Die Angabe „bis Anfang Juli“ unterscheidet sich von anderen mit der Angabe „Mai 1942“. Was „Generalgouvernement“ bedeutete, siehe unten: 25, „Dr. jur. Josef Brandl (geb. 1901)“, S. 289 ff.

# 18 Stasi-Dossier „Greifeld“ mit Unter-Dossier „Greifeld/Waldemar Ernst“ sowie Stasi-Vorgang „OTRAG“

Die Hauptabteilung IX (HA IX) des Staatssicherheitsdienstes der DDR war für NS-Angelegenheiten zuständig. Es wurde auch ein Vorgang über Greifeld und Waldemar Ernst angelegt. Die Akte „BStU, MfS – HA IX/11“ beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Aufschrift „Greifeld, Dr. Rudolf“, umfasst 27 Blatt. Sie enthält ein achtseitiges Unterdossier mit der Aufschrift „Dossier Dr. Rudolf Greifeld Dr. Waldemar Ernst“.[1]

Die Hauptabteilung IX hat mehrere Jahre in Sachen Rudolf Greifeld recherchiert und etliche Karteikarten angelegt.[2] Sie war über Greifelds Biografie in der NS-Zeit bis Ende 1941 einigermaßen informiert:

> „n. 45 Kernforschungszentrum Karlsruhe/Ehrens. (Ehrensenator/B.-A. R.)
> Uni Karlsruhe
> v. 45 soll im besetzten Frankreich (Paris) mit jüdischen Angelegenheiten befasst gewesen sein.“

Dasselbe gilt für Greifelds Nachkriegskarriere, seine Karlsruher Ehrensenatorschaft, die Aktivitäten Gruenbaums und des Ehepaars Klarsfeld gegen ihn.

Die Stasi-Recherchen begannen am 30.10.1975 mit einem Suchauftrag „Greifeld, Dr. Rudolf, geb. am 6.11.1911“. Daneben der Sondervermerk „Eilt“. Wir erinnern uns daran, dass eine knappe Woche zuvor, am 24.10.1975, die Pressekonferenz des Ehepaars Klarsfeld in den Räumen der Straßburger »Tribune Juive« stattgefunden hatte, wo auch Léon Gruenbaum aufgetreten war und über seine Entlassung aus angeblich antisemitischen Gründen sowie über Greifelds Freundschaft mit Waldemar Ernst

---

1 Zum Folgenden: BStU, MfS. – HA IX/11 PA 934 (Rudolf Greifeld, geb. 06.11.1911).

2 Z. B. Karteikarte von 1978: „Greifeld, Dr. Rudolf, geb. 6.11.1911 (…). Auskunft erteilt am/an: 7.11.78 (…). Bericht an SV 15–77“. „SV“ wohl „Spezieller Vorgang – Hauptabteilung IX/11“ (siehe: BStU <Hg.>, Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Bln. 2015 – Online-Publikation). Der genannte Bericht an SV 75–77 ist in der Akte nicht enthalten.

berichtet hatte.[3] Die entsprechende Meldung der Agence France-Presse (afp) findet sich ebenfalls in der Stasi-Akte.

Vermutlich auf Anstoß von außen ging die Stasi an die Arbeit. Mit Datum vom 14.11.1975 wurde festgehalten, dass Greifeld die letzten drei Monate des Jahres 1941 in der „Dienststelle: DAI" tätig gewesen war. Es handelte sich um das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart.[4] Ein Mitarbeiter der Staatssicherheit schrieb am 14.11.1975:

> „Dr. Greifeld ist in der Zeit vom 1.10.41–31.12.41 beim DAI beschäftigt gewesen. Eine Gehaltsfestsetzung scheint beim Dienstantritt nicht getroffen worden zu sein, denn Dr. Greifeld erhielt fortlaufend nur Gehaltsvorschüsse bewilligt."

Am 20.01.1976 wurde ferner festgehalten, dass die Hauptabteilung IX Material aus Dresden und Bautzen über Greifeld angefordert habe. Das Staatsarchiv Dresden meldete umgehend, dass Greifeld Referendar bei der Industrie- und Handelskammer Dresden gewesen sei, seit dem 15.05.1933 Rottenführer in der SA, Sturm 1/103 Bautzen sowie im Jahr 1937 Mitgliedschaftsanwärter der NSDAP[5].

Eine präzise Auskunft über Greifelds Tätigkeit als Gerichtsreferendar enthält ein Schreiben des Historischen Staatsarchivs Bautzen vom 21.01.1976: Es habe bei dem Amtsgericht Bautzen einen Referendar namens Greifeld gegeben, der dort als Urkundsbeamter tätig gewesen sei. Und weiter: Die Akte, aus der diese Information hervorgehe, stamme vom Staatlichen Gesundheitsamt Löbau. Dieses fiel in den Zuständigkeitsbereich des Erbgesundheitsgerichts Bautzen, und darin fand sich ein von Greifeld beurkundeter Beschluss in einem Sterilisierungsverfahren. Ob dieser Greifeld mit dem gleichnamigen Referendar bei der IHK Dresden identisch sei, so das Archiv Bautzen, das wisse man allerdings nicht; die Akte über das Sterilisierungsverfahren enthalte keine weiteren Informationen über den Referendar Greifeld. Wir können davon ausgehen, dass es sich um jenen Rudolf Greifeld handelte, der Gegenstand dieser Untersuchung ist. Allerdings geht aus dem Brief nicht hervor, wann Greifeld den Beschluss des Erbgesundheitsgerichts unterschrieben hat.

Am 12.02.1976 meldete das Staatsarchiv Dresden, dass in den dort vorliegenden handgeschriebenen Dokumentationskarteikarten ein Referendar am Landgericht Leipzig namens Rudolf Greifeld ermittelt werden konnte.[6]

---

3 Siehe oben: 15, „Die Ohrfeige", S. 181 ff.

4 Siehe oben: 3.24, „Greifeld im „Deutschen Ausland-Institut" Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941", S. 112 ff.

5 In der Parteimitgliedskarte im BDC wird der 01.05.1937 als Aufnahmedatum angegeben.

6 Das OLG Dresden war das oberste sächsische Gericht. Ihm unterstanden die Landgerichte Dresden (14 Amtsgerichtsbezirke), Leipzig (15 Amtsgerichtsbezirke), Bautzen (18 Amtsgerichtsbezirke) sowie Chemnitz, Freiberg, Plauen und Zwickau.

Dies sind im Wesentlichen die Ergebnisse der Greifeld-Recherche des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit.

Die Akte enthält sodann Ablichtungen von Schreiben der Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft Köln an Léon Gruenbaum, darunter den Brief des Leiters der Staatsanwaltschaft Köln vom 03.07.1975. Darin wird Gruenbaum mitgeteilt, dass der von ihm benannte Dr. Greifeld aufgrund des überreichten Schreibens vom 05.06.1972 als Zeuge über seine Tätigkeit in Paris befragt werden solle.

Bei diesem Schreiben vom 05.06.1972 handelte es sich um Greifelds Antwort auf den Köderbrief von Volkhard Jung. Wir erinnern uns: Greifeld schrieb, er kenne Waldemar Ernst aus Pariser Zeiten etc. Die Ablichtung dieses Schreibens selbst findet sich ebenfalls in Greifelds Stasi-Dossier.

Die Stasi hatte auch Kenntnis davon bekommen, dass der Leiter der Kölner Zentralstelle Gruenbaum mitgeteilt hatte, dass er keine Erkenntnisse darüber habe, wer die auf dem eingesandten Bild bezeichnete Person sein solle. Hier dürfte es sich um ein Foto vom „Führer“-Besuch in Paris gehandelt haben, auf dem angeblich Greifeld abgebildet war.[7] Das Foto war durch die 1969 erschienenen Memoiren Albert Speers bekannt geworden. Ferner finden wir die Gruenbaum zugestellte Bescheinigung des Leiters der Kölner Zentralstelle vom 13.06.1975, dass Gruenbaum 50 Kopien sowie genanntes Schreiben über Greifelds Kontakt zu Waldemar Ernst übergeben habe.[8]

Das achtseitige Unterdossier Greifeld/Waldemar Ernst verspricht mehr, als es hält. Wir finden eine zweiseitige Übersicht der Funktionsträger in der Zivilverwaltung des MBF Paris, Stand August 1941, und natürlich Greifelds Nachtlokalvermerk. Aber das Unterdossier enthält ein kaum zu entzifferndes schwarze Blatt[9], aus dem hervorgeht, dass der Leiter des Polizeireferates beim MBF Paris, Kiessel, mit Bitte um Vollzugsmeldung angeordnet hatte, dass Juden bestimmte Lokale nicht länger besuchen dürften. Mit großer Wahrscheinlichkeit war diese Anordnung die Reaktion auf Greifelds Nachtlokalvermerk.

Das Unterdossier schließt ab mit einer Zusammenstellung von Einzelheiten des Falles Greifeld, wie er sich in der Optik der Greifeld-Gegner in der Karlsruher Kontroverse darstellte. Das genaue Eingangsdatum ist nicht angegeben. Auf dem Blatt oben findet sich die handschriftliche Notiz „VVN-Statistik 1/80“.[10] Die Zusammenstellung zeugt von genauer Kenntnis und stammt vermutlich aus Karlsruhe. Die wiedergegebenen Einzelheiten:

---

7 Siehe oben: 3.6, „Aufnahmen mit Hitler. Ist Greifeld darauf zu sehen?“, S. 64 ff.
8 Siehe oben: 16.3, „Waldemar Ernst. Gruenbaum und der Köderbrief“, S. 200 ff.
9 Siehe oben: 3.20, „Der antisemitische ‚Nachtlokalvermerk‘“, S. 97 ff.
10 VVN = Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes.

- Greifelds Privatadresse,
- seine Funktionen im Forschungszentrum Karlsruhe sowie im ILL-Lenkungsausschuss,
- die Forderung von ILL-Physikern von Ende 1975, dass Greifeld abberufen werden solle,
- Gruenbaums Vertragsfrage und Greifelds Antisemitismus als vermuteter Grund für die Nichtverlängerung,
- die angeblichen antisemitischen Ausfälle Greifelds sowie dessen angebliche Prahlereien im Zusammenhang mit dem „Führer"-Besuch,
- die Behauptung, Greifeld sei „Kommandant von Groß-Paris" gewesen.

Schließlich wird der Nachtlokalvermerk wiedergegeben.

Léon Gruenbaum vermutete seit Beginn der 1970er Jahre, dass es eine enge Kooperation von Greifeld und Waldemar Ernst bei der verbrecherischen Judenpolitik der deutschen Besatzer in Paris gegeben habe. Aber von Mitte 1972 bis Frühjahr 1975 hatte er nichts in Händen als Greifelds Antwort auf den Köderbrief. Dann entdeckte Serge Klarsfeld den Nachtlokalvermerk. Dieser belegte Greifelds Beteiligung an der nationalsozialistischen Judenpolitik in Frankreich, aber Gruenbaum fehlte noch immer der Nachweis einer Zusammenarbeit Greifelds mit Waldemar Ernst, woraufhin er im Juni 1975 das Circulaire mit den unwahren Tatsachenbehauptungen versandte, um Greifeld wiederum zu ködern.[11] Das Ergebnis war gleich Null. Auf der Straßburger Pressekonferenz, 24.10.1975, hatte Gruenbaum abermals von der Verbindung Greifeld/Waldemar Ernst gesprochen, aber Beweise dafür nicht vorlegen können, dass sie gemeinsam an Aktionen gegen Juden einschließlich der Deportationen beteiligt waren. Dies war die Situation, in der sich Léon Gruenbaum und/oder Serge Klarsfeld offenbar an das DDR-Ministerium für Staatssicherheit wandten. Dort wurden Einzelheiten über Greifeld in den 1930er Jahren ermittelt, aber in Sachen Waldemar Ernst wurde man nicht fündig.

Wie ist die Stasi-Akte inhaltlich zu bewerten? Dass Greifeld vom 01.10. bis zum 31.12.1941 an dem von der Stadt Stuttgart verwalteten Deutschen Ausland-Institut (DAI) beschäftigt war, ist bisher nicht bekannt gewesen. Er wird dort schwerlich zu den Entscheidern gezählt haben. Ein wichtiger Nebenaspekt der genannten, aber nicht weiter ausgeführten DAI-Tätigkeit Greifelds ist die abermalige Bestätigung, dass sein Dienst in Paris spätestens am 30.09.1941 endete.

Bisher nicht bekannt war das schwarze Blatt, dem zu entnehmen ist, dass die Polizei auf den Nachtlokalvermerk reagierte – jedenfalls ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen.

---

11 Siehe oben: 16.4, „»une circulaire«/Ein Rundschreiben", S. 202 ff.

Die folgende fragmentarische Passage aus dem schwarzen Blatt konnte entziffert werden – sie wurde oben bereits verwendet:

> „(…) Inhaber des Lokals … erkennbarer Form ist … am Eingang des Lokals
> … anzubringen. Ich bitte um Meldung des Vollzuges
> Der Chef des Militärverwaltungsbezirks Paris
> gez. Kiessel“

Das Datum ist auf dem Blatt nicht zu entziffern.[12]

Abschließend ist festzuhalten: Die Stasi hat bei der Recherche von Einzelheiten über Greifeld geholfen. Sie stand zumindest mit Léon Gruenbaum und Serge Klarsfeld in Kontakt. Über Waldemar Ernst wurden keine Unterlagen ermittelt.

Die Akte enthält keinerlei Hinweis darauf, dass die Stasi die Kampagne gegen Greifeld etwa „gesteuert“ hätte.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass wir von einer Vollständigkeit der Akte nicht ausgehen können.

Nun hat die DDR-Staatssicherheit noch einen zweiten Vorgang angelegt. Er stammt aus der Zeit September – November 1978.[13]

Die Recherche stand im Zusammenhang mit dem Raketenprojekt der Stuttgarter Firma „Orbital Transport und Raketen Aktiengesellschaft“ (OTRAG). Dieses private Unternehmen, das auch Gelder vom Bundesministerium für Forschung und Technologie erhielt, versuchte, ein preiswertes und leistungsfähiges Raketenkonzept zu entwickeln, das die bis dato genutzten Antriebe in den Schatten stellen sollte. Die OTRAG entwickelte ihre Raketen teils mit Hilfe von Fachleuten aus Wernher von Brauns Peenemünder Zeit, so mit dem österreichischen Ingenieur Eugen Sänger und dem deutschen Spezialisten Kurt Debus.

Um ihre Raketen zu testen, pachtete die OTRAG Mitte der 1970er Jahre ein riesiges Gelände in Zaïre (heute wieder Kongo) im Reich des damaligen Despoten Mobutu, später ein Gelände in der libyschen Sahara im Reich des damaligen Despoten

---

12 BStU, MfS – HA IX/11 PA 934 (Rudolf Greifeld, geb. 06.11.1911). Aus einem Schreiben des BStU an den Verfasser: „Ich bitte um Verständnis für die teilweise mangelhafte Qualität der Kopien. Die Ursache ist der schlechte Zustand der Originaldokumente (verblassende Thermokopien).“ Eine Rücksprache mit dem BStU ergab, dass auch die mehr als vierzig Jahre alte Thermokopie, von der die schwarze Seite kopiert worden ist, nicht entziffert werden kann. Auch zwei Mitarbeiterinnen des BStU Berlin, geübt im Umgang mit schwer lesbaren Unterlagen, konnten die Schreibmaschinenschrift in der oberen Hälfte des schwarzen Blattes nicht entziffern. Den IT-Experten der Zentralbibliothek im Forschungszentrum Jülich gelang dies ebenfalls nicht.

13 Zum Folgenden: BStU, MfS HA IX/11 SV 15/77 (Unterlagen zu Rudolf Greifeld).

Muammar al-Gaddafi. Dass sich Gaddafi und Mobutu für die Raketen interessierten, bedarf keiner Worte, und es bedarf ebenfalls keiner Worte, dass diese Aktivitäten in die Kampfzone des Ost-West-Konflikts gerieten. Schon sprach die sowjetische Nachrichten-Agentur TASS vom „Nato-Stützpunkt" Zaïre. Das alles spielte sich 1977 und 1978 ab. Diese Einzelheiten müssen hier genügen.[14]

Die Stasi überprüfte nun Personen, „die im Zusammenhang mit der OTRAG aufgefallen sind". Dazu zählten die Physikerin Irene Sänger-Brod, Witwe des genannten Eugen Sänger und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Raketentechnik, der erwähnte Spezialist Kurt Debus, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der OTRAG, ferner Klaus Piekatz, OTRAG-Beauftragter in Lubumbashi, Zaïre bzw. Kongo.[15]

Warum Rudolf Greifelds Name in die Akte gekommen ist, wird nicht klar.[16] Zu seiner Charakterisierung wurde festgehalten, was bereits im oben analysierten Stasi-Dossier zu lesen stand: Geschäftsführer in Karlsruhe, während des Krieges in Frankreich – Kontaktmann zur Pariser Stadtverwaltung, Requisitionswesen, judenfeindliche Einstellung. Ebenso unklar ist, warum Alfred Boettcher, von 1960 bis 1970 Wissenschaftlich-Technischer Vorstand der damaligen KFA Jülich, in dem OTRAG-Vorgang erscheint:

> „Dr. Böttcher, Alfred. Technischer Direktor im BRD-Atomzentrum Jülich. B. ist in Holland verurteilt worden wegen faschistischer Verbrechen."[17]

---

14 Näheres siehe bei: Baer, Martin, Böhm, Andrea, Waffenindustrie. Raketen für Afrika, in: Die Zeit, 31.07.2008, http://www.zeit.de/2008/32/A-Kongo-Raketen (Zugriff 12.2016).

15 Einige Namen in der vom BStU erhaltenen Aktenkopie sind aus datenschutzrechtlichen Gründen geschwärzt worden.

16 Léon Gruenbaum geht in seiner „Genese der Plutoniumgesellschaft" recht intensiv auf die OTRAG ein (a. a. O., Ms., S. 406 ff.), aber nicht im Zusammenhang mit dem Karlsruher Zentrum oder Rudolf Greifeld.

17 Dr. Alfred Boettcher, geb. 1913, war ab 1944 SS-Hauptsturmführer, nach dem Krieg Chefmetallurg bei der Degussa und von 1960 bis 1970 Wissenschaftlich-Technischer Vorstand der damaligen Kernforschungsanlage Jülich.
Das Folgende aus einem Vortrag des Verfassers: „Deutsche und niederländische Physiker", gehalten auf der Tagung „Ambivalente Funktionäre. Zur Rolle von Funktionseliten im NS-System", Osnabrück, 9.–10. November 2001, https://juser.fz-juelich.de/record/837264:
„Boettcher baute ab 1944 unweit der deutsch-niederländischen Grenze, in Doetinchem, eine ‚Außenstelle Niederlande der Reichsstelle für Hochfrequenzforschung' auf. Sein Vorgesetzter war der Funkpionier Abraham Esau, ab 1944 Görings ‚Bevollmächtigter für die Hochfrequenztechnik'. Für Entwicklungen auf diesem Sektor gab es seit 1943 einen Zusammenarbeitsvertrag zwischen den deutschen Stellen und der niederländischen Weltfirma Philips in Eindhoven. Das Deutsche Reich zahlte Philips pro Jahr 1,5 bis 2 Millionen Gulden und bewirkte unter anderem die tonnenweise Lieferung von Mangelmetallen. Als die Alliierten im Herbst 1944 Eindhoven belagerten, hatten die Forschungsaufträge für die Firma Philips noch keine abschließenden Ergebnisse erbracht. Kurz vor Kriegsende in den Niederlanden ließ Boettcher auf Anordnung von Abraham Esau Materialien der Firma Philips, geschätzter Gesamtwert 50.000 Gulden, mit drei LKWs und ein paar Soldaten

nach Deutschland transportieren, und zwar nach Thüringen, von wo aus die Rote Armee diese Materialien in die Sowjetunion weiter transportierte. Wegen dieser Angelegenheit befanden sich Boettcher und Esau von 1945 bis 1948 in niederländischer Haft. Der Vorwurf lautete: Plünderung der Philipswerke. Beide wurden – wohl auf deutschen und sogar britischen Druck – entlassen. Es ist grundsätzlich nicht auszuschließen, dass es der Firma Philips darum ging, *erstens* die Zusammenarbeit mit den Deutschen zu vertuschen und *zweitens* über die Anklage wegen Plünderung einen Entschädigungsanspruch zu erwirken. Andererseits aber hatte der Freispruch Esaus unter vielen Physikern in Deutschland ‚Staunen erregt‘ – so jedenfalls der Nobelpreisträger Max von Laue in einem Schreiben an die Deutsche Forschungsgemeinschaft vom 5. Juli 1954.
Vorschläge von nordrhein-westfälischer Seite in den 1950er Jahren, sowohl Esau wie später auch Boettcher das Große Bundesverdienstkreuz zu verleihen, wurden von der Ordenskanzlei des Bundespräsidialamts beide Male abgelehnt, wobei sich im Falle Esau sogar Bundespräsident Theodor Heuss persönlich einschaltete.“
Das Archiv des Forschungszentrums Jülich enthält keine Unterlagen über OTRAG.

# 19 Greifelds Rücktritt

Greifeld war seit 1966 Mitglied des ILL-Lenkungsausschusses gewesen; 1976 sollte er dessen Vorsitzender werden. Die Pressekonferenz der Klarsfelds, das Medien-Echo vor allem in Frankreich sowie die Aktivitäten Léon Gruenbaums machten ihm einen Strich durch die Rechnung.

Wohl am 13.11.1975 hängte Léon Gruenbaum im ILL sowie in Orsay bei Paris Kopien des Nachtlokalvermerks aus, um eine Unterschriftenaktion beim ILL-Personal zu starten.[1] Zwar ließen die Geschäftsführungen die Blätter entfernen, aber nicht nur in Grenoble, auch in Orsay wurden Unterschriften gesammelt, um auf die Demission Greifelds hinzuwirken. Es waren mehr als 300 Unterschriften. In der Hintergrundkommunikation zwischen ILL und BMFT hieß es zudem, Gruenbaum wolle auch in Großbritannien aktiv werden. Zwar hatten ILL-Direktion und Gewerkschaften bis dahin eine abwartende Haltung gezeigt, und die beiden französischen Stellvertretenden ILL-Direktoren Horowitz und Dreyfus hielten die vorgelegten Materialien zunächst für „zu dünn", aber die britischen Lenkungsausschuss-Mitglieder zeigten „Zeichen der Unruhe über die ‚Affäre'".[2]

Am 14.11.1975 wurde dem BMFT gemeldet, die ILL-Personalvertreter wollten in der nächsten Lenkungsausschuss-Sitzung am 20.11.1975 in Gif-sur-Yvette um eine Erklärung zur Angelegenheit Greifeld bitten. An diesem 14.11.1975 hatten die Gewerkschaften SILLIG, CFDT[3], CGT[4] in Vertretung ihrer am ILL beschäftigten Mitglieder dem Direktorium geschrieben, die Anwesenheit einer Person im Lenkungsausschuss, die im Sinn der Nazis antisemitisch aktiv gewesen sei, würde das Ansehen des ILL als einem bedeutenden Forschungszentrum diskreditieren.[5] In der 19. Sitzung des

---

1 In Orsay wurde 1970 die Université Paris Sud, auch »Université Paris 11«, gegründet. Schwerpunkte sind Mathematik und Physik.

2 Fernschreiben an BMFT, 14.11.1975: „Herr Grünbaum hat im ILL Kopien der Herrn Greifeld zur Last gelegten Dokumente aus den Jahren 1940/41 ausgehängt und soll dabei sein, eine Unterschriftensammlung beim Personal des ILL zu starten. Das Comité d'Enterprise soll vorhaben, eine Anfrage an den Lenkungsausschuss zu richten. Grünbaum will auch in Großbritannien aktiv werden." (BAK, B 196–10361).

3 Den Sozialisten nahe stehend.

4 Den Kommunisten nahe stehend.

5 »La présence d'une personnalité ayant eu des activités nazies antisémites au sein du Comité Directeur jette le discrédit sur l'intégrité de l'instance dirigeante d'un important centre de recherche qui est le nôtre.« (Schreiben der drei Gewerkschaften, Grenoble, 14.11.1975, BAK, B 196–10361).

Lenkungsausschusses, 20.11.1975, wurde der Brief der Gewerkschaften in Abwesenheit von Greifeld verlesen.[6] Laut einem Artikel von Kurt Rudzinski hatten 350 französische Wissenschaftler die Abberufung Greifelds aus dem ILL-Lenkungsausschuss gefordert.[7]

Noch am 10.11.1975 hatte es in einem BMFT-Vermerk geheißen, die bisher erhobenen Beschuldigungen der Klarsfelds ergäben keinen Anlass, an Greifelds Funktionen im Lenkungsausschuss etwas zu ändern, zumal ein Rückzieher wie ein Schuldeingeständnis aufgefasst werden könnte. Ob Greifeld aber Vorsitzender werden sollte, sei eine andere Sache.[8]

Doch nach der Unterschriften-Aktion der Gewerkschaften und der Ausschuss-Sitzung am 20.11.1975 ließ das BMFT Greifeld fallen, und zwar aufgrund des Nachtlokalvermerks und weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Klarsfelds weitere Dokumente finden, weitere Beschuldigungen erheben oder die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens betreiben könnten.

Greifelds mit dem BMFT genau durchgesprochene Erklärung zu den Vorwürfen wurde von einem Vertreter des Ministeriums in der Sitzung des Lenkungsausschusses am 20.11.1975 verlesen.[9] Sie sei in Gänze zitiert:

> „Zu den Behauptungen von Frau Klarsfeld in ihrer Pressekonferenz am 24.10.1975 in Straßburg nehme ich – soweit mir die Angaben bekannt werden – wie folgt Stellung: Ich habe nie verhehlt, dass ich von Juni 1940 bis Ende September 1941 der Militärregierung Frankreich, und zwar dem ‚Kommunalstab' angehört habe. Als Kriegsverwaltungsrat war ich Verbindungsmann zwischen der Militärregierung und dem Präfekten der Stadt Paris. Ferner war es meine Aufgabe, beizutragen, dass die allg. Verwaltung der Stadt Paris nach der deutschen Besetzung in Gang kam.[10] Dabei war mir aufgegeben, die Haager Landkriegsordnung streng zu beachten und Anforderungen deutscher militärischer Stellen darauf auszurichten. Mit jüdischen Angelegenheiten waren weder ich noch meine Dienststelle befasst. Auch war ich nicht im ‚Polizeidienst der Besatzungsmacht'. Den Besuch von Hitler 1940 in Paris habe ich weder vorbereitet noch sonst wie daran mitgewirkt. Ich habe Hitler in den Tagen seines Besuchs auch

6 Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift über die 19. Sitzung des Lenkungsausschusses, 20.11.1975, BAK, B 196–10361.

7 Rudzinski, Kurt, Ärgernis am ILL Grenoble. 350 französische Wissenschaftler fordern die Abberufung von R. Greifeld, in: FAZ, 26.11.1975.

8 Vermerk, BMFT, 10.11.1975, BAK, B 196–10361.

9 Ebd.

10 „in Gang kam" gestrichen und handschriftlich ersetzt durch „funktionsfähig war".

nicht gesehen. Im Falle des Herrn Dr. Ernst handelt es sich um eine Personenverwechslung.[11]
Greifeld“

Zu Greifelds Erklärung einige Anmerkungen:

1) Zu dem antijüdischen Nachtlokalvermerk vom 03.01.1941 nahm Greifeld nicht Stellung. Er hat aber auch nicht erklärt, dass es sich um eine Fälschung handele.
2) Greifeld hatte seine Tätigkeit in Paris in der Tat „nie verhehlt“. In seinem selbstverfassten Lebenslauf vom 18.06.1969 schrieb, er sei „Kriegsverwaltungsrat im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers Paris (Kommunalstab Paris)“ gewesen.
3) Dass Greifeld „Verbindungsmann zwischen der Militärregierung und dem Präfekten der Stadt Paris“ war, ist korrekt, ebenso, dass er nicht zum Polizeidienst gehörte. Frage ist allerdings, ob in der Realität chemisch rein zu trennen ist, was der schematische Sachverstand des Verwaltungsjuristen aus eigenem Interesse auseinanderhalten will. Festzuhalten ist: Zu den Aufgaben der deutschen Verwaltungsbeamten in okkupierten Staaten sowie im Reich selbst zählte die Meldung besonderer Vorkommnisse.
4) Dass Greifeld den Hitlerbesuch als führender Akteur vorbereitet hätte, ist in der Tat objektiv falsch.
5) Zu Dr. jur. Ernst: An dessen Teilbehörde war Greifelds Nachtlokalvermerk gerichtet gewesen: „An das Polizeireferat zuständigkeitshalber“. Dass es sich um eine Namensverwechslung gehandelt haben könnte, ist somit sicher falsch.

Greifeld demissionierte am 05.12.1975, also sechs Wochen nach der Straßburger Pressekonferenz der Klarsfelds und Léon Gruenbaums.

Sein Demissionsschreiben, mit dem BMFT ebenfalls genau durchgesprochen, richtete Greifeld an M. O. Robins, London, den Vorsitzenden des ILL-Lenkungsausschusses:

„Sehr geehrter Herr Dr. Robins!
Ich darf Ihnen als Vorsitzender des Lenkungsausschusses des Institut Max von Laue-Paul Langevin davon Kenntnis geben, dass ich mein Amt als Mitglied dieses Ausschusses zur Verfügung gestellt habe. Entsprechende Mitteilung habe ich den zuständigen deutschen Stellen gegeben.
Ich hatte ohnehin die Absicht, 1976 nach 10-jähriger Zugehörigkeit zum Lenkungsausschuss meine Mitarbeit einzustellen. Mit meinem früheren Ausscheiden möchte ich vermeiden, dass die bisher erfolgreiche Zusammenarbeit im ILL von außen her gestört wird.

[11] Geänderter Schlusssatz, 28.11.1975: „um eine Personenverwechslung. Die Beschuldigungen treffen auf ihn nicht zu.“

> Ich danke Ihnen und allen Mitgliedern des Lenkungsausschusses für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die uns auch menschlich näher gebracht hat. Ich bin stolz darauf, dass ich an dem Auf- und Ausbau des ILL als internationalem Zentrum wissenschaftlicher Forschung mitwirken konnte. Ich wünsche, dass das ILL noch viele Jahre erfolgreich arbeiten kann.
> Mit freundlichen Grüßen,
> Ihr sehr ergebener
> R. Greifeld"[12]

Kurt Rudzinski von der FAZ hatte Greifelds Demission in einem Artikel vom 26.11.1975 kommen sehen.[13] Den Ärger hätte sich das BMFT ersparen können, so schrieb er. Schließlich sei der Parlamentarische Staatssekretär Volker Hauff[14] bereits 1973 schriftlich und mündlich über die gegen Greifeld bestehenden Verdachtsmomente unterrichtet worden. Wohl hätten die inzwischen bekanntgewordenen Dokumente – also der Nachtlokalvermerk – damals nicht vorgelegen, aber man hätte unter diesen Umständen von einer Ernennung Greifelds absehen müssen. Rudzinskis Hauptvorwurf an die Adresse der Bonner Forschungspolitik:

> „Immerhin hat Hauff diese Informationen – neben anderen Beschwerden über die unzuträglichen Zustände im Kernforschungszentrum Karlsruhe – auf einer Veranstaltung dort am 23. November 1973 öffentlich als falsche Behauptungen hingestellt, wobei er mit der Nennung der Namen der Beschwerdeführenden zugleich das Vertrauen brach, auf das diese von ihm als Bundestagsabgeordneten auch rechtlich begründeten Anspruch hatten."

12 Ebd.
13 Rudzinski, Kurt, Vermeidbare Blamage, in: FAZ, 26.11.1975. Dort das Folgende.
14 Parl. Staatssekretär 1972; Bundesminister für Forschung und Technologie 1978.

# 20 Greifeld – Zusammenfassende Betrachtung

Fassen wir die Ergebnisse in einer zuspitzenden Schlussbetrachtung der Vita Rudolf Greifelds und des Diskurses über Rudolf Greifeld zusammen.

Er entstammte dem aufstrebenden protestantischen Kleinbürgertum. Er war der Erste in seiner Familie, dem ein Studium ermöglicht wurde. Er studierte Jura und Volkswirtschaft, und seine juristische Doktorarbeit streifte wirtschaftliche Fragen.

Wie viele Studenten seiner Generation wurde Greifeld von der „moralischen Pestilenz" (Wilhelm Scherr) des Judenhasses erfasst. Während seines Studiums war er Mitglied des Vereins deutscher Studenten (VdSt), vorübergehend auch Funktionsträger. Es handelte sich um eine extrem antisemitische Gruppierung nicht etwa im Vorfeld, sondern im Umfeld und sogar im unmittelbaren Kontakt zur nationalsozialistischen Studentenbewegung. Ein Blick auf die Geschichte des VdSt lässt erkennen, dass die Jurastudenten allmählich die Überhand gewannen, wogegen in den frühen Jahren noch Studenten der Theologie das Heft in der Hand hielten, die der Adolf-Stoecker'schen Richtung zugetan waren. Zur Zeit der Mitgliedschaft Rudolf Greifelds können die einzelnen VdSt überspitzt formuliert als rassistisch-chauvinistische Jurastudentenvereinigungen charakterisiert werden.

Zwar waren so gut wie alle studentischen Gruppierungen seit Ende des 19. Jahrhunderts völkisch/germanisch, rechtsprotestantisch und antisemitisch eingestellt, und einige besaßen schon sehr früh einen „Arierparagrafen", aber für den VdSt war Antisemitismus unmittelbarer Gründungsanlass gewesen. Nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten empfahl der VdSt seinen Mitgliedern, in die SA einzutreten. Greifeld trat in die SA ein. Er war im „Dritten Reich" Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes und der NSDAP. Eine Karriere im nationalsozialistischen Herrschaftsapparat hatte er offensichtlich nicht geplant, denn er blieb nur so lange in der SA und im Rechtswahrerbund, wie er es für opportun erachtete.[1] Festzuhalten ist, dass keine Netzwerke der so genannten „Ehemaligen" ihm zur Nachkriegskarriere verholfen

[1] Dies unter der Einschränkung, dass wir den Weg nicht kennen, der ihn in das Deutsche Ausland-Institut geführt hat (siehe oben: 3.24, „Greifeld im ‚Deutschen Ausland-Institut' Stuttgart. 01.10. bis 31.12.1941", S. 112 ff.).

haben. Es gab für Greifeld keinen Winnacker und keinen Losacker.[2] In Paris hatte er sich in einer vergleichsweise subalternen Position befunden, und er gelangte auch nach Kriegsende bis 1956 nicht in hohe Positionen – wenn wir als Vergleich Waldemar Ernst, Herbold, Labs und Michel heranziehen. Den Karlsruher Geschäftsführerposten erhielt Greifeld nicht durch Protektion, sondern aufgrund seiner ihm zuerkannten Leistungen.

Rudolf Greifeld war während seiner Studentenzeit in politischer Hinsicht radikal antisemitisch sozialisiert worden. Spuren dieser Sozialisation lassen sich im Nachtlokalvermerk von Anfang Januar 1941 sowie in den Gesprächen mit Édouard Bonnefoy leicht erkennen. Die von Bonnefoy im Diensttagebuch festgehaltenen Gespräche belegen, dass Greifeld mit der Judenpolitik der Nationalsozialisten im okkupierten Frankreich völlig konform ging, dieselben Forderungen stellte, dieselbe Kritik an der Langsamkeit der Umsetzungen übte.

Dass Greifeld gemeinsam mit Hitler, Speer und Bormann auf den Fotografien abgebildet ist, die Heinrich Hoffmann bei Hitlers Parisbesuch aufgenommen hat, ist eindeutig zu verneinen.

Bleibt der Nachtlokalvermerk. In dem von Harald Denecken und Dietrich Schulze herausgegebenen Dokumentationsband über das Karlsruher Gruenbaum-Symposium ordnete Serge Klarsfeld diesen Vermerk treffend als geistige Vorbereitung des Erlasses vom 08.07.1942 ein (Verbot des Aufenthaltes von Juden an öffentlichen Plätzen). Eine harte Kausalität vermied er. Im Sinne der „*geistige(n)* Vorbereitung", und nicht, weil er Deportationen *organisatorisch* vorbereitet hätte, war Rudolf Greifeld von Juni 1940 bis September 1941 Teil des antijüdischen Verfolgungsapparates in der militärisch besetzten Zone Frankreichs.

In Paris war Greifeld als Kriegsverwaltungsrat bis zum 30.09.1941 tätig. In der Phase des Übergangs zum „eliminatorischen Antisemitismus" (Goldhagen) war er nicht mehr dort, sondern, nach dreimonatigem Stuttgarter Zwischenspiel, Leutnant an der Ostfront.

In den drei Stuttgarter Monaten von Oktober bis Dezember 1941 war Rudolf Greifeld im Deutschen Ausland-Institut (DAI) tätig, zugeordnet dem Leiter Hermann Rüdiger, SA-Brigadeführer, fanatischer Antisemit, unter dem das DAI dem „Generalplan Ost" zuarbeitete. Von Greifelds Tätigkeit im DAI sind, bis auf wenige Ausnahmen, keine

2 Zu Winnacker siehe unten: 23.8, „Karl Winnacker (1903–1989), Strong Man, Förderer alter Freunde. Seine Bedeutung für das Kernforschungszentrum Karlsruhe", S. 267 ff.; 23.9, „Winnacker setzt Ritter in Karlsruhe ein", S. 271 ff.; 23.10, „Winnacker setzt Ritter in Ispra ein", S. 273; 24.5, „Winnacker setzt Schnurr in Karlsruhe ein", S. 287 f. Zu Losacker siehe unten: 26, „Exkurs: Amnesie, Amnestie, Strategie", S. 315 ff.

Spuren erhalten. Er hat auch keine Denkschriften o. ä. verfasst. Seine Tätigkeit dürfte verwaltungstechnischer Art gewesen sein. Dies ist das Ergebnis von Quellen- und Literaturstudien sowie der Befragung ausgewiesener Experten der DAI-Geschichte.

Wäre Greifeld den Krieg über im DAI geblieben, was offenbar gewünscht worden war, und wäre er über die Verwaltungstätigkeit hinaus in die Arbeit einbezogen worden, dann hätten seine Aktivitäten womöglich alles in den Schatten gestellt, was über den „Nachtlokalvermerk" und die Gespräche mit Édouard Bonnefoy herausgearbeitet worden ist.

Nach dem Krieg fand Greifeld in Minister Veit, einem so genannten „gelernten Sozialdemokraten", politisch gegen die Nationalsozialisten engagiert, so lange es möglich war, einen wohlwollenden Gönner und Förderer. Greifeld stand mit dem Sozialdemokraten Alex Möller in gutem Kontakt und war mit Werner Nachmann befreundet[3], der von 1969 bis 1988 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland war. Diese Männer hätten antisemitische Tiraden Greifelds nicht durchgehen lassen. Aber, um dies nochmals hervorzuheben: Auf der anderen Seite war Greifeld nach dem Krieg mit einer überraschenden Zahl von Männern gut bekannt oder befreundet, die während des Krieges in hohe und höchste Positionen gelangt waren. Aber für wie viele zehntausend Männer nach 1945 galt dies nicht?

Antisemitische Ausfälle Greifelds nach 1945 sind nicht zuverlässig überliefert. Wir hatten uns, was diese nicht nachweisbaren Äußerungen betrifft, auf das Glatteis der Mutmaßungen über Wahrscheinlichkeiten begeben: Bei der angeblichen Äußerung Greifelds, er habe den „Führerbesuch" organisiert, hätte es sich um platte Angeberei gehandelt. Dass er das Karlsruher Forschungszentrum erklärtermaßen „judenrein" halten wollte (und deshalb Léon Gruenbaum entlassen hätte), ist bis zum Beweis des Gegenteils in das Reich der Fabel zu verweisen. Schon Greifelds Unterstützung der Familie eines jugoslawischen Mitarbeiters spricht gegen seine „arische" Option, ebenso sein Einsatz für das internationale Karlsruher Gastdozentenhaus „Heinrich Hertz". Eher vorstellbar (aber ebenfalls unbewiesen) ist die Behauptung, Greifeld habe gesagt, Hitler sei „ein guter Kerl" gewesen. Hätte er wirklich gesagt, die Juden wiederholten die Fehler von damals, so müsste dies als eine Äußerung aufgefasst werden, deren ideologischer Ursprung in die Zeiten des VdSt zurückreichte. Hier ist an den Topos des „frechen Juden" bzw. „frechen Judenjungen" zu erinnern.

Die angeblichen Äußerungen wurden von Léon Gruenbaum kolportiert, der sie aber kaum selbst gehört haben dürfte. Unter anderem durch sein Verfolgungsschicksal im „Dritten Reich" traumatisiert, führte Gruenbaum einen verbissenen Kampf gegen Greifeld. In der Karlsruher Kontroverse wird die Auffassung vertreten, dass

3 Gespräch des Verfassers mit Dr. Katarina Greifeld und Michael Greifeld, 28.01.2015.

Gruenbaum diesen Kampf begann, nachdem Greifeld und Häfele dessen Stelle nicht verlängert bzw. in eine unbefristete Anstellung überführt hatten. Gruenbaum schrieb, dass der Direktor des Instituts, dem er zugeordnet war, Wolf Häfele, den Arbeitsvertrag um keinen Preis verlängern wollte – »(…) le professeur Dr. Häfele, ne voulait à aucun prix renouveler (…)«.

Aber Gruenbaum hatte – geschätzt – mindestens seit Anfang 1972 intensiv an der Entlarvung Greifelds gearbeitet und in Pariser Archiven nach ihm recherchiert, wahrscheinlich aber schon früher, denn Greifelds Antwort auf den Köderbrief vom 22.05.1972, die am 05.06.1972 erfolgte, kommentierte Gruenbaum in seinem Plutonium-Manuskript mit den Worten, er sei nun sicher gewesen, dass seine Pariser Recherchen von Erfolg gekrönt waren – »couronnées de succès«. Diese Bemerkung legt eine längere investigative Vorarbeit nahe, die wohl bereits 1971 begonnen hatte, vielleicht auch schon 1970, im ersten Jahr seiner Karlsruher Tätigkeit.

Nehmen wir an, Gruenbaums investigative Recherchen wären im Karlsruher Zentrum bekannt gewesen. Dann hätte man Gruenbaum nicht auf die Straße gesetzt, weil er Jude war, sondern, weil er gegen seinen obersten Vorgesetzten recherchierte, um ihn ins Gefängnis zu bringen, gleichviel, ob Gruenbaum nun Jude war oder nicht. Die Hypothese lautet also: Wolf Häfele, autoritär, aber gewiss kein Antisemit, und Rudolf Greifeld haben an demselben Strick gezogen, um Léon Gruenbaum aus dem Karlsruher Zentrum zu entfernen, aber nicht aus antisemitischen Gründen.

Welchen Anfangsverdacht Gruenbaum gegen Greifeld gehegt hatte und ab wann, ist unklar. Unklar ist ebenfalls, wie der Verdacht entstanden war, dass Rudolf Greifeld und Waldemar Ernst Komplizen waren bei der Deportation von französischen Juden nach Auschwitz.

Warum verbiss Gruenbaum sich in Greifeld, lange bevor der Hass gegen ihn wegen der Nichtverlängerungsangelegenheit hochgekocht war? Warum nicht gegen die Karlsruher Geschäftsführer Schnurr und Brandl?[4] Beide hatten im Krieg in unmittelbarer Verbrechensnähe agiert. Walther Schnurr war im Jahr 1970, als Gruenbaum nach Karlsruhe kam, noch in charge, Josef Brandl erst seit zwei Jahren pensioniert. Gegen Kriegsende hatte Brandl erklärt: „Gnade uns Gott, wenn das vergossene Blut über uns kommt." Er wusste wovon er sprach, denn er war an der Ausrottung der Juden im „Generalgouvernement" beteiligt, wenn wir als Indiz solchen Beteiligtseins nicht allein die blutigen Hände zulassen wollen.

4 Siehe unten: 24, „Walther Schnurr (1904–1982)", S. 275 ff.; sowie: 24.3, „KZ-Außenlager in Christianstadt. Die ‚Ungarinnen' aus Auschwitz", S. 279 ff. Zu Brandl siehe u. a.: 25.5, „‚Gnade uns Gott, wenn das vergossene Blut über uns kommt.' Brandl in Lemberg", S. 306 ff.

Greifeld erklärte nach der am 24.10.1975 organisierten Straßburger Pressekonferenz des Ehepaars Klarsfeld, er habe aus seiner Kriegstätigkeit in Paris nie einen Hehl gemacht. Hinausposaunt hatte er sie aber auch nicht. Dem Karlsruher Senat, der ihm die Würde eines Ehrensenators verlieh, war Greifelds Pariser Tätigkeit bekannt, denn er hatte sie selbst mitgeteilt.

Greifeld hatte sich nicht an den Nachtlokalvermerk erinnern können. Wichtig ist, dass er nicht erklärt hatte, bei dem Vermerk würde es sich um eine Fälschung handeln. Trotz Nachtlokalvermerk wäre es für Greifeld im Prinzip nicht nötig gewesen, mit der Pariser Zeit hinter dem Berge zu halten. Elmar Michel, mit Greifeld gut bekannt, war von 1940 bis 1944 der oberste deutsche Ausplünderer Frankreichs, „Arisierungen" selbstverständlich eingeschlossen. In Zeitungsartikeln zu Michels siebzigstem Geburtstag war 1967 vollkommen ungeniert davon die Rede, dass er im Zweiten Weltkrieg Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der Militärverwaltung in Frankreich und später Chef der gesamten Militärverwaltung gewesen war.

Blicken wir auf einen bekannten Deutschen, der ebenfalls im okkupierten Frankreich beschäftigt gewesen war, auf den Staatsrechtler Carlo Schmid (1896–1979). Schmid, geboren in Perpignan, war Sozialdemokrat, einer der Väter des Grundgesetzes, einer der Architekten des Godesberger Programms der SPD. Von 1940 bis 1944 aber war er Kriegsgerichtsrat im nordfranzösischen Lille.

Gleich Greifeld war Schmid von Köln aus einberufen worden, und zwar als „Militärverwaltungsrat". Vielleicht sind sie einander begegnet. Schmid wusste nach eigenem Bekunden gar nicht, was ein Militärverwaltungsrat ist.[5] Auf die Frage, worin sein Dienst bestehen würde, erhielt er zur Antwort: „Das kommt ganz auf Sie an …".

Schmid war von 1940 bis 1944 in Frankreich tätig und führte von Lille aus unter anderem die Aufsicht über Teile des französischen und belgischen Militär- und Gefängniswesens. Er war befreundet mit Ernst Jünger, der von 1941 bis 1944 im Stab des Militärbefehlshabers in Paris Dienst tat.

Schmid erklärte, er habe dafür sorgen müssen, dass die französische Gerichtsbarkeit wieder funktionierte – natürlich mit den Einschränkungen durch das Besatzungsstatut. Die Militärverwaltung in Frankreich, so Schmid, habe alles getan, um Repressalien, Vergeltungsmaßnahmen, Razzien etc. zu verhindern. Dies sei zwar nicht immer gelungen, aber oft habe „die Sache der Vernunft und Menschlichkeit" über das „angeblich militärisch Notwendige" den Sieg davongetragen. Übrigens, so Schmid, habe die Wehrmacht bei der nordfranzösischen Bevölkerung in gutem Ruf gestanden.

5 Schmid, Carlo, Erinnerungen, Stgt. 2008 (zuerst Bern, Mnchn., Wien 1979), S. 176–180. Dort auch die folgenden Zitate.

Zu Schmids Aufgaben hatte unter anderem die Beaufsichtigung der französischen Verwaltung gezählt, damit die Wirtschaft in die Lage kam, „nicht nur die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, sondern auch die der Besatzungsmacht". Die Aufsicht über die französischen Behörden, so Schmid, sei ohne Schärfen und Siegerhochmut gehandhabt worden, „was durch das verständige Verhalten dieser Behörden erleichtert wurde".

Das alles klingt wie einer der üblichen Rechtfertigungsdiskurse der Nachkriegszeit, aber Schmid wird reuige Selbstrechtfertigung nicht im Sinn gehabt haben. Er scheint nicht auf die Idee gekommen zu sein, seine Kriegstätigkeit in Lille zu verschweigen. Soweit der Verfasser sieht, wurde ihm diese Tätigkeit später nie vorgeworfen, auch nicht von den Franzosen, die ihn – nachdem er zunächst für einen „Werwolf" gehalten und in einen Verschlag mit Gänsen eingesperrt worden war – zum Landesdirektor für das Unterrichtswesen und die kulturellen Angelegenheiten des Landes Württemberg ernannten.[6] Der frankophone und frankophile Mann[7] erhielt also hohe Positionen in der französischen Zone.

Gehen wir noch einmal stichwortartig einige der Personen durch, die in Closer-Look-Kapiteln porträtiert worden sind, Personen, die gemeinsam mit Rudolf Greifeld sozusagen ‚in der Metro gesessen' haben[8]:

1) Waldemar Ernst, Sicherheitsdienst der SS, SS-Sturmbannführer. Während seiner Pariser Zeit verfasste oder paraphierte er verbrechensnahe ideologische Denkschriften: „Behandlung der Judenfrage in Frankreich", „Deportation jüdisch-bolschewistischer Elemente zu Zwangsarbeiten nach dem Osten". Organisator von Deportationen in den Tod. Verfahren gegen ihn eingestellt. Nach dem Krieg Vorsitzender der Geschäftsführung der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH.
2) Hans Fickert, völkischer Radikalist, Heimwehrfaschist in Österreich, von Mai bis August 1940 in Paris, im „Generalgouvernement" von Juli 1944 bis Januar 1945 persönlicher Referent des Distriktsgouverneurs von Krakau. Entnazifizierungsprädikat: „Entlastet".
3) August Herbold zählte zu den höchsten nationalsozialistischen Verwaltungsjuristen: Personalsachbearbeiter für den höheren Dienst im badischen Innenministerium, ab 1935 Verbindungsmann des badischen Innenministers beim Oberabschnitt Südwest des Sicherheitsdienstes der SS (SD). 1937 Stellenleiter für „Allgemeine Länderverwaltung" bei der NSDAP-Gauleitung in Karlsruhe. Ab Juni 1940 Leiter der Allgemeinen Abteilung (Haushalt und Personal) beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass Ab Mai 1942 Verwaltungsgruppenleiter der

6 Schmid, Erinnerungen, a. a. O., S. 230 f.
7 Er hat unter anderem Baudelaires »Les Fleurs du Mal« übersetzt.
8 Siehe dazu oben: 1.3, „Methodenreflexionen", S. 21 ff.

Feldkommandantur Bordeaux. Entnazifizierungsprädikat: „Entlastet“. Ab den 1950er Jahren Karriere auf dem Sparkassensektor.

4) Walther Labs half, eine „einheitliche Lösung der Judenfrage in Europa durchzuführen“. Im Vorfeld der Wannsee-Konferenz Mitwirkung daran, die Ausdehnung des „Judenbegriffs“ auf „Mischlinge“ verwaltungsjuristisch vorzunehmen. Labs war zugegen, als ein Massaker an 11.000 ungarischen Juden beschlossen wurde. Ab Juli 1941 baute er die Verwaltungsstruktur von Alfred Rosenbergs Ostministerium mit auf. Entnazifizierungsprädikat: „Entlastet“. Karriere beim Verband Öffentlicher Verkehrsbetriebe, dessen Direktor ab 1957.
5) Elmar Michel im Auftrag Görings der Chef-Ausplünderer der französischen Wirtschaft, „Arisierer“. Entnazifizierungsprädikat: „Entlastet“. 1956 Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor des Großunternehmens Salamander.

Drei Beobachtungen verdienen, festgehalten zu werden:

1) Wenn Fickert, Herbold, Labs und Michel das Entnazifizierungsprädikat „Entlastet“ erhielten, Greifeld aber das eher belastende Prädikat „Mitläufer“ zugeteilt bekam, dann mag zu verstehen sein, dass er sich um Revision bemühte – „verstehen“ im Sinne des Historikers, nicht als politische oder ethische Übereinstimmung. Vermutlich hat Greifeld zur „falschen“ Zeit, nämlich vergleichsweise früh, vor der „falschen“ Kommission gestanden.
2) Von den genannten Personen war Rudolf Greifeld als Wissenschaftsmanager des bundesdeutschen Renommier-Atomforschungszentrums Karlsruhe in der Öffentlichkeit am bekanntesten. Festzuhalten ist auch, dass er gegenüber einem Waldemar Ernst und einem Elmar Michel geradezu als Geringverdiener dastand, vielleicht auch gegenüber einem Walther Labs.
3) Auffällig ist die Bekanntschaft, in einigen Fällen sogar Freundschaft Greifelds mit Nationalsozialisten höheren Ranges und Sachwaltern des NS-Regimes bis hin zur Täternähe. Zu den Namen Waldemar Ernst, Hans Fickert, August Herbold und Walther Labs wäre noch der Leiter des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart zu nennen, Dr. Hermann Rüdiger, SA-Brigadeführer, „glühender Nationalsozialist und fanatischer Antisemit“[9], der Greifeld als Mitarbeiter ja ausgesucht haben und wohl auch dafür eingetreten sein musste, dass er beim DAI verblieb, womit er aber keinen Erfolg hatte.

Aber angesichts der Beziehungen Greifelds zu weit über ihm rangierenden NS-Funktionsträgern ist die Frage nach den „tausend Greifelds“ zu stellen. Niemand wird behaupten, dass es sich bei Rudolf Greifeld um einen Einzelfall handelt.

9 Seckendorf, Deutsches Ausland-Institut, a. a. O., unpag., zu Fußnote 74.

## 20.1 »Mythologies« – Rudolf Greifelds Biografie als antifaschistisches Narrativ

Von diesen um Differenzierung bemühten Beobachtungen und Überlegungen zu Greifeld sind Zuschreibungsanstrengungen abzuheben, die als wenig differenziert und als unterkomplex erscheinen.

Von Léon Gruenbaum und den Vertretern seiner Position sollte Rudolf Greifeld als ein bis in seine Karlsruher Geschäftsführerzeit hinein in der Wolle gefärbter Nationalsozialist und Judenhasser auf die Bühne gestellt werden.[10] Um Greifeld auf diese Bühne des nationalsozialistischen Revanchismus zu manövrieren, brauchte es mehrerlei: Seine Position im okkupierten Paris musste so grell wie möglich hervorgehoben und „stark" dargestellt werden – „Kommandant" von Paris, zuständig für das Durchgangslager Drancy … Es bedurfte eines Beweises für Greifelds schroffen Antisemitismus während des Krieges.[11] Man brauchte ferner Belege für den fanatischen Antisemitismus des späteren Karlsruher Geschäftsführers Greifeld, für die unveränderte „programmologische"[12] NS-Biografie dieses Mannes. Diese Belege sah Gruenbaum in Greifelds angeblichen Bemühungen, das Kernforschungszentrum Karlsruhe zu „arisieren", und schließlich in der eigenen Vertragsangelegenheit.

Für die Rezipienten des Manuskripts „Die Plutonium-Gesellschaft", bei denen es sich um eine recht kleine Zahl handeln dürfte, fügte sich alles zu einem einheitlichen Bild: War Greifeld nicht „Kommandant" von Paris gewesen? Ist er nicht gemeinsam mit Hitler und Bormann fotografiert worden? Ist Gruenbaum nicht auf die Straße gesetzt worden, weil er Jude war? War Greifeld nicht mit jenem Dr. Waldemar Ernst befreundet, der für Deportationen verantwortlich war?

Schließlich der Aspekt „Plutonium über alles" (Robert Jungk): Léon Gruenbaum ging davon aus, dass der Mehrzweckforschungsreaktor in Karlsruhe allein der Produktion von bombenfähigem Plutonium dienen sollte, und dass Greifeld einem Netzwerk angehörte, dessen Bestreben es war, der Bundesrepublik eine Atombombe zu verschaffen, gleichsam, um die Scharte der deutschen Kriegsniederlage auszuwetzen.[13]

---

10 Diese Überlegungen ändern nichts – dies sei betont! – an der Dignität und moralischen Integrität Léon Gruenbaums sowie an der Berechtigung, NS-Verbrechen aufzuklären und Täter vor Gericht zu bringen. Es geht hier darum, die Struktur eines Buches und seiner Kerngedanken freizulegen.

11 Daher der von Serge Klarsfeld geschilderte Jubel Gruenbaums, als er den Nachtlokalvermerk zu sehen bekam (siehe oben: 16.1, „Ein traumatisierter Mensch?", S. 192 ff.).

12 Zur „Programmologie" siehe oben: 1.3, „Methodenreflexionen", S. 21 ff.

13 Auf dem Karlsruher Gruenbaum-Symposium 2013 wurden dessen Plutonium-Thesen präsentiert (siehe: Denecken, Schulze <Hg.>, Léon Gruenbaum, a. a. O.). Joachim Radkau, Verfasser des kritischen Standardwerkes über die deutsche Atomwirtschaft (Aufstieg und Krise der deutschen

Zur Zeit der Straßburger Pressekonferenz im Oktober 1975 wurden in Köln die Prozesse gegen den berüchtigten SS- und Gestapoführer Dr. jur. Kurt Lischka und den nicht minder berüchtigten Dr. jur. Walter Nährich vorbereitet.[14] 22 Personen standen auf der vorläufigen Anklageliste des Lischka-Prozesses. Es war das Bestreben zumindest von Gruenbaum, nicht nur Greifelds Freund Waldemar Ernst als 23. Mann, sondern auch Greifeld selbst als 24. auf die Anklageliste mit den SS-Massenmördern zu setzen. Letzteres geht jedenfalls aus der afp-Meldung vom 24.10.1975 hervor. Wegen seiner Rolle bei der Judenverfolgung wurde Waldemar Ernst nach dem Krieg sozusagen „soft" verfolgt, ein Verfahren wurde eröffnet, verlegt und eingestellt. Bestraft wurde Ernst nicht.[15]

Fassen wir die einzelnen Meldungen und die Diskussionen zusammen, soweit diese aus den Archivalien, Agenturmeldungen und Presseberichten hervorgehen, berücksichtigen wir auch Gruenbaums Plutonium-Manuskript, so haben wir es im Bezug auf Greifeld mit dem Narrativ einer Täterbiografie zu tun, das im antifaschistischen Lager in der Bundesrepublik jedem etwas bietet, über dem der Geist von „1968" schwebt oder jener der "New Left" und der „K-Gruppen". Dabei wurde mit dem nachfolgend beschriebenen „programmologischen"[16] Konzept von Greifelds Biografie operiert:

Atomwirtschaft, a. a. O.), schränkte zurückhaltend, aber bestimmt ein, dass die Plutonium-Problematik „nicht so ganz einfach zu erledigen ist (…) mit ein paar Sprüchen", dass es auch andere Gründe für die Bevorzugung der Schwerwasserlinie gegeben habe als die Plutoniumproduktion, dass im Übrigen die Gründer der nuklearen Großforschungseinrichtung GKSS (Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH in Geesthacht) die „bräunste Gruppe" gewesen sei, schließlich wandte er ein, dass die atomare Community der Bundesrepublik „in Wirklichkeit gar nicht so eng zusammenhing", sondern ein „recht chaotischer Haufen" gewesen sei (Radkau, Plutonium-Politik und Atomwaffen, in: Denecken, Schulze <Hg.>, Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 29–37, S. 31, 34, 37). Dagegen sind alle Atomgeschäfte der deutschen Kernforschung und Atomindustrie mit dem Ausland, und zwar in erster Linie mit solch problematischen Staaten wie Argentinien, Brasilien, Südafrika, für Léon Gruenbaum Beleg für klandestine militärische Machenschaften. Er vergleicht sie mit den Aktivitäten der „Schwarzen Reichswehr" in den 1920er Jahren (siehe: Gruenbaum, Genese der Plutoniumgesellschaft, a. a. O., S. 77 ff.). So gut wie alle der von Gruenbaum angeführten Geschäfte sind auch von Joachim Radkau in dessen „Deutscher Atomwirtschaft" erfasst, aber er gelangt zu der Auffassung, es habe sich eben um „Geschäfte" gehandelt, bei denen militärische Interessen nicht im Vordergrund gestanden haben (Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, a. a. O., passim).

14 Siehe oben: 3.16, „Die Mörder kommen", S. 87 f.

15 Siehe oben: 17, „A Closer Look: Greifelds Pariser Kamerad Dr. jur. Waldemar Ernst (geb. 1909)", S. 209 ff., sowie: 17.1, „Chronologie. Rudolf Greifeld und Waldemar Ernst in der Pariser Zeit", S. 214 ff.

16 Siehe oben: 1.3, „Methodenreflexionen", S. 21 ff.

1) Greifeld als entscheidender Sachwalter des deutschen Okkupationsregimes in Paris („Führerbesuch"!), als Nationalsozialist und Antisemit im Vorfeld der Judendeportation und -vernichtung.

↓

2) Enger Freund des Deportationsvollstreckers und späteren Industriellen Waldemar Ernst.

↓

3) In den 1950er Jahren Durchsetzungsfunktionär der Schreckenstechnologie Kernenergienutzung unter der Tarnkappe „friedlich", worunter sich in Wahrheit Plutonium-Forschung und -Entwicklung für militärische Zwecke verbarg.

↓

4) Unbelehrbarer Antisemit und Rassist noch in den 1970er Jahren, der im Kernforschungszentrum Karlsruhe nur „arische" Mitarbeiter beschäftigt wissen wollte.

↓

5) Urananreicherungsgeschäfte mit Brasilien und dem südafrikanischen Rassen-Regime.

↓

6) Platzierung im Umfeld des Prozesses gegen Waldemar Ernst und SS-Mörder und Gestapo-Schergen wie Kurt Lischka und Walter Nährich.

Wir können die formale Seite dieser semantischen Aufladung mit der Theorie des französischen Semiotikers und Philosophen Roland Barthes untersuchen. Dieser hat in seinem Werk »Mythologies«[17] Sinnstiftungskonzepte zerlegt, die er »les mythes« nennt.

Einer der Ausgangspunkte von Roland Barthes' Überlegungen ist die Frontseite einer Ausgabe des »Paris Match«. Das Foto zeigte einen afrikanischen Soldaten in französischer Uniform, der die Tricolore grüßt.[18] Der Sinn der Abbildung ist klar: Es soll vermittelt werden, dass Frankreich ein großes und stolzes Imperium sei. Dies ist aber der untergeschobene Sinn. Das Foto ist die Objektsprache, »langage objet«, darunter verbirgt sich die Metasprache, »méta-langage«. Die Metasprache ergreift die Objektsprache, um ihr eigenes System zu konstruieren.[19] In diesem System ist der uniformierte militärisch grüßende Afrikaner keine eigene Person mehr. Durch sie hindurch (»á travers«) ist der Mythos des französischen Imperiums wirksam, der die konkrete Person beiseite schiebt und ihr im Extremfall die eigene authentische Geschichte raubt.

17 Paris, 1957 (dt. Ausgabe u. d. T. „Mythen das Alltags", Ffm. 1964).

18 »Sur la couverture, un jeune négre vêtu d'un uniforme française fait le salut militaire, les yeux léves, fixes sans doute sur un pli du drapeau tricolore« (ebd., S. 201).

19 Ebd., S. 200.

Natürlich ist solch ein »mythe« keine Erfindung aus dem Nichts, denn der Afrikaner trägt ja Uniform und grüßt die Trikolore, und Greifeld, um Barthes' »á travers«-Deutungskonzept auf ihn und seine Geschichte anzuwenden, war in der NS-Zeit ja Antisemit durch und durch und Nationalsozialist gewesen.

Für die Greifeld-Kontroverse bedeuten diese Überlegungen, dass sich unter die Geschichte dieses fragwürdigen Mannes (dies die »langage objet«) eine »méta-langage« schiebt, und diese »méta-langage« vermittelt die bereits genannte Botschaft: Greifeld war bis zu seinem Tod ein Exponent des Nationalsozialismus, er war im okkupierten Paris in leitender Funktion tätig, war am Holocaust beteiligt, wechselte nach dem Krieg zur Atomlobby über und war innerhalb eines Netzwerks von Akteuren bestrebt, den Deutschen eine Atombombe zu bescheren, um die nationalsozialistischen Expansions- und Mordbestrebungen fortsetzen zu können.

Auf diese Weise wird Greifeld zum Symbol der bundesdeutschen Restauration und zum Atomfaschisten. Im Sinne Roland Barthes' handelt es sich hier um das Ergebnis einer mythischen Erzählung.

Der Greifeld-Teil dieses Gutachtens ist damit abgeschlossen. Im zweiten Teil werden wir Lebensläufe und Karrieren von vier seiner Geschäftsführerkollegen betrachten, von Otto Haxel, Gerhard Ritter, Walther Schnurr und Josef Brandl.

Ob die Betrachtung der Aktivitäten Ritters, Schnurrs und Brandls dazu führen kann, Greifelds Verhalten im „Dritten Reich" als vergleichsweise harmlos erscheinen zu lassen, möchte der Verfasser nicht entscheiden.

Es soll den Lesern überlassen bleiben.

# Teil II Karlsruher Kollegen

# 21 Die Herren Kollegen

Die Causa Greifeld wurde in der notwendigen Breite dargestellt. Im Folgenden werden die vier Geschäftsführer-Kollegen in Rudolf Greifelds aktiven Zeit porträtiert. Es handelt sich um Otto Haxel, Gerhard Ritter, Walther Schnurr und Josef Brandl. Auch hier greifen wir auf die in der methodologischen Einleitung angestellte Überlegung zurück und fragen, wer gemeinsam mit Greifeld in demselben Waggon saß.

Wir möchten wissen, ob Greifeld mit seiner antisemitischen politischen Sozialisation und nationalsozialistischen Belastung unter den Kollegen allein dastand, ob diese in gleicher Weise belastet waren, oder ob es sich um Männer handelte, deren Aktivitäten im Nationalsozialismus alles, was über Greifelds Biografie in Erfahrung gebracht werden konnte, in den Schatten stellten. Dies ist bei Ritter, Schnurr und Brandl eindeutig der Fall, bei Haxel aber nicht.

Halten wir jetzt schon fest: Was über das Trio Ritter, Schnurr und Brandl zu berichten sein wird, großenteils auf Archivalien gestützt, führt in den Glutofen eines Vernichtungsregimes. Man schiebt den Vorhang fadenscheiniger Rechtfertigungen, haarsträubender „Entnazifizierungen“ und dreister Lügen beiseite und erblickt auf schauriger Bühne das Grauen.

# 22 Otto Haxel (1909–1998)

## 22.1 Haxels Biografie

Otto Haxel[1] war von 1957 bis 1962 und von 1970 bis 1975 Wissenschaftlicher Geschäftsführer. Selbst Aufsichtsratsmitglied, wurde er vom Aufsichtsrat als ehrenamtlicher Wissenschaftlicher Geschäftsführer delegiert und diese Abordnung jährlich jeweils um ein Jahr verlängert. Dies galt für die erste Phase bis 1962. Nach neunjähriger Pause, in der er aber Aufsichtsratsmitglied blieb, war er von 1970 bis 1975 hauptamtlicher Wissenschaftlicher Geschäftsführer. Ab 1975 widmete er sich als Emeritus wieder seiner wissenschaftlichen Arbeit an der Universität Heidelberg.

Haxel wurde am 02.04.1909 in Neu-Ulm geboren; sein Vater fiel im Ersten Weltkrieg. Nach dem Abitur studierte er Technische Physik an der TU München, wechselte nach dem Vorexamen an die Universität Tübingen und wandte sich unter Hans Geiger, dem berühmten Rutherford-Schüler, der Kernphysik zu. Bei Geiger promovierte Haxel mit einer Arbeit auf dem Gebiet der Kernreaktionen mit α-Strahlen. Als Geiger nach Berlin berufen wurde, folgte ihm sein Schüler Haxel. Er habilitierte sich dort im Jahr 1936, 27 Jahre alt.

Als Student hatte Haxel der Verbindung Cisaria angehört, einem Korps mit Pflichtmensur; am 15.05.1933 war er in die SA eingetreten, am 01.05.1937 in die NSDAP.

---

1 *Archive:* BDC, GLAK, Universitätsarchiv Heidelberg. *Literatur:* Biographie von Otto Haxel (ohne Autorenangabe), in: Otto Haxel, Verleihung des Otto-Hahn-Preises der Stadt Frankfurt am Main an Prof. Dr. Otto Haxel am 9. März 1980 im Kaisersaal des Römers, Ffm. 1980; Filthuth, Heinz, Vorwort in: Ders. (Hg.), Ein Vierteljahrhundert moderner Physik. Otto Haxel zum 60. Geburtstag, Mannheim, Wien, Zürich 1969, S. 15; Frenkel, Viktor J., Professor Friedrich Houtermans – Arbeit, Leben, Schicksal. Biographie eines Physikers des zwanzigsten Jahrhunderts, hg. und ergänzt von Dieter Hoffmann unter Mitwirkung von Mary Beer, Bln. 2011 (Max Planck Institute for the History of Science, Preprint 414); Gentner, Wolfgang, Laudatio für Otto Haxel, in: Otto Haxel, Verleihung des Otto-Hahn-Preises der Stadt Frankfurt am Main an Prof. Dr. Otto Haxel am 9. März 1980 im Kaisersaal des Römers, Ffm. 1980, S. 6–10; Gleitsmann, Im Widerstreit der Meinungen, a. a. O.; Haxel, Otto, Protonenemission von Aluminium, angeregt durch α-Strahlen von Radium C und Thor C, Bln. 1933; Haxel, Otto, Wie ich die Entstehung der Physik der Atomkerne erlebte, in: Marx, Otto M., Moses, Annett (Hg.), Emeriti erinnern sich. Rückblicke auf die Lehre und Forschung in Heidelberg, Weinheim 1994 (Bd. II – Die Naturwissenschaftlichen Fakultäten), S. 63–95; Heintze, Joachim, Otto Haxel zum Gedenken, in: Physikalische Blätter 54 (1998), S. 356; „Nazis zählen reicht nicht." Seit zehn Jahren durchleuchten Kommissionen die NS-Vergangenheit deutscher Ministerien und Behörden. Nun gibt es einen Zwischenbericht: Was hat die Forschung erbracht? Fragen an den Historiker Martin Sabrow, in: Die Zeit, Nr. 7, 2016; Otto Haxel, in: https://www.famousscientists.org/otto-haxel/ (Zugriff 08.2014); Sperling, Peter, Geschichten aus der Geschichte. 50 Jahre Forschungszentrum Karlsruhe. Bereit für die Zukunft, Karlsruhe 2006.

Offenbar trat er aus der SA wieder aus, aber das Datum ist unklar. Haxel war schließlich Mitglied des NS-Dozentenbundes (NSDB).[2] Der Karteikarte können wir den akademischen Werdegang bis 1945 entnehmen:

- 17.10.1938 Dozentur an der TH Berlin,
- 27.10.1944 Antrag auf eine außerplanmäßige Professur seitens des Rektorates der TU Berlin.

Die Genehmigung des Antrags auf die außerplanmäßige Professur durch die Parteikanzlei ließ auf sich warten. Sie erfolgte erst am 28.02.1945 („Keine Bedenken"), zu einer Zeit, als man, wie es damals in Berlin hieß, mit der U-Bahn von einer Front zur anderen fahren konnte.

Ab 1936 war Haxel Oberassistent von Geiger in Berlin, von 1942 an, als Geiger schwer erkrankte, dessen Lehrstuhlvertreter.

Im Rückblick bezeichnete Haxel den Nationalsozialismus als eine „sehr traurige" Zeit; sie hätte aber immerhin den Vorteil besessen, dass gleichgesinnte Menschen sehr eng zusammenrückten. In Berlin hatte er sich einem Freundeskreis von Industriephysikern angeschlossen. Genaueres erfahren wir nicht.[3]

Haxel ist der einzige unter den zu betrachtenden Karlsruher Geschäftsführern, der in einer Publikation Mitleid mit den verfolgten Juden zeigte. Das Schicksal der Lise Meitner hatte ihn emotional bewegt. Sie war österreichische Staatsbürgerin gewesen, so dass die antijüdischen Maßnahmen im „Dritten Reich" sie nicht betrafen und sie in Deutschland arbeiten konnte – bis 1938. Nach dem „Anschluss" im März 1938 wurden die Österreicher Staatsbürger des Deutschen Reiches. Von einem Tag auf den anderen traf die österreichischen Juden die ganze Wucht der Diskriminierungen und Entwürdigungen, denen die Juden in Deutschland ab 1933 in sich immer verschärfender Weise ausgesetzt waren. „Dank eines mutigen holländischen Kollegen, der sie über die Grenze gebracht hat, konnte sie zu Siegbahn[4] nach Stockholm gehen und dort einen Arbeitsplatz finden."[5]

In der Sudetenkrise nach dem Münchner Abkommen vom 30.09.1938 wurde Haxel zur Wehrmacht eingezogen: „Über Nacht war ich vom Physiker zum Lastwagenfahrer in einer Trainkolonne geworden."[6] Das Münchner Abkommen bezeichnete er als

---

2 Zum Folgende: Karteikartensatz betr. Otto Haxel, BDC.

3 Haxel, Wie ich die Entstehung der Physik der Atomkerne erlebte, in: Marx, Moses, Annett (Hg.), Emeriti erinnern sich, a. a. O., S. 63–95, S. 80.

4 Manne Siegbahn (1886–1978), Physiknobelpreis 1924.

5 Haxel, Wie ich die Entstehung der Physik der Atomkerne erlebte, a. a. O., S. 83.

6 Ebd.

ein großes Unglück, „denn durch die Nachgiebigkeit der Welt gegenüber Hitler ist es zum Weltkrieg gekommen“.[7]

Als Lehrstuhlvertreter für den erkrankten Hans Geiger war Haxel vom Kriegsdienst freigestellt („uk“), zudem arbeitete er am Uranprojekt mit, also den Bemühungen, einen Reaktor zu bauen und eine Atombombe zu konstruieren. Wohl in diesem Projekt lernten Haxel und Wolfgang Gentner (1906–1980) einander kennen. Sie blieben ihr Leben lang eng befreundet. Es ist davon auszugehen, dass Gentner, der ein wenig Ältere und wohl Erfolgreichere, Otto Haxel geprägt hat. Als Otto Haxel 1980 der Otto-Hahn-Preis der Stadt Frankfurt verliehen wurde, hielt Gentner die Laudatio.

Daher ein kurzer Blick auf ihn. Gentner war von 1932 bis 1935 in Paris am Institut von Marie Curie tätig gewesen und dann zurück nach Deutschland gegangen, um an seiner akademischen Karriere zu arbeiten. Bei Kriegsausbruch wurde er zum Heereswaffenamt einberufen, um am Uranprojekt mitzuarbeiten. Er sollte einen von ihm entwickelten Beschleuniger als Neutronenquelle einsetzen. In Paris hatte Frédéric Joliot-Curie ebenfalls einen Beschleuniger konstruiert, und nach Kriegsausbruch wurde Gentner nach dorthin gesandt, um dieses Gerät zu inspizieren. Die Deutschen wollten es beschlagnahmen. Gentner einigte sich mit Joliot-Curie, Schüler von Paul Langevin, Nobelpreisträger der Chemie und einer der großen Männer der französischen Résistance, der den Kommunisten nahe stand, darauf, dass die französischen und deutschen Physiker das Gerät gemeinsam fertigstellen und auch gemeinsam daran arbeiten sollten. Ferner setzte Gentner sich für den am 01.11.1940 verhafteten Physiker Paul Langevin ein.[8] Er konnte Langevins Befreiung aus der Haft bewirken. Joliot-Curie versorgte Langevin schließlich mit gefälschten Papieren, so dass er 1944 in die Schweiz ausreisen konnte. Frankreich hat Gentners vorbildliches Verhalten nicht vergessen. Er wurde Offizier der französischen Ehrenlegion.

Wahrscheinlich weihte Haxel den Physiker Friedrich Houtermans (1903–1966) im Herbst 1941 in Einzelheiten des deutschen Uranprojekts ein. Houtermans, zeitweise Kommunist, war nach der „Machtergreifung“ nach England emigriert und ging 1935 in die Sowjetunion. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt wurde er an Deutschland ausgeliefert und von der Gestapo verhaftet. Max von Laue, Nobelpreis für Physik 1914, bewirkte Houtermans’ Freilassung mit dem Argument der Kriegswichtigkeit seiner Forschungen und vermittelte ihm eine Anstellung in Manfred von Ardennes Privatinstitut.

Beiläufig gewinnen wir einmal mehr einen Eindruck von der tiefen symbolischen Bedeutung des Institutsnamens »von Laue/Langevin«. Der Namen steht für wissenschaftliche Brillanz, internationale Zusammenarbeit und antifaschistische Haltung.

---

7 Ebd.

8 Zu der Verhaftung siehe oben: 3.18, „Greifelds Tätigkeit in Paris“, S. 89 ff.

Max von Laue, Wolfgang Gentner und wohl auch Otto Haxel stachen ab von all den reaktionären Hans Bothes, Abraham Esaus und Carl Ramsauers der Physik in Deutschland. Hochrangige Physiker, die wie der Nobelpreisträger Joliot-Curie mit dem Kommunismus sympathisierten und im Widerstand aktiv waren, hat es in Deutschland nicht gegeben. Ein Physiker wie der britische Nobelpreisträger Patrick M. S. Blackett (1897–1974), Kommunist und Dandy, "the best-loved physicist of his generation" – in Deutschland undenkbar.[9]

Nach Kriegsende war Gentner nach Freiburg berufen worden und hoffte, dass Haxel Mitarbeiter an seinem Institut würde. Dieser ging aber zunächst nach Göttingen, wo er in Heisenbergs MPI für Physik eine Anstellung fand. 1951 erhielt Haxel einen Lehrstuhl für Physik an der Universität Heidelberg. Als Gentner 1957 die Leitung des Heidelberger MPI für Kernphysik angeboten wurde, nahm er den Ruf dankbar an, weil es immer sein Wunsch gewesen war, „mit Otto Haxel an der gleichen Forschungsstätte zu arbeiten".[10]

Die enge Freundschaft zwischen Gentner und Haxel ist hervorzuheben, weil Wolfgang Gentner der Pionier der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel gewesen ist. Zu seiner Ehre wurde am Weizmann Institute for Science in Rehovot ein Wolfgang-Gentner-Lehrstuhl eingerichtet.

Es ist nicht zuviel spekuliert, wenn die These vertreten wird, dass ein Otto Haxel antisemitische Ausfälle eines Greifeld nicht geduldet hätte, wäre die Nachricht darüber zu ihm vorgedrungen. Über Minister Hermann Veit lässt sich dasselbe sagen.

Otto Haxel war ein früher Verfechter der friedlichen Kernenergienutzung. In einem 1952 gehaltenen Vortrag unterstrich er aber auch die Dual use-Problematik:

> „Die militärische und die wirtschaftliche Ausnutzung der Kernenergie lassen sich nicht voneinander trennen, denn in beiden Fällen wird Plutonium produziert. Ob das Plutonium verwendet wird, um neue Energie zu gewinnen, oder auf Stapel gelegt wird, um Bomben herzustellen, liegt in der Hand der betreffenden staatlichen Macht."[11]

Als ab 1956 in der Bundesrepublik die Rufe nach einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr lauter wurden, als Kanzler Adenauer davon sprach, dass es sich bei den Kernwaffen nur um eine Weiterentwicklung der Artillerie handele, und als Franz Josef Strauß aus dem Atomministerium in das Verteidigungsministerium wechselte, kam es zur „Göttinger Erklärung" vom 12.04.1957. Achtzehn namhafte deutsche

9 Siehe: Nye, Mary Jo, Blackett, Physics, War, and Politics in the Twentieth Century, Cambridge, London 2004; siehe auch vom Verfasser: Farm Hall. 3. Juli 1945–3. Januar 1946 (Ms., unveröfftl.).

10 Gentner, Laudatio für Otto Haxel, a. a. O., S. 9.

11 Haxel, Otto, Energiegewinnung aus Kernprozessen, a. a. O., S. 38 (Diskussionsbeitrag).

Atomforscher erklärten, dass die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr sie mit tiefer Sorge erfüllen. Der Schlusssatz lautete:

> „Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichnenden bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.“[12]

Einer der Unterzeichner der Erklärung war Otto Haxel.

Er war Mitglied unter anderem der NSDAP und der SA gewesen.[13] 1957 reihte er sich in die noch kleine Gruppe der bundesdeutschen kritischen Intelligenz ein.

## 22.2 Wissenschaftlich-Technischer Geschäftsführer

Als Haxels bedeutendste Leistung auf dem Gebiet der Theoretischen Physik wird das Schalenmodell des Atomkerns angesehen. Es leitete einen neuen Abschnitt der kernphysikalischen Forschung ein.

Otto Haxel hatte sich von Anfang an für die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik eingesetzt. Er gehörte der 1952 gebildeten Kommission für Atomphysik der DFG an, in der auch Gentner vertreten war. Haxel war Mitglied der Deutschen Atomkommission, solange sie bestand, sowie der Kommission für Wissenschaft und Technik bei Euratom.

---

12 Die übrigen Unterzeichner: Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Karl Wirtz.

13 Provokativ und cum grano salis ließe sich sagen, dass der alleinige Hinweis z. B. auf eine Parteimitgliedschaft nicht zwingend ausreicht, um einen Menschen zu charakterisieren, der in der NS-Zeit gelebt hat. Zitiert sei in diesem Zusammenhang der Historiker Martin Sabrow, Direktor des Potsdamer Instituts für Zeithistorische Forschung, einer der Leiter der Kommission zur Erforschung ehemaliger Nationalsozialisten in Nachkriegsbehörden. Über die „Ehemaligen“ führte er Folgendes aus: „Es geht zunächst um die nominelle Parteimitgliedschaft. Aber keine Kommission bleibt dabei stehen. Man konnte schließlich auch Nazi sein, ohne in die Partei einzutreten. Umgekehrt gab es zig verschiedene Gründe, Mitglied zu werden: glühende Begeisterung ebenso wie schierer Opportunismus und auch politischer Druck. Nur Nazis zu zählen, reicht eben nicht. Es ist eine Kernaufgabe der Behördenaufarbeitung, den Begriff der NS-Belastung inhaltlich zu füllen. Was haben die Leute vor 1945 getan? Und wie haben sie sich in ihrer neuen Position verhalten?“ („Nazis zählen reicht nicht“, a. a. O.).

In der ersten Phase des Kernforschungszentrums Karlsruhe galt es, neue Reaktorkonzepte zu entwickeln. Zudem hatte Haxel die Aufgabe, „die internen Überlegungen von Geschäftsführung und Wissenschaftlern den Aufsichtsratsmitgliedern näherzubringen".[14] Hauptaufgaben der zweiten Phase, in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, sind Forschungsvorhaben vor allem zur Sicherheitstechnik und Wiederaufarbeitung gewesen. Zu dieser Zeit war man der Auffassung, die Industrie habe die Reaktor-Entwicklung nun selbst in die Hand genommen.

Als sich 1956 in der Bevölkerung der Karlsruher Unteren Hardt Proteste gegen die zu errichtende „Reaktorstation" zu regen begannen, wurde in einer vertraulichen Besprechung zwischen Haxel, Greifeld, Ritter, dem Geologen Kirchheimer sowie dem Landrat Groß nach einem Weg gesucht, um die Bevölkerung zu einer „positiven Stellungnahme" zu bewegen.[15] Gleichwohl stand Haxel der Kernenergienutzung nicht unkritisch gegenüber. In seinem Beitrag „Das Atomzeitalter" in der gleichnamigen Zeitschrift von 1964 äußerte er sich sehr kritisch über die Gefahren der künftigen Kernenergienutzung. Die Hauptgefahr einer globalen Nutzung würde in der drohenden radioaktiven Vergiftung der Erde durch achtlos aus Schornsteinen abgeblasene oder ins Meer geschüttete strahlende Reststoffe bestehen. Es sprach ein Umweltschützer, wenn Haxel ausführte, die Erfahrungen mit der Verschmutzung durch Industrialisierung hätten gezeigt, dass man mit Verhinderungsmaßnahmen nicht früh genug beginnen könne.[16] In seinen Heidelberger Forschungen befasste sich Haxel seit Ende der 1950er Jahre mit Fragen der atmosphärischen Radioaktivität und des Stoffaustauschs zwischen Atmosphäre, Boden und Ozean. Hieraus ging eine Tradition hervor, die 1975 zur Gründung des Heidelberger Instituts für Umweltphysik führte.

Otto Haxel war Mitglied der 1909 gebildeten Heidelberger Akademie der Wissenschaften und von 1978 bis 1982 deren Präsident. Er wird als hervorragender Hochschullehrer geschildert. Aber ein Karlsruher Kollege sagte, Management sei nicht Haxels stärkste Seite gewesen – „um mich vornehm auszudrücken".[17]

Pointiert gesprochen: Unter den fünf Karlsruher Geschäftsführern, die wir betrachten, war Otto Haxel der einzige Intellektuelle.

---

14 Oetzel, Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., S. 105.
15 Ebd., S. 338.
16 Sonderdruck für Rudolf Greifeld. In: GLAK 69 KFK, 348.
17 Gespräch des Verfassers mit N. N. (2014).

## 22.3 Haxel als Förderer Greifelds

Im Juni 1969 hatte der Senat der Universität Karlsruhe darüber zu entscheiden, Greifeld mit der Ehrensenatorwürde auszuzeichnen. Es sollte rasch entschieden werden. Man fürchtete, die Universität Heidelberg könnte Karlsruhe mit einer solchen Auszeichnung zuvorkommen. Wenn die Heidelberger Bestrebungen nicht von Otto Haxel direkt ausgegangen waren, so hatte er sie als Groß-Ordinarius zumindest billigen müssen.[18]

1971 feierte Greifeld seinen 60. Geburtstag. Einige Zeit davor hatte Haxel einen Brief an den Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, Adalbert Seifriz, entworfen.[19] Wir haben Seifriz bereits als Freund Greifelds sowie als führendes Mitglied der Deutsch-Indischen Gesellschaft kennen gelernt.[20]

Haxel nun regte an, Greifeld für dessen Leistungen mit dem Bundesverdienstkreuz auszuzeichnen. Seine Verdienste um das Kernforschungszentrum Karlsruhe sollten auch in der Öffentlichkeit gebührend gewürdigt werden. Eine Fühlungnahme mit dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg habe ergeben, dass Haxels Anregung unterstützt werde, die Initiative könne aber auch vom Deutschen Atomforum oder vom Vorstand des Badischen TÜV ausgehen.[21]

Wir haben gehört, dass Haxel Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und von 1978 bis 1982 deren Präsident war. Zum 30.06.1974 schied Rudolf Greifeld aus seinem Karlsruher Geschäftsführeramt aus. Als sich diese Entscheidung abzuzeichnen begann, trug Haxel ihm die Leitung des Generalsekretariats der Heidelberger Akademie an, und Greifeld sagte zunächst zu.[22] Dem Akademie-Präsidenten Wilhelm Doerr, einem Pathologen, schrieb Haxel in diesem Zusammenhang, Greifeld sei siebzehn Jahre lang juristischer und kaufmännischer Geschäftsführer in Karlsruhe gewesen und habe „ein ausgesprochenes Gefühl für die Wissenschaft und deren Bedürfnisse".[23]

All diese Aktivitäten zugunsten von Rudolf Greifeld entfaltete Otto Haxel, *bevor* der antisemitische Nachtlokalvermerk bekannt wurde.

---

18 Siehe oben: 13.4, „Viel Ehr' – Ehrensenator", S. 176 ff.

19 Otto Haxel, Briefentwurf an Minister Seifriz, undat. (1971), Universitätsarchiv Heidelberg Acc. (Mappe 12), Nachlass Otto Haxel. Dort das Folgende.

20 Siehe oben: 13.3, „Deutsch-Indische Gesellschaft", S. 173 ff.

21 Siehe: Greifeld an Haxel, 09.11.1973; Haxel an Greifeld, 12.11.1973 (GLAK, 69 KFK Nr. 467 – Korrespondenz Greifeld 1972–1974).

22 Ebd.

23 Ebd., Haxel an Doerr, 12.11.1973.

# 23 Gerhard Ritter (1902–1977)

## 23.1 Ritter und Carl Krauch. Nationalsozialistisches Zwillingspaar

Dr. rer. nat. Gerhard Ritter[1] war von 1956 bis 1960 Technischer Geschäftsführer des Karlsruher Kernforschungszentrums.

---

1 *Archive:* BDC, BA-ZST, GLAK; StAN-IMT. *Literatur:* Abelshauser, Werner, Schwengler, Walter, Wirtschaft und Rüstung. Souveränität und Sicherheit, Mnchn. 1997 (Anfänge deutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 4); Dedek, Wolfgang, Gerhard Schrader (1903–1990) zum 100. Geburtstag. 50 Jahre Trichlorphon, in: Naturwissenschaftliche Rundschau, 56. Jahrgang, Heft 6, 2003, S. 308–310; Düring, Marten, Eumann, Ulrich, Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 39. 2013, S. 369–390; Erker, Paul, Industrieeliten in der NS-Zeit, Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936–1945, Passau 1993; Evans, R. C., Naturforschung in Deutschland, in: Physikalische Blätter 1947, S. 12–15; Flachowsky, Sören, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stgt. 2008 (incl. CD ROM); Gleitsmann, R.-J., Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950–1955). Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe und zu einem Kapitel deutscher Kernenergiegeschichte, Karlsruhe 1986 (KfK 4186); Gleitsmann-Topp, R.-J., Krimm, K. et al. (Hg.), Generallandesarchiv Karlsruhe. Bestand 69 Kernforschungszentrum Karlsruhe/VA. Akten der Geschäftsführung der Gesellschaft für Kernforschung/Versuchsanlagen, Karlsruhe 2001; Groehler, Olaf, Der lautlose Tod. Einsatz und Entwicklung deutscher Giftgase von 1914 bis 1945, Reinbek 1989 (zuerst Ost-Berlin 1978); Hachtmann, Rüdiger, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich". Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007 (2 Bde., durchpaginiert); Hayes, Peter, Carl Bosch and Carl Krauch: Chemistry and the Political Economy of Germany, 1925–1945, in: Journal of Economic History, Vol. XLVII, No. 2 (June 1987), S. 353–363; Hayes, Peter, Industry and Ideology. I. G. Farben in the Nazi Era, Cambridge 1987; Hennig, Eike, Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Ffm. 1973; Conze, Eckart, Frei, Norbert, Hayes, Peter, Zimmermann, Moshe, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, Mnchn. ²2010; Krauch, Carl, Über den Einsatz der Forschung im Rahmen des Vierjahresplans, in: Der deutsche Chemiker. Miteilungen aus Stand/Beruf und Wissenschaft, Nr. 1/2, 04.01.1941; Lindner, Stephan H., Hoechst. Ein I. G. Farben-Werk im Dritten Reich, Mnchn. 2005; Oetzel, Günther, Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O.; Radkau, Joachim, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek 1983; Schmaltz, Florian, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. II); Szöllösi-Janze, Margit, Fritz Haber. 1868–1934. Eine Biographie, Mnchn. 1998; Teltschik, Walter, Geschichte der deutschen Großchemie. Entwicklung und Einfluss in Staat und Gesellschaft, Weinheim, New York etc. 1992; Treue, Wilhelm, Hitlers Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans 1936 (Dokumentation), in: VfZ 2 (1955) S. 184–210; Winnacker, Karl, Nie den Mut verlieren. Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie, Düsseld., Wien ²1974.

Von den späteren Geschäftsführern des Karlsruher Zentrums war Ritter im „Dritten Reich“ der mächtigste Mann. Bei Betrachtung der Biografie Ritters müssen wir uns in das Machtzentrum des „Dritten Reiches“ begeben und uns mit der ausgesprochen systemrelevanten deutschen Kriegschemie einschließlich der Giftgasproduktion befassen: Ammoniak- und Salpeter-Synthese, Lost, Tabun, Sarin. Um Gerhard Ritters Einfluss im „Dritten Reich“ zu bestimmen, hat von forcierter Kriegsvorbereitung, von Schnittstellenmanagement zwischen Industrie, Wehrmacht und Politik die Rede zu sein.

Wir müssen im Folgenden etwas weiter ausholen, um die Bedeutung des Chemikers und Managers Gerhard Ritter im „Dritten Reich“ ermessen zu können. Ritter muss gemeinsam mit einem anderen Akteur betrachtet werden. Dieser Akteur war Carl Krauch (1887–1968). Krauch und Ritter bildeten in der NS-Zeit von 1934 bis Kriegsende sozusagen ein nationalsozialistisches Zwillingspaar.

Ritter verkehrte dienstlich mit Göring und womöglich auch privat. Ritter kannte Majore und Generale sowie die Spitzen des Heereswaffenamts; er kannte die gesamte Führungsschicht der I. G. Farben, zu der er als 1941 ernannter Prokurist auch selbst gehörte. Ritter war engster Mitarbeiter von Carl Krauch (1887–1968). Carl Krauch war Wehrwirtschaftsführer und Generalbevollmächtigter für die chemische Erzeugung im Rahmen des „Vierjahresplans“.

Der Vierjahresplan war das Systemprogramm zur Vorbereitung des Deutschen Reiches auf den Krieg. Ausgangspunkt war eine Denkschrift Hitlers vom August 1936. Inhalt dieser Denkschrift: Deutschland dürfe keinesfalls gegenüber den Rüstungsanstrengungen des Auslands, insbesondere Russlands, in einen Rückstand geraten. Das ins Auge gefasste Ziel:

> „Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein.“

Der Vierjahresplan wurde 1936 auf dem „Reichsparteitag der Ehre“ verkündet. Die beabsichtigte Kriegsfähigkeit war nur durch die Autarkie des Reiches zu erzielen, also die Unabhängigkeit von Rohstoffimporten. Das bedeutete den Großeinsatz der Industrie. Hitler sprach konkret die Gummi-, die Brennstoff- und die Eisenerzversorgung an. Zudem war es nach seiner Denkschrift notwendig, „die industrielle Fettversorgung in kürzester Schnelligkeit vom Import unabhängig zu machen und aus unserer Kohle zu befriedigen“. Die chemische Industrie hatte also eine entscheidende Rolle bei der Realisierung des Hitler’schen Plans zu spielen. Niemand anders als Carl Krauch war Mitautor oder doch Hauptanreger der Denkschrift gewesen. Die Chemie-Passagen der Denkschrift stammten von ihm; er hatte Hitler über die Potentiale der chemischen Industrie in Kenntnis gesetzt; er war Architekt des Vier-

jahresplans. Bedeutender konnte die Rolle eines Industriellen im „Dritten Reich“ kaum sein.

Die Vierjahresplan-Bürokratie war in der Hauptsache mit I. G. Farben-Managern besetzt. Für die Realisierung des Vierjahresplans brauchte es Fachleute, Networker, Schnittstellenmanager, Führertypen, Tempo-Ideologen, Top-down-Entscheider. Dazu zählte auch Gerhard Ritter. Carl Krauch war sozusagen die leibhaftige Kriegswichtigkeit. Ritter war sein engster Mitarbeiter. Wenden wir uns der Biografie des Krauch-Assistenten Ritter zu.

## 23.2 Ammoniak und Salpeter

Ritter wurde am 27.11.1902 in Berlin geboren. Dort studierte er Chemie und promovierte 1924 summa cum laude und preisgekrönt mit der Arbeit „Atomgewichtsbestimmung des Bor durch Gasdichte von Borwasserstoff“. Von 1924 bis 1926 war er Assistent am renommierten Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Chemie, um dann in die Industrie zu wechseln. Er wurde Chemiker im Ammoniak-Laboratorium der BASF in Oppau. Dort arbeitete auch sein Chemikerkollege Heinz Krekeler, dem er spätestens 1958 wiederbegegnen sollte: Ritter als Direktor des Euratom-Kernforschungszentrums Ispra, Krekeler als Mitglied der Euratom-Kommission und der Deutschen Atomkommission.

Die Chemischen Werke in Oppau, einem Vorort von Mannheim-Ludwigshafen, wurden 1913 eröffnet. Sie waren nicht irgendein Werk, sondern ab 1914 kriegsentscheidend. Von dieser Erfahrung war auch die Vierjahresplan-Konzeption geleitet worden.

Produziert wurde Ammoniak in großem Maßstab. Das Verfahren hatte Fritz Haber entwickelt, der berühmteste aller Karlsruher Chemieprofessoren, Nobelpreisträger, Giftgaspionier im Ersten Weltkrieg. Gemeinsam mit Carl Bosch (1874–1940) wurde das „Haber-Bosch-Verfahren“ zur industriellen Fertigungsreife geführt. Aufgrund seiner Verdienste um das Werk in Oppau wurde Carl Bosch BASF-Vorstandsvorsitzender. Mit Gründung des I. G. Farben-Trusts durch den Zusammenschluss von vierzehn Unternehmen im Jahr 1925 wurde Bosch sogleich Vorstandsmitglied und schließlich auch hier Vorstandsvorsitzender. Er war bis zu seinem Tod 1940 der mächtigste Mann in der deutschen Chemie-Industrie. Zugleich war er hoher Funktionär der deutschen Wissenschaft, denn er war ab 1937 in der Nachfolge Max Plancks Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), der heutigen Max-Planck-Gesellschaft.

Carl Bosch starb im Alter von 65 Jahren. Mit seinem Namen ist nicht nur die Ammoniak-Synthese im Industriemaßstab, sondern auch die Kautschuk-Synthese verbunden, die in den Buna-Werken nahe Naumburg, später in Auschwitz, gleichfalls zur industriellen Produktion in großem Maßstabe geführt wurde. Ebenso mit Boschs Namen verbunden ist die Synthese von Benzin aus Kohle auf dem Wege der Kohlehydrierung, realisiert in verschiedenen Werken, unter anderem in Auschwitz.[2] Für seine Verdienste erhielt Bosch von der BASF ein Haus in Heidelberg geschenkt, das eher einem Schloss als einer Villa glich.

Ammoniak dient der Düngung und wurde deshalb bereits im Ersten Weltkrieg als „Brot aus der Luft" bezeichnet – das Manna der chemischen Industrie. Aber wir stoßen wie so oft auf das Dual use-Label: Ammoniak war nämlich zugleich einer der wichtigsten Ausgangsstoffe für die Sprengstoffproduktion. Das gilt ebenso für aus Ammoniak gewonnene Salpetersäure. Der Rohstoff, aus dem Ammoniak und Salpeter im 19. Jahrhundert in der Hauptsache gewonnen wurden, war Guano, gehärteter Vogelkot. Er wurde vor allem aus Peru, Chile und Bolivien bezogen und machte dort einen erheblichen Bestandteil der Staatseinkünfte aus. Dasselbe galt für den „Chile-Salpeter". Der deutsche Import endete mit Kriegsbeginn durch die britische Seeblockade. Das Haber-Bosch-Verfahren war ein wichtiger Markstein der so genannten deutschen Ersatzstoff-Philosophie.

## 23.3 Kriegswichtige Chemie

Deutschlands Chemie besaß seit Liebigs Tagen Weltrang, das Kaiserreich nach 1871 wurde als „Apotheke der Welt" bezeichnet. Die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert waren auch Kriege der Chemie. Mit der I. G. Farben war der größte Chemie-Trust der Welt entstanden. Einen einflussreicheren Konzern als die I. G. Farben hat es im „Dritten Reich" nicht gegeben. Schreiben wir über den Zweiten Weltkrieg, so müssen wir auf die I. G. Farben blicken; schreiben wir über die I. G. Farben, so müssen wir auf den Zweiten Weltkrieg blicken.

Die Bedeutung der Chemie für den modernen Krieg lässt sich mit wenigen Strichen darstellen. Nehmen wir als Beispiel die Salpetersäure, wie sie in Oppau aus Ammoniak

2 Es sei daran erinnert, dass Auschwitz nicht allein das Lager mit den Gaskammern und den Baracken für medizinische Experimente war, sondern ein Industriekomplex (Monowitz/„Auschwitz III") in einem 40 km² umfassenden „Interessengebiet". Darin lagen die verschiedenen Werke der I. G. Farben, aber etwa auch die Janina-Salzgruben nahe Krakau. Die Firmenvertreter verhandelten mit der SS über die zur Arbeit herbeizuschaffenden Häftlinge (überwiegend Juden, Polen, Russen) und machten die Preise aus.

hergestellt wurde. Unter den Fachhistorikern herrscht Einigkeit darüber, dass Deutschland ohne BASF und Haber-Bosch-Verfahren, ohne Oppau den Krieg vermutlich bereits Anfang 1915 verloren hätte. Deutschland konnte den Krieg bis Ende 1918 führen, weil 1917 von Oppau aus die Filialen in Leuna und Merseburg aufgebaut wurden.

Die technische Leitung der 1913 in Betrieb genommenen Haber-Bosch-Anlage, des Oppauer Ammoniakwerkes, blieb zunächst in den Händen von Bosch. Sein Nachfolger wurde Carl Krauch.

## 23.4 Carl Bosch fördert Carl Krauch

Carl Krauch, geboren 1887, war Sohn eines Industrie-Chemikers, und einer seiner eigenen Söhne, Carl Heinrich Krauch, geboren 1931, war zunächst ebenfalls bei BASF, leitete dann die Forschung und Entwicklung bei Henkel und wurde schließlich Vorstandsvorsitzender der Chemischen Werke Hüls sowie VEBA-Vorstandsmitglied. Krauch Senior kam 1913 zu BASF. Es war väterliche Liebe auf den ersten Blick, wenn Bosch ihn von Anfang an förderte. 1915 übernahm Carl Krauch, gerade 28 Jahre alt, die Leitung des Oppauer Werkes, wo er bereits seit 1913 tätig gewesen war. Auch Krauch jun. wurde von Bosch an die dreißig Jahre liebevoll protegiert.[3]

Krauch senior wurde Leiter der Oppauer Werke, wechselte als Geschäftsführer der Ammoniakfabriken nach Leuna und von dort aus nach Merseburg. Krauchs Begabung als findiger, fintenreicher und flinker Organisator zeigte sich auch bei der Bewältigung einer Katastrophe. Am 21. September 1921 kam es in Oppau zur größten nachgewiesenen Explosion, die es bis dahin in einem deutschen Chemiewerk gegeben hat. Mehr als 560 Menschen wurden getötet.

Bosch beauftragte Krauch mit dem Wiederaufbau. Ihm war es zu verdanken, dass die Ammoniak-Produktion in Oppau nach nur zweieinhalb Monaten wieder aufgenommen werden konnte. Nun war sein Aufstieg nicht mehr zu bremsen. Nach der Gründung der I. G. Farben wurde er deren Vorstandsmitglied, schließlich Aufsichtsratsvorsitzender. Mit seiner Verurteilung im Nürnberger I. G. Farben-Prozess brach die Karriere ab, jedenfalls vorübergehend.

3 Zum Komplex Bosch/Krauch konzise: Hayes, Peter, Carl Bosch and Carl Krauch: Chemistry and the Political Economy, a. a. O.

## 23.5 Carl Krauch fördert Gerhard Ritter

In Oppau kreuzten sich erstmals die Wege von Carl Krauch und Gerhard Ritter. Krauch war dort bis 1925 neben seinen anderen Aufgaben auch Technischer Leiter gewesen, Ritter wurde 1926, im Alter von 24 Jahren, dessen Nachfolger und arbeitete in Oppau auf den Gebieten Ammoniak-Katalyse, Gas-Analyse, Kohlehydrierung – letzterer Bereich sollte für das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg ebenso überlebenswichtig werden wie Ammoniak und Salpeter im Ersten.

Im „Dritten Reich" wurde Gerhard Ritter zunächst nicht im Rahmen der Kriegsvorbereitung eingesetzt, sondern für gewerbehygienische Arbeiten in Zusammenarbeit mit dem Reichsgesundheitsamt. Zu dieser Zeit war er noch immer in Oppau tätig, aber 1934 wurde er von der I. G. Farben zur Dienstleistung nach Berlin abgestellt. In diesem Jahr nämlich hatte Hermann Göring, der „zweite Mann im Dritten Reich", ein kriegswirtschaftliches Zentralbüro der I. G. Farben einrichten lassen, das sich mit allen wehrwissenschaftlichen Angelegenheiten sowie mit Fragen der militärischen Planung befassen sollte.[4]

Wir bewegen uns damit im Vorfeld des nationalsozialistischen „Vierjahresplans" von 1936. Beauftragter des Vierjahresplans war Göring, der die Vierjahresplan-Behörde zu einem Reichsamt ausformte. Um den ehrgeizigen Plan zu realisieren, mussten die Spitzen der Politik, des Militärs und der Industrie eng miteinander kooperieren. Der mächtigste Mann auf der Seite der Industrie wurde Carl Krauch. Im Folgenden einige Meilensteine seiner Karriere, soweit diese mit dem Vierjahresplan zusammenhingen:

- Im April 1936 wurde Krauch Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung für Rohstoffe und Devisen in Görings Stab.
- Im Oktober 1936 übernahm er die Leitung der Forschungs- und Entwicklungsabteilung beim Amt für die Deutschen Roh- und Werkstoffe im Vierjahresplan.
- Von Juli 1938 bis 1945 war er Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung („Generalbevollmächtigter für Chemie").
- Seit Dezember 1939 war er Leiter des Reichsamts für Wirtschaftsausbau im Vierjahresplan.
- Von 1938 bis 1945 war er Wehrwirtschaftsführer – eine Art Ehrenrang für Manager, die kriegswichtige Betriebe führten, später auch für leitende Herren außerhalb der Kriegswichtigkeit.
- Krauch war Mitglied des Direktoriums des Reichsforschungsrates, sozusagen der DFG des „Dritten Reiches", und Präsidiumsmitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

4 Dies folgt der chronologischen Darstellung im Urteilsspruch des Nürnberger I. G. Farben-Prozesses.

- Mit seinen Vierjahresplan-Instituten hatte Krauch sich ein eigenes Wissenschaftsimperium geschaffen – schließlich galt es, die deutschen wissenschaftlich-technischen Potentiale zu entfesseln.[5]
- In der Nachfolge seines Ziehvaters Carl Bosch war Krauch zudem von 1940 bis 1945 Aufsichtsratsvorsitzender der I. G. Farben.

In die Zuständigkeit Krauchs als „Generalbevollmächtigter Chemie" fielen die Bereiche „Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, Schieß- und Sprengstoffen (…) und schließlich die Herstellung chemischer Kampfstoffe".[6] Krauch war einer der Väter des so genannten nationalsozialistischen „Rüstungswunders".[7]

Wie Greifeld trat Krauch am 01.05.1937 der NSDAP bei. Wenn er von KWG-Generaldirektor Friedrich Glum als „kleiner Nazidiktator" bezeichnet wurde, so traf dies den Kern der Sache nicht. Krauch war kein Ideologe, der in Uniform und gewichsten Stiefeln herumlief und Befehle schnarrte, sondern sachlich und organisationspragmatisch. Er war, wie Ernst Jünger diesen Typus charakterisierte, „Arbeiter".

Sich selbst bezeichnete Krauch als „Techniker".[8] Seine Rede „Über den Einsatz der Forschung im Rahmen des Vierjahresplans", gehalten im Oktober 1940, war sachlich und kühl, entbehrte des Rassen- und Runengeraunes und enthielt bis auf die Reverenz an das Regime, wonach es die Rasse unseres Volkes an schöpferischen Menschen schon nicht fehlen lassen werde, keine nationalsozialistischen Töne.

Gerhard Ritter wird in den Quellen bald als „Stellvertreter von Prof. Krauch" apostrophiert, bald als „Vertreter der Vierjahresplanbehörde und der IG", bald als „Dr. Ritter (Stab Göring)". Ritter wurde von Krauch ebenso protegiert wie einst

---

5 Krauch unterstanden:
1) Vierjahresplaninstitut für Atombauforschung (sic!), Bln.
2) Vierjahresplaninstitut für Fertigungsverfahren, Hannover
3) Vierjahresplaninstitut für Grenzflächenforschung, Halle/Saale
4) Vierjahresplaninstitut für Isotopenforschung, München
5) Vierjahresplaninstitut für Molekülarspektroskopie, Göttingen
6) Vierjahresplaninstitut für Neutronenforschung, Wien
7) Vierjahresplaninstitut für Physikalische Chemie hochmolekularer Stoffe, Aachen
8) Vierjahresplaninstitut für Physikalische Chemie von Stoffgemischen, Wien
9) Vierjahresplaninstitut für Schwingungsforschung, Bln.
10) Vierjahresplaninstitut für Spektralanalyse, München
11) Vierjahresplaninstitut für technische Physik der Kunststoffe, Darmstadt
12) Vierjahresplaninstitut für Tiefsttemperaturforschung, München
13) Vierjahresplaninstitut für zerstörungsfreie Prüfverfahren, Bln.

6 Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich", a. a. O., S. 290 f.

7 Ebd., S. 321.

8 So mehrfach in seinen Schlussworten im Nürnberger I. G. Farben-Prozess.

Krauch von Carl Bosch. Krauch holte Ritter von Oppau nach Berlin. Hier wohnte er im Haus der Länderbank Unter den Linden in den Räumlichkeiten der I. G. Farben.

## 23.6 „Vermittlungsstelle W". Ritter, oberster Giftgas-Manager im „Dritten Reich"

Zur Optimierung der Kooperation von I. G. Farben, Wehrmacht und Behörden wurde 1935 die „Vermittlungsstelle W" – „W" für „Wehrmacht" – eingerichtet. Die I. G. Farben war angewiesen worden, ihre militärisch relevanten Entwicklungen der Vermittlungsstelle zu melden, von der die Informationen an die Wehrmacht weitergeleitet wurden, insbesondere an das Heereswaffenamt.[9] Leiter der „Vermittlungsstelle W" der I. G. Farben war Gerhard Ritter.[10] Ritter konnte relativ eigenständig agieren, war also keineswegs „Assistent" Krauchs im Sinne eines Handlangers, der Karteikarten heraussuchte oder ein paar Hotelzimmer requirierte.

Im Folgenden – wie für Carl Krauch bereits angegeben – Meilensteine der Karriere Gerhard Ritters, soweit diese mit dem Vierjahresplan zusammenhingen:

- Am 11.11.1936 nahm Ritter teil an einer Besprechung mit den kriegsvorbereitenden Heeresteilen. Ritter sicherte zu, dass Kampfstoffe, „jedenfalls Lost[11] und Chloracetophenon[12], (…) in beliebiger Menge hergestellt werden" könnten.
- Am 14.11.1936 erfolgte eine Beratung mit Vertretern des Heeres über Realisierungsfragen des Kampfstoffprogramms.
- Vom 31.01. bis 03.02.1939 war Ritter auf Dienstreise mit Vertretern des Heereswaffenamtes, um die Lage auf den Gebieten Sprengstoffe, Toluol[13], Kampfstoffe und Zwischenprodukte zu erkunden.
- Am 05.09.1939 legte Ritter den obersten Wehrmachtsbehörden einen von ihm verfassten Ausbauplan vor – Ziel: 19.000 Tonnen Lost pro Monat, nur zu erreichen, wenn unter anderem das Werk in Chorzów in Polen herangezogen würde.
- Am 15.11.1939 erfolgte gemeinsam mit Krauch die Teilnahme an einer Konferenz des Heereswaffenamtes, um über den Plan einer Nervengasfabrik zu

9 Siehe: Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus, a. a. O. S. 439. Ausnahme war die Forschung und Entwicklung auf dem Kampfgassektor.

10 Siehe: Teltschik, Walter, Geschichte der deutschen Großchemie. Entwicklung und Einfluss in Staat und Gesellschaft, Weinheim, New York etc. 1992, S. 112.

11 Nervengas.

12 Tränengas.

13 Lösungsmittel.

beraten – Problem: Hitler hielt die angestrebte Produktion von 12.000 Tonnen p. a. für zu niedrig.
- Am 29.07.1942 nahm Ritter teil an einer Besprechung mit dem Chef des Rüstungslieferungsamtes/Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (Ministerium Speer) – Thema: Erhöhung der monatlichen Kampfstoffproduktion auf rund 7.000 Tonnen ab Mai 1943.

Die angeführten Termine und Aktivitäten Ritters sind eine Auswahl.

Die I. G. Farben war *der* Giftgasproduzent im „Dritten Reich". Die Entwicklung begann im Ersten Weltkrieg, als Fritz Haber, von dessen enger Kooperation mit BASF und Carl Bosch wir gehört haben, Giftgas entwickelte und einsatzfähig machte. Auf Haber ging es zurück, dass 1919 eine Gesellschaft gegründet wurde, die später den Namen Degesch führte. Ab 1936 gehörte die Degesch[14] zu 42,5 Prozent der I. G. Farben, gleichrangiger Teilhaber war die Degussa. Die Degesch produzierte Zyklon B, das in den Gaskammern zum Einsatz kam.

Mit Ausnahme von Zyklon B zur „Vergasung" von Juden und – in geringerer Zahl – von Polen und Russen haben die Deutschen im Zweiten Weltkrieg keine chemischen Kampfstoffe eingesetzt, da Hitler befürchtete, die Alliierten würden aus Rache Giftgasbomben auf deutsche Städte abwerfen. Aber chemische Kampfstoffe wurden von den Deutschen in außerordentlich großen Mengen produziert. Vom Beginn der Aufrüstung (Vierjahresplan 1936) bis Kriegsende stellten her:

- I. G. Farben 6.000 to,
- Werke des OKH[15] mit >70 Prozent I. G. Farben-Beteiligung 19.000 to,
- andere Firmen 36.000 to,
- Summe: 61.000 to.[16]

Bei Kriegsende bzw. kurz danach wurden viele Giftgas-Behälter in die Nordsee versenkt, wo sie sich noch heute befinden.

14 „Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung".
15 Oberkommando des Heeres.
16 Erklärung unter Eid v. Dr. Emil Ehmann, 26.11.1947, StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NI 12725. Die „anderen Firmen" stellten im Wesentlichen Phosgen (7.000 to) und Oxol-Lost her (22.000 to). Gleichfalls am 26.11.1947 wandte Gerhard Ritter in einer Erklärung unter Eid ein, Chloracetophenon sei kein Kampfgas, sondern ein Reizstoff (StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NI 12724). Die 61.000 to reduzieren sich bei dieser Einschränkung um 7.000.

## 23.7 Chemische „K-Stoffe“ und Giftgas. Ritter und das Giftgas Sarin

Fritz Haber hatte seine Kampfgase, die erstmals 1915 an der Westfront zum Einsatz gekommen waren, auf der Basis von Phosgen und Chlorgas entwickelt und wandte sich erst später der Schädlingsbekämpfung zu. Bei seinen Nachfolgern war es umgekehrt: Die meisten Kampfgase wurden aus dem Bereich der Schädlingsbekämpfung heraus entwickelt. Das gilt auch für Tabun und Sarin, die wichtigsten im Krieg einsetzbaren Kampfgase der I. G. Farben.

Tabun wurde im Elberfelder Bayer-Forschungslabor von dem Chemiker Gerhard Schrader (1903–1990) auf der Basis von Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmitteln entwickelt und Ende 1936 fertiggestellt. Tabun wird vom ganzen Körper aufgenommen, entfaltet seine toxische Wirkung also nicht nur durch Einatmen wie bei den Haber-Kampfgasen. Der Tod tritt durch Atemlähmung ein, der unter anderem krampfhafte Zustände vorausgehen. Dasselbe gilt für das ebenfalls von Schrader Ende 1938 entwickelte Sarin, nur dass es sechsmal toxischer ist als Tabun. Die Nazi-Größen waren von Schraders Giftgas-Entwicklungen hingerissen, von Tabun und insbesondere von Sarin.[17]

„Sarin“ ist ein aus vier Namensabbreviaturen zusammengesetztes Kunstwort[18]:

- *S* steht für Gerhard *S*chrader, der das Gift als I. G.-Chemiker (I. G. Farben Elberfeld) entwickelt hatte;
- *A* für Otto *A*mbros, den Wehrwirtschaftsführer für chemische Kampfstoffe, Prokuristen der I. G. Farben, Betriebsleiter der Kampfstoffwerke Dyhernfurth sowie – unter anderem – des Buna-Werkes IV in Auschwitz;
- *R* für Gerhard *R*itter;
- *IN* für Hans-Jürgen von der L*in*de, Heereswaffenamt.

Die Namenszusammensetzung steht für die Symbiose von I. G. Farben und Militär bei der Entdeckung, Produktionsplanung und ins Auge gefassten militärischen

17 In einer Würdigung Schraders zu dessen 100. Geburtstag ist von seinen Giftgas-Forschungen natürlich nicht die Rede. Zusammenfassend heißt es über Schraders Verdienste: „Gerhard Schraders Arbeiten haben Entwicklungen in Gang gesetzt, die zu einem enormen Erkenntnisgewinn in so unterschiedlichen Gebieten wie der Chemie, Pharmakologie, Toxikologie, Veterinär- und Humanparasitologie und Enzymologie (Rolle der Cholinesterasen und des Acetylcholins sowie der Antidotprinzipien) führten. Die von ihm begründeten phosphorgalvanischen Insektizide haben bis auf den heutigen Tag weltweit segensreiche Auswirkungen auf die Steigerung der Ernten und bei der Welthungerhilfe.“ (Dedek, Gerhard Schrader, a. a. O., S. 310).

18 Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus, a. a. O., S. 448.

Anwendung von Giftgas.[19] Hergestellt wurde Sarin im I. G. Farben-Giftgaswerk Anorgana. Von dieser Firma wird noch zu reden sein, wenn wir Ritters Nachkriegskarriere zu betrachten haben.

Ritter war Chemiker und Industrieller. Seine Tätigkeit im „Dritten Reich" war von der Kampfgasproduktion nicht zu trennen. Als Zeuge im I. G. Farben-Prozess in Nürnberg befragt, erklärte er: „Arbeiten über Sarin und Tabun sind mir nicht bekannt geworden."[20]

Anmerkung zum Handwerkszeug des Historikers: Es ist ein schwieriges Geschäft, verlässliche Daten über Entwicklung und Distribution von „K-Stoffen" herauszubekommen. Der amerikanische Historiker Peter Hayes, sonst ein Mann eher zurückhaltender Diktion, äußerte, dass die Akteure der nationalsozialistischen Kriegschemie „nicht nur vor 1945, sondern auch danach immer wieder logen, dass sich die Balken bogen (der Ausdruck ist nicht zu stark), was ihr eigenes Verhalten und das Unternehmen betraf".[21]

Im Nürnberger I. G. Farben-Prozess wurde Ritter mehrfach als Zeuge vernommen. Hauptangeklagter war Carl Krauch. Dieser wurde am 11.06.1948 wegen des Einsatzes von Zwangsarbeitern zu sechs Jahren verurteilt, kam aber 1950 frei. Nach der Haftentlassung wurde er Aufsichtsratsmitglied der Chemischen Werke Hüls AG.

Ritter wurde nicht angeklagt.

Er war bis April 1946 in der französischen Zone interniert und zog anschließend nach Freiburg. „Denazifiziert" wurde Ritter von der Spruchkammer Neustadt. Die Auflage lautete: „Belassung als einfacher Chemiker in nicht leitender Stellung auf Dauer von 6 Jahren."

So arbeitete Ritter denn bis 1953 „in der Lackindustrie". Danach aber, von 1954 bis 1956, war er Werksleiter bei der einstigen I. G. Farben-Tochter Anorgana im bayerischen Gendorf.[22] Das Unternehmen hatte im Krieg chemische Kampfstoffe hergestellt. In Gendorf 900 Monatstonnen Oxollost und 4.000 Monatstonnen Direktlost, wogegen im Zweigwerk Dyhernfurth, heute Polen, 1.000 Monatstonnen Tabun und 100 Monatstonnen Sarin produziert wurden. Auf dem Gelände in Dyhernfurth befand sich ein Nebenlager des Konzentrationslagers Groß Rosen. Wie im Groß Rosener Nebenlager Christianstadt, wo ein weiterer späterer Karlsruher Geschäftsführer

19 Siehe ebd.

20 Interrogation Dr. Gerhard Ritter, 30.08.1947, StAN-IMT, KV-Anklage Rep 502 – R 110.

21 Hayes, Peter, Einleitung in: Lindner, Hoechst, a. a. O., S. XIV.

22 Zeitweiliger Anorgana-Geschäftsführer war im Krieg Otto Ambros gewesen, ebenso Geschäftsführer von Dyhernfurth und Leiter von Buna IV/Auschwitz (StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NI 6788). Aussage Otto Ambros, 01.05.1947 (StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NI 5000).

Betriebsleiter war[23], wurden auch in Dyhernfurth Häftlinge als Zwangsarbeiter eingesetzt.

Nach dem Krieg war die Produktion der Gendorfer Anorgana diversifiziert worden. Ritter betätigte sich dort insbesondere auf dem Gebiet der Polyvinylchloridverarbeitung (PVC). 1955 wurde das Unternehmen von den Farbwerken Hoechst AG übernommen. Der Vorstandsvorsitzende von Hoechst war zu dieser Zeit Karl Winnacker. Er schrieb in seinen Erinnerungen, die aus der Landsberger Haft[24] entlassenen I. G. Farben-Chefs Friedrich Jähne und Carl Krauch hätten ihn auf die „im Wald versteckten Anlagen" der Anorgana aufmerksam gemacht. Hoechst kaufte den Komplex im Jahr 1954 für 11 Millionen DM.

Die Geschichte liebt zuweilen das Widersinnige. Dies lässt sich an einem Artikel über Ritter und dessen Autor zeigen.

Die Zeitschrift „Die Atomwirtschaft", erschienen ab 1956, enthielt in den ersten Jahren die Rubrik „Männer rund um das Atom". Im März 1961 wurde Gerhard Ritter porträtiert. Diese neue Position, so heißt es, würde von Ritter als Geschäftsführer im Karlsruher Zentrum diplomatisches Geschick, Organisationstalent und fachliches Können in hohem Maße fordern, aber Ritter sei ja nun in Karlsruhe Gelegenheit gegeben, seine einschlägigen Kenntnisse unter Beweis zu stellen. Im Krieg, so wird über Ritters Lebenslauf ausgeführt, habe er „am Aufbau des deutschen chemischen Rohstoffprogramms" mitgearbeitet, „insbesondere auf dem Gebiet zur Erzeugung von synthetischem Treibstoff, synthetischen Schmiermitteln, Kautschuk und Kunststoffen. Von Kriegsende bis 1953 ist er in der Lackindustrie tätig."

Der Artikel über Gerhard Ritter ist mit dem Verfasserkürzel „-lp-" versehen. Es steht für Hermann Laupsien (1910–2007). Ab 1947 war er als Journalist beim Düsseldorfer „Handelsblatt" tätig und schrieb gelegentlich für die „Atomwirtschaft".

Hermann Laupsien, von Beruf Werkzeugmacher, war in der späten Weimarer Republik Redakteur der kommunistischen Zeitung „Arbeitersport" gewesen. Nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten ging er in den Widerstand. Unter anderem stellte er gemeinsam mit Genossen der KPD illegale Flugblätter her: „Hitler, das bedeutet Krieg!" Er wurde festgenommen und kam in ein Konzentrationslager, anschließend ins Zuchthaus, danach immer wieder von der Gestapo verhört und

23 Siehe unten: 24.3, „KZ-Außenlager in Christianstadt. Die ‚Ungarinnen' aus Auschwitz", S. 279 ff.

24 In der Landsberger Anstalt wurden nach dem Ersten Weltkrieg Festungshäftlinge untergebracht. Festungshaft war eine privilegierte Haft für politische Gesinnungstäter. Der prominenteste war Adolf Hitler, der hier „Mein Kampf" schrieb bzw. diktierte. 1947 wandelten die Amerikaner das Gebäude zum War Criminal Prison No 1 um. Dort wurden die Verurteilten der Nürnberger Prozesse untergebracht. In Landsberg sind insgesamt 259 Todesurteile vollstreckt worden.

eingeschüchtert. Im Krieg, ab 1943, wurde er in das Strafbataillon 999 eingezogen und in Afrika eingesetzt.[25] Er überlebte knapp.

„Hitler, das bedeutet Krieg!", so eines der Flugblätter, die Hermann Laupsien nach der „Machtergreifung" herstellte und heimlich verteilte, wofür er in ein Konzentrationslager gesteckt worden war. Gerhard Ritter war ein wichtiger Akteur in dem vorausgesagten Kriegsgeschehen. Laupsien lobte Ritter in der „Atomwirtschaft".[26] Welchen Reim soll man sich auf diese Geschichte machen?

## 23.8 Karl Winnacker (1903–1989), Strong Man, Förderer alter Freunde. Seine Bedeutung für das Kernforschungszentrum Karlsruhe

Wir müssen hier die Betrachtung eines Akteurs einschieben, der sich in der Bundesrepublik um die Re-Integration großer Teile der Chemikergarde des „Dritten Reichs" bemüht hat wie kein Zweiter: Karl Winnacker, einer der eifrigsten Networker in der bundesdeutschen Industrie der 1950er und 1960er Jahre. Seine Bedeutung für das Karlsruher Forschungszentrum bis in die frühen 1970er Jahre kann kaum überschätzt werden.

Karl Winnacker war von 1952 bis 1969 Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, dem bundesdeutschen Unternehmen, das sich am stärksten für die Förderung der Kernenergienutzung einsetzte. Auf der Genfer Konferenz über die friedliche Kernenergienutzung von 1955, mit der die Atom-Euphorie begann, hatte Winnacker zur Leitung der bundesdeutschen Delegation gehört. Ab 1955/56 war er „in nahezu jedem Gremium von Bedeutung auf dem Gebiet der Kerntechnik und Kernforschung vertreten".[27] Er war einer der Väter des Kernforschungszentrums Karlsruhe und lange Jahre Aufsichtsratsmitglied, war Präsident des Deutschen Atomforums, das er selbst gegründet hatte. Winnacker war Haupt-Akteur in der deutschen Atomkommission (DAtK), deren wichtigen Fachausschuss „Kerntechnik" er leitete. Das erste Aufsichtsratspräsidium des Karlsruher Zentrums bestand aus den Herren Karl Winnacker, Atomminister Franz Josef Strauß und Hermann Veit.

25 Der Verfasser war mit Hermann Laupsien befreundet und in den 1980er Jahren Mitproduzent eines Interview-Films mit ihm. Der Film kann in der Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte angeschaut werden.

26 Hermann Laupsien porträtierte auch Karl Winnacker, siehe: -lp-, Männer rund um das Atom. Karl Winnacker, in: Die Atomwirtschaft, 6, 1958, S. 217.

27 Oetzel, Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., S. 70.

Winnacker war Stellvertretender Vorsitzender der DAtK. Sie verfügte über viel Geld. Teile der wissenschaftlich-technischen Kernenergie-Szene wandten sich daher von der Deutschen Forschungsgemeinschaft ab und dem größeren Geldspeicher zu. Vor diesem Hintergrund schrieb der DFG-Vizepräsident Walther Gerlach im November 1957 dem DFG-Präsidenten Hess, demnächst finde in Bonn eine Sitzung der Atomkommission statt: „Das sind die Herren, die früher bei der DFG waren."[28] Winnacker war zugleich der Machiavelli und magister ubique in der DAtK. In den Anfangsjahren war die DAtK einflussreicher als das Atomministerium selbst. Die führende Rolle der DAtK war der erklärte Wille des Ministeriums.

Das folgende Zitat aus einem Karlsruher Aktenvermerk von 1961 wirft ein Licht auf die Machtfülle Winnackers:

> „Herr Professor Winnacker hat mit Schreiben vom 9.2.1961 an die Aufsichtsratsmitglieder vorgeschlagen, Herrn Staatssekretär Dr. Cartellieri als Vertreter des Bundes zum Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Minister Dr. Leuze als Vertreter des Landes Baden-Württemberg und ihn selbst als Vertreter der Kernreaktor Finanzierungsgesellschaft zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Gesellschaft zu wählen. Die Wahl ist im Umlaufverfahren erfolgt."[29]

1956 wurde Gerhard Ritter von Karl Winnacker als Technischer Geschäftsführer in das Kernforschungszentrum Karlsruhe platziert. Winnacker vermittelte ihm später auch die Position eines Direktors im Euratom-Kernforschungszentrum in Ispra in Italien, heute noch existierend, gelegen auf der „falschen Seite" des Lago Maggiore. Ritter sowie auch dessen Nachfolger Schnurr erstatteten Winnacker regelmäßig Bericht über Karlsruher Interna. Solche Informationen benötigte dieser auch; denn er war – wir haben es gehört – über Jahre hinweg *der* deutsche Industriegewaltige, der sich am intensivsten für die Kernenergie einsetzte, der mächtigste Mann der bundesdeutschen Kernenergie-Society. Wie etwa Heinrich Nordhoff, der einstige Wehrwirtschaftsführer und spätere VW-Generaldirektor, zählte Winnacker zu den einflussreichsten deutschen Managern der 1950er Jahre.

Karl Winnacker, Chemiker, Dr.-Ing., war 1933 in den I. G. Farben-Konzern/Teilunternehmen Hoechst eingetreten, übernahm 1938 die Leitung der anorganischen Abteilung und war ab 1943 Leiter der gesamten Chemiesparte des Unternehmens.[30] Diese Position hatte er Carl Krauch zu verdanken, jenem Mann, der mit Ritter – wie oben formuliert – ein nationalsozialistisches Zwillingspaar gebildet hatte. Winnacker

28 Archiv des Deutschen Museums München, NL 080–018.
29 Aktenvermerk über die Aufsichtsratssitzung am 18.05.1961, GLAK, 69 KFK 159.
30 Zu den folgenden Einzelheiten siehe: Lindner, Hoechst, a. a. O.

war 1933 in die SA eingetreten und am 01.05.1937 in die „Partei". Im Krieg forderte er Zwangsarbeiter an.

Nach Kriegsende entließen die amerikanischen Besatzer die gesamte Führungsspitze des I. G. Farben-Werkes Hoechst. Winnacker musste sich einige Zeit als Gärtner verdingen, bis er 1947 wieder eingestellt wurde, zunächst als Chemiker. 1952 wurde er Vorstandsvorsitzender der eben wiedergegründeten Hoechst-AG; von 1954 bis 1970 war er Vorstandsmitglied der Dechema.

Winnacker war zupackend, hochbegabt, *Macher*. Skrupel kannte er kaum. Er beherrschte die geraden Wege und auch die krummen. Er setzte sich für die old boys der I. G. Farben ein, es spielte keine Rolle, ob und wie sehr belastet sie waren.[31]

Winnackers Adlatus war Wilhelm Alexander Menne, Kaufmann, geboren 1904, 1940 Abteilungsleiter im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, 1943 vom Regime geschasst, nach zehnmonatiger Gestapo-Haft untergetaucht. Nach dem Krieg war er unter anderem Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berater der Bundesregierung bei Atomfragen, von 1952 bis 1969 als Vorstandsmitglied von Hoechst enger Kollege Winnackers, später für die FDP im Bundestag.

Winnacker verfolgte mit seiner tatkräftigen Unterstützung belasteter „Ehemaliger" auch vergangenheitspolitische Absichten, die nicht oder nicht unmittelbar mit dem von ihm forcierten Atomlobbyismus zusammenhingen. Es war seine erklärte Absicht, die verantwortlichen Leiter der I. G. Farben aus der Kriegszeit, also namentlich die Vorstandsmitglieder, „von den diskriminierenden Anklagen des Kriegsverbrechertums, des Raubes und der Plünderung" zu reinigen. Er erklärte:

> „Wir fühlen uns mit den Herren des alten Aufsichtsrates und Vorstandes der I. G. Farbenindustrie AG sowie mit allen alten Freunden dieser Firma eng verbunden und sind glücklich darüber, eine große Zahl alter Freunde aus dieser Zeit bei uns heute begrüßen zu können."[32]

Um welche Männer ging es unter anderem?

Im Nürnberger I. G. Farben-Prozess waren 1948 insgesamt 23 Personen angeklagt worden. Das Urteil wurde am 30.7.1948 verkündet. Es gab zehn Freisprüche und

---

31 Das lässt sich an der Protektion Walter Dürrfelds zeigen. Dieser war bei der I. G. Farben in Leuna angestellt gewesen und leitete ab 1941 den Aufbau des I. G. Farben-Werkes in Auschwitz-Monowitz. Er war auch an Selektionen beteiligt, und er war als Kriegsverbrecher verurteilt worden. Nach seiner Entlassung erhielt Dürrfeld mehrere Aufsichtsratsposten. Wem Winnacker keine derartigen Posten vermitteln konnte, der bekam einen Beratervertrag, und war auch das nicht möglich – aus welchen Gründen auch immer –, so erhielt er eine monatliche „Beihilfe".

32 Zit. nach: Teltschik, Geschichte der deutschen Großchemie, a. a. O., S. 207.

dreizehn Verurteilungen. Das Urteilsspektrum reichte von anderthalb bis zu acht Jahren. Die Durchschnittsstrafe betrug fünf Jahre. Carl Krauch hatte sechs Jahre erhalten.

Von den dreizehn Verurteilten, mit zwei Ausnahmen sämtlich Vorstandsmitglieder der nach dem Krieg zwangsentflochtenen I. G. Farben, traten mindestens vier ihre Strafe nicht an, da ihnen die Untersuchungshaft angerechnet worden war. Ende Januar 1951 wurde der letzte I. G. Farben-Verurteilte entlassen.

Was wurde aus den in Nürnberg verurteilten Chemikern?

- Otto Ambros (acht Jahre Haft) war nach seiner Haftentlassung Aufsichtsratsmitglied unter anderem bei Feldmühle, Pintsch-Bamag und Telefunken, überdies Berater von Adenauer und Abs.
- Ernst Bürgin (zwei Jahre Haft) kehrte nach der Entlassung in die Schweiz zurück. (Nachkriegsbiografie nicht ermittelt.)
- Heinrich Bütefisch (sechs Jahre Haft) wurde Aufsichtsratsmitglied unter anderem der Ruhrchemie, der Gasolin und der Feldmühle. Er erhielt 1964 das Große Bundesverdienstkreuz, das ihm nach gut zwei Wochen aber wieder aberkannt wurde.
- Walther Dürrfeld (acht Jahre Haft) erhielt in der Bundesrepublik mehrere Aufsichtsratsmandate.
- Max Ilgner (drei Jahre Haft) gründete 1952 die Internationale Gesellschaft für christlichen Aufbau. 1956 übernahm er den Vorsitz einer schweizerisch-niederländischen Chemiefirmengruppe.
- Hans Kugler (anderthalb Jahre Haft) wurde Vorstandsmitglied der Cassella Farbwerke sowie des Riedel-de-Haën Chemiewerkes.
- Paul Häfliger (zwei Jahre Haft) – Nachkriegsbiografie nicht ermittelt.
- Friedrich Jähne (anderthalb Jahre Haft) wurde 1955 Aufsichtsratsvorsitzender der Farbwerke Hoechst. 1960: Großer Verdienstorden mit Stern der Bundesrepublik Deutschland.
- Carl Krauch (sechs Jahre Haft) wurde Aufsichtsratsmitglied der Chemischen Werke Hüls.
- Heinrich Oster (zwei Jahre Haft) wurde 1949 Aufsichtsratsmitglied der Gelsenberg AG.
- Hermann Schmitz (vier Jahre Haft) wurde Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und Aufsichtsrats-Ehrenvorsitzender der Rheinstahl-Werke.
- Georg von Schnitzler (fünf Jahre Haft) trat nicht mehr in die Industrie ein, weil er bei der Haftentlassung 1949 bereits 65 Jahre alt war. Er wurde Präsident der Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft.
- Fritz ter Meer (sieben Jahre Haft) war nach seiner Haftentlassung Aufsichtsratsvorsitzender der Bayer AG sowie einer Reihe anderer Unternehmen.

Ambros, von Schnitzler, ter Meer und Dürrfeld waren spätestens ab 1943 über das Massenmordgeschehen in den Konzentrationslagern im Osten recht genau informiert:

> "IG's Martin Müller-Cunradi informed Georg von Schnitzler that Ambros and other I. G. directors knew of the murders, and Ernst Struss later claimed to have told Ambros and ter Meer of them in 1943, after talking with Dürrfeld. Carl Lautenschläger heard of the killings from personnel at faraway Ludwigshafen, Auschwitz's parent plant."[33]

Es ist nicht unsere Aufgabe, in jedem der genannten Fälle den Einfluss Winnackers nachzuweisen, wenn es galt, die „große Zahl alter Freunde" aus der NS-Zeit wieder um sich zu versammeln. Aber im Fall Krauch wissen wir es, ebenso im Fall Walter Dürrfeld, und in den Fällen Schnurr, Ritter und Brandl, den späteren Karlsruher Geschäftsführern, wissen wir es auch.

Carl Bosch protegierte Krauch, Krauch protegierte Ritter und Winnacker, Winnacker protegierte Ritter und Krauch. Winnacker förderte sogar ausgesprochene Kriegsverbrecher wie Walter Dürrfeld. Derartige Strukturen scheinen das Gesellschaftsbild noch des naivsten Marxisten oder Restaurationstheoretikers der 1970er Jahre zu bestätigen.

Wir erkennen erstens, dass ein paar Personen einander hoben und schoben, und dass diese wechselseitigen Protektionen zuerst die Chemie-Industrie, dann I. G. Farben, anschließend den Vierjahresplan und endlich die Atomforschung und Entwicklung im Forschungszentrum Karlsruhe maßgeblich geprägt haben.

Wir erkennen zweitens, dass ein Greifeld sich bei weitem nicht einer vergleichbaren Protektion erfreuen konnte.

## 23.9 Winnacker setzt Ritter in Karlsruhe ein

Karl Winnacker saß in den Aufsichtsgremien des Kernforschungszentrums Karlsruhe, war Vorsitzender des Aufsichtsratspräsidiums. Ritter besprach sich ständig mit ihm, versorgte ihn mit internen Karlsruher Informationen, sandte ihm auch Kopien wichtiger Briefe, etwa solcher an Staatssekretär Cartellieri vom Atomministerium bzw. der Nachfolgehäuser.

33 Hayes, Industry and Ideology, a. a. O., S. 365.

Ebensowenig wie Brandl und Schnurr besaß Ritter im Karlsruher Kernforschungszentrum die Machtfülle eines Greifeld. Aber er nahm nach seiner Karlsruher Zeit den größten Aufstieg und wurde 1960 Direktor des Euratom-Forschungszentrums in Ispra/Italien, das er leiten sollte, aber für diesen Zweck erst einmal aufbauen musste. Dafür notwendige organisatorische Talente hatte er sowohl in der Weimarer Republik wie auch in der NS-Zeit eindrucksvoll bewiesen.

Gerhard Ritter galt als hervorragender Chemiker und zügiger Top-down-Organisator. Beides war ihm bei seiner Tätigkeit in der Bundesrepublik von Nutzen. Seine engen Beziehungen zur Chemie-Industrie vor dem Nationalsozialismus, im Nationalsozialismus und nach dem Nationalsozialismus kamen dem Kernforschungszentrums Karlsruhe selbstverständlich zugute. So fädelte er ein, dass die Bayer-Werke Leverkusen dem Zentrum 79 kg Uran-Oxyd kostenlos zur Verfügung stellten.[34] Menschen wie Ritter wurden gebraucht.

Aber bald erging es ihm in Karlsruhe wie einem stolzen Kavalleristen, der bei seiner Attacke auf feuchten Lehmboden gerät – um eine bekannte Formulierung auszuborgen. Ritter verließ das Kernforschungszentrum Karlsruhe bereits 1959, nicht im Unfrieden, aber doch unzufrieden. Die Dynamik der Kriegsforschung war die prägendste Berufserfahrung seines Lebens als Chemiker, als Wirtschafts- und Wissenschaftsorganisator sowie als Schnittstellenmanager vornehmlich im Giftgasbereich zwischen Industrie und Militär gewesen. Nun aber Verlangsamungseffekte durch Bürokratie, Juristerei und behördenähnliche „Verfahren". Dies alles war Ritter zuwider. Darin mochte sich die bekannte Grund-Aversion des Naturwissenschaftlers, Ingenieurs, Praktikers gegen den Juristen zeigen. Aber das mögen nur altbekannte Psychologismen sein. Wichtiger ist, dass Ritter als Top-down- und Schnittstellenmanager im „Dritten Reich" deshalb erfolgreich war, weil er „unbürokratisch" vorgehen konnte.

1960 schrieb Ritter in seinem Memorandum „Über einige Erfahrungen und Gedanken zur Arbeit der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH": „Der Schwung der Anfangszeit und die anerkennenswerte Initiative der Mitarbeiter beginnen, in einem Bürokratismus langsam zu ersticken." Ursprünglich war der Erfahrungsbericht für eine Aufsichtsratssitzung vorgesehen. Eine Durchschrift des Berichts ging an das Atomministerium, das Original ging an Karl Winnacker.

---

34 Ritter, Karlsruhe, an Cartellieri, Atomministerium, 01.12.1956: Bei Bayer-Leverkusen lagerten insgesamt 548 kg Uran in Form von Salz. Ferner in Leverkusen noch aus der Kriegszeit 94 kg Uran-Oxyd, die Eigentum des Deutschen Reiches gewesen waren. „Bayer möchte hiervon 15 kg für Uranhexafluoridversuche behalten und uns die 79 kg für unsere Zwecke kostenlos ab Leverkusen zur Verfügung stellen." (GLAK, 69 KFK 174).

## 23.10 Winnacker setzt Ritter in Ispra ein

Ritters Tage im Karlsruher Zentrum waren gezählt. Durch Winnackers Vermittlung wurde er Direktor am Europäischen Atomforschungszentrum Ispra.

In Ispra dieselben Kavalleristen-Erfahrungen! Hier sah sich Ritter als „Direttore Generale“ einer französisch dominierten Euratom-Bürokratie ausgeliefert: Schwerfällige und missgünstige Beamtenschaft, Referenteneigensinn, Vorschriften- und Überprüfungswahn, Misstrauenskultur, Verbindungen und Verbändelungen, siruptopfartige Langsamkeit, Mobbing.

Dies alles wurde eingerahmt von Ritters Dauerfehde mit Jules Guéron (1907–1990), Euratom-Direktor für Forschung und Ausbildung und Ritters faktischem Vorgesetzten. Guéron sei es, schrieb Ritter immer wieder, der Ispra mit dem aussichtslosen Projekt des organisch moderierten Orgel-Reaktor[35] abgespeist habe, einem „mageren Knochen“, an dem er in Ispra nagen sollte. Vom Orgel-Reaktor hielt Ritter gar nichts. Er wollte in Ispra lieber metallurgische Forschung im Anwendungsvorfeld der Kerntechnik betreiben lassen. Das war aber nicht durchsetzbar. Auch deshalb warf Ritter 1966 das Handtuch. Zuvor hatte er in Heinz Krekeler, von 1958 bis 1964 Mitglied der Euratom-Kommission, einen Verbündeten gegen Guéron gesucht. Wir erinnern uns: Krekeler, Sohn eines Bayer-Vorstands, war Ritters Chemiker-Kollege in frühen Oppauer Tagen gewesen.[36] Als politisch Unbelasteter, der „mit den Juden gut auskam“, wurde der Hinterbänkler im nordrhein-westfälischen Landtag 1953 aufgrund von Ämterpatronage[37] erster bundesdeutscher Botschafter in den USA, wo er zahlreiche Verbindungen zur Atomindustrie knüpfte. Daran schloss sich die Mitgliedschaft in der Euratom-Kommission an. Spätestens 1959 begegneten Krekeler und Ritter einander wieder. Klein ist die Welt. Aber Krekeler erwies sich Guéron gegenüber als nicht durchsetzungsstark genug.

So wurde Gerhard Ritter denn „Generalkommissar“ für die drei europäischen Gemeinschaften (EWG, Euratom, Montan-Union) auf der Expo 67 in Montreal, was wir uns wohl als eine Art Frühstücksdirektor vorzustellen haben.

---

35 »*Or*ganique *e*au *l*ourde«.

36 Siehe oben: 23.2, „Ammoniak und Salpeter“, S. 257 f.

37 Siehe: Conze, Frei, Hayes, Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 459.

# 24 Walther Schnurr (1904–1982)

## 24.1 Chemiker

Atomminister Balke war Chemiker, ebenso Krekeler, Winnacker und Ritter; Winnackers Adlatus Menne war Vorstandsmitglied unter anderem von Hoechst. Die frühe Kernreaktor-Szene der Bundesrepublik wurde von Chemikern maßgeblich bestimmt. Dr. rer. nat. Walther Schnurr war ebenfalls Chemiker, aber kein Fachmann für Kernforschung und Kerntechnik.[1] Von 1960 bis 1970 war Schnurr Technischer Geschäftsführer des Karlsruher Kernforschungszentrums.

---

1 *Archive:* KIT-Archiv, BDC, BA-ZST, GLAK, LA Duisburg, StAN-IMT. *Literatur:* Cartellieri, Wolfgang, Hocker, Alexander, Schnurr, Walther, Taschenbuch für Atomfragen, Bonn 1959 ff.; Goni, Uki, Odessa. Die wahre Geschichte der Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher, Berlin, Hamburg [2]2007; Gleitsmann, Im Widerstreit der Meinungen, a. a. O., Gleitsmann-Topp, Krimm, Generallandesarchiv Karlsruhe. Bestand 69 Kernforschungszentrum Karlsruhe/VA. Akten der Geschäftsführung der Gesellschaft für Kernforschung; Haafe, Günter, Joffe, Josef, Die Karlsruhe-Connection. Verhalfen die Deutschen den Argentiniern wirklich zur Atombombe?, in: Die Zeit, 18, 1982; Hanel, Tilmann, Die Bombe als Option. Motive für den Aufbau einer atomtechnischen Infrastruktur in der Bundesrepublik bis 1963, Essen 2014; Meding, Holger M. (Hg.), Nationalsozialismus und Argentinien. Beziehung, Einflüsse und Nachwirkungen. Frankfurt am Main, Berlin, Bern 1995; Meding, Holger M., Flucht vor Nürnberg? Deutsche und Österreichische Einwanderung in Argentinien 1945–1955, Köln, Weimar, Wien 1992 (Lateinamerikanische Forschungen, Bd. 19); Klüger, Ruth, weiter leben. Eine Jugend, Göttingen 1992; Löbner, Martina, „Geheime Reichssache" Christianstadt – Das Ende einer Kleinstadt zwischen Oder und Neiße sowie der Sprengstoff-Fabrik „Ulme", phil. diss. Hannover 2002, http://edok01.tib.uni-hannover.de/edoks/e01dh03/364145242.pdf (Zugriff 03.2014); Radkau, Joachim, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek 1983; Rathkolb, Oliver (Hg.): Revisiting the National Socialist Legacy. Coming to Terms with Forced Labor, Expropriation, Compensation, and Restitution. Innsbruck, Wien, München, Bozen 2002; Stahl, Daniel, Nazi-Jagd. Südamerikas Diktaturen und die Ahndung von NS-Verbrechen, Göttingen 2013 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts); Stanley, Ruth, Der Beitrag deutscher Luftfahrtingenieure zur argentinischen Luftfahrtforschung und -entwicklung nach 1945: Das Wirken der Gruppe Tank in Argentinien, in: Meding (Hg.), Nationalsozialismus und Argentinien, a. a. O., S. 161–183; Stanley, Ruth, German-speaking Armaments Engineers in Argentina and Brazil 1947–1967, in: Rathkolb (Hg.), Revisiting the National Socialist Legacy, a. a. O., S. 205–225; Stanley, Ruth, Rüstungsmodernisierung durch Wissenschaftsmigration? Deutsche Rüstungsfachleute in Argentinien und Brasilien, 1947–1963, Frankfurt am Main 1999 (Iberoamericana, Serie C, 3); Steinacher, Gerald, Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen, Ffm. 2010; Swinne, Edgar, Richard Gans. Hochschullehrer in Deutschland und Argentinien, Bln. 1992; Winnacker, Karl, Nie den Mut verlieren. Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie, Düsseld., Wien [2]1974.

Walther Schnurr wurde am 03.11.1904 als Sohn eines Gymnasialprofessors in Berlin-Steglitz geboren.[2] 1927 promovierte er mit der Arbeit „Über Acylwanderungen an Phenolen".[3] Er erhielt das Prädikat summa cum laude. Schnurrs Ziel war eine Hochschulprofessur im Grenzgebiet von Chemie und Biologie. Er hatte daher noch ein Pharmaziestudium absolviert, hinzu kam die Lebensmittelchemie. Als Berufsbezeichnung gab Schnurr 1946 an: „Chemiker und Apotheker".

Aufgrund der Brüningschen Sparpolitik scheiterten Schnurrs Hochschulpläne. An eine Habilitation war nicht zu denken. Er erhielt nicht einmal eine Assistentenstelle. Ein Kollege seines jüdischen Doktorvaters vermittelte ihm eine Stelle bei I. G. Farben, Werk Hoechst. Dort wollte Schnurr auf dem pharmazeutischen Gebiet arbeiten, wurde aber vom Generaldirektor der Dynamit Nobel AG auf das Gleis der Sprengstoffchemie geschoben. So wechselte er denn am 01.05.1936 zur Dynamit Nobel AG Troisdorf, die innerhalb einer komplizierten, hier nicht darzustellenden Verschachtelungsstruktur zur I. G. Farben gehörte und zudem noch mehrere Male umbenannt wurde. Wie auch Ritter besaß Schnurr die Doppelbegabung als Wissenschaftler und als Spezialist für die Umsetzung chemischer Forschungsergebnisse in großtechnische Verfahren. Im Rahmen des Vierjahresplan-Projekts ging Schnurr nach Berlin und konzipierte dort Anlagen zur Sprengstoffproduktion im Industriemaßstab. Nachdem er bis dahin eine Versuchsanlage in Ueckermünde geleitet hatte, übernahm er im Krieg zusätzlich die Leitung einer Fabrik in Döberitz, einer Versuchsanlage in Hohensaaten und schließlich des Werkes Christianstadt. Über die „Vermittlungsstelle W." stand Schnurr in Verbindung mit Ritter und Krauch.

Am 01.05.1937 trat Schnurr in die NSDAP ein. Er habe zwar, so Schnurr in seinem Entnazifizierungsverfahren, der NSDAP angehört, sich aber aufgrund seiner Arbeitsüberlastung durch die Vierjahresplan-Aufgaben um politische Dinge nicht kümmern können:

> „Es mutet mich der Gedanke geradezu grotesk an, dass ich mich auch nur eine Minute mit Angelegenheiten der Partei beschäftigt hätte (…)."[4]

In die Partei sei er überhaupt nur eingetreten, um Verfolgungen zu vermeiden. Verfolgungen habe er aufgrund eines Vorganges zu fürchten gehabt, der seiner Kuriosität wegen hier erwähnt werden soll. Schnurr war Zehnkämpfer und deutscher Meister im Speerwerfen gewesen, also ein kräftiger Mann. Wegen einer Verkehrsstreiterei

---

2 Das Folgende nach: Entnazifizierungsakte Dr. Walther Schnurr, LA Duisburg, NW 1049 – Nr. 67150.

3 Das Thema seiner Diss. bildet keinen Zusammenhang mit der späteren Sprengstoff-Forschung und -Entwicklung Schnurrs. Für diese Information danke ich Peer Kling, Leiter Fachinformation Chemie in der Zentralbibliothek des Forschungszentrums Jülich.

4 Entnazifizierungsakte Dr. Walther Schnurr, LA Duisburg, NW 1049 – Nr. 67150.

hatte er den Vertrauensmann des Gauleiters auf dem Parkplatz „vor dem Gebäude der I. G. Farbenindustrie in aller Öffentlichkeit k.o. geschlagen".

Wie der Firmenname „Dynamit Nobel AG" sagt, war Schnurr mit der Entwicklung von Sprengstoffen beschäftigt. Wir haben bereits gehört, dass auf diesem Sektor im Zuge des Vierjahresplanes besondere Anstrengungen zur Kriegsvorbereitung unternommen wurden. Schnurr stieg zu einem der wichtigsten Sprengstoff-Chemiker des Deutschen Reiches auf.

Oben wurde einige Daten zu *Ritters* Tätigkeit angegeben, unter anderem eine gemeinsame Dienstreise mit Vertretern des Heereswaffenamts in der Zeit vom 31.01. bis 03.02.1939. Schnurr war dabei. Im Kurzprotokoll heißt es über die Lage auf dem Gebiet der Sprengstoffe:

> „1.) Hexogen (SH-) I. G. Ludwigshafen (*Sachbearbeiter Dr. Schnurr DAG*[5] *Troisdorf*) Das SH-Verfahren ist soweit ausgearbeitet, dass an den Bau einer Großanlage herangegangen werden kann. Es wurde für zweckmäßig gehalten, der DAG sobald als möglich einen Auftrag zur Projektierung und zum Bau der ersten Großanlage nach dem Schnurr-Henning-Verfahren zu erteilen. Erste Ausbaustufe 500 moto[6] in 2 Aggregaten zu je 250 moto. Gesamtkapazität im Endausbau 1.000 moto. Hierzu Hoko-Salpetersäure-Erzeugung[7] und Füllanlage. Die Frage, ob Hexamin in der Sprengstoffanlage oder in der Nähe einer Methanol-Kapazität erzeugt werden soll, ist noch offen und wird geprüft."[8]

Von den fünf in diesem Gutachten betrachteten Karlsruher Geschäftsführern waren Ritter und Schnurr diejenigen, die bereits in der NS-Zeit zusammengearbeitet hatten.

Walther Schnurr war ein ebenso erfolgreicher Vierjahresplan-Karrierist wie Krauch und Ritter. 1942 wurde er zu einem der Dynamit Nobel-Firmendirektoren ernannt. Er war namentlich Spezialist für die Sprengstoffe Hexogen und Nitroguanidin, deren Produktion, Optimierung und Verfüllung in Geschosshülsen er im Industriemaßstab realisierte. Zu diesem Zweck wurde das Werk Christianstadt aufgebaut.

---

5 Dynamit AG.

6 Tonnen pro Monat.

7 Hoko-Salpetersäure = Hochkonzentrierte Salpetersäure.

8 Ritter, „Reisebericht der gemeinsam mit Vertretern des Heereswaffenamts durchgeführten Reise vom 31.1.–3.2.1939/Lage auf den Gebieten: Sprengstoffe, Toluol, Kampfstoffe und Zwischenprodukte", StAN-IMT, NI 8790 (Hervorhebung von mir/B.-A. R.).

## 24.2 Schnurr als Betriebsleiter im Sprengstoffwerk Christianstadt/Krzystkowice

Christianstadt liegt im Bobertal im Sorauer Kreis, umgeben von großen Wäldern, idyllisch. Heute gehört es zu Polen.[9]

1936 begannen im Christianstadter Forst die Vermessungsarbeiten für ein Munitionswerk. Angeblich waren dort bis zu 800 größere und kleinere Gebäude sowie Baracken für das Arbeitspersonal vorgesehen, zwei Stein- und neun Holzbaracken. Scheint die Zahl 800 auch zu hoch gegriffen, so hieß es doch, die zur „Geheimen Reichssache" erklärten Arbeiten dienten der „Errichtung eines Rüstungsbetriebes größten Ausmaßes". Und in der Tat gilt der sich über 40 ha erstreckende Industriekomplex Christianstadt als die größte deutsche Sprengstoff-Fabrik während des Krieges. Wie einst die Chemischen Werke in Oppau, wo Gerhard Ritters Karriere begonnen hatte, waren also auch die Christianstädter Anlagen nicht irgendeine Produktionsstätte gewesen, sondern für Deutschland kriegsentscheidend. Ohne die dort hergestellten und verfüllten Sprengstoffe hätte das Reich den Krieg kaum die fünfeinhalb Jahre durchhalten können.

Gegen den Bau des Industriekomplexes hatte der Landesforstmeister im Oktober 1938 Bedenken geäußert. Diese wies der Oberförster des „Dritten Reiches", nämlich Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Reichsforstmeister, im November 1938 mit den Worten zurück, die Planungen dienten dem „Interesse der Förderung der zur Aufrüstung zu treffenden Sofortmaßnahmen".

Wie bei anderen Unternehmen der Kriegschemie kontrollierte I. G. Farben – an der Spitze das Berliner Tandem Krauch und Ritter – auch die Errichtung des Werkes in Christianstadt.

Die Bauarbeiten begannen am 01.10.1940, die Sprengstoffproduktion wurde 1942 aufgenommen. Geplant waren 3.500 Arbeitsplätze als Höchstzahl. Kurz vor Kriegsende sollen 6.000 bis 10.000 Menschen in Christianstadt beschäftigt gewesen sein. Die Angaben schwanken. Die Arbeitskräfte setzten sich zusammen aus deutschem Leitungspersonal, deutschen Zivilarbeitern, aus Niederländern, Franzosen, „Fremd"- bzw. „Ostarbeitern", Kriegsgefangenen, darunter ab 1943 viele so genannte „Badoglios" aus Italien, ferner aus Strafgefangenen und KZ-Häftlingen. Es gab in Christianstadt ein „Judenlager Männer" und ein „Judenlager Frauen".

Der Leitende Direktor der gesamten Christianstädter Munitionsfabriken war von Mitte 1943 bis Februar 1945 Dr. Paul Müller von Dynamit Nobel. Er war seit 1941

9 Zum Folgenden v. a.: Löbner, Martina, „Geheime Reichssache" Christianstadt, a. a. O.

Vorstandsvorsitzender. Stellvertreter von Müller aber war Walther Schnurr. Da Müller sich praktisch die ganze Zeit in Troisdorf aufhielt, war Schnurr der faktische Leiter und wurde in Christianstadt auch als solcher angesehen.[10]

Als Werksleiter eines solch kriegswichtigen und zugleich brisanten Unternehmens musste Schnurr es in allen Einzelheiten kennen. In seiner Betriebsleiterfunktion blieb er bis Oktober 1944. Sein Nachfolger wurde der Ingenieur Dr. Ernst Thönert. Schnurr kehrte zurück in die Troisdorfer Dynamit-Nobel-Zentrale und nahm seine alte Tätigkeit wieder auf. Er arbeitete dort, unterbrochen durch kurze Kriegsgefangenschaft, zumindest bis 1948.

Die Leistung der Christianstädter Betriebe war beachtlich. In einer Zeugenvernehmung im Nürnberger I. G. Farben-Prozess führte Schnurr am 02.01.1948 aus, dass von 1942 bis 1945 in Christianstadt 40.546 to. Hexogen hergestellt wurden – in gerundeten Zahlen: 6.800 to. in 1942, 21.000 in 1943, 13.000 in 1944. Von den acht Hexogen-Herstellungsbetrieben des Reiches erreichte das Werk Christianstadt die höchste Produktion.

## 24.3 KZ-Außenlager in Christianstadt. Die „Ungarinnen“ aus Auschwitz

In den Christianstädter Sprengstoffwerken kam es zu mindestens acht größeren, an das Oppauer Unglück erinnernden Explosionen mit Hunderten von Toten. Eine nicht genau bekannte Zahl von Explosionen ereignete sich an den Füllstellen. Die Arbeiten dort galten als besonders gefährlich. Patronen für Artilleriegeschosse, Granaten und Bomben mussten mit hochexplosivem Material gefüllt werden. Hier wurden jüdische Konzentrationslagerhäftlinge eingesetzt.

In den Schmelz- und Gießhäusern der Füllstellen wurden die einzelnen Sprengstoffe abgewogen, gemischt, aufgeschmolzen und in die leeren Patronen gefüllt. Es war eine Art Fließbandarbeit in schwer erträglicher Hitze. Kästen mit Granaten liefen vorbei, die bereits mit heißem, flüssigem Sprengstoff gefüllt waren, der schnell fest wurde. Frauen saßen an langen Tischen, reinigten die Granatengewinde mit dem Schaber und entfernten mit Krepp den Feinstaub. Alles musste präzise und schnell ablaufen. Die Arbeiten führten zu Verbrennungen und Verätzungen. Die Sprengstoffe waren stark krebserregend – wie sich später herausstellte.

10 Schnurrs eigene Formulierung in seinem Entnazifizierungsverfahren: „nachdem (…) ich (…) schließlich das Werk Christianstadt *übernahm* (…)“ (Hervorhebung von mir/B.-A. R.).

Wenn es für die Jüdinnen von Christianstadt denn ein „Später“ gab. Die Arbeiterinnen waren KZ-Häftlinge, vornehmlich Ungarinnen, aber auch Tschechinnen. Es mögen in der zweiten Jahreshälfte 1944 etwa 1.000 Frauen gewesen sein, wogegen Schnur nur von 300 bis 500 sprach.

Der historische Zusammenhang ist der folgende: Die Wehrmacht war im Frühjahr 1944 nach Ungarn einmarschiert. Ab Juni 1944 wurden die ungarischen Juden zunächst in Ghettos zusammengefasst und anschließend nach Auschwitz deportiert, darunter auch Menschen, denen die Flucht aus dem Generalgouvernement, Distrikt Galizien, gelungen war. An der Bahnrampe von Auschwitz-Birkenau („Auschwitz II“) fanden die Selektionen statt, die über Zwangsarbeit oder sofortigen Tod entschieden.

In der Verfüllstelle bei der Endmontage scheinen ab Mitte 1944 nur ungarische Jüdinnen gearbeitet zu haben, aber nicht alle weiblichen Häftlinge arbeiteten in der Verfüllstelle, sondern wurden bei Bahn-, Rodungs- und Schachtarbeiten sowie dem Austrocknen von Sümpfen eingesetzt.

Eine 1911 geborene Überlebende in einer Zeugenvernehmung, Toronto, 01.11.1955:

> „In Auschwitz wurde ich von meinem ersten Mann (…) gleich getrennt und habe ihn nie mehr gesehen. (…) Zum zweiten Male wurde ich selektiert, als ich nach Christianstadt überstellt wurde. Christianstadt war ein großes Lager. Ich habe in der Sandgrube und später bei den Eisenbahngeleisen gearbeitet. Als man mich deportierte, war ich schwanger.[11] Ich wurde gezwungen, bis zum letzten Tag zu arbeiten. Als das Kind zur Welt gekommen war, man hat es töten müssen[12], weil ich habe es nie mehr gesehen.“[13]

Eine 1931 (!) geborene Überlebende sagte aus, sie habe bis 1942 mit ihrer Familie in Pabianice, Zentralpolen, gewohnt. 1942 wurden ihre Eltern in ein Vernichtungslager deportiert und dort ermordet. Sie und ihre beiden Schwestern kamen in das Ghetto Lodz, blieben dort bis Sommer 1944 und wurden dann ebenfalls nach Auschwitz deportiert.

Nach fünf, sechs Wochen wurde die damals Dreizehnjährige mit ihren beiden Schwestern nach Christianstadt transportiert. Zuerst Waldarbeit. „Später sind wir zur Arbeit in eine Munitionsfabrik geschickt worden. Dort haben wir in drei Schichten gearbeitet. Auch diese Arbeit war über unsere Kräfte, besonders bei der schlechten Verpflegung.“[14]

---

11 Sie hatte die Schwangerschaft verbergen können. Andernfalls wäre sie ermordet worden.
12 Dieser Halbsatz im Sinne von: „Man muss es getötet haben“.
13 BA-ZST, B 162–7951.
14 Ebd.

Die überlebende Rahel, geboren 1921, wurde ebenfalls vom Ghetto Lodz nach Auschwitz deportiert, wo ihre Eltern vergast wurden. Rahel kam nach Christianstadt. An der Spitze des Lagers habe ein SS-Unterscharführer gestanden, der äußerst brutal gewesen sei, immer zwei Schäferhunde bei sich hatte und die Frauen „Huren" und „verfluchte Huren" nannte.[15]

Das Lager Christianstadt war ein Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen. Von dort aus wurden etwa 25.000 Jüdinnen auf verschiedene Industrielager verteilt. Wohl 1.000 kamen nach Christianstadt. Vor allem die ungarischen Jüdinnen waren sehr jung, einige nur dreizehn Jahre alt, so dass von Häftlingskinderarbeit gesprochen werden muss. Mit dreizehn Jahren kam die bekannteste Christianstadt-Überlebende dorthin, die 1931 geborene, aus Wien stammende Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin Ruth Klüger. In ihren Erinnerungen „weiter leben. Eine Jugend" berichtet sie im Kapitel „Christianstadt (Groß Rosen)"[16], es sei an einem schönen Sommertag gewesen, als sie und andere weibliche Häftlinge graue Kittel erhielten, Sträflingsanzüge, und von Auschwitz weggebracht wurden. Die Arbeit in Christianstadt sei Männerarbeit gewesen, verrichtet von weiblichen Häftlingen: Wald roden, Stümpfe ausgraben. Die ungarischen Jüdinnen seien ebenfalls in Sträflingskleidung, aber zusätzlich geschoren nach Christianstadt transportiert worden.

Anfang 1945 wurde der Christianstädter Industriekomplex angesichts der herannahenden Roten Armee geräumt. Die Häftlinge mussten zu Fuß nach Bergen-Belsen marschieren, mehr als 500 Kilometer. Diese so genannten „Todesmärsche" können neben den Massenerschießungen durch die Einsatzgruppen und den Morden in den Gaskammern als dritte Art der systematischen Tötung von Juden angesehen werden. Es starben zahllose Menschen an Entkräftung; viele wurden erschossen, weil sie zurückblieben. Von den Christianstädter Häftlingen traf „nur ein Bruchteil" in Bergen-Belsen ein. Die oben zitierte in Toronto vernommene Zeugin überlebte den Todesmarsch. In Bergen-Belsen musste sie Leichen transportieren. Das Lager wurde am 15.04.1945 von den Briten befreit.

Walther Schnurr wurde 1971 als Zeuge über das Werk Christianstadt vernommen, dessen faktischer Leiter er gewesen war.[17] Er sprach immer nur von den „Ungarinnen", ohne zu erwähnen, dass es jüdische Konzentrationslagerhäftlinge gewesen waren. Der ehemalige Betriebsleiter Schnurr nannte ca. 300 bis 500 Ungarinnen. Die Verwendung anderer Zwangsarbeiter sei ihm nicht bekannt geworden. An Tötungen im Lager oder im Werk erinnerte er sich nicht – wäre es dazu gekommen, so hätte er es laut eigener Aussage aufgrund seiner Position erfahren müssen. Die Behandlung

15 Ebd.
16 Klüger, weiter leben, a. a. O., S. 139–168.
17 Vernehmungsniederschrift, 11.01.1971, BA-ZST, B 162–7951.

der „Ungarinnen“ sei nicht seine Aufgabe gewesen. Im Werk seien sie im Interesse der Arbeitskräfteerhaltung so human wie möglich behandelt worden. Er – Schnurr – habe eigens für einen LKW-Transfer der Frauen zur Arbeitsstätte gesorgt, um den beschwerlichen Weg in der extremen Kälte des Winters 1944/45 zu erleichtern. Auch habe er die Lebensmittelrationen erhöht. Das Lager habe er nie betreten, und der zuständige Leiter des Lagers sei ihm unbekannt gewesen.

Es ist schwer vorstellbar, dass Schnurr den Lagerleiter nicht gekannt hat, er hieß Alfred Gänsel. Es ist ebenso schwer vorstellbar, dass Schnurr die erwachsenen Frauen in Häftlingskleidern und jedenfalls beim Antransport mit geschorenen Köpfen ebenso wenig aufgefallen sind wie die Kinder. Wenn Schnurr für LKW-Transporte für die Frauen sowie für erhöhte Lebensmittelrationen eintrat, dürfte ihm die Härte der Lebensbedingungen in dem Lager nicht unbekannt gewesen sein. Ferner war sein Schwager Dr. Heinz Ratz Leiter der Verfüllstelle; der zweite Verantwortliche war der Dipl.-Ing. Manger. Es widerspricht der Lebenserfahrung, dass ein Betriebsleiter – erstens – nicht mit seinem in demselben Werk in der Verfüllstelle tätigen Schwager sprach, wenn sich dort Explosionen ereigneten, und dabei – zweitens – kein Wort darüber verloren wurde, *wer* denn die Opfer waren.

Der formelle Betriebsleiter von Christianstadt, Dr. Müller, starb 1946. Dr. Thönert, Schnurrs Nachfolger, ging nach dem Krieg nach Spanien und arbeitete „bei der Regierung“. Schnurrs Schwager Ratz war wieder bei Dynamit Nobel in Troisdorf tätig, und zwar im Range eines Direktors. Der Kaufmännische Direktor des Christianstädter Werkes bis 1943, Diplom-Ingenieur Manger, war nach dem Krieg gleichfalls wieder in Troisdorf tätig.

Der Kaufmännische Direktor ab 1943, Graul, hatte die Arbeitskräfte beschafft, die „Ungarinnen“, und mit der Lagerleitung, der SS, entsprechend verhandelt. Graul arbeitete nach dem Krieg in Geesthacht, Werk Krümmel, einem einstigen Sprengstoffwerk, ebenfalls der Dynamit Nobel zugehörig. Der Lagerleiter Gänsel soll nach verschiedenen Zeugenaussagen den Todesmarsch der Häftlinge nach Bergen-Belsen befehligt haben. Er arbeitete nach dem Krieg zunächst beim Otto-Versand, danach in einer führenden Position beim Schwab-Versand.

Otto Standke dagegen, Angehöriger des Christianstädter Werkschutzes, erklärte im März 1970, er habe für seine dortige Tätigkeit schwer büßen müssen – neun Jahre Inhaftierung „bei den Russen“ und in der DDR. Es traf den Werkschutz und nicht das verantwortliche Management.

Im März 1970 begab sich ein Kriminalbeamter zur Konzernzentrale der Dynamit Nobel in Troisdorf, um Unterlagen über Christianstadt zu sichten. Der zuständige Mitarbeiter, Herr Krigeskotte, erklärte, es seien keine personenbezogenen Unterlagen

mehr da. Man hätte nach dem Krieg insbesondere pensionsrelevante Kenntnisse mühsam zusammenklauben müssen, und diese seien in einer Kladde enthalten, die Krigeskotte dem Polizeibeamten zeigte, die er aber nicht aus der Hand gab. Er las daraus nur ein paar Namen vor.

Kurze Zeit darauf sprach der Kriminalbeamte mit einem Dynamit-Mitarbeiter, der von 1942 bis zur Auflösung als Meister in Christianstadt gearbeitet hatte. Der Mann erklärte, er sei 1956 in einer Lastenausgleichsangelegenheit in der Troisdorfer Zentrale gewesen.

Er sagte:

> „Ich weiß, dass dort im Keller Akten über die Werke in Christianstadt gelagert waren, denn ich erhielt daraus meine Beschäftigungsbestätigung."

## 24.4 Schnurr geht nach Argentinien

Als Walther Schnurr im Januar 1948 im Nürnberger I. G. Farben-Prozess als Zeuge über die Produktionskapazitäten der Christianstädter Werke vernommen wurde, lebte er noch in Troisdorf, Kaiserstraße, und arbeitete bei Dynamit Nobel.

Dann ging es für einige Jahre nach Argentinien. 1948 reiste er aus. 1956 kehrte er zurück. Seine Kontakte behielt er aber bei und reiste nach 1956 immer wieder nach Argentinien und Brasilien. So wurde er im Bundesatomministerium einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste für Auslandskontakte zuständige Beamte. Wohl auch deshalb wurde er von Franz Josef Strauß protegiert, dem ersten Atomminister.

Der „Spiegel" zitierte Schnurr 1969 mit den Worten, Argentinien sei das Land gewesen, „in dem man damals politisch keine Schwierigkeiten hatte".[18] Wie viele Täter und Halbtäter fürchtete Schnurr mehr, als ihm dann tatsächlich drohte.

Er ging also in das Land des Diktators Juan Domingo Perón (1895–1974), argentinischer Generalstäbler, Putschist, Semifaschist, Minister, 1946 bis 1955 Präsident und dann wieder ab 1974. Perón war in der argentinischen Kriegsakademie von deutschen Militärs ausgebildet worden. Zudem war er in den 1930er Jahren Militärattaché in Berlin gewesen. Perón bewunderte Mussolini und Hitler.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Deutschen, soweit sie den vaterländischen Standpunkt einnahmen, darüber erfreut, dass Argentinien aus dem Völkerbund

18 Der Spiegel, Murren und Mauscheln, a. a. O.

austrat, weil Deutschland nicht eintreten durfte. Als Hitler 1933 an die Macht kam, waren die Argentinien-Deutschen wohl nicht im Handumdrehen nazifiziert, aber es hatte bereits vor 1933 eine „Landesgruppe Argentinien der NSDAP" gegeben. Nazifiziert war dagegen die argentinische Botschaft in Berlin – „ein Nest von Nazi-Sympathisanten". Es musste die Nationalsozialisten freuen, dass Argentinien keine geflüchteten Juden ins Land ließ. Dieses Einreiseverbot galt auch noch für die Nachkriegsjahre.

Perón nahm die Einwanderung auch ausgesprochener Kriegsverbrecher bewusst in Kauf, war er doch der Auffassung, das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal sei entehrend und entwürdigend. Einen vergleichbaren Standpunkt hatte auch Karl Winnacker eingenommen. Folglich lag Walther Schnurr mit seiner Auffassung, dass ein Mann wie er in Argentinien „politisch keine Schwierigkeiten" bekommen würde, vollkommen richtig. In den ersten Nachkriegsjahren konnte niemand ahnen, dies sei immer wieder betont, wie glimpflich die Entnazifizierung ablaufen und wie in der Zukunft mit „Ehemaligen" umgegangen würde. Warum verurteilte das Nürnberger Tribunal einen Carl Krauch wegen Einsatzes von Zwangsarbeitern, aber nicht einen Gerhard Ritter oder Walther Schnurr, die doch beide ebenfalls über Zwangsarbeiter disponiert hatten?

Ungefähr 300 bis 800 höhere NS-Funktionäre wanderten ab 1945 in Argentinien ein, darunter 50 schwer belastete Kriegsverbrecher und Massenmörder, Adolf Eichmann war der prominenteste Fall. Unter den 250 bis 300 Fachleuten, die für den Aufbau des argentinischen Militärs gewonnen werden konnten, gab es einen überproportionalen Anteil ehemaliger SS-Offiziere.

Es gibt noch immer wilde Spekulationen über die Zahl der deutschen Argentinien-Einwanderer nach 1945. Von bis zu 66.000 Menschen ist die Rede, aber seriöse Schätzungen für die Zeit von 1947 bis 1955 kommen auf rund 14.000 Einwanderer aus Deutschland und Österreich.

Die Regierung Perón benötigte deutsche Fachleute, die sogar gezielt angeworben wurden. Wir haben es also auch mit einem Wernher-von-Braun-Effekt zu tun. Selbst ein Heisenberg schien vorübergehend bereit, nach Argentinien zu gehen – was die Alliierten aber ohne jeden Zweifel untersagt hätten. Männer wie Heisenberg oder der namhafte Physiker Walther Gerlach durften in Deutschland nicht einmal die jeweilige Besatzungszone verlassen, weil befürchtet wurde, die anderen Besatzungsmächte könnten die Fachleute abjagen.

Was die argentinischen Wünsche nach deutschen Fachleuten betrifft, so war der Markt der Spitzenkräfte bald weitgehend leergefegt. Amerikaner, Briten und Sowjets hatten die Top-Leute bereits untereinander aufgeteilt. Bekannt ist die aphoristische Bemerkung von Bob Hope nach dem erfolgreichen Sputnik-Experiment der Sowjets: „Ihre Deutschen sind eben besser als unsere Deutschen."

Kurt Tank zum Beispiel war als ehemaliger technische Leiter und Chefkonstrukteur der Focke-Wulf-Flugzeugwerke ohne Zweifel eine Spitzenkraft. Indes kam er 1947 nur deshalb nach Argentinien, weil seine Verhandlungen mit England und der Sowjetunion gescheitert waren. Dort gab es bereits genügend deutsche Spitzenkräfte auf dem Flugzeug-Sektor. Eine ganze Reihe von Spitzenkräften, die vorübergehend im Ausland gewesen waren, arbeitete später in den Kernforschungszentren, so in Karlsruhe Ludolf Ritz, bis er zum Häfele-Opfer wurde.[19] Ritz war in England gewesen, der später in Jülich arbeitende Gernot Zippe, Spezialist für Uran-Anreicherungszentrifugen, in der Sowjetunion.

Vor allem für drei Bereiche wurden in Argentinien deutsche Fachleute benötigt: Ausbildung, Militärberatung, Militär- bzw. Rüstungsindustrie. Die Rüstungsanstrengungen waren vor allem gegen den Erzfeind Brasilien gerichtet. Ein (unvollständiges) Verzeichnis von nach 1945 in das Land gekommenen deutschen Wissenschaftlern und Ingenieuren verzeichnet 113 Personen, darunter 74 aus dem Bereich Flugzeugbau, fünfzehn Raketenbauer, fünf Kernphysiker, vier Chemiker.[20] Walther Schnurr ist in dem Verzeichnis nicht aufgeführt.[21]

Die Militärfliegerei hatte es Perón besonders angetan. Geschätzt 70 ehemalige Fliegeroffiziere waren in Argentinien tätig, darunter die weltberühmten Kampfflieger Generalleutnant Adolf Galland und Oberst Hans Ulrich Rudel. Letzterer schuf in Argentinien ein Netzwerk ehemaliger Nationalsozialisten, darin auch der ehemalige Gestapo-Chef von Wien, der als Leiter einer Einsatzgruppe für die Ermordung Tausender von Juden verantwortlich war.

Das Spezialistenteam um Kurt Tank, bestehend aus einem halben Hundert Ingenieuren, konstruierte innerhalb von nur drei Jahren den ersten südamerikanischen Düsenjäger. Zu seinem Team hatten nicht nur ehemalige Focke-Wulf-Mitarbeiter gehört, sondern auch Ingenieure von Dornier, Messerschmitt und Daimler-Benz. Die Flugzeugbauer waren erfolgreich, dagegen endete ein von dem österreichischen Physiker Ronald Richter geleitetes Kernreaktor-Projekt in einem Fiasko.

Perón stellte es später als einen großen Erfolg dar, deutsche Fachkräfte nach Argentinien geholt zu haben: Das Land habe nur die Flugzeug- bzw. Schiffspassage bezahlt und dafür Fachkräfte bekommen, deren Ausbildung in Deutschland Millionen gekostet hätte: „Nachdem der Krieg beendet war, halfen uns diese nützlichen Deutschen, neue Fabriken zu bauen und die alten zu verbessern. Und somit halfen sie sich auch selber."

---

19 Siehe oben: 13.1, „Geschäftsführer und Boss", S. 167 ff.

20 Siehe: Stanley, Rüstungsmodernisierung durch Wissenschaftsmigration?, a. a. O.

21 Auch verschiedene Nachfragen bei einschlägigen Fachhistorikern führten zu negativen Ergebnissen.

Die Arbeit der Deutschen in Argentinien beschränkte sich nicht auf Flugzeugbau, sondern betraf auch Bereiche wie Chemie, Bergbau und Stahlproduktion. Nicht nur solche Industriewerke standen weitgehend unter militärischer Kontrolle, sondern etwa auch Nylon- und Kosmetik-Fabriken. Hier ist ein argentinischer Modernisierungspfad zu erkennen. Das Militär sollte die Produktion organisieren und das Land voranbringen. Strukturaliter erkennen wir Parallelen zu Ritters „Vermittlungsstelle W" oder zum Krauch'schen Schnittstellen-Management.

Aber es ging Perón auch um die Kernforschung. Der bedeutendste deutsche Kernforscher in Argentinien war der Radiochemiker Walter Seelmann-Eggebert (1915–1988), einst Assistent von Otto Hahn. Auf Otto Hahns Einladung kam Seelmann-Eggebert 1955 nach Deutschland zurück. Er erhielt zunächst eine Professur in Mainz und baute ab 1958 in Karlsruhe die Radiochemie auf.

Über Walther Schnurrs konkrete Tätigkeit heißt es in verschiedenen Publikationen, er habe in Argentinien „in der Industrie" gearbeitet, sei „nach dem Krieg mehrere Jahre lang wirtschaftlicher Berater südamerikanischer Regierungen" gewesen, sei „Berater Peróns" oder einfach nur „Berater" gewesen. Nach allem, was ermittelt werden konnte, hat er in engem Kontakt zu Perón gestanden.

Wissenschaftliche Institute an Universitäten waren Schnurrs Sache nicht oder nicht mehr, seit seine Universitätskarriere gescheitert war. Seine Sache war das Management von Industriebetrieben wie einst in Christianstadt. Hier tut sich eine Trasse auf, denn im August 1942 war in San Francisco, Provinz Cordoba, eine große Munitionsfabrik gegründet worden und im Mai 1943 eine Artilleriemunitionsfabrik in Rio Tercereo, ebenfalls Provinz Cordoba. 1951 entstand aus zwei Betrieben zur Herstellung von Artilleriegranaten ein neues, größeres Werk, die Fabrica Militar San Lorenzo. Dort wurden Sprengstoffe wie Nitrozellulose, Nitroglycerin und Trinitrotoluol (TNT) hergestellt.

Dies war Schnurrs Feld, und er wurde in Argentinien Teilhaber einer kleinen Sprengstoff-Fabrik.

Aber er wurde auch zu einem informellen Atomdiplomaten, der ab 1955 Verbindungen zwischen Argentinien, später auch Brasilien und Chile, mit der bundesdeutschen Kernenergieszene in Forschung und Industrie herstellte.[22] Wir können davon ausgehen, dass Schnurr am Zustandekommen eines brasilianischen Auftrags zum Bau

22 Im Folgenden nur Andeutungen, da eine eingehende historische Studie über Walther Schnurr den Umfang dieser Arbeit sprengen und intensive Recherchen notwendig machen würde. Zu Einzelheiten siehe: Oetzel, Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., Radkau, Aufstieg und Krise, a. a. O., Gleitsmann, Im Widerstreit der Meinungen, a. a. O., Gleitsmann-Topp, Krimm, R.-J., Krimm, K. et al. (Hg.), Generallandesarchiv Karlsruhe. Bestand 69 Kernforschungszentrum Karlsruhe/VA. Akten der Geschäftsführung der Gesellschaft für Kernforschung/Versuchsanlagen, a. a. O.

dreier Gaszentrifugen an die Göttinger Sartoriuswerke im Jahr 1953 beteiligt war. Es handelte sich um Zentrifugen zur Anreicherung von Uran nach der Konstruktion von Beyerle. Mit Unterstützung von Karl Winnacker wurde Schnurr 1956 vom ersten bundesdeutschen Atomminister, Franz Josef Strauß, in die Bundesrepublik zurückgeholt und wurde Beamter im Bundesministerium für Atomfragen. Schnurr hatte auch ein gutes Verhältnis zu Strauß' Nachfolger Siegfried Balke. Seine Geschäftsverbindungen nach Südamerika behielt Schnurr bei. Hier handelte es sich um Beziehungen, die für die Bundesrepublik zunehmend wichtiger wurden. Als Nachfolger von Gerhard Ritter, der als Technischer Geschäftsführer zum Kernforschungszentrum übergewechselt war, übernahm Schnurr dessen Funktion als Referatsleiter im Atomministerium. Noch bevor er hauptamtlich nach Karlsruhe kam, gehörte Schnurr dem Aufsichtsrat des Kernforschungszentrums an. 1958 firmierte Schnurr im Atomministerium als „Leiter der Abteilung II (Forschung, Technik, Strahlenschutz)". Ab 1959 war er Mitherausgeber des „Taschenbuchs für Atomfragen".

Am 20.04.1960 stellte Schnurr in der Deutschen Atomkommission das Projekt des Mehrzweckforschungsreaktors Karlsruhe vor. MZFR-Geschäftsführer wurde Dr. jur. Josef Brandl, mit dem wir uns unten ausführlich beschäftigen werden.[23]

## 24.5 Winnacker setzt Schnurr in Karlsruhe ein

Ein Brief Karl Winnackers an Gerhard Stoltenberg, Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, beleuchtet Scnurrs Wechsel nach Karlsruhe:

> „Herr Schnurr ist im Dezember 1956 auf Anregung von Herrn Strauß, dem damaligen Atomminister, durch unsere Vermittlung aus dem Ausland zurückgekommen und war einige Jahre der Leiter der wissenschaftlichen Seite Ihres Ministeriums[24] (…). Als Herr Dr. Ritter Karlsruhe verließ, wurde Herr Dr. Schnurr vom Ministerium im Einvernehmen mit der damals noch am Kernforschungszentrum beteiligten Industrie an dessen Stelle nach Karlsruhe versetzt."[25]

Wie der Chemiker, Biologe, Pharmazeut, Lebensmittelchemiker und Sprengstoffexperte Schnurr in die Position eines wissenschaftlichen Experten im Bundesatomministerium geriet, ist unklar.

23 Siehe unten: 25, „Dr. jur. Josef Brandl (geb. 1901)", S. 289 ff.
24 Das BMFT war das Nachfolgehaus des Atomministeriums.
25 Winnacker an Stoltenberg, 19.07.1966, HStS, EA 6–151 Bü 1, Personalakten Greifeld, 3.

Er selbst erklärte, es seien seine Fähigkeiten als Manager gewesen, die ihn prädestiniert hätten.[26] Eins zu eins möchte man diese Einschätzung freilich nicht übernehmen. Der bereits genannte Otto-Hahn-Schüler und Radiochemiker Walter Seelmann-Eggebert, der von 1949 bis 1955 in Argentinien forschte und lehrte, wird in der „Zeit" mit den Worten zitiert: „Meines Wissens war ich damals in Argentinien der einzige Deutsche mit Atomkenntnissen".[27]

Wie hoch Schnurr gehandelt wurde, geht aus einer Kabinettvorlage des Atomministeriums vom 28.02.1958 hervor. Schnurr wurde auf einer Liste als einer der deutschen Kandidaten für den Euratom-Ausschuss für Wissenschaft und Technik präsentiert. Ein zunächst favorisierter deutscher Degussa-Metallurge, später Jülicher Wissenschaftlich-Technischer Geschäftsführer, wurde zurückgezogen, nachdem niederländische Wissenschaftler auf dessen SS-Zugehörigkeit und Aktivitäten in den besetzten Niederlanden hingewiesen hatten. Von Schnurrs Aktivitäten im „Dritten Reich" besaß man offenbar keinen Schimmer, oder man ignorierte sie einfach.

Schnurr war zugleich Berater des Winnacker'schen Deutschen Atomforums. Eine solche Beratertätigkeit war prinzipiell ehrenamtlich, aber Schnurr erhielt auf Winnackers Weisung ein Salär. Dadurch sollte die Einkommensminderung ausgeglichen werden, die er durch seinen Wechsel von der Industrie in das Atomministerium und von dort in das Karlsruher Zentrum erlitten hatte.

Mit dem Argument, Schnurr komme aus der Industrie, erwirkte Winnacker noch eine weitere finanzielle Vergünstigung. 1967 erhielt Schnurr 70.000 DM jährlich, Greifeld 56.000 DM. Vergleichszahl: Ein neuer VW-Käfer kostete zu dieser Zeit rd. 4.500 DM.

---

26 Haafe, Joffe, Die Karlsruhe-Connection, a. a. O.

27 Richard Gans in einem Schreiben an Heisenberg vom 13.03.1953 über die Ausstattung des Instituts für Atomenergie in Buenos Aires: „(…) ein Cyclotron der Firma Philips, einen Kaskadenbeschleuniger, ein Elektronenmikroskop, den großen Hilgerschen Spektrographen, Mikrophotometer registrierend, und viele andere wertvolle Apparate. An ihnen arbeitet u. a. Seelmann-Eggebert auf dem Gebiet der Radioaktiv-Chemie" (zit. nach: Swinne, Richard Gans. Hochschullehrer in Deutschland und Argentinien, a. a. O., S. 206, Anm. 34).

# 25 Dr. jur. Josef Brandl (geb. 1901)

## 25.1 Anwalt, Nationalsozialist, Austrofaschist

Dr. jur. Josef Brandl[1] war von 1961 bis 1968 im Karlsruher Kernforschungszentrum Kaufmännischer Geschäftsführer („Sondergeschäftsführer") für das Projekt „Mehrzweckforschungsreaktor" (MZFR).

---

1 *Archive:* BAK, BA-ZST, BDC, GLAK, Landes- und Stadtarchiv Wien. *Literatur:* Abelshauser, Werner, Schwengler, Walter, Wirtschaft und Rüstung. Souveränität und Sicherheit, Mnchn. 1997 (Anfänge deutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 4); Adorno, Theodor W., Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Ffm. 1973; August, Jochen (Hg.), „Sonderaktion Krakau". Die Verhaftung der Krakauer Wissenschaftler am 6. November 1939, Hamburg 1997; Baedeker, Karl, Das Generalgouvernement. Reisehandbuch mit 5 Karten und 6 Stadtplänen, Lpz. 1943; Binnenkade, Alexandra, Emeliantseva, Ekaterina, Pacholkiv, Svjatoslav, Vertraut und fremd zugleich. Jüdisch-christliche Nachbarschaften in Warschau – Lengnau – Lemberg, Köln 2009; Böttcher, Karl Wilhelm, Menschen unter falschem Namen, in: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik, 6 (1949), S. 492–511; Brandl, Josef, Blechschmidt, Manfred (Hg.), Bestimmungen über die Beförderung radioaktiver Stoffe, Baden-Baden 1971–1998; Browning, Christopher R., Jewish Workers in Poland. Self-Maintenance, Exploitation, Destruction, in: Ders. (Hg.), Nazi Policy, Jewish Workers, German Killers, Cambridge 2000, S. 58–88; Bühler, Josef (Hg.), Das Generalgouvernement, seine Verwaltung und Wirtschaft. Sammlung von Vorträgen der ersten wissenschaftlichen Vortragsreihe der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements. Herausgegeben von Staatssekretär Dr. Josef Bühler, Krakau 1943; Friedrich, Klaus-Peter (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 4: Polen. September 1939–Juli 1941, Mnchn. 2011 (Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Herausgegeben im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg v. Susanne Heim, Ulrich Herbert etc.); Friedman, Tôviyyah (Hg.), Bericht des SS- und Polizeiführers über die Vernichtung der Juden Galiziens. Tagebuch des SS-Hauptscharf. F. Landau über seine Tätigkeit in Drohobycz, 1941–1944, Haifa 1959; Friedman, Tôviyyah (Hg.), Die zwei Wiener illegalen Nazis Dr. Otto Wächter als Gouverneur in Krakau und Lemberg und Rudolf Pavlu als Stadthauptmann in Krakau waren beteiligt an der Ermordung der Juden in Krakau und Lemberg, Haifa 2002 (Inst. of Documentation in Israel for the Investigation of Nazi War Crimes); Gerteis, Adolf, Organisation und Aufgaben der Ostbahn in Gegenwart und Zukunft, in: Bühler, Josef (Hg.), Das Generalgouvernement, seine Verwaltung und Wirtschaft. Sammlung von Vorträgen der ersten wissenschaftlichen Vortragsreihe der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements. Herausgegeben von Staatssekretär Dr. Josef Bühler, Krakau 1943, S. 285–290; Götz, Albrecht, Bilanz der Verfolgung von NS-Straftaten, Köln 1986 (Bundesanzeiger); Golczewski, Frank, Reichskommissariat Ukraine und Ostukraine. Ghettoarbeit während des Massenmords, in: Hensel, Jürgen, Lehnstaedt, Stephan (Hg.), Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 29), S. 273–296; Held, Thomas, Vom Pogrom zu Massenmord. Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Lembergs im Zweiten Weltkrieg, in: Fäßler, Peter, Held, Thomas, Sawitzki, Dirk (Hg.), Lemberg-Lwow-Lviv.

Von allen späteren Karlsruher Geschäftsführern arbeitete Brandl in der größten Nähe zu den NS-Gewaltverbrechen und hatte daher eine Strafverfolgung am meisten zu fürchten. In Polen hätte man ihm wegen Ausplünderung des Landes und womöglich auch indirekter Beteiligung an Deportationen und Massenmord den Prozess gemacht. Wir werden unten sehen, warum. Brandl darf – bis zum Beweis des Gegenteils – organisatorisch am Holocaust mitbeteiligt gelten, mittelbar und verwaltungsmäßig. Über das Holocaust-Geschehen muss er vollkommen im Bilde gewesen sein.

---

Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen, Köln, Weimar, Wien 1993, S. 113–166; Hensel, Jürgen, Lehnstaedt, Stephan (Hg.), Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 29); Hielscher, Friedrich, Fünfzig Jahre unter Deutschen, Hamburg 1954; Klee, Ernst, Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, Ffm. 1986; Klee, Ernst, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Ffm. 2003; Kobes, Karl, Technische Hochschule Wien. Bericht über das erste Studienjahr 1919/20. Erstattet am 23. Oktober 1920, Wien 1920; Krüger, Dieter, Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung, Freiburg 1993; Kuczynski, Thomas, Dem Regime dienen – nicht Geld verdienen. Zur Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an Deportationen und Zwangsarbeit während der NS-Diktatur. Einige Überlegungen aus ökonomischer Sicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 57 (2009), S. 510–528; Kundt, Ernst, Die Verwaltung eine Distrikts, in: Bühler, Josef (Hg.), Das Generalgouvernement, seine Verwaltung und Wirtschaft. Sammlung von Vorträgen der ersten wissenschaftlichen Vortragsreihe der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements. Herausgegeben von Staatssekretär Dr. Josef Bühler, Krakau 1943, S. 89–102; Lehnstedt, Stephan, Generalgouvernement. Ideologie und Ökonomie der Judenpolitik, in: Hensel, Jürgen, Lehnstaedt, Stephan (Hg.), Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 29), S. 159–180; Lehnstaedt, Stephan, „Ostnieten" oder Vernichtungsexperten? Die Auswahl deutscher Staatsdiener für den Einsatz im Generalgouvernement Polen 1939–1944, in ZfG 55/2007, S. 701–721; Massute, Erwin, „Gerteis, Adolf" in: Neue Deutsche Biographie 6 (1964), S. 330 f. (Online-Version), URL: https://www.deutsche-biographie.de/gnd124326854.html#ndbcontent (Zugriff 08.2015); Mittermaier, Bernhard, Rusinek, Bernd-A., Leo Brandt (1908–1971) Ingenieur – Wissenschaftsförderer – Visionär. Zum 100. Geburtstag des nordrhein-westfälischen Forschungspolitikers und Gründers des Forschungszentrum Jülich, Jülich 2008; Musial, Bogdan, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement, Wiesbaden 1999; Musial, Bogdan, NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, in: VfZ 47 (1999), S. 25–58; Peters, Jan-Henrik, Zwischen Lohnarbeit und Deportation. Juden bei der Ostbahn im Generalgouvernement 1939–1943, in: ZfG, 58/2010, S. 795–815; Plassmann, Max, „Auftretende Härten gehen ausschließlich zu Lasten der SS". Die Reichsumsiedlungsgesellschaft im besetzten Polen, in: VfZ 64 (2016) H. 2, S. 255–290; Pohl, Dieter, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, Ffm. 2011; Pohl, Dieter, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München [2]1997; Präg, Werner, Jacobmeyer, Wolfgang (Hg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975; Rogalewska, Ewa, Bezirk Byalistok. Zwischen Arbeit und Flucht in einem vergessenen Teil des Deutschen Reichs, in: Hensel, Jürgen, Lehnstaedt, Stephan (Hg.), Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 29), S. 181–194; Rosenkötter, Bernhard, Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost" und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945, Essen 2003; Roth, Joseph, Juden auf Wanderschaft, in: Werke, hg. v. Hermann Kesten, Bd. 3, S. 291–357, Amsterdam 1976;

Keinem Zweifel unterliegt auch Brandls aktive Beteiligung an der wirtschaftlichen Ausplünderung Polens und Ostgaliziens gemäß der von Hitler vorgegebenen Maxime „beherrschen, verwalten, ausbeuten". Die Befolgung dieser Maxime lässt sich vom Mordgeschehen nicht trennen. Hans Frank, der Generalgouverneur der besetzten Teile Polens, wo auch Brandl tätig war, erklärte auf öffentlichen Veranstaltungen die Mordabsichten des Regimes vollkommen unverblümt, erklärte, von 1,5 Millionen Juden würden nur mehr 300.000 mit Lebensmitteln versorgt, da sie im deutschen Interesse arbeiteten. „Die anderen Juden, insgesamt 1,2 Millionen, werden nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt." Mitten im Bezirk dieser Bluterde war Brandl tätig.

Josef Brandl wurde am 30.04.1901 in Osterhofen, geboren, einer niederbayerischen Kleinstadt, ähnlich unbedeutend wie Oschatz, 38 Straßenkilometer von Passau gelegen, also nahe der österreichischen Grenze.

Er studierte Philosophie und Jura an den Universitäten Passau (Philosophisch-Theologische Hochschule), München und Würzburg, wo er 1926 auch promovierte. Thema der Arbeit: „Das Verfahren vor dem Einzelrichter im Strafprozess". Danach wirkte Brandl bis 1936 als am Landgericht Passau zugelassener Rechtsanwalt.

Zum 01.05.1933 trat er in die NSDAP ein. Gerade noch rechtzeitig, denn kurz zuvor war eine erste Aufnahmesperre verhängt worden. Ab dem 01.05.1933 wurde nur mehr aufgenommen, wer bereits einer nationalsozialistischen Formation oder der

---

Roth, Joseph, Reise durch Galizien, in: Werke, hg. v. Hermann Kesten, Bd. 3, S. 832–842 (verf. 1924), Amsterdam 1976; Roth, Markus, Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, hg. v. Norbert Frei); Rozett, Robert, Conscripted Slaves. Hungarian Jewish Forced Laborers on the Eastern Front during the Second World War, Yad Vashem (Jerusalem), 2013; Rusinek, Bernd-A., Nationalsozialismus, Judenverfolgung und „Bürokratie", in: Alfons Kenkmann, Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden, Münster 1999, S. 138–150; Sandkühler, Thomas, Endlösung in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996; Sandkühler, Thomas, Berthold Beitz und die „Endlösung der Judenfrage" im Distrikt Galizien 1941–1944, in: Gerhard Hirschfeld, Tobias Jersak: Karrieren im Nationalsozialismus: Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Ffm., New York 2004, S. 99–125; Schausberger, Norbert, Rüstung in Österreich 1938–1945, Wien 1970 (Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, Bd. 8); Schenk, Dieter, Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien, Bonn 2007; Silberklang, David, Gates of Tears. The Holocaust in the Lublin District, Yad Vashem, Jerusalem 2013; Snyder, Timothy, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, Mnchn. $^{3}$2011; Snyder, Timothy, The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus 1569–1999, New Haven u. London 2003; Steinacher, Gerald, Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen, Ffm. 2010; Zwart, Joop, Lemberg 1941 und Oberländer. Das Ergebnis einer Untersuchung, Amstelveen 1960.

Wehrmacht angehörte oder seinen NSDAP-Aufnahmeantrag vor diesem Stichtag gestellt hatte.

Von unseren fünf späteren „Karlsruhern“ war Brandl am frühesten in der Partei. Zudem war er ab 1936 Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), einer zunächst vergleichsweise harmlosen NS-Organisation mit schlechtem Ruf, einer Art nationalsozialistischem ADAC, in welcher der ADAC denn auch 1933 aufging. Später wurde das NSKK teilweise in den nationalsozialistischen Terror einbezogen, indem man es im Rahmen des „Generalplan Ost“ von 1942 – Projekt „Völkerverschrottung“ – in die Mordverbrechen im Generalgouvernement, in die Deportationen und in die Judenvernichtungen einbezog. Wie die meisten Anwälte und Richter gehörte Brandl dem „Reichsrechtswahrerbund“ an. Harmlos dagegen seine Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Volksfürsorge (NSV).

Brandl hat seine Rechtsanwaltspraxis 1936 aufgegeben – vielleicht lockte die Aussicht auf den Staatsdienst. Er wechselte zur Reichsumsiedlungsgesellschaft (RUGes), deren Zweigstellen Eschenbach und Amberg er bis 1938 leitete.

Die RUGes, 1935 gegründet, war die Vollzugsinstanz der „Reichsstelle für Landbeschaffung“ und dem Oberkommando der Wehrmacht unterstellt. Das verweist schon auf Ziel und Zweck: Es ging um die Beschaffung von Grundstücken für die Wehrmacht, vor allem für Kasernen, Truppenübungsplätze und deren Umfelder. Die Grundstücke wurden in aller Regel enteignet, nicht selten unter Zuhilfenahme von Repressalien, es wurde aber eine Entschädigung gezahlt. Wir haben hierbei zu berücksichtigen, dass der nationalsozialistische Eigentumsbegriff die freie Herrschaft des Eigners nicht zuließ, sondern der „höheren Ordnung des Volkes“ unterstellte. Das bedeutete, dass „volksfremder“ oder „volksfeindlicher“ Besitz, denken wir an jüdische Eigner, entschädigungslos abgenommen wurde. Mithin war Brandl auch an Enteignungsmaßnahmen beteiligt.

Bei der RUGes lernte Brandl, folgen wir seiner Selbstdarstellung, einen Beamten des Reichswirtschaftsministeriums kennen, und dieser fragte ihn, ob er Interesse an einer Tätigkeit in der wehrwirtschaftlichen Abteilung beim Reichsstatthalter in Wien habe. Es ist noch unklar, wird vielleicht gar nicht zu klären sein, ob es sich bei dem „Beamten des Reichswirtschaftsministeriums“ und späteren Generalgouvernementsbeamten um Dr. jur. Eberhard Barth (1897–1972) handelte, im Reichswirtschaftsministerium ab 1925 tätig, zuletzt als Leiter der Abteilung Energiewirtschaft, Wasserstraßen- und Binnenschifffahrtsspezialist, anschließend im Generalgouvernement bei dem Amtschef des Distriktsgouverneurs Lublin, SS-Obersturmbannführer Dr. jur. Ludwig Losacker, zugleich SD.

Wir wollen uns die Namen Eberhard Barth und Ludwig Losacker für den weiteren Gang der Darstellung merken.

Bei der Reichsstatthalterei in Wien war Brandl als „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ beschäftigt. In Wien wohnte er zunächst in einem Hospiz, ab dem 23.12.1938 in der Edelhofgasse.

Leiter der Wiener Dienststelle, in der Josef Brandl vom 01.12.1938 bis 24.08.1939 tätig gewesen ist, war Dr. jur. Otto Wächter. Dieser war Brandls Gönner.

## 25.2 SS-Brigadeführer Dr. jur. Otto Wächter, Himmlers Protegé und Brandls Förderer

Wie Ritters NS-Biografie im Blick auf Krauch muss auch die von Brandl mit dem Blick auf einen weiteren Akteur betrachtet werden, auf Dr. jur. Otto Wächter.

Wächter war ein außerordentlich profilierter „Alter Kämpfer“ der österreichischen NS-Bewegung und vor dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich im März 1938 einer der Fanatiker der Bewegung, ein zum politischen Mord bereiter und wohl auch in einen politischen Mord verwickelter Rechtsterrorist.

Wir müssen hier die Situation in Österreich nach Ende des Ersten Weltkriegs mit ein paar Strichen kennzeichnen. Ende 1918 brach die kaiserliche und königliche (k. u. k.) österreichisch-ungarische Monarchie zusammen. Kaiser Karl I. dankte ab und ging ins Schweizer Exil. Österreich hatte den Vertrag von Saint-Germain-en-Laye zu unterzeichnen. Er entsprach ungefähr dem Versailler Vertrag, den das Deutsche Reich hatte unterzeichnen müssen. Wie im Versailler Vertrag war auch in jenem von Saint-Germain ein Anschlussverbot Österreichs an das Deutsche Reich enthalten. Solchen Anschluss hatten die politischen Kräfte von rechts in beiden Staaten im Auge, die alte „großdeutsche“ Lösung der 1848er Zeit, wenn die Bestrebungen ab 1919/20 aber auch gar nichts mehr mit denen von 1848 zu tun hatten. Selbstverständlich kämpfte Wächter für den Anschluss und damit für die Auflösung der Republik Österreich als selbstständiger Staat.

Im Gegensatz zum Deutschen Reich hatte die k. u. k. Monarchie gewaltige Gebietsverluste hinnehmen müssen. Die Republik Österreich entstand 1919. Der Bruch mit der Vergangenheit war radikal, die k. u. k. Monarchie ausgelöscht, das Land zerschnitten, die Bevölkerung hungerte. Auch etwa wurde der Adel abgeschafft und jedes Führen eines Adelstitels verboten. „Freiherr von“, „Ritter von“ gab es nicht mehr. Dies betraf auch Otto Wächter, der aus einer adeligen Familie stammte.

Die Rektoratsrede des Maschinenbauers Karl Kobes (1869–1950), im Oktober 1920 an der TH Wien gehalten, vermittelt einen Eindruck von der Stimmung der österreichischen konservativen Eliten nach Ende des Ersten Weltkriegs.[2] Der Vertrag von St. Germain, so führte Kobes aus, heiße Frieden, doch Unfrieden sei er! Unfrieden, Raub und Elend bedeutend. Die Österreicher, „hungernde Bettler", würden nicht mehr einen Tropfen Milch auf die brennenden Lippen ihrer siechen Kinder träufeln können, da die neue Republik den Siegern Kühe hergeben müsse.[3] Die Siegermächte, so Kobes weiter, hätten ein unglückliches Staatengebilde in die Erde gezeichnet, „mitten durch urdeutsches Land". Die abgetrennten Teile der k. u. k.-Monarchie seien nun balkanisierte „alte Kulturstätten (…) im Herzen Europas". Das „entmannte Staatswesen" Österreich sei aller Machtmittel beraubt. Dadurch könnte den immer lauteren, immer aufdringlicheren Forderungen nach „Klassenkampf, Revolution, Diktatur des Proletariats, Bolschewismus, Weltrevolution, Internationale usw. usw.", könnte der „Straße" nicht die Stirn geboten werden. Und wer sei Sieger, wer der „lachende Dritte"? Antwort: „ein volksfremdes Schieberpack, das dem Proletarier wie dem Bourgeois das Mark aus den Knochen" sauge. Der „deutschen Ostmark", nämlich Österreich, so Magnifizenz Kobes weiter, müsse der „Anschluss an das deutsche Mutterland" freigegeben werden. Aber nicht nur durch dieses Anschlussverbot, sondern infolge von Abschnürung und allseitiger Absperrung würden die Menschen in Österreich „wie in einem Konzentrationslager"(!) leben.

Als wichtige ideologische Bestandteile der Rede von Kobes sind hervorzuheben: Hunger und Elend als Ergebnis der Entente-Politik, Österreich als „urdeutsches Land", im Osten Balkanisierung europäischen Kulturerbes, Angst vor dem Bolschewismus, Einfluss eines „volksfremde(n) Schieberpack(s)", womit natürlich Juden aus dem Osten gemeint waren. In Kobes' Auffassungen spiegelte sich auch der schroffe Antisemitismus Karl Luegers (1944–1910) wider, des Wiener Bürgermeisters von 1897 bis 1910, dessen Ansichten den jungen Adolf Hitler beeinflusst hatten. Wir erkennen, wie eine weltanschauliche Trasse gebahnt wurde, auf der die jungen Faschisten wie Otto Wächter, geboren 1901, voranmarschieren konnten.

Wie in Deutschland hat es in Österreich in unmittelbarer Nachkriegszeit Revolutionsversuche von links gegeben. Wie in Deutschland gab es in Österreich Freikorps, Freischärler und Putschisten von rechts, am bekanntesten war die „Heimwehr".[4] Zu

---

2 Kobes, Bericht über das erste Studienjahr 1919/20, a. a. O., dort das Folgende.

3 Dies bezog sich auf die Anlage IV des Vertrages von St. Germain, wonach die Republik bis drei Monate nach Abschluss des Vertrages, also im Oktober 1920, an die italienische, die serbisch-kroatisch-slowenische sowie die rumänische Republik insgesamt 11.000 Milchkühe, Rinder, Jungkühe und Kälber abzuliefern hatte. Hinzukamen insgesamt 2.100 Stiere und Zugochsen.

4 Wir erinnern uns daran, dass auch Hans Fickert der „Heimwehr" angehört hatte. Siehe oben: 8, „A Closer Look: Greifelds Entnazifizierungsfürsprecher Dr. jur. Hans Fickert (geb. 1909)", S. 141 ff.

bürgerkriegsartigen Vorgängen kam es in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre in beiden Staaten – Wiener Julirevolte 1927, „Blutmai“ 1929 im Berliner Wedding.

Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung – NSDAP, SA, SS etc. – verlief in beiden Staaten ungefähr gleich. Das österreichische Parlament hatte sich 1933, allerdings ohne „Machtergreifung“ der politischen Gegner von rechts, selbst ausgeschaltet, und das Land wurde zum protofaschistischen Ständestaat nach den Vorstellungen unter anderem eines Othmar Spann. Ähnliche Regimes gab es in Italien, Polen, Spanien … Kein Staat in Europa ohne faschistische Bewegung.

Hans Frank, späterer Generalgouverneur in den besetzten Teilen Polens sowie der Ukraine, begab sich im März 1933 gemeinsam mit dem preußischen Justizminister Hanns Kerrl (Justizbeamter; NSDAP seit 1923) und dessen Stellvertreter Dr. jur. Roland Freisler (NSDAP seit 1925; ab 1942 Präsident des „Volksgerichtshofs“) nach Wien, um nationalsozialistische Propaganda zu betreiben. Die drei Propagandisten wurden zu unerwünschten Personen erklärt und ausgewiesen.

Im Juni 1933 wurde die österreichische NS-Bewegung nach einem Putschversuch verboten, was die Nationalsozialisten mit einer Reihe von Terroranschlägen beantworteten sowie mit einem Putsch am 25. Juli 1934, bei dem auch der austrofaschistische Präsident Dollfuß ermordet wurde. Und einer der führenden Putschisten war eben Brandls Gönner Otto Wächter.

Mit knapper Not konnte eine nationalsozialistische „Machtergreifung“ in Österreich verhindert werden. Die beteiligten Nationalsozialisten wurden in Lagerhaft genommen, dreizehn Aktivisten hingerichtet. So suchten Männer wie Otto Wächter, der den Befehl zur Ermordung des austrofaschistischen Präsidenten Dollfuß gegeben hatte oder gegeben haben soll, ihr Heil in der Flucht nach Deutschland.

In Brandls Umgebung befand sich später eine ganze Reihe der österreichischen Juli-Putschisten von 1934. Soweit das Zusammenhangsgeschehen.

Dr. jur. Otto Wächter nun, geb. 1901, bis 1919 Otto *Freiherr von* Wächter, mit Brandl gleichalt, war der Sohn des einstigen österreich-ungarischen Heeresministers.[5] Er studierte Jura in Wien und erwarb dort auch seinen Doktortitel. Bereits 1923 war er Mitglied von NSDAP und SA, später trat er der SS bei. Als Gauleiter von Wien und Träger weiterer Parteiämter zählte Otto Wächter zu den führenden österreichischen Nationalsozialisten unterhalb der Premium-Ebene eines Dr. jur. Arthur Seyß-Inquart, späteren Reichskommissars der Niederlande, sowie eines Dr. jur. Ernst Kaltenbrunner,

5 Nach dem „Anschluss“ hatte Wächter seinen Adelstitel zeitweise wieder geführt, „SS-Brigadeführer Dr. jur. Otto Freiherr von Wächter“, bis ihn die SS-Führung davon abbrachte.

Juli-Putschist, ab Januar 1943 als Nachfolger des in Prag ermordeten Reinhard Heydrich Chef des Reichssicherheitshauptamts.[6]

Einer von Wächters Nachfolgern im Gauleiter-Amt war Odilo Globocnik (1904–1945 <Selbstmord>), später einer der schrecklichsten NS-Verbrecher, dem die Vernichtungslager Belcec, Sobibor und Treblinka unterstanden.

Am 13.03.1938 erfolgte der „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich. Nun begann Otto Wächters Geschäft zu blühen. Er wurde Staatskommissar beim Reichsstatthalter Seyß-Inquart in Wien und war zunächst damit beauftragt, nach deutschem Muster die Verwaltung von politisch untragbaren Kräften sowie von Juden zu „reinigen". In Seyß-Inquart, Kaltenbrunner und in Heinrich Himmler besaß Wächter mächtige Gönner.

In einer Zeugenvernehmung berichtete Brandl über seine zehnmonatige Wiener Zeit, er sei dort bei der „wehrwirtschaftlichen Abteilung beim Reichsstatthalter" tätig gewesen. Diese Angabe ist ungenau.[7] Er dürfte eher beim „Wehrwirtschaftsstab Zweigstelle Wien" oder bei der „Wehrwirtschaftsinspektion XVII" gewesen sein. Soweit die Indizien reichen, wird Brandl bei der Wehrwirtschaftsinspektion gearbeitet haben.

Worum handelte es sich? Unmittelbar nach dem „Anschluss" war das österreichische Heer in die Wehrmacht eingegliedert worden. Das österreichische Kriegswirtschaftsamt wurde bereits am 16.03.1938 – drei Tage nach dem Anschluss – zum Wehrwirtschaftsstab/Zweigstelle Wien. Dieser Stab wurde gemäß OKW-Befehl vom 17.03.1938 zur deutschen Wehrwirtschaftsstelle.[8] Es entstand ein ab April 1938 arbeitsfähiges Behördenformat der Wehrwirtschaftsstellen Wien, Linz, Mödling und der Wehrwirtschaftsinspektion in Wien. Hauptaufgabe war die Nutzbarmachung der österreichischen Wirtschaft für die Kriegsvorbereitung – von Hitlers Vierjahresplan ist ja in dieser Arbeit ausführlich die Rede gewesen und wird noch die Rede sein. Für die Umstellung auf militärrelevante Produktion mussten Betriebe ermittelt werden, die sofort oder nach einer Anpassung ihrer Angebotspalette für die Rüstungsproduktion infrage kamen. Diese Betriebe wurden mit Wehrmachtsaufträgen versorgt, womit gleichzeitig die Arbeitslosigkeit verringert werden sollte. An dieser Schnittstelle zwischen Rüstung und Rüstungswirtschaft war Josef Brandl tätig; seine Tätigkeit erinnert

6 Für ein halbes Jahr hatte Himmler selbst die Nachfolge Heydrichs übernommen.

7 Prof. Bertrand Perz, einer der besten Kenner der Geschichte Österreichs im Nationalsozialismus, teilte dem Verfasser am 26.02.2014 mit: „Ich interpretiere, dass Brandl beim ‚Wehrwirtschaftsstab Zweigstelle Wien' oder bei der ‚Wehrwirtschaftsinspektion XVII', zuständig für den Wehrkreis XVII, tätig war."

8 Die Rasanz des deutschen Vorgehens traf selbstverständlich auch die österreichischen Juden. Von einem Tag auf den anderen setzte die volle Gewalt der deutschen antijüdischen Maßnahmen ein, die sich im Reich in einem Zeitraum von fünf Jahren aufgeschaukelt hatten.

an Gerhard Ritters Aufgabe in Berlin[9], und beider Tätigkeiten sowie auch die von Schnurr sind im Rahmen des Vierjahresplans zu sehen.

In Brandls Umfeld und unter Wächters Ägide befanden sich fanatische Nationalsozialisten. Zu Brandls Kollegen und Mitgünstlingen zählten der Wirtschaftsreferent Reisp sowie die Juliputschisten Dr. jur. Egon Höller und Diplomkaufmann Rudolf Pavlu.

Dr. jur. Egon Höller, geb. 1907, war nach seiner Promotion im österreichischen Innenministerium tätig gewesen. Er trat der NSDAP bei, beteiligte sich am Wiener Juli-Putsch 1934, floh nach Deutschland, wurde Mitglied der SS und kehrte nach dem „Anschluss" im Triumph nach Wien zurück. Rudolf Pavlu, Wiener, Jahrgang 1902, Kaufmann, Studium an der Hochschule für Welthandel, war das doppelte Lottchen von Höller: Eintritt in die österreichische NSDAP, Juliputschist, Flucht nach Deutschland, Rückkehr nach Wien.

Brandl hatte bei der RUGes im Interesse der Wehrmacht ein Feld mit den Hauptkennzeichen Kriegsertüchtigung und Teilenteignung bearbeitet. Dieses wurde in seiner Wiener Zeit um eine Wirtschaftslenkung mit teils diktatorischen Zügen erweitert. Brandl war in Wien zunächst in ähnlicher Weise tätig wie bei der RUGes. Beide Male war er Kriegsertüchtigungsmanager.

Im so genannten „Generalgouvernement", den okkupierten Teilen Polens und der Ukraine, wurde er zum Hauptakteur in einer von den Deutschen beherrschten Region. Der Tross aus Wächter, Brandl, Höller, Pavlu und Reisp zog im September 1939 nach Polen, in den Mustergau des Grauens, den zu beschreiben sich die Feder sträubt.

## 25.3 „Generalgouvernement"

Mit dem Beschuss der Westerplatte durch das deutsche Kriegsschiff „Schleswig Holstein" am Morgen des 01.09.1939 begann der Krieg gegen Polen und damit der Zweite Weltkrieg, weil England und Frankreich, wie es vertraglich festgelegt worden war, ihrem Verbündeten beisprangen, indem sie Deutschland den Krieg erklärten.

Am 27.09.1939 ergaben sich die polnischen Truppen, und die polnische Regierung floh nach Rumänien. Polen als Staat wurde aufgelöst. Unter deutsche Besatzung fiel rund die Hälfte des polnischen Staatsgebietes, wo zwei Drittel der polnischen Bevölkerung und darunter wieder zwei Drittel der polnischen Juden lebten,

9 Siehe oben: 23.6, „Vermittlungsstelle W' Ritter, oberster Giftgas-Manager im ‚Dritten Reich'", S. 262 f.

also 2,2 Millionen von 3,3 Millionen. Gemäß Hitler-Stalin-Pakt marschierte die Rote Armee am 17.09.1939 von Osten her in Polen ein. Zwischen Wehrmacht und Roter Armee wurde eine Demarkationslinie festgelegt, die bis zum 22.06.1941 galt, also bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa").

Die von Deutschland besetzten Gebiete Polens firmierten ab dem 26.10.1939 als „Generalgouvernement". Generalgouverneur wurde Dr. jur. Hans Frank (1900–1946), Hitler-Günstling, vor 1933 Vertreter der „Partei" in verschiedenen Gewalt- und Mordangelegenheiten, einige Jahre bayerischer Justizminister, aus Karlsruhe gebürtig, in Nürnberg als Kriegsverbrecher hingerichtet. Er residierte auf dem Krakauer Wawel, der alten polnischen Königsburg. Per Erlass vom 04.12.1939 wurde Frank von Göring zum Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan für das Generalgouvernement ernannt und ebenfalls an diesem Tage zum Reichsverteidigungskommissar des Generalgouvernements.

Das Generalgouvernement war zunächst in die Distrikte Krakau, Lublin, Radom und Warschau unterteilt. Im Gegensatz zur Aufsichtsverwaltung im okkupierten Frankreich[10] wurde im Generalgouvernement eine großenteils deutsche „Zivilverwaltung" installiert. 1943 bestand sie einschließlich des zwei Jahre zuvor um Galizien erweiterten Gebietes aus 1.920 männlichen und zwei weiblichen Beamten sowie 4.940 männlichen und 1.182 weiblichen Angestellten. Die zahlreichen polnischen und ukrainischen unteren Chargen und Schergen dürfen nicht vergessen werden.

Der Generalgouverneur Hans Frank erklärte, er wünsche als Mitarbeiter keine „müden, verstaubten Aktenmenschen", sondern „absolut polenvernichtungsentschlossene Recken". Einem Journalisten erklärte er – und diese Worte sind berühmt geworden:

> „(…) wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate."[11]

Überhaupt ist Frank dadurch zu charakterisieren, dass er mit bemerkenswerter Mitteilsamkeit die Raub- und Völkermord-Projekte des Nationalsozialismus öffentlich kundtat.

Bereits im August 1939 hatte Hitler vor dem kleinen Kreis der Wehrmachtsoberbefehlshaber vertraulich ausgeführt, er habe, einstweilen nur im Osten, „Totenkopfverbände (der SS/B.-A. R.) mit dem Befehl bereitgestellt, unbarmherzig und

---

10 Siehe oben: 3.8, „Deutsche Okkupanten: Aufsichtsverwaltung und Kollaboration", S. 73 ff.

11 Die Hans-Frank-Zitate in diesem Abschnitt sind enthalten in: Präg, Werner, Jacobmeyer, Wolfgang (Hg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, a. a. O.

mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken". Das Vierjahresplan-Interesse bestand dagegen in der rücksichtslosen Ausbeutung von polnischen und jüdischen Kapazitäten und Besitztümern. Frank dazu im April 1940 in Krakau:

> „Die Juden interessieren mich überhaupt nicht. Ob die etwas zu futtern haben, ist für mich die allerletzte Frage. (…) Die Polen interessieren mich nur insofern, als ich in ihnen ein Reservoir von Arbeitskräften sehe."

Die Politik der Deutschen im Generalgouvernement verfolgte die beiden Ziele Ausbeutung und Ausrottung: Rücksichtlose Ausraubung der Wirtschaft Polens sowie ab 1941 der ukrainischen Gebiete, Ausrottung der Juden, Ausrottung von Teilen der polnischen und russischen Bevölkerung, Ausrottung der polnischen Eliten. So wurden – um ein Beispiel zu nennen – 57 Prozent der polnischen Anwälte und 21,5 Prozent der polnischen Richter ermordet.

Damit ist Einiges zu dem Bereich gesagt, in dem Josef Brandl im Generalgouvernement tätig war, und zwar zunächst von Oktober 1939 bis Februar 1942 im Distrikt Krakau[12], anschließend im Zuge der Erweiterung des Generalgouverments nach dem Überfall auf die Sowjetunion in Lemberg, Ostgalizien. Otto Wächter, Brandls alter Gönner, leitete den Krakauer Distrikt, Brandl die dortige Abteilung Wirtschaft.

Aus einem Schreiben des Deutschen Historischen Instituts Warschau an den Verfasser:

> „Sicherlich ist Brandl in der Funktion (Leiter Abteilung Wirtschaft/B.-A. R.) eine zentrale Figur für die Ausplünderung von Juden und Polen."[13]

Die Abteilung Wirtschaft kooperierte eng mit der „Haupttreuhandstelle Ost" (HTO).

Die HTO mit Sitz in Berlin war am 19.10.1939 von Hermann Göring in dessen Eigenschaft als Vierjahresplan-Beauftragter des Deutschen Reiches gegründet worden. Die Aufgabe bestand darin, „die durch die Auflösung des polnischen Staates im Jahre 1939 herrenlos gewordenen großen polnischen und jüdischen Vermögenswerte, Liegenschaften, Betriebseinrichtungen und sonstige Rechte aufzufangen und zu beschlagnahmen sowie durch kommissarische Verwaltung die Produktion und den Güteraustausch für die Interessen der Kriegswirtschaft wieder in Gang zu bringen". Nach den Worten eines frühen HTO-Spitzenbeamten, Dr. jur. Otto Bräutigam (in den Holocaust verwickelt, in der Bundesrepublik leitend im Auswärtigen Amt, Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes) war die HTO „eine der radikalsten Räubereien der

12 Am 21.01.1940 zog er mit der Familie (zwei Töchter) nach Krakau.
13 Dr. Stefan Lehnstaedt an Verfasser, 06.08.2014.

Weltgeschichte und ein Hohn auf das Völkerrecht".[14] Die HTO bemächtigte sich des geraubten polnischen und jüdischen Vermögens und verwaltete es. Wirtschaftliche Ausbeutung und Vernichtungsaktionen gegen Juden und Polen waren miteinander verschränkt. Darin ist sich die gesamte neuere Forschung einig.

Leiter der HTO wurde Max Winkler, nationalsozialistischer Presse- und Film-Mogul, kundig im Enteignen und Abpressen unter dem Tarnnamen „Treuhand". Als Mitarbeiter der HTO-Abteilung für „Öffentliches Vermögen, Schulden, Forderungen" gewann Winkler den ehemaligen preußischen Finanzminister Dr. jur. Hermann Höpker-Aschoff (1883–1954). Nach dem Krieg war Höpker-Aschoff unter anderem Generalreferent Finanzen bei der Westfälischen Provinzialverwaltung, was den (erfolglosen) Protest Polens hervorrief. Er war Mitbegründer der FDP, Bundestagsabgeordneter, Präsident des Bundesverfassungsgerichts …

Höpker-Aschoff wird hier erwähnt, weil er als einer der Leiter der HTO in dienstlichem Kontakt mit Brandl stand. Ein weiterer leitender HTO-Akteur, der es in der Bundesrepublik zu politischen Ehren brachte, nämlich zum sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, war der Jurist Hinrich Wilhelm Kopf.

Die HTO hatte von Berlin aus neben vier anderen Außenstellen auch eine besondere Krakauer Treuhandstelle geschaffen. Hier eben war Brandl von Herbst 1939 bis Frühjahr 1942 hauptsächlich beschäftigt.[15]

Was wusste Brandl über den Völkermord? Hypothetische, aber nicht herbeispekulierte Antwort: *alles*. Im Februar 1941 führte Generalgouverneur Hans Frank in einer Krakauer Sitzung aus, dass die Juden vernichtet werden müssten, man solle sich gegen alle Mitleidserwägungen wappnen. Das war gut ein Jahr vor der Wannsee-Konferenz am 20.01.1942. Wir erinnern uns daran, dass die Deutschen in Paris einen ausdrücklichen Berliner Entscheid über die „Endlösung" abwarteten, bevor sie die im Dezember 1941 festgenommenen 743 Juden zuzüglich weiterer 369 deportierten. Der Transport der 1.112 französischen Juden erfolgte am 27.03.1942.

Sollte Josef Brandl bei der Krakauer Sitzung im Februar 1941 nicht zugegen gewesen sein, als Frank erklärte, die Juden müssten vernichtet werden, so dürfte, ja musste er

14 Summary Definition, date 03.07.1940: 1) "Haupttreuhandstelle Ost is to be an agency at the disposal of the plenipotentiary for the Four Year Plan." 2) "Haupttreuhandstelle Ost is to be custodian of the estate of the former polish state." 3) "Haupttreuhandstelle Ost is the only agency entitled to make confiscations in the area of it's jurisdiction." (StAN-IMT, KV Anklage Rep 502 NG 1652).

15 In den Quellen sowie in der Literatur firmiert Brandl mal als zuständiger Beamter für die Treuhand, mal als Gesamtleiter für die Wirtschaft insgesamt, mal als Zuständiger für den Verkehr, mal als Zuständiger für die Kohlen- und Mineralölbewirtschaftung. Diese Zuschreibungen sind ohne Zweifel richtig, es ist aber nicht klar, welche Funktionen Brandls als In- und Nebeneinander, welche als Nacheinander zu betrachten sind.

doch davon gehört haben. Als Leiter Abteilung Wirtschaft war er Otto Wächter zu- bzw. untergeordnet. Wächter war Gouverneur des Distrikts Krakau, agierte also eine Ebene unter Frank.

Brandl war ein juristischer Sachwalter und Fachmann. War es ihm gleichgültig oder erlebte er es einfach nicht als Problem, im Generalgouvernement unter anderem für Wirtschafts- und Transportfragen zuständig gewesen zu sein und keine 30 Jahre später eine Sammlung „Bestimmungen über die Beförderung radioaktiver Stoffe" mit herauszugeben?[16]

Brandl war nicht ein Mann wie der spätere Landrat Dr. jur. Fritz Schmige, zeitweise Amtschef des Distriktsgouverneurs Lublin, der angesichts der Liquidierung der polnischen Intelligenz und der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung seine Rückversetzung ins Reich beantragt hatte. Dem Gesuch wurde im Herbst 1941 stattgegeben.

Springen wir damit in das Jahr 1941 zurück. Am 20.10.1941 fand auf dem Krakauer Wawel eine von Generalgouverneur Hans Frank anberaumte Regierungssitzung statt. Brandl war anwesend. Das erste Referat auf dieser Regierungssitzung hielt Brandls Chef und Gönner Otto Wächter. Thema: Charakter des Distrikts Krakau als Hausdistrikt, Ernährungsprobleme, Personalfragen, Wohnungsbau, Juden. Über die Juden führte Wächter aus, dass „letztlich (die/B.-A. R.) radikale Lösung der Judenfrage unvermeidlich" sei.

Eine solche Absichtsäußerung in Kombination mit Aussprüchen von Hans Frank konnte bei jedem Beamten, der eins und eins zusammenzuzählen in der Lage war, keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass damit nicht die bloße „Umsiedlung" oder „Aussiedlung" der Juden gemeint war. Selbstverständlich wurden derlei Euphemismen auch in Nachkriegsbefragungen und Verhören verwendet.

Otto Wächters „radikale Lösung" war zum Zeitpunkt des 20.10.1941 noch nicht in Angriff genommen worden. Die ersten Deportationen aus dem Krakauer Ghetto in das Vernichtungslager Belzec wurden vom 01. bis 08.06.1942 durchgeführt. Aber die organisatorischen Grundlagen für den Holocaust waren geschaffen: Im März 1941 hatten die Deutschen das Krakauer Ghetto als Zwangswohnbereich der Juden eingerichtet. Die arbeitsfähigen Juden waren bereits abtransportiert worden. Am 15.10.1941, eine knappe Woche vor der genannten Regierungssitzung, erging die „3. Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen im Generalgouvernement": Ohne Genehmigung außerhalb des Ghettos angetroffene Juden würden ebenso mit dem Tode bestraft wie Polen, die Juden Unterschlupf gewährten.

16 Brandl, Josef, Blechschmidt, Manfred (Hg.), Bestimmungen über die Beförderung radioaktiver Stoffe, Baden-Baden 1971–1998.

Wie besonders herauszustellen ist, hatte Josef Brandl an der Regierungssitzung am 20.10.1941 teilgenommen – laut Teilnehmerliste des Protokolls: „Leiter d. Abt. Wirtschaft RR Dr. Brandl“. Er referierte über Kohlen- und Mineralölbewirtschaftung.[17]

In die Zuständigkeit Brandls als Leiter der Abteilung Wirtschaft fielen wichtige polnische Braunkohlengruben, wobei an die Gewinnung von Benzin aus Kohle auf dem Wege der Kohlehydrierung zu denken ist. Ferner lagen in Brandls Gebiet und damit in seinem Verantwortungsbereich die Ölquellen bei Krosno. Zwar gehörte auch Auschwitz zu dem Terrain, und das Konzentrationslager war bereits 1940 errichtet worden, aber der Industriekomplex Auschwitz-Monowitz – Stichwort: I. G. Farben – befand sich noch in der Aufbauphase.

Als diese Phase beendet war, als ferner die Vernichtung der Juden des Distrikts Krakau auf Hochtouren lief, waren Wächter und sein Tross, zu dem Brandl gehörte, schon nicht mehr in Krakau, sondern in Lemberg, Distrikt Ostgalizien.

Wie bereits ausgeführt, war das Generalgouvernement nach dem „Polenfeldzug“ geschaffen worden. Am 22.06.1941 überfiel Deutschland die Sowjetunion. Aufgrund der schnellen Eroberungserfolge konnte das Generalgouvernement am 01.08.1941 um den Distrikt Galizien mit Lemberg als Verwaltungssitz erweitert werden. Otto Wächter nannte das Gebiet den „jungen deutschen Osten“, wo nach dem „Endsieg“ deutsche Frontsoldaten als Siedler angesetzt werden sollten.

Dieser Distrikt Galizien war der größte und bevölkerungsreichste des Generalgouvernements: Fläche 47.100 km$^2$; Bewohnerzahl 4,8 Millionen, davon 64 Prozent Ukrainer, 22 Prozent Polen, 14 Prozent Juden. In absoluter Zahl lebten in diesem neuen Generalgouvernementsdistrikt mit der Hauptstadt Lemberg im Juni 1940 mindestens 530.000 Juden. Im Juli 1944, als die Rote Armee das Gebiet eroberte, waren es noch 5.000 Juden. 525.000 waren ermordet worden.

## 25.4 “Bloodlands”/„Bluterde“

Der große Joseph Roth (1894–1939) stammte aus Brody, 90 Kilometer von Lemberg gelegen, heute ukrainisch. Bis Ende 1918 hatte Brody zur Habsburger-Monarchie gehört, dann fiel es an das neu erstandene Polen. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts lebten hier 18.000 Menschen. Die Hälfte der Einwohnerschaft waren Juden. Daher trug Brody Züge eines jiddischen Schtetls.

17 Präg, Jacobmeyer (Hg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen, a. a. O., S. 840.

Joseph Roth bereiste 1924 seine Heimat und schrieb darüber eine Artikelserie in der Frankfurter Zeitung.[18] „Die Erde ist reich, die Bewohner sind arm", schrieb er, angebaut werde Mais, „Kukuruza" genannt:

> „Arme jüdische Händler in Galizien legen die Maiskolben in Töpfe kochenden Wassers, ziehen mit den siedenden Erdfrüchten durch die Straßen und verkaufen die Kolben an jene armen Juden, die mit alten Lumpen, Glasresten und Zeitungspapier handeln."

In den Straßen von Brody hörte man Russisch, Polnisch, Rumänisch, Deutsch und Jiddisch. „Es war wie eine kleine Filiale der großen Welt." Im Bezirk Lemberg, so Roth, gab es keine Museen, keine Theater, keine Zeitungen, aber dafür „eine jener Talmud-Thora-Schulen, aus denen europäische Gelehrte, Schriftsteller, Religionsphilosophen hervorgehen; und Mystiker, Rabbiner, Warenhausbesitzer". Auf dem Marktplatz von Brody stand das Denkmal von Adam Mickiewicz, dem polnischen Goethe.

Joseph Roth erlebte den Festtag Simchat Tora („Freude der Thora") bei den ostgalizischen Chassidim:

> „Die Chassidim fassten sich bei den Händen, tanzten in der Runde, lösten den Ring und klatschten in die Hände, warfen die Köpfe im Takt nach links und rechts, ergriffen die Thorarollen und schwenkten sie im Kreis wie Mädchen und drückten sie an die Brust, küssten sie und weinten vor Freude."

Aber Galizien, so Joseph Roth, sei auch „das große Schlachtfeld des Großen Krieges" gewesen. Schlachtfelder mit den Leichen von Österreichern, Tirolern, deutschen Soldaten – „Ringsum vernarben langsam die Schützengräben". Hier habe der Krieg gehaust, „hier hausten seine Begleiterscheinungen". Um Lemberg hätten nach dem Zusammenbruch Polen und Ruthenen gekämpft, „und hier ereignete sich der Novemberpogrom."

Das war am 22. und 23.11.1918 gewesen. Soldaten hatten Straße für Straße abgeriegelt und Handgranaten in die jüdischen Häuser geworfen. Wer aus den Häusern floh, wurde erschossen. Es gab 72 Tote.

1939 wurden Teile Ostpolens und damit auch Brody gemäß deutsch-sowjetischem Nichtangriffspakt von der Roten Armee besetzt und in die Ukrainische SSR eingegliedert.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22.06.1941 wurde Ostgalizien von Wehrmacht und Waffen-SS erobert. Brody war nun Teil des östlichen Generalgouvernements mit der Distriktshauptstadt Lemberg.

---

18 Roth, Reise durch Galizien, a. a. O. Dort die folgenden Zitate.

Der sowjetischen folgten drei Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Als die Deutschen Lemberg schneller als erwartet eroberten, ermordete die NKWD offenbar in aller Eile 4.000 politische Häftlinge, weil diese nicht mehr hatten deportiert werden können. Wehrmacht und SS fanden die Leichen und schoben den Massenmord den Juden in die Schuhe, weil diese dem Bolschewismus besonders zugeneigt gewesen seien. Es kam daraufhin zu massenhaften Pogromen durch Polen, Russen und Ukrainer.[19] Diese Pogrome wurden von den Deutschen nicht nur geduldet, die Täter wurden von den Deutschen nicht nur ermuntert, viele Angehörige von Wehrmacht und SS nahmen selbst an dem zunächst ungeregelten Mordgeschehen teil.

Allmählich ging die spontane Judenvernichtung jedoch in geregelte Systematik über. Sie teilte sich auf in Massenerschießungen durch Einsatzgruppen wie etwa in Brody sowie Deportationen in vier Vernichtungslager, die sich sämtlich auf dem Gebiet des Generalgouvernements befanden. In Galizien begann die Judenvernichtung früher als im übrigen Generalgouvernement. Der Historiker Thomas Sandkühler legt sogar nahe, dass die Judenpolitik in Galizien das Programm der Wannseekonferenz beeinflusste.

Die Juden Brodys wurden von den Deutschen ausgeraubt, die Arbeitsfähigen zur Zwangsarbeit eingesetzt. Alle nicht arbeitsfähigen Juden Brodys wurden ghettoisiert und ermordet, zumeist im Jahr 1943. Nur ein Teil starb in den Vernichtungslagern, die meisten sind am Stadtrand hinter dem Friedhof erschossen worden. Sie mussten sich entkleidet an den Rand einer großen ausgehobenen Grube stellen, so dass sie auf die bereits Erschossenen fallen würden. Wer noch lebte, erhielt einen Kopfschuss, in der Regel von polnischen oder ukrainischen Hilfskräften.

1944 gab es in Brody keine Juden mehr. Nach Kriegsende fiel die weitgehend entvölkerte, durch die Schlusskämpfe so gut wie zerstörte Stadt wieder an die Sowjetunion.

Ost-Galizien, die „misshandelte, verpönte europäische Ecke“ (Joseph Roth). Joseph Roths Heimatstadt Brody lag in den “Bloodlands”.[20] Der Historiker Timothy Snyder hat sie kartografiert. Die Bloodlands erstreckten sich „von Zentralpolen bis Westrussland, einschließlich der Ukraine, Weißrusslands und der Baltischen Staaten“. In den Jahren von 1933 bis 1945 – stalinistisches und NS-Regime – wurden Menschen in Millionenzahl umgebracht, vor allem Juden, Weißrussen, Ukrainer, Polen, Russen und Balten. Insgesamt zwölf Millionen Menschen kamen um, sämtlich Zivilisten, vier Millionen unter der sowjetischen Herrschaft, acht Millionen unter der deutschen.

19 Zur Rolle von Polen und Ukrainern bei diesen Pogromen siehe: Wiesenthal, Simon, Recht, nicht Rache. Erinnerungen, Bln. 1988, S. 250 ff. Wiesenthal schildert die Vorgänge zum Teil aus eigenem Erleben.

20 „Bloodlands“ ist der Titel einer Monografie des in Yale und in Wien lehrenden Historikers Timothy Snyder – siehe das Literatur-Verzeichnis eingangs dieses Kapitels.

In der Hälfte der Zeit, so Snyder, hätten die Deutschen doppelt so viele Menschen ermordet.[21] Im Generalgouvernementsdistrikt Galizien geschahen unnennbare Verbrechen.[22] Und während diese Untaten sozusagen draußen geschahen, saßen drinnen Juristen und Verwaltungsfachleute und formulierten ihre auf den Mord an Juden bezogenen Gesetze und Vorschriften. So trug Ernst Kundt 1943 in Krakau vor der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements im Galimathias des Rechtsgelehrten vor:

> „Soweit Juden wegen Verlassens der Wohnbezirke zum Tode verurteilt sind, übt der Gouverneur nach einer Entscheidung des Generalgouverneurs das Gnadenrecht des Generalgouverneurs direkt aus, etwas begrenzt dadurch, dass er nur über die Ablehnung eines Gnadengesuchs endgültig entscheiden kann. Der Gouverneur kann ein Gnadengesuch ablehnen. Will er das nicht, kann er eine Entscheidung des Generalgouverneurs beantragen."[23]

Damit haben wir ein Big Picture Galiziens im Krieg vor Augen. Wir verneigen uns vor den Opfern.

---

21 Dies ist etwas ungenau formuliert: *Erstens* gab es die Phase einer deutsch-sowjetischen Parallelherrschaft von 1939 bis Mitte 1941 diesseits und jenseits der vereinbarten Demarkationslinie; *zweitens* wäre die Rolle der ukrainischen Kollaborateure bei der Judenvernichtung hervorzuheben, insbesondere im Generalgouvernementsdistrikt Galizien von 1941 bis 1944. An den Massenerschießungen waren neben den Deutschen auch Russen, vor allem aber Ukrainer beteiligt; große Teile der Lagermannschaften des Auschwitz-Komplexes (Auschwitz I, II und III) waren Ausländer, so dass man – mit aller Vorsicht – sagen könnte, der Holocaust habe Züge eines europäischen Projekts getragen. 84.000 Ukrainer meldeten sich freiwillig zur Waffen-SS. Der Historiker Hans Rothfels, wegen seiner jüdischen Abkunft in die USA emigriert, sprach von der „Schwarzen Internationale", was die Beteiligung von Ukrainern, Polen, Russen etc. nicht nur an den ungeregelten Judenvernichtungen kurz nach Einmarsch der Deutschen betrifft, sondern auch die Beteiligung an den systematischen Ermordungen (Rothfels, Hans, Zur 25. Wiederkehr des 20. Juli 1944, in: VfZ 3 <1969>, S. 237–253, S. 249).

22 Stichworte nach der Sichtung von Archivalien in BA-ZStL: Pure Mordlust und Heimtücke; Raublust; Erschießen ohne Grund; Erschießen einer Jüdin als Highlight einer Sauforgie der SS; Hunde auf Häftlinge und Ghetto-Bewohner hetzen, sie von diesen Hunden totbeißen lassen; alte Frauen totschlagen; einen Bäcker und dessen Kinder erschießen, weil nicht alle Pelze abgeliefert worden waren; Familie und deren Kinder erschießen, weil sie nicht richtig niederknien wollten; Häftlinge/Zwangsarbeiter erschießen, weil sie nach einem das Lager überfliegenden Flugzeug geschaut hatten; mehrfache Überbelegung von Transport-Waggons in die Vernichtungslager, dadurch Rippen und Knochenbrüche, Erstickungen, so dass bei Ankunft in Treblinka bereits viele der Opfer tot waren, in der Regel erstickt oder erdrückt.

23 Kundt, Verwaltung eines Distrikts, a. a. O., S. 92.

## 25.5 „Gnade uns Gott, wenn das vergossene Blut über uns kommt.“ Brandl in Lemberg

Erster Distriktsgouverneur von Galizien wurde der SA-Sturmbannführer Dr. rer. pol. Dr. jur. Karl Lasch.[24] 1904 in Kassel geboren, arbeitete er nach dem Studium der Volkswirtschaft zunächst in der Revisionsabteilung der Klöckner-Werke, promovierte 1931 zum Dr. rer. pol., um dann als Wirtschaftstreuhänder in Kassel tätig zu werden. Wie Brandl gehörte Lasch also dem sinistren Treuhänder-Milieu an. Aber Lasch war ein korrupter Betrüger. Wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten wurden mehrere Zivilverfahren gegen ihn angestrengt. 1932 leistete er den Offenbarungseid.

In dieser Zeit hatte er bereits in München Jura studiert und wurde dort auch promoviert. Lasch war in der Münchner Zeit ein besonderer Freund des damaligen bayerischen Justizministers und späteren Generalgouverneurs Hans Frank geworden, und unter dessen Protektion wurde er zunächst kommissarischer, dann hauptamtlicher Geschäftsführer der Akademie für Deutsches Recht, schließlich – 1934 – Direktor dieser Akademie. Lasch blieb es, bis seine juristische Dissertation als Plagiat aufflog. Von 1936 bis 1939 war er dann Amtsleiter im Reichsrechtsamt.

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem Sieg über Polen eröffnete Lasch im Generalgouvernement ein neues Betätigungsfeld. Er wurde im Oktober 1939 Distriktsgouverneur von Radom und im August 1941 von Galizien. Neben der auf das Äußerste brutalen Behandlung der Juden, auch aus eigenem Gutdünken, war Laschs Zeit in der Distriktshauptstadt Lemberg von Sauforgien, Korruption, Raubzügen und illegalen Handelsgeschäften (Pelze, Seidenstoffe, Teppiche, Schmuck, Schnaps) gekennzeichnet, ferner von Erpressungen, indem er Juden gegen hohe Summen Rettung versprach, was er selbstverständlich nicht einhielt.

Nachdem dies bekannt geworden war, konnte auch Hans Frank Lasch nicht mehr schützen. Er beurlaubte Lasch am 06.01.1942, angeblich zur Teilnahme an einer Wehrübung, aber am 27.01.1942 wurde er in das deutsche Sondergerichtsgefängnis in Krakau eingeliefert. Noch während des laufenden Sondergerichtsverfahrens kam Lasch in Breslau oder in Auschwitz um. Womöglich hatte Himmler ihm eine Waffe in die Zelle legen lassen, wurde er also von der SS „geselbstmordet“, wie man damals sagte.

Laschs Interimsnachfolger wurde am 06.01.1942 SS-Sturmbannführer Dr. jur. Ludwig Losacker. Er blieb es, bis Dr. jur. Otto Wächter, Brandls Freund und Förderer, Ende

[24] Nicht mit dem SA-Führer Kurt Lasch (1886–1977) zu verwechseln, wie es in der Literatur gelegentlich geschieht.

Januar 1942 das Amt des Distriktsgouverneurs Galizien übernahm. Da es im Bezirk Galizien drunter und drüber gegangen war und zudem die Judenvernichtung nun in ihre entscheidende Phase treten sollte, was hinsichtlich der Deportationstransporte besondere organisatorische Fähigkeiten verlangte, da ferner die wirtschaftliche Ausplünderung mit aller Energie weitergetrieben werden sollte, kurz: da organisatorischer Sachverstand vonnöten war, kam der in dieser Hinsicht fähige Otto Wächter nicht allein. Der folgende Satz sollte mit aller Aufmerksamkeit gelesen werden:

> „Wächter brachte einige seiner engsten Mitarbeiter mit, darunter *Dr. Brandl* als Leiter der Abteilung Wirtschaft, der Wiener SS-Hauptsturmführer Dr. Egon Höller, bis Februar 1942 Kreishauptmann Krakau-Land, dann Stadthauptmann in Lemberg, und dessen österreichischer Wirtschaftsreferent Reisp.“[25]

So ging denn die Österreich-Connection, auf die in der Literatur verschiedentlich hingewiesen wird, in Lemberg, Distrikt Galizien, an die Arbeit. Zur Österreich-Connection gehörte, wie dem Zitat zu entnehmen, Josef Brandl. Er übernahm nun in Lemberg die bereits in Krakau ausgeübte Funktion des Amtsleiters Wirtschaft und wurde darüber hinaus zuständig für das Verkehrswesen im Distrikt. Seine Funktion geht aus einem Vermerk hervor:

> „Distriktsverkehrsleitung GDG[26]/Wi.[27] (Brandl), Benachrichtigung I Nr. 23 betr. Verkehrsfragen“.[28]

Von 1942 auf 1943 trat die Judenvernichtung in Galizien in die entscheidende Phase, und eine entscheidende Rolle spielt dabei der SS-Brigadeführer[29] Fritz Katzmann. Er war zu dieser Zeit SS- und Polizeiführer (SSPF) Galizien, mithin Leiter der SS, des SD und der Polizei. Klein, ungepflegt, Schneidezähne fehlten, der freien Rede kaum mächtig, scheu und schüchtern Akademikern gegenüber. Er war ein Sadist, dessen Untaten hier im Einzelnen nicht angeführt werden sollen.

Als Ökonom, „Treuhänder“, vulgo Raubfachmann, schließlich als Verkehrsspezialist, der auch Verkehrsorganisator gewesen ist, war Brandl auf Informationen über die Judenvernichtungsmaßnahmen angewiesen. Im Rahmen des Holocaust-Geschehens bestand die Aufgabe der Distriktswirtschaftsabteilung darin, jene Juden von den Deportationen aussondern zu lassen, die für die Kriegswirtschaft noch benötigt

25 Sandkühler, Endlösung in Galizien, a. a. O., S. 86 (Hervorhebung von mir/B.-A. R.).
26 Gouverneur Distrikt Galizien (Hauptstadt Lemberg).
27 Wirtschaft.
28 Zit. nach: Sandkühler, Endlösung in Galizien, a. a. O., S. 501, Fußnote 158.
29 Entsprach dem Rang eines Generalmajors der Wehrmacht.

wurden. Das war mit der SS abzuklären bzw. zu verhandeln. Brandl in einer Vernehmung 1966:

> „Durch die Judenaktion der SS kam die Wirtschaft Galiziens fast zum Erliegen. Ich bin deshalb wiederholt bei dem SSPF Katzmann gewesen, der auch meistens meinen Wünschen in der Weise entsprach, dass er uns – zum Beispiel – 10.000 oder 15.000 jüdische Arbeitskräfte überließ, wenn wir 20.000 Arbeitskräfte verlangten."[30]

Man stelle sich solche Szenen vor! Juden sollen zu Tausenden zur Ermordung abtransportiert werden. Brandl weiß dienstlich davon. Er wird bei Katzmann vorstellig und sagt, man brauche noch 20.000 Juden. Sie beginnen, über die Zahl zu verhandeln. Wie viele sollen „weg", wie viele zur Zwangsarbeit hierbleiben? Brandl nennt „20.000", weil er aus Erfahrung weiß (er sprach ja von „meistens"), dass Katzmann sich bequemen wird, ihm 10.000 bis 15.000 zu überlassen …

Brandl war indes nicht Chef des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement. Dies war der Eisenbahningenieur Adolf Gerteis (1886–1957), Generaldirektor bzw. Präsident der Ostbahn von 1939 bis Januar 1945, später in der Bundesrepublik ein hochgeehrter Mann. Gerteis war oberster Zuständiger für die Organisation des Transports der Juden in die Vernichtungslager, also entscheidend am Holocaust beteiligt.[31]

Sofern nicht Massenerschießungen in der nahen Umgebung durchgeführt wurden, bestand die Aufgabe des Zuständigen für Verkehr in Zusammenarbeit mit der Reichsbahn im Rahmen des Holocaustgeschehens darin, die Verkehrskapazitäten aufzuteilen: Deportationstransporte in die Vernichtungslager, Wehrmachtssoldaten- und SS-Männer an die Fronten, Urlauber von den Fronten, Transporte von Zwangsarbeitern in das Reich. Hinzu kamen ab Sommer 1942 die so genannten „Umsiedlerzüge", die täglich bis zu 5.000 Juden in das Vernichtungslager Belzec bringen sollten.[32]

Dr. jur. Ludwig Losacker war bis Ende 1942 Amtschef unter Wächter. Er blieb es bis Januar 1943, als er auf Grund von Differenzen mit der SS entlassen wurde. Sein

---

30 Zeugenvernehmung Josef Brandl, 24.05.1966, BA-ZStL, B 162–4138.

31 Adolf Gerteis war von 1948 bis 1950 Oberbetriebsleiter der Bahn-Generalbetriebsleitung West in Bielefeld. 1950 wurde er zum Vizepräsidenten der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Hauptverwaltung) und anschließend zum stellvertretenden Präsidenten der Deutschen Bundesbahn und ständigen Stellvertreter des Generaldirektors der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn ernannt. Diese Funktion hatte er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1952 inne. 1951 ernannte die TH Hannover Gerteis zum Ehrendoktor; 1952 erhielt er das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland (siehe: Gerteis, Organisation und Aufgaben der Ostbahn, in: Bühler <Hg.>, Das Generalgouvernement, a. a. O.; Massute, Erwin, „Gerteis, Adolf", a. a. O., Peters, Jan-Henrik, Zwischen Lohnarbeit und Deportation. Juden bei der Ostbahn im Generalgouvernement, a. a. O.).

32 Sandkühler, Thomas, Endlösung in Galizien, a. a. O., S. 168.

Nachfolger wurde der Jurist Otto Bauer, zuvor Leiter Innere Verwaltung, in welcher Funktion er an der Organisation der Deportationen beteiligt gewesen war. Bauer fiel am 09.02.1944 einem Partisanen-Attentat zum Opfer. Sein vorübergehender Nachfolger als Amtschef wurde – Josef Brandl. Ab dem 09.02.1944 war er kommissarischer Amtschef. Viel Zeit blieb nicht, im Übrigen waren Juden nicht mehr vorhanden. Es lebten nur mehr wenige Tausend, die sich häufig in Wäldern versteckt hielten und den so genannten „Judenjagden" Ende 1943 hatten entgehen können.

Im Juli 1944 wurde Lemberg von der Roten Armee erobert. Wahrscheinlich unter Brandls Anleitung wurden vor dem Einmarsch Akten des Distriktsgouvernements vernichtet.

Otto Wächter wurde nach Italien befohlen. Im September 1944 wurde er Chef der dortigen deutschen Militärverwaltung, die 1943 nach der Absetzung Mussolinis eingerichtet worden war. Auch Wächters Adlatus Josef Brandl wurde zur Militärverwaltung Italien befohlen. Bei Kriegsende geriet Brandl in Gefangenschaft. Damit endete die rund sechseinhalbjährige Zugehörigkeit Brandls zur Österreich-Connection.

Die gesamte neuere Forschungsliteratur über das Generalgouvernement lässt keinen Zweifel daran, dass die dortige Zivilverwaltung, insbesondere der Bereich Wirtschaft, an den Massenmorden in den Bloodlands organisatorisch beteiligt war. Brandl hatte in den Jahren 1939 bis 1944 ganz plastisch gesehen, wie die Juden verschwanden, hatte Katzmann arbeitsfähige Juden abgehandelt. Brandl musste wissen, was mit den anderen Juden geschah, den berufslosen Männern, den Kindern, Kranken, ökonomisch Uninteressanten, den alten Frauen und alten Männern.

Aus der Vernehmung eines einstigen SS-Offiziers im Jahr 1963:

> „Es ist mir im Laufe meiner Zeit in Lemberg (1941–1944/B.-A. R.) nicht entgangen, dass Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung durchgeführt wurden, und zwar, dass sowohl die Juden abtransportiert wurden wie auch schon an Ort und Stelle in Lemberg umgebracht wurden. Das wusste letzten Endes ja allmählich jeder in Lemberg."[33]

Über einen Wehrmachtsgeneral, der den militärisch sinnlosen Tod Zehntausender junger Soldaten unmittelbar vor Kriegsende auf dem Gewissen hatte und in der Bundesrepublik Karriere machte, schrieb Friedrich Hielscher:

> „Und man fragt sich zuweilen vergeblich, wie so Einer nach alledem, was vorgefallen ist, noch leben mag. Doch geht das wahrscheinlich ganz leicht; und unsereiner ist nur zu dumm, es zu begreifen."

[33] Vernehmung des Beschuldigten Ernst Inquart, 21.03.1963, BA-ZStL, B 162–2107.

Über Schuld äußerte sich ein Brandl dennoch. Zu Hermann Höpker-Aschoff, den wir oben als einen der Leiter der Haupttreuhandstelle Ost kennengelernt haben, sagte er:

> „Gnade uns Gott, wenn das vergossene Blut über uns kommt."

Brandl bestätigte diesen Ausspruch in seiner Vernehmung am 24.05.1966.[34] Er sagte es aber nicht, ohne die Karte zu ziehen, dass er selbst leicht hätte Opfer sein können: Er habe befürchtet, dass ihm aufgrund dieser Äußerung „irgendetwas passieren würde".

Bei einer geheimen Besprechung am 06.08.1942, in der die Schritte zur endgültigen Judenvernichtung vorgestellt wurden, war Dr. jur. Hanns Gareis anwesend. Protokollant war Dr. jur. Hans-Georg Neumann. Brandl, Neumann und Gareis waren während ihres Studiums Korpsbrüder gewesen und standen bis in die 1960er Jahre hinein in gutem Kontakt.

Hanns Gareis, geboren 1896, war in der Zivilverwaltung des Distrikts Galizien Leiter der „Unterabteilung Landwirtschaft" gewesen. 1948 wurde er Direktor des Bayerischen Bauernverbandes, und von 1950 bis 1957 leitete er im Bundeslandwirtschaftsministerium die Abteilung Agrarwesen, letzter Rang: Ministerialdirektor.

In einer Zeugenvernehmung am 25.06.1971 sagte Gareis aus:

> „Auch heute noch sind mir die Äußerungen Bauers und Dr. Losackers in Erinnerung, man schäme sich, ein Deutscher zu sein. Das bezog sich auf die Vernichtungsaktionen gegen die jüdische Bevölkerung. Ich glaube, ab 1942 wusste wohl jeder Deutsche im GG, dass die Juden ausgerottet werden sollten."[35]

## 25.6 Josef Brandl zieht es vor, eine Zeitlang „Karl Müller" zu heißen

Was geschah mit Dr. jur. Otto Wächter nach dem Krieg, was mit seinen engsten Mitarbeitern Dr. jur. Egon Höller, Diplomkaufmann Rudolf Pavlu und Dr. jur. Josef Brandl?

SS-Brigadeführer Otto Wächter, auf der Rangliste des Generalgouvernements eine Position unter Hans Frank, involviert in das Holocaust-Geschehen, verantwortlich für

34 Zeugenvernehmung Josef Brandl, 24.05.1966, a. a. O.
35 BA-ZStL, B 162–4144. „GG" = Generalgouvernement.

Kriegsverbrechen aller Art, konnte unter dem falschen Namen „Alfredo Reinhardt“ in den Vatikan fliehen und kam dort mit der Hilfe des Bischofs Alois Hudal im Collegio Teutonico di Santa Maria in Campo Santo unter. Hudal (1885–1963), Österreicher, Professor der Theologie, Spezialist für das Alte Testament, war nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine der zentralen Figuren bei der Rettung von NS-Verbrechern. Warum Wächter nicht über die so genannte „Ratten-“ bzw. „Klosterlinie“ nach Argentinien oder in den Nahen Osten entkam, ist unklar. Er verstarb nach schwerer Krankheit im August oder September 1949 in seinem Klosterversteck.

SS-Hauptsturmführer Dr. jur. Egon Höller war zunächst interniert, kam 1946 frei und wurde 1948 genau wie Rudolf Greifeld als „Mitläufer“ entnazifiziert. Er war danach als Kaufmann tätig.

Josef Brandl geriet in Italien in Gefangenschaft und sollte 1946 nach Polen ausgeliefert werden. Bereits Ende 1943 hatte die polnische Exilregierung in London ein „Büro für Kriegsverbrecher-Angelegenheiten“ eingerichtet. In Polen wurde im März 1945 die „Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen“ eingerichtet. 1.767 Deutsche bzw. Österreicher wurden ausgeliefert, die meisten, 72 Prozent, aus der amerikanischen Zone. Hinzu kamen 50 Angehörige anderer Nationen.[36]

Ein spektakulärer Fall war das polnische Auslieferungsersuchen im Jahr 1948 in Sachen Wilhelm Hinrich Kopf (SPD), dem ersten Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Er sollte wegen seiner oben bereits berichteten Tätigkeit bei der Haupttreuhandstelle Ost (HTO) vor Gericht gestellt werden. Der polnische Antrag wurde von einem deutschen Gericht aus „Mangel an Beweisen“ abgelehnt.

Von 1946 bis 1948 fanden in Polen sieben große Prozesse statt, so gegen den einstigen Gauleiter des Warthelandes, den Kommandanten des Arbeits- und Konzentrationslagers Plaszow, den ehemaligen Gouverneur des Generalgouvernementsdistrikts Warschau, den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß sowie gegen Angehörige der Lagermannschaft von Auschwitz. Ausgesprochen und vollstreckt wurden nach diesen Verfahren dreißig Todesurteile und sechzehn Haftstrafen von drei Jahren bis lebenslänglich. Insgesamt verhängten die polnischen Gerichte gegen ausgelieferte Personen 193 Todesstrafen und 69-mal lebenslänglich.

Das konnte für Josef Brandl eng werden. Am 22.11.1946 befand er sich auf einem Eisenbahntransport nach Polen, am 23.11.1946 konnte er fliehen. Rudolf Pavlu dagegen, Brandls Genosse und Kollege, Stadthauptmann in Krakau, Mörder der Krakauer Juden, beging Selbstmord, als er nach Polen ausgeliefert werden sollte. Dasselbe gilt für den Leiter der Abteilung Innere Verwaltung in Lemberg, von Harbou, der sich vergiftete. Auf die Auslieferung nach Polen angesprochen, sagte Brandl in

36 Musial, NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, a. a. O. Dort auch die folgenden Einzelheiten.

einer Zeugenvernehmung, die gegen ihn von polnischer Seite erhobenen Vorwürfe seien ihm nicht bekannt geworden.

Nach seiner Flucht schlug Brandl sich nach Bayern durch. Aufgrund seiner Angaben erhielt er von der bayerischen Polizei falsche Papiere auf den Namen „Karl Müller" und tauchte unter. Dass die Polizei einen NS-Belasteten mit falschen Papieren ausstattete, war relativ selten. Die meisten Identitätswechsler in den frühen Jahren hatten sich illegal Papiere beschafft, so etwa Entlassungsschreiben aus Kriegsgefangenenlagern. Man konnte sie auf dem Schwarzmarkt erhalten. Seriöse Schätzungen sprechen von bis zu 60.000 Trägern falscher Namen. Sie wurden als „U-Boote" oder „Braun-Schweiger" bezeichnet. Brandl führte seinen falschen Namen bis 1950. Zu diesem Zeitpunkt war er amnestiert und konnte nicht mehr nach Polen ausgeliefert werden. Er tauchte wieder auf und war wieder Josef Brandl.

Es ist schwer, in den Archiven nach einem „Karl Müller" zu suchen und ihn als Brandl zu identifizieren, zumal dann, wenn dieser auch ein falsches Geburtsdatum angegeben hat. Dies war bei den „Braun-Schweigern" üblich. Daher wissen wir nur im Umriss, wie Brandl sich in der Zeit seiner Illegalität ökonomisch über Wasser gehalten hat. 1946 firmierte er als „kaufmännischer Geschäftsführer", von 1950 bis 1954 war er in Heilbronn selbstständiger Kaufmann in der Schrotthandelsbranche. Bis 1950 war Josef Brandl vom Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermissten-Angehörigen Deutschlands e. V. als „Polen-Vermisster" geführt worden.

Brandls Familie wohnte bis November 1950 in Passau, danach zog er, nun nicht mehr „Müller", mit der Familie nach Heilbronn. 1954 war Brandl in Koblenz gemeldet – das war kein Zufall, wie wir sehen werden.

Hatte Brandl in den 1930er Jahren, unter anderem im Rahmen des Vierjahresplans, am Ausbau der Wehrmacht mitgewirkt, so wirkte er ab 1954 in Koblenz am Aufbau der Bundeswehr mit. Dort nämlich befand sich als Außenstelle des „Amtes" bzw. der „Dienststelle Blank", Vorgängerbehörde des Bundesverteidigungsministeriums, das „Beschaffungsamt". Brandl war zunächst Angestellter, laut Organigramm vom November 1954 in der Abteilung V/A/1 tätig: „Haushalts- und Kassenwesen Brandl RD z. Wv.".[37] Die Abkürzung bedeutet „Regierungsdirektor zur Wiederverwendung". Den Titelzusatz „z. Wv." führten Angestellte, die in Folge des Krieges (Flucht, Vertreibung, Kriegsgefangenschaft, wiedergekehrte Vermisste) ihre Beamtenstellung verloren hatten, bei der Entnazifizierung nicht als „Hauptschuldige" oder „Belastete" eingestuft worden waren und wie Brandl verbindlich mit ihrer Festanstellung und Wieder-Verbeamtung rechnen konnten.

37 Siehe das Verwaltungsschema der Dienststelle Blank, November 1954, in: Krüger, Amt Blank, a. a. O., S. 238.

Oben war bereits von Dr. jur. Eberhard Barth die Rede.[38] Er war im Reichswirtschaftsministerium tätig gewesen und während des Krieges im Generalgouvernement Leiter der Kanzlei des Amtschefs im Distrikt Lublin, Dr. jur. Ludwig Losacker. Im Amt Blank hatte Barth, dem gute Beziehungen zu Adenauer nachgesagt wurden, als Abteilungsleiter den Rang eines Ministerialdirigenten. Später wurde er Senatspräsident des Bundesdisziplinarhofs. In der Forschung wird es nicht für zufällig gehalten, dass Brandl als ehemaliger Generalgouvernementskollege, der auf der Ebene von Barth rangierte, von diesem als Zivilangestellter eingestellt und alsbald zum Ministerialrat befördert wurde. Ehemalige Beamte des Generalgouvernements waren in der Dienststelle Blank, anschließend im Bundesverteidigungsministerium, stark vertreten, und Barth hatte die Dienststelle sogar mit aufgebaut.[39]

Aus der Dienststelle Blank, in die Brandl 1954 eingetreten war, wurde Mitte 1955 das „Bundesministerium für Verteidigung". Für anderthalb Jahre war Brandl Beamter dieses Ministeriums. Von dort aus wechselte er am 01.12.1956 in das Bundesministerium für Atomfragen.

Auf dem Sektor der anwendungsorientierten Atomforschung durfte in der Bundesrepublik ab dem 05.05.1955 wieder gearbeitet werden. Das Atomministerium wurde am 20.10.1955 gegründet, nach der Ersten Genfer „International Conference on the Peaceful Uses of Atomic Energy". Aus dem Atomministerium ist über eine Reihe von Zwischenstationen das heutige BMBF hervorgegangen.

Am 28.06.1961 fand im Bonner Atomministerium eine Besprechung über Fragen der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie statt. Unter den deutschen Teilnehmern:

> „Ministerialrat Dr. Brandl. Referat I – A – 1, Grundsatzfragen der Atomwirtschaft".

Zusätzlich war Brandl auch für „Angelegenheiten der Finanzierung" zuständig.

Brandl hatte neue Kollegen aus alter Zeit. Walther Schnurr erstattete am 20.04.1960 vor der Deutschen Atomkommission einen Bericht über den Bau eines Mehrzweckforschungsreaktors in Karlsruhe. Dieser Reaktor sollte vornehmlich der industriellen Entwicklung dienen und war von Siemens-Schuckert entworfen worden. Er sollte der Brennelemente-Entwicklung dienen, ferner konnte der Reaktor p. a. 20–30 kg Plutonium gewinnen. An diesem Plutonium wollte man „Methoden der chemischen Aufarbeitung sowie der chemischen und mechanischen Weiterverarbeitung von Plutonium (…) studieren". Der Arbeitskreis „Kernreaktoren" der Atomkommission hatte

38 Siehe oben: 25.1, „Anwalt, Nationalsozialist, Austrofaschist", S. 289 ff.

39 Musial, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement, a. a. O., S. 363.

das Projekt bewertet und eine befürwortende Stellungnahme abgegeben, die Karl Winnacker erläuterte. Auf Winnacker ist es zurückzuführen, dass Josef Brandl am 01.04.1962 Geschäftsführer des Mehrzweckforschungsreaktors wurde.

So hatte Brandls Weg an die Spitze des Kernforschungszentrums Karlsruhe über zehn Stationen geführt:

1) Studium der Philosophie und Rechtswissenschaft,
2) Anwaltskanzlei,
3) Grundstücksbeschaffung für die im Rahmen des Vierjahresplans zu vergrößernde Wehrmacht,
4) österreichische radikale NS-Szene,
5) Regierung des Generalgouvernements in Krakau,
6) Generalgouvernementsdistrikt Lemberg in den Bloodlands, dort kommissarischer Amtschef,
7) illegale „Karl-Müller"-Phase und Tätigkeit im Schrotthandel,
8) Amt Blank,
9) Verteidigungsministerium,
10) Atomministerium,
11) Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Dieser stupende Werdegang ist in seinen Einzelheiten nahezu unbegreiflich, strukturaliter aber nicht untypisch.

# 26 Exkurs: Amnesie, Amnestie, Strategie

„Nachdem er vierzehn Gefangene verhört hatte, mochte er *innerlich* und *anständig* nicht mehr hören."[1]

Eine ganze Reihe von Informationen für diesen Exkurs stammt aus einer Zeugenvernehmung Brandls am 24.05.1966 im Ermittlungsverfahren gegen Dr. jur. Hans-Walter Zinser und den Juristen Hans-Adolf Asbach.[2] Dieses Verfahren hatte in den Medien viel Aufsehen erregt.

Zinser war vor dem Krieg Landrat gewesen und im Generalgouvernement Kreishauptmann, was einem Landrat entsprach. Er hatte sich im Holocaust hervorgetan. Vor seiner Tätigkeit im Generalgouvernement war er persönlicher Referent des württembergischen Innenministers Dr. jur. Jonathan Schmid gewesen, den wir oben als Kriegsverwaltungschef von Paris erwähnt haben. Zinser war nach dem Krieg zunächst Verwaltungsgerichtsrat in Stuttgart, anschließend Richter am Bundesverwaltungsgericht Berlin. Ein Verfahren gegen ihn wurde nicht eröffnet.

Das gilt ebenso für den zweiten Juristen, gegen den ermittelt wurde, Hans-Adolf Asbach. Er war im Generalgouvernement zunächst Referent in Krakau gewesen, sodann Kreishauptmann, und an der Ghettoisierung und Deportation administrativ beteiligt. Als Mitglied des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) war Asbach von 1950 bis 1957 Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein. Ein Verfahren gegen ihn wurde ebenfalls nicht eröffnet.

Wenden wir uns der Vernehmung Brandls zu.

Er war bestrebt, die Kollegen aus der „Zivilverwaltung" des Generalgouvernements und auch sich selbst als NS-resistent oder zumindest als potentielles NS-Opfer darzustellen. Über Otto Bauer, seinen 1944 von Partisanen erschossenen Vorgänger in Lemberg, führte Brandl aus, dieser hätte wegen seiner „loyalen Geschäftsführung gegenüber den Einheimischen" vor der Verhaftung durch die Gestapo gestanden. Auch Dr. jur. Hanns Gareis, sein einstiger Korpsbruder, „stand den Judenaktionen und überhaupt dem ganzen System ablehnend gegenüber". Den Gouverneur Wächter habe die SS sogar in ein KZ sperren wollen.

---

1 Timm, Uwe, Ikarien, Köln, [2]2017, S. 42.
2 BA-ZStL B 162/4138.

Auf die „Endlösung der Judenfrage“ angesprochen, äußerte Brandl, es sei möglich, dass auf den Dienstbesprechungen in Krakau und Lemberg „etwas über die Behandlung der Juden gesagt“ worden sei. Er könne sich jedoch nicht mehr daran erinnern. Irgendwelche schriftlichen Anordnungen, die Juden betrafen – ausgenommen Verordnungen und Erlasse –, habe er nie gesehen. Wie viele Juden es in Lemberg gegeben habe, sei ihm nicht bekannt gewesen. Von Maßnahmen der SS gegen die Juden habe er zwar gewusst, aber seine Abteilung habe mit Judenangelegenheiten nichts zu tun gehabt, wenn man von den Bemühungen absehe, „die Juden als Arbeitskräfte zu erhalten“. Mit einzelnen Kollegen sei womöglich über Judenaktionen gesprochen worden, aber er könne sich nicht daran erinnern. Man müsse berücksichtigen, bog Brandl in die Humanitätskurve ein, dass die Zivilverwaltung am Schicksal der jüdischen Bevölkerung nichts ändern konnte. Man habe sehr vorsichtig sein müssen. „Keiner aus unserem Kreise konnte ernstlich gegen die Judenaktionen protestieren.“ Es sei die SS gewesen, die immer wieder in Bereiche der Zivilverwaltung habe eingreifen wollen, um Maßnahmen gegen die Juden vorzubereiten. Die Verwaltung habe sich von Judenaktionen ferngehalten. Dass Juden getötet worden seien, habe er – Brandl – nie gesehen, ebenso wenig, dass Juden mit der Eisenbahn abtransportiert worden seien; er habe auch nicht mitbekommen, dass im August und September 1942 rund 40.000 Juden aus Lemberg abtransportiert worden seien, aber später davon gehört; er habe nur einmal einen toten Juden gesehen, der erschossen auf der Straße lag, den Ort aber „eiligst“ verlassen, um nicht selbst erschossen zu werden.

Drei Kernargumente schälen sich hier sowie bei vielen anderen Vernehmungen heraus:

1) Die „Maßnahmen gegen die Juden“ waren ausschließlich eine Angelegenheit der SS, die Verwaltung habe damit nichts zu tun gehabt.
2) Man sei im Grunde gegen die „Judenaktionen“ gewesen, habe aber nichts dagegen ausrichten können.
3) Viele der Kollegen seien sogar gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen.

Blicken wir in andere Vernehmungen[3]:

- Erwin Mann, Bezirksoberwachtmeister in Rohatyn, ab 1943 in Brzezany; Ausbilder und Zugführer des überwiegend ukrainischen SS-Einsatzbataillons „Galizien“. Er erinnert sich 21 Jahre nach den Hergängen an so gut wie gar nichts, weder an Personen noch an Dienstgrade noch an Orte. „In Brzezany gab es ebenfalls einen jüdischen Wohnbezirk, ich kann mich jedoch nicht mehr daran erinnern, ob dieser durch Schilder kenntlich gemacht, umzäunt und bewacht gewesen ist.

[3] Die folgenden Beispiele aus: BA-ZStL, B 162–4138, B 1162–19365.

Obgleich ich tagtäglich auf dem Weg von der Dienststelle der Kreishauptmannschaft zu meiner Unterkunft im Dienstgebäude der Gendarmerie am Ghetto vorbeigekommen bin, habe ich keine klaren Vorstellungen darüber mehr. (…) Mir ist nicht bekannt, ob es im Kreis Brzezany Zwangsarbeitslager gegeben hat." (In Brzezany lebten 1939 ca. 15.000 Juden; 70 Überlebende im Jahr 1944/B.-A. R.) Erwin Mann hatte nach seiner Internierung zunächst in einer Fabrik gearbeitet; am 01.01.1954 trat er wieder in den Polizeidienst ein.

- Rudolf Röder, SS-Mann, „Referent für Judenfragen und Inspekteur für die gesamten jüdischen Zwangsarbeitslager" bei dem SS- und Polizeiführer in Lemberg. Von der „Aussiedlung" der Juden habe er kaum etwas gewusst und gar nicht, dass mit „Aussiedlung" die Vernichtung gemeint war – obwohl er kurz davor stand, Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka zu werden. „Ein Ghetto habe ich im gesamten Distrikt nicht gesehen. Auch in Lemberg selbst habe ich kein Ghetto gesehen, ich habe aber gehört, dass es dort ein Ghetto gegeben haben soll."
- Aloys Schöller, SA, ab Ende 1941 Kriminalpolizeidienst in Lemberg. Macht geltend, dass er sich nur schwer an die Kriegsjahre erinnern könne, da er 1958 bei einem Autounfall eine Gehirnerschütterung erlitten habe. Zur Zeit der Vernehmung (26.04.1966) Kriminalhauptmeister in Euskirchen.
- Hans-Adolf Asbach, Vernehmung am 18.05.1965, Geschäftsführer a. D., schleswig-holsteinischer Sozialminister a. D.; wird beschuldigt, an der Ermordung jüdischer Einwohner mitgewirkt zu haben. „Bei meiner Vernehmung möge berücksichtigt werden, dass ich Schwierigkeiten mit der Erinnerung habe, ich leide nämlich an einer Zuckerkrankheit, Kreislauf- und Herzbeschwerden." (Es stellte sich heraus, dass er vor der Vernehmung bei seiner ehemaligen, nun als Zeugin vorgeladenen Sekretärin gewesen war und ihr gesagt hatte: „Bloß nichts zugeben!")
- Alfons Ostwald, wird beschuldigt, im Generalgouvernement, Distrikt Radom, als Leiter „Innere Verwaltung" administrativ an der Ermordung von Juden beteiligt gewesen zu sein. „Wenn ich Namen meiner Mitarbeiter in Radom nennen soll, ist mir das kaum möglich." Er erklärt, dass er die Judenverfolgung abgelehnt habe. „Schon in Debica hatte ich wegen meiner gegenteiligen Ansicht über die Behandlung der Juden und auch anderer Maßnahmen Auseinandersetzungen mit dem Distriktsgouverneur Wächter." Der Staatsanwalt fragt, ob er – Ostwald – über die so genannte „Endlösung der Judenfrage" informiert gewesen sei, also über die physische Vernichtung der Juden. Ostwald erklärt, die Behandlung der Juden sei „Sache der Polizei" gewesen. Er habe aber mit der Möglichkeit gerechnet und gehofft, „dass solch eine Schweinerei bei uns nicht vorkommen würde". Der Staatsanwalt legt ein Sitzungsprotokoll der Generalgouvernementsregierung Krakau vom 18.06.1942 vor, wonach Ostwald berichtete, dass die Juden in seinem Distrikt bereits in Ghettos zusammengefasst seien, die „Umsiedlung" sich aber verzögern würde. Ostwald: „Ich meine, vielleicht hat der Protokollführer,

den ich nicht kenne, sich bei der Aufzeichnung vertan und anstelle Böttcher[4] meinen Namen eingesetzt."

Ostwald war zum Zeitpunkt seiner Vernehmung (26.11.1962) Landrat im Landkreis Freiburg. Weitere baden-württembergische Landräte, die im Generalgouvernement tätig gewesen waren:

- Dr. jur. Werner Ansel, von 1939 bis 1944 Kreishauptmann im Generalgouvernement, von 1948 bis 1972 Landrat im Landkreis Crailsheim;
- Eduard Hirsch, von 1940 bis 1945 Leiter der Polizeidirektion Krakau, von 1948 bis 1966 Landrat des Landkreises Heilbronn;
- der Jurist Helmut Weihenmaier, im Generalgouvernement Kreishauptmann von Zamosc (das Vernichtungslager Belzec lag in seinem Bezirk), in der Nachkriegszeit Bürgermeister von Tübingen, 1960 bis 1971 Landrat im Landkreis Freudenstadt.

Die These, dass in Baden-Württemberg nach dem Krieg besonders viele „Ehemalige" aus dem Generalgouvernement Stellen im höheren Beamtendienst fanden, ist in der Forschung gelegentlich aufgestellt worden, und die Reihung scheint es zu bestätigen.[5] Sie *scheint* es – bevor die Verhältnisse in Baden-Württemberg mit jenen in Schleswig-Holstein verglichen werden, denn auch dort können wir eine weitherzige Willkommenskultur feststellen, soweit es sich um NS-Belastete handelte, und zwar auch um Beamte aus dem Generalgouvernement. Der Fall des Ministers a. D. Asbach zeigt es.

Wenn wir von der thick description zur systematischen Betrachtung übergehen, müssen wir auf Dr. jur. Ludwig Losacker (1906–1994) zurückkommen, der für die Beamten des Generalgouvernements, mehrheitlich Juristen, eine ähnliche Rolle spielte wie Winnacker für ‚seine' Chemiker. Mehr noch: Losacker bewirkte, dass in der Bundesrepublik kein Beamter der Zivilverwaltung des Generalgouvernements bestraft wurde. Dies brachte er zustande, indem er Netzwerke knüpfte, in fast jedem Verfahren als Entlastungszeuge auftrat und die Verteidigungsstrategien der Beschuldigten entwickelte. Natürlich kam ihm auch der Zeitgeist entgegen.

Losacker war bereits als Student Nationalsozialist gewesen und beteiligte sich an der Universität Heidelberg an den „Gumbelkrawallen". Der Mathematiker und Friedensaktivist Emil Julius Gumbel (1891–1966) hatte in Erinnerung an die Hungertoten des „Kohlrübenwinters 1917/18" davon gesprochen, dass eine Kohlrübe sich besser für ein Kriegerdenkmal eigne als eine leichtbekleidete Jungfrau. 1932 wurde ihm die

4 Nicht identisch mit dem späteren Jülicher Wissenschaftlich-Technischen Geschäftsführer Alfred Böttcher.

5 Roth, Herrenmenschen, a. a. O., S. 389 f.

Lehrberechtigung entzogen. Dabei spielte sicherlich eine Rolle und verschärfte aus Sicht der rechtsradikalen Studenten wie Losacker den Skandal, dass Gumbel Jude war.

Losacker trat 1931 in die NSDAP ein, 1933 in die SS, 1936 in den Sicherheitsdienst der SS. Im Krieg bracht er es bis zum Obersturmbannführer, was einem Oberstleutnant bei der Wehrmacht entsprach. Ab Oktober 1939 war Losacker Mitglied der Zivilverwaltung im Generalgouvernement, Distrikt Krakau. Als Kreishauptmann von Jaslo ordnete er an, „dass ab heute, den 25. Mai 1940, kein Jude, keine Jüdin, kein jüdisches Kind die Straße betreten darf. Auch das Hinausschauen aus den Fenstern ist untersagt". Es sind Fälle überliefert, dass kleine jüdische Kinder erschossen wurden, die ein paar Minuten nach der Sperrstunde noch auf der Straße spielten, und dass auf Juden geschossen wurde, die aus dem Fenster blickten.

Ohne Zweifel war Losacker aktiv an der Judenverfolgung und den Deportationen beteiligt gewesen. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde 1963 eingestellt, obgleich er und der von Partisanen ermordete Otto Bauer in der Forschung als Schlüsselfiguren bei der Judenvernichtung im Distrikt Galizien bezeichnet werden. Wir erinnern uns zugleich daran, dass Bauer von Brandl wegen seiner angeblichen „loyalen Geschäftsführung gegenüber den Einheimischen" gelobt wurde.

1941 wurde Losacker Amtschef des Distriktsgouverneurs von Lublin, 1943 Vizegouverneur des Distrikts Krakau und nach dem Fall Lasch[6] Vertreter des Distriktsgouverneurs von Galizien sowie Präsident des Hauptamtes Verwaltung im Generalgouvernement. Aufgrund interner Streitigkeiten mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Friedrich-Wilhelm Krüger wurde Losacker seiner Ämter enthoben und bei der Waffen-SS in Italien eingesetzt, wo er schwer verwundet wurde.

Nach Kriegsende war Losacker in Dachau interniert und hatte Zeit, an seiner Legende zu stricken. Ausgangspunkt war dabei – wie so oft – die Umfälschung interner Regimekonflikte in Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus. Dieser dramaturgische Trick wurde für die Aufführungspraxis der alten Eliten im neuen Staat immer wieder genutzt. Darüber hinaus entwickelte Losacker die Legende der ‚sauberen' Verwaltung des Generalgouvernements.

Aber Polen stellte ein Auslieferungsersuchen für Losacker. Es wurde nicht weiter verfolgt. So konnte seine Karriere in der Bundesrepublik ihren Lauf nehmen. Ab 1948 war Losacker Referent, dann Geschäfts- und schließlich Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands der Chemischen Industrie. In den 1930er Jahren war er, bereits promoviert, Praktikant bei der I. G. Farben gewesen. Ob daraus engere Verbindungen zur Konzernspitze entstanden waren, die ihm nun zugute kamen, ein Take-off dank

6 Siehe oben: 25.5, „‚Gnade uns Gott, wenn das vergossene Blut über uns kommt.' Brandl in Lemberg", S. 306 ff.

Winnacker, ist unklar. Von 1960 bis 1971 sehen wir Losacker als Direktor des Deutschen Industrie-Instituts in Köln und in dieser Phase zeitweilig auch als Dozent an der Hochschule für Politik in München.

Parallel dazu setzte sich Losacker derart massiv für seine einstigen Generalgouvernementskameraden und -kollegen ein, dass schwer zu entscheiden ist, was Haupt-, was Nebenamt war. Bereits in den 1950er Jahren hatte er einen „Freundeskreis der ehemaligen Beamten des Generalgouvernements" gebildet, einen informellen Schutz- und Trutzbund zur gegenseitigen Unterstützung. Er glich der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" (HIAG) der einstigen SS-Angehörigen. Zu Losackers „Freundeskreis" zählten mit Sicherheit Barth und Brandl. In gelegentlichem Schriftverkehr Losackers mit *Greifeld* und *Schnurr* weist dagegen nichts auf den „Freundeskreis" hin, denn als einstiger Kriegsverwaltungsrat in Paris gehörte Greifeld nicht zum Kundenkreis von Losackers Exkulpationsfabrik.[7]

Losackers „Freundeskreis" hatte mächtigen Einfluss. Die Angehörigen saßen überall. So sah sich denn die Justiz der Bundesrepublik bei ihren Ermittlungen ab den späten 1950er Jahren „mit einer Elite bis hinauf zu Bundesrichtern, Landesministern, Staatssekretären, Industrieführern und auch Journalisten konfrontiert, gegen die kein Kraut gewachsen war".[8] Man schob alles auf die SS, stellte einander Persilscheine aus – und machte Karriere. Losacker zog alle Beschuldigten aus der Schusslinie. Er schrieb dem Minister a. D. Asbach, von dem oben mehrfach die Rede war, im Juli 1966:

> „Ich wünsche Ihnen von Herzen, dass man endlich die untauglichen Versuche der Vergangenheitsbewältigung einstellt."

Losackers Argumente als Entlastungszeuge waren immer dieselben:

- „Die Dinge, die mit der so genannten ‚Endlösung' zu tun hatten, waren, zumindest im Generalgouvernement, faktisch allein in der Hand des HSSPF Krüger."
- Otto Wächter habe sich von Anfang an gegen jegliche Beteiligung der Zivilverwaltung an den Aktionen gegen die Juden ausgesprochen.
- Er erklärte, dass für die Kontakte der Zivilverwaltung mit der jüdischen Bevölkerung „Betreuungswesen und Fürsorge" zuständig gewesen seien. Betreut worden sei die polnische, ukrainische und auch die jüdische Bevölkerung: „An sie waren Liebesgaben zu verteilen, die aus dem Ausland kamen, Lebensmittel zuzuweisen (…)".

7 Im März 1963 empfahl Losacker eine Mitarbeiterin für einen Posten bei Euratom und bat Greifeld und Schnurr um Vermittlung.

8 Roth, Herrenmenschen, a. a. O., S. 305 f.; Sandkühler, Endlösung in Galizien, a. a. O., S. 422 f.

Besonders Punkt 3 ist zu entnehmen, dass sich Losacker an Dreistigkeit nicht leicht übertreffen ließ.

Die strikte Trennung von Verwaltung und SS war das Kernargument der Losacker'schen Richtung. Schuld hatte immer nur die SS, wenngleich hochrangige SS-Führer wie Wächter und eben Losacker selbst an der Spitze der Verwaltung gestanden hatten.

Gern schob man die Schuld auf bereits verstorbene SS-Männer, so etwa auf Katzmann. Dieser von Himmler als der „tüchtige Katzmann" bezeichnete Brutalscherge war gar nicht tot, sondern lebte unter falschem Namen in Hamburg. Erst kurz vor seinem Ableben offenbarte er sich einer Krankenschwester. Katzmann hatte allerdings dichtgehalten, um es in der Gaunersprache zu sagen.

Selbstverständlich ergeben die Quellen das Gegenteil des Losacker'schen Kernarguments, Verwaltung und SS seien wie voneinander entfernte Kontinente gewesen. Brandls Vorgesetzter, SS-Brigadeführer Dr. jur. Otto Wächter, schrieb 1942: „Ich habe während dieser vergangenen zweieinhalb Jahre nicht in einer Kampfsituation zwischen SS- und Polizei/Verwaltung gearbeitet, sondern habe mich während dieser ganzen Zeit unermüdlich für eine Zusammenarbeit eingesetzt." Generalgouverneur Frank dankte Wächter am 01.08.1942 in einer Rede im Lemberger Opernhaus für die Deportation der Juden:

> „Ich muss sagen, Parteigenosse Wächter: das habt ihr fein gemacht; in einem Jahr habt ihr vergessen lassen, was das für ein Drecknest war. Lemberg ist wieder eine richtige stolze deutsche Stadt (…). Übrigens habe ich heute gar nichts mehr davon gesehen. Was ist denn das? Es soll doch in dieser Stadt einmal Tausende und Abertausende von diesen Plattfußindianern gegeben haben (i. e. den Juden/B.-A. R.), – es war keiner mehr zu sehen. Ihr werdet doch am Ende mit denen nicht böse umgegangen sein? (Große Heiterkeit)."

Und am 18.01.1943 erhielt Wächter von keinem Geringeren als Heinrich Himmler ausdrücklichen Dank für die enge Kooperation von Verwaltung und SS:

> „Galizien ist ruhig und in Ordnung geblieben. Dies ist Ihr (Wächters/B.-A. R.) großes Verdienst und ist nicht zuletzt auf die harmonische Arbeit von Ihnen mit dem tüchtigen Katzmann und, unpersönlich ausgedrückt, auf die wirkliche Zusammenarbeit von Verwaltung mit SS und Polizei in Ihrem Distrikt zurückzuführen."[9]

Männer wie Losacker, Asbach, Brandl haben nach dem Krieg mit forensischer Raffinesse dargelegt, dass sie mit Verbrechen nichts zu tun gehabt hätten. Götz Aly hebt

[9] Zit. nach: Friedman (Hg.), Die zwei Wiener illegalen Nazis Dr. Otto Wächter als Gouverneur in Krakau und Lemberg und Rudolf Pavlu als Stadthauptmann …, a. a. O, S. 97.

hervor, dass kein Angehöriger der ostgalizischen Zivilverwaltung nach 1945 bestraft wurde. Sodann zählt er Nachkriegskarrieren auf:

> „Oberregierungsrat in Hildesheim Heinz Albrecht, Kreisdirektor von Wipperfürth Viktor von Dewitz, Rechtsanwalt in Düsseldorf Hermann Görgens, angesehener links-liberaler Journalist in Hamburg Klaus Peter Volkmann (Pseudonym Peter Grubbe), Staatssekretär in Niedersachsen Otto Wendt, Leiter des Deutschen Industrie-Instituts Ludwig Losacker (ehemals Amtschef beim Distriktgouverneur in Lemberg), *Geschäftsführer der Gesellschaft für Kernforschung Josef Brandl*, Richter am Bundesverwaltungsgericht Hans-Walter Zinser, Sozialminister in Schleswig-Holstein Hans-Adolf Asbach."[10]

Brandl wird also ausdrücklich genannt, und er ist inbegriffen, wenn Aly über diese Herren schreibt, *sie* seien es gewesen, die laut Protokoll in stürmischen Beifall ausgebrochen waren, als Generalgouverneur Frank seine Rede in der Lemberger Oper hielt.[11]

Brandl wird in seiner Karlsruher Zeit als joviale Frohnatur geschildert, als Pfundskerl, bei dem das Altbayerische durchkam.[12]

Frei nach Karl Marx waren Männer wie Losacker, Asbach, Brandl Charaktermasken – mit den Promotionsurkunden Juristischer Fakultäten in den Händen und mit den Füßen im Blut.

Es waren „Typen", und „Typen", so Ernst Jünger, „werden in Serien hergestellt." – „Bei manchen Menschen ist es eine Unverschämtheit, wenn sie ‚Ich' sagen." (Theodor W. Adorno)

Ende des Exkurses.

---

10 Aly, Götz, Der Holocaust, in: Der Spiegel 36/1999 (Serie „Spiegel des 20. Jahrhunderts. Das unbewältigte Verbrechen. 4. Der Holocaust") (Hervorhebung im Zitat von mir/B.-A. R.).

11 Ebd.

12 Gespräch des Verfassers mit Prof. Dr. Hellmut Wagner (04.12.2014).

# 27 Schlussbetrachtungen

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Biografie Rudolf Greifelds, des langjährigen administrativen Geschäftsführers des Karlsruher Kernforschungszentrums. Betrachtet wurden seine politische Sozialisation, seine Rolle im „Dritten Reich", insbesondere während des Zweiten Weltkriegs, die Nachkriegsbiografie und die Greifeld-Kontroverse, ausgelöst durch die Recherchen des Physikers Léon Gruenbaum.

Es war geboten, einen Vergleich mit Greifelds Karlsruher Geschäftsführerkollegen anzustellen,

- um ein Gesamtbild zu erhalten und Greifelds Rolle im „Dritten Reich" und in der Bundesrepublik sowie seine Tätigkeit im Kernforschungszentrum Karlsruhe einschätzen zu können,
- um zu vermeiden, was Kant den „zyklopischen Blick" auf die Dinge nannte,
- um zu schauen schließlich, wer – frei nach Bourdieu – mit Greifeld „in der Metro saß".

Das förderte in den Fällen Ritter, Schnurr und Brandl Unerwartetes, ja Schockierendes zutage. Die Aktivitäten und Funktionen dieser Herren in der NS-Zeit, vornehmlich im Krieg, hatten in eine teils erschreckende Nähe zu den Untaten und Verbrechen des Regimes geführt. Nur von „Verstrickungen" in das NS-Regime reden zu wollen, wäre euphemistisch, weil der Ausdruck „verstrickt" das eigene Zutun als eher gering hinstellt.

Sachwalter des beschriebenen Geschehens waren einzelne Chemiker, vor allem aber waren es Juristen. Wir haben viele Träger bundesdeutscher Orden in Aktion sehen können. Und wir hatten Gelegenheit, promovierten Juristen bei der Arbeit zuzuschauen.[1] Um einige zu nennen:

Best, Brandl, Ernst, Fickert, Frank, Gareis, Greifeld, Herbold, Höller, Höpker-Aschoff, Könekamp, Labs, Lasch, Lischka, Losacker, Michel, Seifriz, Wächter.

Schleiermacher hat zwischen Kenntnissen und *Er*kenntnissen unterschieden. Ein historisches Gutachten soll Wissen punktuell erweitern und kann dabei auch an der

[1] Der Verfasser hat die juristischen Doktortitel der Herren so oft angeführt, um die Rolle von Juristen in dem zu beschreibenden Geschehen hervorzuheben.

Ermittlung von Petitessen nicht vorübergehen. Über solche Kenntnisse hinausgehende *Er*kenntnisse, die vielleicht den Begriff einer historischen Phase vertiefen, werden in der Regel nicht erwartet. Aber ergeben sich aus einer Analyse der Aktivitäten Greifelds, namentlich aber Ritters, Schnurrs und Brandls vor, im und nach dem Krieg auch *Er*kenntnisse?

Es ist freilich nur allzu bekannt, sogar trivial, dass viele ehemalige Nationalsozialisten und Funktionsträger des Regimes in der Bundesrepublik hohe und höchste Positionen erlangten. Fragen wir, wie diese „Ehemaligen" solche Positionen erhalten und sich darin halten konnten, so stoßen wir auf eine Kombination von Überlebenswillen, Unverfrorenheit, Netzwerkertum und Gebraucht-Werden, also dem entgegenkommenden Argument, auf Fachleute könne nicht verzichtet werden.

Der eifrigste Netzwerker, dem wir begegnet sind, war Karl Winnacker (1903–1983). Großgeworden im I. G. Farben-Konzern, Vorstandsvorsitzender der Farbwerke Hoechst von 1952 bis 1969, 1955 Mitglied der bundesdeutschen Delegation bei der ersten Genfer Atomkonferenz, Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Atomkommission von 1955 bis zur Auflösung 1971, Gründer und Präsident des Deutschen Atomforums, lange Jahre im Aufsichtsrat des Karlsruher Kernforschungszentrums. Winnacker war die graue Eminenz der deutschen Atompolitik, ja, wie der Spiegel 1969 schrieb, der bundesdeutschen Forschungspolitik überhaupt.[2] Winnacker beeinflusste die Politik, konnte Personen hochloben, in den Abgrund schmettern und Günstlinge platzieren, wohin er wollte. Im Karlsruher Kernforschungszentrum, im Gegensatz zur damaligen Kernforschungsanlage Jülich das deutsche Big Science-Center auf dem Atomsektor schlechthin, hielt er die Fäden in der Hand.

Zumindest bis Ende der 1950er Jahre fehlte es an breiter öffentlicher Kritik an dem Stornierungsverhalten gegenüber der NS-Vergangenheit und dem ungenierten „Konnexionismus"[3]. Hier ist an den Komfort des Kalten Krieges zu denken. Er bestand darin, dass Hinweise auf Verstrickungen und Schuld, auf Teilnahme am Terror in der NS-Zeit, bequem als „Ostzonenpropaganda" abgetan werden konnten, als Querschüsse aus dem Ulbrichtstaat.

---

2 Murren und Mauscheln, a. a. O.

3 Beschreibung dieses Phänomens sehr erhellend in: Stoeckel, Walter, Erinnerungen eines Frauenarztes, München 1966, insb. S. 62 f., S. 94 ff. Stoeckel (1871–1966) bezog diesen Begriff überwiegend auf das Verhältnis Korpsstudenten – „Alte Herren", aber der Term „Konnexionismus" kann weit darüber hinaus Anwendung finden. Will man diesem Phänomen nachgehen, so sind Gelehrtenmemoiren häufig eine Fundgrube. Dem Herzchirurgen Werner Forßmann (1904–1979), Nobelpreis 1956, fehlte der Segen des Konnexionismus, so dass er nicht recht vorankam. Er wolle sich, schrieb er sarkastisch, mit einem Schild um den Hals auf den Fußgängerweg der Düsseldorfer Königsallee setzen: Nobelpreisträger sucht Arbeit. Resigniert schrieb Forßmann: „Nicht jeder kann den Papst zum Vetter haben." Ein solcher „Papst" und „Vetter" war Karl Winnacker ohne jeden Zweifel (siehe: Forßmann, Werner, Selbstversuch. Erinnerungen eines Chirurgen, Düsseldorf 1972, S. 112 ff.).

Wir brauchen, um Einflussmöglichkeiten zu erkunden, aber nicht bis zu Winnacker hinaufzugehen. Welchen Einfluss Akteure besaßen, so genannte „Ehemalige“, die zwei oder drei Etagen unterhalb rangierten, lässt sich leicht an vier Personen zeigen, die ausführlich porträtiert worden sind. Stellen wir deren wichtigste Gremienmitgliedschaften noch einmal zusammen:

Rudolf Greifeld:

1) Arbeitskreis „Recht und Verwaltung“ des Deutschen Atomforums,
2) Beirat der Heidelberger Immobilien- und Industrievermittlungsgesellschaft,
3) Lenkungsausschuss ILL,
4) Beirat der Karlsruher Lebensversicherung AG,
5) Deutsch-Indische Gesellschaft,
6) Ehrensenator der Universität Karlsruhe,
7) Kuratorium der Staatlichen Ingenieurschule für Bau- und Maschinenwesen Karlsruhe,
8) Regionalbeirat Nordbaden des Aufsichtsrats der Badischen Bank,
9) Vorstandsmitglied TÜV Mannheim.

Walther Labs:

1) Beiratsmitglied beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau,
2) Direktor des Verbands Öffentlicher Verkehrsbetriebe,
3) Geschäftsführungsmitglied des Aktionsausschusses Verkehr der Europäischen Gemeinschaften,
4) Mitglied des Hauptvorstands der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft,
5) Vorstandsmitglied im Deutschen Verkehrssicherheitsrat,
6) Zeitschriften- und Reihenherausgeber.

August Herbold:

1) Aufsichtsrat der Deutschen Kapitalanlage-Gesellschaft,
2) Aufsichtsrat der Gesellschaft für Datenverarbeitung der Badischen Sparkassenorganisation,
3) Aufsichtsrat der Neckar AG,
4) Aufsichtsrat der Sparkassenwohnbau,
5) Beiratsvorsitzender der Fa. Ernst Schmitthelm Federn- und Metallwarenfabrik Heidelberg,
6) Leiter der Landesbezirksdirektion für Wirtschaft und Verkehr in Nordbaden,
7) Präsident des Badischen Sparkassen- und Giroverbands,

8) Verwaltungsrat der Badischen Landesbausparkasse,
9) Verwaltungsrat der Deutschen Girozentrale,
10) Verwaltungsrat der Öffentlichen Versicherungsanstalt der Badischen Sparkassen,
11) Vorstand des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Elmar Michel:

1) Ehrenmitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer,
2) Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Ludwigsburg,
3) Vorsitzender des Ausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages für verteidigungswirtschaftliche Fragen,
4) Vorsitzender der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk und Fernsehen,
5) in seiner Funktion als Wettbewerbshüter im Bereich Presse, Funk und Fernsehen auch Berater der Bundesregierung,
6) Vorsitzender der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs,
7) Vorstandsvorsitzender des deutschen Markenverbands.

Hinzu kamen die hauptberuflichen Führungspositionen: Greifeld im Wissenschaftsmanagement, Labs im Bereich Verkehrswesen, zusätzlich als Berater der Bundesregierung, Herbold auf dem Bankensektor, Michel als Generaldirektor des Salamander-Konzerns und ebenfalls als Berater der Bundesregierung.

Die vier Akteure, drei von ihnen mit Bundesverdienstkreuzen unterschiedlicher Rangstufen ausgezeichnet, saßen also in mindestens 33 Gremien an führender Stelle. Wir können darüber hinaus davon ausgehen, dass sie das Privileg des immediaten Zugangs zur Landesregierung und zur Bundesregierung besaßen. Alle verfügten über beste Beziehungen zur „Politik". Wie die Aufstellung ergibt, waren die vier Herren in den folgenden sechzehn Bereichen mächtig und einflussreich:

1) Politik,
2) Atomwirtschaft,
3) Atomforum,
4) Großforschung,
5) Universitäten,
6) Staatliche Ingenieursschule für Bau- und Maschinenwesen,
7) TÜV,
8) Administration öffentlicher Verkehrsbetriebe,
9) Bank- und Sparkassenwesen,
10) Immobiliensektor,
11) Wirtschaftsverbandswesen,

12) Industrie- und Handelskammern,
13) Industrie- und Handelstag,
14) Salamander-Group,
15) Wirtschaftsprüfung,
16) Versicherungswesen.

Wer im deutschen Südwesten als jüngerer Nachrücker eine Karriere in den genannten Bereichen anstrebte, kam an diesen Männern bis in die frühen 1970er Jahre schwerlich vorbei. Es war nicht ratsam, sich mit ihnen anzulegen.

Wie bereits an anderer Stelle betont, war der Nationalsozialismus ein Regime der jungen Leute gewesen. Entsprechend weit ragte deren Einfluss in die Geschichte der Bundesrepublik hinein. 1965 war Greifeld 54 Jahre alt, Labs 55, Herbold 60, allein Michel, geb. 1897, stand im Rentenalter. Bis zur Pension hatte Greifeld noch elf Berufsjahre vor sich, Labs zehn, Herbold fünf. Der Einfluss dieser Führungsgruppe – und sie steht nur pars pro toto – reichte also bis in die späten 1960er und frühen 1970er Jahre hinein, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass viele Gremienmitgliedschaften und entsprechender Einfluss mit dem Eintritt in den Ruhestand nicht erloschen, denken wir etwa an Aufsichtsratsmandate oder Beraterverträge.

Es hat keine ungefähr gleich starke und gleichaltrige etablierte Gegen-Elite gegeben. Nehmen wir als Beispiel das politische Feld: Der Adenauer-Biograf Hans-Peter Schwarz hat auf die demokratischen Politiker des Neuanfangs geblickt, auf Männer wie Theodor Heuss (geb. 1884), Kurt Schumacher (geb. 1895, durch Konzentrationslagerhaft schwer gezeichnet, 1952 verstorben), Konrad Adenauer (geb. 1876). Sie waren bereits in der Weimarer Republik oder sogar im Kaiserreich aktiv gewesen. Schwarz' despektierliches Fazit: „Wohin man schaute: lauter Wracks."[4]

Die Integrationsbereitschaft der Bundesrepublik war hoch. Aber wären die „Ehemaligen" nicht integriert worden und hätte es den Komfort des Kalten Krieges sowie das kalmierende Glück des Wirtschaftswunders nicht gegeben, so hätten die alten und zugleich immer noch relativ jungen Eliten aus der NS-Zeit eine Gefahr für den neuen Staat bilden können. Man hat die These aufgestellt, dass es zum Wirtschaftswunder und zu den Erfolgen des Wiederaufbaus vielleicht nicht gekommen wäre, wenn die westdeutsche Gesellschaft den Nationalsozialismus bis Ende der 1950er Jahre *nicht* beschwiegen hätte.[5] Eine Kombination von ausgeschalteten Angehörigen der NS-Eliten und Mangelmilieu hätte das Projekt „Bundesrepublik" scheitern lassen können. Paradoxerweise trugen die Herren zum ökonomischen Aufschwung der

4 Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, a. a. O., S. 499.
5 Dies die These von Lübbe, Hermann, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, a. a. O.

Bundesrepublik bei, der einen Rückfall in vordemokratische Zustände zu verhindern half. Vielleicht ist hier die Bedingung der Möglichkeit zu sehen, dass trotz der vielfach auszumachenden Elitenkontinuität mit der Bundesrepublik ein demokratischer Staat entstand.

Wir biegen von diesen allgemein gehaltenen Reflexionen auf das Karlsruher Kernforschungszentrum zurück, wobei Otto Haxel als die große Ausnahme zu betrachten ist. Obgleich Mitglied der NSDAP und der SA gewesen, war er in erster Linie Wissenschaftler und wohl – wie oben provokativ formuliert wurde – der einzige Intellektuelle unter den ins Auge gefassten fünf Geschäftsführern.

Als die friedliche anwendungsorientierte Kernforschung in der Bundesrepublik ab 1955 beginnen konnte, weil die Forschungsrestriktionen der Siegermächte aufgehoben wurden, galt es, den Rückstand gegenüber dem Ausland aufzuholen, und dies möglichst schnell. Rückstandsüberwindung war Aufholjagd. Zur Charakterisierung bietet sich Niklas Luhmanns Begriff der „Tempo-Ideologie" an.

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sollten zusammengeschaltet werden, um eine Nuklearforschung und -industrie aufzubauen, von der nach allgemeiner und seinerzeit kaum bestrittener Auffassung die Zukunft abhing. Nicht umsonst war vom beginnenden „Atomzeitalter" die Rede. Um die Zukunft nicht zu verpassen, mussten die Ergebnisse einer anwendungsorientierten Kernforschung möglichst rasch in Großtechnik umgesetzt werden. Im Energiebereich sollte die junge Bundesrepublik für die als rasant erwartete Verbrauchssteigerung gewappnet sein. Aber es ging nicht nur um Energiegewinnung. Das Thema „Radioaktivität" sollte in großer Breite erforscht werden, etwa auch in den Bereichen Medizin und Landwirtschaft.[6]

Vertiefen wir an dieser Stelle kurz, was „Rückstand" bedeutete.[7] Es ging darum, vom Fortschritt des Auslands nicht abgehängt zu werden. Würde dies geschehen und sollte die Bundesrepublik diesen Kampf verlieren, so drohte sie, wie es vielfach hieß, auf den Status eines Entwicklungslandes zurückzufallen. Rückstand war bedrohlich, im Krieg lebensbedrohlich. Die Rückstandsüberwindung war eine nationale Anstrengung. Sie bot damit dem nationalen Gedanken nach 1945 eine Bastion. Erfahrungen aus dem „Dritten Reich" konnten abgerufen werden. Im Krieg hatten die Akteure spätestens ab 1943 erlebt, was „Rückstand" heißt. Ferner waren sie, denken wir an Brandl, Ritter und Schnurr, daran beteiligt gewesen, eine Dynamik zu entfesseln, die es dem Deutschen Reich ermöglichte, einen Krieg gegen die halbe Welt zu führen. Warum,

6 Dies in der auch historisch reflektierenden Selbstdarstellung des Forschungszentrums Jülich aus dem Jahr 2000: „Systemevaluation der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren durch den Wissenschaftsrat. Fragen an die Leitung des Forschungszentrums Jülich" (Archiv des Forschungszentrums Jülich).

7 Siehe dazu: Rusinek, Das Forschungszentrum, „Exkurs: Der Rückstand. Geschichte und Bedeutung einer Problemwahrnehmung", a. a. O., S. 203–215.

so wurde in der Nachkriegszeit gefragt, gelinge solche Entfesselung der Kräfte vor allem in Kriegen? Sollte es nicht möglich sein, die vorhandenen Potentiale in gleicher Weise im Frieden zu entfalten? Vor diesem Hintergrund kann das Projekt der friedlichen Kernenergienutzung in den 1950er Jahren als friedliche Kriegsanstrengung gedeutet werden. Hier amalgamierten Generationserfahrung, Mentalität und Rückstandsüberwindungsdenken.

Es war die Rede davon, dass Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammengeschaltet werden mussten, um den Rückstand auf dem Sektor der friedlichen Kernenergienutzung in möglichst kurzer Frist zu überwinden. Benötigt wurden Schnittstellenmanager. Solche Managementqualitäten brachten Ritter, Schnurr und Brandl mit, in geringerem Maße auch Greifeld. Ritter, Schnurr und Brandl waren im Umfeld des „Vierjahresplans" zur Autarkisierung, Wehrertüchtigung sowie zur Befähigung des „Dritten Reichs" tätig gewesen, einen Angriffskrieg zu führen: Ritter als rechte Hand des Vierjahresplan-Architekten Krauch und als Vermittler zwischen Wehrmacht und Industrie, Schnurr als Sprengstoff-Fachmann und ebenfalls Verbindungsmann zwischen Wehrmacht und Industrie, Brandl in Deutschland als Liegenschaftsbeschaffer für das OKW, im angeschlossenen Österreich als Mitarbeiter bei dem Wehrwirtschaftsstab bzw. der Wehrwirtschaftsstelle Wien, wo er an der Umstellung von ziviler auf kriegsrelevante Produktion beteiligt war, schließlich im Generalgouvernement als ausplündernder „Treuhänder", Verkehrsorganisator und Spezialist für den Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter.

Die Herren waren Tempo-Ideologen und Top-down-Entscheider gewesen, vor wie nach 1945, Ritter und Schnurr ausgewiesene Experten auf dem Feld der Umsetzung von Forschungsergebnissen in großtechnische Produktion. Trotz seiner vergleichsweise subalternen Stellung im „Dritten Reich" mochte auch Greifeld in diese Reihe gehören: In Pirna war auch er mit Vierjahresplan-Angelegenheiten befasst gewesen; in Paris war er an der Schnittstelle zwischen der MBF-Zivilverwaltung und der Präfektur tätig.

Formal – nota bene: von der Form her! – wies der Plan „Kernenergie" Ähnlichkeiten mit dem Vierjahresplan auf, der ja auch Rückstand in Vorsprung verwandeln sollte, und dies möglichst schnell. Die Akteure mussten zu diesem Zweck Sektoren zusammenschalten. Vierjahresplan und Kernenergieprogramm waren Tempoprojekte. Modern geredet, sollten beide Male Synergieeffekte erzeugt werden, auf Dynamik abzielende corporate identities. Wie dies zustande gebracht werden konnte, hatten die Herren bei der Gestaltung des Vierjahresplans gelernt. Es bietet sich als Hypothese an, dass der Vierjahresplan eine Business School für die oftmals reaktionären Modernisierer der Adenauer-Zeit gewesen ist.

Dasselbe lässt sich für die Wehrmacht feststellen.[8] Ein leitender Ingenieur der einstigen Kernforschungsanlage Jülich (KFA) sagte über seine Qualifikation, es habe für den Aufbau der KFA-Infrastruktur mit Sicherheit bessere Fachleute und kundigere Ingenieure gegeben als ihn. Aber Situationen erkennen, Entscheidungen schnell treffen und sie durchsetzen, dies seien Eigenschaften, die er beim Militär gelernt habe. „Ich habe im Generalstab gelernt, wie man Menschen führt, und das kam mir jetzt zugute."[9] Der Manager Kurt Lotz (1912–2005) hatte als VW-Vorstand den Übergang vom „Käfer" zum „Golf" erfolgreich bewerkstelligt. Nach seiner Auffassung waren militärische und Unternehmensführung weitgehend dasselbe. In seinen Memoiren überraschte er mit seiner Definition von „Unternehmensführung": Er übernahm einfach eine Passage der Bundeswehr-Vorschrift für Gefechtsführung und ersetzte darin „Truppenführung" durch „Unternehmensführung", „Schlachtfeld" durch „Markt" und „Truppenführer" durch „Unternehmer".[10]

Dass die einstigen Nationalsozialisten mit der Kernenergienutzung auch unverhohlen nationalsozialistische Ziele verfolgten, ist das große Missverständnis in Léon Gruenbaums „Plutoniumgesellschaft"[11]. Bei Männern wie Ritter und Schnurr ist nicht zu klären, ob sie in der NS-Zeit überhaupt im ideologischen Sinn Nationalsozialisten gewesen waren wie Brandl oder Greifeld. Sie hätten es jedenfalls nicht gewesen sein müssen. Aber bei der Durchführung des Vierjahresplans sowie im Krieg hatten sie Fähigkeiten erworben, die dem Aufbau der Bundesrepublik zugute kamen. Dies betraf nicht nur das Schnittstellenmanagement. Jemand, der als Administrator und Organisator im Modus des nationalsozialistischen „Führer-Prinzips" erfolgreich agiert hatte, war in der Wiederaufbauphase ein schneidiger Top-down-Entscheider. Bottom-up war seine Sache nicht.

Sucht man eine symbolische Verdichtung, so wäre der Hinweis auf jenen späteren Geschäftsführer geeignet, der im Generalgouvernement, Distrikt Galizien, unter

---

8 Zur Frage der Akteursqualifikationen und deren Nutzung über Systemgrenzen hinweg siehe das aufschlussreiche Interview mit dem Stasi-Experten Helmut Müller-Enbergs „‚Guillaume war nicht mal Mittelklasse'". Darin heißt es: „Mit Verlaub – es geht um ein spezifisches Handwerk, das auch als Rüstzeug für ein Leben im Kapitalismus dienlich ist. Das haben westdeutsche Konzerne nach dem Herbst 1989 schnell erkannt. Stasi-Offiziere waren es gewohnt, strategisch zu denken, diszipliniert zu handeln und einer höheren Sache zu dienen – ob es die kommunistische Ideologie oder der Erfolg eines Unternehmens war, dürfte austauschbar sein. Diese Menschenspezialisten konnten kommunizieren, sich flexibel auf Andere einstellen – und sie eben steuern. Mitunter hatten sie, dienstlich bedingt, viele Kontakte in Osteuropa. Für so manches Unternehmen war das ein Schatz, den es zu heben galt." (Müller-Enbergs, Helmut, „Guillaume war nicht mal Mittelklasse", Dossier, in: Die Zeit, Nr. 43, 2014).

9 Gespräch des Verfassers mit Herrn Ingenieur Bredereck, 19.10.1992.

10 Lotz, Kurt, Lebenserfahrungen. Worüber man in Wirtschaft und Politik auch sprechen sollte, Düsseldorf, Wien 1978, S. 133 f.

11 Siehe oben: 16.2, „Léon Gruenbaums Manuskript ‚Genese der Plutoniumgesellschaft'", S. 195 ff.

anderem mit Transporten von Juden befasst war, und der ab 1971 die Vorschriftensammlung „Bestimmungen über die Beförderung radioaktiver Stoffe“ herausgab.

In der Geschichtsforschung ist moralische Entrüstung keine wissenschaftliche Kategorie.

# 28 Dank

Den folgenden Personen ist für Gespräche, Kritik, Auskünfte und Hinweise zu danken. Auf akademische Titel wird, wie im Forschungszentrum Jülich üblich, verzichtet:

Alyn Bessmann, Anja Bilski, Jana Blumberg, Katja Bruisch, Cathryn Carson, Luis Carlos Basslao Crispino, Dagmar Drüll-Zimmermann, Sabine Eibl, Karola Fings, Sören Flachowsky, Norbert Frei, Peter Gohle, Katarina Greifeld, Michael Greifeld, Claus Habfast, Susanne Heim, Ulrike Hein-Rusinek, Petra Hesse, Johannes Hürter, Peer Kling, Alexander Korb, Wolfgang Kraushaar, Monika Landgraf, Stephan Lehnstaedt, Stephan H. Lindner, Klaus Michael Mallmann, Walter Manoschek, Christian Manthey, Stephan Martens, Stefanie Merkenich, Bernhard Mittermaier, Henning Möller, Ines Müller, Roland Müller, Klaus Nippert, Bertrand Perz, Jana Pietsch, Max Plassmann, Bernhard Pörksen, Heinz-Jürgen Pullen, Joachim Radkau, Julien Reitzenstein, Yael Robinson, Markus Roth, Anne Rother, Carola Sachse, Florian Schmaltz, Dietrich Schulze, Martin Seckendorf, Claudius Stein, Ingo Tetzlaff, Matthias Uhl, Hellmut Wagner, Gudrun Wenzel, Horst A. Wessel, Falk Wiesemann, Frau Winkler, Torsten Zarwel, Andreas Zellhuber, Marc Zirlewagen, Sven F. Zschörper, Uwe Zuber.

Schließlich gilt der Dank Christine Schwartz und Michaela Weiskopf von der Zentralbibliothek des Forschungszentrums Jülich, die unermüdlich und im High-Speed-Modus Fernleihe um Fernleihe beschafft haben.

# 29 Anhang

## 29.1 Gespräche

Gespräche (in chronologischer Reihenfolge): Dr. Dietrich Schulze (19.08.2014), Dr. Peter Engelmann (24.10.2014), Prof. Dr. Hellmut Wagner (04.12.2014), Dr. Katarina Greifeld und Michael Greifeld (28.01.2015), Dr. Marc Zirlewagen (Febr. u. April 2015).

## 29.2 Archive und Institutionen

Besuchte bzw. konsultierte Archive: Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Archiv der Max-Planck-Gesellschaft Berlin; Archiv des Deutschen Historischen Museums München; Archiv des Forschungszentrums Jülich; Archiv des MPI für Physik und Astrophysik München; Archiv des Vereins deutscher Studenten (VdSt.); Archiv des Karlsruher Insituts für Technologie (KIT-Archiv); Bayerisches Hauptstaatsarchiv München; Bildagentur Preußischer Kulturbesitz; Bundesarchiv Berlin (ehemals BDC); Bundesarchiv Koblenz; Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg; Bundesarchiv, Zentrale Stelle Ludwigsburg, Unterlagen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen; Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; Generallandesarchiv Karlsruhe; Landesarchiv NRW/Duisburg; Landesarchiv Schleswig-Holstein/Kiel; Hauptstaatsarchiv Hannover – Außenstelle Pattensen; Österreichisches Staatsarchiv Wien; Staatsarchiv Ludwigsburg; Staatsarchiv Nürnberg – Internationales Militärtribunal (IMT); Hauptstaatsarchiv Stuttgart; Stadtarchiv Stuttgart; Universitätsarchiv Heidelberg; Universitätsarchiv Kiel; Universitätsarchiv Leipzig; Universitätsarchiv München; Yad Vashem Archiv Jerusalem.

Konsultierte Institutionen: Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Berlin); Deutsches Historisches Institut Moskau; Deutsches Historisches Institut Paris; Deutsches Historisches Institut Warschau; Generalstaatsanwaltschaft Köln; Landgericht Stuttgart; Sparkasse Stuttgart; Stadtverwaltung Stuttgart.

## 29.3 Abbildungen

Abb. 1 Matrikelkarte der Universität München zu Rudolf Greifeld für das Wintersemester 1931/32, Universitätsarchiv München (UAM), Stud-Kart I, Greifeld, Rudolf.

Abb. 2 Matrikelkarte der Universität München zu Rudolf Greifeld für das Wintersemester 1932/33, Universitätsarchiv München (UAM), Stud-Kart I, Greifeld, Rudolf.

Abb. 3 Verzeichnis der Universität Leipzig über studentische Aktivisten, Universitätsarchiv Leipzig, Rep. II, Kap. XVI, Sect. II, Nr. 6, Band 48.

Abb. 4 Hitler und seine Entourage vor dem Eiffelturm, © Bildagentur Preußischer Kulturbesitz (bpk), 3001 3176; Fotograf: Heinrich Hoffmann.

Abb. 5 Der Mann ganz links, Ausschnitt aus Abb. 4.

Abb. 6 Rudolf Greifeld im Krieg, Privatbesitz (Ich danke Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld für die Genehmigung, das Foto hier wiederzugeben).

Abb. 7 SS-Mütze mit Totenkopf, Ausschnitt aus Abb. 4.

Abb. 8 Greifeld mit Wehrmachtsmütze, Ausschnitt aus Abb. 6.

Abb. 9 Hitler und seine Entourage auf dem Montmartre, © bpk, 5004 6088; Fotograf: Heinrich Hoffmann.

Abb. 10 Verschattete Kinnpartie, Ausschnitt aus Abb. 9.

Abb. 11 Entschattete Kinnpartie, Ausschnitt aus Abb. 12.

Abb. 12 Der Mann am Mercedes (1): Nicht Greifeld, sondern SS-General Wolff, © bpk, 5004 6090; Fotograf: Heinrich Hoffmann.

Abb. 13 Der Mann am Mercedes (2): Nicht Greifeld, sondern SS-General Wolff, © bpk, 5004 6089; Fotograf: Heinrich Hoffmann.

Abb. 14, 15, 16, 17, 18 Die Gesichter von Wolff und Greifeld im Vergleich. Abb. 14: Ausschnitt aus Abb. 13; Abb. 15: Ausschnitt aus Abb. 4; Abb. 16, Abb. 17: Aufnahmen von Greifeld, Privatbesitz (Ich danke Frau Dr. Katarina Greifeld und Herrn Michael Greifeld für die Genehmigung, das Foto hier wiederzugeben); Abb. 18: Aufnahme Greifelds in: Kernforschungszentrum Karlsruhe, Bildchronik, Karlsruhe 1987, S. 21.

Abb. 19 Der Nachtlokalvermerk. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, MfS – HA – IX/11, PA 934 (Dossier Greifeld).

## 29.4 Abkürzungen

| | |
|---|---|
| afp | Agence France-Presse (afp) |
| BA Bln. | Bundesarchiv Berlin |
| BAK | Bundesarchiv Koblenz |
| BA-ZStL | Bundesarchiv, Zentrale Stelle Ludwigsburg, Unterlagen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen |
| BDC | Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, Berlin Document Center |
| BMFT | Bundesministerium für Forschung und Technologie |
| bpk | Bildagentur Preußischer Kulturbesitz |
| BStU | Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik |
| DAI | Deutsches Ausland-Institut Stuttgart |
| DAtK | Deutsche Atomkommission |
| DIG | Deutsch-Indische Gesellschaft |
| GDG | Gouverneur Distrikt Galizien |
| GG | Generalgouvernement |
| GKSS | Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt |
| GLAK | Generallandesarchiv Karlsruhe |
| HStS | Hauptstaatsarchiv Stuttgart |
| HTO | Haupttreuhandstelle Ost |
| IB | Internationales Büro |
| ILL | Institut Max von Laue/Paul Langevin |
| Junabu | Jungnationaler Bund |
| KFA | Kernforschungsanlage Jülich |
| KfdK | Kampfbund für deutsche Kultur |
| KIT | Karlsruher Institut für Technologie |
| KIT-Archiv | Archiv des Karlsruher Instituts für Technologie |
| KWI | Kaiser-Wilhelm-Institut |

| | |
|---|---|
| LA | Lenkungsausschuss |
| LA Duisburg | Landesarchiv NRW/Duisburg |
| MBF | Militärbefehlshaber Frankreich |
| MPI | Max-Planck-Institut |
| MZFR | Mehrzweckforschungsreaktor |
| NKWD | russisch für: Volkskommissariat für innere Angelegenheiten |
| NSB | NS-Beamtenbund |
| NSDStB | Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund |
| NSRB | NS-Rechtswahrerbund |
| NSV | NS-Volksfürsorge |
| OKW | Oberkommando der Wehrmacht |
| RSHA | Reichssicherheitshauptamt |
| SD | Sicherheitsdienst der SS |
| SSPF | SS- und Polizeiführer |
| StAL | Staatsarchiv Ludwigsburg |
| StAN-IMT | Staatsarchiv Nürnberg, Akten des Internationalen Militärtribunals |
| UAM | Universitätsarchiv München |
| VdSt | Verein(e) deutscher Studenten |
| VfZ | Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte |
| VÖV | Verband Öffentlicher Verkehrsbetriebe |
| VVN/BdA | Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten |
| WASt | Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, Berlin |
| WTZ | Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit |
| Zentralstelle NRW | Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern bei der Staatsanwaltschaft Köln |

## 29.5 Gedruckte bzw. online gestellte Quellensammlungen und zeitgenössische Publikationen

Baedeker, Karl, Das Generalgouvernement. Reisehandbuch mit 5 Karten und 6 Stadtplänen, Lpz. 1943

Best, Werner, Die deutsche Militärverwaltung in Frankreich, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum. Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung (RVL) 1, 1941, S. 29–76

BStU (Hg.), Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Bln. 2015 – Online-Publikation (Zugriff 06.2016)

Bühler, Josef (Hg.), Das Generalgouvernement, seine Verwaltung und Wirtschaft. Sammlung von Vorträgen der ersten wissenschaftlichen Vortragsreihe der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements. Herausgegeben von Staatssekretär Dr. Josef Bühler, Krakau 1943

Deutsches Historisches Institut Paris, La France dans la Deuxième Guerre mondiale. Edition des rapports du Militärbefehlshaber Frankreich et des Synthèses des rapports des préfets, 1940–1944 (DHI Paris, Online-Publikationen: www.ihtp.cnrs.fr/prefets/ – Zugriff 03.2015)

Die Aktion. Kampfblatt für das neue Europa, Jahrgang 1940/41

Echterkamp, Jörg, Germany and the Second World War. Edited for Militärgeschichtliches Forschungsamt (Research Institute for Military History), Potsdam, Germany, Volume IX/I, German Wartime Society 1939–1945: Politicization, Desintegration, and the Struggle for Survival, New York 2008

Ernst, Waldemar, Das badische Polizeiverordnungs- und Polizeiverfügungsrecht. Unter besonderer Berücksichtigung der Novelle vom 26. Februar 1931, Diss. jur., Heidelberg 1932

Faust, Anselm, Rusinek, Bernd-A., Dietz, Burkhard (Bearb.), Lageberichte rheinischer Gestapostellen, Bd. 1: 1934, Düsseldorf 2012 (und Folgebände 2013 ff.)

Fondation pour la Mémoire de la Déportation, Livre Mémorial. Transport parti de Compiègne le 15 juillet 1944, http://www.bddm.org/liv/details.php?id=I.247#BONNEFOY (Zugriff 06.2015)

Fünfzig Jahre Verein deutscher Studenten 1883–1933, Heidelberg 1933

Gerteis, Adolf, Organisation und Aufgaben der Ostbahn in Gegenwart und Zukunft, in: Bühler, Josef (Hg.), Das Generalgouvernement, seine Verwaltung und Wirtschaft. Sammlung von Vorträgen der ersten wissenschaftlichen Vortragsreihe der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements. Herausgegeben von Staatssekretär Dr. Josef Bühler, Krakau 1943, S. 285–290

Greifeld, Rudolf (Bearb.), Die Gesetze Nr. 52 und Nr. 53 der Amerikanischen Militärregierung mit Erläuterungen, Stgt. 1947

Greifeld, Rudolf, Die Unterbeteiligung an der offenen Handelsgesellschaft und der Kommanditgesellschaft, Diss. jur., Lpz. 1938

Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, VA. N. 16. Records of the Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart, Part I: Records on Resettlement, The National Archives. National Archives and Records Service. General Services Administration, Washington 1960

Haupstaatsarchiv Stuttgart/Landesarchiv Baden-Württemberg, Findbuch N, Veit, Einführung, https://www2.landesarchiv-bw.de (Zugriff 03.2015)

Haxel, Otto, Protonenemission von Aluminium, angeregt durch α-Strahlen von Radium C und Thor C, Bln. 1933

Herbold, Gustav, Das politische Asyl im Auslieferungsrecht, Kehl a. Rh., 1933

Illustrierter Beobachter, „Der Führer in Paris", Ausgabe v. 04.07.1940

Jochmann, Werner (Hg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980

Klarsfeld, Serge (Hg.): Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich. Deutsche Dokumente 1941–1944, Paris 1977

Klarsfeld, Serge, Le calendrier de la persécution des Juifs en France 1940–1944 (1er juillet 1940–31 août), Paris 2001 (La Shoah en France 2)

Kobes, Karl, Technische Hochschule Wien. Bericht über das erste Studienjahr 1919/20. Erstattet am 23. Oktober 1920, Wien 1920

Krauch, Carl, Über den Einsatz der Forschung im Rahmen des Vierjahresplans, in: Der deutsche Chemiker. Mitteilungen aus Stand/Beruf und Wissenschaft, Nr. 1/2, 04.01.1941

Kundt, Ernst, Die Verwaltung eine Distrikts, in: Bühler, Josef (Hg.), Das Generalgouvernement, seine Verwaltung und Wirtschaft. Sammlung von Vorträgen der ersten wissenschaftlichen Vortragsreihe der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements. Herausgegeben von Staatssekretär Dr. Josef Bühler, Krakau 1943, S. 89–102

KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Außenlagerliste, http://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/aussenlagerliste/br (Zugriff 04.2015)

KZ-Gedenkstätte Neuengamme, META-Totenbuch-Version 2006

KZ-Gedenkstätte Neuengamme, VOL-Gedenkbücher

La France et la Belgique sous l'occupation allemande 1940–1944. Les fonds allemands conservés au Centre Historique des Archives nationales. Inventaire de la sous-série AJ 40. Inventaire rédigé par: Guy Beaujouan, Anne-Marie Bourgoin, Pierre Cézard, Marie-Thérèse Chabord, Élisabeth Dunan, Jean-Daniel Pariset, Christian Wilsdorf, revue par Christine Douyère-Demeulenaere avec la collaboration de Michèle Conchon. Index établie par Sandrine Bula. Introduction par Stefan Martens et Andreas Nielen, Paris 2002

Le préfet Édouard BONNEFOY (1899–1945) – Désobéir, un Devoir, unpag., http://fr.wikipedia.org/Histoire_de_la_Police&action=edit&redlink=1 (Zugriff 04.2015)

Lexikon der Wehrmacht: http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/ (Zugriff 12.2014)

Martens, Stefan (Hg.), Frankreich und Belgien unter deutscher Besatzung 1940–1944. Die Bestände des Bundesarchiv-Militärarchivs Freiburg, bearbeitet v. Stefan Remus, Stgt. 2002 (Instrumenta, Bd. 7)

Michel, Elmar, Das Rabattgesetz vom 25. November 1933, o. O. 1933

Michel, Elmar, Das Rabattgesetz vom 25. November 1933 nebst Durchführungsverordnungen vom 21. Februar 1934, 19. Februar 1935 und 29. Juli 1938 und Nebengesetzen mit eingehenden Erläuterungen, Mnchn. [2]1957

Michel, Elmar, Die behördliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit und Verbindlichkeit von Gesetzen und Verordnungen im Lichte des neuen Reichsstaatsrechts, Diss. jur., Tübingen 1921

Münch, Ingo v. (Hg.), Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems, Paderborn, Mnchn. etc. [2]1994

Präg, Werner, Jacobmeyer, Wolfgang (Hg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975

Schramm, Percy Ernst (Hg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940–1945, Herrsching 1982

Schwab-Felisch, Hans (Hg.), Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitschrift, München 1962

Treue, Wilhelm, Hitlers Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans 1936 (Dokumentation), in: VfZ 2 (1955) S. 184–210

## 29.6 Gedruckte bzw. online gestellte Literatur

40 Jahre Deutsch-Indische Gesellschaft e. V., Stgt. 1993

60 Jahre Bundesverdienstkreuz. Die Blechlawine, in: Der Spiegel, 02.09.2011

Abelshauser, Werner, Schwengler, Walter, Wirtschaft und Rüstung. Souveränität und Sicherheit, Mnchn. 1997 (Anfänge deutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 4)

Adorno, Theodor W., Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Ffm. 1973

Alberti, Michael, Die Verfolgung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006 (Schriften des Deutschen Historischen Instituts Warschau)

Aly, Götz, Das Rabattgesetz. Ein Nachruf, in: Berliner Zeitung. 25.07.2001

Aly, Götz, Der Holocaust, in: Der Spiegel 36/1999 (Serie „Spiegel des 20. Jahrhunderts. Das unbewältigte Verbrechen. 4. Der Holocaust“)

Aly, Götz, Handfeste Brauchbarkeit. Das Rabattgesetz oder die Freiheit des Feilschens, in: Ders., Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, Ffm. 2003, S. 61 ff.

Aly, Götz, Heim, Susanne, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue Europäische Ordnung., Ffm. 2013

Aly, Götz, Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, Ffm. 2003

Aly, Götz, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass – 1800 bis 1933, Ffm. 2011

Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg. 1810 bis 1972, Stgt. 1996

Artikel „Léon Gruenbaum“, http://ka.stadtwiki.net/Leon_Gruenbaum (Zugriff 06.2015)

Audiat, Pierre, Paris pendant la guerre, Paris 1946

August, Jochen (Hg.): „Sonderaktion Krakau“. Die Verhaftung der Krakauer Wissenschaftler am 6. November 1939, Hamburg 1997

Azéma, Jean-Pierre, 1940 – l’année terrible, Paris 1990

Baer, Martin, Böhm, Andrea, Waffenindustrie. Raketen für Afrika, in: Die Zeit, 31.07.2008, http://www.zeit.de/2008/32/A-Kongo-Raketen (Zugriff 12.2016)

Barthes, Roland, Mythologies, Paris 1957

Bauer, Kurt, Schlagring Nr. 1. Antisemitische Gewalt an der Universität Wien von den 1870er bis in die 1930er Jahre, in: Fritz, Regine, Rossoliński-Liebe, Grzegorz, Starek, Jan (Hg.), Alma Mater Antisemitica. Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939, Wien 2016 (Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien, Bd. 3), S. 137–160

Bausinger, Hermann, Zur politischen Kultur Baden-Württembergs, in: Wehling, Hans-Georg (Hg.), Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Stgt., Bln., Köln [2]1981, S. 13–40

Beer, Klaus, Auf den Feldern von Ulm, Blaubeuren 2008

Benoit-Guyod, Georges, L'Invasion de Paris (1940–1944). Choses vues sous l'occupation, Paris 1962

Berding, Helmut, Moderner Antisemitismus in Deutschland, Ffm. 1988 (Neue Historische Bibliothek)

Bilski, Anja, Entnazifizierung des Düsseldorfer Höheren Schulwesens nach 1945. Demokratisierung und personelle Säuberung im Umfeld von Wiederaufbau und Reorganisation des Schulwesens einer Großstadt in der britischen Zone, Essen 2016 (Düsseldorfer Schriften zu Neueren Landesgeschichte, Bd. 87)

Binnenkade, Alexandra, Emeliantseva, Ekaterina, Pacholkiv, Svjatoslav, Vertraut und fremd zugleich. Jüdisch-christliche Nachbarschaften in Warschau – Lengnau – Lemberg, Köln 2009

Biographie von Otto Haxel (ohne Autorenangabe), in: Otto Haxel, Verleihung des Otto-Hahn-Preises der Stadt Frankfurt am Main an Prof. Dr. Otto Haxel am 9. März 1980 im Kaisersaal des Römers, Ffm. 1980, S. 14–16

Boberach, Heinz, Thommes, Rolf, Weiß, Hermann (Bearb.), Ämter, Abkürzungen, Aktionen des NS-Staates. Handbuch für die Benutzung von Quellen der nationalsozialistischen Zeit. Amtsbezeichnungen, Ränge und Verwaltungsgliederungen, Abkürzungen und nichtmilitärische Tarnbezeichnungen, Mnchn. 1997 (IfZ)

Bönisch, Georg, Widerstand aus der Gosse, in Der Spiegel, 45/2005, S. 84 f.

Böttcher, Karl Wilhelm, Menschen unter falschem Namen, in: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik, 6 (1949), S. 492–511

Borgstedt, Angela, Im Zweifelsfall auch mit harter Hand. Jonathan Schmid, Württembergischer Innen-, Justiz- und Wirtschaftsminister, in: Kißener, Michael, Scholtysek, Joachim (Hg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1999

Borst, Otto, Geschichte Baden-Württembergs. Ein Lesebuch, Stgt. 2004

Bourdieu, Pierre, Die biographische Illusion, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, 1 (1990), S. 75–81 (zuerst Paris 1986)

Bourdieu, Pierre, homo academicus, Ffm. 2002

Bourget, Pierre, Histoires secrètes de l'occupation, Paris 1970

Bräunche, Ernst Otto, Ein ‚anständiger' und ‚moralisch integrer' Nationalsozialist. Walter Köhler, Badischer Ministerpräsident, Finanz- und Wirtschaftsminister, in: Kißener, Michael, Scholtyseck, Joachim (Hg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz [2]1999, S. 289–310

Bräutigam, Petra, Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs, Mnchn. 1997

Brandl, Josef, Blechschmidt, Manfred (Hg.), Bestimmungen über die Beförderung radioaktiver Stoffe, Baden-Baden 1971–1998

Breker, Arno, Im Strahlungsfeld der Ereignisse, Preußisch Oldendorf 1972

Brinkhus, Jörn, Luft- und Zivilschutz in Deutschland im 20. Jahrhundert, Potsdam 2007 (MGFA-Schriften)

Browning, Christopher R., Jewish Workers in Poland. Self-Maintenance, Exploitation, Destruction, in: Ders. (Hg.), Nazi Policy, Jewish Workers, German Killers, Cambridge 2000, S. 58–88

Brünneck, Alexander von, Die Eigentumsordnung im Nationalsozialismus, Bd. 2, Baden-Baden 1984, in: Redaktion Kritische Justiz (Hg.), Der Unrechtsstaat II. Recht und Justiz im Nationalsozialismus, Baden-Baden 1984, Sonderheft d. Kritischen Justiz, S. 9–30

Brunner, Bernhard, Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2004 (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Ulrich Herbert und Lutz Raphael, Bd. 6)

Cartellieri, Wolfgang, Hocker, Alexander, Schnurr, Walther, Taschenbuch für Atomfragen, Bonn 1959 ff.

Cointet, Jean-Paul, Paris 40–44, Paris 2001

Conze, Eckart, Frei, Norbert, Hayes, Peter, Zimmermann, Moshe, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, Mnchn. [2]2010

Dedek, Wolfgang, Gerhard Schrader (1903–1990) zum 100. Geburtstag. 50 Jahre Trichlorphon, in: Naturwissenschaftliche Rundschau, 56. Jahrgang, Heft 6, 2003, S. 308–310

Deiseroth, Dieter, Graßl, Hartmut (Hg.), Whistleblower-Enthüllungen. US-Airbase Ramstein und globaler Drohnenkrieg. Herbizid Roundup/Glyphosat als Gefahrenquelle. NS-Belastete im Kernforschungszentrum Karlsruhe. Whistleblower-Preis 2015: Ex-Drohnenpilot Brandon Bryant, Mikrobiologie: Prof. Dr. Gilles-Eric Séralini, Physiker: Dr. Léon Gruenbaum, Bln. 2016

Denecken, Harald, Schulze, Dietrich (Hg.), Léon Gruenbaum. Der verfolgte Nazi-Jäger. Dokumentation über das Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934–2004)“ am 19. Oktober 2013 in Karlsruhe zu Ehren Léons erstellt anlässlich seines 10. Todestags am 22. Juli 2014, Karlsruhe 2014

Der Generalplan Ost. Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Eine Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit Beiträgen von Isabel Heinemann, Willi Oberkrome, Sabine Schleiermacher, Patrick Wagner, Bonn 2006

Deutsches Ausland-Institut Stuttgart, in: OME-Lexikon, https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/deutsches-Ausland-Institut-dai-stuttgart (Zugriff 06.2017)

Deutsch-Indische Gesellschaft (Hg.), Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Deutsch-Indischen Gesellschaft, Stgt. 2003

Düring, Marten, Eumann, Ulrich, Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 39. 2013, S. 369–390

Ebbinghaus, Carl-Hermann, Professoren und Studenten, in: Der Ruf, Heft 2, 1.9.1946, S. 188–195

Erker, Paul, Industrieeliten in der NS-Zeit, Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936–1945, Passau 1993

Eschenburg, Theodor, Die Entstehung Baden-Württembergs, in: Wehling, Hans-Georg, Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Stgt., Bln., Köln [2]1981, S. 41–63

Eschenburg, Theodor, Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933 bis 1999, Bln. 2000

Evans, R. C., Naturforschung in Deutschland, in: Physikalische Blätter 1947, S. 12–15

Fabre-Luce, Alfred, Journal de la France 1939–1944, Paris 1969

Fahlbusch, Michael, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999

Filthuth, Heinz, Vorwort in: Ders. (Hg.), Ein Vierteljahrhundert moderner Physik. Otto Haxel zum 60. Geburtstag, Mannheim, Wien, Zürich 1969, S. 15 f.

Finke, Lutz E., Gestatte mir Hochachtungsschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite, Hamburg 1963

Flachowsky, Sören, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stgt. 2008 (incl. CD ROM)

Forschung/Karlsruhe, Murren und Mauscheln, in: Der Spiegel, 23/1969, S. 158 ff.

Forßmann, Werner, Selbstversuch. Erinnerungen eines Chirurgen, Düsseldorf 1972

Frenkel, Viktor J., Professor Friedrich Houtermans – Arbeit, Leben, Schicksal. Biographie eines Physikers des zwanzigsten Jahrhunderts, hg. und ergänzt von Dieter Hoffmann unter Mitwirkung von Mary Beer, Bln. 2011 (Max Planck Institute for the History of Science, Preprint 414)

Friedman, Tôviyyah (Hg.), Bericht des SS- und Polizeiführers über die Vernichtung der Juden Galiziens. Tagebuch des SS-Hauptscharf. F. Landau über seine Tätigkeit in Drohobycz, 1941–1944, Haifa 1959

Friedman, Tôviyyah (Hg.), Die zwei Wiener illegalen Nazis Dr. Otto Wächter als Gouverneur in Krakau und Lemberg und Rudolf Pavlu als Stadthauptmann in Krakau waren beteiligt an der Ermordung der Juden in Krakau und Lemberg, Haifa 2002 (Inst. of Documentation in Israel for the Investigation of Nazi War Crimes)

Friedrich, Klaus-Peter (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 4: Polen. September 1939–Juli 1941, Mnchn. 2011 (Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Herausgegeben im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg v. Susanne Heim, Ulrich Herbert et al.)

Fritz, Regine, Rossoliński-Liebe, Grzegorz, Starek, Jan (Hg.), Alma Mater Antisemitica. Akademisches Milieu. Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939, Wien 2016 (Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien, Bd. 3)

Gentner, Wolfgang, Laudatio für Otto Haxel, in: Otto Haxel, Verleihung des Otto-Hahn-Preises der Stadt Frankfurt am Main an Prof. Dr. Otto Haxel am 9. März 1980 im Kaisersaal des Römers, Ffm. 1980, S. 6–10

Gesche, Katja, Kultur als Instrument der Außenpolitik totalitärer Staaten. Das Deutsche Ausland-Institut 1933–1945, Köln, Weimar, Wien 2006

Gleitsmann, R.-J., Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950–1955). Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe und zu einem Kapitel deutscher Kernenergiegeschichte, Karlsruhe 1986 (KfK 4186)

Gleitsmann-Topp, R.-J., Krimm, K. et al. (Hg.), Generallandesarchiv Karlsruhe. Bestand 69 Kernforschungszentrum Karlsruhe/VA. Akten der Geschäftsführung der Gesellschaft für Kernforschung/Versuchsanlagen, Karlsruhe 2001

Goeb, Alexander, Er war sechzehn, als man ihn hängte. Das kurze Leben des Widerstandskämpfers Bartholomäus Schink, Reinbek 1981

Götz, Albrecht, Bilanz der Verfolgung von NS-Straftaten, Köln 1986 (Bundesanzeiger)

Golczewski, Frank, Reichskommissariat Ukraine und Ostukraine. Ghettoarbeit während des Massenmords, in: Hensel, Jürgen, Lehnstaedt, Stephan (Hg.), Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 29), S. 273–296

Goldhagen, Daniel J., Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Mnchn. 1998

Goni, Uki, Odessa. Die wahre Geschichte der Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher, Berlin, Hamburg [2]2007

Groehler, Olaf, Der lautlose Tod. Einsatz und Entwicklung deutscher Giftgase von 1914 bis 1945, Reinbek 1989 (zuerst Bln.-Ost 1978)

Grohnert, Reinhard, Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der „Epuration" am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stgt. 1991 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, 123. Band)

Gruat, Cédric, Hitler in Paris. Juni 1940, Bln. 2011

Gruenbaum, Léon, Genese der Plutoniumgesellschaft. Politische Konzeptionen und Geschäfte (Ms., 448 Blatt, Titel deutsch, Text in französischer Sprache), o. J.

Gruenbaum, Léon, Inelastische Streuung von hochenergetischen Elektronen an Kernen mit abgeschlossenen Schalen (Diss.), MPI für Physik und Astrophysik München, MPI-PA-4-64, Februar 1964

Guéhenno, Jean, Journal des années noires 1940–1944, Paris 2002

Günther, Lothar, 40 Jahre Deutsch-Indische Gesellschaft e. V. Ein Rückblick, in: 40 Jahre Deutsch-Indische Gesellschaft, Stgt. 1993, S. 8–22

Haafe, Günter, Joffe, Josef, Die Karlsruhe-Connection. Verhalfen die Deutschen den Argentiniern wirklich zur Atombombe?, in: Die Zeit, 18, 1982

Hachtmann, Rüdiger, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich". Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007 (2 Bde.)

Hahn, Otto, Rein, Hermann, Einladung nach USA, Beilage der Göttinger Universitätszeitung, 2 (1947)

Hanel, Tilmann, Die Bombe als Option. Motive für den Aufbau einer atomtechnischen Infrastruktur in der Bundesrepublik bis 1963, Essen 2014

Hausmann, Frank-Rutger, Ernst-Wilhelm Bohle, Gauleiter im Dienst von Partei und Staat, Bln. 2009

Haxel, Otto, Energiegewinnung aus Kernprozessen, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 25, Sitzung 08.10.1952, Köln u. Opladen 1953, S. 7–37

Haxel, Otto, Wie ich die Entstehung der Physik der Atomkerne erlebte, in: Marx, Otto M., Moses, Annett (Hg.), Emeriti erinnern sich. Rückblicke auf die Lehre und Forschung in Heidelberg, Weinheim 1994 (Bd. II – Die Naturwissenschaftlichen Fakultäten), S. 63–95

Hayes, Peter, Carl Bosch and Carl Krauch: Chemistry and the Political Economy of Germany, 1925–1945, in: Journal of Economic History, Vol. XLVII, No. 2 (June 1987), S. 353–363

Hayes, Peter, Industry and Ideology. I. G. Farben in the Nazi Era, Cambridge 1987

Heintze, Joachim, Otto Haxel zum Gedenken, in: Physikalische Blätter 54 (1998), S. 356

Held, Thomas, Vom Pogrom zu Massenmord. Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Lembergs im Zweiten Weltkrieg, in: Fäßler, Peter, Held, Thomas, Sawitzki, Dirk (Hg.), Lernberg-Lwow-Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen, Köln, Weimar, Wien 1993, S. 113–166

Heller, Gerhard, In einem besetzten Land. NS-Kulturpolitik in Frankreich. Erinnerungen 1940–1944, Köln 1982

Hellpach, Willy, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation. Erster Band 1877–1914, Hamburg 1948

Hellpach, Willy, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation. Zweiter Band, 1914–1925, Hamburg 1949

Hennig, Eike, Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Ffm. 1973

Hensel, Jürgen, Lehnstaedt, Stephan (Hg.), Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 29)

Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996

Hertz-Eichenrode, Katharina (Hg.), Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Katalog zur Wanderausstellung. Band 2: Karten, Bremen 2000

Hielscher, Friedrich, Fünfzig Jahre unter Deutschen, Hamburg 1954

Hoepke, Klaus-Peter, Geschichte der Fridericiana. Stationen in der Geschichte der Universität Karlsruhe (TH) von der Gründung bis zum Jahr 2000, Karlsruhe 2007 (Veröffentlichungen aus dem Universitätsarchiv Karlsruhe 1)

Hoffmann, Dieter, Schmidt-Rohr, Ulrich (Hg.), Wolfgang Gentner. Festschrift zum 100. Geburtstag, Bln., Heidelberg 2006

Jacobeit, Wolfgang, Lixfeld, Hannjost, Bockhorn, Olaf, Dow, James R. (Hg.), Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1994

Jarausch, Konrad, Universität und Nationalsozialismus. Aspekte einer erschreckenden Beziehung, in: Fritz, Regine, Rossoliński-Liebe, Grzegorz, Starek, Jan (Hg.), Alma Mater Antisemitica. Akademisches Milieu. Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939, Wien 2016 (Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien, Bd. 3), S. 21–36

Jünger, Ernst, Erstes Pariser Tagebuch, in: Ders., Sämtliche Werke. Erste Abteilung. Tagebücher Band 2, Tagebücher II. Strahlungen I, Stgt. 1979, S. 223–406

Jünger, Ernst, Siebzig verweht III, Stgt. 1993

Jungius, Martin, Seibel, Wolfgang, Der Bürger als Schreibtischtäter. Der Fall Kurt Blanke, in: VfZ 2 (2008), S. 265–300

Jungk, Robert, Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, Mnchn. 1977

Kasten, Bernd, Gute Franzosen. Die französische Polizei und die deutsche Besatzungsmacht im besetzten Frankreich 1940–1944, Sigmaringen 1993 (Kieler Historische Studien Bd. 37)

Kernforschungszentrum Karlsruhe, Bildchronik, Karlsruhe 1987

Kißener, Michael, Scholtyseck, Joachim, Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz ²1999

Klarsfeld, Beate, Dossier sur les Activités pendant la guerre de M. Rudolf Greifeld/Note d'introduction par M. et Mme Klarsfeld (undat., 24.10.975), BAK, B 196-10361

Klarsfeld, Beate et Serge, Mémoires, Paris 2015

Klarsfeld, Beate et Serge, »Dossier sur les activités pendant la guerre de M. Rudolf Greifeld, membre du comité de direction de l'ILL, Codirecteur du Kernforschungszentrum Karlsruhe«, Straßburg 24.10.1975

Klarsfeld, Serge, Grußbotschaft, in: Denecken, Schulze, Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 46 ff.

Klarsfeld, Serge, Vichy – Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage" in Frankreich, Nördlingen 1989 (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 9)

Klee, Ernst, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Ffm. 2003

Klee, Ernst, Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, Ffm. 1986

Klüger, Ruth, weiter leben. Eine Jugend, Göttingen 1992

Knetsch, Georg, Probleme und Perspektiven des Ausländerstudiums. Würzburger Rektoratsrede gehalten am 12. November 1960, Würzburg 1960 (Würzburger akademische Reden, 29)

Koch, Manfred, Karlsruhe – Landeshauptstadt oder Aschenbrödel?, in: Moersch, Karl, Weber, Reinhold (Hg.), Die Zeit nach dem Krieg. Städte im Wiederaufbau, Stuttgart 2008, S. 180–203

Kogon, Eugen, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Mnchn. 1946

Kraushaar, Wolfgang, Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel? Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek 2013

Krüger, Dieter, Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung, Freiburg 1993

Kuczynski, Thomas, Dem Regime dienen – nicht Geld verdienen. Zur Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an Deportationen und Zwangsarbeit während der NS-Diktatur. Einige Überlegungen aus ökonomischer Sicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 57 (2009), S. 510–528

Kühnert, Tom, Dr. Martin Seckendorf: Instrumente der Segregation. Volksforschung am Deutschen Ausland-Institut Stuttgart (DAI) 1917–1945, Tagungsbericht, http://server1.info/berliner-gesellschaft.orgx/0_7.html (Zugriff 05.2017)

Kurowski, Franz, Deutsche Offiziere in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft. Bewährung im neuen Beruf, Herford, Bonn 1967

La chasse aux anciens nazis/Un nouvelle bombe Klarsfeld à Strasbourg, Dernières Nouvelles d'Alsace, 25.10.1975

Laehnstedt, Stephan, Generalgouvernement. Ideologie und Ökonomie der Judenpolitik, in: Hensel, Jürgen, Lehnstaedt, Stephan (Hg.), Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 29), S. 159–180

Laehnstedt, Stephan, „Ostnieten" oder Vernichtungsexperten? Die Auswahl deutscher Staatsdiener für den Einsatz im Generalgouvernement Polen 1939–1944, in ZfG 55/2007, S. 701–721

Lambauer, Barbara, Opportunistischer Antisemitismus. Der deutsche Botschafter Otto Abetz und die Judenverfolgung in Frankreich (1940–1942), in: VfZ 2 (2005), S. 241–273

Langevin, André, Paul Langevin, mon père, Paris 1971

Laurischk, Karl, Aus korporativer Zeit!, in: AH-Bund des VdSt Heidelberg, Festschrift 100 Jahre Verein deutscher Studenten, Heidelberg 1983, S. 69–72

Lesch, Manfred, Die Rolle der Offiziere in der deutschen Wirtschaft nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, Berlin 1970 (Volkswirtschaftliche Studien, hg. v. J. Broermann, Heft 139)

Lichtenstein, Heiner, Angepasst und treu ergeben. Das Rote Kreuz im „Dritten Reich", Köln 1988

Lindner, Stephan H., Hoechst. Ein I. G. Farben-Werk im Dritten Reich, Mnchn. 2005

List, Corinna von, C. Gruat, Hitler in Paris, in: Francia-Recensio 3 (2012), 19./20. Jahrhundert – Histoire contemporaine, http://www.perspectivia.net/publikationen/francia/francia-recensio/2012-3/ZG/gruat_list (Zugriff 09.2015)

Löbner, Martina, „Geheime Reichssache" Christianstadt – Das Ende einer Kleinstadt zwischen Oder und Neiße sowie der Sprengstoff-Fabrik „Ulme", Phil. diss. Hannover 2002, http://edok01.tib.uni-hannover.de/edoks/e01dh03/364145242.pdf (Zugriff 03.2014)

Loth, Wilfried, Rusinek, Bernd-A., (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Ffm., New York 1998

Lotz, Kurt, Lebenserfahrungen. Worüber man in Wirtschaft und Politik auch sprechen sollte, Düsseldorf, Wien 1978

-lp- (i. e. Hermann Laupsien), Männer rund um das Atom. Gerhard Ritter, in: Die Atomwirtschaft 3, 1961, S. 145

-lp- (i. e. Hermann Laupsien), Männer rund um das Atom. Karl Winnacker, in: Die Atomwirtschaft, 6, 1958, S. 217

Lübbe, Hermann, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579–599

Manthey, Christian, Historie der Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit der Bundesregierung (WTZ) in den Jahren 1970 bis 2000, beauftragt durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) in Namen und Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Jülich, Bonn 2014

Martens, Stefan, Frankreich zwischen „Histoire contemporaine" und „Histoire du temps présent", in: VfZ 4 (2007), S. 583–616

Marth, W., Der Schnelle Brüter SNR 300 im Auf und Ab seiner Geschichte, Karlsruhe, März 1992 (KfK 4666)

Massute, Erwin, „Gerteis, Adolf" in: Neue Deutsche Biographie 6 (1964), S. 330 f., https://www.deutsche-biographie.de/gnd124326854.html#ndbcontent (Zugriff 08.2015)

Mayer, Michael, „Die französische Regierung packt die Judenfrage ohne Umschweife an". Vichy-Frankreich, deutsche Besatzungsmacht und der Beginn der „Judenpolitik" im Sommer/Herbst 1940, in: VfZ 3 (2010), S. 329–362

Mayer, Michael, Wie autonom regierte Vichy? Zur aktuellen Debatte um die Einführung einer antisemitischen Rassengesetzgebung in Frankreich 1940, in: VfZ 1 (2016), S. 151–163

Mayrhofer, Fritz, Opll, Ferdinand (Hg.), Stadt und Nationalsozialismus, Linz 2008 (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 22)

Meding, Holger M., Flucht vor Nürnberg? Deutsche und Österreichische Einwanderung in Argentinien 1945–1955, Köln, Weimar, Wien 1992 (Lateinamerikanische Forschungen, Bd. 19)

Meding, Holger M., (Hg), Nationalsozialismus und Argentinien. Beziehung, Einflüsse und Nachwirkungen, Ffm., Bln., Bern 1995

Meyer, Ahlrich, Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000

Mittermaier, Bernhard, Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Leo Brandt (1908–1971), Ingenieur – Wissenschaftsförderer – Visionär. Wissenschaftliche Konferenz zum 100. Geburtstag des nordrhein-westfälischen Forschungspolitikers und Gründers des Forschungszentrums Jülich, Jülich 2009 (Schriften des Forschungszentrums Jülich/General, Vol. 6)

Modiano, Patrick, Place de l'Étoile, Mnchn. 2010 (zuerst Paris 1968)

Moersch, Karl, Weber, Reinhold (Hg.): Die Zeit nach dem Krieg. Städte im Wiederaufbau, Stuttgart 2008

Morgenbrod, Birgitt, Merkenich, Stephanie, Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933–1945, Paderborn, München etc., 2008

Müller, Roland, Stuttgart, die „Stadt der Auslandsdeutschen". Anspruch und Wirklichkeit eines „NS-Ehrentitels", in: Mayrhofer, Fritz, Opll, Ferdinand (Hg.), Stadt und Nationalsozialismus, Linz 2008 (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 22), S. 289–309

Müller, Roland, Unpolitische Politik in der Gemeinde? 70 Jahre Gemeinde(bei)rat", http://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/577553 (Zugriff 06.2017)

Müller-Enbergs, Helmut, „Guillaume war nicht mal Mittelklasse", Dossier, in: Die Zeit, Nr. 43, 2014

Musial, Bogdan, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement, Wiesbaden 1999

Musial, Bogdan, NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, in: VfZ 47 (1999), S. 26–56

Musil, Robert, Der Mann ohne Eigenschaften, Bd. 1, Ost-Berlin 1975

„Nazis zählen reicht nicht." Seit zehn Jahren durchleuchten Kommissionen die NS-Vergangenheit deutscher Ministerien und Behörden. Nun gibt es einen Zwischenbericht: Was hat die Forschung erbracht? Fragen an den Historiker Martin Sabrow, in: Die Zeit, Nr. 7, 2016

Neue Rheinische Zeitung/online-Zeitung, siehe: http://www.nrhz.de

Nielen, Andreas, Die Besetzung Belgiens und Frankreichs (1940–1944) und die Archive der deutschen Militärverwaltung, http://www.ihtp.cnrs.fr/prefets/cadre_prefets_d.html (Zugriff 06.2013)

Nye, Mary Jo, Blackett, Physics, War, and Politics in the Twentieth Century, Cambridge, London 2004

Oetzel, Günther, Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung einer Institution der Großforschung am Modell des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) 1956–1963, Ffm., Bln., Bern etc. 1996 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Bd. 711)

Ott, Alfred E. (Hg.): Die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, Stgt. 1983

Peters, Jan-Henrik, Zwischen Lohnarbeit und Deportation. Juden bei der Ostbahn im Generalgouvernement 1939–1943, in: ZfG, 58/2010, S. 795–815

Pfizer, Theodor, Wehling, Hans-Georg (Hg.), Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Stgt. $^{3}$2000

Plassmann, Max, „Auftretende Härten gehen ausschließlich zu Lasten der SS". Die Reichsumsiedlungsgesellschaft im besetzten Polen, in: VfZ 64 (2016) H. 2, S. 255–290

Plessner, Monika, Die Argonauten auf Long Island. Begegnungen mit Hannah Arendt, Theodor W. Adorno, Gershom Sholem und anderen, Bln. 1995

Pohl, Dieter, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, Ffm. 2011

Pohl, Dieter, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München [2]1997

Poznanski, Renée, Peschanski, Denis, Pouvreau, Benoît, Drancy. Un camp en Fance, Paris 2015

Prost, Elodie, Édouard Bonnefoy. Un haut fonctionnaire sous l'Occupation (juin 1940–mai 1945). Le devoir de désobéissance, Lyon 1999 (Institut d'Etudes Politiques Université Lumière Lyon II) – (unpag.), http://doc.sciencespo-lyon.fr/Ressources/Documents/Etudiants/Memoires/Cyberdocs/MFE1999/proste/these.html

Radkau, Joachim, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek 1983

Radkau, Joachim, Plutonium-Politik und Atomwaffen, in: Denecken, Schulze, Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 29–37

Rajsfus, Maurice, Drancy. Un camp de concentration très ordinaire. 1941–1944, Paris 2012 (zuerst Paris 1996)

Reiff, Hermann, Erlebtes Baden-Württemberg. Erinnerungen eines Ministerialbeamten, Stgt. 1985

Reitzenstein, Julien, Himmlers Forscher. Wehrwissenschaft und Medizinverbrechen im „Ahnenerbe" der SS, Paderborn 2014

Renneberg, Monika, Gründung und Aufbau des GKSS-Forschungszentrums Geesthacht, Ffm., New York, 1995 (Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen, Bd. 7)

Ritter, Ernst, Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen. Wiesbaden 1976 (Frankfurter Historische Abhandlungen 14)

Rogalewska, Ewa, Bezirk Byalistok. Zwischen Arbeit und Flucht in einem vergessenen Teil des Deutschen Reichs, in: Hensel, Jürgen, Lehnstaedt, Stephan (Hg.), Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 29), S. 181–194

Rosenkötter, Bernhard, Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945, Essen 2003

Roser, Annette, „Beamter aus Berufung“. Karl Wilhelm Waldmann, Württembergischer Staatssekretär, in: Kißener, Michael, Scholtyseck, Joachim, Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz [2]1999, S. 781–803

Roth, Joseph, Juden auf Wanderschaft (1927), in: Ders., Werke, hg. v. Hermann Kesten, Bd. 3, Amsterdam 1976, S. 291–357

Roth, Joseph, Reise durch Galizien (1924), in: Ders., Werke, hg. v. Hermann Kesten, Bd. 3, Amsterdam 1976, S. 832–842

Roth, Markus, Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, hg. v. Norbert Frei)

Rothfels, Hans, Zur 25. Wiederkehr des 20. Juli 1944, in: VfZ 3 (1969), S. 237–253

Rozett, Robert, Conscripted Slaves. Hungarian Jewish Forced Laborers on the Eastern Front during the Second World War, Yad Vashem (Jerusalem), 2013

Ruck, Michael, Auf dem „Sonderweg“? Personelle Rekonstruktion und Modernisierung der Verwaltungen in Schleswig-Holstein bis zum „Ende der Nachkriegszeit“, http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_19/Demokratische_Geschichte_Band_19_Essay_7.pdf (Zugriff 03.2015)

Ruck, Michael, Kontinuität und Wandel – Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik, in: Loth, Wilfried, Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Ffm., New York, 1998, S. 117–142

Ruck, Michael, Korpsgeist und Staatsbewusstsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928–1972, München 1996

Rudzinski, Kurt, Ärgernis am ILL Grenoble. 350 französische Wissenschaftler fordern die Abberufung von R. Greifeld, in: FAZ, 26.11.1975

Rudzinski, Kurt, Vermeidbare Blamage, in: FAZ, 26.11.1975

Rusinek, Bernd-A., Atom und Angst, in: Koch, Lars (Hg.), Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stgt. 2013, S. 331–341

Rusinek, Bernd-A., Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980, Ffm., New York 1996 (Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen Bd. 11)

Rusinek, Bernd-A., Deutsche und niederländische Physiker, Vortrag, gehalten auf der Tagung „Ambivalente Funktionäre. Zur Rolle von Funktionseliten im NS-System“, Osnabrück, 9.–10. November 2001 (https://juser.fz-juelich.de/record/837264)

Rusinek, Bernd-A., Die Rolle der Experten in der Atompolitik am Beispiel der Deutschen Atomkommission, in: Fisch, Stefan, Rudloff, Wilfried (Hg.), Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Bln. 2004 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 168), S. 189–210

Rusinek, Bernd-A., Farm Hall. 3. Juli 1945–3. Januar 1946 (Ms.)

Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen. Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Göttingen 2004 (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 4)

Rusinek, Bernd-A., "Mr DFG". Walther Gerlach (1889–1979) – Physicist, Science Functionary and Public Representative, in: Walker, Mark, Orth, Karin, Herbert, Ulrich, vom Bruch, Rüdiger (Hg.), The German Research Foundation 1920–1970. Funding Poised between Science and Politics, Stgt. 2013, S. 413–429 (Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft Bd. 6)

Rusinek, Bernd-A., Nationalsozialismus, Judenverfolgung und „Bürokratie", in: Kenkmann, Alfons, Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden, Münster 1999, S. 138–150

Rusinek, Bernd-A., Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef, Lammers, Karl Christian (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000 (Hamburger Schriften für Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 37), S. 114–147

Rusinek, Bernd-A., Von Schneider zu Schwerte. Anatomie einer Wandlung. In: Loth, Wilfried, Rusinek, Bernd-A. (Hg.), Verwandlungspolitik. Nationalsozialistische Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Ffm., New York 1998, S. 143–179

Rusinek, Bernd-A., Wolf Häfele. 1927–2013, Paper, Jülich 2013

Rusinek, Bernd-A., Wolfgang Gentner als Physiker im öffentlichen Raum, in: Hoffman, Dieter, Schmidt-Rohr, Ulrich (Hg.), Wolfgang Gentner. Festschrift zum 100. Geburtstag, Bln., Heidelberg, New York 2006, S. 121–137

Rusinek, Bernd-A., Wyhl, in: Schulze, Hagen, François, Etienne (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, München 2001 (Erinnerungsorte Bd. 2), S. 652–666

Rusinek, Bernd-A., Zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit des Forschungszentrums Jülich mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Israel, Paper, Jülich 2013

Rusinek, Bernd-A., Zwischenbilanz der Historischen Kommission zur Untersuchung des Falles Schneider/Schwerte und seiner zeitgeschichtlichen Umstände, Düsseldorf 1996 (www.rusinek.eu/der-fall-schneider-schwerte)

Rusinek, Bernd-A., Kühn, Andreas (Hg.), Das Nordrhein-Westfalen-Lesebuch, Köln 2014

Sandkühler, Thomas, Berthold Beitz und die „Endlösung der Judenfrage" im Distrikt Galizien 1941–1944, in: Hirschfeld, Gerhard, Jersak, Tobias, Karrieren im Nationalsozialismus: Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Ffm., New York 2004, S. 99–125

Sandkühler, Thomas, Endlösung in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996

Schadt, Jörg, Schmierer, Wolfgang (Hg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stgt. 1979

Scharf, Claus, Schröder, Hans-Jürgen, Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983

Schausberger, Norbert, Rüstung in Österreich 1938–1945, Wien 1970 (Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, Bd. 8)

Schenk, Dieter, Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien, Bonn 2007

Schmaltz, Florian, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. II)

Schmid, Carlo, Erinnerungen, Stgt. 2008 (zuerst Bern, Mnchn., Wien 1979)

Schnabel, Thomas, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stgt. 1986

Schölzel, Christian, Walther Rathenau. Eine Biographie, Paderborn, Mnchn., Wien 2005

Schukraft, Harald, Stuttgart nach dem Zweiten Weltkrieg – Neubeginn auf Trümmern in: Moersch, Karl, Weber, Reinhold (Hg.), Die Zeit nach dem Krieg. Städte im Wiederaufbau, Stuttgart 2008, S. 339–368

Schulte, Jan-Erik, Vom Arbeits- zum Vernichtungslager. Die Entstehungsgeschichte von Auschwitz-Birkenau, in: VfZ 50 (2002), S. 41–69

Schulze, Dietrich, Vita Léon Gruenbaum für Forum Ludwig Marum, in: Denecken, Schulze, Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 6 f.

Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stgt. [2]1986

Schwarzmeier, Hansmartin, Taddey, Gerhard (Hg.), Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 5, Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit 1918, Stuttgart 2004

Schwerin, Friedrich Ernst v., Die Entstehung der Vereine deutscher Studenten in der antisemitischen Bewegung, in: Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten (Hg.), Beiträge zur Geschichte des Kyffhäuser-Verbandes deutscher Studenten, S. 9–24, S. 9 f.

Seckendorf, Martin, Deutsches Ausland-Institut Stuttgart 1917 bis 1945. Eine Übersicht, http://server1.info/berliner-gesellschaft.orgx/1_6.html (Zugriff 04.2017)

Seckendorf, Martin, Kulturelle Deutschtumspflege im Übergang von Weimar zu Hitler am Beispiel des Deutschen Ausland-Instituts (DAI). Eine Fallstudie, in: Jacobeit, Wolfgang, Lixfeld, Hannjost, Bockhorn, Olaf, Dow, James R. (Hg.), Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1994, S. 115–135

Seithe, Horst, Hagemann, Frauke, Das Deutsche Rote Kreuz im Dritten Reich (1933–1939). Mit einem Abriss seiner Geschichte in der Weimarer Republik, Ffm. 1993

Silberklang, David, Gates of Tears. The Holocaust in the Lublin District, Yad Vashem, Jerusalem 2013

Snyder, Timothy, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, Mnchn. [3]2011

Snyder, Timothy, The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus 1569–1999, New Haven, London 2003

Soukhomline, Vassili, Les Hitleriéns à Paris, Paris 1967

Speer, Albert, Erinnerungen, Ffm., Bln., Wien 1969

Speidel, Hans, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Bln. 1977

Sperling, Peter, Geschichten aus der Geschichte. 50 Jahre Forschungszentrum Karlsruhe. Bereit für die Zukunft, Karlsruhe 2006

Stahl, Daniel, Nazi-Jagd. Südamerikas Diktaturen und die Ahndung von NS-Verbrechen, Göttingen 2013 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts)

Stanley, Ruth, Der Beitrag deutscher Luftfahrtingenieure zur argentinischen Luftfahrtforschung und -entwicklung nach 1945: Das Wirken der Gruppe Tank in Argentinien, in: Meding (Hg.), Nationalsozialismus und Argentinien, a. a. O., S. 161–183

Stanley, Ruth, German-speaking Armaments Engineers in Argentina and Brazil 1947–1967, in: Rathkolb, Oliver (Hg.), Revisiting the National Socialist Legacy. Coming to Terms with Forced Labor, Expropriation, Compensation, and Restitution, Innsbruck, Wien, Mnchn., Bozen 2002, S. 205–225

Stanley, Ruth, Rüstungsmodernisierung durch Wissenschaftsmigration? Deutsche Rüstungsfachleute in Argentinien und Brasilien, 1947–1963, Frankfurt am Main 1999 (Iberoamericana, Serie C, 3)

Steinacher, Gerald, Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen, Ffm. 2010

Stoeckel, Walter, Erinnerungen eines Frauenarztes, München 1966

Strick, Christina, Jenseits der Routine? Die Bezirksregierung Düsseldorf von 1945 bis 1955, Diss. Düsseldorf 2007, http://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-7208 (Zugriff 05.2015)

Strukturen studentischen Antisemitismus an Berliner Universitäten um 1880, https://www.tu-berlin.de/fileadmin/f1/Studium_und_Lehre/BA_Kultur_und_Technik/Posterpraesentation_2010/15_c_Strukturen_studentischen_Antisemitismus_an_Berliner_Universitaeten_um_1880.pdf (Zugriff 09.2015)

Swinne, Edgar, Richard Gans. Hochschullehrer in Deutschland und Argentinien, Bln. 1992

Szöllösi-Janze, Margit, Fritz Haber. 1868–1934. Eine Biographie, Mnchn. 1998

Teltschik, Walter, Geschichte der deutschen Großchemie. Entwicklung und Einfluss in Staat und Gesellschaft, Weinheim, New York etc. 1992

Testard-Vaillant, Philippe, Yves Lenoir, en vert et contre tous, in: La Recherche. L'actualité des sciences, http://www.larecherche.fr/actualite/aussi/yves-lenoir-vert-contre-tous-01-09-2002-86243 (Zugriff 06.2015)

Thaer, Albrecht von, Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919. Unter Mitarbeit von Helmuth K. G. Rönnefarth hg. v. Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958 (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse, 3. Folge, Nr. 40)

Timm, Uwe, Ikarien, Köln $^{2}$2017

Tordjman-Gruenbaum, Rolande, Begrüßungsworte in: Denecken, Schulze, Léon Gruenbaum, a. a. O., S. 13 f.

Trębacz, Zofia, ‚Ghetto Benches' at Polish Universities. Ideology and Practice, in: Fritz, Regine, Rossoliński-Liebe, Grzegorz, Starek, Jan (Hg.), Alma Mater Antisemitica. Akademisches Milieu. Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939, Wien 2016 (Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien, Bd. 3), S. 113–135

Umbreit, Hans, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard 1968

Virchow, Fabian, „Pflicht nach rechts". Der Versuch einer „nationalen Sammlung" in der FDP, in: Rusinek, Bernd-A., Kühn, Andreas (Hg.), Das Nordrhein-Westfalen-Lesebuch, Köln 2014, S. 299–303

Volkov, Shulamit, Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1945, in: VfZ 2 (1985), S. 244–287

Weber, Reinhold, Häuser, Iris: Baden-Württemberg. Eine kleine politische Landeskunde. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stgt. 2008

Weber, Reinhold, Wehling, Hans-Georg (Hg.), Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stgt. 2006

Wehling, Hans-Georg (Hg.), Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Stgt., Bln., Köln [2]1981

Wehling, Hans-Georg, Baden-Württemberg: Zur Geschichte eines jungen Bundeslandes, in: Weber, Wehling (Hg.), Baden-Württemberg, a. a. O., S. 9–32

Wieck, Hans-Georg, Die Gründung der Deutsch-Indischen Gesellschaft in Hamburg am 11. September 1942, in: Deutsch-Indische Gesellschaft (Hg.), Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Deutsch-Indischen Gesellschaft, Stgt. 2003, S. 62 f.

Wieck, Hans-Georg, Die Rolle der deutsch-Indischen Gesellschaft 1953–2003, in: Deutsch-Indische Gesellschaft (Hg.), Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Deutsch-Indischen Gesellschaft, Stgt. 2003, S. 22–30

Wiesenthal, Simon, Recht, nicht Rache. Erinnerungen, Bln. 1988

Wilderotter, Hans, „Das Weltgericht tagt". Rohstoffversorgung und Kriegszieldiskussion, in: Ders. (Hg.), Walther Rathenau 1867–1922. Die Extreme berühren sich (Kat. Deutsches Historisches Museum), Bln. 1993, S. 362–386

Wilderotter, Hans (Hg.), Walther Rathenau 1867–1922. Die Extreme berühren sich (Kat. Deutsches Historisches Museum), Bln. 1993

Willstätter, Richard, Aus meinem Leben. Von Arbeit, Muße und Freunden, Basel 1949

Winnacker, Karl, Nie den Mut verlieren. Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie, Düsseld., Wien [2]1974

Zellhuber, Andreas, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …". Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion, Mnchn. 2006

Zirlewagen, Marc (Hg.), 1881–2006: 125 Jahre Vereine deutscher Studenten. Bd. 1: Ein historischer Rückblick, Bad Frankenhausen 2006

Zirlewagen, Marc, Der Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten in der Weimarer Republik (Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte e. V. – GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Beiheft Nr. 8), Köln 1999

Zirlewagen, Marc, „Einschaltung – nicht Gleichschaltung." Johannes Wotschke im Kampf um die Eigenständigkeit des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine deutscher Studenten 1933–1938, in: Ders. (Hg.), 1881–2006: 125 Jahre Vereine deutscher Studenten, a. a. O., Bd. 1, S. 57–98

Zirlewagen, Marc, „Unser Platz ist bei der großen völkischen Bewegung." Der Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten und der völkische Gedanke, Norderstedt, 2014

Zmarzlik, Hans-Günter, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: VfZ 3 (1963), S. 246–273

Zwart, Joop, Lemberg 1941 und Oberländer. Das Ergebnis einer Untersuchung, Amstelveen 1960

## Veröffentlichungen aus dem Universitätsarchiv Karlsruhe

ISSN 1864-7944

Band 1 **K.-H. Hoepke**
Geschichte der Fridericiana. Stationen in der Geschichte der Universität Karlsruhe (TH) von der Gründung 1825 bis zum Jahr 2000. 2007
Herausgegeben von G. Grünthal, K. Nippert und P. Steinbach
ISBN 978-3-86644-138-5

Band 2 **Klaus Nippert (Hrsg.)**
Zur Geschichte der Karlsruher Fakultät für Informatik. 2007
Karlsruhe, Braun-Verlag
ISBN 978-3-7650-8374-7

## Veröffentlichungen aus dem Archiv des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

ISSN 2196-6001

Band 3 **Michael Hartmann**
Der Weg zum KIT: von der jahrzehntelangen Zusammenarbeit des Forschungszentrums Karlsruhe mit der Universität Karlsruhe (TH) zur Gründung des Karlsruher Instituts für Technologie. Eine Darstellung nach den Aussagen von Zeitzeugen. 2013
Herausgegeben von Klaus Nippert
ISBN 978-3-7315-0032-2

Band 4 **Jörg Wauer**
Die Mechanik und ihre Fachvertreter an der Universität Karlsruhe: Von den Anfängen bis an die Schwelle des 21. Jahrhunderts. 2017
ISBN 978-3-7315-0515-0

Band 5 **Bernd-A. Rusinek**
Der Fall Greifeld, Karlsruhe
Wissenschaftsmanagement und NS-Vergangenheit. 2019
ISBN 978-3-7315-0844-1

Die Bände (außer Bd. 2) sind unter www.ksp.kit.edu als PDF frei verfügbar oder als Druckausgabe bestellbar.

5. BAND

VERÖFFENTLICHUNGEN AUS DEM ARCHIV DES KARLSRUHER INSTITUTS FÜR TECHNOLOGIE

Um den von 1956 bis 1974 als Geschäftsführer im Kernforschungszentrum Karlsruhe amtierenden Rudolf Greifeld gab es eine öffentliche Kontroverse. Es ging um Vorwürfe, Greifeld habe sich im Nationalsozialismus antisemitisch profiliert und noch im Kernforschungszentrum die Rassenideologie vertreten. Auch erregte Anstoß, dass Greifeld 1969 Ehrensenator der Universität Karlsruhe wurde. Im Auftrag der Ethik-Kommission des in der Nachfolge von Kernforschungszentrum und Universität stehenden Karlsruher Instituts für Technologie hat der Historiker Bernd-A. Rusinek das hier publizierte Gutachten zu Greifeld erstellt. Indem Rusinek auch Greifelds Kollegen in der Geschäftsführung des Zentrums in ausführlichen Exkursen beleuchtet, liefert er mehr als nur die Grundlage zur Einschätzung einer Personalie. Die Exkurse zu den im Nationalsozialismus weiter fortgeschrittenen Karrieren der Kollegen offenbaren wesentlich intensivere Verstrickungen und geben Aufschluss über Vorbedingungen der nach dem Krieg entwickelten deutschen Großforschung.

Zum Autor: Professor Bernd-A. Rusinek lehrt Geschichte an der Universität Düsseldorf und leitet das Archiv des Forschungszentrums Jülich. Themenschwerpunkte seiner Publikationen sind der Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit sowie die Wissenschaftsgeschichte.

ISBN 978-3-7315-0844-1

9 783731 508441 >

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier